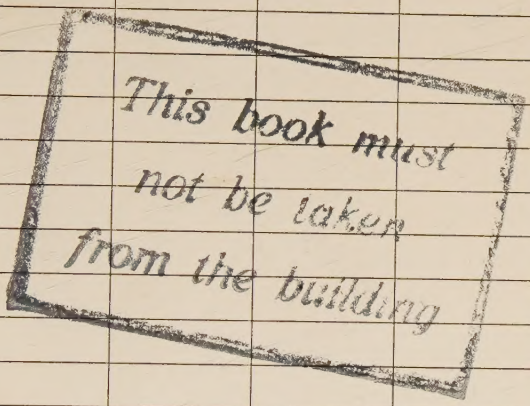
v. 31
JACKSON LIBRARY-UNCG
3 0510 0278466%

The Woman's College of
University of North Carolina

The LIBRARY

G94028
G37g
v.31

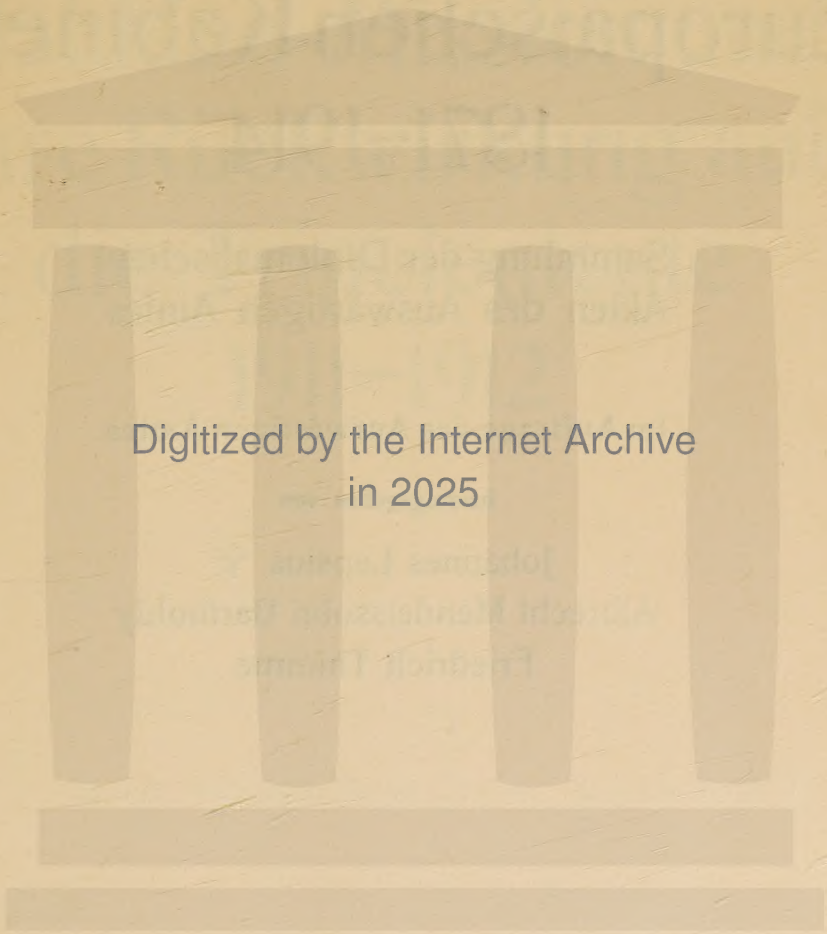
Date Due



PRINTED IN U. S. A.

Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871–1914

Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes



Digitized by the Internet Archive
in 2025

https://archive.org/details/diegrossepolitik0031joha

D
394
G4
v.31

Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius †
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

Germany. Auswärtiges amt.

1 9 2 6

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

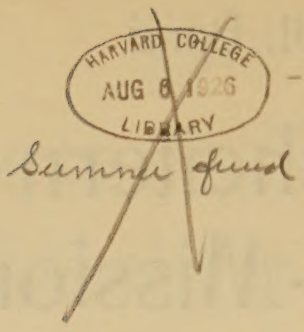
31. Band

Das Scheitern der Haldane-Mission und ihre Rückwirkung auf die Tripelentente 1911–1912

1 9 2 6

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

Ge 2330.5



1. Auflage

Alle Rechte, besonders das der Übersetzung, vorbehalten / Für Rußland auf Grund der deutsch-russischen Übereinkunft / Amerikanisches Copyright 1926 by Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8, Unter den Linden 17/18 / Amerikanische Schutzzollformel: Made in Germany / Gesetzt und gedruckt in der Buchdruckerei F. E. Haag in Melle i. H.

G940.28
G37g
v.31

Inhaltsübersicht des einunddreißigsten Bandes

KAPITEL CCXLI

Die Frage der Deutschen Flottenverstärkung. September 1911 bis Februar 1912 1

KAPITEL CCXLII

Deutsch-Englische Erörterungen über ein Kolonialabkommen. Dezember 1911 bis Januar 1912 69

KAPITEL CCXLIII

Die Mission Lord Haldanes nach Berlin und ihre Nachklänge. Das Scheitern der Deutsch-Englischen Verständigung. Januar bis Juli 1912 95

Anhang: Die Abberufung Graf Metternichs aus London. Freiherr von Marschall als Botschafter in England 229

KAPITEL CCXLIV

Weitere Verhandlungen über ein Kolonialabkommen. März bis Oktober 1912 253

KAPITEL CCXLV

Verhandlungen über die Bagdadbahn. März 1911 bis August 1912 307

Anhang: Französische Aspirationen in den Türkischen Eisenbahnfragen. März bis August 1911 347

KAPITEL CCXLVI

Das Kabinett Poincaré und die Deutsch-Französischen Beziehungen. Poincaré, Millerand und Réveil National. Januar 1912 bis Januar 1913 379

KAPITEL CCXLVII

Die Entrevue von Baltischport. Juli 1912 425

KAPITEL CCXLVIII

Die Befestigung der Tripelentente. Englisch-Französische „Naval-Conversation". Russisch-Französische Marinekonventionen. November 1911 bis Oktober 1912 455

Ein Namenverzeichnis für die Bände XXVI—XXXVII erscheint am Schlusse des XXXVII. Bandes; ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis zum Schlusse des gesamten Werkes

192558

Kapitel CCXLI

Die Frage der deutschen Flottenverstärkung September 1911 bis Februar 1912

Nr. 11307

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 616 London, den 30. August 1911

Der „Daily Graphic" beschäftigt sich heute an leitender Stelle mit der die Frage der deutschen Seemacht streifenden Rede Seiner Majestät des Kaisers und Königs in Hamburg*. Diese Rede müsse

* Am 27. August 1911 hatte Kaiser Wilhelm II. beim Festmahl des Hamburger Senats einen Trinkspruch auf die Hansestädte ausgebracht, in dessen Verlauf es hieß:
„Der Schutz für Handel und Seefahrt ist durch das deutsche Volk in den letzten Jahrzehnten geschaffen worden in der mächtig sich entwickelnden und allerwärts durch ihre Manneszucht und Disziplin sich auszeichnenden deutschen Kriegsflotte. Sie ist es, welche den Willen des deutschen Volkes zur Seegeltung darstellt. Diese noch aufblühende junge Flotte erfreut sich ganz besonders des Interesses der Hamburger. Wenn anders ich den Ausdruck der Begeisterung der Hamburger richtig verstanden habe, so glaube ich annehmen zu können, daß es ihre Ansicht ist, unsere Flotte auch fürderhin zu verstärken, so daß wir sicher sein können, daß uns niemand den uns zustehenden Platz an der Sonne streitig machen werde."
Über den Sinn dieser Worte hub in der deutschen Presse ein großes Rätselraten an. In verschiedenen Blättern wurde aus ihnen die Absicht abgeleitet, über kurz oder lang dem Reichstage mit einem neuen Flottengesetz zu kommen, das eine Vermehrung der Flotte über den bestehenden Rahmen hinaus involviere. Daß der Kaiser tatsächlich mit seinen Worten einen solchen Sinn verband, geht aus Randbemerkungen hervor, die er zu einem Artikel der „Frankfurter Zeitung" vom 29. August „Die Hamburger Kaiserrede" machte. Der Deutung der „Frankfurter Zeitung", daß der Kaiser nicht an eine Durchbrechung des Flottengesetzes gedacht habe, setzte dieser die Worte entgegen: „Unsinn! Ich habe ganz bestimmt die Kreuzernovelle im Auge, den Ersatz ‚Hansa' für die Schulschiffe!" Auch sonst liegen mancherlei kaiserliche Randbemerkungen zu Zeitungsartikeln aus dieser Zeit vor, aus denen hervorgeht, daß der Monarch, der durch die Haltung Englands in der Marokkokrise und insbesondere durch die Rede Lloyd Georges vom 21. Juli in starke Erregung gesetzt war und dieser Erregung in seiner Unterredung mit dem englischen Botschafter Sir Edward Goschen am 12. August (vgl. darüber Bd. XXIX, Kap. CCXXIX, Nr. 10639) offen Ausdruck verliehen hatte, sich mit dem Plane einer Vermehrung der Flotte, und zwar zunächst der Kreuzer, trug. So schrieb der Kaiser am Schluß eines „Times"-Artikels vom 18. August, der angesichts des Aufeinanderstoßens der englisch-russischen Interessen in Persien eine nachgiebige

einen bedauerlich überraschenden Eindruck in England hervorrufen. Man könne nicht anders, als die Rede dahin auszulegen, daß nach Beendigung der Geltungsdauer des Flottengesetzes neue gesetzgeberische Maßnahmen von seiten Deutschlands zu erwarten seien, die ein weiteres „Rennen" der beiden Staaten im Flottenbau zur Folge haben werden.

Im Dezember vorigen Jahres habe der Herr Reichskanzler gewisse Hoffnungen auf eine Verständigung beider Länder in der Flottenbaufrage erweckt. Was sei seitdem geschehen, das den fried-

---

Haltung Englands empfahl, die Worte nieder: „Dieser Artikel soll aufgehoben werden um bei passender Gelegenheit, falls mal Dissensionen zw[ischen] uns und England in irgend einer Frage entstehen, England vorzuhalten, wie es Meinungsverschiedenheiten zu behandeln pflegen sollte auch uns gegenüber. Ein solcher Ton wie der obige, läßt sich erst durch eine noch stärkere Flotte erreichen, vor der positive Angst die Briten zur Verständigung bringt! Gerade so wie hier die Angst vor Rußland wegen Indien. Daher müssen wir die Kreuzer der Hansaclasse durch eine Novelle j e t z t zum Ersatz bringen! Für jedes Jahr einen!" Vgl. dazu die Angaben bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 200 ff., aus denen hervorgeht, daß der Großadmiral der eigentliche Vater des Gedankens war, den angeblichen „Echec", den Deutschland durch das Zurückweichen vor der Lloyd Georgeschen Rede erlitten hätte, durch eine Verstärkung unserer Wehrmacht zu Wasser und zu Lande auszugleichen und zu diesem Zwecke die „Marokkostimmung" im deutschen Volke auszunützen. Schon am 3. August entwickelte Großadmiral von Tirpitz, der in St. Blasien auf Urlaub weilte, seinem Amtsvertreter Vizeadmiral Capelle die Grundzüge einer Flottennovelle, als deren Hauptstück die Forderung von drei bis vier Großen Kreuzern erscheint. Während in diesem Schreiben Großadmiral von Tirpitz' noch die Verschiebung der Novelle bis 1913 erwogen wird, faßt er in zwei weiteren Schreiben an Vizeadmiral Capelle bereits eine „starke" Novelle für den kommenden Winter in Aussicht, gleichgültig, welchen Eindruck das auf England mache: „Die Engländer wittern bereits die neue Novelle (‚Spectator' vom 5. August) und schreien dagegen; das kann uns aber nicht abhalten. — Wollen uns die Engländer aber die Novelle verbieten, dann haben wir den Kriegsgrund, der jedermann in Deutschland verständlich wäre, und alsdann müssen wir dem Schicksal seinen Lauf lassen." Am 30. August 1911 teilte dann Großadmiral von Tirpitz dem Reichskanzler seine Gedanken über „eine sich aus der Gesamtlage ergebende und meines Erachtens in Bälde einzubringende Marinenovelle" mit, die die Formierung eines dritten aktiven Geschwaders, beschleunigten Ersatz der gänzlich veralteten Panzerkreuzer und eine Forderung von jährlich drei großen Schiffen in den nächsten sechs Jahren an Stelle der nach dem Flottengesetz vorgesehenen zwei in Aussicht nahm. Der Reichskanzler, der über diesen Plan am 31. August und am 1. September mit dem Staatssekretär des Reichsmarineamts eingehend beriet, äußerte jedoch schwere Bedenken, einerseits außenpolitische: Kriegsgefahr mit England, andererseits innenpolitische: Schwierigkeit der Kostenaufbringung. Schließlich einigten sich Reichskanzler und Staatssekretär dahin, daß zunächst die Marokkofrage wenigstens grundsätzlich erledigt sein müsse, ehe die letzte Entscheidung über die Novelle getroffen werden könne. In den Akten des Auswärtigen Amts findet sich nur sehr wenig Material über die Auseinandersetzungen zwischen den „Ressorts" über die Marinenovelle. Auch das Schreiben Großadmiral von Tirpitz' an Reichskanzler von Bethmann Hollweg vom 30. August (v. Tirpitz, a. a. O., S. 207 f.) ist nicht bei den Akten.

fertigen Geist der deutschen Regierung habe ändern können[1]? Niemand habe Deutschland das Recht auf einen Platz an der Sonne bestritten[2]. In alldeutschen Kreisen werde man die Worte Seiner Majestät mit der Marokkofrage in Verbindung bringen. Aber dies sei unbegründet. In Marokko habe Deutschland keine Ansprüche gemacht, die nicht voll befriedigt werden sollen. Niemals sei davon die Rede gewesen, daß Deutschland einen „territorialen Platz an der Sonne" in Marokko verlangt habe[2]. Alle bisherigen deutschen Staatsleute hätten derartige Absichten abgeleugnet. Auch sei während der ganzen Krisis niemals von der Reichsregierung eine Andeutung gemacht worden, daß ihre bisherige Politik eine Änderung erfahren habe. Welches seien denn die Gründe, die eine neue maritime Stärkung Deutschlands verlangten[3]? Sei es denn nur eine Frage von Schiffen gewesen, derethalben Deutschland von der Forderung einer Teilung Marokkos abgesehen hätte?

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Unverschämtheit
[2] !
[3] sollen die Briten bei sich selbst anfragen!
das ist das Einzige wodurch wir ihnen beikommen können!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Pharisaerische Frechheit!

Nr. 11308

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Rominten, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Privatbrief. Ausfertigung

Streng vertraulich Rominten, den 28. September 1911

pp.* Seit dem Vortrage von Tirpitz und Müller spricht Seine Majestät sehr viel und offen über die Notwendigkeit einer Flotten-

---

* Der Anfang des Schreibens, der den italienisch-türkischen Krieg betrifft, ist mitgeteilt in Bd. XXX, Kap. CCXXXII, Nr. 10844; der Schluß behandelt Reisedispositionen des Kaisers. Der obige Passus des Jenischschen Schreibens ist alles, was die Akten des Auswärtigen Amts bis zum November 1911, abgesehen von Randbemerkungen des Kaisers zu diesem oder jenem Zeitungsartikel, über die Entstehungsgeschichte der Flottennovelle von 1912 enthalten. Das Nähere darüber findet sich bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 212ff. Dort vor allem auch genauere Mitteilungen über den Immediatvortrag des Großadmirals von Tirpitz vom 26. September, die Stellungnahme des Kaisers, die in zwei (ebenfalls nicht bei den Akten befindlichen) Handschreiben des Kaisers an den Reichskanzler vom 26. und 30. September niedergelegt ist, und über eine schriftliche Auseinandersetzung zwischen dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Reichsmarineamts (Schreiben Bethmann Hollwegs

novelle, die in diesem oder im nächsten Jahre dem Reichstag unbedingt vorgelegt werden müsse. Der von dem Flottenverein befürwortete Bau von sechs modernen Panzerkreuzern genüge nicht, es müsse ein drittes Geschwader von Linienschiffen geschaffen werden. Er sei fest entschlossen, das Verhältnis in den Flotten Deutschlands und Englands auf 2:3 zu bringen. Das deutsche Volk werde dies gutheißen, doch seien dazu neue Steuern notwendig. Es sei nun Sache der Konservativen, die Erbschaftssteuer zu bewilligen. Wie aus allen Randbemerkungen der letzten Zeit hervorgeht, ist die allerhöchste Stimmung gegen England sehr gereizt. pp.

Jenisch

Nr. 11309

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 703 London, den 27. September 1911

Mr. M' Kenna* hat gestern eine Wahlkreisrede dazu benutzt, sich über die Frage der Weiterentwicklung der englischen Seeverteidigung und über die Bedeutung der Flotte für Großbritannien zu äußern. Er erinnerte seine Zuhörer zunächst daran, daß er im März d. Js. im Unterhause der Ansicht Ausdruck gegeben, die Marineausgaben würden vom Ende des Jahres ab nicht weiter wachsen. Er habe

---

an Tirpitz vom 4. Oktober, Erwiderung Tirpitz' vom 7. Oktober). Der Kaiser legte in seinem Schreiben vom 30. September das Hauptgewicht darauf, daß baldmöglichst als deutsches Marineziel die Relation 2:3 publiziert werde. „Der späteste Termin — falls nicht in diesem Herbst — müßte für die Bekanntgabe des neuen Marineziels an das Volk: Relation 2:3 im Februar ungefähr nächsten Jahres erfolgen. Das würde die einleitende Aktion für die später dann im Herbst 1912 einzubringende Novelle sein. Wir stehen unleugbar an einem entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte unseres Vaterlandes. Wir haben den Gegner erkannt, sein fast demütigendes Wirken gespürt und knirschend ertragen müssen. An unserer Freundschaft scheint ihm vorderhand noch nichts zu liegen. Also sind wir noch nicht stark genug. Ihm imponieren nur Gewalt und Kraft, die in nicht mißzuverstehenden Faktis sich ihm darstellen. Unser Volk erwartet von der Regierung der Verhandlungen eine Handlung, wie man es ausdrückt; es muß eine nationale Tat geschehen, die der Begeisterung der Deutschen den rechten Weg weist, ohne dem Gegner Grund zum Handeln zu geben. Das ist der von mir vorgezeichnete Weg, die Bekanntgabe der Relation von 2:3 für die deutsche der britischen Flotte gegenüber." Tirpitz dagegen forderte in seinem Schreiben vom 7. Oktober bereits die sofortige Ankündigung der Flottennovelle: gerade jetzt sei der richtige Moment, der wahrscheinlich in gleicher Weise niemals wiederkehren werde, „weil eben in weiteste Volkskreise diesen Sommer Erkenntnis eingedrungen ist, daß es notwendig ist, England gegenüber standhalten zu können".

* Erster Lord der englischen Admiralität.

ferner erklärt, man könne sogar annehmen, daß, wenn keine Vergrößerung fremder Flottenprogramme eintrete, man für das nächste Jahr eine Verminderung der englischen Flottenausgaben voraussehen könne. Diese Auffassung jetzt zu wiederholen, fühle er sich berechtigt. Aber jetzt und stets werde England genötigt sein, sich in seinen Rüstungen nach dem Umfange dessen zu richten, was andere Mächte für ihre Marine täten[1]. Engländer, die die Notwendigkeit, das Land auf der jetzigen Höhe seiner Seemacht zu erhalten, ableugneten, befänden sich in einem schweren Irrtum. Er selbst gehe von dem unanfechtbaren Grundsatz aus, daß der Friede nicht nur das höchste Gut der Menschheit sei, aber auch im materiellen Sinne dem großen Interesse des britischen Reichs entspräche. England mit seinen großen Überseebesitzungen, seinem gigantischen Handel mit anderen Nationen, mit seiner unvergleichlichen Handelsmarine könne nichts durch einen Krieg gewinnen.

Aber andererseits brächten die weltumspannenden Interessen des Reichs England von Zeit zu Zeit notwendigerweise in Kontakt — er wolle nicht sagen in Konflikt — mit den Bestrebungen, Hoffnungen und dem Ehrgeiz anderer Völker. Nur eine überlegene Flotte könne England für alle Zeiten und unter allen Umständen die Freiheit der Meeresstraßen sichern, auf der die Sicherheit und die Existenz Englands beruhe. Friede sei des Landes größtes Interesse, aber es sei ihm unmöglich, als Bittsteller den Frieden zu erbetteln. England könne auch nicht den Frieden erkaufen. England könne ihn nur durch seine eigenen Anstrengungen sich gewährleisten. Ein dauernder Friede sei für das britische Reich nur möglich, wenn es ein Friede mit Ehren sei.

Der „Daily Chronicle“ hebt hervor, daß die Rede M’ Kennas eine gute Nachricht enthalte, nämlich die, daß die englische Admiralität nicht an eine Beschleunigung oder Vergrößerung des deutschen Marineprogramms glaube. Die Äußerungen Seiner Majestät des Kaisers* seien somit von einigen Leuten falsch ausgelegt worden. Das Blatt weist darauf hin, daß keine Partei mehr wie gerade die liberale sich der großen nationalökonomischen Verluste bewußt sei, die die Landesverteidigung mit sich bringe, und daß sie mit der alleraufrichtigsten Freude die Gelegenheit begrüßen würde, Heeres- und Marineausgaben einzuschränken. Die Voraussetzung hierfür sei aber, daß die absolute Überlegenheit der englischen Flotte erhalten bleibe. Auch im übrigen schließt sich der Verfasser den Worten M’ Kennas an und führt dieselben näher aus.

In seinem „The price of peace“ überschriebenen Leitartikel billigt der „Daily Express“ den von M’ Kenna eingenommenen Standpunkt, wirft ihm aber krasse Unwissenheit in bezug auf die Absichten

* Vgl. Nr. 11307, Fußnote.

fremder Marinen vor. Im Gegensatz zu ihm nimmt das Blatt an, daß die Maßnahmen anderer Staaten England nötigen würden, seine Marineausgaben auf der Höhe des Vorjahres auch im nächsten Jahre zu halten. Auch glaubt das Blatt verstehen zu können, wenn die Forderung Englands auf absolute Seeherrschaft von deutscher Seite als lächerlich oder gar arrogant angesehen werde, England könne aber einen anderen Standpunkt nicht einnehmen.

Der Artikel schließt mit ernsthaften Friedenswünschen, wenn auch der für den Frieden in Gestalt von Marineausgaben zu zahlende Preis hoch sei*.

P. Metternich

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] 2:3.

Nr. 11310

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 734 London, den 9. Oktober 1911

In seiner Ausgabe vom 7. d. Mts. bringt die in den Citykreisen viel gelesene und beliebte Wochenschrift „The Economist" einen Artikel über die deutsch-englischen Beziehungen. Nach einer historischen Einleitung bespricht das Blatt kurz die vor einigen Tagen auf dem Kirchenkongreß gehaltene Rede Sir Frank Lascelles'**. Das Cityblatt ist der Ansicht, daß ein gutes Einvernehmen zwischen den beiden Völkern auch ohne eine lange Periode gegenseitiger Geduld und guten Willens sich würde herstellen lassen. Hätten doch sogar dieselben Staatsmänner, die bereit waren, wegen Faschoda einen Krieg mit Frankreich anzufangen, sich an den Hals Frankreichs geworfen und ewige Freundschaft geschworen, und das unmittelbar nach den wütenden Angriffen der Franzosen auf England während des Burenkrieges. Nichts sei leichter zu beeinflussen als die Presse und die öffentliche Meinung. Die Hauptschwierigkeit sei vielmehr die, daß der in beiden Ländern zweifellos vorhandenen starken Stimmung für ein gegenseitiges gutes Einvernehmen sowohl in England wie in Deutschland eine mächtige Partei entgegenarbeite[1], weil sie von einer englisch-

---

* Vgl. auch weitere Auslassungen Graf Metternichs zu der Rede M' Kennas in einem zweiten Bericht vom 27. September (Nr. 704) bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 228.

** Am 4. Oktober hatte der frühere englische Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles sich auf einem Kirchenkongreß in Stoke on Trent gegen die unbegründete Erbitterung der öffentlichen Meinung in England und Deutschland gewandt und auf die Gefahren dieser überreizten Stimmung für den Frieden hingewiesen.

deutschen Annäherung eine Verminderung der Heeres- und Marineausgaben befürchte.

Nun seien aber in beiden Ländern die Rüstungsausgaben derartig gestiegen und so drückend für die Steuerzahler geworden, daß ein Einvernehmen über die Verminderung der Flottenausgaben zweifellos für beide Teile einen immensen Vorteil bieten würde[2]. Daß die englische Regierung auch zu einem derartigen Übereinkommen bereit sei, könne die deutsche Presse aus der von Mr. M' Kenna kürzlich in Griffithstown abgegebenen Erklärung ersehen, in welcher der Erste Lord der Admiralität festgestellt habe, daß ihm und der Regierung nichts eine größere Genugtuung bereiten könnte als die Möglichkeit, ein Arrangement zu treffen, das die Flotten- und Heeresausgaben einschränken würde.

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Blech!

[2] sobald das richtige Verhältniß der Flotten 2:3 erst hergestellt ist vorher nicht!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Der gute Metternich, ganz seelig und gerührt über diese lieben Engländer! Die finden ihre Liebe jetzt nur weil die Französ[ische] „Liberté" in die Luft flog*, und die ganze Flotte durch Ausschiffung des Pulvers kampfunfähig ist! Daher Detachirungen nach dem Mittelmeer nöthig sind**.

Nr. 11311

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 788 London, den 25. Oktober 1911

Lord Haldane*** hielt gestern in Birmingham eine Rede, in welcher er betonte, daß das Gesamtministerium von der ungeheuren

---

* Am 25. September war das Panzerschiff „Liberté" im Hafen von Toulon infolge einer Pulverexplosion gesunken, was den Vizeadmiral Bellue zu der Anordnung veranlaßte, daß die unter seinem Kommando stehenden Schiffe alle vor dem Jahre 1902 hergestellten Pulvervorräte und alle Übungsmunition unverzüglich ausschiffen sollten.

** Ebenso bemerkte der Kaiser zu einem Artikel der „Neuen Preußischen (Kreuz-) Zeitung" vom 11. Oktober, der sich auf den „Economist" und die darin kundgegebene Neigung zu einer Verständigung mit Deutschland bezog: „Blos weil die Französische Flotte kein Pulver mehr hat und daher England zur See, das Mittelmeer mit vertheidigen müßte und uns allein gegenübersteht! Daher die plötzliche Liebenswürdigkeit." Am gleichen Orte erklärte der Monarch zur Frage einer deutsch-englischen Vereinbarung über eine Rüstungsbeschränkung: „Erst wenn wir eine richtige Basis haben, in einem festen Verhältniß der deutschen zur Englischen Flotte 2:3! Dann kann verhandelt werden über Rüstungsbeschränkung, vorher nicht!"

*** Englischer Staatssekretär des Krieges.

Wichtigkeit der Aufgabe durchdrungen sei, die englische Flotte auf der Höhe zu erhalten. Mr. M' Kenna habe, unterstützt von zwei hervorragenden Admiralen, viel geleistet, um die Kampfkraft der einzelnen Schiffe in der englischen Marine zu erhöhen, und man würde finden, daß der neue Marineminister* vom Wunsche beseelt sei, dieselbe Politik mit größter Energie zu verfolgen.

Am Schlusse seiner Rede machte der Kriegsminister eine Anspielung auf die Möglichkeit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England. In militärischen Kreisen ist man der Ansicht, daß diese Äußerung Lord Haldanes keine aktuelle Bedeutung hat.

P. Metternich

Nr. 11312

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 789 London, den 26. Oktober 1911

„Evening Standard" bespricht die Ernennung Mr. Winston Churchills zum Nachfolger Mr. M' Kennas in der Admiralität und kommt zum Schluß, daß die letzte große Rede des Ministers** dafür spreche, daß er erkannt habe, wie notwendig unter den schwierigen internationalen Verhältnissen eine starke Flotte sei, und wie wenig man augenblicklich auf Verminderung der Rüstungslast rechnen könne[1]. Das viel gelesene Abendblatt fügt hinzu, und dies ist bei seiner sonst geringen Deutschfreundlichkeit um so bemerkenswerter, Mr. Churchill gelte als einer Verständigung mit Deutschland geneigt, und er werde finden, daß eine ständig an Macht wachsende Strömung der

---

* Am 23. Oktober hatte im englischen Kabinett ein Stellenwechsel stattgefunden, bei dem unter anderem der Staatssekretär für das Home Office Winston S. Churchill und der Erste Lord der Admiralität M' Kenna ihre Ämter vertauschten.

** Am 3. Oktober hatte Winston S. Churchill in Dundee eine Rede über die innere Politik gehalten, in deren Verlauf er auch in sympathischer Weise auf die bevorstehende deutsch-französische Verständigung über Marokko zu sprechen gekommen war: „We earnestly desire to see France and Germany reach an agreement about Morocco satisfactory to both of them and not injurious to us. We rejoice at every step by which the negotiations advance towards that conclusion, we have never uttered and we have not written a single word, a single syllable, publicly or secretly, which could retard or obstruct such a happy conclusion." Aber in gleichem Atem mit diesen Worten, die freilich die Lloyd Georgesche Rede vom 21. Juli und ihre starke, die deutsch-französische Verständigung wahrlich nicht fördernde Wirkung diesseits und jenseits des Kanals außer acht ließen, pries Churchill doch auch die Bedeutung der englischen Flotte, welche „thanks to the ample provision made in recent years by the House of Commons, is strong enough to secure for us, beyond all doubt and question, the effective command of the seas." „The Times" vom 4. Oktober 1911.

öffentlichen Meinung demselben Ziel zustrebe. Freundschaftliche Beziehungen zwischen England und Deutschland[2] seien ein Gedanke, der ständig an Boden gewinne.

Auch die liberale „Daily News" befürwortet ernste Anstrengungen zur Besserung der deutsch-englischen Beziehungen, damit einem weiteren Anwachsen der Rüstungskosten vorgebeugt[3], ja eventuell im Wege der Verständigung eine Herabsetzung derselben herbeigeführt werden könne.

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig!
[2] auf Grund Relation 2:3.
[3] d[as] h[eißt] damit wir so schwach wie bisher bleiben!

Nr. 11313

*Der Marineattaché in London Korvettenkapitän Widenmann an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz**

Abschrift

London, den 28. Oktober 1911

Der seit langer Zeit angekündigte Wechsel in der Stellung des First Lord of the Admiralty ist in diesen Tagen erfolgt. Mr. Winston Churchill, der bisherige Home Secretary, und Mr. R. M' Kenna haben ihre Posten vertauscht.

Es ist selbstverständlich, daß sich an diesen Personenwechsel mancherlei Spekulationen knüpfen, und daß je nach der politischen Anschauung des Spekulanten von dem neuen Manne in der Admiralty größere Sparsamkeit oder größere Aktivität wie bisher erwartet wird.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Wechsel in Seeoffizierkreisen zunächst sehr unbeliebt ist. Hatte man Mr. M' Kenna schon mit Mißtrauen an der Spitze der Marine gesehen, so wird Mr. Winston Churchill zweifellos erst durch eine lange Tätigkeit als First Lord beweisen müssen, ob er diesen Posten im Sinne der englischen Seeoffiziere ausfüllt. Admiral Madden (IV. Sealord) sagte mir in diesen Tagen, als der Wechsel besprochen wurde: „Mr. Asquith hat den unbequemen Winston nur zu uns geschickt, weil er weiß, daß wir Seeoffiziere als b o a r d die einzigen sind, die ihn bemeistern werden". Ob dies der einzige Beweggrund für den Premierminister war, und ob nicht auch die Amtsmüdigkeit Mr. M' Kennas, seines besonderen Protegés, den Wechsel beschleunigt hat, ist müßig zu

* Von Botschafter Graf Metternich mit Berichtformular vom 28. Oktober eingereicht; der Bericht ist bereits veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 231 ff.

entscheiden. Jedenfalls bleibt aber die Tatsache bestehen, daß ein noch so tatkräftiger Parlamentarier in keiner der großen englischen Ministerstellen mehr durch Fachleute gebunden ist als in der Stellung des First Lord. Solange die vier Sealords* das Vertrauen der Marine und der Nation hinter sich haben, und das trifft gerade jetzt in hohem Maße zu, so lange kann kein Parlamentarier, besonders nicht in einer Zeit, in der die Regierung auf nicht allzu starkem Fuße steht, es wagen, irgendeinen Wechsel in dem System eintreten zu lassen, den die vier Sealords nicht gutheißen, und der gegen den nationalen Instinkt verstößt. Die Politik der überlegenen eigenen Marine und des Gegensatzes gegen jede andere Flotte, die als Bedrohung Englands betrachtet wird, wird daher nach wie vor von dem Board of the Admiralty verlangt und von der Nation unterstützt werden, gleichgültig, ob der First Lord M' Kenna oder Churchill heißt.

Mr. Churchill, der nach seiner politischen Vergangenheit zwar als unzuverlässig gilt, ist klug genug, obiges selbst zu erkennen, und da er in seinem ungezügelten Ehrgeiz mit der Popularität rechnet, so wird er seine Marinepolitik so einzurichten wissen, daß seine Popularität nicht leidet. Dies kann er aber nur erreichen, wenn er seine als Home Secretary geäußerten Sparsamkeitsideen nicht in die Praxis umsetzt, jedenfalls nicht, soweit Bauprogramm und Kriegsfertigkeit der Flotte in Frage kommen. Es nimmt daher kein Wunder, daß Mr. Churchill, dem sein neuer Posten zweifellos damals schon angetragen war, bereits am 3. Oktober d. Js.** in einer zu Dundee gehaltenen Wahlrede die Notwendigkeit einer überlegenen englischen Flotte betonte. Dies entspricht dem Sinne nach der von Mr. M' Kenna in Griffithstown am gleichen Tage gehaltenen Rede***, in der er zwar die Hoffnung auf Ersparnis betonte, aber gleichzeitig Vermehrung der Bauten ankündete, wenn die Sicherheit des Reiches dies verlange.

Für das Verhältnis zu Deutschland wird daher meiner Ansicht nach der Personenwechsel gänzlich gleichgültig sein, soweit es den scharfen Gegensatz der englischen Marinepolitik gegen Deutschland betrifft. Deutschland ist nun einmal von dem offiziellen wie unoffiziellen England als der am meisten zu fürchtende Gegner erkannt, und die an Konsequenz mustergültige englische Politik wird daher den einmal beschrittenen und als richtig erkannten Weg unbeirrt weiter gehen[1].

Fragt man sich nun, was Deutschland in der Zukunft von diesem Verhältnis der beiden Marinen zu erwarten hat, so muß man zu dem Schluß kommen, daß das ganze Streben der Admiralty darauf ge-

---

* Sir A. Wilson, Sir G. le Egerton, C. J. Briggs, C. E. Madden.
** Vgl. Nr. 11312, Fußnote **.
*** Vgl. Nr. 11310.

richtet sein wird, wie sie am besten der Lage Rechnung trägt, ohne den Frieden zu stören, aber auch ohne zu schwach zu werden. Dem durch die ganze Weltatmosphäre gehenden Hauch von Abrüstungs- und Schiedsverträgen kann sich England auch Deutschland gegenüber nicht ganz verschließen, daher der Gedanke des Flottenagreements auf der Basis „3 England" zu „2 Deutschland". Man erhofft von ihm zweierlei:

Erstens, und das spricht man offen aus, „Ersparnisse und dadurch die Möglichkeit, das ersparte Geld für soziale Gesetzgebung zu verwerten". Dies soll auch Deutschland zugute kommen.

Zweitens, und das spricht man wohlweislich in England nicht aus, „Sprengung des so sehr gefürchteten deutschen Flottengesetzes". Wenn es auch verhältnismäßig lange gedauert hat, bis man die Einzelheiten dieses Gesetzes in England verstand, so ist doch der Grundgedanke von den an Rechenarbeit gewohnten Engländern schnell verstanden worden. Die englischen Marinepolitiker wissen seit langem, daß bei einem Bestand von rund „60 capital ships" und bei „zwanzigjähriger Ersatzpflicht" das „jährliche Bautempo in Deutschland" = „3 capital ships" sein m u ß. Das so einfach klingende und nach einem Zugeständnis an Deutschland aussehende Verhältnis „3 England" zu „2 Deutschland" soll daher nichts weiter bewirken, als das deutsche Bautempo auf jährlich „2 Schiffe" festzulegen, wodurch automatisch der Schiffsbestand nach zwanzig Jahren von „60" auf „40" capital ships heruntergeschraubt wird[2].

Will man sich zu dieser Binsenwahrheit bekennen, so muß man sich deutscherseits fragen, ob ein solches agreement mit der nationalen Zukunft Deutschlands vereinbar ist. Um so mehr, wenn man sich nicht in blinder Leichtgläubigkeit verhehlen will, daß England erst in jüngster Zeit die Feindseligkeit gegen Deutschland auf d i e S p i t z e getrieben hat. Denn daß England im August und September dieses Jahres seine ganze Flotte mobil gemacht hatte und nur auf das Signal von französischer Seite wartete, um über Deutschland herzufallen, darüber sprechen englische Seeoffiziere jetzt wenigstens ganz offen*.

Was man daher von dieser Seite zu erwarten haben wird, ist wohl kaum zu bezweifeln, und um so weniger, wenn an der Spitze der Admiralty ein skrupelloser, ehrgeiziger und unzuverlässiger Demagoge wie Winston Churchill steht. Er wird in ähnlichen Lagen wie die im Herbste dieses Jahres nicht zu ruhiger Mäßigung mahnen, sondern höchstens Öl in das Feuer gießen**.

---

* Vgl. dazu Bd. XXIX, Kap. CCXXIX, Nr. 10652 nebst Fußnote **.

** Vgl. dazu jedoch Churchills eigene Darstellung in dem Kapitel „The German Navy Law" (The World Crisis, 1911—1914, p. 94 ff.), nach der er bei der Übernahme seines neuen Amts durchaus von dem Willen beseelt gewesen wäre, sein möglichstes zu tun, um mit Deutschland in der Flottenfrage zu einer Verständigung zu gelangen.

Weiter folgt aus diesen Tatsachen, daß der Grundgedanke des Flottengesetzes, „das Risiko auch für den stärksten Angreifer zur See", bisher England gegenüber nicht erfüllt zu sein scheint, wenn die Verhältnisse für England sonst günstig sind. Englands Flottenmobilmachung spricht jedenfalls dafür, daß es hoffte, Deutschland ein zweites Kopenhagen bereiten zu können und vereint mit der französischen Landmacht das verhaßte Deutschland auf die Knie zu zwingen. Daß Frankreich nicht gewillt war, die Kastanien für England aus dem Feuer zu holen, war mehr die Furcht Frankreichs vor den deutschen Waffen zu Lande als der fehlende Glaube an die englische Unterstützung zur See. Diese war jedenfalls laut genug und vor aller Welt verkündet worden; die Flottenmobilmachung Englands sprach deutlicher als Worte.

Die Lehre, die man bei nüchterner Betrachtung für England aus diesem Falle ziehen kann, ist die, die alle wirklich großen Kriege Englands gegen see- und landmächtige Kontinentalgegner lehren, daß der Seekrieg nur unternommen wird, wenn ein oder mehrere heeresstarke Bundesgenossen auf dem Kontinent mitgehen[1]. Fehlt diese Unterstützung zu Lande, so wird sich auch England hüten, den reinen Seekrieg zu unternehmen, durch den es den Gegner nie wird ganz unter seinen Willen zwingen können.

Trotzdem ist die englischerseits gezeigte Bedrohung der letzten Monate so ernst gewesen, daß man sich meiner Ansicht nach in Deutschland fragen muß, ob die augenblickliche Rüstung stark genug ist[3], einem englischen Bündniskriege mit Erfolg die Spitze zu bieten. Und da wird bei ernsthafter Prüfung die Antwort ein entschiedenes „Nein" lauten[4]. Dies Empfinden scheint auch die deutsche Nation zu haben, denn der Wunsch nach Vermehrung der Flotte wird in Deutschland allerorten laut aus dem instinktmäßig richtigen Gefühl heraus, daß nur auf diese Weise der natürliche Gegner „England" gezwungen wird, die friedliche Entwickelung Deutschlands nicht zu stören.

Ehe man jedoch in Deutschland dazu schreitet, durch eine Novelle die Flotte zu vermehren, muß man sich darüber klar werden, welchen Erfolg dieser Schritt in England haben wird. Es ist zweifellos, daß man sich in England über jede deutsche Flottenvermehrung sehr ärgern wird, denn die eigenen Rüstungen müssen naturgemäß auch wieder steigen. Das wird meiner Ansicht nach aber alles sein, solange die allgemeine politische Atmosphäre rein ist, und solange nicht anderenorts seitens Englands Zündstoff gegen Deutschland gesammelt ist, den es durch einen Funken zur Explosion bringen kann, um dann selbst mit seiner Flotte gegen Deutschland loszuschlagen.

Mit einem Worte: die bloße Tatsache einer deutschen Flottennovelle allein wird in England kein Kriegsgrund sein[1].

Man rechnet seit Wochen in England damit, daß in Deutschland

eine Flottennovelle eingebracht werden wird, und man hat sich meiner Ansicht nach mit dem Gedanken bereits abgefunden, da man sich nicht verhehlen kann, daß man durch die politische Haltung der letzten Monate den nationalen Unwillen Deutschlands gegen sich mobil gemacht hat. Jede Flottenvermehrung Deutschlands im jetzigen Moment wird von England als etwas Natürliches angesehen werden. Anders ist es, wenn die Ursache dieser nationalen Aufwallung in Deutschland diesseits des Kanals vergessen sein wird; dann wird man eine Novelle als eine plötzliche und unverdiente Drohung gegen das friedliche England hinstellen, und die Gefahr eines neuen scare mit seinen nicht abzusehenden Folgen wird wachsen.

Nur eins imponiert in England: „Ein festes Ziel und ein unerschütterlicher Wille, es zu erreichen[1].“ Sieht England immer wieder ein, daß Deutschland von seinem Ziele „Risikogedanke der deutschen Flotte“ trotz englischen Bluffs und trotz Entente nicht abläßt, so wird es sich in das Unvermeidliche finden. Bis dahin bleibt jedes „Flottenagreement 3:2“, ob von M' Kenna oder von Churchill angeboten, ein Danaergeschenk, solange es nicht

1. die gesetzmäßige Festlegung des „Zweiertempos“ ausschließt,
2. diejenige deutsche aktive Flottenstärke festsetzt, die dem Verhältnis 3:2 zur Grundlage dienen soll[1].

(gez.) Widenmann*

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. in Abschrift:
[1] Richtig
[2] was ich gerade vermeiden will!
[3] nein!
[4] richtig!
Schlußbemerkung des Kaisers in Abschrift:
Vorzüglich

Nr. 11314

*Der Marineattaché in London Korvettenkapitän Widenmann an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz***

Abschrift

London, den 30. Oktober 1911

Am Sonnabend brachte die „Times“ den sechsten und letzten Artikel einer Serie über die Kaisermanöver der Armee, in denen der

---

* Der Bericht Widenmanns vom 28. Oktober wie der folgende vom 30. Oktober wurden dem Kaiser vom Reichskanzler erst nach telegraphisch erforderter gutachtlicher Äußerung Graf Metternichs am 24. November unterbreitet, sehr zur Unzufriedenheit des Kaisers. Vgl. Nr. 11322, 11323 und 11325.
** Der Bericht ist bereits veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 234 f.

äußerst kluge und federgewandte „Military Correspondent“* die deutsche Armee einer herben und wenig schmeichelhaften Kritik unterzog. Gleichzeitig erschien ein Leitartikel über die deutsche Armee in der „Times“, und in treuer Gefolgschaft verbreiteten sich mehr oder weniger alle Zeitungen über dasselbe Thema, für das der Boden durch Colonel Repington in so geschickter Weise vorbereitet war.

Durch alle Zeitungen geht ein beinahe wehmütig bedauernder Zug über den Niedergang der glänzenden deutschen Armee seit den Jahren 1870/71. Die Moral der Truppen, die Technik, die Ausrüstung und Führung, alles erinnert an den Niedergang des preußischen Heeres vor Jena, während nach dem Urteil Repingtons alle diese Zweige sich in der französischen Armee seit 1871 in demselben Maße gebessert haben. Die Blätter sind an der Hand des fachmännischen Urteils von Repington sich darüber einig, daß das französische Heer heute dem deutschen überlegen ist.

Diese Übereinstimmung in der Behandlung und diese Betonung der gleichen Folgerung ein und desselben Gegenstandes, der an und für sich dem für Heeresfragen urteilslosen englischen Publikum gleichgültig ist, ist zu plump, als daß der dahinter steckende Pferdefuß verborgen bleiben könnte. —

Was soll dies englische Klagen darüber, daß das militärische Gleichgewicht Europas durch den Niedergang der deutschen Armee in schwere Gefahr zu geraten droht, nachdem noch vor kurzen Wochen gerade England militärische Vorbereitungen zum Kriege getroffen hatte, und zwar sicherlich nicht in der Absicht, das Gleichgewicht Europas besser auszubalancieren, sondern in der Hoffnung, es in ein englisch-französisches Übergewicht verwandeln zu können?

Der von England mit französischer Hilfe erhoffte Krieg, in dem England seine Bundestreue halten wollte, ist nicht entbrannt; dafür sieht England plötzlich in Deutschland eine Flottenagitation neu erstehen, mit der es bei dem bestehenden und nach seiner Meinung schon übertrieben großen Flottengesetz nicht spekuliert hatte. Dies ist eine unerwartete Reaktion Deutschlands auf den eigenen Bluff; wie kann dem abgeholfen werden? Antwort: „Deutschland muß bewiesen werden, daß sein Heer zu schlecht ist, um die Landgrenzen schützen zu können, dann wird die öffentliche Meinung Deutschlands Geld für das Heer verlangen, und die für Deutschland überflüssige Flotte wird darben müssen. Auf diese Weise bleibt auch ohne Krieg die englische Überlegenheit zur See bestehen, und die ganze Sache kostet weniger.“

Es kann gar nicht häufig genug darauf hingewiesen werden, daß in dem Verhältnis Deutschlands zu England nur ein Faktor

* Oberst Repington.

dauernd interessiert. Das ist das Anwachsen der deutschen Flotte. Auf sie ist der dauernde Blick Englands gerichtet; wie man sie in der Entwickelung hemmen und an dem weiteren Anwachsen hindern kann, ist der Gedanke Englands bei Tag und bei Nacht. Jedes Mittel, das England diesem Ziele zuführt, ist recht.

Nachdem Bluff unter John Fisher und der Agreementgedanke unter Campbell Bannermann und Asquith versagt haben, wird ein neues Register aufgezogen, mit dem man einen doppelten Zweck erhofft. Neben der Absicht, das deutsche Interesse von der eigenen Flotte ab- und dem Heere zuzulenken, will man systematisch in Frankreich die Kriegslust steigern, um für den Fall zukünftiger Komplikationen bei Frankreich größere Lust zum Schlagen zu finden, wie man es in den letzten Wochen getan. Frankreich soll die Hauptarbeit tun, und England will den Enderfolg zur See einheimsen.

Für Deutschland sollte meiner Ansicht nach die aus dieser englischen Spekulation zu ziehende Folgerung ebenso eine zwiefache sein:

1. die Flotte so auszubauen, daß ein zweites Kopenhagen unmöglich ist;

2. das Heer so intakt zu halten wie möglich, so daß kein Jena, sondern ein Sedan in seiner Zukunft winkt.

(gez.) Widenmann

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II. in Abschrift:
Vorzüglich

Bemerkung von Kiderlens auf dem Begleitformular Graf Metternichs:
Es sollte doch durch Metternich diesen systematischen Verhetzungsversuchen ein Dämpfer aufgesetzt werden.
Das Argument, die Aufmerksamkeit von der Flotte auf das Heer abzulenken, ist doch sehr weit hergeholt und mindestens ebenso plump wie die kritisierten Artikel.

Nr. 11315

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Eigenhändiges Konzept*

Nr. 149 Berlin, den 31. Oktober 1911

Der mit Bericht vom 28. vorgelegte Bericht des Marineattachés

---

* Den Entwurf des Telegramms sandte Reichskanzler von Bethmann Hollweg zunächst dem Staatssekretär von Kiderlen mit folgender Notiz zu:
„Der Widenmannsche Bericht enthält bis auf den Wortlaut die mir von Tirpitz und Müller vorgetragenen Ansichten. Metternichs Ansicht wird zwar auf Seine Majestät keinen Eindruck machen. Weicht sie aber von der Widenmanns ab, so muß sie, falls ich ihr zustimme, Seiner Majestät vorgetragen werden,

von demselben Tage* enthält Urteile über die politische Situation und das allgemeine Verhältnis Englands zu Deutschland, welche sich weniger auf marinetechnischem als auf allgemein politischem Boden bewegen. Bevor ich ihn Seiner Majestät vorlege, bitte ich Ew. pp., sich auf schriftlichem Wege baldigst gutachtlich dazu äußern zu wollen.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 11316

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 811 London, den 1. November 1911

pp.** Der der Kaiserlichen Botschaft zugeteilte Marineattaché spricht in seinem Bericht vom 28. v. Mts.* die Ansicht aus, daß der Wechsel auf dem Platz des Ersten Lords der Admiralität keinen Wechsel im System bedeute, und daß die englische Marinepolitik die gleiche bleiben werde. Ich bin derselben Ansicht. Ob M' Kenna oder Churchill oder ein anderer an der Spitze der Admiralität steht, ob ein konservatives oder liberales Ministerium am Ruder ist, ist für uns, soweit es die englische Marine betrifft, relativ gleichgültig[1]. Es gibt kein englisches Ministerium und keine englische Partei von Bedeutung, die nicht als obersten Grundsatz die Notwendigkeit von der Superiorität der englischen über jede andere Marine bezeichnete und danach verführe. Es entspricht dies dem nationalen Verlangen und der nationalen Erkenntnis, daß Englands Existenz mehr als die jedes anderen Staates von der Superiorität seiner Flotte abhängt. Daher wird auch England unabhängig von Parteirücksichten zu jedem Opfer bereit sein, um sich seine Stellung zur See zu wahren. Aus Parteirücksichten wird nur von Zeit zu Zeit mehr oder weniger laut geschrieen, daß die Gegenpartei nicht genug für die Flotte tue und das Land verrate. Im Grunde glaubt aber niemand daran[2].

Der Marineattaché spricht nun davon, als ob ein englischer Vorschlag für eine beiderseitige Festlegung der Flottenstärke von

---

da nicht Widenmann, sondern Metternich der diplomatische Vertreter Seiner Majestät ist.
Falls Sie gegen die Anlage Bedenken haben, bitte ich um gefällige Rücksprache."
Da Staatssekretär von Kiderlen keinen Einspruch erhob, ging das Telegramm unverändert ab.

* Siehe Nr. 11313.

** Der erste Teil des Metternichschen Berichtes, der die Marokkofrage behandelt, ist bereits abgedruckt in Bd. XXIX, Kap. CCXXIX, Nr. 10653. Der ganze Bericht jetzt auch bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 235 ff.

3:2 „capital ships“ zu befürchten sei, und folgert aus dieser Annahme, daß uns eine Falle gelegt werde, um den Sollbestand unserer Flottenstärke von 60 „capital ships“ auf 40 zu reduzieren. Mir ist von einem solchen englischen Angebot nichts bekannt[3]. Wenn es kommt, dürfte es doch wohl noch Zeit sein zu vermeiden, in die Falle zu schlüpfen[4].

Der Marineattaché spricht sodann davon, daß die ganze englische Flotte im August und September mobil gemacht hätte, englische Seeoffiziere sprächen jetzt ganz offen davon. Er begründet dies des weiteren in seinem Bericht Nr. 721 vom heutigen Tage*. Eine Flotte, die an großen Manövern teilnimmt, ist immer mehr oder weniger kriegsbereit. Ganz England war im vergangenen Sommer auf den Krieg gefaßt, und vorbereitende Maßregeln wurden im Heer und in der Marine gefaßt. Von einer Mobilmachung der ganzen englischen Flotte kann aber doch wohl keine Rede sein[5]. Davon würde die Außenwelt auch etwas bemerkt haben[6]. Da die englische Politik sich für Frankreich festgelegt hatte und nach hiesiger Auffassung im Monat August und September Kriegsgefahr vorlag, so ist es klar, daß die englischen Seeoffiziere mit der Kriegsmöglichkeit gegen Deutschland rechneten. Die englischen Seeoffiziere haben sich in löblichem Gegensatz zu ihren Landsleuten anderer Lebensstellungen und Berufe von Kundgebungen gegen Deutschland fern und frei gehalten. Als Unterbrechung der langen Friedenszeit und im Gefühl ihrer numerischen Stärke wäre ihnen aber ein Seekrieg, in dem es Ruhm und Avancement zu holen gibt, nicht unerwünscht. Dies haben mir jüngere englische Seeoffiziere ganz offen eingestanden, und sie werden sich darin von anderen Waffengattungen in anderen Ländern wohl kaum unterscheiden.

Der Marineattaché stellt nun den neuen englischen Marineminister als einen skrupellosen, ehrgeizigen und unzuverlässigen Demagogen dar, der bei erster Gelegenheit die Marine gegen uns verwenden will. Ob Herr Churchill sein Amt zu diesem Zweck mißbrauchen wird, weiß ich nicht. Er ist erst kaum acht Tage im Amte, und er hat noch keine Beweise seiner Animosität gegen uns gegeben[7]. Dagegen ist mir bekannt, daß ein englischer Marineminister nicht über die Kriegsfrage zu entscheiden hat, sondern daß dies dem englischen Kabinett vorbehalten ist, in dem der Premierminister und der Auswärtige Minister in diesem Falle die wichtigsten Stimmen haben. Auch der Erste Seelord hat nicht über die Kriegsfrage zu entscheiden. Sonst würde es zur Zeit des Admirals Lord Fisher zum Kriege gegen Deutschland gekommen sein. Flotte und Heer werden hier als wichtigste Einsätze der Politik, als Mittel zum Zweck, nicht aber als Bestimmer des politischen Kurses betrachtet. Ich erinnere mich

---

* Nicht bei den Akten.

der Zeit, als vor einigen Jahren bei uns in maßgebenden Kreisen die Auffassung vorherrschte, daß die damalige konservative englische Regierung unter dem Einflusse des Admirals Fisher beabsichtigte, uns mit Krieg zu überziehen, um das Praevenire zu spielen und unsere im Keime aufsprießende junge Flotte zu vernichten. Ich wurde zur gutachtlichen Äußerung aufgefordert und sprach mich gegen die vorherrschende Meinung aus, weil ich wußte, welchen Platz die hiesige Admiralität in der Regierung ausfüllt, und daß diese keinen leichtfertigen Krieg wollte.

Ebenso spreche ich mich aber auch gegen die Ansicht des Marineattachés aus, daß England unter keinen Umständen allein einen Seekrieg gegen eine große Kontinentalmacht führen wird[8]. Das wichtigste Beispiel der neueren Geschichte spricht dagegen: England führte eine Zeitlang allein den Seekrieg gegen Napoleon, als Europa unter dem Druck der Kontinentalsperre lag und unter Napoleons Macht gebeugt war[9].

Der Marineattaché kommt zu dem Schluß, daß angesichts der drohenden englischen Haltung während dieses Sommers das deutsche Flottengesetz zum Schutze unserer Interessen nicht ausreiche und eine Erweiterung erfahren müsse. Und zwar sofort. Denn jetzt rechneten die Engländer mit einer Novelle als etwas ganz Natürlichem. Später, wenn die Aufregung sich gelegt habe, würde eine Novelle zur Erweiterung des Flottengesetzes als unfreundlicher Akt in England aufgefaßt werden und eine neue scare mit ihren unliebsamen Folgen hervorrufen. Ich maße mir kein Urteil darüber an, ob unser Flottengesetz ausreicht oder nicht. Die Entscheidung über diese Frage ruht in der Hand Seiner Majestät des Kaisers[10] in Beratung mit den obersten Instanzen des Reichs. Ich habe mich aber, da die Frage in der Berichterstattung des Marineattachés berührt worden ist, darüber zu äußern, welche Folgen nach meiner Auffassung die Einbringung einer Novelle zur Erweiterung des Flottengesetzes auf unser Verhältnis zu England haben wird. Es ist richtig, daß hier vielfach befürchtet wird, daß die im nächsten Jahre nach dem Gesetze automatisch eintretende Herabminderung der Neubauten an „capital ships“ auf die Zahl zwei nicht stattfinden, sondern daß eine Novelle zum Flottengesetz eingebracht werden wird[11]. Diese Novelle wird hier aber nicht als etwas Selbstverständliches angesehen, mit dem man sich schon abgefunden hat[12]. Es ist eine Befürchtung, die aus dem schlechten Gewissen entspringt. Man fühlt hier, daß man mit der Betonung des französischen Standpunktes und in der drohenden Haltung, die England eingenommen hat, zu weit gegangen ist. Man kennt die Erbitterung, welche bei uns hierdurch entstanden ist. Man verfolgt die Bemühungen des Flottenvereins nach rascherem Ausbau der Flotte und das Verlangen nach einer größeren Anzahl von Panzerkreuzern. Man glaubt, daß bei uns die Gelegenheit günstig ist,

für eine Vergrößerung der Flotte zu wirken, wenn die Regierung zu diesem Zwecke den allgemeinen Unwillen gegen England benutzen will. Hierauf gründet sich die hiesige Befürchtung einer Novelle zum Flottengesetz. Herr Winston Churchill hat vor etwa einem Monat in Balmoral dem österreichischen Botschafter* gesagt, daß, falls eine Vergrößerung der deutschen Flotte beschlossen würde, die englische Flotte ebenfalls entsprechend verstärkt werden würde[13]. Ich bin nun ebenfalls der Ansicht des Marineattachés, daß einer deutschen Novelle zum Flottengesetz keine englische Kriegserklärung auf dem Fuße folgen werde. Ich bin aber der Ansicht, daß dann die englische Nation und ihre Leiter die Überzeugung gewinnen, daß ein Krieg mit Deutschland unvermeidlich wird. Ich möchte nicht die Verantwortung übernehmen zu behaupten, daß England uns auch dann noch Zeit lassen wird, unser Flottengesetz plus Novelle zu realisieren, das heißt uns zum Ausbau Zeit zu lassen. Bis jetzt hat die englische Regierung den Schutzgedanken in der Politik verfolgt: Rüstungen und Ententen. Ich übernehme aber nicht die Verantwortung zu verneinen, daß sie dann den aggressiven Gedanken aufnehmen und nach einem Anlaß zum Kriege suchen wird, ehe unsere Flotte in vollem Umfange ausgebaut sein wird[14]. Da die englische Flottenstärke sich nach der unsrigen richtet und England entschlossen ist, einen so bedeutenden Vorsprung beizubehalten, daß es sich sicher fühlt, so bedeutet eine Erweiterung unseres Flottengesetzes für England nicht nur eine neue Anstrengung, die der unsrigen gleichkommt, sondern eine entsprechend höhere. Die Proportion des Vorsprungs wird in England beibehalten werden, unabhängig davon, ob wir mehr bauen oder weniger[15]. Die Relation wird dieselbe bleiben[16]. Nun glaubt zwar England, daß es ein Wettrüsten, wenn es dazu kommt, länger aushalten wird als wir, weil es glaubt, daß es einen längeren Geldbeutel[17] besitzt. Der Druck kann aber, ehe die finanziellen Kräfte erschöpft sind, so unerträglich werden, daß der Krieg als das kleinere Übel erscheint. Denn bei einer weiteren Verschärfung der durch das deutsch-englische Verhältnis geschaffenen Lage handelt es sich nicht nur um die stärkere Anziehung der Steuerkraft in beiden Ländern, sondern es wird dann auch die politische Unsicherheit in einem Maße wachsen, daß auf die Dauer eine gewaltsame Explosion nicht mehr zu verhindern sein wird.

Lange Zeit hindurch glaubte man bei uns, daß die Engländer über uns herfallen würden, dann kam die naval scare, und Deutschland bemerkte mit Erstaunen, daß England sich vor uns fürchtet. Jetzt glaubt man bei uns, daß England es überhaupt nicht mehr wagen wird, ohne starke Bundesgenossen uns anzugreifen[18]. Ich wendete mich damals gegen den ersten Irrtum und wende mich jetzt gegen den zweiten. Dem heutigen England ist ein Krieg mit oder ohne

* Graf Mensdorff.

Bundesgenossen höchst unsympathisch. Wenn es zum Kriege kommt, geht es England wie anderen Völkern, und es zieht vor, Bundesgenossen zu haben, wenn es kann. Bei der jetzigen Weltlage ist für England die Hoffnung auf etwaige Bundesgenossen nicht unbegründet. Wenn es muß, wird es den Seekrieg auch allein führen, den Landkrieg aber nicht, weil es nicht kann. Den Seekrieg dagegen kann es führen, insbesondere auch gegen Deutschland, und läuft dabei, solange es zur See der Stärkere bleibt, das geringere Risiko. England hat keinen Grund, sich in das Unvermeidliche zu fügen, wo es sich um Seegeltung handelt. Dazu fühlt es sich zu stark zur See.

Es mag sein, daß die Verhältnisse uns dazu treiben werden, eine Vermehrung unserer Flotte über das Maß dessen hinaus anzustreben, was bis jetzt als genügend erachtet wurde[19]. Mit dem Entschluß und dem Gesetz ist die vergrößerte Flotte aber noch nicht vorhanden. Es braucht Jahre, um sie zu bauen. Wenn wir jetzt mit dem Entschluß einer Flottennovelle hervortreten, so laufen wir ernstliche Gefahr, daß uns nicht einmal Zeit gelassen wird, unser jetziges Flottengesetz zu verwirklichen. Bauen wir aber nach unserm jetzigen Flottengesetz beispielweise bis zum Jahre 1915 weiter, so sind wir dann auf Grund des schon vorhandenen neuen Schiffsmaterials in der Lage, mit weniger Risiko an eine Novelle heranzugehen[20]. Die Wahrscheinlichkeit eines Krieges mit England wird auch dann wachsen, nur können wir ihr dann mit größerer Ruhe entgegensehen, weil dann unsere Flotte schon weiter ausgebaut und daher an neuen Schiffstypen bedeutend stärker sein wird als jetzt[21]. Unter dem Schutze unserer Flotte, wie sie 1915 sein wird, kann eine Novelle besser gedeihen als unter dem Schutze unserer Flotte von heute[22]. Die Frage kann auch so gestellt werden: Sind wir 1915 eher in der Lage, einen Seekrieg mit England aufzunehmen, als heute oder 1912, wo es schon leicht zum Kriege kommen kann, wenn wir jetzt eine Novelle einbringen[23]? Der Herr Staatssekretär des Reichsmarineamts wird auf diese Frage eine kompetente Antwort zu erteilen wissen. Vom politischen Standpunkte aus, mit dem ich mich zu befassen habe, betone ich, daß wir nach meiner Ansicht keine Sicherheit haben, unsere Flotte im Frieden auszubauen oder zu verstärken, wenn wir jetzt eine Novelle einbringen. Eine Novelle kann manches bergen. Unter einer Novelle, wie sie der Marineattaché vorschlägt, verstehe ich eine solche, die eine wesentliche Verstärkung unserer Flotte mit wesentlicher Beschleunigung des Bautempos über das bisher Vorgesehene hinaus in sich birgt. Bringen wir jetzt aber keine Novelle ein, so haben wir Aussicht, ohne Krieg unser Flottengesetz auf dem Meere zu realisieren[24]. Denn nach Beilegung der Marokkofrage ist kein Krieg für uns in Sicht[25]. Die Lage bleibt trotzdem ernst, solange die Spannung zwischen uns und England an-

dauert. Hier ist jetzt der Wunsch, Vergangenes, wenn es noch möglich ist, zu begraben[26].

In dem Bericht des Marineattachés Nr. 718 vom 30. v. Mts.* betreffend gehässige Kritiken in der „Times" über unsere Kaisermanöver, worüber auch der Militärattaché**, in dessen Fach es fällt, berichtet hat, heißt es: „Es kann garnicht häufig genug darauf hingewiesen werden, daß in dem Verhältnis Deutschlands zu England nur ein Faktor d a u e r n d interessiert. Das ist das Anwachsen der deutschen Flotte. Auf sie ist der dauernde Blick Englands gerichtet." — Dies ist eine Wahrheit, der sich niemand verschließen kann, wenn er sich mit ungetrübtem Blick in England umsieht, eine Wahrheit, die ich schon seit Jahren vertreten habe, während noch bis vor kurzem einflußreiche Kreise sie nicht anerkennen wollten, indem sie angaben, daß Neid, Eifersucht, Handelsrivalität die Ursachen für das schlechte Verhältnis der beiden Länder bildeten. Der Marineattaché fährt dann in demselben Satze fort: „Wie man sie in der Entwicklung hemmen und an dem weiteren Anwachsen hindern kann, ist der Gedanke Englands bei Tag und Nacht. Jedes Mittel, das England diesem Ziele zuführt ist recht." — Die Entwicklung der letzten Jahre beweist, daß diese Behauptung unrichtig ist[27]. Wäre England jedes Mittel recht, das zu diesem Ziele führt, so hätte es es benutzt und unsere Flotte vernichtet, als ihm dies noch leicht war, zu einer Zeit, als einflußreiche Kreise bei uns von dieser Absicht Englands überzeugt waren. Kriege werden in zivilisierten Ländern aber heutzutage nicht mehr unter rein arithmetisch-militärischen Gesichtspunkten unternommen, weil sich der eine zu einem gegebenen Zeitpunkt dem anderen überlegen hält. Dies ist auch in England der Fall. Dagegen können Momente eintreten, wo die Lasten und Gefahren des Friedens als so drückend empfunden werden, daß der Krieg dem Frieden vorgezogen wird. Auch dies kann in England eintreten.

Der Marineattaché weist in seinem politischen Militärberichte darauf hin, daß wie nach einem vereinbarten Plane fast in der gesamten hiesigen Presse der Versuch gemacht wird, durch abfällige Kritik an den Kaisermanövern die angeblichen Mängel unseres Heeres bloßzulegen, um uns dadurch vor Augen zu führen, daß wir zu viel für unsere Flotte und zu wenig für unser Heer tun, also in Zukunft an unseren Ausgaben für die Flotte sparen und sie dafür dem Heere zuwenden sollen. Auch dies soll ein Plan sein, um die Entwicklung unserer Flotte zu hemmen. Wenn dem so sein sollte, so ist wohl nicht zu befürchten, daß wir in Deutschland diesen englischen Zeitungsplan befolgen werden. Übrigens gehen diese gehässigen Artikel nicht durch fast die gesamte hiesige Presse, sondern es befassen sich nur zwei oder drei der bekannten Hetzblätter mit ihnen, unter welcher

* Siehe Nr. 11314.
** Major Ostertag.

Zahl die „Times“ selbst ist. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die „Times“ so naiv sein sollte sich einzubilden, daß die durch Herabsetzung unserer Armee in ihren Spalten die Opferwilligkeit unseres Volkes für die Flotte herabdrücken könne. Eher denkbar ist es, daß sie unsere Armee vor dem Auslande diskreditieren möchte, um den Franzosen zu schmeicheln. Ich bin aber der Überzeugung, daß das Gift der „Times“ an dem Ruf und Ruhm unserer Armee wirkungslos abprallen wird.

Durch die beiden erwähnten Berichte des Marineattachés geht ein Zug der Befürchtung, als ob das deutsche Flottengesetz durch englische Machinationen neuerdings gefährdet sei. Es ist mir nicht ersichtlich, worauf diese Befürchtung beruht. Es ist bekannt, daß England es vorziehen würde, wenn wir nur eine schwache anstatt einer starken Flotte bauten. Es ist gleichfalls bekannt, daß England verschiedentlich Versuche gemacht hat, eine Verminderung der Ausgaben für die beiderseitigen Flotten anzuregen. Es ist weiter bekannt, daß diese Versuche bisher zu nichts geführt haben[28]. Es ist möglich, daß auch in Zukunft wiederum englische Versuche an uns herantreten. Es liegt dann wie in der Vergangenheit in unserer Hand, auf sie einzugehen oder sie abzulehnen. Ich sehe aber keine Gefährdung unseres Flottengesetzes voraus, außer wenn wir durch Krieg an dem Ausbau unserer Flotte gehindert werden. Diese Möglichkeit rückt nach meiner Ansicht näher heran, wenn wir jetzt eine Novelle einbringen[29].

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Richtig
[2] ?
[3] Existirt nicht!
[4] Es ist unser Maaß für die Erreichung der Flottenstärke die eine Defensivchance bietet!
[5] was weiß der Zivilist davon!!
[6] von Tripolisvorbereitungen hat die Außenwelt auch nichts bemerkt!!!
[7] vorher doch!
[8] Falsch!
[9] Preußen, Rußland, Oesterreich bekämpften Napoléon als natürliche Bundesgenoßen zu L a n d e!!!
[10] allerdings! Gott Lob!
[11] ja
[12] fa[!]sch!
[13] natürlich!
[14] soll sie nur! Dann hat sie das Odium wovor England sich immer scheut sie konnten das früher viel bequemer
[15] im Material ja! nicht in Besatzungen
[16] falsch!
[17] Menschen hat es weniger!
[18] Nein! Die Möglichkeit ist da
[19] Blech! Ist noch nicht als genügend erachtet
[20] Quatsch
[21] !

[22] unglaublicher Blech!
[23] Hasenfuß!
[24] Blech!
[25] ?
[26] Unsinn! wir haben die Ohrfeige weg: und obendrein sollen wir keine Schiffe bauen!! Üblicher Metternich[sch]e[r] Rath! Blos nicht bauen in Deutschland, dann wird in England gute Laune sein!
[27] falsch! England hat es mit Frankreich im Bunde gewollt, aber Delcassé fiel, und Frankreich versagte; allein hat England es nicht gewollt
[28] unsere Antworten und Fragen unbeantwortet gelassen!
[29] Blech!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Ich stimme dem Urtheil des Botschafters nicht bei! Der Marineattaché hat Recht! W.

Nr. 11317

Der Marineattaché in London Korvettenkapitän Widenmann an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Abschrift

London, den 10. November 1911

Gestern abend hatte Mr. Churchill die fremden Marineattachés zu sich gebeten, um sie sich vorstellen zu lassen. Bei dem Empfang, der für jeden von uns privatim stattfand, entwickelte sich nach einigen kurzen Bemerkungen persönlicher Natur etwa folgendes Gespräch:

Mr. Churchill: Ich werde heute abend in der Guildhall zum ersten Male Gelegenheit haben, in meiner neuen Eigenschaft als First Lord zu sprechen, und ich hoffe, daß ich nicht in der von mir auszusprechenden Erwartung getäuscht werde, nämlich, daß unsere kommenden Navy Estimates beschnitten werden können. Dies hängt natürlich ganz davon ab, was vor allen Dingen in Ihrem Lande beabsichtigt ist. Ich habe schon seit mehreren Jahren die Entwicklung Ihrer Flotte mit regem Interesse im Vergleich mit unserer Flotte verfolgt, da dies ja eine der wichtigsten Fragen in dem Verhältnis der beiden Nationen zueinander ist. Aus diesem Grunde habe ich auch in den letzten Tagen bei meiner Informierungstätigkeit die Vorschläge Ihrer Regierung über den Austausch von Nachrichten* mit Freuden begrüßt, da ich hoffe, daß dadurch ein besseres Verhältnis entwickelt und das gegenseitige Mißtrauen behoben wird.

Ich erwiderte darauf, daß die Stellung unserer Regierung ja durch die Rede des Herrn Reichskanzlers vom 30. März 1911** der ganzen Welt klargelegt sei, daß aber meiner Ansicht nach das Miß-

* Vgl. dazu Bd. XXVIII, Kap. CCXXV, Nr. 10452.
** Vgl. dazu auch Bd. XXVIII, Kap. CCXXV, Nr. 10441, S. 408, Fußnote ***.

trauen gerade jetzt stärker sei wie je, wenigstens wenn man die Äußerungen von einflußreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Blätter in beiden Ländern in Betracht ziehe.

Mr. Churchill: Das verkenne ich nicht, bin mir im Gegenteil mit meinen Kollegen ganz bewußt, daß augenblicklich das Mißtrauen in Deutschland gegen uns stärker ist wie je zuvor, und daß dadurch von neuem die Ungewißheit entstanden ist, ob Sie bei Ihrem Flottengesetz stehen bleiben werden. Davon hängen einzig und allein auch unsere Flottenbaupläne ab.

Ich habe natürlich keine Autorisation, über die Absichten unserer Regierung, diesen Punkt betreffend, zu sprechen. Daß aber die augenblickliche Volksstimmung in Deutschland scheinbar auf eine Vermehrung der Flotte hindrängt, das muß jeder empfinden, der die deutsche Presse letzthin verfolgt hat.

Mr. Churchill: Ich verstehe ganz, was Sie damit sagen wollen, und habe selbst das Gefühl, daß augenblicklich die Volksstimmung weiter gehen will, und daß es zweifelhaft erscheint, ob die Regierung die Kontrolle über diese Stimmung behalten wird. Das ist eine wesentlich geänderte Situation, der man wird Rechnung tragen müssen. Trotzdem hoffen wir alle, daß die Regierung an dem Flottengesetz ohne Novelle festhalten kann, aber wir werden nicht überrascht sein, wenn die Volksstimmung von ihrer Regierung mehr verlangt. Sie müssen sich nur darüber klar sein, daß wir dann auch weiter gehen müssen, statt unsere Navy Estimates zu verringern, was zunächst beabsichtigt ist.

Ich: Damit wird man bei uns nach den ministeriellen Erklärungen der letzten Jahre rechnen. —

Mr. Churchill ging dann auf den Wert des Flottengesetzes über, indem er etwa folgendes ausführte:

Durch mein Studium der englisch-deutschen Beziehungen, in denen die Flottenfrage meiner Ansicht nach den Angelpunkt bildet, bin ich in der Lage, den Wert Ihres Flottengesetzes richtig einzuschätzen. Nicht ich allein, sondern viele meiner Kollegen betrachten dieses Gesetz als eines der bedeutendsten politischen Instrumente, das augenblicklich existiert, und ich hege große Bewunderung für den Schöpfer desselben. Ich kenne den Admiral von Tirpitz, obwohl ich mehrmals in Deutschland gewesen bin, leider nicht, ich schätze aber an ihm die Offenheit, mit der er die Entwicklung vorausgesagt hat. Seine Angaben sind sämtlich in Erfüllung gegangen.

Mit der Bitte, dem Admiral von Tirpitz seine Wertschätzung und Empfehlungen zu übermitteln, schloß der First Lord das Gespräch.

Nach diesen Auslassungen bringt die seitens Mr. Churchill gestern abend gehaltene Guildhallrede nichts Besonderes. —

(gez.) Widenmann

Nr. 11318

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 848 London, den 10. November 1911

Mr. Winston Churchill führte in seiner gestern in der Guildhall gehaltenen Rede aus, daß der Flottenpolitik der Regierung die Aufgabe zufalle, die Flotte stark und in immerwährender Bereitschaft zu halten. Dies schließe jedoch die von Mr. M' Kenna vor einigen Wochen in Aussicht gestellte Verringerung des außerordentlich hohen Marinebudgets * in keiner Weise aus. Aus vielen Gründen sei eine Herabsetzung der Marineausgaben wünschenswert, vorausgesetzt, daß die nationale Sicherheit dadurch in keiner Weise beeinträchtigt werde. Die Flottenpolitik der Regierung richte sich nach den Flottenrüstungen der anderen Staaten. Es sei nutzlos zu bestreiten, daß das plötzliche, schnelle Anwachsen der deutschen Flotte die Hauptrolle bei Aufstellung des englischen Marinebudgets und Schiffsbauprogramms spiele. Wer dies verheimlichen wollte, würde der außergewöhnlichen und großartigen Entwicklung deutscher Leistungsfähigkeit und deutscher Wissenschaft während der letzten Jahrzehnte keine Gerechtigkeit widerfahren lassen. Es wäre aber außerdem sehr unweise, leugnen zu wollen, daß der Wettbewerb in den Flottenrüstungen zwischen diesen beiden mächtigen Staaten, die die größten gemeinsamen Interessen besäßen, ohne durch eine wirkliche Streitfrage getrennt zu sein, der einzige Grund sei, warum die ernstesten und wiederholten Versuche, ein freundschaftliches Verhältnis zwischen beiden Ländern zu erzielen, scheitern mußten. Solange dieser Wettbewerb andauere, würde das gegenseitige Mißtrauen ungehindert fortbestehen und zu neuen Schwierigkeiten führen. Er wolle nicht die Behauptung aufstellen, daß der Fehler nur auf der einen Seite zu suchen sei; er müsse jedoch betonen, daß die Aufrechterhaltung der englischen Vormachtstellung zur See die Vorbedingung sei für den Weiterbestand des britischen Weltreiches.

Im nächsten Jahre werde die durch das deutsche Flottengesetz festgesetzte höchste Schiffsbauziffer erreicht werden, und von da ab falle die jährliche Quote neuzubauender Schiffe auf die Hälfte der bisherigen Rate. Bisher sei dieses Gesetz in keiner Weise überschritten worden. Mit Befriedigung könne er bestätigen, daß die von den deutschen Ministern abgegebenen Erklärungen in korrekter Weise eingehalten worden seien. Die politische Lage sei jedoch gegenwärtig derart, daß ganz Europa es mit großer Genugtuung begrüßen würde,

---

* Vgl. Nr. 11309.

wenn die Bestimmungen des deutschen Flottengesetzes auch fernerhin eingehalten und keine Vermehrung des darin vorgesehenen Etats eintreten würde. Sollte jedoch das schon jetzt sehr hohe Schiffsbauprogramm anderer Mächte noch weiter erhöht werden, so würde dies sowohl die englische Regierung als andere Staaten sehr bedauern. Er spreche im Namen der englischen Regierung, wenn er für diesen Fall die Erklärung abgebe, daß Großbritannien von allen Staaten und Nationen der ganzen Welt am besten in der Lage sein werde, den Wettbewerb auszuhalten, und daß es seine Pflichten voll und ganz zu erfüllen wissen werde.

P. Metternich

Nr. 11319

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Telegramm. Entzifferung

Nr. 82 Kiel, den 11. November 1911

Von Herzen Glückwunsch zur gestrigen Rede*! Sie hat auch hier in allen Kreisen, militärischen, maritimen und zivilen, hervorragenden Eindruck gemacht; ebenso wie ich Kiel ganz emotioniert von der ersten Rede vorfand. Auch die Auslandspresse quittiert günstig. Die gestrige wird erst recht draußen gefallen! Nur nicht den Humor verlieren! Nach Mitteilungen aus Privatquellen aus den Parteien ist Stimmung für Flottenverstärkung so günstig — wie auch der Beifall im Hause bei diesbezüglicher Stelle** beweist —, daß es sehr schade ist, daß im

* Gemeint ist Reichskanzler von Bethmanns zweite Marokkorede in der Reichstagssitzung vom 10. November, die, in der Hauptsache eine Erwiderung auf die Kritiken an seiner ersten Rede vom 9. November, sich bei der Erörterung der Angriffe des Abgeordneten von Heydebrand und der Lasa auf England zu starkem Schwunge steigerte: „Der Starke braucht sein Schwert — nicht immer im Munde zu führen. Wir haben Monate hindurch erlebt und erleben noch jetzt alle Tage, die von einer leidenschaftlichen Stimmung durchflutet sind, wie wir es wohl niemals in Deutschland erlebt haben. Ein Grundton dieser Stimmung ist der Wille Deutschlands, seine Kräfte und alles, was es vermag, in der Welt durchzusetzen.“ Vgl. zu den beiden Reden des Reichskanzlers auch Bd. XXIX, Kap. CCXXIX, Nr. 10654, Fußnote.

** In den beiden Reichstagsreden Bethmann Hollwegs befindet sich keine Stelle, die von einer Flotten*verstärkung* handelt; nur einmal betont der Reichskanzler, daß während der Marokkokrise die absolute Kriegsbereitschaft von Armee und Flotte auch nicht im mindesten im Zweifel gestanden habe. Anscheinend hat der Kaiser bei der diesbezüglichen Stelle nicht eine der Reden Bethmann Hollwegs, sondern die des nationalliberalen Führers Bassermann im Auge, der ziemlich deutlich eine sofortige Einbringung einer Flottennovelle verlangte: „Wir haben die volle Überzeugung, daß unsere Heeres- und Marineverwaltung bereit ist, und daß unsere Machtmittel in der Ver-

Herbst nicht die Novelle gebracht wird. Sie würde glatt durchgehen. Die Regierung würde eine vorzügliche Position haben, da sie das Volksempfinden und die doch tiefgehende Erregung desselben in eine nutzbringende Tat umsetzen würde. Vielleicht erwägen Euere Exzellenz dies nochmals mit von Tirpitz. Ich werde ihn heute sehen und könnte ihn dahin instruieren*. Das Volk erwartet so etwas jetzt und würde dieses als nationale Tat mit Jubel begrüßen. Frisch ans Werk!

Stets Ihr treuer

Wilhelm I. R.

Nr. 11320

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Privatbrief. Abschrift

London, den 19. November 1911

Was die Weisheit der Männer verschweigt, plaudert häufig der Mund der Weiber aus. Besonders in England, wo die Frauen stark ausgeprägte politische Wesen sind. In meinen Gesprächen mit Grey und auch mit Asquith habe ich es natürlich vermieden, im jetzigen Augenblicke die Flottenfrage zu berühren, obwohl sie gerade jetzt hier alles andere überragt.

Mrs. Asquith, die sehr klug und indiskret, aber politisch eine Freundin von uns ist — sie ist in Dresden erzogen worden —, sagte mir noch gestern in ihrem Hause, daß unser Verhältnis zu England

---

fassung sind, daß wir in jedem Augenblick auch im Ernstfalle auftreten können. Wir müssen aber den Wunsch aussprechen, daß, wenn irgendwo Lücken vorhanden sind, sei es in der Armee, sei es in der Flotte, wie es von seiten des Flottenvereins behauptet worden ist, daß man dann den festen Entschluß und den Willen hat, unbekümmert darum, welcher Eindruck durch eine eventuelle Vermehrung unserer Flotte hervorgerufen wird, diese Vermehrung sofort vorzunehmen."

* Vgl. dazu A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 228 f., 256 ff. Nach Tirpitz hätte der Kanzler sich am 16. November damit einverstanden erklärt, daß ihm die Flottennovelle, deren Entwurf am 4. November dem Kaiser durch den Chef des Marinekabinetts übergeben war — die Begründung ist jetzt im wesentlichen veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, Warum kam eine Flottenverständigung mit England nicht zustande?, Süddeutsche Monatshefte, 23. Jg., S. 123 ff. —, vorgelegt werde. Ferner wäre der Kanzler damit einverstanden gewesen, daß die Novelle in den Etatsentwurf hineingearbeitet und die Bundesratsberatung über den Marineetat entsprechend hinausgeschoben würde. Am 27. November wurde darauf der Novellenentwurf vom Reichsmarineamt an den Reichskanzler und den Reichsschatzsekretär abgesandt. Über die Stellungnahme des letzteren vgl. Nr. 11324.

ganz davon abhänge, ob wir eine Flottenvermehrung vornähmen oder nicht. Derselbe Gedanke tritt mir von den verschiedensten Seiten entgegen, und ich habe nicht den leisesten Zweifel, daß er die Situation beherrscht. Wir stehen, wie ich vorgestern zu Grey sagte, at the parting of the roads, am Scheidewege: für England, daß es nicht nochmals in einer wichtigen internationalen Frage uns drohend in den Weg tritt; für Deutschland, daß es nicht den Rahmen des Flottengesetzes überschreitet. Dabei ist gleichgültig, ob wir schneller bauen, ob wir mehr bauen, oder beides zugleich. Die Wirkung wird dieselbe sein. Der Weg der Aussöhnung mit England ist dann definitiv verlassen und alles, was wir sonst tun mögen, nur von taktischem Wert. Grey, obwohl er ebenso wie ich diesen heiklen Punkt wohlweislich zu berühren vermied, weiß ganz genau ebenso wie alle anderen hiesigen leitenden Persönlichkeiten, wo für Deutschland der Scheideweg beginnt, und sie wissen auch nach den Erfahrungen dieses Sommers, wo er für England liegt. Mißtrauische Naturen mögen nun sagen, daß der in England nach der überstandenen Krise hervortretende Wunsch nach einer Besserung des Verhältnisses zu Deutschland lediglich ein Manöver ist, um die gutmütigen Deutschen davon abzuhalten, auf neue Flottenpläne zu sinnen. Der Wunsch, daß wir hiervon absehen, tritt unstreitig sehr stark und allgemein in England hervor. Die Befürchtung, daß es doch geschehe, liegt nahe in Anbetracht der erbitterten und selbst kriegerischen Stimmung, die sich bei uns in Presse und Reichstag kundgibt. Die Triebfeder aber für den Wunsch nach Aussöhnung mit uns liegt viel tiefer und beruht auf der Erkenntnis der kürzlich überstandenen Kriegsgefahr und dem mehr oder weniger bewußten Drange, einer ähnlichen Lage für die Zukunft vorzubeugen.

Ich habe die Flottenfrage, welche der entscheidende Punkt in unserm Verhältnis zu England bleibt, in meinem gestrigen Berichte.* nicht erwähnt, weil ich nicht schon wieder in der Rolle des unbequemen Warners auftreten wollte. Ich habe mich dieser undankbaren Aufgabe noch unlängst in meinem Bericht Nr. 811 vom 1. d. Mts.** unterzogen, wobei ich mich ausführlich über die durch Beilegung des Marokkostreites geschaffene Lage verbreitet habe.

Ich bin natürlich bereit, für meine Überzeugung einzutreten und, falls Sie es für erforderlich halten sollten, auch meinen gestrigen Bericht nach der Seite der Flottenfrage hin in einem ferneren Bericht zu ergänzen. Auch stelle ich ganz in Ihr Ermessen, ob Sie meine heutigen Bemerkungen über die Flottenfrage zur allerhöchsten Kenntnis bringen wollen oder nicht. Nebenbei bemerkt, gehört sich vielleicht mehr moralischer Mut dazu, aus Pflichtgefühl die Rolle eines unbe-

---

* Siehe den Metternichschen Bericht Nr. 881 vom 18. November in Bd. XXIX, Kap. CCXXIX, Nr. 10656.

** Siehe Nr. 11316.

quemen Warners zu übernehmen, als sich dazu gehören würde, im unrichtigen Moment einer fremden Regierung, die einem nichts anhaben kann, Grobheiten zu sagen und sich als „bully" zu benehmen.

Ich hoffe, daß die Schwierigkeiten, mit denen Sie im Reichstage zu kämpfen haben, schwinden werden, und ich bin überzeugt, daß Ihre offene und ehrliche Art die Mißgunst des Augenblicks überdauern und besiegen wird.

(gez.) P. Metternich

Nr. 11321

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 163 Berlin, den 22. November 1911

pp.* Die hiesige Situation ist, wie ich zu Ihrer ausschließlich persönlichen Information bemerke, die folgende:

Seine Majestät der Kaiser fordert mit großer Entschiedenheit die Einbringung einer Flottennovelle im kommenden Frühjahr. Die Novelle soll für die nächsten sechs Jahre an Stelle des im Flottengesetz vorgesehenen Zweiertempos das Dreiertempo einführen. Dabei soll Prinzip die allmähliche Herstellung des Verhältnisses von zwei zu drei sein. Seine Majestät ist so fest entschieden, daß er bei Weigerung der Einbringung der Novelle wahrscheinlich einen Regierungswechsel vornehmen wird.

Im Volk ist eine Flottennovelle momentan entschieden populär. Mag auch das Agitationsbedürfnis der Parteien im Hinblick auf die nächsten Wahlen sowie die allgemeine Opposition gegen die Marokkopolitik der Regierung dabei eine große Rolle spielen, so herrscht doch ganz unverkennbar in allen Schichten des Volks eine große Erbitterung gegen England, die nach einem bestimmten Ausdruck sucht. Für die ruhige Überlegung, daß es jedenfalls momentan unsere Stellung gegen England nicht stärkt, vielmehr durch Erhöhung der Kriegsgefahr schwächt, wenn wir in den nächsten sechs Jahren 18 Schiffe anstatt 12 auf Kiel legen, findet sich kein Verständnis. Von den Parteien des Reichstags drängen Konservative, Nationalliberale und der größere Teil des Fortschritts nach der Novelle, und ich nehme an, daß sich

* Der erste Teil des Bethmann Hollwegschen Telegramms, das sich als eine Erwiderung auf den Metternichschen Privatbrief vom 19. November (siehe Nr. 11320) darstellt, ist abgedruckt in Bd. XXIX, Kap. CCXXIX, Nr. 10657; er betrifft die Enthüllungen des Kapitäns Faber über die englischen Kriegsrüstungen vom Sommer 1911, die dadurch neu entfachte Erregung in Deutschland und die zu ihrer Beschwichtigung von Staatssekretär von Kiderlen am 21. November in der Budgetkommission des Reichstags gegebene Darstellung.

diese Parteien bei der Wahlagitation* noch mehr darauf festlegen werden. Das Zentrum ist vorderhand ablehnend, doch zweifle ich, ob es den Mut haben würde, eine vorgelegte Novelle abzulehnen.

Die Rede des Kapitäns Faber und alles, was in den letzten Tagen durch die englische Presse über die militärische Kooperation Englands mit Frankreich und über seine Kriegsvorbereitungen im September bekannt geworden ist, haben die Stimmung ungeheuer verschärft. Das Volk sieht sich einer Koalition gegenüber, die jeden Augenblick bereit ist, über uns herzufallen, und erblickt in England diejenige Macht, welche direkt zum Kriege treibt. Denn während Frankreich im September keinerlei Kriegsvorbereitungen getroffen hat, ist England, wie es scheint, jeden Tag schlagbereit gewesen.

Dem Drängen nach Vorlegung einer Flottennovelle und zugleich wahrscheinlich nach einer Heeresverstärkung wird sich die Regierung allerhöchstens entziehen können, wenn England sich zu einer positiven Verständigung mit uns entschließt und diesen Entschluß durch Tatsachen dokumentiert. In dieser Beziehung wird zunächst von entscheidender Bedeutung die für Montag erwartete Rede Sir Edward Greys sein**. Enthält sie in bezug auf die zukünftige Politik Englands zu uns auch nur die geringsten Unfreundlichkeiten gegen uns, so ist bei uns kein Halten mehr, und das Verhängnis geht seinen Weg. Das Wort Heydebrands: „Wir wissen jetzt, wo der Feind steht“***, muß bündig widerlegt werden. Damit würde es aber nicht genug sein. Seiner Majestät kann ich die Inopportunität einer Flottennovelle nur dann mit Aussicht auf Erfolg darstellen, wenn die englische Regierung in tatsächliche Verhandlungen über eine politische Verständigung mit uns eintritt. Sonst wird Seine Majestät in freundlichen Redewen-

---

* Die Auflösung des Reichstags, die am 7. Dezember erfolgte, und die Neuwahlen (12. Januar 1912) standen in naher Sicht.

** Über Sir E. Greys Unterhausrede vom 27. November, die in Deutschland wenig befriedigte, siehe Bd. XXIX, Kap. CCXXIX, Nr. 10 661, Fußnote sowie Nr. 10 662. Reichskanzler von Bethmann Hollweg schloß seinen telegraphischen Bericht an den Kaiser vom 28. November mit den Worten: „Die üblichen freundschaftlichen Beteuerungen haben“ — in der Rede — „nicht gefehlt; wir werden darauf antworten, daß wir sie vollständig teilten, nach den Ereignissen des Sommers aber zunächst Taten abwarten müßten“ (Bd. XXIX, Kap. CCXXIX, Nr. 10661). Am 30. November äußerte der Reichskanzler in einem weiteren Telegramm an den Kaiser die Absicht, die Sir E. Grey im Reichstage zu erteilende Antwort — sie erfolgte am 5. Dezember — auf den Grundton abzustimmen: nicht unversöhnlich, aber kühl. Seinerseits sprach Kaiser Wilhelm II. in einem Telegramm an den Reichskanzler, d. d. Moschen, 30. November, die Ansicht aus, daß die Rede Sir E. Greys „seichter Quatsch“ sei und gar keine Änderung der Lage herbeiführe, da der englische Minister nirgends eine Andeutung oder einen Vorschlag mache, wie er die deutsch-englischen Beziehungen zu verbessern gedenke. „Er hat die hochgespannten Erwartungen Europas enttäuscht. Folge: Stärkung zur See und zu Land unumgänglich nötig.“

*** Es war in der Reichstagssitzung vom 9. November gefallen.

dungen ebenso wie unsere öffentliche Meinung nur die Absicht sehen, uns momentan zu beruhigen, „einzuschläfern“ und so von einer Vermehrung unserer Flotte abzuhalten.

Man wird also auf allgemeine Phrasen hin nur die Novelle mit um so größerem Nachdruck fordern. England müßte also und könnte unsere früheren Besprechungen wieder aufnehmen, und zwar über das political agreement, das ich ihm stets als unentbehrliche Voraussetzung eines naval agreement bezeichnet habe. Freilich müßte ein solches agreement einer Art Neutralitätsabkommen sehr nahekommen.

Schließlich bemerke ich, daß, wenn die Dinge so laufen, daß Seine Majestät auf der Flottennovelle besteht oder auch die gegenwärtige deutsche Regierung sich nach dem Ausfall der Rede Sir E. Greys nicht entziehen kann, die Vorbereitungen zur Novelle sofort in die Hand genommen werden müssen und dann auch nicht mehr geheim gehalten werden können.

Ich bitte Sie, in vorstehendem Sinne die Situation mit Sir E. Grey zu besprechen, wobei indes die Person Seiner Majestät aus dem Spiel zu lassen ist.

Auch wollen Euer pp. gleichmäßig vermeiden, bei Sir E. Grey den Eindruck zu erwecken, einerseits als ob wir uns um die englische Gunst bewürben, andrerseits als ob wir eine Art Ultimatum stellten. Der Zweck der Unterredung soll sein, Sir E. Grey die Gründe nochmals ausführlich darzulegen, die im Verlaufe dieses Sommers zu einer berechtigten Erregung unserer Volksstimmung geführt haben, die durch die unwidersprochene Fabersche Rede aufs äußerste gesteigert ist, und dem Minister klar vor Augen zu führen, welche weittragende Bedeutung für die Gestaltung unserer Beziehungen zu England seine demnächstige Rede haben wird. Wir beabsichtigen nicht, seine Erklärungen irgendwie zu beeinflussen, wir wünschen nur, daß er über Bedeutung und Folgen seiner Rede zum voraus klar sieht.

Meine Bemerkungen über das political agreement bitte ich Sir Edward Grey gegenüber einstweilen noch nicht zu verwerten. Eine eventuelle Demarche behalte ich mir eventuell bis nach der Greyschen Rede vor.

Drahtantwort*.

v. Bethmann Hollweg

---

* In seinem Antworttelegramm Nr. 164 vom 23. November äußerte sich Graf Metternich, der allerdings Sir E. Grey noch nicht hatte sprechen können, nicht eben hoffnungsvoll bezüglich Sir E. Greys Haltung: Die Aussicht auf eine Flottennovelle werde diesen nicht zur Rücksichtnahme auf uns bestimmen. Siehe das Telegramm in Bd. XXIX, Kap. CCXXIX, Nr. 10 658. In einem Berichte vom 24. November (Nr. 902) warnte dann Graf Metternich: „Wenn wir jetzt und ohne Übergang die hiesige Regierung vor die Alternative stellen: entweder bleibt neutral, oder wir vermehren unsere Flotte, so wird eine womöglich noch stärkere Anlehnung an Frankreich die Folge sein. Ver-

Nr. 11322

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Donaueschingen

Ausfertigung

Berlin, den 24. November 1911

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät beehre ich mich anbei alleruntertänigst zwei Berichte des Marineattachés bei der Kaiserlichen Botschaft in London vom 28. und 30. v. Mts. vorzulegen*, die den Wechsel in der Leitung der englischen Admiralität sowie die Kritik zum Gegenstand haben, die der Militärberichterstatter der „Times" an den diesjährigen Kaisermanövern geübt hatte.

Beide Berichte enthalten politische Urteile, die ich nicht geglaubt habe Euerer Majestät unterbreiten zu dürfen, ohne vorher dem Botschafter Euerer Majestät in London Gelegenheit gegeben zu haben, dazu Stellung zu nehmen.

Die Berichte, die Graf Metternich in Ausführung der ihm erteilten Weisungen erstattet hat, und die einen Überblick über die Lage nach Abschluß des Marokkoabkommens unter besonderer Berücksichtigung der deutsch-englischen Beziehungen geben**, verfehle ich nicht hier beizufügen.

v. Bethmann Hollweg

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
26/XI 1911 W.
Die Berichte sind an mich gerichtet und ich habe sie erst 4 Wochen später erhalten. W.

Nr. 11323

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Moschen, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Telegramm. Entzifferung

Nr. 85 Moschen, den 27. November 1911

Berichte aus London*** gelesen.

Standpunkt Metternichs genau derselbe wie bei den Novellen 04 und 08. Wäre ich ihm damals gefolgt, hätten wir jetzt über-

---

stärken wir dann die Flotte durch ein Gesetz, das heißt vorläufig nur auf dem Papier, so gehört eine außerordentlich vorsichtige Politik dazu, um uns Zeit zu lassen, sie ohne Krieg auch auszubauen. Es mag dies gelingen, mag auch nicht." Siehe Bd. XXIX, Kap. CCXXIX, Nr. 10659.

* Siehe Nr. 11313 und 11314.

** Siehe Nr. 11316 sowie Bd. XXIX, Kap. CCXXIX, Nr. 10656.

*** Siehe Nr. 11313, 11314, 11316 sowie Bd. XXIX, Kap. CCXXIX, Nr. 10656.

haupt gar keine Flotte! Seine Deduktion gestattet auf unsere Marinepolitik die Ingerenz eines fremden Volkes, wie ich sie mir als oberstem Kriegsherrn und Kaiser nun und nimmer gefallen lassen kann noch werde! Und die für unser Volk eine Demütigung bedeutet! Es bleibt bei der Novelle!

Wilhelm I. R.

Nr. 11324

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts Wermuth an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Abschrift*

Ganz geheim — Berlin, den 28. November 1911

Auf das gefällige Schreiben vom 24. d. Mts. — E. I. 2621** —.

Euer Exzellenz haben im Reichstage mehrfach — bei der Beratung der Reichsfinanzreform im Jahre 1909 wie auch bei anderem Anlaß — zugesichert, daß die Marineverwaltung auf das ernstlichste bemüht sein werde, die Ausgabesummen der Geldbedarfsberechnung zum Flottengesetz innezuhalten und, wenn irgend mög-

---

* Die Abschrift wurde von Staatssekretär Wermuth am 28. November dem Staatssekretär von Kiderlen übersandt. Das auch bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 258f., erwähnte Schreiben ist eins der wenigen Schriftstücke des Auswärtigen Amts, die über den Kampf der Ressorts in Sachen der Flottenvorlage unterrichten. Vgl. dazu auch den in den Erinnerungen Wermuths (Ein Beamtenleben, S. 280f., 305 ff.) mitgeteilten Schriftwechsel des Reichsschatzsekretärs mit dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg. In den Briefen Wermuths tritt das finanzielle Streben des Reichsschatzsekretärs, „das Heer gegenüber der Marine im Vordergrunde zu halten", stark hervor. So heißt es in einem Schreiben vom 6. Januar 1912: „Ich vermag mich durchaus nicht von der Überzeugung zu trennen, daß Deutschlands Eigenschaft als mitteleuropäische Landmacht uns zwingt, alle Anstrengungen auf die Leistungsfähigkeit der Armee zu richten. Mit einer Zurückdrängung des Heeresbedarfs wäre die Stärkung der Marine zu teuer erkauft, zumal, wenn die daraus entspringenden politischen Erschwernisse in die Rechnung eingestellt werden." Wie aus demselben Schreiben hervorgeht, hat Reichsschatzsekretär Wermuth schon im Sommer 1910 den Vorschlag eines alsbaldigen kraftvollen „Vorgehens zugunsten der Armee" gemacht. Wermuth war ein prinzipieller Anhänger der Bismarckschen Auffassung, „daß unsere Stärke, auch für überseeische Beziehungen, daß unsere Zukunft zuallererst im eigenen Lande liege". Irgendwelche Konnivenz gegen den Reichskanzler, wie sie ihm von Tirpitz (a. a. O., S. 259) unterstellt wird, lag Wermuth durchaus fern. Er hat gegen die Flottenvorlage von seinem prinzipiellen Standpunkt aus auch dann noch opponiert, als sich der Reichskanzler mit ihrer Einbringung abgefunden hatte, und er hat, als er endgültig in der Deckungsfrage unterlag, am 15. März 1912 seinen Abschied genommen. Vgl. seine Erinnerungen, S. 305 ff.

** Nicht bei den Akten.

lich, daran noch Ersparnisse zu machen. Dabei ist auch erklärt worden, daß die zahlenmäßige Stärke unserer Flotte auf genauen jahrelangen taktischen Versuchen beruhe, und daß, soweit abzusehen, keine Ursache vorläge, von dem Sollbestande abzugehen. Noch zu Beginn dieses Sommers, als die Agitation des Flottenvereins einsetzte, um die Beschleunigung der für 1912 bis 1917 planmäßig in Aussicht genommenen Ersatzbauten von sechs Großen Kreuzern durch Anforderung von je drei großen Schiffen (statt zwei) in den Jahren 1912 bis 1914 zu erreichen, haben Euer Exzellenz nach dem gefälligen Schreiben vom 24. Juni sowohl mir erklärt, daß der Etat von 1912 das Heruntergehen im Schiffsbautempo bringen werde, als auch, wie Sie besonders hervorhoben, in einem Gespräch mit einem der maßgebendsten Reichstagsmitglieder die in Reichstagskreisen entstandenen Bedenken bezüglich etwaiger erweiterter Flottenpläne durch den Hinweis auf die Einstellung von nur zwei großen Schiffen in den Etat für 1912 zerstreut. Demgemäß sind auch die Verhandlungen über den Etat für 1912 von Euer Exzellenz auf der bisherigen Grundlage eingeleitet und durchgeführt.

Nach dem 24. Juni sind Änderungen in dem Stärkeverhältnis der deutschen zu den ausländischen Flotten nicht eingetreten. Wenn die seitherigen politischen Ereignisse eine Stimmung hervorgerufen haben, die vielleicht, aber nicht sicher zugunsten weiterer Bewilligungen für Heer und Flotte verwertet werden könnte, so ist damit an sich weder die innere Notwendigkeit neuer Forderungen dargetan noch der Einwand entkräftet, daß die in auffälliger Form und zu auffälligem Zeitpunkt hervortretende Änderung des noch vor kurzem nachdrücklich nach allen Seiten hin betonten Standpunktes mehr Nachteile als Vorteile für Deutschlands Machtstellung mit sich bringen würde.

Wie dem aber sei, jedenfalls sind in dieser Rechnung die Finanzen vollkommen ausgeschaltet. Sie trifft der Wechsel der Anschauung ganz unvermutet, und es gereicht ihnen nicht zum Vorwurf, daß sie den neuen Wünschen in keiner Weise gewachsen sind. Wenn es die Absicht sein könnte, eine im Verlaufe weniger Wochen als erwünscht erkannte Neuaufwendung, welche für die nächsten sechs Jahre eine ökonomische Mehrbelastung mit 400 bis 500 Millionen Mark bedeuten würde, unter allen Umständen in beschleunigtem Zeitmaße durchzusetzen, so läge darin zugleich die Entschließung, die Finanzwirtschaft wiederum in die frühere Deroute zurückfallen zu lassen. Ich meinerseits muß an der Hand der zurzeit maßgebenden Finanzgrundsätze erklären, daß nicht nur die erhobenen Ansprüche, sondern auch die Möglichkeit ihrer Deckung sorgfältigster Prüfung bedürfen, daß bei der Prüfung nicht nur die Forderungen der Flotte, sondern auch die während der kommenden Finanzperiode mit Bestimmtheit zu erwartenden sonstigen Forderungen,

namentlich die des Heeres, berücksichtigt werden müssen, und daß die endgültige Feststellung der danach unerläßlichen Steuervorlagen mit irgendeiner Aussicht auf Erfolg erst stattfinden kann, wenn die Zusammensetzung des neuen Reichstags bekannt und wenn Entschließung darüber getroffen ist, welche Haltung die Regierungen ihm gegenüber einzunehmen gedenken.

Die dortseits in Arbeit genommene Flottennovelle sieht für die Periode 1912 bis 1917 (anstatt sechs) neun Große Kreuzer vor, fordert aber außerdem fünf Vermehrungsbauten (drei Linienschiffe und zwei Kleine Kreuzer) und bringt bei einer Organisation der schwimmenden Seestreitkräfte, die meines Erachtens den Keim zu späteren neuen Forderungen in sich trägt, eine ganz erhebliche Verstärkung des Personals und der Indiensthaltungen. Die Kosten für die danach in den Jahren 1912 bis 1917 gegen den bisherigen Plan mehr in Bau zu gebenden sechs großen Schiffe einschließlich der Kosten für die beiden Kleinen Kreuzer (Vermehrungsbauten) belaufen sich auf rund 348 Millionen Mark. Durch die Erhöhung der Jahresquoten zum Bau von Unterseeboten und zu sonstigen einmaligen Ausgaben um zusammen acht Millionen Mark und die Erhöhung der nach der Geldbedarfsberechnung zum Flottengesetze bisher vorgesehenen jährlichen Steigerungsziffer bei den fortdauernden Ausgaben um je zwei Millionen Mark bis einschließlich 1914 und von je sechs Millionen Mark für die späteren Jahre entsteht bis 1917 ein Mehrbedarf von zusammen 114 Millionen Mark. Für 1917 wäre danach gegenüber der Bedarfsberechnung 1908 eine Steigerung der Marineausgaben von 87 Millionen Mark zu erwarten, so daß der Jahresbedarf sich dann zuzüglich der 3,4 Millionen Mark Mehrbeträge aus der 1909 beschlossenen Besoldungsaufbesserung auf 508,09 Millionen Mark stellte. Leider ist die Geldbedarfsberechnung auch anläßlich des übersandten Novellenentwurfs über 1917 hinaus nicht durchgeführt. Es würde indes, soweit hier zu übersehen, für die Folgejahre und im Beharrungszustand im Durchschnitt mit einer noch höheren Jahresbelastung zu rechnen sein. Denn die Schiffsersatzbauten erforderten entsprechend ihrer gesetzmäßigen bezw. erfahrungsmäßigen Lebensdauer unter Zugrundelegung des in der Novelle angesetzten Einheitspreises von 55 Millionen Mark für ein Linienschiff und einen Großen Kreuzer sowie von 8,51 Millionen Mark für einen Kleinen Kreuzer, von 24,36 Millionen Mark für eine Torpedobootsflottille und 2,8 Millionen für ein Unterseeboot einen jährlichen Durchschnittsaufwand von mindestens 226 Millionen Mark, der unter Hinzurechnung einer Summe für Kanonenboote, Spezialschiffe, Grundreparaturen usw. die Bedarfsquote des Jahres 1917 für Schiffbau und Armierung unter Berücksichtigung der Mehransätze der Novelle erheblich überstiege. Anderseits sind noch 1918 bis 1920 erhebliche Personalforderungen zu stellen, denen weitere Indienst-

haltungen, als bis dahin vorgesehen, entsprechen dürften. Es ist diesseitigen Erachtens nicht anzunehmen, daß die hieraus erwachsenden Mehrkosten in Verbindung mit dem vorerläuterten Mehrbedarf an Schiffsbaukosten in einem Minderbedarf bei den sonstigen einmaligen Ausgaben ihre Deckung fänden.

Die Mehrausgaben für die Marine stehen indessen nicht allein zur Debatte.

Die Heeresverwaltung hat bereits zur Kenntnis gebracht, daß sie erhöhte Anforderungen zu stellen habe, welche für die nächsten fünf Jahre auf durchschnittlich je 90 Millionen Mark, im Jahre 1916 aber schon auf fast das Doppelte sich belaufen würden, und denen von diesem Jahre ab noch die ganz bedeutenden Kosten des neuen Quinquennats hinzuträten. Für den Fall der Einbringung einer Novelle zum Flottengesetz rechnet, soviel ich weiß, die Armee mit der verstärkten Wahrscheinlichkeit von Verwicklungen, und sie würde deshalb ihre Ansprüche voraussichtlich danach neu bemessen.

Danach müßten wir bis 1916/17 einen Gesamtbedarf von etwa einer Milliarde Mark neu decken, später aber eine Jahressumme aufbringen, die hinter dem Gegenstande der Finanzreform von 1909 nicht wesentlich zurückbleiben dürfte.

Maßnahmen mit solchen finanziellen Folgen können nicht eingeleitet werden, ohne daß im voraus Klarheit über die Aufbringung der erforderlichen Mittel besteht.

Der Stand unserer Reichsfinanzen entspricht noch nicht entfernt den Absichten, welche man mit der Finanzreform von 1909 verfolgte. Zwar sind wir in der Sanierung begriffen, aber erreicht ist diese keineswegs. Mit Hilfe der neuen Zölle und Steuern und unter Beobachtung der erreichbaren Sparsamkeit ist es in den letzten Rechnungsjahren gelungen, mit den laufenden Einnahmen und den zugesagten Matrikularbeiträgen von 80 Pfennig auf den Kopf der Bevölkerung das Gleichgewicht im ordentlichen Etat herzustellen. Dagegen befindet sich der außerordentliche Etat nach wie vor in einem Zustande, der dringend der Abhilfe bedarf. Das Schuldenmachen des Reiches hat eine unnatürliche und gefährliche Entwicklung genommen. Die Reichsanleihe betrug am 31. März 1900 noch 2298,5 Millionen Mark; die Belastung ist bis zum Jahre 1909 einschließlich auf nahezu fünf Milliarden gestiegen. Das Mehr von 2700 Millionen Mark, das der Reichsschuld in diesem Zeitraume zuwuchs, ist nur mit 16,9 Prozent für Post- und Eisenbahnzwecke verwendet und stellt mit den übrigen 83,1 Prozent eine reine Defizitanleihe dar. Es wäre unwirtschaftlich und unverantwortlich, auf diesen Weg zurückzugleiten und eine konsequente, kräftige Reinigung des Anleiheetats zu unterlassen. Daß wir von neuem in den Fehler verfallen, Heeres- und Marinekosten der Anleihe aufzubürden, erscheint meines Erachtens ausgeschlossen. Schon die gegenwärtigen Anleiheverhält-

nisse beeinträchtigen ernsthaft die finanzielle Kriegsbereitschaft. Nur solche Ausgaben dürfen aus Anleihemitteln bestritten werden, welche einen die Verzinsung und Amortisierung ermöglichenden Gegenwert bringen. Statt dessen haben wir 1911 noch einen Anleihebedarf von 217 Millionen Mark gehabt, und nur weil wir von dieser Ziffer die zur Tilgung der bestehenden Schuld bestimmten Beträge und ferner die Gewinne aus der Münzprägung abschrieben, erzielten wir eine effektive Anleiheziffer von 97½ Millionen. Von den 217 Millionen fallen noch nicht 36½ Millionen unter die Ausgaben werbender Art, die in Wirklichkeit allein auf den Anleiheetat gehören.

Nach dem Etatsentwurfe für 1912 sollen 134½ Millionen Mark Ausgaben dem außerordentlichen Etat zur Last fallen. Auch hier ist wiederum lediglich der Umstand, daß die (diesmal geringeren) Mittel zur Schuldentilgung und der Münzgewinn vom Soll abgesetzt werden, der Grund dafür, daß der Anleihebedarf äußerlich niedriger erscheint. In den 134½ Millionen Mark stecken aber nur wenig mehr als 35 Millionen Mark zu werbenden Zwecken, 99½ Millionen Mark müßten eigentlich aus ordentlichen Mitteln bestritten werden.

Wenn für 1910 und mutmaßlich auch für 1911 das ungünstige Ergebnis durch die nachträglich erzielten Überschüsse abgeschwächt wird, so haben wir bedauerlicherweise schon für 1912 auf einen gleichen Vorteil nicht zu rechnen. Denn die Einnahmen aus den neuen Zöllen und Steuern haben jetzt nahezu den Beharrungszustand erreicht, und das Mehraufkommen an Zöllen und Steuern ist im Entwurfe für 1912 schon mit rund 80 Millionen Mark angesetzt, deren Eingang mit Rücksicht auf die Folgen der minderergiebigen Rüben- und Kartoffelernte (Zucker- und Branntweinsteuer) und anderes mehr nicht sicher ist. Dazu kommt, daß etwaige Überschüsse der Rechnungsjahre 1911 und 1912 in erster Reihe nicht zur Schuldentilgung, sondern zur Abbürdung der der Heeres- und Marineverwaltung zur Beschaffung von Reserven an Verpflegungsmitteln, Materialien usw. gewährten Vorschüsse von rund 100 Millionen Mark zu verwenden sind.

Diese Nichtbereitstellung von ordentlichen Mitteln und Nichtetatisierung notwendiger Ausgaben ist aber nicht die einzige Unterlassung der Vergangenheit, welche wieder gutzumachen der Zukunft obliegt. Die Art und Weise, in welcher die Kosten für Kasernenbauten, Postbauten usw. gewonnen sind — Herstellung durch Gemeinden oder Privatpersonen und Anmietung durch das Reich —, birgt nichts anderes als eine versteckte Anleihe in sich, deren Ablösung das Reich nach Schätzungen noch mehr als 200 Millionen Mark kosten wird.

Selbst wenn von der Notwendigkeit, diese versteckten Anleihen zu beseitigen, abgesehen würde, ergibt sich aus dem Gesagten, daß wir die Anleihe noch um mehr als 100 Millionen Mark jährlich redu-

zieren oder entsprechende Mittel des ordentlichen Etats werden aufwenden müssen, ehe von einer beendeten Sanierung unserer Reichsfinanzen wird gesprochen werden können. Die Sanierung unserer Finanzen ist aber ein Programm, an dem unbedingt festzuhalten uns obliegt, wenn nicht die Finanzen in die frühere regellose Gebarung zurückfallen sollen, in der ein Hindernis für unsere allgemeine Wohlfahrt und unsere Wehrkraft, eine Gefahr für Frieden und Existenz zu erblicken ist.

Hieraus folgt, daß die Heeres- und Flottenforderungen sich ohne Eröffnung neuer ergiebiger Steuerquellen nicht verwirklichen lassen. Bei dem Suchen nach solchen werden Gegenstände des allgemeinen Gebrauchs oder Verbrauchs einstweilen, wenn überhaupt, nur in sehr mäßigen Grenzen zu erfassen sein, weil diese Gegenstände in den letzten Jahren bereits eine sehr hohe Belastung erfahren haben, und weil selbst die Mitglieder der bisherigen Steuermehrheit nach der mit der letzten Finanzreform gemachten Erfahrung dafür kaum zu haben sein werden. Im Jahre 1903 hatte die Bevölkerung an Zöllen und Reichssteuern 900 Millionen Mark aufzubringen, im Jahre 1912 wird diese Last auf rund 1600 Millionen gestiegen sein.

Der Konsum könnte am ehesten unter Einführung von Monopolen oder monopolähnlichen Einrichtungen beim Petroleum und der Elektrizität zur Deckung des Reichsbedarfs derartig herangezogen werden, daß gleichzeitig für die Beteiligten Vorteile geschaffen oder Nachteile abgewendet und lediglich die aus einer vereinfachten Geschäftsgebarung erwachsenden Ersparnisse dem Fiskus zugeführt würden. Aus dem Petroleummonopol wäre ohne Beeinträchtigung der Konsumenten vielleicht eine Reineinnahme von 20 bis 25 Millionen jährlich zu erzielen. Es ist beabsichtigt, im nächsten Frühjahr eine entsprechende Vorlage zu machen. Trifft sie aber zeitlich mit einer Heeres- und Marinevorlage zusammen, so entsteht der falsche Eindruck, daß das Monopol zu Lasten des Verbrauchers gehen solle, und das ganze Vorhaben ist dann gefährdet.

Weiter käme in Betracht die Ausdehnung der Erbschaftssteuer, namentlich ihre Erstreckung auf Abkömmlinge und Ehegatten. Vorläufige Berechnungen ergeben, daß man, um eine Einnahme von nur 80 Millionen Mark jährlich zu erzielen, bei Schonung der kleinen Vermögen zu Maximalsätzen von acht Prozent für Deszendenten gelangen und die Sätze bei den ferneren Verwandten bis zu 30 Prozent steigern müßte. Daß ein Gesetz mit derartig hohen Sätzen selbst bei den Anhängern der Deszendentensteuer, soweit sie den bürgerlichen Parteien angehören, nicht gutgeheißen wird, unterliegt keinem Zweifel. Nach der jetzigen Stimmung im Reichstage steht zu erwarten, daß die Erbschaftssteuer durch eine Vermögenssteuer ersetzt werden würde. Da aber eine Vermögenssteuer, wie überhaupt die ganze Gruppe der direkten Steuern, zum Beispiel die Steuer vom

Überschuß, auf unüberwindlichen Widerstand bei den Bundesstaaten stoßen würde, so wäre mit einem solchen Beschlusse des Reichstags der Konflikt gegeben.

Muß man also als sicher erwarten, daß die Steueraktion schwere Kämpfe und eine neue innere Krisis mit sich bringt, so ist es ein Gebot der Politik, das Vorgehen so einzurichten, daß nicht die Erschütterung auch noch zu einem Scheitern der Vorlagen führt. Das setzt unbedingt die Kenntnis von der Zusammensetzung des nächsten Reichstags voraus.

Die Einbringung bald nach den Wahlen würde auch sonst schwere Bedenken haben. Die Wahlleidenschaft, die gegenseitigen Anklagen sind dann noch nicht verraucht, und es fehlt noch die Stimmung für das Zusammengehen mehrerer Parteien. Auch stehen die Abgeordneten noch unter dem Drucke der während der Wahlbewegung den Wählern gemachten Versprechungen. So würde jede indirekte Steuer unter der Aufregung über die Teuerung zu leiden haben. Bei einer Erbschaftssteuervorlage würde unfehlbar die Besteuerung der Landesfürsten wieder auftauchen, und ob es gleich nach den Wahlen gelänge, ihre Steuerfreiheit zu erkämpfen, ist mir mehr als zweifelhaft; jedenfalls werde ich die Verantwortung dafür ablehnen.

Auf die Einzelheiten der dortseitigen Begründung einzugehen, wird sich bei den Besprechungen Gelegenheit bieten. Jedoch kann ich die Bemerkung nicht unterdrücken, daß die in der Begründung und den Erläuterungen im Hinblick auf England ausgesprochenen Erwartungen sich schwerlich verwirklichen werden. Wenn der britische Schatzsekretär in seiner letzten Etatsrede die Hoffnung ausgesprochen hat, daß die englischen Marineausgaben, die von 1910 zu 1911 eine Steigerung von 80 Millionen Mark erfahren haben, ihren Höhepunkt erreicht hätten, so stand er hierbei unter dem Glauben der Weitergeltung unserer derzeitigen Flottengesetzgebung. Sobald sich hieran etwas ändert, ohne daß wir vorher mit England zu einer Verständigung gelangt sind, wird dieses Land unser Vorgehen mit einer dem jetzigen Verhältnis entsprechenden Vergrößerung seiner Flotte beantworten. Wie für uns die Stärke des Heeres, so ist für England die Stärke der Flotte eine Lebensfrage. Deshalb wird bei ihm jede weitere Rücksicht schweigen. Die Annahme, daß für England das jetzige Bautempo das finanziell erträgliche Höchstmaß bedeute, entbehrt meines Erachtens gänzlich der Grundlage. Es braucht zum Erweise des Gegenteils nur daran erinnert zu werden, daß England für den Burenkrieg rund drei Milliarden zählende Ausgaben ohne Schwierigkeiten aufgebracht und in den letzten sechs Jahren von der großen Anleihe hierfür bereits 1400 Millionen Mark aus ordentlichen Mitteln getilgt hat. Ich sehe demnach in der Novelle zum Flottengesetz nicht die Möglichkeit, die überall vorhandenen Wünsche nach einer Beschränkung der Rüstungsausgaben der Verwirklichung zuzuführen,

sondern im Gegenteil eine Maßnahme, die zu immer weiteren Steigerungen der beiderseitigen Rüstungsausgaben führen muß.

Hiernach gelange ich zu dem Ergebnis, daß der Einbringung der Flottennovelle so, wie geplant, unüberwindliche finanzielle Hindernisse entgegenstehen. Euer Exzellenz bringen nun die sämtlichen von Ihnen gewünschten Maßregeln im Rahmen einer Novelle zum Flottengesetz und mit ihr in untrennbaren Zusammenhang. So besonders die Verbesserungen zur Beseitigung der Schwierigkeiten, welche im Herbste jeden Jahres durch die Entlassung der Reservisten entstehen, deren Ersatz erst aus den im Herbste einzustellenden Rekruten herangebildet werden muß. Diese Schwierigkeit dürfte sich wohl auch selbständig überwinden lassen. Wenn die Kosten hierfür sich etwa im Rahmen der Mittel hielten, welche bei der Balanzierung des Etats 1912 für die Verwaltung der neuen Kolonialerwerbung zurückgestellt sind, dort aber mutmaßlich nicht alsbald zur Verwendung gelangen werden, so würde ich eine gesonderte Erörterung hierüber empfehlen. Bei allen finanziell darüber hinausgreifenden Plänen ist es vom Standpunkte der Finanzverwaltung unumgänglich nötig, daß zunächst in gemeinsamen Beratungen festgestellt wird, wie hoch für die nächste Finanzperiode der Gesamtbedarf des Heeres und der Flotte sich stellt und stellen darf. Zu den mündlichen Verhandlungen hierüber bin ich bereit.

Die Berührung anderer als finanzieller Gesichtspunkte habe ich im vorstehenden nach Tunlichkeit vermieden. Die innerpolitischen Folgen, welche sich aus erneuten Ansprüchen an die Steuerkraft und die Opferwilligkeit des Volkes ergeben, und die ungewöhnlich bedeutungsvolle Wirkung auf unsere auswärtige Politik dürften bei der endlichen Entschließung über das gesamte Vorgehen in die Wagschale fallen.

(gez.) Wermuth

Nr. 11325

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 1103 Berlin, den 30. November 1911

Seine Majestät der Kaiser und König haben aus Anlaß eines Spezialfalles* zu befehlen geruht, daß die Vorlage der Berichte der Militär- bezw. Marineattachés an allerhöchster Stelle durch die

* Gemeint sind die Widenmannschen Berichte vom 28. und 30. Oktober 1911, siehe Nr. 11313 und 11314.

Bemerkungen keine Verzögerung erleiden dürfe, die die Herren Missionschefs dazu zu machen Veranlassung finden könnten.

Ew. pp. beehre ich mich hiervon mit dem Ersuchen in Kenntnis zu setzen, in Zukunft, insofern die Darlegungen der bezeichneten Militäragenten eine Stellungnahme erheischen, in den Begleitberichten dazu Stellung zu nehmen, mit denen die Militärberichte in Vorlage gebracht werden.

Ich benutze diesen Anlaß, um es Ew. pp. unter Hinweis auf die bezüglichen Bestimmungen unter Ziffer drei und fünf der Instruktion für die zu den auswärtigen Missionen kommandierten Militär- und Marineattachés nachdrücklich zur Pflicht zu machen, darüber zu wachen, daß die in Rede stehenden Berichte sich von politischen Angaben und Betrachtungen fernhalten, die nicht in untrennbarem Zusammenhang mit dem militärischen Inhalt stehen, und die in das der Berichterstattung der diplomatischen Vertreter vorbehaltene Gebiet ganz oder teilweise übergreifen. Die Weitergabe von Berichten, die diesen Voraussetzungen nicht entsprechen, wird abzulehnen oder gegebenenfalls erst vorzunehmen sein, nachdem die zu beanstandenden Stellen daraus entfernt worden sind.

Ich möchte nicht verfehlen, Ew. pp. darauf aufmerksam zu machen, daß die Berichte des der dortigen Botschaft zugeteilten Marineattachés insbesondere in der letzten Zeit sehr häufig die durch die erwähnte Instruktion gezogenen Grenzen weit überschritten haben*.

Den Empfang dieses Erlasses bitte ich mir zu bestätigen.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 11326

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 29. November 1911

Wenn wir im nächsten Jahre ein capital ship mehr in Bau geben, als das Bauprogramm des Flottengesetzes vorsieht, so sind wir in vier Jahren um ein großes Schiff stärker, als wir es bei Beibehaltung des Bautempos sein werden. Ist dieser Kraftzuwachs von einem großen Schiff nach vier Jahren so viel wert, daß wir dafür die jetzt begründete Aussicht auf ein besseres Verhältnis und auf ein koloniales Abkommen von weittragender Bedeutung preisgeben

* Vgl. auch Kap. CCXLIII, Nr. 11413 f.

dürfen*? Wenn sich wider Erwarten im Laufe eines Jahres herausstellt, daß Englands Politik uns nicht zur Ruhe kommen läßt, und wir dann zum Entscheidungskampf rüsten wollen, ist dann der Verlust des einen Jahres so schwerwiegend, daß wir mit gutem Gewissen die günstigen Aussichten, die sich uns jetzt bieten, und die vielleicht nicht wiederkehren, unbenutzt vorübergehen lassen dürfen? Denn darüber möchte ich keinen Zweifel lassen, daß eine Verständigung mit England von dem Augenblick an aufhört, wo wir unser Bauprogramm an capital ships erweitern. Bisher galt das Flottengesetz offiziell als hinreichend für unsere Bedürfnisse. Eine Abweichung von ihm scheint dann gerechtfertigt, wenn wir einen Entscheidungskampf mit England für unabwendbar halten. In diesem Augenblick ist er es nicht. Wir können augenblicklich vielleicht gütlich erreichen, was uns selbst nach schwerem Kampfe, dessen Ausgang doch sehr ungewiß ist, verschlossen bliebe. Ist das eine Schiff nach vier Jahren diesen Einsatz wert? Können wir anstatt dessen nicht im nächsten Jahr mehr an Unterseebooten und Kleinen Kreuzern bauen, was hier weniger Aufsehen machen und die öffentliche Meinung weniger erregen würde?

Eine starke Flotte flößt Achtung ein. Auch England gegenüber. Eine Flotte von 60 Schlachtschiffen und Großen Kreuzern, in 20 Jahren erbaut, ist eine starke Flotte. Bauen wir jetzt rascher, so wird in England der Eindruck nicht mehr zu verwischen sein, daß wir uns zum Entscheidungskampf rüsten. Sie werden hier noch stärker rüsten, und der Kampf wird dann unvermeidlich**.

P. Metternich

Nr. 11327

Der Marineattaché in London Korvettenkapitän Widenmann an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Abschrift

London, den 4. Dezember 1911

In den letzten Tagen haben mehr oder weniger alle Zeitungen das in den deutschen Blättern enthaltene Gerücht gebracht, daß die

---

* Vgl. dazu Kap. CCXLII. In gleichem Sinne wie Graf Metternich — Ausnutzung der englischen Bereitwilligkeit, Deutschland zu einem großen mittelafrikanischen Kolonialreich zu verhelfen, gegen Verzichtleistung auf eine Flottennovelle —, ließ sich auch der Geschäftsträger von Kühlmann in einem eingehenden Bericht vom 8. Januar 1912 (Nr. 30) aus. Siehe den Bericht und die scharf abweisenden Bemerkungen des grundsätzlich an der Flottennovelle festhaltenden Kaisers Wilhelm II. dazu in Kap. CCXLII, Nr. 11345 und 11346; beides jetzt auch in A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 269ff.

** Wesentlich eingehender begründete Botschafter Graf Metternich seine Bedenken gegen die Einbringung einer Flottennovelle in einer auf Veranlassung

deutsche Regierung eine Flottennovelle plane, die sich über den Zeitraum von sechs Jahren erstrecken und etwa £ 18 Millionen kosten solle*.

Es mag zunächst auffallend erscheinen, daß sich alle Blätter eines Kommentars zu diesem Gerücht enthalten. Wenn man jedoch die Disziplin der englischen Presse in Betracht zieht, die dann am wenigsten versagt, wenn es sich um nationale Fragen handelt, so wird dies Schweigen erklärlich. Die englische Regierung hat zu verschiedenen Malen

---

des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg am 10. Januar 1912 in Form einer Immediateingabe des Reichskanzlers eingereichten Denkschrift. Diese Denkschrift, die sich nicht in den Akten des Auswärtigen Amtes befindet und offenbar gar nicht zur Vorlage an den Kaiser gelangt ist, ist jetzt von Graf Metternich im Februarheft 1926 der „Europäischen Gespräche" als eine wichtige Ergänzung der amtlichen Akten veröffentlicht worden.

* Tatsächlich war über den materiellen Inhalt und den Kostenbetrag der geplanten Novelle innerhalb der Berliner Ressorts noch keinerlei Einigung erzielt. Näheres darüber — die Akten des Auswärtigen Amts sind hier ganz unergiebig — bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 261ff. Danach stellte sich der Reichskanzler am 28. November auf den Standpunkt, daß der Reichsetat im Bundesrat zunächst ohne die Novelle beraten werden solle, bis der Kaiser Entscheidung über die erforderlichen Steuern getroffen hätte. Demgegenüber verlangte Admiral von Tirpitz, daß der Kanzler mindestens in der Bundesratsplenarsitzung über den Etat sich auf die demnächstige Einbringung einer Flottenvorlage festlege, und daß diese Festlegung auch alsbald publiziert werde. In einem Immediatvortrage vom 9. Dezember plädierte der Kanzler dafür, daß die Flottennovelle nicht in den Etat eingearbeitet, sondern als besonderes Gesetz als Nachtragsetat gebracht werde. Über das Ergebnis der Beratung des 9. Dezember liegt ein Telegramm des Kaisers an den Chef des Marinekabinetts Admiral von Müller vor (v. Tirpitz, a. a. O., S. 263 ff.), in dem es unter anderem heißt: „Schließlich nach langem Hin und Her habe ich Seine Exzellenz (den Reichskanzler) dazu vermocht einzuwilligen, mit Tirpitz und Heeringen nochmals die Modalitäten der Einbringung (ob im Etat oder per Nachtrag) zu bereden; im letzteren Falle verlangte ich bei der Einbringung des sogenannten kleinen Etats eine öffentliche Ankündigung — für unser Volk und England —, daß ein Nachtragsetat mit Forderungen für erhöhte Kriegsbereitschaft eingebracht werde, sobald die Vorarbeiten beendet und die Deckungsfrage geregelt sei. Er ist bereit dazu und will die Herren morgen zu sich bitten." Aber trotz dieser prinzipiellen Entscheidung ging der Kampf der Ressorts über den Inhalt der Vorlage wie über die Art ihrer Ankündigung noch lange weiter. Materiell gelang es dem Kanzler im Laufe des Dezember und Januar eine wesentliche Beschneidung der Flottenvorlage durchzusetzen, indem der Bauplan, der ursprünglich drei Ersatzpanzerkreuzer und drei Linienschiffsneubauten vorgesehen hatte, auf die Linienschiffe beschränkt wurde. Endgültig festgesetzt wurde die Novelle in ihrer abgeschwächten Form bei einem Immediatvortrag Tirpitz' vom 25. Januar 1912. Der Streit um die Ankündigung endete schließlich damit, daß in die Thronrede vom 7. Februar 1912 der Passus eingeflochten wurde: „Das Gedeihen unserer Werke des Friedens daheim und über See hängt davon ab, daß das Reich mächtig genug bleibt, um seine nationale Ehre, seinen Besitz und seine berechtigten Interessen in der Welt jederzeit zu wahren und zu vertreten. Deshalb ist es meine beständige Pflicht und Sorge, die Wehrkraft des deutschen Volkes, dem es an waffenfähiger junger

ihre Stellungnahme zu der Absicht fremder Marinen, ihre Rüstungen zu vermehren, bekannt gegeben, sie braucht also jetzt auf Nachrichten, die zunächst überhaupt nur als Gerücht erscheinen, nicht weiter einzugehen. Aber auch die Blätter dürfen dies nicht tun, denn es soll systematisch vermieden werden, die Stimmung in Deutschland durch Wort oder Schrift aufzuregen. Das „mot d'ordre" lautet augenblicklich „keine Reizung der öffentlichen Meinung Deutschlands, denn sonst wird die Flottenforderung nur noch vermehrt."

Meiner Ansicht nach wird sich dies auch nicht ändern, falls das bisherige Gerücht zur Tat wird. Die leitenden Kreise haben sich eben längst mit dem Gedanken abgefunden, daß man mit einer neuen Flottenagitation in Deutschland rechnen muß. Da man sich dem nationalen Willen Deutschlands gegenüber in diesem Momente nichts von Scaregeschrei verspricht, wird dies unterdrückt. — Kommt die Novelle, so wird man auch hier etwas tiefer in den Beutel greifen, im übrigen wird die Lehre, daß der Risikogedanke der deutschen Flotte auch für die Zukunft das Leitmotiv bleiben soll, nur dazu beitragen, nachdenkliche Engländer richtiger über die Absichten der deutschen Flotte urteilen zu lehren.

(gez.) Widenmannn

Nr. 11328

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Eigenhändiger Privatbrief

London, den 10. Dezember 1911

Ihren Brief vom 6. d. Mts., Kolonialpolitisches betreffend*, habe ich in einem zweiten Briefe an Sie vom heutigen Tage** beantwortet. Ich habe dem Brief eine amtliche Form gegeben. Ich bitte Sie, sich meinen Bericht Nr. 528 vom 21. Juli d. Js.*** geben zu lassen, dessen zweiter Teil auf die Stellungnahme Sir Edward Greys mit Bezug auf Kongo und portugiesische Kolonien ziemlich deutliches Licht wirft.

Mannschaft nicht gebricht, zu Lande und zu Wasser zu erhalten und zu stärken. Gesetzentwürfe, die diesen Zweck verfolgen, sind in Vorbereitung und werden Ihnen mit Vorschlägen über die Deckung zugehen." Vgl. dazu neben der Darstellung von Tirpitz' E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, 171 ff. (Brief Bethmann Hollwegs an Kiderlen vom 2. Januar 1912) und A. Wermuth, Ein Beamtenleben. Erinnerungen, S. 305 ff., mit Briefen Bethmann Hollwegs an den Reichsschatzsekretär.

* Siehe denselben in Kap. CCXLII, Nr. 11338.

** Siehe Kap. CCXLII, Nr. 11339.

*** Siehe Bd. XXIX, Kap. CCXXIX, Nr. 10617.

Aus Ihrem Briefe vom 24. v. Mts.* wollen Sie mir gestatten, heute, wo ich Ihnen schon so viel geschrieben habe, nur einen Punkt hervorzuheben und das übrige einer etwaigen persönlichen Begegnung vorzubehalten.

Die bestellte Hetzarbeit des hiesigen Marineattachés läßt sich nur dadurch endgültig beseitigen, daß er schleunigst seinem natürlichen Wirkungskreis zurückgegeben und nicht bis zum Mai kommenden Jahres hier belassen wird. Die Flottenfrage ist militärischer und politischer Natur. Wo die Grenze zu ziehen ist, ist nicht einfach und Sache der Auslegung. Unter normalen Verhältnissen wird ein Missionschef den Militär- oder Marineattaché dazu bestimmen können, sich den Anordnungen seines Vorgesetzten über die Berichterstattung zu fügen. Der jetzige Marineattaché fühlt sich aber vollkommen sicher unter dem Schutze des Herrn von Tirpitz und Seiner Majestät des Kaisers, und er denkt nicht daran, seine Berichterstattung zu ändern oder auf das rein Technische zu beschränken. Er spricht vielmehr offen aus, daß er es für seine Pflicht hält, den Rest seines hiesigen Aufenthalts darauf zu verwenden, in seinen Berichten unablässig vor der englischen Gefahr zu warnen.

Es steht mir nur das Mittel zu, ihn zu ersuchen, tendenziöse politische Meldungen aus seinem Bericht zu entfernen. Dem wird er sich aus dem angegebenen Grunde nicht fügen. Ich muß dann das ferner mir zustehende Mittel anwenden, ihm zu erklären, daß ich den Bericht nicht weitergeben werde. Er wird sich dann beschweren, und zwar bei s e i n e m Chef, der die Beschwerde Seiner Majestät vortragen wird. Seine Majestät wird dann voraussichtlich den zurückgehaltenen Bericht einfordern. Da der Bericht zwar politisch gefärbt, zugleich aber auch die Flottenfrage erörtern wird, und zwar in einem Sinne, der Seiner Majestät gefällt, so zweifle ich nicht daran, daß Seine Majestät dem Marineattaché recht und mir unrecht geben wird.

Ich werde nun bei der ersten Gelegenheit den obigen Ausführungen und Ihrem Zirkularerlaß** entsprechend verfahren und bin überzeugt, daß Sie mich mit Ihrer ganzen Autorität decken werden, da ich Ihren Weisungen gemäß handle. Ich befürchte dabei einen erregten Konflikt zwischen Ihnen und Seiner Majestät, und ich stelle anheim, ob der einfachere Weg nicht der wäre, den Marineattaché mit dem Anfang des neuen Jahres zurückzuberufen. Er kennt seine Instruktionen und muß daher wissen, daß er sie dauernd überschreitet. Dasselbe ist auch seiner vorgesetzten auswärtigen Behörde in Berlin bekannt, die allein in der Lage ist, seiner hiesigen Tätigkeit ein Ende zu bereiten.

P. Metternich

---

* Nicht bei den Akten. Er muß sich auf die Berichterstattung des Marineattachés in London Widenmann bezogen haben.

** Siehe Nr. 11325.

Nr. 11329

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Privatbrief.
Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Berlin, den 12. Dezember 1911

Auf Ihren eigenhändigen Brief vom 10. d. Mts.* darf ich Ihnen folgendes erwidern:

Ein Versuch, die Abberufung des Kapitäns Widenmann von seinem Londoner Posten im gegenwärtigen Augenblick zu erreichen, muß nach Lage der Verhältnisse aussichtslos erscheinen. Auch müssen im Interesse der Sache Konflikte mit Seiner Majestät dem Kaiser aus Anlaß der Berichterstattung des Marineattachés, wie die Dinge hier gegenwärtig stehen, unbedingt vermieden werden. Ich glaube es aber Ihrem Takt überlassen zu dürfen, wie weit Sie Ihre auf die Militärinstruktion und meinen jüngsten Zirkularerlaß gestützte dienstliche Autorität dem Marineattaché gegenüber im einzelnen Fall glauben zur Anwendung bringen zu können, ohne ihm dabei Handhaben zu Beschwerden bei seinem militärischen Vorgesetzten zu geben. Es wird dabei weniger darauf ankommen, ihn an der immer erneuten Wiederholung dessen zu verhindern, was er über die Notwendigkeit einer Flottennovelle, die aggressiven Absichten Englands im vorigen Sommer usw. schon gesagt und was seine Wirkung bereits getan hat, als dem entgegenzutreten, daß neue Tatsachen oder Vorgänge in tendenziöser, politischer Beleuchtung hierher gemeldet werden. Auch stelle ich Ihnen anheim, solche Darstellungen zwar passieren zu lassen, ihnen aber in den Begleitberichten sofort entgegenzutreten. Es wird dann nur, um zu wirken, in sehr positiver und scharfer Form geschehen müssen. Sehr wirksam ist aber auch die Satire.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 11330

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 984 London, den 11. Dezember 1911

Der parlamentarische Korrespondent der häufig gut unterrichteten liberalen „Daily News“ meldet heute, daß die Admiralität schon jetzt

* Siehe Nr. 11328.

in der Beratung des Marinebudgets begriffen sei, welches im Januar dem Kabinett unterbreitet werden solle. Es wird erwartet, daß die von Mr. M' Kenna versprochene bedeutende Verminderung in den Flottenausgaben eintreten werde. Alles hänge jedoch im gegenwärtigen Moment von der deutschen Flottenpolitik ab[1]. Wenn das gegenwärtig in Kraft befindliche deutsche Flottengesetz eine Vermehrung erfahren sollte, dann werde Großbritannien um jeden Preis hiermit gleichen Schritt halten. Wenn jedoch das deutsche Flottengesetz unverändert bliebe, so werde die Zahl der neuen englischen Schlachtschiffe auf keinen Fall mehr wie vier betragen[2], von denen eines zweifellos ein Kreuzer der Dreadnoughtklasse sein würde.

Zum Schluß betont der Korrespondent, das Gerücht von der Einbringung einer Flottenanleihe entbehre jeder Grundlage; nur die Ausgaben für Ausbau von Flottenstützpunkten würden vielleicht auf Anleiheetat übertragen.

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Jawohl! Die Ausrede kennen wir! Baut was ihr wollt! Wir bauen was wir brauchen!
[2] 4 gegen 2! zu viel!

Nr. 11331

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Eigenhändiger Privatbrief

London, den 22. Dezember 1911

Ich habe mit dem Marineattaché letzthin die Frage der politischen Berichterstattung mehrfach besprochen und ihm auch Ihren Zirkularerlaß vom 30. v. Mts. Nr. 1103* teilweise vorgelesen. Er spielt sich nun auf den Unschuldigen und sagt, die Grenze zwischen Militärischem und Politischem sei schwer zu ziehen, er sei sich nicht bewußt, seine Instruktionen überschritten zu haben. Dabei hat er kurz nach seiner Rückkehr von Urlaub, im Oktober oder Anfang November, als seine Tendenzberichterstattung mit besonderer Wucht einsetzte, einem Mitglied der Botschaft gegenüber geäußert, er wisse wohl, daß er sich mit seiner Berichterstattung zu mir in Gegensatz setze, er halte es aber für seine Pflicht, solange er noch hier bleibe, vor der englischen Gefahr zu warnen. Ich habe ihm diese Äußerung, die klar zeigt, daß er seine politische Rolle mit Bewußtsein spielt, nicht mitgeteilt, um Streit zwischen den Mitgliedern der Botschaft

* Siehe Nr. 11325.

zu vermeiden, ihn aber darauf hingewiesen, daß man von einem Manne in seiner Stellung annehmen müßte, daß er sich der Tragweite seiner Handlungsweise bewußt sei, und ihm auch nachgewiesen, daß kein Zweifel über die politische Natur seiner Berichterstattung obwalten könne.

Er bemerkte, daß er den Vorwurf, seine Instruktionen überschritten zu haben, auf dem Privatwege seiner Behörde zur Kenntnis geben müßte.

Es ist also möglich, daß von dieser Seite die Angelegenheit wieder an Sie herantritt. Um Sie hierauf vorzubereiten, ist der Zweck dieser Zeilen.

P. Metternich

Nr. 11332

Memorandum

Reinschrift

Vom englischen Botschafter in Berlin Sir Edward Goschen dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen am 29. Januar 1912 überreicht*

Le 28 Janvier 1912

His Majesty's Government have had under their consideration the Aide-mémoire of the Imperial Foreign Office dated June 27th 1911*, in regard to the suggested exchange of naval information between Great Britain and Germany. They have reviewed the question with an earnest desire to arrive at a useful and practical result which should be convenient to the two Governments, and beneficial to the

* Mit dem Memorandum vom 28. Januar nahm die englische Regierung die seit der deutschen Note vom 27. Juni 1911 (siehe Bd. XXVIII, Kap. CCXXV, Nr. 10452) nicht weiter verfolgten Erörterungen über den Nachrichtenaustausch der beiderseitigen Marinen wieder auf. Offenbar lag diesem Vorgehen die gleiche Absicht zugrunde wie bei den den deutschen Wünschen nach Bildung eines mittelafrikanischen Kolonialreiches entgegenkommenden Erklärungen: die englische Regierung wünschte für die beabsichtigten Besprechungen über Flottenverständigung und Rüstungsbeschränkung und für die eben damals eingeleitete Mission Cassel-Haldane eine günstige Atmosphäre zu schaffen. Eine Folge hat die englische Anregung wegen des Flottennachrichtenaustausches nicht gehabt. Ein Abkommen ist, entgegen der Angabe bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 280, nicht erzielt worden. Noch am 1. April 1912 erklärte W. Churchill im Unterhaus, daß mit Deutschland Verhandlungen über den Austausch von Nachrichten bezüglich des Flottenbaues im Gange seien; sie waren also nicht abgeschlossen. Erst recht trifft die Angabe Tirpitz' nicht zu, daß das Abkommen ein Stück Papier geblieben sei, weil sich die ganze Flottenfrage nach 1912 beruhigte. Der scharfe Widerspruch des Marineattachés in London gegen das „Abkommen" (siehe die folgenden Schriftstücke) zeigt, wie wenig guten Willen die Berliner Marineleitung einem solchen Nachrichtenaustausch entgegenbrachte.

relations between the two countries and they do not see any difficulties of an insuperable nature in the exchange of technical information whether as regards substance or time.

His Majesty's Government would not allow any question of mere procedure to stand in the way of an agreement the object which is to remove uncertainty and to disarm suspicion; at the same time, however, it should, they consider, be recognized that the difficulties of arranging for an interchange of technical details increase markedly as the details become more minute. More room for differences as to the bases necessary for fair comparisons arise at every step. There is a danger that this in itself might become the vantage ground of suspicions and disputes, while at the same time the value of the information for the main purpose in hand would steadily diminish. They recognize, moreover, that what may be called the professional secrets of construction, which are the signs of the progress of naval science in either country, are in a peculiar sense the private property of the respective Governments, and that it would be discouraging to designers and architects of either nation were an arrangement come to by which each new contrivance should be immediately imparted to the naval authorities of a foreign Power. His Majesty's Government whilst anxious to arrange for a fair and reasonable exchange of naval information, have never had any desire to ascertain or disclose the special features upon which naval experts rely for the superiority of this or that point in the construction of any vessel. They are content to assume that every ship in each class will represent the last word of the naval science of the constructing Power on the subject. The information which they would wish to obtain and which they are perfectly willing to furnish, concerns not so much the technical quality and specifications of the various vessels, as the scale of warlike preparation upon which the Admiralties of the two countries have embarked; and it is with the sole object of freeing this vital matter from the atmosphere of doubt and anxiety with which it has been from time to time surrounded that the following observations are put forward.

His Majesty's Government do not seek to know the intentions of the German Government so far as the future is concerned, or to lead that Government into any arrangement which would fetter reciprocally the free discretion of either Power to alter, vary, diminish or extend their naval programme. They are concerned with the exact situation, in fact at given and agreed periods in each year. They would desire to know how many vessels of each class or type are being constructed at such given times in all the yards, public or private, of the German Empire, whether for the German Government or for foreign sale. They are prepared similarly to satisfy the German Government beyond doubt or question as to the general position

of all war-ship construction within the United Kingdom. What is desired, indeed, is an exchange of simple and easily verifiable facts. It would, it is considered, be sufficient if at any dates, convenient to the two Governments, when communicating the programme for the ensuing year, the number of ships of each class upon whose construction or preliminary preparation for construction money is actually being spent, could be made known to each other by the two Governments, if the dates of the laying down, launching and completion of the ships could be exchanged, if the first two conditions could be tested by the periodical and reciprocal visits of the Naval Attachés, who should be permitted at the agreed periods to inspect the building slips in all the yards capable of constructing war-vessels.

So far as further information upon the character of the vessels in each class is concerned it is not considered that there should be any difficulty in arriving at an understanding. The main data of the ships building, or to be built, such as are published in the annual „Dickinson Return", i. e. displacement, horse power and the number of guns constituting the primary armament, could, it is thought, readily be exchanged. To this might be added with great advantage a simple statement of the amount of money which, according to the contract price, was to be expended on the hulls, the armament and the engines, respectively. The last, without trenching upon the peculiarities of construction, would probably be found in practice to provide a much truer measure of the scale of naval preparations than any other which could be adopted. His Majesty's Government agree with the German Government that any contemplated variation in facts which have once been communicated should be notified before it is made. It is therefore considered all the more desirable to confine that information to broad and main features of construction and armament, and thus avoid the need of repeated communications on minor details.

With a view to freeing the naval preparations of both countries from all sinister suspicions which may be fostered by newspaper activities, and so undermine the feeling of mutual confidence which it is earnestly desired to see prevail, His Majesty's Government are also anxious that the above proposals for the interchange of information shall include all cases of the arming of merchant or passenger vessels. They would be prepared to use their influence with the shipping companies of the United Kingdom, in order to secure opportunities of inspection at agreed periods by the German Naval Attaché of all such vessels over and above a speed which might be fixed at 14 knots; and they would ask that similar facilities should be accorded to the British Naval Attaché or other officer who may be agreed on as convenient between the two Governments.

It is most strongly felt that an agreement upon these lines is,

so far as His Majesty's Government are concerned, practicable and most valuable to all; that it would be entirely equal and reciprocal between both countries; that it would not prejudice the naturel enterprise of the naval architects of either country; that it would not bind the freedom of action of either country; and that it would afford no foothold for disputes or suggestions as to discrepancies in the bases adopted for the various data; and His Majesty's Government are prepared promptly and frankly to facilitate the carrying out of any such agreement, not merely in the jealously regarded letter, but in fullest confidence and sincerity.

Nr. 11333

Der Marineattaché in London Korvettenkapitän Widenmann an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Abschrift

Ganz geheim — London, den 3. Februar 1912

Gelegentlich eines Besuchs in der Admiralty teilte mir Mr. Winston Churchill mit, daß seitens des englischen Kabinetts in den letzten Tagen erneute Vorschläge an die deutsche Regierung gegeben seien zwecks Nachrichtenaustausches über die gegenseitigen Marineprogramme *. Er deutete dabei an, daß es sich um die gleichen Punkte handelt, die schon in den früheren, aber vertagten Verhandlungen eine Rolle gespielt haben.

Mr. Winston Churchill fragte mich, ob ich bei meinem kürzlichen Aufenthalte in Berlin bereits etwas über diese Vorschläge gehört hätte, und, als ich dies verneinte, sprach er seine Hoffnung aus, daß auf diesem Wege der bestehende Argwohn zwischen den beiden Nationen beseitigt werden könne.

Ich erwiderte ihm, daß der Argwohn gegen Deutschlands Flottenabsichten nicht durch Deutschlands Verschulden, sondern durch das Vorgehen des englischen Kabinetts, vor allem seines Vorgängers in den früheren Jahren entstanden sei, daß ich aber trotzdem hoffe, daß die Beziehungen der beiden Länder wieder besser werden würden.

Mr. Churchill sagte darauf, daß er jederzeit bereit sein werde, über die englischen Absichten Auskunft zu erteilen unter der Voraussetzung, daß ihm Angaben über die Pläne der deutschen Marineverwaltung gemacht würden.

Ich erwiderte, daß ich nicht autorisiert sei, über diese zu sprechen, vor allem, da sie noch nicht endgültig feststünden. Die Presse habe über eine mögliche Novelle in letzter Zeit viel geschrieben, von dem nichts offiziell sei. Ich könne nach meiner persön-

* Siehe Nr. 11332.

licher Anschauung jedoch nur sagen, daß man voraussichtlich in England erstaunt sein werde, wie gering die Forderungen ausfallen würden.

Mr. Churchill sagte, daß durch die Ungewißheit über die Höhe der Novelle erneut ein gewisser Argwohn in England bestehe.

Ich erwiderte ihm, daß die mögliche Verstärkung der deutschen Wehrmacht lediglich eine Folge der Ereignisse des letzten Herbstes sei und man sich daher darüber in England nicht wundern könne. Durch die Haltung des englischen Kabinetts zu dieser Periode sei allerdings Argwohn im deutschen Volke entstanden, und wenn jetzt dauernd wieder in der englischen Presse von einem Two-to-One-German-Standard die Rede sei, nachdem im März 1911 von Sir Edward Grey im Parlamente eine Verhältnis 2:3 als „better than the Two-Power-Standard" bezeichnet worden sei, dann könne man sich in England nicht wundern, wenn dadurch neuerdings der Argwohn in Deutschland zunehme.

Mr. Churchill erwiderte, daß möglicherweise das Verhältnis (ratio) geändert werden müsse, da die Flotte für England „existence", für Deutschland nur „expenditure" bedeute.

Ich lehnte diese Ansicht ab, indem ich erklärte, daß unsere Flotte eine reine Defensivmaßregel sei zum Schutze unserer Weltinteressen, und daß gerade der letzte Herbst bewiesen habe, wie nötig eine Verteidigungsflotte gegen auswärtige Bedrohung für uns sei.

Mr. Churchill erwiderte, daß er nicht verstehen könne, wie man in Deutschland von einer Bedrohung im Herbste reden könne, da kein verantwortlicher Mann in England an einen Angriff auf Deutschland gedacht habe.

Ich erwiderte, daß ich dem nicht widersprechen wolle, daß aber tatsächlich in Deutschland die Ansicht bestehe, daß eine Bedrohung seitens Englands vorgelegen habe, und daß man mit den aus dieser Ansicht folgenden Tatsachen sich jetzt abfinden müsse.

Mr. Churchill bedauerte, daß er dies nicht leugnen könne; er hoffe aber trotzdem, daß durch die erneuten Vorschläge der Argwohn beseitigt werde.

(gez.) Widenmann

Nr. 11334

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 131 London, den 10. Februar 1912

Ganz geheim

Euerer Exzellenz beehre ich mich anliegende Berichte des Marineattachés zu übersenden:

Nr. 70 vom 8. d. Mts. betreffend englisches Memorandum vom 28. Januar 1912 über Flottennachrichtenaustausch*.

Nr. 77 vom 10. d. Mts. betreffend Rede Mr. Churchills in Glasgow**.

Der Marineattaché nimmt in seinem Bericht Nr. 70 vom 8. d. Mts. an, daß der englische Vorschlag betreffend Flottennachrichtenaustausch eine deutsche Flottennovelle hintertreiben soll. Wenn dem so ist, so gibt es ein einfaches Mittel, um diesen listigen Gedanken abzuwehren: wir warten mit der Antwort, bis die Flottennovelle definitiv feststeht[1]. Übrigens ist der innere Zusammenhang zwischen Flottennovelle und Nachrichtenaustausch trotz der Ausführungen des Marineattachés nicht leicht zu erkennen. Der Nachrichtenaustausch war längst englischerseits angeregt und von der Kaiserlichen Regierung zugestanden, ehe von einer Flottennovelle die Rede war. Er war von Anfang an als Einzelmaßregel gedacht und nicht als Schlichtung des Flottengegensatzes durch ein Abkommen 2:3. Die englische Regierung kommt jetzt auf den Nachrichtenaustausch zurück[2], weil sie seit der Krisis des letzten Jahres Versuche macht, ein besseres Verhältnis zu Deutschland anzubahnen[3]. Hierzu soll auch der Nachrichtenaustausch dienen[4] ebenso wie die Anwesenheit Lord Haldanes in Berlin***. Sie wird hierin unterstützt durch spontane Kundgebungen aus dem ganzen englischen Volk.

In dem Bericht Nr. 77 von heute spricht der Marineattaché die Ansicht aus, daß Mr. Churchills Erklärung, das englische Stärkeverhältnis werde bei Zunahme fremder Rüstungen noch gesteigert werden, nur ein Bluff sei. Dies ist abzuwarten. Ich bin im Gegenteil der Ansicht, daß der Bluff zur Tat werden wird. Übrigens kann es sich ja bald zeigen, ob ich mit meiner Ansicht recht habe oder nicht†.

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Hat gar keinen Zweck! das thut sie schon seit vorigem November!

[2] sie hat uns 7 Monate mit der Antwort warten lassen.

[3] Unsinn

[4] hat garnichts damit zu thun!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Da G[ra]f Metternich in Marinefragen absolut nicht belehrbar ist, so ist es auch müßig, sich mit seinen Combinationes weiter zu beschäftigen! Es ist nutzlos!

---

* Siehe Anlage I.

** Siehe Anlage II.

*** Vgl. dazu Kap. CCXLIII.

† Wie falsch die Auffassung des Marineattachés und wie richtig die des Botschafters war, ergibt das Schreiben, das Churchill am 31. Januar 1912 an Sir E. Grey richtete (The World Crisis 1911—1914, p. 97), unmittelbar nachdem ihm der wesentliche Inhalt der deutschen Flottenvorlage durch ein Sir E. Cassel mitgegebenes Memorandum Bethmann Hollwegs (vgl. Kap. CCXLIII, Nr. 11 348, Fußnote) bekannt geworden war.

Anlage I

Der Marineattaché in London Korvettenkapitän Widenmann an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Abschrift

Nr. 70 London, den 8. Februar 1912

Zu nebenstehender Verfügung melde ich nachstehendes:

Wenn man dem umfangreichen, durch schöne Worte verschleierten englischen Elaborat* auf den Grund geht, so findet man, daß es zweierlei enthält:

Verzichtleistungen und Vorschläge, die auf absoluter Gegenseitigkeit basiert sein sollen.

1. Verzichtleistungen:

a) England legt keinen Wert darauf, die zukünftigen Absichten Deutschlands kennen zu lernen (do not seek to know the intentions of the German Government so far as the future is concerned).

b) England will keinem Abkommen das Wort reden, durch das die Freiheit der beiden Regierungen, ihre Absichten später zu ändern, beschränkt werden könnte (do not seek to lead that Government into any arrangement which would fetter reciprocally the free discretion of either Power to alter, vary, diminish or extend their naval programme).

2. Vorschläge:

a) Austausch der Zahl aller Schiffe pp. (nach Klassen und Typen), die zu bestimmten Zeiten des Jahres in allen deutschen Werften gebaut werden, mit Angabe, welche Schiffe für die deutsche und welche für eine fremde Regierung bestimmt sind. (They would desire to know how many vessels of each class or type are being constructed at such given times in all the yards, public or private, of the German Empire, whether for the German Government or for foreign sale.)

Ergänzend ist diesem Vorschlage zugefügt:

α) Austausch des Datums der Stapellegung, des Stapellaufes und der Fertigstellung der einzelnen Schiffe pp. (The dates of laying down, launching and completion of the ships could be exchanged.)

β) Kontrolle der Angaben durch die Marineattachés. (If the first two conditions could be tested by the periodical and reciprocal visits of the Naval Attachés, who should be permitted at the agreed

---

* Gemeint ist das englische Memorandum wegen des Marinenachrichtenaustausches; siehe Nr. 11332.

periods to inspect the building slips in all the yards capable of constructing war-vessels.)

γ) Nachrichtenaustausch über Deplacement, Pferdestärken, Zahl der Kanonen der Hauptarmierung. (Displacement, horse power and the number of guns constituting the primary armament, could, it is thought, readily be exchanged.)

δ) Nachrichtenaustausch über etatsmäßig vorgesehene Geldmittel für

Schiffbau
Armierung } der einzelnen Schiffe pp.
Maschinenbau

(To this might be added with great advantage a simple statement of the amount of money which, according to the contract price, was to be expended on the hulls, the armament and the engines, respectively.)

ε) Spätere Änderungen zu α)—δ) sollen angegeben werden. (That any contemplated variation in facts which have once been communicated should be notified before it is made.)

b) Nachrichtenaustausch über armierte Hilfskreuzer wird als erwünscht bezeichnet. (Are also anxious that the above proposals for the interchange of information shall include all cases of the arming of merchant or passenger vessels.)

Zu 1 a). So selbstlos dieser Verzicht zunächst auch erscheinen mag, so enthält er bei näherer Betrachtung einen erheblichen einseitigen Gewinn für England. Durch das Flottengesetz nebst seinen Anlagen pp. sind die zukünftigen Flottenpläne Deutschlands der ganzen Welt bekannt; ändern sie sich, so kann dies nur durch eine Gesetznovelle geschehen, die ebenso wie das Grundgesetz veröffentlicht werden wird. England braucht also, wenn es diese Gesetzblätter studiert, weiter nichts zu wissen, um über die deutschen Flottenpläne orientiert zu sein. Träte an Stelle dieses Verzichts ein positiver, auf wirklicher Gegenseitigkeit beruhender Vorschlag, die Absichten unter gewissen die Freiheit automatisch wiedergebenden Einschränkungen auszutauschen, so würde auch die englische Regierung gezwungen werden, ihre bisher von Jahr zu Jahr zurückgehaltenen Pläne zu enthüllen. Dies will sie aber gerade vermeiden.

Der Verzicht ist also ein einseitiger Gewinn für England.

Zu 1 b). Auch diese Verzichtleistung ist nur einseitig vorteilhaft für England. Das Gegenteil von diesem Verzicht wäre ein Abkommen über Stärke- und Bauverhältnis der beiden Flotten. Obwohl früher dieser Gedanke gerade von englischer liberaler Seite mit Vorliebe ausgesprochen und auch in die früheren Agreementsverhandlungen hineingezogen worden ist, will die englische Re-

gierung jetzt anscheinend nichts mehr davon wissen. Der Grund scheint mir zu sein, daß sie sich selbst nicht binden, sondern den durch Veröffentlichung des Flottengesetzes bekannten deutschen Absichten gegenüber neuerdings selbst die größte Freiheit behalten will.

England scheint nämlich inzwischen erkannt zu haben, daß Deutschland nur für ein Abkommen über das Stärkeverhältnis der beiden Flotten als Grundlage für ihr Bauverhältnis zu haben sein wird. Dies wird auch nur dann deutscherseits der Fall sein, wenn ein Verhältnis wie 2:3 angenommen wird, eine Proportion, die von Sir Edward Grey am 13. März 1911 im House of Commons als „better than the Two-Power-Standard" bezeichnet wurde (Official Reports, Seite 1985—1987).

Augenblicklich scheint die englische Regierung diese ministerielle Äußerung vergessen zu haben; sie legt sich also die Entsagung auch in diesem Punkte gern auf, da auch sie einen einseitigen Gewinn bedeutet.

Zu 2 a). Weniger wichtig sind im Augenblicke die englischen positiven Vorschläge, die meines Wissens seitens der Reichsregierung im Prinzip bereits Mitte 1911 als annehmbar bezeichnet worden sind, obwohl man sich in Deutschland damals darüber klar war, durch deren Annahme nicht unerhebliche militärische Konzessionen an England und damit gleichzeitig auch an seine Verbündeten zu machen. Da man sich jedoch im Prinzip zu dem allgemeinen Vorschlag zu 2 a) bekannt hat, wird England jetzt darauf bestehen wollen, um so mehr, da auch er England Vorteil bringt.

Einige geringere Änderungen gegen die früheren Vorschläge werden nicht ins Gewicht fallen, solange man in Deutschland gewillt ist, an der früheren Zusage festzuhalten.

Zu 2 b). Dieser Vorschlag ist neu. Da England die deutschen armierten Hilfskreuzer mehr fürchtet wie wir etwaige englische, so ist auch dieser Vorschlag hauptsächlich für England von Wert. Die englische Regierung ist häufig im Parlament über die Frage der fremden Hilfskreuzer interpelliert worden, die als eine schwere Bedrohung der englischen Handelsstraßen hingestellt worden sind. England will daher meiner Ansicht nach die Angaben erhalten, um sie als Unterlagen für ein erweitertes Kreuzerbauprogramm (Druck seitens Beresford und Navy League pp.) oder zum mindesten für einen Druck auf die englischen Schiffahrtslinien zu benützen.

Der Gewinn, der durch diesen Vorschlag entstehen könnte, scheint also auch hauptsächlich auf englischer Seite zu sein. —

Wägt man daher die aus dem vorliegenden englischen Memorandum für Deutschland entstehenden Vor- und Nachteile vom rein militärischen Standpunkte gegeneinander ab, so findet man, daß die Nachteile für Deutschland überwiegen.

Ein Wunsch nach der von England auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit zu leistenden Information ist niemals von Deutschland ausgegangen, vielmehr hat man, um England entgegenzukommen, Konzessionen hierzu früher zugebilligt. Dies ist also schon als ein englischer Gewinn zu betrachten.

Die verbriefte Verzichtleistung zu 1 a) und b) und die Information über die Hilfskreuzer würden sich zu einseitigem englischen Vorteil auswachsen.

Will man daher deutscherseits trotz militärischer Nachteile einzelnen englischen Wünschen entgegenkommen, so darf dies meiner Ansicht nach nur geschehen, wenn englischerseits erhebliche militärische Gegenkonzessionen anerkannt werden.

Die Frage eines solchen Abkommens darf aber meiner Ansicht nach nicht nur von dem Standpunkte aus behandelt werden, daß man die militärischen Vor- und Nachteile der einzelnen Vorschläge abwägt. Es ist vielmehr notwendig, die Beweggründe zu prüfen, von denen der vorschlagende Teil, das heißt in unserem Falle die englische Regierung, geleitet sein mag.

Da ist es Pflicht, zunächst zu fragen, welche Beweggründe seitens der englischen Regierung selbst angegeben werden.

Mehrfach wird in dem Memorandum betont, daß die englische Regierung von dem Wunsche geleitet ist, Argwohn zu zerstreuen (to remove uncertainty and to disarm suspicion). (With a view to freeing the naval preparations of both countries from all sinister suspicions which may be fostered by newspaper activities, and so undermine the feeling of mutual confidence which it is earnestly desired to see prevail.)

Von selbst wirft sich da die Frage auf: wo und seit wann besteht denn eigentlich Argwohn? worauf ist er begründet, und was ist geschehen, ihn zu beseitigen?

Soviel mir bekannt, bestand beim deutschen Volke kein Argwohn gegen englische Rüstungen, bis die englische Bedrohung im Herbst 1911 selbst dem friedfertigsten Deutschen die englische Gefahr vor Augen führte. — In England dagegen ist trotz der größten Öffentlichkeit des Flottengesetzes und trotz mehrfacher formellster Information seitens der deutschen Regierung nicht nur nichts geschehen, um Argwohn zu z e r s t r e u e n, sondern seit 1909 seitens der englischen Regierungsvertreter kaum eine Gelegenheit verpaßt, Argwohn gegen Deutschlands Flottenpläne zu s ä e n. Trotz Besserwissens haben Vertreter der englischen Regierung private falsche Nachrichten gegen Deutschland benutzt, deren Überbringer allen Grund hatten, das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen.

Und selbst, als mit der Zeit die falschen Nachrichten durch die Tatsachen fielen, hielt man seitens der englischen Regierung noch lange an ihnen fest. — Man wollte eben Deutschland als den Stören-

fried der Welt malen. Dazu mußte aber Argwohn gegen Deutschland geschaffen werden.

Inzwischen hat man in England eingesehen, daß man den Bogen überspannt hat. Jetzt ist es allerdings an Deutschland, argwöhnisch zu sein; und da von diesem selbstverschuldeten Zustande in England auf die Dauer nichts Gutes erwartet wird, heißt es: der Argwohn soll zerstreut werden.

Mr. Churchill hat daher am 9. November mit ein paar schön klingenden Worten in der Guildhall dem Großadmiral von Tirpitz ein Wahrheitszeugnis ausgestellt*, und Sir Edward Grey hat am 27. November die deutsche Flotte für eine Defensivflotte erklärt: „I do not believe in these aggressive designs. I do not wish to have it interpreted in that sense . . ."

Trotzdem läßt gleichzeitig die englische Regierung alle Gerüchte, daß das Flottenverhältnis in den sogenannten Two-to-One-German-Standard umgewandelt werden müsse, unwidersprochen. Mr. Churchill deutet vielmehr in öffentlicher Rede an, daß es ein leichtes sein wird, das Verhältnis („ratio"), wenn nötig, zu steigern (Glasgow, 9. II. 1912)**.

In diesem sich widersprechenden englischen Vorgehen kann ich keine ernste Absicht erblicken, Argwohn zu zerstreuen.

Diese Absicht besteht meiner Ansicht nach auch gar nicht in England. Der Beweggrund, jetzt mit dem Memorandum an die deutsche Regierung heranzutreten und auch in der Presse so viel durchsickern zu lassen, daß man versucht sein soll, an Englands versöhnliche Absichten zu glauben, ist ein ganz anderer.

Man will die gefürchtete deutsche Flottennovelle wenn möglich auch jetzt noch hintertreiben.

Sobald die ersten Anzeichen verlauteten, daß der Unwille der deutschen Nation sich in dieser Richtung zu entladen drohe, wurden in England die Register aufgezogen, die auf die Zweifler an der Zukunft Deutschlands und auf diejenigen Geister gestimmt sind, die das Nationalgefühl verleugnen.

Die Verstärkung der deutschen Wehrmacht kommt England aber gerade jetzt äußerst ungelegen.

Dem japanisch-englischen Bündnis erwachsen in Japan selbst immer mehr Feinde; voraussichtliche Folge: Notwendigkeit, die englischen Flottenteile im Fernen Osten zu verstärken.

Die Erstarkung der österreichischen und italienischen Flotten im Mittelmeer bereitet England unverhohlenes Mißbehagen. Man spricht von der Notwendigkeit, die Mittelmeerstation mit Dreadnoughts zu besetzen.

---

* Vgl. Nr. 11318.
** Vgl. Anlage II.

Beides würde aber Schwächung der englischen Flotte in der Nordsee bedeuten.

Die Gärung in Persien hat schon jetzt die Bereitstellung weiterer Truppen nach dort notwendig gemacht. Das Vordrängen Rußlands nach dem Persischen Golf kann Folgen für die militärische Stellung Englands in und um Indien zeitigen, die heute noch unabsehbar sind.

In Frankreich scheinen die Ansichten über den Wert eines militärischen Bündnisses mit England und über eine zu weitgehende Auslegung der Ententeverpflichtungen immer mehr auseinanderzugehen.

Vom englischen Standpunkt aus ist es daher äußerst logisch, wenn man versucht, der am meisten konzentrierten Landmacht und gleichzeitig den englischen Küsten am nächsten gelegenen Seemacht durch Vertrag auf die Finger zu sehen. Um die Annahme eines hierauf abzielenden Vertrages mundgerecht zu machen, werden Gerüchte von anderweitigen seitens Englands zu gewährenden Konzessionen in die Welt gesetzt.

Alles dieses sollte in Deutschland dazu führen, den im Herbste empfundenen Argwohn nicht allzu schnell und billig aufzugeben; am wenigsten englischen Anerbietungen gegenüber, für die vielleicht niemals mehr wie im jetzigen Augenblick das Wort „Danaergeschenk" gegolten hat.

Will die englische Regierung den Argwohn wirklich beseitigen, dann ist es nur billig, daß sie nach ihrer eigenen Saat erntet, das heißt für begangene Fehler wirklich zahlt. Aber nicht in der Form des Memorandums sollte die Zahlung gewährt, sondern die deutsche Forderung auf ein festes Flottenabkommen gestellt werden.

Ein Flottenabkommen 2:3 in bezug auf Stärke- und Bauverhältnis unter automatischem Freiwerden beim Eintritt unvorherzusehender anderweitiger militärischer Gruppierungen trägt sowohl der Überlegenheit der englischen wie dem defensiven Charakter der deutschen Flotte Rechnung.

Bei den Erwägungen über die Möglichkeit eines solchen Abkommens sollte auf deutscher Seite unter allen Umständen daran festgehalten werden, daß Mr. Churchill das Flottengesetz als eines der bedeutendsten politischen Instrumente der Neuzeit bezeichnet hat (Bericht 750/11*), daß ferner in der britischen Admiralty der schwache Punkt desselben „Möglichkeit der Rückkehr zum Zweiertempo" richtig erkannt ist und als „ein Loch im Gesetz" bezeichnet wird.

Wenn dieses „Loch" durch die in der Thronrede angekündigte Novelle gestopft sein wird, dann ist die Basis für das Abkommen 2:3 erst vollkommen. (gez.) Widenmann

* Siehe Nr. 11317.

Anlage II

Der Marineattaché in London Korvettenkapitän Widenmann an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Abschrift

Nr. 77 London, den 10. Februar 1912

Gestern hat Mr. Churchill seine bereits länger angekündigte Rede über Flottenfragen in Glasgow gehalten.

Für Deutschland sind zwei Punkte der Rede von besonderem Interesse:

1. Mr. Churchill weist den Gedanken einer „loan" zurück und sagt sogar, daß die Regierung hoffe, ihr Marineprogramm ausführen zu können, ohne neue Steuern zu erheben. Diese sollen vielmehr in Reserve bleiben.

. . . „We have also, though I do not think we are likely to have to draw upon them, the resources of additional taxation, . . ."

2. Mr. Churchill droht, daß das Stärkeverhältnis (ratio) zu anderen Mächten geändert und die britische Überlegenheit bei Zunahme fremder Rüstungen noch gesteigert werden könne: „As naval competition becomes more acute, we shall have not only to increase the number of the ships we build, but the ratio which our naval strength will have to bear to other great naval powers, so that our margin of superiority will become larger, and not smaller, as the strain grows greater*."

Beide Äußerungen stehen im direkten Gegensatz zueinander, denn Steigerung der britischen Überlegenheit kostet Geld; und wenn die Steigerung wesentlich sein soll, ist sie ohne neue Steuern auch in England nicht möglich.

Ich halte daher die zweite Äußerung Mr. Churchills lediglich für einen mit Drohung gemischten Bluff an die deutsche Adresse. Man soll in Deutschland vor der englischen Entschlossenheit zurückweichen und die schon in der Thronrede angedeutete Novelle noch in elfter Stunde zurückziehen.

---

* Merkwürdigerweise nimmt der Marineattaché in seinem Bericht gar nicht Anstoß an Churchills berühmt gewordenen Worten von der deutschen Luxusflotte. Sie lauteten nach dem Bericht der „Times": „There is, however, this difference between the British naval power and the naval power of the great and friendly Empire of Germany. The British Navy is to us a necessity and, from some points of view, the German Navy is to them more in the nature of a luxury. Our naval power involves British existence. It is existence to us; it is expansion to them." Über den Eindruck dieser Rede, die in England selbst herbe kritisiert wurde, — sogar die „Times" vom 10. Februar schrieb: „That word (i. e. Luxury), though guarded by proner qualifications, will not be well received in Germany, nor do we thinks it well chosen" — vgl. Churchills eigene Darstellung (The World Crisis 1911—1914, p. 101f.).

Es könnte meiner Ansicht nach kein größerer Schaden für Deutschland entstehen, wie wenn dieser neue englische Bluff die bezweckte Wirkung erreichte.

Nicht durch Zeigen von Schwäche gewinnt man England, sondern durch kühl zur Schau getragenes Selbstbewußtsein, gestützt auf den Willen zur Kraft.

(gez.) Widenmann

Nr. 11335

Der Marineattaché in London Korvettenkapitän Widenmann an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Abschrift

London, den 12. Februar 1912

Sir John Jellicoe, der an den deutsch-englischen Flottenagreementsverhandlungen von vornherein insofern teilgenommen hat, als er zur Zeit des M' Kennaschen Memorandums (August 1910) * ein Mitglied des Board of Admiralty war, ist auch jetzt wieder vor den Beratungen über diesen Punkt gehört worden. Bevor bezw. während die Beratungen in der Admiralty stattfanden, die der erneuten Überreichung des Memorandums ** vorhergingen, hat sowohl Mr. Churchill wie Admiral Sir Francis Bridgeman *** ihn um seine Ansicht zu diesem Punkte gefragt. Sir John steht also der Frage auch jetzt trotz seines Bordkommandos nicht fern.

Aus diesem Grunde sind folgende Äußerungen, die er mir gegenüber in einem Gespräche machte, gerade im jetzigen Zeitpunkte von besonderer Bedeutung.

Er sagte mir, er hoffe, daß das Memorandum in der jetzigen Form seitens der deutschen Regierung für annehmbar befunden werde.

Ich erwiderte, daß ich die Ansicht der deutschen Regierung nicht kenne, daß ich aber persönlich nach genauem Studium der einzelnen Punkte zu der Überzeugung gekommen sei, daß das Memorandum ganz einseitig nur englische Interessen im Auge habe, und daß ich leider im Gegensatz zu ihm gezwungen sei zu sagen, daß ich hoffte, es werde in der jetzigen Form jedenfalls nicht angenommen werden. Sir John war über meine Ansicht etwas überrascht und meinte, daß die Verhandlungen jetzt leichter sein müßten, weil der Versuch, einen Standard zu stipulieren, fortgelassen sei.

Ich setzte darauf meine Ansicht in ähnlicher Weise wie in

---

* Siehe Bd. XXVIII, Kap. CCXXV, Nr. 10405, Anlage I.
** Siehe Nr. 11332.
*** Erster Seelord der Admiralität.

oben erwähntem Berichte* auseinander und fügte hinzu, daß er als alter Kenner der Etatsvorarbeiten der Admiralty mir zugeben müsse, daß das englische Bauprogramm doch nicht aus der Luft gegriffen werde, sondern sich den Rüstungen fremder Marinen anpasse.

Er stimmte dem zu und erklärte auf eine weitere Frage meinerseits, daß das Studium unseres Flottengesetzes die Basis aller Beratungen bilde, die der Aufstellung des jährlichen Bauprogramms dienen.

Meine Antwort, daß die Admiralty also nicht nur von Jahr zu Jahr, sondern auf Jahre hinaus den Standard uns gegenüber festlegen könne, bejahte er und fügte hinzu, daß dies auch geschehe.

Ich sagte ihm, daß ich so auch nur die Glasgower Andeutungen Mr. Churchills über eine Art von „Naval Defence Act“** auslege und die Verkündigung eines solchen als eine Aufdeckung der englischen Karten begrüßen werde. Denn mit einer solchen Erklärung müsse England seinen Standard uns gegenüber auch in der Öffentlichkeit festlegen.

Sir John gab dies zu, bezweifelte aber, daß das englische Kabinett einen solchen Schritt tun werde. Mr. Churchill habe mit dieser Andeutung zweifellos nur seine eigene Meinung wiedergegeben.

Ich erwiderte, daß hierüber nur die Zukunft entscheiden könne. Mir komme es jetzt nur darauf an, die Tatsache festzustellen, daß in dem jetzigen Verfahren ein einseitiger Gewinn Englands läge. Ferner, daß ich aus dem jetzt angedeuteten Verzicht, zu einem Standard zu gelangen, kein englisches Entgegenkommen, sondern eher eine Ablehnung herausläse.

Sir John sagte darauf, daß es eben zu schwer sein werde, einen guten Standard aufzustellen, der beiden Seiten gerecht sein werde.

Auf meine Frage, ob er denn einen solchen Standard für sich persönlich aufgestellt habe, sagte er: „Ihr Standard (2:3) ist mir nicht sicher genug, ich vertrete einen solchen von 10:16, darin liegt eine etwas größere Sicherheit; außerdem müßte eine besondere Abmachung für Handelsschutz getroffen werden.“

Ich erwiderte, daß ich persönlich in der Differenz zwischen unseren Ansichten (meine 2:3 = 10:15, seine 10:16) kein unüberwindliches Hindernis einer Einigung sehen werde. Mir komme es nur im Prinzip auf die Anerkennung an, daß sich Deutschland unter keinen Umständen mit einem Standard 1:2 bereit erklären dürfe und könne. Mit einem Standard 1:2 sei unsere Flotte nicht „luxury but useless“. Ich fragte weiter: „Ist Ihr Standard 10:16 nur Theorie, oder würden Sie als First Sealord mit einem solchen die volle Verantwortung Ihrer Nation gegenüber übernehmen?“

Sir John antwortete: „Ohne jedes Zögern, vorausgesetzt, daß unsere

* Vgl. Nr. 11334, Anlage I.

** Vgl. Winston S. Churchill, The World Crisis 1911—1914, p. 101.

Überlegenheit an Kleinen Kreuzern größer ist; das müssen wir zum Schutz unseres Handels verlangen."

Ich sagte weiter, daß es mir im Laufe meiner Tätigkeit in England so schwer geworden sei, die Ansichten älterer Seeoffiziere über diesen Punkt zu hören.

Sir John: „Die allerwenigsten machen sich hierüber auch Gedanken. Sie wissen selbst, wie indolent das Gros derselben in solchen Fragen ist."

Ich gab zu, daß dies vielleicht für das Gros gelten könne, er wolle aber doch nicht sagen, daß verantwortliche Leute wie zum Beispiel frühere oder jetzige Sealords dieser Frage teilnahmlos gegenüberstehen könnten. „Was haben diese denn für eine Ansicht?"

Sir John erwiderte: „Im großen und ganzen stimmen diese mir zu."

Ich sagte darauf: „Dann will sich also nur das englische Kabinett nicht binden, obwohl die technischen Berater in einem Verhältnis 10:16 eine genügende Überlegenheit der englischen Flotte erblicken."

Sir John erwiderte: „Das Kabinett hat nur Angst vor der Opposition, die sich gegen 2:3 sträuben wird." Ich hätte ja wohl selbst gesehen, wie Mr. Churchills Äußerungen über „margin of superiority" von der „Navy League", „Pall Mall Gazette" und „Observer" ausgelegt würden.

Ich erwiderte, daß wir also, wenn es so sei, vor demselben Spiel ständen wie zur Zeit vor dem naval scare von 1909. Es werde also wohl wieder darauf abgezielt, daß Deutschland wegen englischer Parteiinteressen leiden solle. Diesen Argwohn hätte ich bereits lange gehabt und könnte daher in dem englischen Memorandum kein ehrliches Streben nach wirklicher Besserung der Verhältnisse erblicken.

Mit einer sehr abfälligen Äußerung Sir Johns über die Presse und die englischen Parteipolitiker schloß das Gespräch, das von beiden Seiten als ein privates angesehen und ohne jede Schärfe geführt wurde.

(gez.) Widenmann

Nr. 11336

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Eigenhändiger Privatbrief

London, den 12. Februar 1912

Den heutigen Bericht des Marineattachés, Gespräch mit Admiral Sir John Jellicoe betreffend*, habe ich ohne Bemerkungen passieren

* Siehe Nr. 11335.

lassen, weil ich mir sage, daß fortwährende Kritik nur irritierend wirken würde. Die erneute hetzerische Tätigkeit hängt mit dem Besuch Lord Haldanes und der Befürchtung zusammen, daß dadurch die Flottennovelle beschnitten werden könne.

P. Metternich

Nr. 11 337

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II.

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm*

Berlin, den 19. Februar 1912
[abgegangen am 20. Februar]

Ew. Kaiserliche und Königliche Majestät bitte ich, anbei einen Bericht des Marineattachés bei der Kaiserlichen Botschaft in London ehrerbietigst vorlegen zu dürfen, in dem Kapitän Widenmann über eine Unterredung mit dem Admiral Sir John Jellicoe Meldung erstattet**. In dieser Unterredung hat der Marineattaché die Frage der Herstellung einer bestimmten Relation zwischen den Stärkeverhältnissen der deutschen und der englischen Flotte in einer Weise in die Erörterung gezogen, die bei dem Admiral den Eindruck hat erwecken müssen, daß die Bindung der englischen Regierung auf einen Standard von 2:3 ein von der deutschen Politik erstrebtes Ziel sei.

Wenn Kapitän Widenmann am Schluß seines Berichts bemerkt, daß das Gespräch von beiden Seiten als ein privates angesehen worden sei, so wird das den Admiral Sir John Jellicoe ebensowenig daran hindern, über die Unterredung amtlich Bericht zu erstatten, wie der Herr Marineattaché auf die Verwertung desselben in seiner amtlichen Berichterstattung verzichtet hat. Es müssen daher notwendigerweise bei der englischen Regierung unrichtige Vorstellungen über die Ziele entstehen, die die deutsche Politik bezüglich der Frage einer Verständigung über die beiderseitigen Seerüstungen zurzeit verfolgt. Vor allem aber ist der Vorfall geeignet, dort verwirrend zu wirken und das Vertrauen ernstlich zu erschüttern, das die Basis und die weitere Voraussetzung für den günstigen Fortgang des in jüngster Zeit eingeleiteten Meinungsaustausches mit der englischen Regierung bildet.

---

* Die Ausfertigung des Immediatberichts mit den kaiserlichen Randbemerkungen ist nicht, wie in der Regel, zu den Akten des Auswärtigen Amtes zurückgekommen, sondern offenbar bei Großadmiral von Tirpitz, sei es im Original oder Abschrift, verblieben. Jedenfalls ist Tirpitz (Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 294) in der Lage, den wesentlichen Teil des Immediatberichts mit den — scharf ablehnenden — Randbemerkungen des Kaisers mitzuteilen.
** Siehe Nr. 11 335.

Wir haben bisher England gegenüber amtlich stets den Standpunkt vertreten, daß für das Maß unserer Flottenrüstungen der Umfang ohne Belang sei, den England seiner Flotte zu geben für richtig halte. Taktische Erwägungen haben uns bis jetzt veranlaßt, an diesem Standpunkt festzuhalten, und Ew. Majestät haben insonderheit bei den jetzt schwebenden Verhandlungen jede Limitation des gegenseitigen Stärkeverhältnisses zurückgestellt. Ob und wann dieser Standpunkt zu verlassen und der englischen Regierung amtlich der Wunsch zu erkennen zu geben sein würde, eine bestimmte Relation für das Stärkeverhältnis der beiden Flotten zu vereinbaren, kann lediglich unter dem Gesichtspunkte unserer gesamten Beziehungen zu England unter Berücksichtigung der jeweiligen politischen Lage in beiden Ländern beurteilt und von Euerer Majestät entschieden werden.

Ew. Majestät werden mir darin beistimmen, daß die Einheitlichkeit der Leitung der auswärtigen Politik des Reichs auf das ernstlichste in Frage gestellt werden muß, wenn von seiten der den auswärtigen Missionen zugeteilten militärischen Agenten ohne Auftrag von der für diese Politik verantwortlichen Stelle den Entschließungen Ew. Majestät in einer Weise vorgegriffen wird, wie dies im vorliegenden Falle durch Kapitän Widenmann geschehen ist. Ich bitte daher alleruntertänigst um die Ermächtigung, sein Vorgehen mißbilligen sowie ihm die Ermahnung aussprechen zu dürfen, daß er sich in Zukunft innerhalb der Grenzen seiner dienstlichen Befugnisse halten werde*.

v. Bethmann Hollweg

---

* Der Bitte des Reichskanzlers ist seitens Kaiser Wilhelms II., der sich in seinen von A. v. Tirpitz (Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 294) überlieferten Randbemerkungen ganz zugunsten des Marineattachés aussprach, offenbar nicht entsprochen worden. Mindestens findet sich bei den Akten kein Erlaß nach London, in dem eine Mißbilligung des Vorgehens Widenmanns ausgesprochen wäre. Aus den bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 295 f., abgedruckten Schriftstücken ergibt sich, daß Großdmiral von Tirpitz bei dem Kaiser energisch für den Marineattaché eintrat und ihn für seine Auffassung gewann. Das Auswärtige Amt hat auch später noch wiederholt Anlaß gehabt, sich gegen die auf das politische Gebiet übergreifende Berichterstattung Widenmanns beschwerdeführend an den Kaiser zu wenden (vgl. CCXLIII, Nr. 11 413 f.), ohne doch damit durchdringen zu können.

Kapitel CCXLII

Deutsch-Englische Erörterungen über ein Kolonialabkommen. Dezember 1911 bis Januar 1912

Nr. 11 338

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Privatbrief
Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Berlin, den 6. Dezember 1911

In Ihrem amtlichen Bericht Nr. 929* sowohl als auch in Ihrem Privatbrief an mich vom 29. v. Mts.** deuten Sie auf die Möglichkeit hin, mit England zu einem Kolonialabkommen zu kommen. Nun hat ja allerdings Sir E. Grey in seiner Rede im Unterhaus am 28. November*** betont, daß England weit davon entfernt sei, einer Ausdehnung des deutschen Kolonialbesitzes in Afrika im Wege freundschaftlicher Vereinbarungen mit anderen Mächten Hindernisse bereiten zu wollen. Der Minister hat aber gleichzeitig eine Ausdehnung der englischen Kolonien in Afrika als unerwünscht bezeichnet. Was Sir E. Grey gemeint hat, ist mir nicht klar. Hat er das spanische Munigebiet im Auge gehabt? Das würde nicht viel bedeuten. Es muß uns über kurz und lang von selbst in den Schoß fallen. Der belgische Kongo dürfte zur Aufteilung noch nicht reif sein. Diese Frage im gegenwärtigen Augenblicke anzuregen, verbietet aber überdies das Bedenken, daß wir damit den Anschluß Belgiens an Frankreich herbeiführen könnten, was insbesondere aus militärischen Gründen zu vermeiden ist. So bleiben also nur die portugiesischen Kolonien, betreffs deren wir England gegenüber durch den bekannten Vertrag † gebunden sind. Es wäre mir nun erwünscht, Ihre Ansicht darüber kennen zu lernen, ob England nunmehr bereit sein würde, zur Verwirklichung dieses Vertrages die Hand zu bieten, die es früher verhindert hat††. Haben Sie hierfür bestimmte Anzeichen, und welches sind dieselben? Glauben Sie eventuell eine Sondierung mit Erfolg vornehmen

* Siehe Bd. XXIX, Kap. CCXXIX, Nr. 10662. Der Bericht handelte über Sir E. Greys Unterhausrede vom 27. November, die die Geneigtheit der englischen Regierung zu erkennen gegeben hatte, Deutschland zu einem großen mittelafrikanischen Kolonialreich zu verhelfen.
** Siehe Kap. CCXLI, Nr. 11326.
*** Es muß heißen: 27. November.
† Siehe Bd. XIV, Kap. XCII, Nr. 3872.
†† Vgl. dazu Bd. XIV, Kap. XCII.

zu können? Ich meine nicht heute oder morgen, sondern sobald sich die Wogen der Erregung hüben und drüben noch mehr geglättet haben werden. Ob die Aussicht auf größere koloniale Erwerbungen auf Grund eines Einvernehmens mit England ausreichen wird, um einen Aufschub der Flottenvermehrung herbeizuführen, wie sie Seine Majestät der Kaiser in Übereinstimmung mit einem großen Teil der öffentlichen Meinung wünscht, muß ich vorläufig dahingestellt sein lassen. Es würde aber immerhin der Versuch gemacht werden können, eine weitere Verschärfung unserer Beziehungen zu England zu vermeiden, die, wie auch ich annehme, die Folge einer Flottennovelle sein würde.

Den Gedanken, für heute zu einem Neutralitätsabkommen mit England kommen zu können, muß man nach den jüngsten Erklärungen Sir E. Greys wohl endgültig aufgeben. Es würde unvereinbar mit der verklausulierten Freundschaft sein, die er uns nur zu bieten hat. Ich habe aber geglaubt, in meiner heutigen Rede* es einmal offen aussprechen zu sollen, daß wir nur von einer Änderung in der englischen Politik eine Besserung der beiderseitigen Beziehungen erwarten. Zwischen einem Neutralitätsabkommen und der bisherigen Haltung der englischen Politik gibt es ja auch noch eine Mittelstraße, auf der sich England fortbewegen kann, unbeschadet einer Flottennovelle, die die englischen Staatsmänner, wie sie doch wohl einsehen müssen, selbst leichtsinnig heraufbeschworen haben.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 11339

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 9. Dezember 1911

Seit der Marokkokrise dieses Sommers tritt in ganz England der Wunsch zutage, zu einem besseren Verhältnis zu Deutschland zu gelangen. In der Presse, im Parlament, in Privatgesprächen, überall begegnet man der Auffassung, daß Deutschland den Platz an der Sonne haben müsse. Es würde zu weit führen, die vielen Gespräche, die ich hier mit Personen aus den verschiedensten Berufskreisen führe, im einzelnen wiederzugeben. Unter denen, die ich in den letzten Tagen gesprochen habe, führe ich an: den unionistischen Lord Esher, den radikalen Großindustriellen Lord Fur-

* Zu Reichskanzler von Bethmann Hollwegs Reichstagsrede vom 5. Dezember vgl. Bd. XXIX, Kap. CCXXIX, Nr. 10666, Fußnote.

ness, den liberalen Lord Aberconway (früher als Sir Charles M'Laren im Unterhause und in der Geschäftswelt bekannt), den konservativen Sir Schomberg McDonnell, das liberale Parlamentsmitglied und gewesenen Kabinettsminister Sir Henry Norman, welcher am nächsten Donnerstag die Debatte über die auswärtige Politik im Unterhause eröffnen wird, worüber er mich, wie ich ganz vertraulich bemerke, um Rat befragte, ferner Herrn Balfour und den Kolonialminister Harcourt, von denen ich ebenfalls weiß, daß sie sich in folgendem Sinne ausgesprochen haben: Was wünschen die Deutschen nur, wo wollen sie den Platz an der Sonne, wie können wir ihnen dazu verhelfen? Die Greysche Rede* hat einen Fingerzeig gegeben, und die Personen, die mit mir reden, stellen auch wohl die Frage: Ist es der belgische Kongo, sind es die portugiesischen Kolonien, in denen Ihr Euch auszudehnen wünscht? Worauf ich eine ausweichende Antwort erteile und sage: Wir wollen vor allem in Frieden leben und nicht mehr wie in diesem Sommer von England mit Krieg bedroht werden. Wir haben in diesem Sommer gesehen, daß England bereit war, gegen uns Krieg zu führen, wenn es zum deutsch-französischen Konflikt gekommen wäre. Dies Faktum genügt, um die Stimmung in Deutschland, die Ihnen so unerklärlich scheint, verständlich zu machen. Wir wollen keinen Krieg gegen Sie führen, Sie waren aber bereit, gegen uns Krieg zu führen. Das kann so leicht nicht vergessen werden. Ich bin aber der Ansicht, daß kein notwendiger Grund zur Entzweiung zwischen den beiden Völkern vorliegt, und ich bin daher Ihrer Ansicht, daß es eine versöhnende Wirkung haben würde, wenn England bei sich bietender Gelegenheit eine kolonialfreundliche Politik gegenüber Deutschland betriebe.

Sir E. Grey hat mir am 21. Juli d. Js. deutlich gesagt, daß er bei einem Besitzwechsel im Kongobecken nicht das geringste dagegen einzuwenden haben würde, wenn wir es erwürben; desgleichen hat er unser geheimes Abkommen über die portugiesischen Kolonien vom Jahre 1898 ausdrücklich gutgeheißen. Ich gestatte mir hierbei auf den zweiten Teil meines Berichtes Nr. 528 vom 21. Juli d. Js.** hinzuweisen. Aus demselben Berichte geht hervor, daß Sir E. Grey nur Zukunftsmöglichkeiten im Auge hatte. Ich zweifele kaum daran, daß wir diese Zukunftsmöglichkeiten vertraglich mit ihm fixieren können.

Und zwar sollten wir zwei Verträge schließen. Den einen über den belgischen Kongo und einen anderen revidierten Vertrag über die portugiesischen Kolonien.

Bezüglich des belgischen Kongos sollte stipuliert werden, daß im Falle eines Besitzwechsels England uns die diplomatische Unterstützung verspricht, daß wir ihn erwerben. England hat die belgische

* Vom 27. November.
** Siehe Bd. XXIX, Kap. CCXXIX, Nr. 10617.

Kongokolonie noch nicht anerkannt, und wenn Herr Morrel* recht tätig bleibt, Greuel und Handelsbeschränkungen schildert, mag die Anerkennung, die vorläufig im nächsten Juli erfolgen soll, auch noch ferner ausbleiben. Durch die Fühler, die wir infolge unseres kürzlichen Marokkoabkommens mit Frankreich nach dem Kongostrome werfen, ist der belgische Argwohn doch längst erweckt und wird auch nicht mehr einschlummern. Auch wissen die Belgier längst, von welcher Seite in einem deutsch-französischen Kriege ihre Neutralität am ehesten bedroht erscheint. Wenn wir ihnen aber ihren Besitzstand für den Friedensschluß garantieren, werden sie sich nicht voreilig in die Arme Frankreichs werfen, die für das französische Belgien schon ohnehin eine starke Anziehungskraft haben.

England hat ebensowenig Interesse daran wie wir, ein geheimes Abkommen, in dem es uns die Erwerbung der Kongokolonie unter gewissen Voraussetzungen zusichert, zu divulgieren. Sickert doch etwas durch, wie gewöhnlich bei geheimen Verträgen nach einiger Zeit, so müssen wir das hinnehmen.

Ferner sollte das geheime Abkommen von 1898 revidiert werden. Wenn der portugiesische Teil der Insel Timor deutsch wird, so würde darüber große Unzufriedenheit und Erregung in Australien entstehen, was der hiesigen Regierung bei der immer größer werdenden Selbständigkeit der Kolonien höchst unerwünscht und unbequem wäre. Wir könnten die dem englischen Einfluß zugewiesene Enklave mit Loanda in Angola gegen Timor austauschen, ferner versuchen, durch Vermittlung der englischen Regierung von der Südafrikanischen Union die Walfischbai gegen den Katangazipfel mit seinen Kupferminen zwischen Nordost- und Nordwest-Rhodesia zu erhalten, wo das englische Kapital schon stark engagiert ist, und ferner die von Sir E. Grey gewünschte Grenzberichtigung am Tanganjikasee und den freien Weg vom Kap nach Kairo durch unser Gebiet, und unter Vorbehalten im Interesse des Verkehrs, zugestehen.

Dann haben wir die Grundlagen zu einem Kolonialreich von einer Größe gelegt, wie sie bisher noch von keiner deutschen Regierung erträumt worden ist. England ist die Macht, die uns zur Ausführung dieses Planes verhelfen, die aber auch seine Verwirklichung verhindern kann.

Die Verwirklichung eines Kongoabkommens bleibt der Zukunft überlassen. Möglicherweise einer fernen Zukunft. Durch seine Geheimhaltung, wenn sie auch in den Grundzügen (bei territorialen Veränderungen im Kongobecken wird England eine Besitzergreifung durch Deutschland diplomatisch unterstützen) für erforderlich erachtet wird, hat es keine Wirkung auf die Gegenwart. Anders verhält es sich mit Bezug auf die portugiesischen Kolonien. Die . . .** Re-

* Edmund Morel, englischer Publizist, Sekretär der Kongo-Reform-Vereinigung.
** Hier ist ein Eigenschaftswort beim Abdruck ausgelassen worden.

publik Portugal steht auf schwachen Füßen. Nach allen Berichten herrscht dort Anarchie, und sie hält sich nur, weil kein geeigneter Thronkandidat vorhanden ist, um sie zu stürzen. England hat ein hundertjähriges Bündnis mit Portugal und wird nicht ohne plausibelen Grund gegen dies Land vorgehen. Aus hiesigen Citykreisen wird mir mitgeteilt, daß die Finanzlage Portugals so schlecht wie möglich ist. Die nächstfälligen Zinsen der auswärtigen Schuld würden voraussichtlich noch gezahlt werden können. Die darauf folgenden ohne Anleihe nicht mehr. Der Geldleiher Portugals ist Frankreich. Eine Anleihe wird nur dort zustande kommen. Frankreich wird die junge Schwesterrepublik voraussichtlich zu stützen suchen. Wenn wir aber mit England ein großzügiges Kolonialabkommen treffen wollen mit der Absicht, die reine Tafel in Harmonie zu beschreiben, so halte ich es nicht für ausgeschlossen, obwohl ich mich natürlich nicht von vornherein dafür verbürgen kann, daß England den Versuch machen wird, die französische Regierung dazu zu bestimmen, daß sie ihre Finanziers davon abhält, an Portugal Geld zu leihen, und zwar im Interesse der Gläubigergruppen der auswärtigen portugiesischen Schuld. Diese, so müßte es dargestellt werden, kann nur eine dauernde Sanierung erfahren, wenn der portugiesische Staat in die Lage versetzt wird, aus eigener Kapitalskraft die Zinsen der auswärtigen Schuld zu zahlen. Bei den durch die Revolution und innere Wirren zerrütteten Verhältnissen der portugiesischen Staatsfinanzen würde eine neue Anleihe, die wiederum Zinsentilgung erfordert, nur ein vorübergehender Notbehelf sein, der die Staatsfinanzen noch weiter verschlechtert, den Wert der Schuldverschreibungen noch mehr herabdrückt und den auswärtigen Gläubigern noch geringere Sicherheit bietet. Der portugiesische Staat kann das Kapital zur Zinsentilgung der auswärtigen Schuld, wenn ihm eine auswärtige Anleihe versagt bleibt, nur erhalten durch Veräußerung seiner afrikanischen Kolonien. Er wird sich zwar hiergegen sträuben. Es muß dann aber im Interesse der auswärtigen Gläubiger der englisch-deutsche Druck unter Konnivenz Frankreichs einsetzen. Auf das heutige Portugal mit seinem Königsmord, seinen anarchischen Zuständen, mit seiner gewalttätigen Unterdrückung aller nicht atheistisch-republikanischen Elemente braucht keine Rücksicht genommen zu werden. Ist die Republik erst ihrer afrikanischen Kolonien entäußert, dann mag England sein hundertjähriges Bündnis fortsetzen. Die Republik wird einen Schlag erleiden, von dem sie sich kaum wieder erholen wird, und ein König, wenn er sich findet, wird, der Last der kostspieligen Kolonien enthoben, ohne das Odium ihrer Entäußerung auf sich zu laden, mit verbesserter Finanzlage einen gesicherteren Thron besteigen. Während im Interesse der Gläubiger ein Druck auf die portugiesische Regierung im Sinne der Entäußerung ihrer Kolonien ausgeübt wird, kann ihr auch zu-

gleich, und um sie nachgiebig zu machen, mit der finanziellen Unterstützung einer monarchischen Erhebung gedroht werden, die sie über alles fürchtet. Diese Drohung müßte aus Finanzkreisen erfolgen. Im geeigneten Moment müßte ein mir als verschwiegen bekannter hiesiger Leiter einer großen südafrikanischen Firma durch eine Mittelsperson ins Vertrauen gezogen und durch den Hinweis auf die Wichtigkeit der Angliederung Delagoabais an den englischen Besitz und den Rand willfährig gemacht werden. Bleibt die Republik störrisch, so könnte durch Vermittlung derselben hiesigen Finanzkräfte ein Thronkandidat finanziell poussiert werden, nachdem er vorher das schriftliche Versprechen leistet, im Falle des Gelingens die west- und ostafrikanishen Kolonien für eine vorher ausbedingte Summe abzugeben. Bei diesen finanziellen Operationen würden die Regierungen vollständig zurückzutreten haben. Ich halte es aber nicht für ausgeschlossen, sogar für wahrscheinlich, daß sich die betreffende Finanzkraft engagieren läßt, sobald sie weiß, daß die englische und deutsche Regierung im Interesse ihrer Gläubiger nicht im Wege stehen. Delagoabai hat große Anziehungskraft für das Goldminengeschäft in Transvaal.

Das hier vorgezeichnete Bild mag sich nach manchen Richtungen hin verändern und verschieben, wenn es tatsächlich zu Verhandlungen mit England kommt. Die Umstände liegen günstig, und das Ziel ist eines Versuches wert, mit England ein koloniales Abkommen zu treffen, das den doppelten Nutzen hat, uns Vorteil zu bringen und zugleich beide Länder wieder näher zusammenzuführen. Eine Vereinbarung mit uns über ein wichtiges Problem der Zukunft im Rahmen des praktisch Erreichbaren würde eine Änderung der englischen Politik bedeuten, die eine Besserung der beiderseitigen Beziehungen zur Folge haben würde, auch ohne daß die englische Politik in Europa sich plötzlich auf unsere Seite stellte, was sie nur tun kann, wenn sie ihre bisherigen Freunde verläßt. Dies ist vorderhand ganz ausgeschlossen. Kein englischer Minister wird dies wagen. Dafür steht die Flottenfrage zwischen uns, was allmählich auch dem Blindesten klar wird. Wir sollten aber versuchen, trotz der Flottenfrage zu einem modus vivendi zu gelangen, der die Gegensätze mildert und die Flottenfrage nicht notwendig zu einer Kriegsfrage werden läßt. Unter Flottenfrage verstehe ich das Flottengesetz, nicht eine Novelle, die eine neue Lage schaffen würde. Ein modus vivendi wird gefunden durch gemeinsame Betätigung auf dem Gebiete der praktischen Politik. Aus solchen Anfängen ist auch die Entente mit Frankreich entstanden.

Es liegt nun augenblicklich die Wahrscheinlichkeit vor, daß ich, falls mir freie Hand gelassen wird, binnen kurzem in den Grundzügen die englische Zustimmung zum Entwurf eines Vertrages erreichen kann, der uns für die Zukunft ein großes mittelafrikanisches Kolonial-

reich, wenn nicht sofort sichert, so doch in Aussicht stellt. Ein Abkommen über den belgischen Kongo würde, da dieser zur Aufteilung nicht reif ist, nur in der Zukunft realen Wert erhalten können. Ein revidiertes Abkommen über die portugiesischen Besitzungen mag sich dagegen schon bald praktisch verwerten lassen, obwohl ich mich hierüber nicht bestimmt äußern kann, ohne hier vorher sondiert zu haben. Und zwar soll man die Gelegenheit beim Schopf ergreifen und die günstige Stimmung ausnützen, solange sie anhält. Da die Besprechungen geheim zu führen wären, so würden sie durch die erregte Volksstimmung nicht gestört werden und von ihr unberührt bleiben. Sir E. Grey ist heute ebenso kühl, wie er es nach drei Monaten sein wird. Ich wäre daher an und für sich dafür, die Sondierung sofort vorzunehmen, nachdem ich von Berlin aus im allgemeinen über unsere kolonialen Wünsche informiert worden wäre, wenn nicht Ende nächster Woche hier die Weihnachtsferien begännen, wo alle Minister fortgehen, und wenn bei uns nicht die Reichstagswahlen vor der Türe ständen. Die hiesige Regierung nimmt nämlich, wie ich glaube, an, daß die kommenden Reichstagswahlen dermaßen die Lage bei uns beherrschen, daß für andere Gegenstände keine Zeit bleibt, und daß der Moment zu ernsten diplomatischen Geschäften erst nach den Wahlen wieder eintritt. Ich möchte daher glauben, daß es richtiger ist, bis nach den Wahlen zu warten, obwohl ich andererseits den Zeitverlust bedauere, weil man nie weiß, wie lange die günstige Gelegenheit andauert. Die uns günstige Gelegenheit ist hervorgegangen aus der Erkenntnis der drohenden Gefahr, in die Deutschland und England infolge ihrer antagonistischen Politik geraten waren, und sie beruht auf dem Wunsche, uns durch einen Platz an der Sonne zu versöhnen. Man hofft hier auch, durch die Gestaltung eines besseren Verhältnisses zu Deutschland unser Verlangen nach einer Flottenvermehrung wieder einschlummern zu machen und so der eigenen Anstrengung enthoben zu sein, die einer Flottenvermehrung bei uns auch hier notwendig folgen müßte. Wir können, wenn wir die Gelegenheit jetzt ausnützen, umsonst, ohne Waffengang und auf dem Wege der friedlichen Verständigung möglicherweise das erreichen, was vielleicht selbst eine vermehrte Flotte uns nicht wird erkämpfen können.

Falls wir aber in die Wahlen ziehen mit dem Rufe nach einer Flottennovelle oder diese vor- oder nachher einbringen, so haben diese Erörterungen über ein etwaiges koloniales Abkommen mit England allerdings einen nur akademischen Wert gehabt, denn dann wird natürlich kein Mensch in England einen Finger rühren, um uns zu Kolonien zu verhelfen. Auch die Stimmung in der liberalen Partei nach Aussöhnung mit Deutschland, der Sir E. Grey vorläufig noch Rechnung tragen muß, wird dann ganz bestimmt umschlagen. Es tritt dann auf beiden Seiten die Zeit der ernsten Vorbereitung zum

Entscheidungskampf heran. Um welchen Preis? zu welchem Zweck? weiß niemand.

P. Metternich

Nr. 11340

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm
Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 177 Berlin, den 14. Dezember 1911

Seine Majestät der Kaiser sind mit einer Sondierung der englischen Regierung im Sinne Ihres Privatbriefes vom 9. d. Mts.* einverstanden. Nähere Instruktionen werden Ihnen demnächst zugehen. Einstweilen bitte ich festzustellen und telegraphisch zu melden, wann Sir E. Grey London verläßt, da es erwünscht, daß Sie eine erste Demarche bei ihm noch vor der Weihnachtsunterbrechung machen. Ihr Urlaubsgesuch habe ich bei dieser Sachlage allerhöchstenorts einstweilen noch nicht vorgelegt.

Zu Ihrer ausschließlich persönlichen Information bemerke ich noch, daß die Aussicht, mit England zu einem politischen Abkommen zu gelangen, nur dann von Einfluß auf die Entschließungen über die Einbringung einer Flottennovelle wird sein können, wenn es gelingt, wenigstens die prinzpielle Geneigtheit der englischen Regierung hierzu in nicht allzu ferner Zeit und jedenfalls noch vor dem Zusammentritt des neuen Reichstags festzustellen.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 11341

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm
Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 180 Berlin, den 16. Dezember 1911

Bei der Besprechung mit Sir E. Grey am nächsten Mittwoch wollen Ew. pp. sich von folgenden Gesichtspunkten leiten lassen:

1. Wir müssen den Anschein vermeiden, als ob es uns darauf ankomme, die gegenwärtige Situation dazu auszunutzen, um von England Vorteile auf kolonialem Gebiet zu erbetteln. Es wird sich

* Siehe Nr. 11339.

daher darum handeln, der englischen Regierung die Initiative zu Angeboten in dieser Hinsicht zuzuschieben.

2. Es wird zu betonen sein, daß uns der Gedanke durchaus fernliegt, in die englischen Ententen eine Bresche legen zu wollen.

3. Es wird dem Minister die Bedeutung und Dringlichkeit unserer Demarche nicht vorenthalten werden dürfen, dabei aber jeder auch nur andeutungsweise Hinweis auf ihren Zusammenhang mit unserer Flottenpolitik zu vermeiden sein, da Seine Majestät der Kaiser einstweilen an der Notwendigkeit der Einbringung einer Flottennovelle noch unbedingt festhalten.

Indem ich glaube, Ew. pp. überlassen zu dürfen, wie Sie hiernach Ihre Sprache im einzelnen regeln wollen, möchte ich Ihnen anheimgeben, etwa folgendes auszuführen:

Die Vorgänge im vergangenen Sommer hätten eine Mißstimmung gegen England in Deutschland hervorgerufen, über deren Intensität und Bedeutung sich wohl auch die englische Regierung keinen Täuschungen hingeben könne. Wenn dazu auch die bekannte Rede des Herrn Lloyd George den letzten Anstoß gegeben habe, so sei sie schließlich doch darauf zurückzuführen, daß allmählich in immer weiteren Kreisen des deutschen Volkes die Überzeugung Platz gegriffen habe, daß die englische Politik Deutschland, wenn nicht mit Feindseligkeit, so doch mit einem Mißtrauen gegenüberstehe, das die Herstellung normaler Beziehungen zwischen beiden Ländern dauernd in Frage stelle. Von seiten der Kaiserlichen Regierung sei seit einer ganzen Reihe von Jahren nichts unversucht gelassen worden, um diesem Mißtrauen zu begegnen und auf die Anbahnung eines freundschaftlichen Verhältnisses hinzuwirken. Alle diese Bemühungen hätten von englischer Seite zwar keine direkte Ablehnung erfahren, aber auch keinerlei Entgegenkommen gefunden. Die Kaiserliche Regierung sei dessenungeachtet zu einem neuen Versuch in dieser Richtung bereit, da sie sich der Hoffnung hingebe, daß die englische Regierung nach Ausschaltung der marokkanischen Frage nunmehr zu einer offenen und rückhaltlosen Aussprache bereit sein werde. Dabei liege uns der Gedanke durchaus fern, England seinen Ententen mit Frankreich und Rußland entfremden zu wollen. Es komme uns nur darauf an, Mißtrauen in unsere Politik zu beseitigen, wo solches englischerseits bestehe, und zu erfahren, wo wir englischen Wünschen entgegenkommen könnten. Andrerseits seien auch wir bereit, die englische Regierung von unseren Wünschen zu unterrichten. In einer politischen Verständigung auf breiter Basis sähen wir ein wirksames, aber auch das einzige Mittel, um der Spannung ein Ende zu bereiten, die zurzeit die deutsch-englischen Beziehungen kennzeichne und ernstlich gefährde.

Wir erkennen es gern an, daß die englischen Minister gesagt haben, sie wollten uns in Kolonialfragen nicht hindernd in den Weg

treten. Es dürfte aber auf Mißverständnis englischerseits beruhen, wenn die Minister uns für Leute halten, die lediglich ländergierig und durch Zuwerfen eines Brockens zu befriedigen sind. Wir sind gern zu offener Aussprache namentlich auch über delikate Punkte, in denen wir stets besonderem englischen Mißtrauen begegnen, bereit. Ich stelle Ew. pp. anheim, hierbei auf Persischen Golf und Bagdadbahn hinzudeuten. Wir glauben, daß wir bei einer Verständigung über diese Fragen uns leicht auch über Kolonialfragen einigen werden.

Der neue Reichstag wird voraussichtlich in den ersten Tagen Februar zusammentreten. Bis dahin werden wir klar sehen müssen.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 11342

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 181 London, den 18. Dezember 1911

Ich verspreche mir nicht viel von der mir in Telegramm Nr. 180* aufgetragenen Demarche, die nicht die Sondierung im Sinne meines Privatbriefs vom 9. Dezember** darstellt. Diese sollte nach meiner unmaßgeblichen Ansicht lediglich auf kolonialem Gebiet vorgenommen werden, und zwar ohne Auftrag meiner Regierung, aber in Kenntnis ihrer Absichten, und sollte einer politischen Einigung nur den Weg ebnen und ihr Vorläufer sein. Ich hätte gewünscht, in der Lage zu sein, die Frage zu beantworten, wo wir geographisch den Platz an der Sonne, den man uns jetzt hier anscheinend gönnt, suchen. Diese Geneigtheit hätte ich zu unserem Vorteil hier verwerten mögen. Zum Erbetteln würde ich mich, selbst wenn es mir vorgeschrieben würde, natürlich nicht hergeben. Rekriminationen aus der Vergangenheit dagegen würde ich fortgelassen, ebenso politische Verständigung auf breiter Basis und Persischen Golf in erstem Gespräch nicht erwähnt haben.

Politische Verständigung auf breiter Basis kann nicht vor sich gehen, ohne Ententen zu berühren und zu schwächen. Die breite Basis konnte nicht einmal gefunden werden, als wir noch ein Flottenabkommen in Aussicht stellten. Sie wird sich noch weniger finden, wenn wir statt dessen eine Flottennovelle bieten.

Ich möchte annehmen, daß Sir E. Grey mich freundschaftlich auf eingehenderes Gespräch bis nach den Feiertagen verweisen wird.

---

* Siehe Nr. 11341.
** Siehe Nr. 11339.

und daß er mich hinhalten wird bis nach der Wahlperiode. Wichtige prinzipielle Entschließungen kann er gar nicht allein fassen, sondern nur gemeinsam mit Premierminister und Kabinett. Dieses tritt voraussichtlich nicht vor Ende Januar zusammen und ist bis dahin nach allen Richtungen zerstreut. Wenn Flottennovelle doch beschlossen ist, so ist es außerdem vorzuziehen abzuwarten, ob dann noch Stimmung hier für Verhandlungen vorhanden ist. Nochmals Verhandlungen beginnen, die zu nichts führen, kann die Beziehungen nur noch verschlechtern, eine Zwangslage liegt hier nicht vor. Die Stimmung kann auch wieder rasch umschlagen.

Ich werde nun am Mittwoch den Auftrag gemäß Telegramm Nr. 180 ausführen.

Metternich

Nr. 11343

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Konzept von der Hand des Unterstaatssekretärs Zimmermann

Nr. 181 Berlin, den 19. Dezember 1911

Auf Telegramm Nr. 181*.

Euerer Exzellenz Bedenken verschließe ich mich nicht. Ich überlasse es daher ganz Ihrem sachverständigen Ermessen, welche Sprache Sie Sir Edward Grey gegenüber zur Förderung unserer Wünsche und Interessen für angezeigt erachten, und welche Gesichtspunkte Sie dabei verwerten wollen. Bei eventueller Sondierung auf kolonialem Gebiet bitte ich einen amtlichen Auftrag keinesfalls erkennen zu lassen.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 11344

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 1019 London, den 20. Dezember 1911
Geheim

Ich suchte heute Sir Edward Grey auf, welcher morgen London bis gegen Mitte Januar verläßt, um mit ihm die zwischen Deutschland und England entstandene Lage eingehend zu besprechen.

---

* Siehe Nr. 11342.

Ich begann die anderthalbstündige Besprechung mit der Bemerkung, daß ich es für wichtig hielte, angesichts der tiefgehenden Erbitterung in Deutschland über die Vorgänge der letzten Zeit noch vor seiner Abreise für die Weihnachtsferien eine offene und unverbindliche Aussprache mit ihm herbeizuführen und nach Mitteln und Wegen zu suchen, die geeignet wären, die bestehende Spannung zu mildern. Ich glaubte bemerkt zu haben, daß hier in der öffentlichen Meinung, im Parlament und auch in seiner und des Premierministers* Rede der Wunsch hervorgetreten sei, Deutschland nicht hindernd in den Weg zu treten und ihm einen Platz an der Sonne zu gönnen. Wenn dem so sei, so komme es darauf an, diesen Gedanken in die Tat umzusetzen und mit dem Minister die Möglichkeiten einer praktischen Verständigung zu besprechen.

Sir Edward Grey erwiderte, er habe den gleichen Gedanken erwogen, aber Abstand genommen, schon jetzt mit mir darüber zu sprechen, weil er geglaubt habe, bei uns den Abschluß der Wahlperiode abwarten zu sollen, und um im Wahlkampfe den Parteien keinen Anlaß zu bieten, von englischer Beeinflussung zu reden[1].

Ich bemerkte hierauf, es handele sich nicht darum, sofort ein deutsch-englisches Abkommen irgendeiner Art öffentlich kund zu geben, ich hielte es aber für äußerst wichtig, schon jetzt im Prinzip die Geneigtheit der englischen Regierung festzustellen, mit uns auf dem Gebiete der praktischen Politik zu einem Einvernehmen zu gelangen. Ich wisse, daß dies auch die Ansicht des Herrn Reichskanzlers sei, der darin das geeignete Mittel erblicke, die Spannung zu mildern. Was ich ihm, dem Minister, nun etwa im Laufe unserer Unterredung zu sagen hätte, beruhe nicht auf Weisung meiner Regierung, sondern auf dem Wunsche, derselben eine Grundlage für etwaige weitere Verhandlungen bieten zu können. Ich suchte nach einer Vereinbarung, die die bestehenden englischen Freundschaften unberührt ließe, zugleich aber dem deutschen Volk den Beweis liefere, daß ein Zusammenarbeiten mit England möglich sei[2]. Um ihm meinen Gedanken deutlicher zu machen, wünschte ich ihm, ohne alte Kontroversen herbeiführen zu wollen, nochmals darzulegen, worauf die Stimmung in Deutschland beruhe. Es sei nicht so sehr der Drang nach Ausbreitung, nach dem Platz an der Sonne, der uns beherrsche, als vielmehr die Erinnerung, daß im vergangenen Sommer[3] eine Kriegsgefahr mit England vorhanden gewesen sei, obwohl niemand bei uns einen Krieg mit England gesucht habe. Ich kennte seine, des Ministers, Auffassung, daß England Verpflichtungen gehabt habe, und wünschte keineswegs über diesen Punkt von neuem mit ihm zu diskutieren. Tatsächlich bleibe aber der Ein-

---

* Über die Rede des Premierministers Asquith vom 27. November vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1911, S. 390 f.

druck bestehen, daß wir zum mindesten keine Sicherheit davor hätten, bei der nächsten Komplikation wiederum in Kriegsgefahr mit England zu geraten. Um diesen Eindruck zu verwischen[4], sei es notwendig, daß wir zu einem Einvernehmen auf dem Gebiete der praktischen Politik gelangten, wobei ich koloniale oder ähnliche Fragen nicht ausschlösse.

Der Minister erwiderte, die englische Regierung wünsche nicht, Deutschlands Wege zu kreuzen (to thwart Germany's paths). Die Stimmung in Deutschland beruhe zum Teil auf falschen Eindrücken. Der Rede des Captain Faber* sei eine Wichtigkeit beigelegt worden, die ihr nicht zukomme[5]. Dieser Herr spiele in seiner eigenen Partei (der konservativen) gar keine Rolle. Seine Worte, bei einem Festessen in einer Provinzstadt gesprochen, seien gar nicht zur Weiterverbreitung bestimmt gewesen[6] und hätten, wie er inzwischen erfahren habe, nur einem lokalen Zweck gedient. Hier habe sich niemand um Captain Faber gekümmert, und seine Rede sei nichts als zusammengetragener Klatsch[7]. Seine Worte hätten in Deutschland einen Widerhall gefunden, der ihnen nicht gebühre. (Ich bemerkte dem Minister, daß die Fabersche Rede nur der Tropfen gewesen sei, der das Glas zum Überlaufen gebracht habe[8].)

Sir Edward Grey ging dann zu der Frage über, wie ein Einvernehmen herbeizuführen sei. Es sei schwierig, einen konkreten Fall zu finden, der geeignet sei, ein praktisches Resultat herbeizuführen[9]. Er hoffe immer noch, daß es gelingen werde, sich über die Bagdadbahnfrage zu einigen**. Er könne vor dem Parlamente die englische Zustimmung zur vierprozentigen Zollerhöhung, die hauptsächlich den englischen Handel treffe, nur dann verteidigen, wenn dieser auf der Strecke Bagdad—Golf gegen Tarifbenachteiligung sichergestellt und Englands strategische Position im Persischen Golf nicht gefährdet werde[1]. In Verbindung hiermit nannte er die beiden Orte Kueit und Basra[10]. Er habe die Tariffrage mit dem englischen Handelsamte besprochen. Dieses sei der Ansicht, daß eine Sicherheit gegen Differenzierung nur dann gewonnen werde, wenn bei der Festlegung der Tarife auf der Strecke Bagdad—Golf die englische Stimme zum mindesten ebenso stark sei wie die deutsche, und wenn auch eine englische Stimme im Verwaltungsrat der Gesamtlinie bis Bagdad zugelassen werde[11]. Eine Sicherheit gegen Differenzierung des englischen Handels auf der Strecke Bagdad—Golf sei nur dann gegeben, wenn der ausschlaggebende Einfluß auf dieser Strecke englisch werde.

Ich erwiderte, daß ich auf dieser Grundlage keine Lösung sähe[8]. Es sei dies einfach die Wiederholung des früheren englischen Stand-

---

* Vgl. dazu Bd. XXIX, Kap. CCXXIX, Nr. 10657, Fußnote **.
** Vgl. dazu Kap. CCXLV.

punktes, worauf ich wiederum zu antworten hätte, daß wir keinen Anlaß hätten, die uns von der Türkei konzedierte Bahnstrecke in ihrer Endsektion Englands überwiegendem Einflusse zu überantworten. Den überwiegenden, ausschlaggebenden Einfluß wollten wir selbst behalten. Handele es sich aber nur um die beiden Punkte: Tarife und strategische Position, so lasse sich darüber reden. Gleiche Tarife für alle seien schon in der Konzession festgelegt. Wir seien aber vermutlich gern bereit, etwaige fernere englische Wünsche und Vorschläge zur Ausschließung einer differenziellen Behandlung zu prüfen. Auch glaubte ich, daß eine Gleichberechtigung der englischen Stimme bei Feststellung der Tarife für die Strecke Bagdad—Golf und selbst eine englische Unterbeteiligung in der Verwaltung der gesamten Strecke zu erreichen sei. Die Verwaltung der vorhandenen Strecke sei sowieso schon stark international gefärbt. Auch glaubte ich, daß wir[12] englischen Wünschen mit Bezug auf den Terminus und die Bedingungen, unter denen die Bahn das Meer erreichen würde, entgegenkommen, mit anderen Worten, daß wir auf die strategischen Wünsche Englands Rücksicht nehmen könnten[13]. Diese beiden Punkte bildeten demnach kein unübersteigliches Hindernis.

Den Einwurf des Ministers, daß zur Bestimmung der Tarife eine Präponderanz in der Verwaltung gehöre, bestritt ich unter dem Hinweis darauf, daß über Gleichberechtigung in Tariffragen eine besondere Vereinbarung getroffen werden könne, während trotzdem die Gesamtverwaltung der Endstrecke in deutschen Händen bliebe.

Der Minister erwiderte, er habe sich diese Möglichkeit noch nicht überlegt, er wolle sich hierüber Rat holen[14] und fügte dann hinzu, vielleicht lasse sich die Lösung der Bagdadbahnfrage mit anderen Eisenbahnfragen verquicken. Auf meine Frage: wo? in Persien oder Afrika? wies er auf etwaige Anschlußbahnen nach Persien hin[15] und zog dann eine Karte Afrikas zu Hülfe. Dies führte zu weiterem Gedankenaustausch.

Er wiederholte als seine persönliche Auffassung, was er mir schon im Sommer gesagt habe, daß England, falls im belgischen Kongo ein Besitzwechsel eintrete, Abstinenzpolitik treiben würde. Es würde dann nur Grenzberichtigungen im Nordosten und im Südosten (Katanga) und die Straße Kap—Kairo zu erhalten suchen. Der etwaigen deutschen Ausdehnung im Kongobecken würde England kein Hindernis in den Weg legen[16]. Ich bemerkte, ein Besitzwechsel im Kongobecken liege in unsicherer und weiter Ferne, glaube aber, daß wir, falls wir es wünschen, statt der persönlichen Auffassung eine bindende Zusage und statt der Abstinenzpolitik eine solche der diplomatischen Unterstützung erreichen können.

Hinsichtlich unseres Geheimvertrages vom Jahre 1898 bemerkte der Minister, als ich ihn auf das englische Reservat von Loanda mit Hinterland in Angola hinwies, daß aus dem Wortlaut des Vertrages

nicht ersichtlich sei, weshalb dieses Reservat gemacht worden sei. Er vermute, daß damals eine Eisenbahnverbindung von Lobitobai nach dem nördlichen englischen Besitz und Katanga ins Auge gefaßt worden sei. Nachdem aber nun eine englische Bahn von Benguella nach dem Innern schon gebaut sei, so würde deren Weiterführung das Gegebene sein. Da ich das englische Reservat von Loanda als einen Dorn im Fleische der Kolonie Angola bezeichnet hatte, wenn der Vertrag von 1898 einmal realisiert sein würde, und da unser ganzes Gespräch sich darum drehte, Punkte auf der weiten Erdoberfläche zu suchen, die zu einer deutsch-englischen Vereinbarung führen könnten, so lege ich die Äußerung des Ministers dahin aus, daß eventuell ein Verzicht auf das englische Reservat von Loanda zu erreichen ist, wenn wir die Weiterführung einer englischen Bahn von Benguella nach Katanga und dem Flußgebiet des Sambesi zugestehen. Ich suchte auf diesen Punkt aber nicht näher einzugehen, insbesondere da ich bemerkte, daß der Minister sich für heute noch in keiner Weise binden, er vielmehr die Weihnachtsferien abwarten und nachher Rücksprache mit dem Premier- und Kolonialminister nehmen wollte, um erst dann das heute begonnene Gespräch fortzusetzen. Indessen betonte er, daß er den geheimen Vertrag von 1898 gutheiße. Diesen Anlaß benutzte ich zu der Bemerkung, daß, wie ich aus der City erführe, es mit den portugiesischen Finanzen außerordentlich schlecht stehe. Die portugiesische Regierung sei gezwungen, Papiergeld ohne Deckung auszugeben und werde bald vor der Notwendigkeit einer Staatsanleihe stehen, so daß man mit der Verpfändung der Zölle in den Kolonien zu rechnen habe, wenn der portugiesische Staat, wie es den Anschein habe, keine anderweitige Sicherheit bieten könne. Als der Minister meinte, es würden sich vielleicht private Finanzkreise finden, die der portugiesischen Finanznot zu Hülfe kämen, bemerkte ich, daß die Transvaalminenmillionäre im Hinblick auf die Wichtigkeit Delagoabais für den Rand wohl ein Interesse daran haben würden, Geld zu leihen. Der Minister enthielt sich einer Äußerung, die darauf schließen ließe, daß er die Zeit für gekommen erachtete, den Vertrag von 1898 in die Tat umzusetzen, er enthielt sich aber auch einer gegenteiligen Äußerung.

Unsere Auseinandersetzung litt darunter, daß ich keine bestimmten[8] Vorschläge formulieren konnte, wo eine Einigung zu erzielen sei, und daß der Minister den Zeitpunkt noch nicht für gekommen erachtete[17], um seinerseits damit hervorzutreten. Dieser Zeitpunkt tritt für ihn ein, wenn hier die Weihnachtsferien vorüber sind und er Gelegenheit gehabt haben wird, mit dem Premierminister und dem Kolonialminister zu sprechen, und wenn bei uns die Wahlperiode vorüber ist. Ich habe zwar nicht unterlassen, ihn mehrfach im Laufe unserer Unterredung auf die Dringlichkeit einer wenig-

stens prinzipiellen Einigung über Fragen der praktischen Politik hinzuweisen, da dadurch allein eine Besserung des deutsch-englischen Verhältnisses angebahnt werden könne, und habe ihm auch nicht vorenthalten, daß dies Euerer Exzellenz Ansicht sei. Ohne den Anschein des Drängens zu erwecken, was ich vermeiden wollte, war aber aus den angegebenen Gründen nicht mehr als dieser schwache Anfang zu erreichen, der immerhin Keime zu einer möglichen Entwicklung in sich trägt, deren Pflege nicht außer acht gelassen werden sollte[18].

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

1 !

2 Quadratur d[es] Kreises

3 nicht allein das! vielmehr seit Reval schon 1907, daß der Alliirte von Waterloo dem antideutschen militärischen Trutzbündniß an der Seite Frankreichs theilnimmt gegen uns!

4 verwischt sich nicht!!

5 gelogen!

6 das glaube ich!

7 Lord Lonsdale und alle Mylords die ich sprach sind total anderer Ansicht

8 richtig

9 bei den Anderen hat er sich doch bald gefunden!

10 !!

11 Unsinn! Das sind Diktate aber keine Vorschläge

12 Sache der Türken!

13 Diese gehen aber auf Kosten der Türkei! Die Bahn ist ein türkisches Unternehmen

14 Nicholson oder Cambon?

15 Potsdamer Abkommen

16 Jesuit! Frankreich hat das Vorkaufsrecht, und Grey hofft, daß wir Gallien deswegen bekriegen

17 so wird es auch immer bleiben! Er will eben nicht! und könnte nur durch reale Macht der Thatsachen gezwungen werden!

18 Pah! Der Herr Botschafter sind ja sehr bescheiden und genügsam! Mir genügt das nicht! Das ist so gut wie Nichts

Schlußbemerkung des Kaisers:

Das ist nicht die Art in der der Deutsche Kaiser und sein Deutsches Volk erwarten kann und erwarten muß von England approchirt zu werden, um zu einem anderen politischen Verkehr und Benehmen zu kommen! Es diktirt, und wir sollen acceptiren! Davon ist keine Rede! we must be approached & taken at our own worth, oder es bleibt beim Alten! — Jedenfalls müßen energisch Schiffe gebaut werden! von London muß die Melodie gewaltig anders klingen, ehe ich mich auf irgend etwas einlasse.

In nuce, sieht man, daß solange Grey im Amte bleibt eine wirkliche Politische Verständigung nicht erreichbar sein wird! Solange die Englische Regierung nicht ein moralisches Compelle fühlt sich mit uns zu verständigen (zu müssen), solange ist nichts zu machen. Als zu rüsten! W.

Nr. 11345

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 30 London, den 8. Januar 1912

Nachdem die seit dem Jahre 1904 infolge der Aufrollung der Marokkofrage zwischen Deutschland und den Westmächten bestehende Krise diesen Sommer unter erheblicher Friktion, aber ohne kriegerische Entladung ihre endgiltige Lösung gefunden hat, und zwar eine Lösung, die den prinzipiellen deutschen Grundforderungen: Konsultierung Deutschlands und Entschädigung, voll gerecht geworden ist, sind die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und England wieder an einem entscheidenden Wendepunkt angelangt.

Von den in der allernächsten Zeit bei uns zu treffenden oder bereits getroffenen Entschlüssen wird nicht nur unser Verhältnis zu England, sondern auch unsere gesamte nationale Zukunft in der schwerwiegendsten, vielleicht in unwiderruflicher Weise beeinflußt werden.

Zwei Wege stehen uns augenblicklich offen. Entweder Deutschland benützt unter Vermehrung der Machtmittel zu Lande und voller Beibehaltung des Flottengesetzes, aber ohne Änderung des Bauplanes die gegenwärtig in England herrschende Stimmung, um sich Großbritanniens Zustimmung zu Arrangements zu sichern[1], welche Deutschland eine Zukunft als koloniale Großmacht verbürgen, führt damit zugleich eine Entspannung zwischen beiden Ländern herbei und leitet eine Epoche freundlicherer diplomatischer Beziehungen ein, oder aber es vergrößert, dem Druck eines Teiles der Presse folgend[2], sein Flottenprogramm*, sei es durch eine Novelle zu dem bestehenden Flottengesetz, sei es durch beschleunigten Ausbau unter Abänderung des Flottenbauplanes, und zerstört dadurch sowohl die Möglichkeit einer kolonialen als einer allgemeineren politischen Verständigung mit England und erhöht zugleich die Wahrscheinlichkeit eines bewaffneten Zusammenstoßes mit den Mächten der Tripelentente[3].

Kein gewissenhafter Beobachter der in maßgebenden englischen Kreisen augenblicklich herrschenden Stimmung wird leugnen, daß sich hier stärker als je nach der gefährlichen Spannung dieses Sommers der Gedanke durchgesetzt hat, die Verhältnisse wären unhaltbar und trieben zu einer Katastrophe, falls nicht England Deutschland weiter entgegenkomme und insbesondere auf kolonialem Gebiete der stärksten Kontinentalmacht in weitgehendster Weise Ellbogen-

* Näheres darüber in Kap. CCXLI.

freiheit gewährt[4]. Dieser Gedanke ist hier in den verschiedensten Kreisen und in den verschiedensten Formen erörtert worden und hat fast übereinstimmend zu dem Resultat geführt, daß es zwei große Gebiete seien, in welchen England ohne Schädigung eigener vitaler Interessen koloniale Ausbreitung Deutschlands in großem Stile befürworten könne: die portugiesischen Kolonien und das Kongobecken[5].

Daß die portugiesischen Kolonien für uns eine außerordentlich erwünschte Erwerbung darstellen würden, braucht nicht besonders dargelegt zu werden, hat doch das Reich mit England einen noch jetzt durchaus bindenden Vertrag über die eventuelle Teilung dieser Gebiete zwischen England und Deutschland getroffen.

Die seitdem veränderten Verhältnisse lassen die in Angola vorgesehene englische Enklave als völlig unzulässig erscheinen, da sie das angestrebte große Ziel einer durch fremde Gebiete nicht unterbrochenen kompakten deutschen Kolonie zunichte machen würde. Nach dem Urteil von Kennern kolonialer englischer Auffassungen würde es aber möglich sein, diesen englischen Keil in Angola zu beseitigen und zwar innerhalb des Rahmens des Vertrages selbst, sei es durch Kompensationen in Mosambique oder Timor, auf das wegen der australischen öffentlichen Meinung hier Wert gelegt wird, oder endlich in Teilen Angolas, die an Rhodesien anstoßen, oder durch Kombination der genannten Elemente. Die Realisierung des Vertrages, in einem günstigen Momente eingeleitet und unter Schonung gewisser englischer Empfindlichkeiten durchgeführt[6], könnte ohne gefährliche Spannung vorgenommen werden. Dies würde Deutschland bereits zusammenhängende Gebiete von der Mündung des Oranje bis zum Kongo sichern. Kommt es zu Verhandlungen mit England, so wäre wohl die Beseitigung der Enklave in Angola zuerst in die Hand zu nehmen[7].

Es bedarf nur eines Blickes auf die Karte, um zu sehen, daß dann nur ein unentbehrlicher Schlußstein im Gewölbe fehlt, um das große deutsche Kolonialreich in Zentralafrika zu realisieren, und das ist die Erwerbung des Kongobeckens[8]. Daß dieser Erwerb wünschenswert ist, bedarf wohl keines Nachweises; es ist das gewaltigste und nach allen bisherigen Forschungen auch reichste Stück des mittleren Afrikas. Die Erwerbung des Kongostaates, als internationales Problem in Umrissen besprochen, bedingt Zustimmung Englands und Frankreichs[9]. Technisch müssen ja alle Signatare der Berliner Akte zustimmen, aber nach Gewinnung der genannten Mächte würde das nur eine untergeordnete Wichtigkeit haben. Auch hier hat die englische Politik in nicht mißzuverstehender Weise zu erkennen gegeben, daß sie geneigt ist, uns freie Hand zu gewähren[10] unter der Bedingung, daß im Süden gewisse Grenzberichtigungen vorgenommen werden (Katanga), und daß ein zur Erbauung der Kap—Kairo-Bahn nötiger Streifen abgetreten wird. Maßgebende englische Kreise haben

auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie unter Umständen bereit seien, diese ihre Haltung in diplomatisch bindender Form niederzulegen. Der Gedanke ist aufgetaucht, ob ein Eisenbahnabkommen zweckmäßig als Einleitung zu einem solchen Pakte verwendet werden könnte, in welchem sich die beiden Mächte diplomatische gegenseitige Unterstützung zusagen zur Etablierung einer Nord—Süd- bezw. Ost—West-Verbindung im Kongobecken. (Kap—Kairo-Bahn englisch, Kamerun—Ostafrika-Bahn deutsch.)

Auf die Mittel, durch welche die französische Zustimmung erworben werden könnte, soll hier nicht weiter eingegangen werden[11]. Es möge der Hinweis genügen, daß eventuell nördlich der Kongoschleife Kompensationen gegeben werden könnten. Im übrigen ist Frankreich, wenn England sich in der Frage festgelegt hat, kaum besonders gefährlich, und im Laufe der langen Periode, die jedenfalls vergehen muß, bevor ein solches, vorläufig platonisches Kongoabkommen der Verwirklichung entgegengeführt werden könnte[12], werden sicher genug Fragen auftauchen, in welchen wir den Franzosen für ihr Desinteressement Gegenleistungen bieten könnten.

Im vorstehenden sind in kurzem die kolonialen Vorteile gezeichnet worden, die wir jetzt sofort durch Verhandlungen mit England uns sichern können, wenn wir entschlossen die jetzige Stimmung ausnützen. So paradox es klingen mag, würde eine Festlegung unsererseits auf große koloniale Pläne hier sofort eine Entspannung herbeiführen[13]. Warum dies der Fall ist, sagt der beigefügte Artikel der bekannten deutschfeindlichen Wochenschrift „Spectator“ vom 9. Dezember 1911* mit voller Deutlichkeit. Dieser Artikel führt aus, daß die maßgebenden Kreise in England augenblicklich bereit seien, den Deutschen auf kolonialem Gebiete Ellbogenraum zu lassen, daß aber Deutschland jeden Mann und jeden Pfennig zusammenhalten wolle für den entscheidenden Angriff auf England[14], und daß deswegen in Deutschland jedes auch noch so verlockende Angebot kolonialer Natur zurückgewiesen werden würde[15]. Jedes Eingehen auf kolonialpolitische Pläne hingegen würde als Beweis aufgefaßt werden können, daß es Deutschland wirklich um Bewegungsfreiheit und nicht nur um einen Vorwand zur Flottenvermehrung zu tun sei. Wer hier die öffentliche Meinung aufmerksam beobachtet, wird zum Resultat kommen, daß Hervortreten einer noch so ambitiösen deutschen Kolonialpolitik hier mit Erleichterung aufgenommen werden würde, weil davon eine Verminderung unserer angeblichen Angriffsgelüste[16] erhofft würde und an Stelle der uferlosen Pläne, die man uns hier zutraut, fest umrissene Absichten treten würden.

Voraussetzung für die oben geschilderte Politik ist ein wenigstens zeitweiliges Festhalten am Bauplan des Flottengesetzes. Ändern

---

* Hier nicht abgedruckt, da inhaltlich genügend charakterisiert.

wir jetzt den Bauplan, wie dies in manchen Blättern befürwortet worden ist, etwa, indem statt zwei nunmehr drei Schlachtschiffe pro Jahr auf Stapel gelegt werden sollen, so ist mit Sicherheit zu erwarten, daß der alte deutsch-englische Streit, welcher seit Jahren tobt, neue Nahrung erhalten wird; die alten Kontroversen über die Flottenfrage mit all ihren Begleiterscheinungen von Entstellung und Verhetzung werden in voller Kraft wieder aufleben, und England wird noch mehr, als das gegenwärtige Kabinett dies zu tun schon gewillt ist, jedes Opfer bringen, um die Tripelentente fester zu schmieden [17], eventuell sogar, was es bisher nie getan hat, seinen Einfluß auf Italien ausüben, um es zum Verlassen des Dreibundes zu bewegen [18], kurz gesagt, die Linien der feindlichen Gruppierung würden tiefer eingegraben, die Möglichkeit einer freundlichen Verständigung vielleicht für unabsehbare Zeit hinausgeschoben und die Wahrscheinlichkeit einer kriegerischen Entladung bedeutend vergrößert.

Dabei ist die Zeitungsmeldungen zufolge geplante Vermehrung unserer Flotte durchaus nicht derart, daß davon eine wesentliche Verschiebung des bestehenden Stärkeverhältnisses zu England erwartet werden könnte. Es soll diesen Meldungen zufolge geplant sein, von 1912 bis 1917 je einen Schlachtkreuzer mehr auf Stapel zu legen, so daß wir frühestens 1919 im ganzen sechs Schlachteinheiten mehr hätten. Auch der pessimistischste Beurteiler der Lage Englands wird nicht annehmen, daß dieses Plus von sechs Schiffen im Jahre 1919 unser relatives Stärkeverhältnis so verschieben werde, daß wir dann mehr, als es jetzt der Fall, in der Lage sind, England zu einer grundsätzlichen Änderung seiner auswärtigen Politik zu zwingen.

Soweit es sich übersehen läßt, liegen alle Verhältnisse so, daß für Deutschland ein Entscheidungskampf in naher Zukunft unerwünscht sein muß; die Befestigungen in der Nordsee sind nur zum Teil fertig, der Kieler Kanal ist zurzeit für Schlachtschiffe wohl nicht benützbar, und auch in modernen Kampfschiffen werden wir in absehbarer Zeit ein günstigeres Verhältnis haben als jetzt.

Vom weiteren Gesichtspunkte aus gesehen, arbeiten alle permanenten Faktoren für uns und gegen England. Unsere Bevölkerung und unser Reichtum wachsen erheblich rascher. Die Tonnage der deutschen Handelsschiffe und damit die Zahl unserer seefahrenden Bevölkerung wächst; unsere Flotte ist noch relativ jung und schnell emporgewachsen; sie gewinnt mit jedem Jahre an Zusammenhang und innerer Festigkeit [19]. Englands Bevölkerung wächst erheblich langsamer als die Deutschlands; sein Reichtum vermehrt sich gleichfalls nicht mehr in der alten Weise; die englischen Kolonien entwickeln sich zu Staaten mit der Tendenz, die Beziehungen zum Mutterlande nur mehr als sentimentales Erbe zu pflegen. Auch in der englischen Politik der Ententen, die darauf berechnet war, durch Preisgabe wertvoller Konzessionen ehemalige Feinde: Rußland und Frank-

reich, auf Zeit zu Freunden zu machen, zeigen sich Risse, welche die Zeit nur erweitern wird. Für die Entente mit Frankreich wird sich auf die Dauer die spanische Enklave in Nordmarokko, die nur einem englischen Wunsche ihre Entstehung verdankt, als eiternde Wunde erweisen. Rußland gegenüber liegt in der Entwicklung der persischen Frage der Keim zu vitalen Interessenkonflikten, die sich aufschieben, aber nicht vermeiden lassen. Angesichts dieser Weltlage wird in England die Zahl jener wachsen, welche sich fragen: Wäre es nicht billiger, uns direkt mit den Deutschen zu verständigen, statt mit so großen Opfern so ungenügende Sicherung zu erkaufen? Unter diesen Umständen kann es für Deutschland doch nur von Vorteil sein, alles zu vermeiden, was den eventuellen Zusammenstoß herbeiführen könnte, bevor seine eigenen, insbesondere finanziellen Ressourcen ihrem Höhepunkt nähergekommen sind. In allerletzter Linie wird der Kampf um die Macht zwischen Deutschland und England durch die größere Finanzkraft entschieden werden.

Wenn England uns jetzt so weit entgegenkommen will, so ist dies dem Druck der deutschen Entwicklung und dem Druck der deutschen Macht zu danken[20]. Stimmungen sind aber auch im Völkerleben vorübergehend, und was man von der Minute ausgeschlagen, bringt manchmal keine Ewigkeit zurück. Es wäre ein schwerer Fehler für die deutsche Politik, statt einzuheimsen und festzulegen, was uns die jetzige Stimmung in England erreichbar vor die Hand stellt: die Gründung eines mächtigen deutschen Kolonialreiches und die Anbahnung besserer Beziehungen zu England, um einer an sich geringfügigen Vermehrung unserer maritimen Machtmittel willen vielleicht für immer zu verscherzen[21]. Das Ziel, in friedlichem Einvernehmen mit England Deutschland zur kolonialen Großmacht zu erheben, sollte jedem berechtigten Ehrgeiz der gegenwärtigen Generation genügen können.

Klar und scharf getrennt liegen die beiden Wege jetzt vor der deutschen[22] Politik. Auf der einen Seite liegt die Möglichkeit ehrenvollen Friedens, kolonialer Ausbreitung und erfolgreicher Kulturarbeit mit wachsendem Reichtum, auf der anderen Seite Neubelebung alten Haders, Stärkung jeder uns feindlichen Politik und die Heraufbeschwörung ernster Gefahren[23].

R. v. Kühlmann

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Brauchen wir nicht! Laßen uns auch nichts schenken

[2] Ungezogenheit die ich mir verbitte

[3] gut von Metternich auswendig gelernt

[4] nein! Colonien haben wir genug! Wenn ich welche haben will, kaufe ich sie oder nehme ich sie ohne England!

[5] gehören beide nicht an England! Es will uns Dinge verschenken, die ihm nicht gehören! wie Marokko!

[6] nur nicht etwa unserer!

7 nicht so hitzig! mir ist das ziemlich egal! Die Hauptsache ist erstens politische Annäherung! Ehe die nicht stattgefunden hat, lasse ich mich auf keine Kolon[ial] Geschäfte mit England ein. Diese ändern nicht ein Haar an meiner Wehrvorlage
8 wer soll denn das verwalten und aufschließen woher kommt das Geld!
9 das hat schon das Vorkaufsrecht!
10 um uns mit Frankreich über den Congo ebenso zu balgen wie über Marokko! Wie gnädig!
11 Sehr praktisch! Das muß noch erst erfunden werden! Es giebt vorläufig keines?
12 Dafür soll Deutschland keine Wehrvorlage machen!! Unglaublich!
13 Ich denke gar nicht daran! Natürlich! Da das Gebiet andren als England oder uns gehört, würden wir sofort gezwungen mit unserer Wehrmacht gegen die Besitzer vorzugehen, und da wird England schon die Gelegenheit finden uns in den Rücken zu fallen
14 Englands od[er] Frankreichs auf uns!
15 Ja! Weil es immer aus der Tasche anderer gemacht wird. England will nicht daß wir Colonien kriegen, sondern Colonialkriege und Verwickelungen. Wie Italien in Tripolis Frankreich in Marokko und mit Spanien
16 unsere Conzentrirte Stärke u[nd] Kraft!
17 olle Camellen ist schon fest genug!
18 thut es schon seit lange!
19 ach!?!
20 die ich gegen dieselben Gründe wie die hier aufgeführten ihnen zum trotz aufgebaut habe!
21 !
22 Englischen!
23 umgekehrt! Dieser letzte Satz geht auf England nicht auf uns! Kühlmann ist ein gelehriger Schüler Metternichs und bringt drum den ganzen Quatsch vor, der Mir seitdem ich meine Flotte baue, immer vorgekaut worden ist; nur niemals Eindruck gemacht hat. Ich verzichte darauf dies Zeug zu widerlegen. Ich will keine Colonialen Geschenke von England, da sie stets auf Kosten anderer gemacht werden und zu Konflikten die Keime bergen, deren Ende gar nicht abzusehen ist. Die Stärkung, die ich für nöthig halte, soll und wird gefördert werden.

Nr. 11346

Aufzeichnung Kaiser Wilhelms II.

Eigenhändig

Berlin, den 11. 1. 12

Der Botschaft zur Kenntniß*.

Bemerkung zum Bericht des H[errn] v[on] Kühlmann London**.

Der Bericht geht von falschen Prämißen aus. England hat in der Marokkoaffäre durch Wort und That das Deutsche Volk schwer be-

---

* Die Aufzeichnung wurde mittels Erlaß Nr. 51 vom 13. Januar dem Geschäftsträger von Kühlmann zu streng vertraulicher, ausschließlich persönlicher Kenntnis mitgeteilt.

** Siehe Nr. 11345.

leidigt und tief erregt. Diese Erregung wird sich in eine Wehrvorlage für Heer und Marine umsetzen. Das weiß England; und davor, sowie vor dem durch sein Verhalten entfesselten Sturm des Unwillens in Deutschland, hat England's Volk einen Schreck bekommen. Es wünscht keinen Krieg und giebt dem Ausdruck durch Artikel und Coramirung der Regierung. Diese will nun — auch das Volk — uns wieder „gut stimmen" wie ein gehauenes Kind und will uns, nach der Llyod George'schen Peitsche, wieder Zuckerbrod geben. Daher werden uns allerhand Andeutungen über ein auszubauendes Colonialreich in Afrika gemacht. Auf echt Britische Manier natürlich wird das Besitzthum Anderer uns angewiesen, worüber England nicht das Dispositionsrecht zusteht. Portugal hat bisher nicht zu erkennen gegeben, daß es die Absicht hat, sich seines Colonialbesitzes zu entäußern. Wird auch wohl gehörige Menge Millionen fordern, die wir wahrscheinlich nicht frei haben. Auf den Congostaat hat Frankreich das Vorkaufsrecht. Bei der jetzigen Stimmung ist es ausgeschloßen, daß es uns darin entgegenkommt. Im Gegentheil es ist im Stande sofort bei Bekanntwerden unsrer Absichten den Belgiern 1 Milliarde zu bieten — die es immer bereit hat — und ihn uns vor der Nase fortzuschnappen. So erweisen sich die Britischen „Geschenke" als Danaergaben, die uns den Betheiligten Besitzern gegenüber in genau dieselbe Lage bringen würden wie Frankreich in Marokko, gegenüber Spanien; Italien in Tripolis etc. Diese Gaben würden, sobald wir ernstlich versuchen wollten sie zu erhaschen, sofort durch Presseagitation und diplomatische Lügen England's bei den Besitzern, uns in die uebelsten Situationen bringen und unsere Europ[äische] Kraft, Conzentration und Stärke schwächen, finanziell und militärisch sowie Maritim. Das Spiel Englands ist klar, aber für meine Beamten nicht zu durchschauen. Wir sollen mit Vorspieglung eines „Colonialreichs" in Afrika, mit Erwerbungen auf Kosten Anderer, in Verwickelungen hineingezogen und abgezogen werden von der Weltpolitik, d[as] h[eißt] man will die große Asiatische Frage ohne uns lösen a Trois Tripelentente mit Japan und Amerika, — und wir sollen dabei nicht betheiligt sein. Wird aber Asien aufgetheilt, ist unsre Ausfuhr — Produktion der Industrie — und Handel auf ewig schwer geschädigt und müßten wir ihm die offene Thür per Flotte und Granate öffnen. Auf die Lösung der Asiat[ischen] Frage mit uns ist meine ganze Politik auch der Marine aufgebaut und meine milit[ärische] Conzentration in Europa. Daher wirkt sie so unbequem, und deßwegen soll sie in Colonialerwerbungen aufgelöst und zersplittert werden. Damit wir in Asien — also sonst auf der Welt — nicht mehr mitreden! Daher gehe ich auf diese Engl[ischen] Anerbietungen nicht ein. S[eine] E[xzellenz] der Reichskanzler hat im Herbst bereits mit meiner ausdrücklichen Billigung den Grundsatz aufge-

stellt, vor allen Detailabkommen erst ein Political Working agreement mit England, d[as] h[eißt] Anerkennung unsres Politischen Werthes und Politischer Gleichberechtigung, und Festlegung unserer Politik auf generellen paralellen Bahnen in der Welt. Das will England anscheinend nicht, sondern will uns mit Colonialen Brocken abspeisen, um uns in der Welt loszuwerden und event[uel]l auch ferner gegen uns zu hantiren! Daher ist das Angebot müßig! Wenn H[err] v[on] Kühlmann von dem großen Deutschen Afrikan[ischen] Colonialreich träumt, vergißt er das Wie des Zustandekommens, das Womit unsrer finanziellen Unzulänglichkeit, und das Wer der völlig für solche Verhältniße unerzogenen und mangelnden Beamten. Er thäte auch gut die Nase in die Seekriegsgeschichte zu stecken. Da könnte er lernen, daß Colonialgroßmacht sein zugleich Flottengroßmacht zu sein erheischt, ohne letzteres ist Ersteres ein heller Unsinn. Die Geschichte Spaniens lehrt das. Das war eine mächtige Colonialgroßmacht, vernachlässigte seine Flotte und verlor sein ganzes Colonialreich. Die letzte Phase war St. Jago de Cuba! Man kann große Colonien ohne starke Flotte nicht halten. Ich müßte also für das oben angebotene Colonialreich ein doppelt so große Marinevorlage zunächst fordern, mit Ausbau von großen Kriegshäfen und Stationen! — Die Wehrvorlage bleibt bestehen ohne Rücksicht auf solche Träumereien.

W.

Kapitel CCXLIII

Die Mission Lord Haldanes nach Berlin und ihre Nachklänge

Das Scheitern der Deutsch-Englischen Verständigung

Januar bis Juli 1912

Nr. 11347

Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg

Eigenhändig

Berlin, den 29. Januar 1912

Sir Ernest Cassel* hat heute im Auftrage von Sir Edward Grey, Winston Churchill und Mr. Lloyd George Seiner Majestät das mit blau I** bezeichnete anliegende Memorandum überreicht.

Sir Ernest ist ermächtigt worden, den englischen Ministern die auf blau II fixierte Antwort*** zu übermitteln.

---

* Über die Genesis der Mission Sir Ernest Cassels nach Berlin, die den Auftakt zu der Mission Lord Haldanes bildete, erfährt man Näheres aus dem Buche B. Huldermanns: „Albert Ballin" (S. 246 ff.) und aus Churchills Angaben (The World Crisis 1911—1914, p. 95), während die Memoiren Asquiths (The Genesis of the War, p. 98) und Lord Greys (Twenty-Five Years 1892—1916, I, 250) unergiebig sind. Lord Grey erklärt sogar: „I never knew whether the suggestion had really emanated from a British or a German source." Tatsächlich scheint der erste Vorschlag zu einer erneuten englisch-deutschen Aussprache von dem Generaldirektor der Hapag Albert Ballin ausgegangen zu sein, der Sir E. Cassel den Gedanken eines Besuches Churchills in Berlin souffflierte. Sir E. Cassel sprach darauf vertraulich mit Churchill, der aber der Ansicht war, daß der Posten, den er seit kurzem bekleidete, ihm Zurückhaltung auferlege. Sachlich war Churchill durchaus mit der Anknüpfung von „freundschaftlichen, aufrichtigen und vertraulichen Verhandlungen" über eine Flottenverständigung und eine Unterstützung der deutschen Kolonialinteressen einverstanden. Nachdem er sich zunächst mit dem ihm besonders nahestehenden Schatzkanzler Lloyd George verständigt hatte, besprachen beide die Angelegenheit mit Sir E. Grey und „forderten dann in Übereinstimmung mit dem Premierminister Sir Ernest Cassel auf, nach Berlin zu gehen und mit dem Kaiser unmittelbar Fühlung zu nehmen". Sir E. Cassel, dem ein „kurz und klar abgefaßtes Memorandum" mitgegeben wurde (siehe dasselbe in Anlage I), traf am 29. Januar in Berlin ein und hatte am Nachmittage im Schlosse eine Unterredung mit dem Kaiser, der auch Bethmann Hollweg und Ballin beiwohnten. Über den Verlauf der Besprechung vergleiche neben dem auf den mündlichen Angaben Sir E. Cassels fußenden Briefe Churchills an Sir E. Grey vom 31. Januar (Churchill a. a. O., p. 95 ff.) die Erzählung Wilhelms II. in „Ereignisse und Gestalten", S. 122ff., der allerdings in der Charakteristik der von Sir Ernest Cassel überreichten englischen „Verbalnote" „als eines formellen Neutralitätsangebots für den Fall künftiger kriegerischer Verwicklungen Deutschlands, abhängig gemacht von gewissen Beschränkungen auf dem Gebiete des Flottenbaues", fehlgreift.

** Siehe Anlage I.

*** Siehe Anlage II.

Sir Ernest nimmt an, daß die englischen Minister die von uns vorgeschlagene Änderung der Grundzüge akzeptieren werden, und daß Sir Edward Grey mit Winston Churchill etwa im Laufe der nächsten Woche hier eintreffen wird.

v. Bethmann Hollweg

Anlage I

Ausfertigung

1. Fundamental. Naval superiority recognized as essential to Great Britain. Present German naval programme undexpenditure not to be increased but if possible retarded and reduced.

2. England sincerely desires not to interfere with German Colonial expansion. To give effect to this she is prepared forthwith to discuss whatever the German aspirations in that direction may be. England will be glad to know that there is a field or special points where she can help Germany.

3. Proposals for reciprocal assurances debarring either power from joining in aggressive designs or combinations against the other would be welcome.

Anlage II

Abschrift *

1. Fundamental. The German Government welcomes with pleasure the step taken by the British Government to approach the German Government through Sir E. Cassel in view of improving the relations between the two countries.

The German Government is in full accord with the terms proposed in the draft submitted by Sir E. Cassel with the following exception: that this year's (1912) estimates must be included in the „present German Naval Programme" in as much as all the arrangements have already been completed.

The most effectual way to bring the negotiations rapidly forward, would be if Sir E. Grey would pay a visit to His Majesty the Emperor as soon as possible. His Majesty would view such a visit with great pleasure.

* Nach einer Aktennotiz lag der Abschrift eine eigenhändige Aufzeichnung des Kaisers zugrunde. Das Original kehrte in den Besitz Bethmann Hollwegs zurück. Über die Genesis des Memorandums, das sich im Aufbau dem englischen Memorandum eng anschloß, vgl. die dramatisch zugespitzte Erzählung Kaiser Wilhelms II. in „Ereignisse und Gestalten", S. 124f.

Nr. 11348

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 21 Berlin, den 30. Januar 1912

Ganz geheim

Zu Ihrer ausschließlich persönlichen Orientierung.

Sir Ernest Cassel hat hier gestern im Auftrag Sir E. Greys, Churchills, Lloyd Georges Abkommen mit englischer Regierung auf folgender Grundlage angeboten:

1. Deutschland erkennt Notwendigkeit englischer Überlegenheit zur See an. Gegenwärtiges deutsches Flottenprogramm wird nicht ausgedehnt, wenn möglich eingeschränkt.

2. England wird deutsche koloniale Expansion nicht hindern, sondern, wenn dies möglich ist, fördern.

3. Austausch von Erklärungen, welche beide Mächte hindern, sich an aggressiven Plänen oder Kombinationen zu beteiligen, die gegen eine derselben gerichtet sind.

Sir Ernest Cassel hat weiter die Bereitwilligkeit Sir Edward Greys übermittelt, zur persönlichen Verhandlung hierüber nach Berlin zu kommen, falls Abschluß des Abkommens gesichert sei.

Seine Majestät der Kaiser hat diesen Vorschlägen im Prinzip seine Zustimmung erteilt mit der Einschränkung, daß auf die geplante Flottennovelle, deren Inhalt Sir Ernest Cassel skizziert worden ist*, nicht verzichtet werden könne.

---

* Es geschah durch ein von Reichskanzler von Bethmann Hollweg eigenhändig aufgesetztes Memorandum, das Sir E. Cassel nach der Besprechung im Schloß mit einem Billet des Kanzlers zugestellt wurde. Das Memorandum, das von Sir E. Cassel nach seinem Wiedereintreffen in London sofort Churchill zugestellt wurde und diesem den Anlaß zu seinem Schreiben an Sir E. Grey vom 31. Januar (The World Crisis 1911—1914, p. 95 ff.) bot, hatte folgenden Wortlaut: „Das gegenwärtig geltende Flottengesetz sieht eine aktive Schlachtflotte von einem Flottenflaggschiff und zwei Geschwadern zu je acht Linienschiffen vor mit den dazugehörigen Kreuzerstreitkräften.
Die geplante Flottennovelle sieht ein drittes aktives Geschwader und eine entsprechende Erhöhung der Kreuzerstreitkräfte vor. Dieses dritte aktive Geschwader wird gebildet aus dem schon vorhandenen Reserveflottenflaggschiff und ebenso schon vorhandenen vier Linienschiffen der Materialreserve. Neu zu bauen für dieses Geschwader sind drei Linienschiffe, welche in den Etats für 1912, 1914 und 1916 erscheinen sollen. Der Mehrbedarf an in Dienst zu haltenden Kreuzern bedingt keine Neubauten.
Das Bautempo an capital ships gestaltet sich also:

im Jahre	1912:	3,
„ „	1913:	2,
„ „	1914:	3,
„ „	1915:	2,

Seine Majestät der Kaiser hat Sir E. Cassel gesagt, daß ein baldiger Besuch Sir E. Greys in Berlin Verhandlungen am meisten fördern werde.

Sir E. Cassel, der heute nach England zurückreist, glaubt, daß englische Regierung vorgeschlagene Änderung akzeptieren und Grey mit Churchill nächste Woche hier eintreffen werde.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 11349

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 19 London, den 31. Januar 1912

Mit Bezug auf ganz geheimes Telegramm Nr. 21 *.

Nr. 1 und Flottennovelle schließen sich aus.

Nr. 2 war schon bekannt, bildet aber wertvolle Grundlage für weiteren Ausbau.

Nr. 3 durch das Wort „aggressiv" wertlos. Ähnliche Zusicherungen zu geben, hat englische Regierung sich schon mehrmals bereit erklärt. Weder die englisch-russische Kombination 1909 in bosnisch-serbischer Krisis noch die englisch-französische Kombination von 1911 war nach hiesiger Auslegung aggressiv.

Wenn aber in Nr. 3 das Wort „aggressiv" gestrichen und hinter „Kombinationen" hinzugefügt wird „oder Kriegen", so bedeutet das: Fallenlassen der Ententepolitik gegen uns, Sicherheit vor England und Zusammengehen mit ihm, soweit es uns paßt.

Dies wird aber höchstens zu erreichen sein durch Aufgabe der Flottennovelle. Andernfalls ist eine innerliche Umkehr der englischen Politik nicht zu erwarten. Äußerlicher Annäherungsversuch für Sir E. Grey sehr wünschenswert angesichts der jetzt fast allgemeinen Verurteilung seiner Politik bei der liberalen Partei **. Deutsche,

---

im Jahre 1916: 3,
„ „ 1917: 2.

Die Anzahl der zu bauenden Torpedo- und Unterseeboote ist weder im bestehenden Flottengesetz festgelegt, noch soll sie in der Novelle festgelegt werden.

Die Bildung eines dritten aktiven Geschwaders bedingt eine erhöhte Mannschaftsquote, welche zum Teil dadurch eingespart wird, daß von der Reserveschlachtflotte nicht mehr die Hälfte, sondern nur ein Viertel dauernd in Dienst gehalten werden soll.

Das dritte aktive Geschwader hat den Zweck, im Vergleich zu den Reserveformationen den in unserem Rekrutierungssystem liegenden Mängeln der Kriegsbereitschaft im Herbst wenigstens zum Teil abzuhelfen."

* Siehe Nr. 11348.

** Die scharfe Verurteilung der Politik Sir E. Greys, gerade auch in den Kreisen seiner eigenen Partei, richtete sich vielleicht nicht so sehr gegen seine

wenn auch nur platonische Anerkennung englischer Überlegenheit zur See ohne gleichzeitige wirkliche Garantie vor englischer Aggressivpolitik wird in Deutschland kaum Zustimmung finden.

Metternich

Haltung in der marokkanischen Frage, die das Land nahezu an den Rand eines Krieges mit Deutschland geführt hatte (vgl. dazu Band XXIX, Kap. CCXXIX), als vielmehr gegen seine allzu freundliche Haltung gegenüber Italien in der Tripolisfrage (vgl. Band XXX, Kap. CCXXXII und CCXXXIII), vor allem aber gegen seine große Konnivenz gegenüber Rußland in der persischen Frage. Vgl. das Telegramm des russischen Botschafters in London Grafen Benckendorff an den Stellvertretenden Außenminister Neratow vom 21. November 1911, Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, ed. B. v. Siebert, S. 233 f. Die Schroffheit, mit der Rußland im November 1911 gegen Persien durch Stellung zweier kurz aufeinander folgenden Ultimata und durch die Entsendung einer militärischen Expedition von 4000 Mann in der Richtung auf Teheran vorging, ohne sich mit dem englischen Ententegenossen ins Einvernehmen zu setzen, erregte in der englischen öffentlichen Meinung einen solchen Sturm, daß Graf Benckendorff am 24. November die ernstliche Gefahr einer englischen Ministerkrise konstatierte. Auch Graf Metternich berichtete am 4. Dezember (Nr. 951) darüber:
„Das doppelte Ultimatum an Persien und der russische Vormarsch gegen Teheran traf die hiesige öffentliche Meinung vollständig unvorbereitet. Die Preßkommentare sind verhältnismäßig spärlich und mager. Um so lebhafter wird das Problem in allen Kreisen, sowohl gesellschaftlichen als politischen, diskutiert, und man kann keinem politisch halbwegs interessierten Menschen begegnen, ohne daß er sofort die persische Frage anschneidet. Auf liberaler Seite hat die Ententepolitik Sir E. Greys in der letzten Zeit wenig warme Fürsprecher gefunden. Jetzt, wo auch der Menge klar wird, daß der Preis für Rußlands Verbleiben im Ringe der Ententemächte die Aufgabe Persiens ist, dürfte die Entrüstung in der liberalen Partei eine außerordentlich starke sein.“ Allerdings wollte Graf Metternich noch nicht an eine Gefährdung der englisch-russischen Entente glauben.
Um so größer war die Besorgnis Graf Benckendorffs, daß die Zuspitzung der englisch-russischen Gegensätze in der persischen Frage eine Annäherung Englands an Deutschland zur Folge haben könne. Sir E. Grey selbst drohte dem Grafen Benckendorff Anfang Dezember ganz offen damit: „Wenn die Gemeinsamkeit unseres Handelns in Persien aufhört, so würde dies notwendigerweise den Bruch der Entente bedeuten. Dies würde in kürzerer Zeit, als man allgemein annimmt, eine neue Orientierung der englischen Politik nach sich ziehen.“ Telegramm Graf Benckendorffs an Neratow vom 2. Dezember 1911, v. Siebert, a. a. O., S. 239. In demselben Sinne äußerte sich Sir E. Grey gegenüber dem russischen Botschafter im Januar 1912, also zu der Zeit, wo der Gedanke der Mission Lord Haldanes nach Berlin ventiliert wurde: „An dem Tage, an dem unsere Kooperation, eine gegenseitige Unterstützung schwer aufrechtzuerhalten wäre, würde auch unsere Konvention hinfällig werden. Der Bruch dieser Konvention würde auch den Zusammenbruch der Entente nach sich ziehen. Und verschwindet die Entente, so müßte die englische Politik an eine neue Orientierung denken, und man müßte dabei über die Schnelligkeit des Umschwunges in der öffentlichen Meinung nicht erstaunt sein.“ Graf Benckendorff an Sasonow, 8. Februar 1912, v. Siebert, a. a. O., S. 739. Hiernach wird anzunehmen sein, daß bei der Bereitwilligkeit der englischen Regierung, sich auf Besprechungen mit der deutschen Regierung über ein kombiniertes politisches und Flottenabkommen einzulassen, die englisch-russischen Schwierig-

Nr. 11350

Sir Ernest Cassel an den Generaldirektor der Hapag Ballin

Telegramme. Undatierte Abschriften

Dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg am 3. Februar 1912 von Generaldirektor Ballin übergeben

I. Langes Telegramm an Sie wird chiffriert. Mitteile privatim, daß Absicht ist, eventuell ministre de la guerre* Berlin zu senden, um klare Bahn für andern Besuch zu schaffen. Er kann nächsten Donnerstag eintreffen. Cassel

II. Ministre des affaires étrangères** ersucht mich, zunächst in geeigneter Weise seine haute appréciation invitation und seinen allerbesten Dank zu übermitteln. Cassel

III. Prière transmettre réponse suivante: Esprit de communication du Gouvernement Allemand est très cordial, appréciation ici. Nouveau programme allemand ferait nécessaire augmentation sérieuse et immédiate des dépenses navales britanniques qui étaient basées sur présomption que programme naval allemand existant restera sans changement. Si Gouvernement Britannique est forcé de faire telle augmentation, la négociation serait difficile, sinon impossible. D'autre côté, si les dépenses navales allemandes pourraient être arrangées par une modification du tempo ou de toute autre manière de façon à rendre ne pas nécessaire une augmentation sérieuse pour faire face au programme allemand, alors Gouvernement Britannique sera préparé continuer négociation immédiatement entendant que le point des dépenses navales peut être discuté et qu'il existe un fair prospect de l'arranger favorablement. Si ceci est acceptable, le Gouvernement Britannique propose immédiatement, next step they think que en premier lieu visite d'un ministre britannique à Berlin devrait être d'un caractère private et ne pas officiel. End message. Please telegraph receipt***. Cassel

---

keiten bezüglich Persiens stark eingewirkt haben. In Lord Greys Erzählung (Twenty-Five Years 1892—1916, I, 251 ff.) ist freilich von solchen Motiven mit keinem Wort die Rede. Man ersieht aus ihr wenig mehr, als daß der leitende englische Staatsmann der Mission Lord Haldanes nach Berlin von vornherein mit starken Bedenken und ebensolcher Skepsis gegenüberstand. Als ein solches Bedenken führt Lord Grey die Besorgnis an, „that the visit might arouse suspicion and distrust at Paris". Um diese Besorgnis zu beheben, teilte Sir E. Grey, wie er selbst erzählt, Anfang Februar 1912 dem französischen Botschafter P. Cambon nicht nur das Projekt der Haldane-Mission mit, sondern er ging auch die Verbindlichkeit ein, „that we should do nothing with Germany that would tie our hands". Bei einer solchen Festlegung zugunsten Frankreichs war freilich jede Verhandlung über ein deutsch-englisches Neutralitätsabkommen a priori so gut wie aussichtslos.

* Lord Haldane.

** Sir E. Grey.

*** Am 6. Februar übersandte Ballin dem Reichskanzler auch den englischen Wortlaut der „Note" des Foreign Office, die ihm Sir E. Cassel zugestellt

IV. Présence ministre de la guerre. Meiner Ansicht nach bester und schnellster Weg. Glauben Sie, daß es wirklich nützlich wäre, daß nous deux sont aussi Berlin, quand ministre de la guerre est là?

Cassel

Nr. 11351

*Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg**

Eigenhändig. Unsigniert und undatiert

[pr. 4. Februar 1912]

Bitte folgende Antwort** zu übermitteln.

Wir sind bereit, die Aussprache in freundlichem Sinne fortzusetzen. In der Frage der Flottennovelle, die zu einer Diskussion

---

hatte. Der Text, der bereits bei Churchill, The World Crisis 1911—1914, p. 98, veröffentlicht ist, lautete:

„Spirit in which statements of German Government have been made is most cordially appreciated here. New German programme would entail serious and immediate increasse of British naval expenditure, which was based on assumption that existing German naval programme would be adhered to.

If the British Government are compelled to make such increase, it would make negotiations difficult if not impossible.

If, on the other hand, German naval expenditure can be adapted by an alteration of the tempo or otherwise so as to render any serious increase unnecessary to meet German programme, British Government will be prepared at once to pursue negotiations on the understandig that the point of naval expenditure is open to discussion and that there is a fair prospect of settling it favourably.

If this understanding is acceptable, the British Government will forthwith suggest the next step, as they think that the visit of a British Minister to Berlin should in the first instance be private and unofficial."

* Die Aufzeichnung Bethmann Hollwegs, die am Kopfe von der Hand des Kaisers das Datum „Berlin, Schloß 4/II 1912" trägt, und die offensichtlich während des Immediatvortrags des Kanzlers über die Mitteilungen Sir E. Cassels an Ballin (vgl. Nr. 11350) entstanden ist, sollte die Grundlage für die via Ballin an Sir E. Cassel zu erteilende Antwort und für die entsprechende Benachrichtigung Graf Metternichs (vgl. Nr. 11353) bilden. Die Aufzeichnung — ohne die Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. — ist bereits veröffentlicht bei B. Huldermann, Albert Ballin, S. 252; nebst den Direktiven des Monarchen bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 280 f. Bei Huldermann auch (S. 250 f.) ein Brief Ballins an Sir E. Cassel, der dem englischen Mittelsmann die Situation in Berlin verdeutlichen sollte. Beides, der Brief und das offizielle deutsche Memorandum, wurde durch den zu diesem Zweck eigens nach London gesandten Generalsekretär der Hamburg-Amerika-Linie B. Huldermann Sir. E. Cassel überbracht. An der Absendung des Briefes hielt Ballin fest, obwohl der Kanzler sie für überflüssig erklärte, „weil in der offiziellen Note schon alles gesagt sei". Huldermann hatte in London am 5. Februar abends eine eingehende Besprechung mit Sir E. Cassel. Die ausführliche Aufzeichnung, die das Ballin-Buch (S. 252 ff.) darüber bringt, enthält sehr charakteristische Äußerungen Sir E. Cassels über den englischen Standpunkt in der Flottenfrage.

** Vgl. Nr. 11353.

der beiderseitigen Flottenpläne führen wird, erscheint ein Entgegenkommen gegenüber den englischen Wünschen möglich, wenn wir gleichzeitig ausreichende Bürgschaften für eine uns freundliche Orientierung der englischen Politik erhalten. Die Vereinbarung würde zum Ausdruck zu bringen haben, daß beide Mächte übereinkommen, an keinen Plänen, Kombinationen und kriegerischen Verwickelungen teilzunehmen, die gegen eine derselben gerichtet sind. Ein solches Abkommen würde gleichzeitig eine Verständigung über die gegenseitigen Rüstungsausgaben ermöglichen.

In der Annahme, daß England sich in diesem Gedanken mit uns begegnet, würden wir es mit Freude begrüßen, wenn ein englischer Minister zunächst zu privatem, vertraulichem Meinungsaustausch nach Berlin käme.

Randvermerk Kaiser Wilhelms II.:
Punkte für die späteren Verhandlungen:
1) Verhandlung einleiten unter vorläufiger Aufrechterhaltung der Novelle. Begründung derselben, ihre Vorgeschichte und Veränderung.
2) Seitens Englands Darlegung des Engl[ischen] Programms a) auf Grund unserer Novelle, b) auf Grund des Flottengesetzes (2er Tempo).
3) England muß 2 Powerstandard uns gegenüber fallen lassen.
4) Ein klarer Bündnißvertrag, oder zum mindesten Neutralitätsvertrag.

Nr. 11352

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 23 London, den 3. Februar 1912
Ganz geheim

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 21 vom 30. Januar*.

Kapitän Widenmann hat heute dem Ersten Lord der Admiralität Beileid ausgedrückt über den Verlust des Unterseebootes**. Bei dieser Gelegenheit hat Mr. Churchill den Marineattaché nach unserem Flottenbudget gefragt und letzterem gesagt, die englische Regierung habe uns vor einigen Tagen ein Flottenabkommen*** vorgeschlagen.

---

* Siehe Nr. 11348.

** Am 2. Februar war das englische Unterseeboot A 3 infolge Zusammenstoßes mit einem Torpedoboot untergegangen, wobei die Besatzung den Tod fand.

*** Es handelt sich hier um das Memorandum über einen Nachrichtenaustausch der beiderseitigen Marinen. (Vgl. Kap. CCXLI, Nr. 11332.) Da dieses dem Botschafter noch unbekannt war — es wurde ihm erst am 6. Februar mitgeteilt —, so begreift sich die Verwechslung zwischen dem Memorandum und dem Bethmann Hollwegschen Telegramm über das durch Sir E. Cassel übermittelte allgemeine englische Angebot.

Kapitän Widenmann hat geantwortet, er wisse nichts näheres über unsere Flottenvorlage. Dieselbe werde aber sehr gering ausfallen.

Kapitän Widenmann, der morgen über sein Gespräch berichten wird, fragte mich, ob mir das in Berlin vorgeschlagene Flottenabkommen mitgeteilt sei.

Ich hielt mich nicht befugt, irgendeine Mitteilung aus dem geheim zu meiner ausschließlich persönlichen Orientierung bestimmten Telegramm Nr. 21 zu machen. Falls ich ihm Mitteilung machen soll, so bitte ich um telegraphische Weisung und stelle anheim, daß ich ihm dann lediglich sage, die englische Regierung stelle gewisse politische Zusicherungen in Aussicht, falls wir das gegenwärtige deutsche Flottenprogramm nicht ausdehnten.

Ich habe Sir E. Grey, der erst seit vorgestern wieder in London ist, noch nicht aufgesucht und warte ab, bis er mich rufen läßt oder ich einen Auftrag für ihn erhalte.

Metternich

Nr. 11353

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm
Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 25 Berlin, den 4. Februar 1912
Ganz geheim

Sir E. Cassel hat hier via Ballin wissen lassen*, die englische Regierung sei bereit, den Meinungsaustausch fortzusetzen, falls es möglich sei, eine Modifikation der Flottennovelle vorzunehmen, die England es ermögliche, auf erneute große Flottenausgaben zu verzichten, und eine Verständigung über Ausgaben für Rüstungszwecke im Prinzip involviere. In diesem Falle werde zunächst Mr. Haldane privatim zu den Verhandlungen nach Berlin kommen.

Herrn Ballin ist folgende Antwort übergeben worden:

„Wir sind bereit, die Aussprache in freundlichem Sinne fortzusetzen. In der Frage der Flottennovelle, die zu einer Diskussion der beiderseitigen Flottenpläne führen wird, erscheint ein Entgegenkommen gegenüber den englischen Wünschen möglich, wenn wir gleichzeitig ausreichende Bürgschaften für eine uns freundliche Orientierung der englischen Politik erhalten. Die Vereinbarung würde

---

* Vgl. Nr. 11 350.

zum Ausdruck zu bringen haben, daß beide Mächte übereinkommen, an keinen Plänen, Kombinationen und kriegerischen Verwickelungen teilzunehmen, die gegen eine derselben gerichtet sind. Ein solches Abkommen würde gleichzeitig eine Verständigung über die gegenseitigen Rüstungsausgaben ermöglichen.

Bei der Annahme, daß England sich in diesem Gedanken mit uns begegnet, würden wir es mit Freude begrüßen, wenn ein englischer Minister zunächst zu privatem, vertraulichem Meinungsaustausch nach Berlin käme."

Ich halte es für ausgeschlossen, daß Sir E. Grey zu Verhandlungen auf dieser Basis bereit ist. Ob etwa ein liberales Kabinett unter Ausschiffung des Ministers des Äußern dies sein würde, vermag ich von hier aus nicht zu beurteilen*. Wir haben aber in der Flottenfrage das weitgehendste Entgegenkommen gezeigt, um ein solches Ergebnis in den Bereich der Möglichkeit zu rücken und überdies gegebenenfalls der öffentlichen Meinung gegenüber gerechtfertigt dazustehen.

Seine Majestät wünschen einstweilen nicht, daß die Marineverwaltung von den Verhandlungen irgendwie Kenntnis erhält**. Die Äußerungen Mr. Churchills zu Kapitän Widenmann dürften sich auf ein Promemoria beziehen, das der englische Botschafter hier vor einigen Tagen übergeben hat, und das neue Vorschläge für den im Prinzip beschlossenen gegenseitigen Nachrichtenaustausch enthält***. Bitte dies Marineattaché zu sagen. Das Memorandum wird Ew. pp. demnächst zugehen.

v. Bethmann Hollweg

---

* Diese Äußerung erklärt sich aus Graf Metternichs Telegramm vom 31. Januar (siehe Nr. 11349), wonach Sir E. Greys Politik bei der liberalen Partei „fast allgemeine Verurteilung" fand. Vgl. dazu Th. v. Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkriege I, 46 f. Daß damals tatsächlich eine ernstliche englische Ministerkrise bestand, bestätigt unter anderem Graf Benckendorff; siehe v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 236.

** Dieser Satz bezieht sich unzweifelhaft auf die Anfrage Graf Metternichs vom 3. Februar (siehe Nr. 11352), ob er dem Marineattaché Kenntnis von dem Bethmann Hollwegschen Telegramm über die durch Cassel eingeleiteten Verhandlungen (siehe Nr. 11348) geben solle. Bei diesem Verbot des Kaisers erklärt es sich ohne weiteres, weshalb Graf Metternich den Marineattaché in der Folge über den Gang der Verhandlungen nicht näher orientierte, worüber Tirpitz (Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 311, 313) Beschwerde führt. Allerdings wurde Kapitän Widenmann nunmehr direkt durch das Reichsmarineamt von dem Bethmann Hollwegschen Memorandum über die bevorstehende Flottennovelle (vgl. Nr. 11348, Fußnote) in Kenntnis gesetzt, gegen das er dann in einem unter Umgehung des Botschafters erstatteten Bericht an den Staatssekretär des Reichsmarineamts vom 8. Februar (vgl. A. v. Tirpitz, Warum kam eine Flottenverständigung mit England nicht zustande? Süddeutsche Monatshefte, 23. Jg., S. 125 f.) Einwendungen erhob.

*** Siehe dasselbe in Kap. CCXLI, Nr. 11332.

Nr. 11354

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 25 London, den 5. Februar 1912
Ganz geheim

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 25 vom 4. Februar*.

Sir E. Grey, Haldane, Asquith und mit Bezug auf Flottenfrage auch Churchill sind solidarisch und würden Sir E. Grey nicht fallen lassen. Der wichtige Lord Chancellor Lord Loreburn, Lord Morley** und der Kolonialminister Harcourt sind zu grundsätzlicher politischer Einigung mit Deutschland geneigt, kommen aber gegen das andere Trio nicht auf. Aber auch dieses würde sich hierauf meiner Ansicht nach im gegenwärtigen Augenblick einlassen, wenn unter „Verständigung über Rüstungsausgaben" Aufgabe einer Novelle und Herabsetzung der Ausgaben verstanden wird. Hierauf werden wir uns aber wiederum nicht einlassen. Daher circulus vitiosus und kaum Aussicht auf Verständigung.

Metternich

Nr. 11355

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 27 London, den 7. Februar 1912
Geheim

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 25***.

Sir E. Grey bat mich heute zu sich und sprach mit mir über den durch Mitteilung Seiner Majestät des Kaisers an Mr. Churchill† angeregten ferneren Gedankenaustausch durch private Persönlichkeiten. Die Angelegenheit sei nun so weit gediehen, daß es wohl besser sei, diese auszuschalten. Infolgedessen treffe Lord Haldane morgen früh in Berlin ein zu ganz offener Aussprache mit dem

---

* Siehe Nr. 11353.

** Lord-Präsident des Geheimen Rats.

*** Siehe Nr. 11354.

† Anscheinend ist mit der Mitteilung des Kaisers an Churchill das von dem Monarchen am 29. Januar aufgesetzte Memorandum (siehe Nr. 11347, Anlage II) gemeint. Daß Wilhelm II. direkt an Churchill geschrieben hätte — dieser spricht in seinen Erinnerungen (The World Crisis 1911—1914, p. 95) von „a cordial letter from the Emperor" —, findet in den Akten keinerlei Bestätigung. Dagegen scheint auch das folgende Schriftstück (Nr. 11356) zu sprechen.

Herrn Reichskanzler. Diese bezieht sich darauf, daß England weder den Expansionsbedürfnissen Deutschlands im Wege stehe noch ihm politisch entgegentreten wolle, und auf die maritime Ausgabe. Er schätze sehr unsere Anregung, selbst nach Berlin zu kommen, halte es aber im Interesse der Sache für richtiger, hiervon abzusehen, solange es nicht feststehe, daß wir zu einem Abkommen gelangen*. Bei dem Aufsehen, das seine Anwesenheit in Berlin erregen würde, würde es die Öffentlichkeit ungünstig beeinflussen, wenn er ohne Abkommen zurückkehrte.

Er wird der Presse mitteilen, daß Lord Haldane, welcher mit seinem Bruder Professor Haldane reist, der sich für Universitäts- und Erziehungsfragen interessiert, zu diesem wissenschaftlichen Zwecke nach Berlin gereist sei. Bei den vielen persönlichen Beziehungen, die Lord Haldane in Berlin habe, sei es sehr wohl möglich und sogar wahrscheinlich, daß er auch politische Fragen erörtere.

Ich stelle anheim, unsere Presse trotz der leider schon erfolgten Indiskretionen der „Vossischen Zeitung" entsprechend zu informieren.

Metternich

Nr. 11356

Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg

Eigenhändig

Berlin, den 8. Februar 1912

Auf Befehl Seiner Majestät soll Metternich telegraphiert werden**, daß Seine Majestät keinerlei Anregung zu Gedankenaustausch durch private Persönlichkeiten gegeben hat. Seine Majestät ist vielmehr überrascht worden, als sich Sir Ernest Cassel als Überbringer von Mitteilungen der englischen Regierung bei uns einführte. —

Goschen hat mir eine Depesche Sir Edward Greys vorgelesen, in der er beauftragt wird, die Anwesenheit Haldanes vorsprechenden Reportern so zu motivieren, wie es Grey Metternich gegenüber getan hat.

v. Bethmann Hollweg

---

* Auch Sir E. Cassel bestätigte am 5. Februar dem Abgesandten Ballins Huldermann, daß Haldane mit der Mission beauftragt sei, weil Sir E. Grey und Churchill, die nicht unverrichteter Dinge wieder abgehen dürften, nicht kommen könnten, bevor sie sich durch ein anderes Mitglied des Kabinetts die Gewißheit verschafft hätten, daß in Berlin wirklich eine freundliche Geneigtheit bestehe zu verhandeln. Huldermann, Albert Ballin, S. 253. Was Kaiser Wilhelm II. in den „Ereignissen und Gestalten", S. 126f über die der Wahl Haldanes zugrunde liegenden Motive nach Angaben Ballins erzählt, verträgt sich damit nicht und wird auch ausdrücklich durch Churchill (The World Crisis 1911—1914, p. 97 f.) als unbegründet bezeichnet.

** Es geschah durch Telegramm Nr. 30 vom 8. Februar.

Nr. 11357

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 31 Berlin, den 8. Februar 1912

Habe heute mit Haldane* gesprochen und bitte Sie, Seiner Majestät dem König in der Ihnen geeignet scheinenden Weise meinen Dank für das Vertrauen zugehen zu lassen, das der König durch die Entsendung Haldanes in die von mir nach den Intentionen unseres

---

* Der englische Kriegsminister Lord Haldane war in Begleitung seines Bruders und Sir E. Cassels am Morgen des 8. Februar in Berlin eingetroffen. Über die letzten Beratungen und Erörterungen in Berlin vor seiner Ankunft vgl. A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 282 ff. Dort auch S. 281 f. Mitteilungen Sir E. Cassels, die Ballin am 7. Februar als wertvollen Anhalt für die bevorstehenden Verhandlungen übermittelte. Es war darin unter anderem gesagt, daß die englische Regierung in der Einschränkung des Dreadnoughtbaus eine Voraussetzung der Verhandlung sehe, und daß sie in bezug auf das Neutralitätsabkommen Deutschland nicht mehr bieten könne, als sie Frankreich, Rußland und anderen Staaten zugestanden habe, „nämlich Verpflichtung zur Neutralität, solange Deutschland von einer anderen Macht angegriffen werde; wenn aber Deutschland der Angreifer sei, müsse England freie Hand behalten". Da der Kaiser, der am 4. Februar noch einigermaßen elastische Direktiven für die Verhandlungen gegeben hatte — vorläufige Aufrechterhaltung der Flottennovelle, klarer Bündnisvertrag oder zum mindesten Neutralitätsvertrag; vgl. Nr. 11351 —, inzwischen unter dem Einfluß von Großadmiral Tirpitz sich auf den Standpunkt gestellt hatte, die Flottenvorlage in vollem Umfange aufrechtzuerhalten, so boten die Verhandlungen von vornherein kaum eine Chance des Gelingens. Immerhin ließ sich die erste Unterredung, die Haldane am Mittag des 8. mit dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg hatte, nicht ungünstig an. Über diese Unterredung liegt aus den Tagen der Mission Haldanes, abgesehen von dem obigen Telegramm, nichts Schriftliches bei den Akten. Wohl aber beruht die spätere Auslassung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 3. April 1915 auf einer eigenhändigen Aufzeichnung Reichskanzler von Bethmann Hollwegs. Es hieß darin unter anderem: „Lord Haldane hat nach hier vorliegenden telegraphischen Meldungen zu dem Vertreter eines amerikanischen Blattes Äußerungen über den Inhalt seiner im Winter 1912 in Berlin geführten Verhandlungen gemacht, die nicht unwidersprochen bleiben können. Lord Haldane behauptet, er habe damals dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg in nicht mißzuverstehender Weise zu verstehen gegeben, daß England nicht neutral bleiben werde, falls Deutschland die belgische Neutralität verletzen werde. Wie wir festgestellt haben, hat in den Unterredungen Lord Haldanes mit dem Reichskanzler die Eventualität einer Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland überhaupt nicht den Gegenstand der Unterhaltung gebildet. Lord Haldane war nach Berlin gekommen, um die Grundlagen für eine Annäherung zwischen Deutschland und England zu erörtern. Der Zweck der während seines hiesigen Aufenthaltes gepflogenen Verhandlungen war, den Zustand der Spannung zwischen beiden Ländern zu beseitigen, der besonders während der Marokkokrisis von 1911 gelegentlich bedrohliche Formen angenommen hatte. Im Laufe der Erörterungen gab der englische Minister ganz allgemein der Besorgnis Ausdruck, daß im Falle einer

Kaisers geleitete Politik kundgegeben hat. Seine Majestät hat mir sagen lassen, daß seine Politik darauf gerichtet sei, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht nur zu bessern, sondern zu engen und freundschaftlichen zu gestalten. Damit begegnet der

---

völligen Verständigung zwischen England und Deutschland die damit von England an Deutschland gegebene Rückendeckung Deutschland zu einem Überfall auf Frankreich ermutigen könne. Einem solchen Überfall werde England aber nicht ruhig zusehen können. Von Belgien ist dabei nicht die Rede gewesen. Der Reichskanzler hat damals Lord Haldane die bündigste Versicherung abgegeben, daß Deutschland gegen Frankreich niemals einen Angriffskrieg führen, sondern das Schwert nur dann ziehen werde, wenn es dazu herausgefordert werden sollte. Käme eine feste und loyale Verständigung zwischen Deutschland und England zustande, dann werde damit die Gefahr eines europäischen Krieges nach menschlicher Voraussicht überhaupt beseitigt, denn dann werde Frankreich seinerseits es nicht wagen, Deutschland zum Kriege zu provozieren, und es würden auch etwaige sonstige europäische Kriegsgefahren durch das Gewicht einer englisch-deutschen Einigung im Keime erstickt werden." Weiter hat sich Reichskanzler von Bethmann Hollweg auch in seiner Reichstagsrede vom 19. August 1915 über die Unterredung mit Lord Haldane vom 8. Februar geäußert: „Lord Haldane versicherte mich des aufrichtigen Verständigungswillens des englischen Kabinetts. Bedrückt war er durch die damals bevorstehende Flottennovelle bei uns. Ich fragte den englischen Minister, ob ihm nicht eine offene Verständigung mit uns, eine Verständigung, die nicht nur einen deutsch-englischen Krieg, sondern überhaupt jeden Weltkrieg ausschließen würde, mehr wert sei als ein paar deutsche Dreadnoughts mehr oder weniger. Lord Haldane schien für seine Person dieser Ansicht zuzuneigen. Er fragte mich aber, ob wir, wenn wir den Rücken gegen Rußland frei hätten, dann nicht sofort über Frankreich herfallen und es vernichten würden. Ich habe ihm erwidert, daß die Friedenspolitik, die Deutschland in einer Zeit von mehr als vierzig Jahren geführt hätte, uns eigentlich vor einer solchen Frage sichern sollte. Wir hätten ja die schönsten Gelegenheiten gehabt, im Burenkrieg, im russisch-japanischen Krieg unsere etwaige Kriegswut zu zeigen, aber da und in allen Phasen der Marokkopolitik hätten wir das Gegenteil getan, hätten wir unsere Friedensliebe vor aller Welt bekundet. Deutschland, sagte ich ihm, wünsche aufrichtig den Frieden mit Frankreich und werde ebensowenig über Frankreich wie über irgendeine andere Macht herfallen." Schließlich hat sich Bethmann Hollweg noch in seinen „Betrachtungen zum Weltkrieg" (I, 50 f.) kurz über sein erstes Gespräch mit Lord Haldane ausgelassen: „Unsere lange, vertrauliche Aussprache bewegte sich in den freundschaftlichsten Formen und wurde mit großer Offenheit geführt. Haldane betonte mit Nachdruck, daß die maßgebenden Persönlichkeiten Englands nicht nur eine Besserung, sondern eine freundschaftliche Gestaltung der Beziehungen anstrebten." Auf der anderen Seite ist vor allem die Darstellung von Lord Haldane in seinem Erinnerungsbuche „Before the War", p. 57 ff., zu vergleichen. Auch sonst hat sich Lord Haldane mehrfach in Reden und Interviews über die Vorgänge während seines Aufenthalts in Berlin ausgesprochen, so in einem dem Londoner Korrespondenten der „Chicago Daily News" Anfang April 1915 gegebenen Interview. Auf die Inspiration Haldanes geht offenbar auch die eingehende Darstellung zurück, die „The Manchester Guardian" vom 1. September 1917 von der Mission Haldanes gibt. Ebenso dürften die Angaben von Harold Begbie (The Vindication of Great Britain, p. 134 ff.) auf Mitteilungen Haldanes beruhen. In keiner dieser Darstellungen wird bestätigt, was Tirpitz (Erinnerungen, S.

König durchaus den diesseits gehegten Wünschen, und ich werde bestrebt sein, mit dem englische Minister eine Fassung zu finden, welche uns erlaubt, diese beiderseitigen Wünsche in die Wirklichkeit umzusetzen. Wir legen vor allem Wert auf Herstellung vertrauensvoller Beziehungen.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 11358

Der Generaldirektor der Hapag Ballin, z. Z. in Berlin, an Kaiser Wilhelm II.

Abschrift

Berlin, den 8. Februar 1912

Euerer Kaiserlichen Majestät bitte ich ehrfurchtsvoll melden zu dürfen, daß der Minister Haldane während des Diners in der freimütigsten Weise die Absichten noch einmal darlegte, welche seiner Mission hier in Berlin zugrunde liegen, und immer aufs neue betonte, daß nach dem Gespräch mit dem Reichskanzler* er überzeugt sei, daß die Inten-

---

188; Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 286) behauptet: daß Reichskanzler von Bethmann Hollweg Lord Haldane bei der ersten Begegnung den „Novellenentwurf mit den von ihm selbst gewünschten Abstrichen" bekannt gegeben habe, anstatt die ursprüngliche Novelle zur Verhandlungsbasis zu nehmen und so ein größeres Kompensationsobjekt in der Hand zu behalten. Das ist so wenig richtig, daß der Reichskanzler am 8. Februar noch nicht einmal die endgültigen Dispositionen über die Flottenvorlage, obwohl sie seit dem 25. Januar feststanden (vgl. A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 279), kannte, geschweige denn ein gedrucktes Exemplar der letzten Fassung des Novellenentwurfs in Händen hatte. Aus Lord Haldanes Darstellung (Before the War, p. 59 f.) ergibt sich, daß er den Entwurf der Flottennovelle nicht von Bethmann Hollweg am 8., sondern vom Kaiser am 9., und zwar in Gegenwart von Großadmiral von Tirpitz erhalten hat, obendrein mit der Erlaubnis, die Novelle privatim seinen Kollegen zu zeigen; nach seinen Angaben aus dem Jahre 1912 selbst (vgl. Nr. 11380, S. 146, Nr. 11422, Anlage, S. 207) hatte er den Entwurf sogar erst unmittelbar vor der Abreise, also am 11. Februar erhalten. Über das Verhältnis der endgültigen Fassung des Novellenentwurfs zur ersten Fassung siehe das Schreiben des Chefs des Marinekabinetts Admiral von Müller an den Kaiser vom 3. Februar 1912 bei A. v. Tirpitz, Warum kam eine Flottenverständigung mit England nicht zustande? Süddeutsche Monatshefte, 23. Jg., S. 125. Die Übergabe des fertigen Novellenentwurfs an Haldane, der das Exemplar natürlich nicht bloß privatim seinen Kollegen zeigte, sondern es der Admiralität überwies, die es sofort der eingehendsten Prüfung unterzog (vgl. dazu W. S. Churchill, The World Crisis 1911—1914, p. 102), war ein schwerer taktischer Fehler. Aus dem Bericht, den Churchill am 14. Februar erstattete (a. a. O., p. 102 f.), ergibt sich, wie alarmierend die Kenntnis des Entwurfes auf den Ersten Lord der Admiralität und seine Kollegen gewirkt hat.

* Vgl. Nr. 11357 nebst Fußnote.

tionen Euerer Majestät von dem gleichen guten Willen getragen seien wie diejenigen Englands.

Nachdem er Herrn von Bethmann kennen gelernt, so versicherte er, würde er sich lieber die rechte Hand abhauen lassen, als hier etwas anderes zu sagen als die reinste, unzweideutigste Wahrheit. Eine große Erregung erfaßte Haldane aber, als Cassel ihm eröffnete, daß wir morgen abreisen wollten[1], weil unsere Aufgabe erledigt sei. Es stellte sich heraus, daß dieser Mann sehr unselbständig ist und mit einem gewissen Aberglauben daran hängt, daß Cassel in schnell erreichbarer Nähe sei.

Wir haben anderthalb Stunden auf ihn eingeredet, aber vergebens, er mißachtet die Presse, er sagt, hier handele es sich um eine weltgeschichtliche Aktion, wie sie seit mehr als 50 Jahren nicht vorgekommen, da gäbe es doch keinen „Lokal-Anzeiger" und keine „Daily Mail". Er fühle, daß er in den nächsten Tagen Cassels Rat brauche, und es wäre unverantwortlich, wenn Cassel sich jetzt zurückzöge, weil ein Lohnschreiber daran Anstoß nehmen könnte.

Schließlich erklärte er (auf meinen Vorschlag), daß Euere Majestät allergnädigst das entscheiden sollten, ob er auf Cassel verzichten müsse oder nicht, aber — „he requested me to say that it is his strong desire to keep Cassel in Berlin at least for to-morrow and saturdy[2]." Ich habe ihm gesagt, daß ich Euerer Majestät die Frage unterbreiten würde, daß Euere Majestät sie jedenfalls mit dem Herrn Reichskanzler morgen vormittag zu besprechen geruhen dürften, und daß wir wohl eine Antwort bis 12 Uhr mittags erwarten könnten[3].

(gez.) Ballin

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks in Abschrift: Berlin Schloß 8/II 1912 11 Uhr Nachmittags. (gez.) W.
Randbemerkungen des Kaisers in Abschrift:
[1] Da so großes auf dem Spiel steht, soll er doch ruhig bleiben. (gez.) W.
[2] yes
[3] ja

Nr. 11359

Kaiser Wilhelm II. an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Abschrift

Schloß, 9. II. 1912

Lieber Bethmann,

Die schwere Sitzung* ist beendet, und zwar gut! Trotz aller guten Absichten und Vorsicht kam natürlich der Two-Power-Standard

---

* Es handelt sich um eine mehrstündige Unterredung, die am 9. im Schlosse zwischen Kaiser Wilhelm II., Großadmiral Tirpitz und Lord Haldane stattfand. Anfänglich war der Monarch, einem Rate des Kabinettschefs der Marine

2:3 und was man sich nur nicht wünschen konnte zur Sprache. Endlich aber war aller steam expended, und ich erlaubte mir folgende Basis vorzuschlagen, die allerseits akzeptiert wurde.

1., Es wird im Agreement gar nichts über Flottenstärken und Standards und Bauten gesagt.

2., Sobald das Agreement — das purely political sein soll — publiziert ist, werde ich, sobald die Vorlage eingebracht wird, auf das Agreement hinweisend durch Tirpitz erklären lassen, daß Novelle mit drittem Geschwader verlangt wird, daß aber, auf Grund

---

Admiral von Müller nachgebend (vgl. das kaiserliche Schreiben an diesen bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 285 f.), der Absicht, Großadmiral von Tirpitz und Lord Haldane sich selbst zu überlassen und bei dem Gespräch nur so lange zu verweilen, bis beide miteinander warm geworden seien. Da aber die Verhandlung zwischen beiden sich schwierig gestaltete, blieb der Kaiser bis zum Schlusse dabei, und er maß sich in einem Schreiben an Ballin vom Abend des 9. Februar (B. Huldermann, Albert Ballin, S. 256 f.) noch deutlicher als in dem obigen an Bethmann Hollweg das Verdienst bei, daß es überhaupt zu einer Einigung gekommen sei: „Einigung durch mich herbeigeführt auf folgender Basis (unverbindliche line of action): 1. das Agreement in seiner Größe und Wichtigkeit muß zustande kommen und darf durch Details nicht gestört werden, 2. daher soll im Agreement in keiner Weise irgend ein Bezug genommen werden auf Flottenstärken, Standards, Bauten pp., 3. das Agreement soll purely political sein, 4. sobald das Agreement publiziert ist (hierselbst) und die Vorlage in den Reichstag danach eingebracht wird, lasse ich als oberster Kriegsherr der Kommission durch Tirpitz erklären: drittes Geschwader wird gefordert und wird bewilligt, der Bau der drei Extraschifffe zu seiner Vervollständigung dagegen wird erst 1913 in Angriff genommen und 1916 und 1919 erst je ein Schiff gefordert. Haldane war einverstanden und erklärte sich damit befriedigt. Ich bin sehr weit entgegengekommen. Aber dies ist nun das Ende! Er war sehr nett und verständig und hat meinen Standpunkt als oberster Kriegsherr sowie Tirpitz in der Novellenfrage dem Reichstag gegenüber vollkommen verstanden. Ich glaube damit alles getan zu haben, was in meinen Kräften steht!!!“ — Auch von seiten Tirpitz' liegt eine sehr eingehende Niederschrift über die Unterredung mit Haldane vom 9. Februar vor, die indessen erst im Oktober 1917, wo Großadmiral von Tirpitz sie nachträglich dem Kaiser unterbreitete, abschriftlich zu den Akten des Auswärtigen Amts kam; siehe deren Text in Nr. 11 426, Anlage, ferner bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 286 ff. Vgl. dazu auch die eingehende Erzählung in den „Erinnerungen“ Großadmiral von Tirpitz', S. 188 ff. Die Darstellung, die Haldane (Before the War, p. 59 ff.) von der Unterredung mit Tirpitz gibt, weicht von dessen Angaben in mehrfacher Beziehung stark ab. Während der englische Staatsmann nach Tirpitz den Two-Power-Standard als unerläßliche Tradition für England bezeichnet hatte, an dem es unbedingt festhalten müßte, will Haldane dieses Prinzip nur im Hinblick auf deutsche Mehrbauten infolge der neuen Novelle, keineswegs aber generell aufgestellt haben. „Germany was quite free to do as she pleased, but so were we, and we should probably lay down two keels for every one which she added to her programme. The initiative in slackening competition was really not with us, but with Germany. Any agreement for settling our differences and introducing a new spirit into the relations of the two nations would be bones without flesh if Germany began by fresh shipbuilding, and so forced us to do twice as much.“ Wenn Tirpitz in seinen

des Agreement, um seine wohltätige Wirkung nicht zu stören, das erste Schiff erst 1913 gefordert werden soll und die beiden andern in Pausen von drei Jahren 1916 und 1919 gefordert werden sollen. Haldane war einverstanden; Tirpitz auch. Englische Regierung wird gerade so verfahren und ihre Bauten dementsprechend herabsetzen. So ist meine Stellung zu meiner Novelle und meinem Volke gewahrt. Haldane erwartet Ihren Wunsch, wann Sie ihn wegen der Punktation* sprechen wollen.

(gez.) Wilhelm I. R.

Nr. 11360

*Entwurf des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Kiderlen** für ein deutsch-englisches Abkommen*

Eigenhändig

[pr. 10. Februar 1912]

1. Die hohen Vertragsschließenden versprechen sich gegenseitig Frieden und Freundschaft.

---

beiden Büchern („Erinnerungen", S. 191; „Der Aufbau der deutschen Weltmacht", S. 286) betont, daß er bereit gewesen wäre, bei einer realen englischen Gegenleistung, sei es einer brauchbaren Neutralitätserklärung, sei es einer auch englischerseits zugegebenen Flottenbeschränkung, dem Kaiser eine Zurückziehung der ganzen Flottennovelle zu empfehlen, so hat er jedenfalls diese Geneigtheit in der Unterredung mit Haldane in keiner Weise auch nur angedeutet. Freilich würde die Zumutung, daß England die Zurückziehung der — noch gar nicht eingebrachten und durch die Thronrede vom 7. Februar nur in sehr allgemeinen Ausdrücken angekündigten — Flottenvorlage mit einer Verringerung seines Flottenbaues kompensieren solle, für Haldane kaum diskutabel gewesen sein.

* Gemeint ist die Formulierung des geplanten politischen Agreements. Vgl. die folgenden Schriftstücke.

** Die bei E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, 155 mitgeteilte Äußerung Kiderlens aus dem Februar 1912: „Ich bin wütend, daß man während meines Stuttgarter Urlaubs Haldane in Berlin empfing und mit ihm unterhandelte, ohne mich zu benachrichtigen", ist offenbar unrichtig überliefert; nicht um die Mission Haldanes handelt es sich hier, sondern um die voraufgehende Mission Sir E. Cassels. Der Stuttgarter Urlaub Kiderlens währte vom 28. Januar bis zum 5. Februar. Von diesem Tage an weilte der Staatssekretär wieder in Berlin, und wenn er auch nicht zu der ersten Unterredung Lord Haldanes mit dem Reichskanzler und zu der Unterredung zwischen dem Kaiser, Haldane und Tirpitz vom 9. zugezogen wurde — an der letzteren hat nicht einmal der Reichskanzler, wie es scheint auf expresse Anordnung des Kaisers (vgl. dessen Brief an Admiral von Müller vom 8. Februar bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 285) teilgenommen —, so war er doch bei der Ausarbeitung der Vertragsentwürfe, wie das obige Schriftstück zeigt, in erster Linie beteiligt. Der Entwurf Kiderlens lehnte sich ebenso wie die weiterhin ausgearbeiteten Formeln an die früheren Entwürfe aus dem Oktober 1909 an. Vgl. dazu Bd. XXVIII, Kap. CCXXIII.

2. Sie wollen keine Vereinbarung schließen oder einer solchen beitreten, die sich gegen den anderen richtet. Sie erklären auch ausdrücklich, durch keinerlei Abmachung dieser Art gebunden zu sein.

3. Sollte einer der Vertragsschließenden von einer oder mehreren Mächten angegriffen werden, so wird ihm gegenüber der andere mindestens wohlwollende Neutralität bewahren.

4. Die gleiche Neutralität versprechen sich die beiden Kontrahenten für den Fall, daß einer von ihnen ohne Provokation von seiner Seite gezwungen würde, einer dritten Macht den Krieg zu erklären, sofern nicht einer der Vertragschließenden mit dieser dritten Macht durch ein dieser Vereinbarung vorhergehendes Bündnis zur Hülfeleistung verpflichtet ist.

5. Die beiden Vertragsschließenden werden sich bei Differenzen mit dritten Mächten gegenseitig zur Ausgleichung dieser Differenzen auf friedlichem Wege d i p l o m a t i s c h unterstützen.

6. Die deutsche Regierung erklärt, daß es nicht in ihrer Absicht liegt, ihren Rüstungen zur See eine Ausdehnung zu geben, die die englische Seemachtstellung zu gefährden geeignet wäre, und wird sich mit der englischen Regierung über die beiderseitigen Rüstungen in Fühlung halten. Die beiden Regierungen werden sich hierüber fortlaufend verständigen.

7. Die englische Regierung wird der kolonialen Ausdehnung Deutschlands nicht hindernd im Wege stehen.

8. Über Angola wird eine Revision des Vertrags eintreten, die Deutschland ermöglicht, seine südwestafrikanischen Besitzungen nach Norden bis zum belgischen Kongo auszudehnen, vorbehaltlich einer Grenzregulierung zwischen Angola und Rhodesien.

9. Deutschland tritt seine Ansprüche auf Timor an England ab.

10. England erklärt sich zur Überlassung von Sansibar und Pemba an Deutschland bereit.

11. England wird keinen Einspruch gegen Vollendung der Bagdadbahn erheben. Dagegen wird Deutschland mit England ein Abkommen treffen, das den englischen politischen Interessen im Persischen Golf Rechnung trägt; zum Beispiel dadurch, daß England eine ausschließliche Konzession für die Bahn von Basra nach Kueit von der Türkei erwirbt, während Deutschland auf diese Strecke seine Ansprüche aufgibt; ferner würde Deutschland England bei der Türkei zur Erwerbung einer Hafenkonzession in Kueit unterstützen, ähnlich der, welche die deutsche Gesellschaft in Haidar-Pascha besitzt.

12. Die beiden Vertragsschließenden behalten sich vor, über alle auftauchenden Fragen in Gedankenaustausch zu treten und gemeinschaftlich für eine ihren beiderseitigen Interessen entsprechende Lösung einzutreten.

Beide Mächte werden ihre eigenen guten und freundschaftlichen Beziehungen zu dritten Mächten dazu ausnützen, um die Beziehungen

des andern Vertragschließenden mit diesen dritten Staaten im gleichen Sinne zu beeinflussen.

13. Dauer zehn Jahre mit automatischer Erneuerung.

Kiderlen

Nr. 11361

*Entwurf für ein deutsch-englisches Abkommen**

Unsignierte Reinschrift

1. Die hohen Vertragschließenden versprechen sich gegenseitig Frieden und Freundschaft.

2. Sie wollen keine Vereinbarung schließen oder einer solchen beitreten, die sich gegen den andern richtet. Sie erklären auch ausdrücklich, durch keinerlei Abmachung dieser Art gebunden zu sein.

3. Sollte der eine der hohen Vertragschließenden in einen Krieg mit einer oder mehreren Mächten verwickelt werden, so wird ihm gegenüber der andere zum mindesten eine wohlwollende Neutralität beobachten und für die Lokalisierung des Konflikts bemüht sein.

4. Die aus vorstehendem Artikel sich ergebende Pflicht zur Neutralität tritt nicht ein, insoweit als sie mit den zurzeit bestehenden Bündnissen nicht vereinbar ist, die die hohen Vertragschließenden abgeschlossen haben.

Die Vereinbarung von neuen Verträgen, die es einem der Vertragschließenden unmöglich machen, über die vorstehenden Einschränkungen hinaus dem andern gegenüber seine Neutralität zu wahren, wird gemäß der Verabredung unter Artikel 2 ausgeschlossen.

5. Die beiden Vertragschließenden werden sich bei Differenzen mit dritten Mächten gegenseitig zur Ausgleichung dieser Differenzen auf friedlichem Wege diplomatisch unterstützen.

6. Die englische Regierung wird der kolonialen Ausdehnung Deutschlands nicht hindernd im Wege stehen.

---

* Der Entwurf, dessen erste Niederschrift Spuren gemeinsamer Überarbeitung durch den Reichskanzler von Bethmann Hollweg und den Staatssekretär von Kiderlen trägt, unterscheidet sich von dem voraufgehenden Kiderlenschen Entwurf (siehe Nr. 11360) hauptsächlich durch den Fortfall der deutschen Zusicherungen über die Flottenrüstungen und über die gegenseitige fortdauernde Fühlungnahme bzw. Verständigung in der Rüstungsfrage. Die Streichung war erfolgt auf Grund eines vom Kaiser am 9. Februar in der Konferenz mit Großadmiral v. Tirpitz und Lord Haldane gemachten Vorschlags, vgl. Nr. 11359. Der so modifizierte Entwurf wurde den Erörterungen, die am 10. Februar zwischen dem Reichskanzler und Haldane stattfanden (vgl. dazu Haldane, Before the War, p. 63 ff.), zugrunde gelegt. Siehe das folgende Schriftstück.

7. Über Angola wird eine Revision des Vertrages eintreten, die Deutschland ermöglicht, seine südwestafrikanischen Besitzungen nach Norden bis zum belgischen Kongo auszudehnen.

Deutschland tritt seine Ansprüche auf Timor an England ab.

8. England erklärt sich zur Überlassung von Sansibar und Pemba an Deutschland bereit.

9. England wird keinen Einspruch gegen Vollendung der Bagdadbahn erheben, wobei Deutschland bei der Strecke Bagdad—Basra den englischen Wünschen auf Anerkennung einer Sonderstellung Rechnung tragen wird. Ferner wird England bei den südpersischen Bahnen Deutschland eine gewisse Beteiligung offenhalten. Dagegen wird Deutschland mit England ein Abkommen treffen, das den englischen politischen Interessen am Persischen Golf und in Südpersien Rechnung trägt; zum Beispiel dadurch, daß England eine ausschließliche Konzession für die Bahn von Basra nach Kueit von der Türkei erwirbt, während Deutschland auf diese Strecke seine Ansprüche aufgibt; ferner würde Deutschland England bei der Türkei zur Erwerbung einer Hafenkonzession in Kueit unterstützen, ähnlich der, welche die deutsche Gesellschaft in Haidar-Pascha besitzt.

10. Die beiden Vertragschließenden behalten sich vor, über alle auftauchenden Fragen in Gedankenaustausch zu treten und gemeinschaftlich für eine ihren beiderseitigen Interessen entsprechende Lösung einzutreten. Beide Mächte werden ihre eigenen guten und freundschaftlichen Beziehungen zu dritten Mächten dazu ausnutzen, um die Beziehungen des anderen Vertragschließenden mit diesen dritten Staaten im gleichen Sinne zu beeinflussen.

11. Dauer zehn Jahre mit automatischer Erneuerung.

Nr. 11362

Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg

Abschrift

Berlin, den 12. Februar 1912

Notizen
zu den Verhandlungen mit Lord Haldane*.

I. Für das politische Agreement hat Haldane folgende Formel vorgeschlagen.

---

* Diese Verhandlungen fanden am 10. Februar statt. Vgl. dazu Haldane, Before the War, p. 63 ff.

Neither power will make or prepare to make any unprovoked attack upon the other or join in any combination or design against the other for purposes of aggression, or become party to any plan or naval or military enterprise alone or in combination with any other power directed to such an end.

Er gab zu, daß die in dieser Formel ausgesprochene Bindung zu schwach sei.

II. Unsere Formel hat er sich in folgender englischer Fassung notiert.

1. The high contracting powers assure each other mutually of their desire of peace and friendship.

2. They will not either of them make any combination or join in any such combination which is directed against the other. They declare expressedly, that they are not bound by any such combination.

3. If either of the high contracting parties becomes entangled in a war with one or more other powers, the other of the high contracting parties will at least observe towards the power so entangled a benevolent neutrality and use its utmost endeavour for the localisation of the conflict.

4. The duty of neutrality which arises of the preceding article has no application in so far as it may not be conciliable with existing agreements which the high contracting powers have already made.

5. The making of new agreements which render it impossible for either of the contracting powers to observe neutrality towards the other beyond what is provided by the preceding limitation, is excluded in conformity with the provision in article 2.

6. The high contracting parties declare that they will in the case of either of them having differencies with third powers mutually give their diplomatic support for the purposes of settling these differencies.

III. Haldane hielt diese Formel für zu weitgehend. Sie berücksichtige nicht folgende von ihm als Beispiele angeführten Fälle.

1. England greift Dänemark an, um sich selbst dort festzusetzen, sei es auch nur mit einer Flottenstation, oder es übe sonstwie auf Dänemark einen für Deutschland inakzeptablen Druck aus. Dann müsse doch Deutschland freie Hand behalten.

2. Deutschland fällt über Frankreich her „with your tremendous Armeekorps". Für diesen Fall will sich England nicht binden.

IV. Haldane versuchte deshalb eine Kombination seines und unseres Vorschlags, selbstverständlich unverbindlich.

Danach würde sich unser unter Nr. II. wiedergegebener Vorschlag folgendermaßen gestalten.

1. unverändert.

2. They will not either of them make or prepare to make any unprovoked attack upon the other or join in any combination or

design against the other for purposes of aggression or become party to any plan or naval or military enterprise alone or in combination with any other power directed to such an end.

3. If either of the high contracting parties becomes entangled in a war with one or more other powers, in which it cannot be said to be the aggressor, the other etc. unverändert.

4. unverändert.

5. unverändert.

6. The high contracting parties declare that they will do all in their power to prevent differencies and misunderstandings arising between either of them and other powers.

V. Haldane erkannte an, daß wir eine Flottennovelle bringen und ein drittes Geschwader haben müßten. Er erkannte ferner an, daß den englischen Wünschen nach Hinausschiebung des Bautempos für die in der Novelle vorgesehenen drei Mehrschiffe entgegengekommen werde, wenn als Baujahre für diese Schiffe die Jahre 1913, 1916 und 1919 festgesetzt würden. Er bezweifelte indes, daß dies dem Kabinett genügen werde. Ob wir nicht etwa die drei ersten Jahre von jedem Mehrbau freilassen könnten. In dieser Zeit würden sich nach Abschluß des agreements die Beziehungen zwischen beiden Ländern so freundschaftlich gestalten, daß ein dann einsetzender Mehrbau keinen Schaden mehr anrichten könne.

Ich habe erwidert, daß es sich dabei in erster Linie um technische Fragen handele, über die ich im Augenblick nicht urteilen könne. Soweit die Frage politischer Natur sei, werde der Umfang des politischen agreements von bestimmender Bedeutung sein.

VI. In kolonialer Beziehung herrschte Einverständnis darüber, daß uns ganz Angola, England aber Timor zufallen soll. England wird nichts dagegen haben, wenn wir dermaleinst von Belgien Teile des belgischen Kongos kaufen sollten. Für diesen Fall wird es die Fortführung der Eisenbahn von Katanga nach Nordrhodesien wünschen. Ich habe Erfüllung dieses Wunsches zugesagt.

Die Pinguin- und die Sealsinseln, deren Erwerb ich als für uns wünschenswert bezeichnete, kannte Haldane nicht. Jedenfalls könne ihre Abtretung dann nicht in Frage kommen, wenn dabei die Südafrikanische Union in ähnlicher Weise mitzusprechen haben sollte wie bezüglich der Walfischbai.

Es liegt im Wunsche Englands, daß wir Angola bald erwerben könnten.

VII. England will uns Sansibar und Pemba überlassen, wenn wir ihm in der Frage der Bagdadbahn entgegenkommen könnten. In dieser Beziehung habe ich ihm die in der Separataufzeichnung* enthaltenen Mitteilungen gemacht, die er sich scheinbar befriedigt notiert hat.

* Mutmaßlich identisch mit Nr. 11361.

Auf Details, die er bezüglich der Strecke Bagdad—Basra anschneiden wollte, habe ich mich nicht eingelassen. Er schien 51% Beteiligung fordern zu wollen und zu wünschen, daß die Gesamtanteile nur auf Deutschland, England und die Türkei, nicht auch auf Frankreich und Rußland verteilt würden.

(gez.) v. Bethmann Hollweg

Nr. 11363

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm
Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 34 Berlin, den 12. Februar 1912

Zu Ew. pp. ganz vertraulichen Information.

Lord Haldane hat hier Neutralitätsabkommen, Abänderung des Vertrages über die portugiesischen Kolonien nach unseren Wünschen, Abtretung von Sansibar und Pemba, Beteiligung an den Bahnbauten in Südpersien angeboten und dafür gebeten um Entgegenkommen bezüglich der Flottennovelle und in Frage der Bagdadbahn.

Eine hier entworfene Formel für bedingungslose Neutralität* hat Haldane als zu weitgehend bezeichnet und unverbindlich eine Neutralität im wesentlichen nur im Fall unprovozierten Angriffs von dritter Seite garantierende Formel vorgeschlagen**. Angebot, Durchführung der Novelle so zu verzögern, daß Neubauten statt 1912, 1914, 1916 erst 1913, 1916, 1919 gefordert werden sollen, wird nach Ansicht Lord Haldanes englischem Kabinett nicht genügen. Er deutete als wünschenswert an Verzicht auf Neubauten über Flottengesetz hinaus für die nächsten drei Jahre. Erlaß folgt***.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 11364

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 35 Berlin, den 12. Februar 1912

Auf den Wunsch Haldanes, während der nächsten drei Jahre keinen Dreadnought über bisheriges Flottengesetz hinaus zu bauen, habe

---

* Siehe Nr. 11361.
** Vgl. Nr. 11362.
*** Durch Erlaß Nr. 186 vom 12. Februar wurden dem Londoner Botschafter die Schriftstücke Nr. 11361 und 11362 mitgeteilt. Vgl. auch Nr. 11361, Fußnote.

ich erwidert, das sei eine technische Frage, die ich im Augenblick nicht zu beurteilen vermöge. Was die politische Seite der Frage anlange, so werde das Maß unseres Entgegenkommens in Flottenbaufragen von dem Umfang des political agreement abhängen.

Bitte dies bei Besprechungen durchblicken zu lassen.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 11365

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 31 London, den 12. Februar 1912

Lord Haldane ist heute morgen hier eingetroffen*. Sir E. Grey sagte mir soeben, er sei durch seines Kollegen mündliche Mitteilungen über die Unterredungen mit dem Herrn Reichskanzler und durch dessen weite Auffassung außerordentlich beeindruckt worden (immensely impressed). Die Vorschläge zu Abmachungen, die Lord Haldane zurückgebracht habe, müßten näher geprüft werden, ehe er sich darüber äußern könne. Heute nachmittag finde Ministerrat mit erster Besprechung statt. Dann werde Zirkular aufgesetzt zur Information für die Minister, sodaß noch einige Zeit vergehen werde, bis bestimmte Beschlüsse formuliert würden. Soviel könne er aber schon jetzt sagen, daß er mit Nachdruck versuchen werde, das Werk des Herrn Reichskanzlers zu fördern. Er hoffe, daß es gelingen werde, die Kriegswolke (war cloud) zwischen beiden Ländern dauernd zu zerstreuen. Jedenfalls sei schon jetzt eine offene und vertrauensvolle Aussprache gesichert, ebenso wie er annehme, daß durch Lord Haldanes Aufklärungen bei uns der Verdacht beseitigt worden sei, die englische Politik habe im vergangenen Jahre aggressive kriegerische Absichten gegen uns verfolgt.

Metternich

Nr. 11366

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 32 London, den 12. Februar 1912

Sir E. Grey sagt mir, daß anfangs Januar Sir Ernest Cassel im Auftrage Seiner Majestät des Kaisers[1] bei Mr. Churchill dessen

* Er war am Nachmittag des 11. von Berlin abgereist.

Besuch in Berlin angeregt habe. Der Zeitpunkt sei damals indessen hier nicht für günstig gehalten worden, sodaß der Besuch unterblieben sei. Da unsererseits dieser indirekte . . .* (private channel) damals eingeschlagen worden sei[2], so habe man sich hier desselben später, Ende Januar, wieder bedient[3].

Bei der letzten Anwesenheit Sir Ernest Cassels in Berlin, zugleich mit Lord Haldane, sei der Finanzmann aber nicht über den Inhalt der Mission des Ministers unterrichtet worden und nur Lord Haldane zu Verhandlungen beauftragt gewesen[4]. Es sei nur Sir Edward Goschen über den Inhalt der Mission Haldane unterrichtet worden[5].

Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Unsinn!
[2] falsch!
[3] er will sich dem piquirten Metternich gegenüber salviren, dafür daß er verlangt hat, die Botschafter auszuschließen. Ich habe mit Cassel erst etwas zu thun gehabt als er sich bei mir Ende Januar für seinen Orden bedankte, und mit dem Angebote Greys herauskam.
[4] Blech!
er hat sie ja vorbereitet
[5] Grey is trying to save his face!

Nr. 11367

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 33 London, den 12. Februar 1912

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 34**.

Ich speise allein bei Haldane Mittwoch abend. Hoffe vorher auf angekündigten Erlaß***.

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 35† werde ich mich ganz im Sinne vorletzten Satzes aussprechen, auch bei Sir E. Grey, bleibe aber bei der Ansicht, daß . . .* agreement nur möglich, wenn Flottennovelle fallen gelassen wird; hierfür sollten wir möglichst teueren Preis zu erhalten suchen.

Metternich

Schlußbemerkung von Bethmann Hollwegs:
Das halte ich für ganz falsch. Haldane hat mir so oft wiederholt, daß er die Notwendigkeit der Einbringung einer Flottennovelle überhaupt einsähe, teils wegen unserer öffentlichen Meinung, teils weil wir die Aufstellung eines

---

* Zifferngruppe fehlt.
** Siehe Nr. 11363.
*** Vgl. Nr. 11363, Fußnote ***.
† Siehe Nr. 11364.

dritten Geschwaders für die Aktionsfähigkeit unserer Flotte gebrauchten, daß ich einstweilen nicht annehmen kann, England werde sich nur dann auf ein agreement einlassen, wenn überhaupt keine Novelle gebracht wird. Haldane war über unsere Flotte so gut unterrichtet, daß, als ich ihm bei unserer ersten Unterredung die Notwendigkeit des dritten Geschwaders auseinandersetzen wollte, er mir sofort ins Wort fiel und sagte, er wisse, daß wir die Organisationsänderung brauchten, weil wir bei nur zwei Geschwadern nach Entlassung der Reservisten für drei bis vier Monate überhaupt keine Flotte hätten. Bei unserer letzten Unterredung sagte er mir dann noch, allerdings werde das dritte Geschwader England nötigen, eine größere Nordseeflotte als bisher zu unterhalten, aber das sei England gleichgültig. Er erkannte auch ohne jedes Widerstreben für seine Person an, daß ein drittes Geschwader aus unseren vorhandenen fünf Reserveschiffen nicht gebildet werden könne. Sein Wunsch geht dahin, daß, solange sich das agreement mit uns in der englischen Volksstimmung nicht eingelebt und solange man sich nicht daran gewöhnt habe, das agreement im Geiste völliger Freundschaft auszuführen, England nicht genötigt werden möge, deutsche Mehrbauten mit der doppelten Anzahl englischer Mehrbauten zu beantworten. Dafür sieht er die von Tirpitz konzedierte Zeit bis 1913 für zu kurz an und schlägt seinerseits etwa einen dreijährigen Zeitraum vor.
Metternich soll ja nicht eine Flottennovelle einem Mehrbau von Dreadnoughts gleichstellen. Ohne irgendeine Flottennovelle geht es bei uns leider nicht mehr. Weder von Haldane noch in dem vorangegangenen halb offiziellen Meinungsaustausch ist der Verzicht auf jegliche Novelle gefordert worden. England hat bisher nur verlangt, daß das Tempo unserer Mehrbauten hinausgezögert werden möge.
Ob es schließlich dahin kommen muß, daß wir in der jetzigen Novelle noch gar keinen Mehrbau vorsehen, lasse ich allerdings heute dahingestellt. —
Der Chef der Hochseeflotte Admiral von Holtzendorff wiederholte mir am 24. Januar flüchtig, was er mir am 5. September v. Js. in Kiel ausführlicher auseinandergesetzt hatte, daß auch er eine Verstärkung der Flotte, nicht aber Dreadnoughts über den Rahmen des Flottengesetzes für nötig halte. Er steht aber dauernd mit Tirpitz in Widerspruch. —
Der Admiral von Müller warf mir neulich den Gedanken eines dritten Geschwaders mit nur sechs Schiffen hin. Er wollte aber auch nicht nur für seine eigene Person für eine solche Idee eintreten und hielt ihre Annahme durch Tirpitz für absolut ausgeschlossen *.

v. B. H. 13/2

Nr. 11368

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Konzept von der Hand des Staatssekretärs von Kiderlen

Nr. 36 Berlin, den 13. Februar 1912

Mit Bezug auf Telegramm 33**.

Haldane hat hier Notwendigkeit einer Flottennovelle bei uns zugegeben; es war ihm bekannt, daß wir ohne drittes Geschwader

---

* Mit dieser Annahme war Admiral von Müller im Rechte; vgl. A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 292.
** Siehe Nr. 11367.

nach Entlassung der Reserven überhaupt keine Flotte während zwei bis drei Monaten haben. Wir können daher unmöglich auf jede Flottennovelle verzichten, insbesondere nachdem sie bereits angekündigt.

Haldane hat daher seine Wünsche nicht auf Unterbleiben von Flottennovelle schlechthin, sondern auf Frage des Mehrbaus von Dreadnoughts gerichtet.

Die hier vorgeschlagene Verschiebung des Mehrbaus eines Dreadnought auf 1913 wünschte Haldane auf drei Jahre verlängert zu sehen, damit sich das agreement inzwischen einleben und zu völliger gegenseitiger Freundschaft führen könne.

Auch englischer Antrag geht nur dahin, in jetziger Novelle keinen Dreadnoughtmehrbau vorzusehen. Allein diese Frage kommt daher in Betracht. Ob wir so weit gehen können, kann ich zurzeit nicht entscheiden. Sollte ein solcher Wunsch seitens Englands ausgesprochen werden, würde seine Aussicht vom Umfang des political agreement abhängen.

Die für dieses vorgebrachte englische Formel* erscheint uns zu eng, weil die Interpretation „Angriff" oft schwierig und der Kriegerklärende nicht notwendig der Angreifer ist. Vielleicht ließe sich eine Formel etwa dahin finden, daß, wenn der eine Staat sich durch Provokationen eines Dritten zu einer Kriegserklärung gezwungen sähe, er sich zunächst mit dem andern Kontrahenten über dessen Haltung im Kriegsfall verständigen werde.

Ich bitte, sich in Ihren Besprechungen an vorstehendes zu halten.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 11369

*Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg***

Ausfertigung

Nr. 146 London, den 15. Februar 1912

Lord Haldane hat mir gestern ausführlich über seine Unterredungen in Berlin Mitteilung gemacht. Ich konnte dabei konstatieren, daß die mir von Euerer Exzellenz zugegangene Information genau mit Lord Haldanes Äußerungen übereinstimmt. Nur in einem Punkte konnte ich eine Verschiedenheit wahrnehmen. In der Unterredung, die er im Arbeitszimmer Seiner Majestät des Kaisers mit dem Herrn Staatssekretär des Reichsmarineamts gepflogen hat, hat dieser nach

* Vgl. Nr. 11362.

** Bereits auszugsweise veröffentlicht in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 8. September 1915 (Nr. 249).

Lord Haldanes Aufzeichnung auf einem dem Schreibtisch Seiner Majestät entnommenen Briefbogen schließlich zugestanden, daß die Mehrbauten eventuell auch in den Jahren 1913, 1916, 1919 vorgenommen werden könnten (also nicht 1913, 1915, 1917, wie in der mir von Euerer Exzellenz zugegangenen Information vermerkt ist)[1]. Lord Haldane hat ferner, wie er mir sagt, dem Herrn Admiral auf das bestimmteste erklärt, daß bei etwaigen Mehrbauten hier nach dem Grundsatz two to one keel verfahren werden würde[2].

Lord Haldane bemerkte, daß seine aus Berlin zurückgebrachten Eindrücke und Mitteilungen auf Sir E. Grey, den Premierminister und seine übrigen Kollegen den besten Eindruck gemacht hätten*, und daß das Kabinett den dringenden Wunsch habe, daß eine Vereinbarung zustande komme. Er verhehle sich allerdings nicht die großen Schwierigkeiten, welche die beiden Punkte, Neutralitätsabkommen und Flottennovelle, in sich schlössen. Die englische Regierung könne mit Bezug auf die Neutralitätserklärung unsere Fassung nicht annehmen, weil sie ihr freundschaftliches Verhältnis zu Frankreich und Rußland nicht in Frage stellen wolle. Er glaube aber, daß eine Fassung in der Art, wie sie von ihm vorgeschlagen sei, von großer und segensreicher Wirkung auf die Beziehungen der beiden Völker sein werde, und daß ein solches Abkommen ebenfalls der übrigen Welt den festen Entschluß der beiden Regierungen beweisen werde, in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben. Auch ein solches Abkommen würde die Ecken und Schärfen wegnehmen, welche aus Englands bisherigen Ententeverhältnissen uns gegenüber entstehen könnten. Wenn die von ihm vorgeschlagene oder eine ähnliche Formel von uns akzeptiert würde, so würde damit im englischen Volke die Grundlage zu dem Vertrauen in die beiderseitigen Beziehungen gelegt werden, ohne welches keine diplomatische Formel dauernden Wert habe. Würde dagegen eine Formel gewählt, die einen ungünstigen Einfluß auf die Beziehungen Englands zu Frankreich und Rußland ausübe, so wäre damit von vornherein das Abkommen mit uns in England unpopulär, und es würde daher nicht den inneren Wert und die Kraft besitzen, die es zur Herstellung der beiderseitigen freundschaftlichen Beziehungen haben müsse.

---

* Das galt doch nicht von dem Lord Haldane am 9. oder 11. Februar eingehändigten Entwurf der Flottennovelle, der im Gegenteil bei Churchill sofort einen ungünstigen Eindruck hervorrief, ein Eindruck, der sich dann bei dem sorgfältigen Studium der Novelle „noch mehr als verstärkte". Vgl. das folgende Schriftstück und Churchill, The World Crisis 1911—1914, p. 102 f. Auch Lord Greys Memoiren (Twenty-Five Years 1892—1916, I, 253) bestätigen, daß die Eindrücke und Mitteilungen, die Lord Haldane von Berlin mitbrachte, auf seine Kollegen nichts weniger als den besten Eindruck machten: „We discussed the result of the visit in the Cabinet on Haldane's return, but we had to realize that political formulae are not safe, and that a substantial naval agreement such as would relax tension and give security, was not to be obtained."

Ähnlich verhalte es sich mit den Mehrbauten. Wenn wir, noch ehe das Gefühl des Vertrauens Zeit gehabt habe, Wurzel zu fassen, ein Abkommen schlössen, in dem England territoriale Opfer bringe und wir zugleich eine Novelle erließen, die über das Flottengesetz hinausgehende Mehrbauten vorsähe, wodurch England gezwungen würde, das Doppelte zu bauen, so würde das Abkommen nicht nur keinen Widerhall in der englischen Nation finden, sondern sogar auf starke Gegnerschaft stoßen, die die Zession von Territorien voraussichtlich unmöglich mache. Würde aber keine additionelle Rüstungslast für England mit dem Abkommen verbunden sein, so würde das englische Volk eine Einigung mit Deutschland freudig begrüßen und auch eher bereit sein, dafür ein territoriales Opfer zu bringen. Kämen die Mehrbauten aber erst nach drei Jahren, so würde das Abkommen sich inzwischen eingelebt haben, ein Zustand des Vertrauens würde hergestellt sein und die Flottenpolitik in beiden Ländern nicht mehr den Unmut und den Argwohn erregen wie jetzt. Er hoffe daher im Interesse des Zustandekommens eines die guten Beziehungen zwischen uns herbeiführenden Abkommens, daß es uns möglich sein werde, für die nächsten drei Jahre keine Mehrbauten anzukündigen.

Lord Haldane hat dem Berliner Herrn Cambon, ohne sich auf Details einzulassen, gesagt, er hoffe, daß eine Besserung des Verhältnisses zwischen Deutschland und England herbeigeführt werde, was auch Frankreich nur von Nutzen sein könne. Falls es zu Vereinbarungen komme, von denen das Freundschaftsverhältnis zu Frankreich jedenfalls nicht berührt werden würde, so werde Frankreich in Kenntnis gesetzt werden. Dasselbe hat Sir E. Grey dem hiesigen Herrn Cambon und dem Grafen Benckendorff gesagt.

Die Fassung der Churchillrede* war nicht mit dem Kabinett vereinbart worden. Eine Anzahl von Ministern hat vielmehr an gewissen Stellen der Rede, die in Deutschland unliebsam aufgefallen sind, scharfe Kritik geübt.

Als wir über die Revision des Vertrages betreffend die portugiesischen Kolonien sprachen, drückte ich als meine rein persönliche Ansicht aus, daß in den Vertrag auch die Azoren und Cap Verdischen Inseln einbegriffen werden sollten, die eine Gruppe eventuell an Deutschland, die andere eventuell an England fallend. Lord Haldane war hiermit ganz einverstanden[3].

Unser Gespräch trug den rein privaten Charakter eines vertraulichen Gedankenaustausches. Des Ministers Äußerungen ebenso wie die gestern gefallenen Äußerungen des Premierministers im Unterhause und Lord Crewes im Oberhause sowie der Führer der Opposition in beiden Häusern, Lord Lansdownes und Mr. Bonar

---

* Vom 9. Februar. Vgl. dazu Kap. CCXLI, Nr. 11334, Anlage II.

Laws*, zeigen aber deutlich den Wunsch nach Verständigung. Ein Abkommen ist für die Beziehungen der beiden Länder aber nur dann von Wert, wenn es in beiden Ländern populär ist. Eine Neutralitätserklärung, wenn auch nur in Kompromißform, die Erwerbung von Sansibar und Pemba, die Verständigung über die Endstrecke der Bagdadbahn gegen die Beteiligung an südpersischen Bahnen und die Erleichterung der allgemeinen politischen Lage würden auch ohne Mehrbauten bei uns unstreitig als großer Gewinn und Erfolg der kaiserlichen Politik empfunden werden. Starres Festhalten an der unbedingten Neutralitätsformel und Mehrbauten würden hier schärfste Opposition gegen das Abkommen, wenn es überhaupt zustande käme, hervorrufen. Es ist aber ziemlich ausgeschlossen, daß es unter jenen Voraussetzungen zustande kommt.

Eine Antwort auf unsere von Lord Haldane mitgebrachten Vorschläge wird voraussichtlich in den nächsten Tagen eintreffen.

---

* Sowohl Asquith wie Lord Crewe berührten in ihren Reden vom 14. Februar die Mission Haldanes nach Berlin in einer Weise, die von den deutschen Staatsmännern nur als eine „ausdrückliche Approbierung" des Abgesandten aufgefaßt werden konnte (vgl. Nr. 11376, Fußnote). Asquith sagte unter anderem: „Beide Regierungen waren und sind von dem aufrichtigen Wunsch beseelt, eine bessere Verständigung herbeizuführen, und im letzten Monat hatten wir Anzeichen dafür, daß der Besuch eines britischen Ministers in Berlin nicht unwillkommen sein würde und die Erreichung unseres gemeinsamen Zweckes erleichtern würde. Lord Haldane würde auf jeden Fall früher oder später in den mit der Londoner Universitätskommission verknüpften Angelegenheiten nach Deutschland gegangen sein. Unter diesen Umständen hielten wir es für gut — und ich glaube, daß niemand sagen wird, wir wären schlecht beraten gewesen —, daß Haldane seinen Besuch beschleunige und ihn dazu benutze, in freundschaftlichen und vertraulichen Mitteilungen mit denen Fühlung zu nehmen, die verantwortlich sind für die Leitung der deutschen Politik. Dies schloß — ich gebe es zu — auf beiden Seiten ein Abweichen von den hergebrachten Methoden mit ein, aber auf beiden Seiten fühlte man, daß Freimütigkeit in der Erklärung und Mitteilung im ersten Augenblick leichter fallen würde, wenn sie eine Frage nicht formaler und nicht bindender Unterhandlungen war, als auf der Grundlage dessen, was ich ‚full dress' der diplomatischen Verhandlungen nennen möchte. Diese Unterhandlungen sind vollständig zustande gekommen. Es herrschte vollkommene Erklärungsfreiheit und die Möglichkeit vollkommen freimütiger Auseinandersetzung über ein weites Diskussionsgebiet." Wegen der Reden Lord Crewes, Lord Lansdownes und Bonar Laws vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1912, S. 330ff. Die Rede Asquiths fand sofort ein sympathisches Echo bei dem deutschen Reichskanzler. Am 15. Februar erklärte Bethmann Hollweg im Reichstage mit ausdrücklicher Betonung seine Übereinstimmung mit Asquith: „Der englische Kriegsminister Lord Haldane hat bei seiner hiesigen Anwesenheit, wenn auch ohne Ermächtigung zu bindenden Abmachungen, so doch im Auftrage des englischen Kabinetts die Punkte, an denen sich die Interessen der beiden Länder berühren, mit uns durchgesprochen, um eine Grundlage für vertrauensvolle Beziehungen herzustellen. Die Aussprache, die von uns lebhaft begrüßt worden ist, hat in mehrfachen eingehenden und offenen Unterhaltungen stattgefunden und wird fortgesetzt werden." Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1912, S. 34 f.

Werden diese bei uns günstig aufgenommen, so wird Lord Haldane, wie er mir andeutete, wahrscheinlich wieder nach Berlin reisen, um die Angelegenheit ein Stück weiter zu befördern. Wenn dann das Abkommen dem Abschlusse nahe ist, wird höchstwahrscheinlich Sir E. Grey selbst nach Berlin kommen. Der hiesigen Regierung liegt auch aus Gründen der inneren Politik viel daran, jetzt ein Einverständnis mit Deutschland zu erzielen. Es würde dies ihre Position außerordentlich kräftigen. An den Gerüchten, daß Mr. Asquith zurücktreten und Sir E. Grey an seine Stelle rücken werde, ist nichts Wahres. Die ungewöhnliche Ehrung, die Sir E. Grey durch Verleihung des Hosenbandordens zuteil geworden ist, hängt wahrscheinlich mit den Angriffen zusammen, denen er in seiner eigenen Partei ausgesetzt war. Dieser Orden wird sonst nur an Pairs verliehen. Die Auszeichnung soll zeigen, daß er das volle Vertrauen des Königs und des Premierministers besitzt, auf dessen Vorschlag der König den Orden verleiht.

P. Metternich

Randbemerkungen von Bethmann Hollwegs:
[1] 13, 16, 19 ist richtig und so steht es auch in meiner Aufzeichnung
[2] ja
[3] hierüber habe ich nicht mit Haldane gesprochen. Aber man wird den Vorschlag aufnehmen können.

Nr. 11370

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 174 London, den 22. Februar 1912

Sir Edward Grey ersuchte mich gestern brieflich um eine Zusammenkunft für heute früh 10 Uhr in seiner Privatwohnung, um mit ihm und Lord Haldane die zwischen den beiderseitigen Regierungen schwebenden Verhandlungen zu besprechen.

Die Besprechung hat zur festgesetzten Zeit stattgefunden. Lord Haldane war der Wortführer, und der Auswärtige Minister bestätigte nur und kondensierte von Zeit zu Zeit, was der andere vorbrachte.

Die von Lord Haldane aus Berlin zurückgebrachten Vorschläge hätten dem Ministerrat vorgelegen. Dieser wünsche dringend, daß es zu einer Einigung komme. Bei weiterer Durchberatung und Feststellung der einzelnen Punkte würden zwar noch manche Schwierigkeiten zwischen beiden Regierungen zu überwinden sein. Es habe

sich zum Beispiel inzwischen herausgestellt, daß die niederländische Regierung ein Vorkaufsrecht auf den portugiesischen Teil von Timor besitze. Er zweifele aber nicht, daß sich die kleineren Schwierigkeiten, die sich im Laufe der Verhandlungen ergeben würden, mit gutem Willen auf beiden Seiten überwinden ließen.

Die Haupt- und einzige wirkliche Schwierigkeit, zu einem Abkommen zu gelangen, liege aber nach Ansicht des Kabinetts in folgendem: Der von Lord Haldane mitgebrachte Entwurf zur Flottennovelle sei von der hiesigen Admiralität auf die technischen Seiten hin und in seinem Verhältnis zum Flottengesetz geprüft worden*. Diese Prüfung hätte ergeben, daß die Novelle, auch abgesehen von den drei Schiffen, eine ganz bedeutende Erweiterung des Flottengesetzes darstelle. Insbesondere sei auch eine derartige Verstärkung an Mannschaften vorgesehen, daß sie über das Bedürfnis der Bemannung eines dritten Geschwaders hinausgehe und darauf hinweise, daß auch noch weitere Neuformationen, wahrscheinlich an Destroyers, gebildet werden sollten. Es läge ihm nun fern, an unseren Absichten eine Kritik üben zu wollen. Unsere Novelle würde aber eine ganz bedeutende Mehrbelastung des englischen Marinebudgets zur notwendigen Folge haben, und das englische Kabinett fühle, daß es ihm kaum möglich sein werde, ein Abkommen von weittragender Bedeutung abzuschließen und zu verteidigen, welches dazu bestimmt sei, eine neue und bessere Ära der deutsch-englischen Beziehungen einzuleiten, wenn zu gleicher Zeit eine Erhöhung der beiderseitigen maritimen Rüstungen stattfinde. Wäre es aber möglich, über diese Schwierigkeit hinwegzukommen, so sei er überzeugt, daß ein befriedigendes Abkommen zustande käme.

Sir Edward Grey bestätigte die Worte seines Kollegen und fügte hinzu, er hoffe auf jeden Fall, auch wenn kein Abkommen erzielt würde, daß der Besuch Lord Haldanes in Berlin und der freie und offene Gedankenaustausch, den dieser dort gehabt habe, die Grundlage bilden werde auch für ferneren offenen und vertrauensvollen Verkehr zwischen den beiden Regierungen.

Ich erwiderte, zunächst auf die Frage der Flottennovelle eingehend, daß die Schlüsse, zu denen die hiesige Admiralität gelangt sei, nicht mit meinen Informationen übereinstimmten. Die beabsichtigte Personalvermehrung sei nicht einmal genügend, um das dritte aktive Geschwader zu bemannen, so daß aus der Reserveflotte ein Teil der Mannschaften auf das dritte Geschwader genommen werden müßte. Die Anzahl der zu bauenden Torpedoboote sei weder im Flottengesetz festgelegt, noch solle sie meines Wissens in der

---

* Vgl. dazu W. S. Churchill, The World Crisis 1911—1914, p. 102 f., wo auch der von Churchill am 14. Februar dem englischen Kabinett erstattete Bericht über die Flottennovelle mitgeteilt wird.

Novelle bestimmt werden. Die beabsichtigte Vermehrung des Personalbestandes solle den in unserem Rekrutierungssystem liegenden Mängeln einigermaßen abhelfen.

Für die englische Regierung schienen die Erwägungen, welche mit unserer Novelle zusammenhingen, im Mittelpunkte des Interesses zu stehen, für uns seien die politischen Gesichtspunkte für das Abkommen maßgebend. Beides stehe in Wechselbeziehung. Wir wünschten eine Vereinbarung zu treffen, durch die uns Sicherheit geboten werde, England nicht auf der Seite etwaiger Gegner zu finden, ebenso wie wir nicht auf seiten der Gegner Englands anzutreffen sein würden.

Lord Haldane bemerkte, daß keine Formel für Neutralität allen Fällen gerecht werden könne. Das beiderseitige Versprechen, an keinem unprovozierten Angriff Dritter teilzunehmen, genüge aber im Verein mit den übrigen Abmachungen, um der Welt unseren Willen zu zeigen, daß wir in einem Freundschaftsverhältnis zueinander leben wollen. Aus diesem Anfang würden sich von selbst intimere Beziehungen entwickeln.

Hierauf bemerkte ich, daß oft schwer sei zu entscheiden, wer der Angreifer und wer der Angegriffene sei. Wer den Krieg zuerst erkläre, sei nicht notwendig der Angreifer. Er könne in gerechter Verteidigung zum Kriege gezwungen werden und deshalb doch zuerst angreifen. Da wir ganz offen redeten, so möchte ich als Beispiel anführen die Situation des letzten Jahres und auch die serbische Krisis. Wir hielten in beiden Fällen unsere Politik nicht für aggressiv. Hier sei man vielleicht anderer Ansicht gewesen. Wir wollten aber durch ein Abkommen gerade vermeiden, daß wir uns in Zukunft wieder gegenüberständen.

Lord Haldane gab zu, daß der Begriff des Angreifens nicht für alle praktischen Fälle zu definieren sei, und daß selbst die Geschichte hierüber kein sicheres Urteil fälle. Es komme aber hauptsächlich darauf an, durch ein Abkommen, wie es ihm vorschwebe, den Geist des Vertrauens herzustellen. Hieraus werde sich alles Weitere ergeben.

Er beabsichtigt, in der Admiralität eine Aufzeichnung über die von ihm erwähnten Punkte betreffend die Flottennovelle herstellen zu lassen und mir zu übergeben. Sobald sie mir zugeht, werde ich nicht verfehlen, sie einzureichen*.

Ich habe meinen den beiden Ministern gegenüber gemachten Bemerkungen vorausgeschickt, daß ich zwar ohne Auftrag, aber in Kenntnis der Absichten meiner Regierung spräche.

P. Metternich

---

* Vgl. Nr. 11373, Anlage.

Nr. 11371

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 22. Februar 1912

Ich habe mich in meinem heutigen Bericht sachlich auf die Wiedergabe meines Gesprächs mit Grey und Haldane beschränkt, ohne Folgerungen zu ziehen oder Vorschläge zu unterbreiten. Es steht aber um das Abkommen schlecht, und meine ursprüngliche Befürchtung scheint sich zu bewahrheiten, daß es an der Flottennovelle scheitert*. Das englische Kabinett hält augenscheinlich ein Abkommen, welches gute Beziehungen zu Deutschland herstellen soll, nicht für möglich, wenn zu gleicher Zeit über das bestehende Maß hinaus neue maritime Rüstungen von erheblichem Umfange vor-

* Die Metternichsche Auffassung, daß das englisch-deutsche Abkommen an der Flottennovelle zu scheitern drohe, trifft zweifellos den Kernpunkt. Immerhin kommt in Betracht, daß die englische Neigung, sich auf eine Verständigung mit Deutschland einzulassen, von Haus aus stark beeinflußt war durch die Krise der englisch-russischen Beziehungen in Persien, die zu einer Krise der englisch-russischen Entente überhaupt zu werden drohte (vgl. Nr. 11349, Fußnote **), und daß jene Neigung in dem Maße zurückgehen mußte, als die englisch-russische Spannung nachließ. Die Wiederherstellung des englisch-russischen Einvernehmens in Persien vollzog sich nun gerade in den Tagen der Haldanemission (Graf Benckendorff an Sasonow, 10. Februar 1912; v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke a. a. O., S. 753), und so fand Lord Haldane schon bei seiner Rückkehr nach London eine veränderte Situation vor. Die deutsche Regierung, der Graf Benckendorff zu Unrecht am 8. Februar (v. Siebert a. a. O., S. 742) die Neigung nachsagte, die englisch-russischen Schwierigkeiten in Persien auszunutzen, über die man in Berlin sehr wenig orientiert war, sah jedenfalls mit Graf Metternich in der Flottenvorlage den eigentlichen Schlüssel der Situation. Am 21. Februar suchte Staatssekretär von Kiderlen um eine Unterredung mit Tirpitz nach, um, wie er dem Kaiser am 24. Februar nachträglich mitteilte, ihm die Gesichtspunkte des Auswärtigen Amts auseinanderzusetzen und sich über die Anschauungen des Marineressorts zu informieren. Über die Unterredung, die am 22. stattfand, liegt nur eine einseitige Aufzeichnung von Tirpitz (Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 290 ff.) vor. Danach hätte Kiderlen gedrängt, die Mehrbauten überhaupt fallen zu lassen. Nach Kiderlens Schreiben an den Kaiser vom 24. (E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, 157 f.) hat er aber lediglich angeregt, die Linienschiffe — unter ausdrücklichem Vorbehalt im jetzigen Etat — in einem späteren Etat anzufordern, also den Bau zu verschieben. Jedenfalls hat Tirpitz nicht nur der Kiderlenschen Anregung scharf widersprochen, sondern auch durch direkte und indirekte Beeinflussung den Kaiser von einem weiteren Entgegenkommen im Sinne der Anregung Kiderlens abzuhalten gewußt. Wie er dem Monarchen durch den Generaladjutanten von Plessen suggerieren ließ, war er der Ansicht, daß der Kaiser das wichtigste Pluskonto seiner Regierung, das er in den Augen des Volkes habe, auf das äußerste gefährde, wenn er ein einseitiges Zurückgehen, also ein Zurückweichen vor England zulasse (v. Tirpitz a. a. O., S. 295).

genommen werden sollen. Trotz dem starken Wunsche nach guten Beziehungen zu uns erscheint ihm ein Abkommen zu teuer erkauft, welches auf der einen Seite auch bei abgeschwächter Neutralitätserklärung eine Erkaltung der Intimität mit Frankreich zur Folge haben wird und die Abtretung englischen Territoriums vorsieht, und welches auf der anderen Seite erhöhte Ausgaben für maritime Rüstungen zuläßt.

Wir sind nun vor die Frage gestellt, ob und was wir von der Flottennovelle aufgeben können und wollen. Ich fürchte, die Frage der Novelle ist so weit entschieden, daß darüber das Abkommen sich zerschlägt.

Wenn ich die mir von Haldane in Aussicht gestellte Aufzeichnung der hiesigen Admiralität einreiche und diese unsererseits beantwortet werden soll, so stelle ich anheim, mir entweder eine schriftliche Gegenaufzeichnung für Haldane und Grey zu senden oder unsere Antwort dem englischen Marineattaché in Berlin durch das Auswärtige Amt zu erteilen. Ich rate davon ab, die Antwort durch den hiesigen Marineattaché geben zu lassen, da sie sonst voraussichtlich so schroff ausfallen wird, daß dadurch jede weitere Verhandlung ausgeschlossen wird.

P. Metternich

Nr. 11372

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 47 Berlin, den 24. Februar 1912

Es ist dringend erwünscht, englische Wünsche unverzüglich genau zu kennen, speziell zu wissen, ob England in einer Novelle ohne Dreadnoughts Grund zu Erhöhung seiner eigenen Rüstungen sehen würde, was nach Haldanes hiesigen Äußerungen nicht der Fall sein würde.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 11373

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 187 London, den 24. Februar 1912
Geheim

Sir Edward Grey hat mir heute die in der Anlage beigefügte und in der Admiralität angefertigte versprochene Aufstellung über die

Flottennovelle* übergeben. Eine Übersetzung beehre ich mich beizufügen**.

Ich sagte ihm heute, daß ich bei meiner neulichen Zusammenkunft mit ihm und Lord Haldane den Eindruck gehabt habe, daß, auch abgesehen von der Novelle, die von Lord Haldane uns gemachten Vorschläge jetzt nicht mehr in ihrem ganzen Umfange von der hiesigen Regierung akzeptiert zu werden schienen, und daß der Ministerrat wohl keine durchweg zustimmende Haltung den Vorschlägen gegenüber einnehme.

Der Minister gab dies zu. Die Prüfung habe, wie er mir schon gesagt, ergeben, daß die Holländer auf Timor ein Vorkaufsrecht hätten. Ferner erscheine es der Regierung bedenklich, Land abzutreten ohne Gegenleistung an Land. Unsere Rechte auf die Endstrecke der Bagdadbahn hätten wir an die Türkei abgetreten und uns nur vorbehalten, daß keine andere Macht einen größeren Anteil an der Endstrecke erhielte als wir***. Die Abtretung von Sansibar und Pemba, wenn sie erfolge, sei unwiderruflich, die Einigung über die Endstrecke der Bahn hänge aber noch von dem guten Willen der türkischen Regierung ab. Im Gebiet des Persischen Golfs besäßen wir keine Befugnisse, die wir an England abtreten könnten. Unser Versprechen könne sich nur darauf erstrecken, England dort keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Ich erwiderte, dies verändere das Bild der uns von Lord Haldane gemachten Vorschläge vollkommen. Für die Endstrecke der Bagdadbahn seien wir als Gegenleistung für die englischen Anerbietungen bereit gewesen, England die gewünschte Sonderstellung zu verschaffen. Im Persischen Golf habe England keine de jure anerkannte Stellung. Es betätige sich dort nur de facto. Diesen nur tatsächlichen Zustand in einen rechtlichen zu verwandeln, seien wir bereit. Auch hierin liege eine wertvolle Konzession.

Sir Edward Grey bemerkte, er wolle durchaus nicht in Abrede stellen, daß wir uns über diese Fragen zu beiderseitiger Zufriedenheit einigen könnten. Die hier vorgenommene Prüfung habe nur ergeben, daß Verhandlungen über diese Punkte langwierig sein würden. Auch mit Bezug auf Sansibar beständen Verträge, die England nicht vollkommen freie Hand ließen, und die zu berücksichtigen seien. Die Hauptsache bleibe aber die Frage, ob wir uns über die Novelle verständigen könnten. Denn ohne eine Verständigung über diesen Punkt glaube das englische Ministerium nicht, daß ein Abkommen die gewünschte Wirkung einer Annäherung zwischen beiden Völkern haben werde. Die englischen Minister seien daher der Ansicht, daß zunächst versucht werden solle, eine Einigung

* Siehe Anlage.
** Hier nicht abgedruckt.
*** Vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCXVI, Nr. 10037.

über die Novelle und über die abzugebende politische Erklärung (keine Teilnahme an einem unprovozierten Angriff) zu erzielen und die anderen Punkte ferneren Beratungen zu überlassen.

P. Metternich

Anlage

Memorandum*

February 1912

1. The increases under the new Navy Law comprise three capital ships, 15,000 men, and 13,000,000 of money, of which the men are to be spread over nine and the ships and money over six years. These great augmentations are to be devoted to developing the already high efficiency of the German Navy and its immediate readiness for offensive or defensive operations at all seasons of the year. The Admiralty compute, from the materials so courteously supplied them, that nearly $^4/_5$ths of the whole German Navy will by these means be kept in permanent full commission. These increases go far beyond the standard of Naval strength prescribed by the 1,900 Fleet Law and its subsequent amendments. They are more than is necessary either to provide for the increased complements of modern ships or for the institution of such a Training Squadron as would be adapted to relieving the First and Second Squadron of the High Sea Fleet from their present burden of training recruits during the winter months, which, it appears, the formation of a Third Active Squadron is to effect. The Admiralty hesitate very much to dogmatise upon matters which require a more intimate knowledge than they possess of the manning system of the German Navy, but, so far as they can tell, it would not be impossible to provide for the commissioning of the Third Squadron out of the large annual increases in personnel at present being made: and the numbers required to meet the increased complements of modern ships would not appear to exceed 4,000 men, according to Appendix 3 of the Novelle.

2. All increases of whatever kind in the strength of the German Navy will of course require corresponding measures of due proportion here. If the new Law were carried out in its present form, the Admiralty would find it necessary to add at least 4,000 men to the Fleet each year for the next six or seven years, to maintain in full permanent commission four Battle Squadrons of eight ships each and to keep two other Battle Squadrons ready at very short notice without a mobilisation, as well as two further Battle Squadrons (making eight in all) dependent upon the calling out of the reserves.

* Bereits veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 304 f.

They would also deem it necessary to raise their Flotillas to the number of nine in the next five years; and to lay down two keels to one for every capital ship added to the German Navy above the existing Law. These measures would, so far as can be foreseen, involve an additional expenditure of £ 18, 500,000 spread over the next six years, together with a certain further concentration of the Fleet in Home Waters. It is difficult to understand how the public opinion of both countries could be brought to regard these serious measures and counter measures as appropriate to the coincident re-establishment of cordial relations.

3. If the British Government, in asking Parliament to sanction some modified increases much less than the above, were able to make it clear that the new German Navy Law did not go beyond the limits of the old Law and the memoranda accompanying the Naval Estimates of 1906 and 1908, except in so far as was necessary to provide for the increased complements of modern ships or the necessities of a new Training Squadron to relieve the existing High Sea Fleet of training duties, it is possible that the difficulties might be surmounted.

In illustration of the extent to which the new law seems to go beyond the limits above defined, the construction of three additional battleships to be begun within the next six or even nine years, the provision of full crews for all the Torpedo Boat Destroyers and Submarines, the proposals for additional Submarines on a very large scale, and the addition to personnel of 11,000 men more than are needed tor the increased complements above referred to, may, with great respect, be mentioned.

Nr. 11374

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung *

Nr. 187 London, den 24. Februar 1912
Geheim

Sir Edward Grey hat mir die gleichzeitig eingereichte und in der Admiralität angefertigte versprochene Aufstellung über die Flottennovelle übergeben.

---

* Es handelt sich bei diesem Schriftstück um eine zwecks Vorlage bei dem Kaiser gekürzte Wiedergabe des vorigen (Nr. 11373), das unrichtig als Entzifferung vorgelegt wurde. Der gekürzte Bericht, der bereits bei v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 302 f., veröffentlicht ist, gelangt hier nochmals zum Abdruck im Hinblick auf die Rand- und Schlußbemerkungen des Kaisers.

Ich sagte ihm heute, daß ich bei meiner neulichen Zusammenkunft mit ihm und Lord Haldane den Eindruck gehabt habe, daß, auch abgesehen von der Novelle, die von Lord Haldane uns gemachten Vorschläge jetzt nicht mehr in ihrem ganzen Umfange von der hiesigen Regierung akzeptiert zu werden schienen[1], und daß der Ministerrat wohl keine durchweg zustimmende Haltung den Vorschlägen gegenüber einnehme.

Der Minister gab dies zu, bemerkte indes, daß wir uns über alle aufgeworfenen Fragen zu beiderseitiger Zufriedenheit einigen könnten[2]. Die hier vorgenommene Prüfung habe nur ergeben, daß die Verhandlungen über die einzelnen Punkte langwierig sein würden[3]. Die Hauptsache bleibe die Frage, ob wir uns über die Novelle verständigen könnten[4]. Denn ohne eine Verständigung über diesen Punkt glaube das englische Ministerium nicht, daß ein Abkommen die gewünschte Wirkung einer Annäherung zwischen beiden Völkern haben werde[5]. Die englischen Minister seien daher der Ansicht, daß zunächst versucht werden solle, eine Einigung über die Novelle[6] und über die abzugebende politische Erklärung (keine Teilnahme an einem unprovozierten Angriff) zu erzielen und die anderen Punkte ferneren Beratungen zu überlassen.

Metternich

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Wenn Metternich sein Amt richtig verstanden hätte, so hätte er umgehend Grey schon vor 8 Tagen sagen müssen, daß sein Vorschlag eine völlige désavouirung der Verhandlungen von Lord Haldane mit S[einer] M[ajestät] bedeutete und daß er einen Solchen Vorschlag weiterzugeben sich weigere. Er habe über ein political agreement zu verhandeln, nicht einseitig über unsere Flottennovelle; denn das bedeute einen Eingriff in die freie Selbstbestimmung Deutschlands und eine Ingerenz in die Befugniße des obersten Kriegsherren!
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Haldane und ich wir sind total désavouirt!
[2] ? nach dem bisherigen Verfahren kaum!
[3] scheint so!
[4] das war doch von Anfang an so! d[as] h[eißt] ob wir sie fallen lassen wollen!
[5] ist ja deutlich genug!
[6] nur auf der von Haldane und mir besprochenen Basis!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Also es geht nun um die Novelle los! genau so, wie ich von Anfang an den Verdacht gehabt!
Es muß noch einmal für unsere Diplomatie und ihr Verhandeln hervorgehoben werden: Die Engländer haben den ersten Schritt zu einem Agreement gemacht. Sie haben mit Einverständniß des Gesamtkabinets durch Haldane Vorschläge gemacht (Bautempo Verlangsamung) die wir schweren Herzens acceptirt haben. Wir haben ein Neutralitätsabkommen vorgeschlagen. Das ist nicht bisher von ihnen acceptirt worden. Jetzt stoßen sie die von uns acceptirte Haldanesche Basis sans façon um, verlangen mehr oder weniger ein Fallenlassen der Novelle ohne uns auch das Geringste in Bezug auf die Neutralität Bindende anzubieten! Ein solch einseitiges Vorgehen ist absolut unannehmbar! Erst sollen sie uns

den Entwurf des Neutralitätsabkommens schicken, dann werden wir darüber befinden, was wir thun werden!
Es wird — im Sinne meines Briefes vom 26. und 27., an den Reichskanzler* — offen von Grey zugegeben, daß Haldane désavouirt ist, seine mit mir abgemachten Punktationen verlassen sind. Anstatt einer Verhandlung über ein Politisches agreement (Traktat) zwischen zwei gleichberechtigten Nationen, soll eine „Verständigung" bezw. „Einigung" über eine von einem der beiden Kontrahenten bei sich einzuführende Gesetzesvorlage stattfinden, in dem Sinne, daß ihre Durchführung — weil dem anderen Kontrahenten unbequem — verhindert werden soll: Also eine freche Ingerenz in das freie Selbstbestimmungsrecht einer großen Nation seitens einer anderen. Das ist nicht mehr verhandeln, sondern Zwang ausüben und Sommationen stellen! Ich lasse mich auf Nichts dergleichen ein! Meine Verhandlungsbasis ist die mit Lord Haldane abgemachte, dessen Programm seinerzeit — auf sein Ausdrückliches Betonen — vom Engl[ischen] Gesamtkabinett gebilligt war. Ich gehe davon nicht ab. Jede Detailbesprechung meiner Novelle lehne ich a limine ab. Sie hat nichts mit dem agreement zu thun!
Für die Behandlung der Wehrvorlage würde es sich am Besten empfehlen, sich im Reichstage über ihren Stand interpelliren zu lassen. Als Antwort darauf, eine kurze, generelle Skizzirung derselben mitzutheilen, mit dem Hinzufügen, daß über die Deckungsfrage die Vorarbeiten im Gange seien, welche demnächst zum Abschluß gebracht werden würden. Sobald das erfolgt sei, würde auch die Deckung dem Reichstage nebst Wehrvorlage zugehen. Auf diese Weise wird die spannende Ungewißheit und Sorge, welche in steigendem Maße sich aller Schichten unseres Volkes bemächtigt hat und wie ein Alp auf allen lastet, erleichtert. Wilhelm I. R.

Nr. 11375

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Abschrift**

Nr. M 745 1. Ang. Berlin, den 27. Februar 1912
Ganz geheim

Euerer Exzellenz beehre ich mich auf Grund der mir vom Admiral von Müller übermittelten Anweisung Seiner Majestät des Kaisers gehorsamst zu melden, daß die Annahme der englischen Regierung, die in der Novelle vorgesehene Personalvermehrung sei so erheblich, daß sie noch auf weitere Neuformationen schließen lasse***, eine irrige ist. Es handelt sich — wie auch in der Begründung der Novelle klar zum Ausdruck gebracht ist — lediglich um eine Vermehrung der planmäßigen Indiensthaltung um

3 Linienschiffe,
3 Große und
3 Kleine Kreuzer.

An den planmäßigen Formationen der Torpedoboote ist seit 1906 nichts mehr geändert worden. Volle aktive Besatzung für

* Vgl. Nr. 11376, Fußnote.
** Das Original des Schriftstückes befindet sich in der Reichskanzlei.
*** Vgl. Nr. 11370.

sämtliche Torpedoboote mit Ausnahme der Materialreserve ist bereits im Jahre 1906 vom Reichstage gefordert und bewilligt worden.

Ich möchte indes nicht verfehlen, Euerer Exzellenz zum Ausdruck zu bringen, daß ich ernste Bedenken dagegen hege, wenn wir uns gegen so gänzlich unbegründete Beschuldigungen der englischen Regierung überhaupt rechtfertigen*.

(gez.) von Tirpitz

---

* Nach Eingang des englischen Memorandums (siehe Nr. 11373, Anlage) übersandte am 6. März der Chef der Etatsabteilung im Reichsmarineamt Konteradmiral Dähnhardt dem Unterstaatssekretär Zimmermann eine Stellungnahme des Reichsmarineamts zu dem englischen Memorandum. Sie lautete in ihrem Hauptteile:

Zum englischen Memorandum vom Februar 1912

Im englischen Memorandum wird behauptet:

1. Die Mannschaftsforderung geht weit über das Bedürfnis hinaus. Das III. Geschwader kann mit der bisher vorgesehenen jährlichen Personalvermehrungsquote im Dienst gehalten werden.

   Es sind lediglich 4000 Köpfe notwendig, um den Steigerungen der Besatzungsetats nachkommen zu können.
2. Für sämtliche Torpedoboote sind volle Besatzungen vorgesehen.
3. Es ist eine Vermehrung der Unterseeboote in sehr großem Maßstabe in Aussicht genommen.

Zu 1. Daß die Ansicht nicht zutreffend ist, daß vielmehr die bisher vorgesehene Mannschaftsvermehrungsquote lediglich ausreicht zur Durchführung der Indiensthaltungen des Flottengesetzes ohne III. Geschwader, geht aus der anliegenden Übersicht hervor.

Um das III. Geschwader in Dienst stellen zu können, ist daher eine Mehrforderung in der angegebenen Höhe von 8102 Köpfen notwendig.

Zu 2. Im Jahre 1906 wurde die Zahl der Torpedoboote auf 144 ermittelt, von denen

99 mit vollen aktiven Besatzungen verwendungsbereit sein und

45 ohne jede Besatzung als Materialreserve dienen sollten.

Hieran wird durch die Novelle nichts geändert.

Die andere Fassung des § 4 der Novelle hat lediglich den Zweck zu verhindern, daß, nachdem die 1906 eingeführte Organisation sich voll bewährt hat, mehr Torpedobootsbesatzungen gesetzlich vorgeschrieben werden, als nach dieser Organisation tatsächlich notwendig sind.

Nach der bisherigen Fassung waren gesetzlich zuständig volle Besatzungen für die Hälfte der Torpedoboote, nämlich 72 Boote, Besatzungsstämme für die zweite Hälfte der Torpedoboote, ebenfalls 72 Boote.

Diese 72 Stämme ergeben zusammengelegt 44 volle Besatzungen, so daß im Ganzen 72 + 44 = 116 volle Besatzungen gesetzlich festgelegt waren, während nur 99 gebraucht werden.

Die neue Fassung des § 4 der Novelle hat daher eine Verminderung der bisherigen gesetzlichen Stärke des Torpedobootspersonals um 17 volle Bootsbesatzungen zur Folge.

Zu 3. Für die Unterseeboote sind 2246 Mann gefordert. Das läßt unter Annahme einer Besatzungsstärke pro Boot von 25 Köpfen den Schluß zu, daß eine Vermehrung der U-Boote auf etwa 90 in Aussicht genommen sei.

Von den 2246 Mann kommen aber für U-Boote nur 1350 Mann in Betracht, der Rest von rund 1000 Köpfen ist für Bergungsdampfer, Begleitschiffe, Stäbe, Landformationen und als Reserve für Ausfall (Kranke undsoweiter) bestimmt.

Nr. 11376

*Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg**

Eigenhändig. Unsigniert und undatiert

[pr. 28. Februar 1912]

Die Grundlagen sind verschoben. England hat uns durch Haldane, der, wenn auch ohne Vollmacht zu bindenden Abmachungen, so doch im Auftrage des gesamten Kabinetts sprach, angeboten:

---

* Die Aufzeichnung des Reichskanzlers sollte nebst der folgenden Direktiven für die Beantwortung des englischen Memorandums (siehe Nr. 11373, Anlage) geben. Das wird durch eine Notiz von Bethmann Hollwegs vom 28. Februar bewiesen, die die gleiche Aktennummer wie beide Aufzeichnungen trägt: „Man wird in dem Promemoria nach London wohl auch auf die Äußerungen Greys zu Metternich unmittelbar nach der Rückkehr Haldanes und auf die Rede Asquiths im Unterhause hinweisen müssen, die eine ausdrückliche Approbierung Haldanes und die Feststellung enthielten, daß die Berliner Gespräche eine gute Grundlage geschaffen hätten.“ Die Aufzeichnungen des Reichskanzlers zeigen, daß er nach dem fehlgeschlagenen Versuch Kiderlens, den Staatssekretär des Reichsmarineamts und durch ihn den Kaiser zu einem größeren Entgegenkommen in bezug auf die Flottenvorlage zu bewegen, sich auf die Basis der Verabredungen mit Haldane zurückzog und sie gegenüber der neuerlichen Schwenkung in London zu behaupten beabsichtigte. Nicht ohne Einfluß auf seine Haltung dürfte ein Schreiben des Kaisers vom 26. Februar (veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 301 f.) gewesen sein, das mit den Worten schloß: „Es muß bei den von uns mit Haldane getroffenen Abmachungen als unserem letzten Worte verbleiben. Je länger die Einbringung der Wehrvorlage und Novelle hinausgeschoben wird, desto höher werden die englischen Anforderungen an uns sich steigern.“ Das kaiserliche Schreiben an Bethmann war wieder aufs stärkste, selbst in seinem Wortlaut, beeinflußt von einer Aufzeichnung, die Großadmiral von Tirpitz am 26. Februar dem Kabinettschef der Marine Admiral von Müller zugehen ließ (v. Tirpitz a. a. O., S. 299 f.). Immerhin weist das Schreiben Wilhelms II. gegenüber der Tirpitzschen Vorlage einige charakteristische Abweichungen auf. Während Tirpitz zum Beispiel seine Aufzeichnung mit den Worten begann: „Wir fordern von England eine Neuorientierung seiner Gesamtpolitik in dem Sinn, daß es seine bisherigen Ententen aufgibt und wir an die Stelle Frankreichs treten,“ heißt es in dem Kaiserbriefe: „Wir fordern von England immerhin eine Neuorientierung seiner Gesamtpolitik insoweit, als es seine bisherige Entente aufgibt und wir mehr oder weniger an Frankreichs Stelle treten.“ Der Auffassung des Auswärtigen Amtes entsprach weder die eine noch die andere Version; hier hielt man an der Auffassung fest, daß eine deutsch-englische Annäherung keineswegs Englands Ententen zu beeinträchtigen brauche, vielmehr auch eine deutsch-französische Annäherung zur Folge haben könne. An dem Wunsche, zwar nicht die Mehrbauten der Flottennovelle überhaupt aufzugeben, aber sie doch hinauszurücken und sich möglichst überhaupt noch nicht in bezug auf die Bautermine festzulegen, hielt Reichskanzler von Bethmann Hollweg auch nach dem Empfang des kaiserlichen Schreibens vom 26. fest. Am 27. Februar richtete der Monarch ein zweites Schreiben an den Reichskanzler (siehe den Text bei v. Tirpitz a. a. O., S. 306 ff.), das kategorisch die Beibehaltung fester Bautermine mindestens für die beiden ersten Neubauten forderte und auf das dringendste die bisher noch hinausgezögerte

1. ein political agreement,
2. Angola,
3. Unterstützung für belgischen Kongo,
4. Sansibar, Pemba;

hat dagegen gefordert:

1. Verlangsamung des Bautempos für die drei Novellendreadnoughts,
2. Timor,
3. Berücksichtigung bei Bagdadbahn.

Dagegen hat Haldane anerkannt die Notwendigkeit der Einbringung einer Novelle mit einem dritten Geschwader und Mannschaftsvermehrungen. Diese Maßregeln würden England nach dem ausdrücklichen Ausspruch Haldanes nicht genieren.

Jetzt läßt England einen Teil seiner Angebote fallen, spricht von dem political agreement überhaupt nicht mehr, kritisiert dagegen die Mannschaftsvermehrungen und Unterseeboote, obwohl ihm in der Frage des Bautempos Entgegenkommen bewiesen ist, das wir aufrechterhalten.

Wir müssen darin eine vollständige Desavouierung Haldanes erblicken.

Wir sind trotzdem nach wie vor zu einem political agreement auf der Basis bereit, die hier mit Haldane besprochen worden ist, und werden Vorschläge, die in dieser Hinsicht von England kommen, gern weiter diskutieren.

Nr. 11377

*Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg**

Eigenhändig. Unsigniert und undatiert

[pr. 28. Februar 1912]

England hat auf dem Wege Cassel angeboten:

1. politisches agreement,
2. koloniale Unterstützung unter der Voraussetzung, daß wir englische Suprematie zur See anerkennen und unsere bestehende Flottenstärke nicht erhöhen.

Wir haben geantwortet, daß wir auf dieser Grundlage zu verhandeln bereit seien mit der Maßgabe, daß unter bestehender Flotten-

---

Einbringung der gesamten Wehrvorlagen (Heer und Marine gemeinsam) verlangte, „da ein längeres Zögern nicht zu verantworten ist und zu schweren Komplikationen führen kann". Am 28. Februar sagte Bethmann Hollweg darauf dem Kaiser zu, daß der wesentliche Inhalt der Wehrvorlagen schon in den nächsten Tagen authentisch bekannt werde.

* Vgl. Nr. 11376, Fußnote.

stärke unser Flottengesetz plus der geplanten Flottennovelle verstanden werde.

England hat dies im Prinzip akzeptiert und Haldane zur weiteren Verhandlung herübergesandt.

Haldane hat anerkannt:

1. daß wir eine Novelle machen müßten,

2. daß diese Novelle das dritte Geschwader bringen müsse,

3. gegen Mannschaftsvermehrungen hatte er nichts einzuwenden, nur

4. das Bautempo für die drei von der Novelle vorgesehenen Dreadnoughts wünschte er hinausgeschoben zu sehen, so daß, wenn angängig, die ersten drei Jahre frei blieben.

Für das politische agreement wurden von beiden Seiten unverbindlich Formeln zur Diskussion gestellt. Ein unüberbrückbarer Gegensatz trat dabei nicht zu Tage.

In Kolonialsachen bot Haldane aus freien Stücken an

a) ganz Angola,

b) Unterstützung, wenn wir Teile des belgischen Kongo erwerben wollten,

c) Sansibar und Pemba.

Dafür forderte er

Timor

und Verständigung über die Golfstrecke der Bagdadbahn.

Beides wurde ihm zugesagt.

Nr. 11378

Kaiser Wilhelm II. an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Eigenhändig

Berlin, 28/II 1912

Ew Exzellenz

Meine Instruktionen zur Beantwortung der heute mir vorgelegten Depesche Metternichs* die Engl[ischen] Wünsche betreffend, habe ich dem Kanzler ertheilt. Es ist dem Botschafter zu eröffnen, daß ich sehr erstaunt bin und Mein mißfallen erregt hat, daß er eine solche unerhörte Zumuthung weitergegeben hat. Er mußte sofort dieses Angebot ablehnen mit dem Hinweis darauf, daß die ursprüngliche erste Engl[ische] Verbalnote ausdrücklich nur vom Bautempo und nichts anderem sprach. Das bildete die Basis für Meine Verhandlungen mit Haldane; diese Basis hielt er und ich aufrecht! Metternich mußte daher jede Abweichung abweisen! Er soll pro futuro auf dieser Basis verharren und auf jede Unterhaltung über

* Siehe Nr. 11374.

Marineangelegenheiten, Novellen p. p. verzichten, bis England nicht den Vertragsentwurf (political agreement) mir zur Kenntnißnahme vorgelegt hat incl[usive] Neutralitätsclausel! Eher verhandle ich nicht weiter

Wilhelm I. R.

Nr. 11379

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 216 London, den 29. Februar 1912
Geheim

Bei heutiger Begegnung mit dem Präsidenten des Kronrats (Lord President of the Council) Viscount Morley fand eine ganz vertrauliche und private Besprechung zwischen uns statt über die schwebenden deutsch-englischen Verhandlungen, und zwar ergriff dieser die Initiative mit der Bemerkung, daß Sir Edward Grey heute in der Ministersitzung über seine letzten Gespräche mit mir berichtet habe. Lord Morley, neben dem Kolonialminister Harcourt einer der eifrigsten Verteidiger einer Verständigung mit Deutschland, sprach sich sehr erfreut aus über die Aussichten, zu einem beiderseitigen Abkommen zu gelangen.

Ich sagte ihm, daß die getreue Wiedergabe meiner letzten Gespräche mit Sir Edward Grey und Lord Haldane die Aussichten auf eine baldige Verständigung nicht steigern könnte. Er war hierüber erstaunt und bestürzt. Alle seine Kollegen, Sir Edward Grey an der Spitze, wünschten dringend die so notwendige Verständigung. Wenn diese jetzt nach der Haldaneschen Reise und den in der Öffentlichkeit erweckten Hoffnungen ausbliebe, so würde der folgende Zustand schlechter sein als der bisherige. Was Sir Edward Grey mir gesagt habe, und das ganze Ministerium teile seine Ansicht, sei richtig. Man könne unmöglich in dem Augenblick ein Abkommen schließen, wo auf beiden Seiten erhöhte Rüstungen stattfänden, die von der öffentlichen Meinung als gegen den vertragschließenden Teil gerichtet betrachtet würden. Die englische Regierung würde als „foolish" bezeichnet werden, wenn sie eigenes Territorium abträte und zugleich auf Grund unserer Mehrrüstungen eine Erhöhung ihres Marinebudgets vornehmen müßte.

Ich erwiderte ihm, ich hätte über meine letzten Gespräche mit Sir Edward Grey und Lord Haldane nach Berlin berichtet, aber bei der Kürze der seitdem verflossenen Zeit noch keine Antwort erhalten. Ich könne ihm daher um so offener meine persönliche, private Ansicht aussprechen, weshalb ich die letzten Gespräche als ungünstig

in ihrer Wirkung auffassen müsse. Lord Haldane sei mit bestimmten Vorschlägen nach Berlin gekommen und befriedigt von dort zurückgekehrt. Diese Befriedigung sei von dem englischen Kabinett geteilt worden. Es habe sich nur die Prüfung der Flottennovelle, soweit sie bei uns in allgemeinen Umrissen beabsichtigt werde, vorbehalten. Lord Haldane habe in Berlin nicht eine Flottennovelle als solche als Hinderungsgrund für eine Verständigung bezeichnet, sondern nur gewisse Bedenken mit Bezug auf den Bau von capital ships geäußert. Auch mit Bezug auf die Formel für eine politische Verständigung sei keine grundsätzliche Verschiedenheit der Meinungen hervorgetreten. Auf kolonialem Gebiete habe er bestimmte Vorschläge gemacht und unsere Gegenleistungen mit Bezug auf die Bagdadbahn und den Persischen Golf mit Befriedigung vermerkt.

Nun habe mir Sir Edward Grey ein Memorandum der hiesigen Admiralität überlassen, worin unsere gesamte Flottennovelle kritisiert werde, nicht nur die capital ships, sondern auch die Personalvermehrung und sogar die Schaffung von Unterseebooten, an denen wir gegen andere Nationen entschieden im Rückstande seien, und wovon bisher zwischen uns nie die Rede gewesen sei. Ich hielte dies für einen entschiedenen taktischen Fehler des englischen Kabinetts, welches, wie ich wisse, zwar eine Verständigung dringend wünsche, sie uns aber durch dieses Vorgehen aufs äußerste erschwere.

Aber nicht nur in der Flottenfrage, auch auf dem Gebiete der kolonialen Verständigung sei in der Haltung Sir Edward Greys ein Umschwung erfolgt, der einen nachteiligen Einfluß auf das gedeihliche Fortschreiten der Verhandlungen haben müsse. Wir hätten nicht die Abtretung der beiden Inseln verlangt, sondern Lord Haldane hätte sie uns angeboten als Kompensation für unser Entgegenkommen in der Bagdadbahnfrage. Sir Edward Grey kehre nun mit Bezug auf die portugiesischen Kolonien Schwierigkeiten hervor, indem er auf ein Vorkaufsrecht der Holländer auf Portugiesisch-Timor verweise, und stelle unser Entgegenkommen in der Bahnfrage und im Persischen Golf als geringfügig hin gegen die Abtretung von Sansibar und Pemba. Er betone zugleich, daß koloniale Verhandlungen notwendig langwieriger Natur sein müßten, wobei manche Hindernisse noch zu überwinden sein würden. Auch habe Sir Edward Grey in seiner letzten Unterhaltung mit mir den Wunsch zu erkennen gegeben, zunächst über die Flottenfrage und die politische Formel zu verhandeln und erst nachher die schwierigen kolonialen Probleme auf irgendeine Art zu lösen. Alles dies sei nicht geeignet, die Aussichten auf ein Abkommen günstig zu gestalten.

Ich hatte im Laufe der Besprechung die Ausdrücke gebraucht, daß Sir Edward Grey in seinen letzten Unterredungen mit mir „had damped the hopes for an understanding, that he had shifted the

ground for the negotiations and that he was partly with drawing what he had held out at first"*. Lord Morley wehrte sich zuerst lebhaft gegen diese Ausdrücke und bemerkte „that there was no question of backing out", daß Sir Edward Grey und das gesamte Kabinett auf das lebhafteste die Erreichung eines Abkommens wünschten, und daß ein Scheitern der Verhandlungen auch für Sir Edward Grey ein harter Schlag sein würde. Es wundere ihn nicht, wenn das Memorandum der Admiralität etwas schroff ausgefallen sei. Dies liege im Wesen dieser Behörde. Das Kabinett halte an dem Wunsche fest, ein Abkommen zu schließen. Käme dies nicht zustande, so sähe es geradezu aus, als ob eine Verständigung überhaupt nicht mehr möglich sei, und als ob diejenigen recht behalten sollten, die als Lösung der deutsch-englischen Frage den Krieg hinstellten.

Lord Morley verschloß sich aber schließlich keineswegs meiner Auffassung, daß die letzten Gespräche Sir Edward Greys mit mir das Gedeihen der Verhandlungen ungünstig beeinflussen müßten, und daß darin englischerseits nicht gerade sehr geschickt verfahren worden sei. Er sprach schließlich den Wunsch aus, über unsere Unterredung mit Sir Edward Grey zu sprechen. Ich erwiderte, daß ich nichts hiergegen einzuwenden hätte, betrachtete unser Gespräch aber als privat. Dem stimmte er zu.

Ich suchte von Lord Morley zu erfahren, ob nicht etwa französische Einflüsse auf die jüngste Sprache Sir Edward Greys mitgewirkt haben könnten. Er verneinte dies und bemerkte, daß Herr Poincaré morgen eine Erklärung im französischen Parlamente über das Verhältnis Frankreichs zu England abgeben werde, die so abgefaßt sei, daß sie auch in Deutschland keinen Anstoß erregen könne**. Diese Äußerung zeigt, in welch intimem Verkehr die beiden Regierungen miteinander stehen.

---

* Am 2. März erhielt Graf Metternich vom Auswärtigen Amt die Mitteilung (Telegramm Nr. 51), daß seine Sprache gegenüber Lord Morley „durchaus der diesseitigen Auffassung entspräche".

** Die Erklärung Poincarés in der französischen Deputiertenkammer erfolgte erst am 15. März; sie lautete: „L'Angleterre a eu récemment des conversations avec l'Allemagne, comme la Russie et la France en avaient eu il y a quelques mois. Elle a eu ces conversations afin de sauvegarder les bons rapports des deux pays; et nous avons l'assurance que si l'Angleterre désire entretenir avec toutes les puissances des relations amicales, il n'y a rien eu et il n'y aura rien dans ses entretiens avec un autre gouvernement qui soit de nature à affaiblir ou à relâcher les relations cordiales, l'entente mutuelle et la confiance qui se sont établies entre la France et l'Angleterre. Cette entente, qui ne s'inspire d'aucun sentiment d'hostilité, d'aucune pensée d'agression c'est l'intérêt et c'est le vœu des deux pays de la conserver intacte, dans la conviction qu'elle contribuera à assurer le maintien de la paix." Ähnlich hatte sich Poincaré schon Ende Februar gegenüber Iswolsky ausgelassen; siehe dessen Brief an Sasonow vom 29. Februar; Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 48 f. Die Versicherung Lord Morleys gegenüber Graf Metternich, daß der Umschwung in der Londoner

Sowohl mein gestriges Gespräch mit Herrn Spender* wie auch mein heutiges mit Lord Morley bestärkt mich in der Auffassung, daß auch ein nützliches Abkommen über die kolonialen Fragen erzielt werden kann, wenn sich ein beide Teile befriedigender Ausweg hinsichtlich der Flottennovelle finden läßt.

P. Metternich

Nr. 11380

*Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg***

Ausfertigung

Nr. 219 London, den 1. März 1912

Geheim

Lord Haldane speiste gestern bei mir, und unsere Besprechungen setzten sich bis gegen Mitternacht fort.

Haltung nicht auf französische Einflüsse zurückzuführen sei, und die gleichzeitige Versicherung Poincarés gegenüber Iswolsky, daß die französische Regierung „den gegenwärtigen Versuch Englands und Deutschlands, normalere Beziehungen untereinander herzustellen, nur begrüßen könne, und daß dieser Versuch französischerseits nicht der geringsten Befürchtung oder dem leisesten Zweifel bezüglich der absoluten Loyalität der englischen Regierung begegne", wird freilich durch die spätere Berichterstattung Iswolskys in ein zweifelhaftes Licht gerückt. Am 5. Dezember 1912 schrieb Iswolsky an Sasonow: „De mes conversations avec Poincaré et Paléologue, j'ai pu apprendre die façon très confidentielle, qu'à propos du fameux voyage de Lord Haldane à Berlin (en février de cette année), il avait été fait par l'Allemagne à l'Angleterre, une proposition tout à fait concrète tendant à ce que le Cabinet de Londres prit l'engagement écrit de garder la neutralité dans le cas où l'Allemagne se trouverait engagée dans une guerre non provoquée du côté allemand. Le Cabinet de Londres en a informé M. Poincaré et a apparemment hésité à accepter ou à repousser cette proposition. M. Poincaré s'est prononcé de la façon la plus catégorique contre un pareil engagement; il a fait remarquer au Gouvernement Anglais, que du moment qu'entre la France et l'Angleterre il n'existait aucun accord écrit d'un caractère politique général, la signature d'un pareil accord avec l'Allemagne par l'Angleterre, mettrait du coup fin aux actuelles relations franco-anglaises. L'objection en question eut l'effet attendu et le Cabinet de Londres repoussa la proposition allemande, ce qui provoqua à Berlin un vif mécontentement." Un Livre Noir I, p. 365., Stieve a. a. O., II, 377.

* Über das Gespräch mit dem Herausgeber der „Westminster Gazette" J. A. Spender, einem nahen Freunde Sir E. Greys, hatte Graf Metternich am 28. Februar (Nr. 208) unter anderem berichtet: „Mr. Spender ist im allgemeinen über die Haldanesche Mission unterrichtet und sprach sich hoffnungsvoll aus. Als ich bemerkte, es scheine mir, daß in den letzten Tagen ein Umschwung in der Auffassung Sir E. Greys Platz gegriffen habe, verneinte Mr. Spender dies. Der Minister sei allerdings der Ansicht, daß Zeit und Geduld notwendig seien, um das deutsch-englische Verhältnis zu bessern. Denn wenn jetzt, wie es scheine, eine Marinevorlage bei uns eingebracht

---

** Bereits veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 308 ff.

Sir Edward Grey, so begann der Kriegsminister, habe ihm gesagt, ich schiene aus unseren letzten Unterredungen die Folgerung zu ziehen, daß die englische Regierung von ihrem ursprünglichen, in den Verhandlungen über ein Abkommen mit uns eingenommenen Standpunkte abweichen wolle. Dies sei nicht der Fall[1]. Sir Edward Grey sowohl wie das gesamte Ministerium hätten den ernsten Wunsch, mit uns ein Abkommen zu vereinbaren über die Flottenfrage[2], die politische Formel, den Geheimvertrag von 1898, die Bagdadbahn und die Abtretung von Sansibar und Pemba. Sie stehe auf demselben Standpunkt, den er, Lord Haldane, in Berlin eingenommen habe[3].

Ich erwiderte, Sir Edward Greys Eindruck sei richtig, und gab hierfür meine Gründe an: 1. Lord Haldanes Einverständnis in Berlin mit einer Flottennovelle und nur Beanstandung der drei capital ships. Jetzt, Beanstandung fast der gesamten Novelle. 2. Lord Haldanes Anerbieten der Revision des Geheimvertrages von 1898 ohne Bedenken. Jetzt, Bedenken wegen Timors und Hinausschieben der kolonialen Verhandlungen auf die lange Bank. 3. Anerbieten Lord Haldanes in Berlin, Sansibar und Pemba abzutreten gegen Befriedigung der englischen Wünsche in der Bagdadbahnfrage. Jetzt, Erhebung von Schwierigkeiten hinsichtlich der beiden Inseln und Darstellung der Bagdadbahnkonzession als geringfügig.

Lord Haldane entgegnete, der Entwurf zur Flottennovelle sei ihm im letzten Augenblick vor seiner Abreise freundlicherweise überlassen worden. Er habe die Tragweite desselben nicht übersehen können, da er kein Fachmann sei. Das Ergebnis der Prüfung durch die hiesige Admiralität habe allerdings im Kabinett eine Enttäuschung hervorgerufen, insofern, als den Ministern dadurch erst die Absicht einer bedeutenden Vermehrung unserer Rüstungen zur See über das Flottengesetz hinaus klar geworden sei*. Daher entstammten seine und Sir E. Greys mir gemachten Äußerungen, daß die öffentliche Meinung es kaum verstehen und gutheißen würde, wenn die englische Regierung ein Abkommen mit uns träfe, welches den Verlust englischen Territoriums einschlösse, und zu gleicher Zeit die beiderseitigen maritimen Rüstungen in die Höhe geschraubt würden[4]. Entfernten wir uns dagegen nicht weit von dem Rahmen des Flottengesetzes, so werde die öffentliche Meinung ein Abkommen auf breiter Grundlage zwischen uns verstehen, da der allgemeine

---

werden solle, die eine bedeutende Erhöhung des Marinebudgets auch für England involviere, so halte er, Sir E. Grey, es für ausgeschlossen, daß die öffentliche Meinung ein Abkommen gutheiße. Es müßte dann erst die ungünstige Wirkung der Neurüstungen auf die öffentliche Meinung vorübergehen, und man könne vielleicht erst nach Monaten oder gegen Ende des Jahres den Versuch machen, zu einem Abkommen zu gelangen."

* Vgl. dazu W. S. Churchill, The World Crisis 1911—1914, p. 102 f.

Wunsch hier nach Verständigung dränge. Die Schaffung eines Übungsgeschwaders würde hier verstanden werden, die bedeutende Vermehrung des Personalbestandes[5] über dieses Bedürfnis hinaus mit daraus folgender entsprechender Mehrbelastung des englischen Budgets würde dagegen von der öffentlichen Meinung als Wettrüsten aufgefaßt werden[4].

Mit der Bitte um strenge Geheimhaltung teilte mir der Minister mit, daß das englische Kabinett beschlossen habe, den Marineetat in etwa 14 Tagen in seiner ursprünglichen Form, also ohne Rücksicht auf eine deutsche Novelle einzubringen[6]. Derselbe umfasse vier capital ships und enthalte Verminderungen gegen das Vorjahr. Je nach dem Ausfall unserer Flottennovelle würde dann ein Nachtragsetat eingebracht und eine stärkere Konzentrierung der Flotte durch Heranziehung von Schiffen aus dem Mittelmeergeschwader vorgenommen werden[7]. Kein vernünftiger Mensch in England und gewiß kein englischer Minister bestreite uns, wie ich wisse, die Berechtigung, zu bauen und zu rüsten in dem Maße, wie wir es für gut hielten[4]. Er habe nur auf die Schwierigkeiten hinweisen wollen, mit denen jede englische Regierung in der Flottenfrage zu rechnen habe, auf den Rückschlag auf die öffentliche Meinung, und daß sich daher das englische Marineprogramm proportionell nach dem der anderen Mächte richten müsse.

Im übrigen könne er nur wiederholen, daß die englische Regierung bereit sei, uns in unserer Kolonialpolitik nach besten Kräften zu unterstützen gemäß den in Berlin gezeichneten Linien. Er habe kein festes Abkommen nach Berlin mitgebracht, sondern nur die Grundlagen zu einem solchen. Daher sei es ganz erklärlich, wenn, wie Sir Edward Grey mir gesagt habe, bei dem Eingehen auf Einzelheiten sich noch manche Schwierigkeiten herausstellen würden. Es sei hier aber der Wille und der Wunsch vorhanden, sie zu überwinden. Er hoffe, daß ich schon bald Gelegenheit haben würde, mit dem Kolonialsekretär, Mr. Harcourt, an der Hand der Karte die ferneren Möglichkeiten eines kolonialen Ausgleichs zu besprechen. Für die Überlassung von Sansibar und Pemba wäre es allerdings wünschenswert für die hiesige Regierung, wenn sie irgendwie auf deutschem Gebiet einen Gegenerwerb an Land aufweisen könnte. Ein solches Stück Land, das für uns keinen besonderen Wert habe, ließe sich vielleicht in unserm afrikanischen Kolonialbesitz finden[8]. Anstatt um Abtretung handele es sich dann um Austausch. Alles dies seien Fragen, die mit gutem Willen zu lösen seien. Die englische Regierung biete uns ihre volle Unterstützung zur Erwerbung eines breiten Gürtels durch Afrika von Meer zu Meer an[9].

Über die politische Formel würde sich auch eine Vereinbarung finden lassen. Allerdings wolle man hier die französische Freundschaft erhalten[10], und es liege nicht im englischen Interesse, if we

did eat up France[11]. Ebensowenig liege es aber im englischen Interesse, eine aggressive französische Politik zu unterstützen[12]. Die englische Regierung beabsichtige vielmehr zugleich mit einer Verständigung mit Deutschland, die Franzosen klar und unzweideutig wissen zu lassen, daß sie bei einer Revanchepolitik, die auf Wiedererlangung von Elsaß-Lothringen gerichtet sei, auf englische Unterstützung nicht zu rechnen hätten[13].

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] ? ! !
[2] Kommt zuletzt
[3] nach Metternichs letzter Meldung war das nicht der Fall
[4] !
[5] hat er ausdrücklich als ganz nebensächlich bezeichnet!
[6] das hatten wir seit monaten thun müssen, und sollen, der Reichskanzler hat sich geweigert!
[7] i[d] e[st] eine Mobilmachung
[8] Nein!
[9] sowohl Frankreich wie Portugal denken nicht daran, und können nicht gezwungen werden!
[10] aha!
[11] Cambon hat sich schon fühlbar gemacht!
[12] ?!
[13] das haben sie also bisher nicht gethan!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Der Vorschlag ist doch ein Verlassen der Basis vom 9. Februar, die ich nicht zu verlassen gewillt bin. Umsoweniger als das Mittelmeergeschwader auch noch in die Nordsee kommen soll. Das wird hier als solche Drohung aufgefaßt werden, daß damit das Agreement bei uns völlig vernichtet wird. Diese Verschiebung muß unterbleiben. Ich bitte bestimmt zu erklären in London an Metternich und durch ihn an Haldane, daß ein Heranziehen des Mittelmeergeschwaders nach der Nordsee von uns als Kriegsfall angesehen und mit der verstärkten Novelle in alter Fassung und der Mobilmachung beantwortet werden wird. W.

Nr. 11381

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 294 Berlin, den 4. März 1912

Bezugnehmend auf den gefälligen Bericht vom 24. v. Mts. — Nr. 187* — beehre ich mich Ew. pp. zu ersuchen, Sir E. Grey das hier in vier Exemplaren beigefügte Memorandum** vorzulesen, ihm auch auf Wunsch Abschrift zu lassen. Sofern Ihnen dies angezeigt

---

* Siehe Nr. 11374.
** Siehe Anlage.

erscheint, sind Sie auch ermächtigt, Herrn Asquith und Lord Haldane Abschriften zu geben.

Ew. pp. wollen bei dieser Gelegenheit Sir E. Grey nicht vorenthalten, daß die Kaiserliche Regierung von der Wendung peinlich überrascht worden ist, die die Angelegenheit nunmehr genommen hat. Nach den befriedigenden Erklärungen, die Sir E. Grey Euerer Exzellenz privatim*, der Ministerpräsident öffentlich** über den Verlauf der Mission Lord Haldanes abgegeben hatten, hatten wir uns in der Tat der Hoffnung hingegeben, daß eine Basis gegenseitigen Vertrauens geschaffen worden sei, die die Herstellung eines für beide Teile befriedigenden Einvernehmens ermöglichen würde. Als einen Rückfall in das Mißtrauen M'Kennascher Observanz müssen wir es aber empfinden, wenn unsere amtlichen Angaben über die Ziele der geplanten Flottennovelle in Zweifel gezogen werden und Sir E. Grey den Verdacht ausspricht, daß Neuformationen über die in der Novelle aufgeführten hinaus geplant seien. Diese Behauptung entbehrt jeglicher Begründung. Es handelt sich, wie auch in der Novelle klar zum Ausdruck gebracht wird, lediglich um eine Vermehrung der planmäßigen Indiensthaltungen um

3 Linienschiffe,
3 Große und
3 Kleine Kreuzer.

An den Formationen der Torpedoboote ist seit 1906 nichts mehr geändert worden. Volle aktive Besatzung für sämtliche Torpedoboote mit Ausnahme der Materialreserven ist bereits im Jahre 1906 vom Reichstage gefordert und bewilligt worden. Soweit die geforderten Mannschaftsvermehrungen nicht für die vorstehend aufgeführten Indiensthaltungen und die Bemannung der Unterseeboote erforderlich sind, dienen sie zur Ausfüllung vorhandener Manquements.

Hierbei bemerke ich zu Ihrer ausschließlich persönlichen Information, daß die Forderungen des Reichsmarineamts vom Reichsschatzamt geprüft und als richtig befunden worden sind. —

Als ein weiteres Zeichen unberechtigten Mißtrauens muß es erscheinen, wenn die englische Regierung an der Vermehrung unserer Unterseeboote Anstoß nimmt. Inwiefern dadurch die englischen Ausgaben für Flottenrüstungen beeinflußt werden könnten, ist schwer verständlich.

Ganz besonders aber hat es uns aber überrascht, daß der Minister mit keinem Vorschlag bezüglich des in Aussicht genommenen Neutralitätsabkommens hervorgetreten ist. Nur eine gleichzeitige Behandlung der politischen und der maritimen Frage kann zum Ziel führen. Uns auf eine einseitige Diskussion der Flottenfrage einzulassen,

* Vgl. Nr. 11370.
** Vgl. Nr. 11369, S. 127, Fußnote.

ohne gleichzeitig zu ersehen, welches die Aussichten dafür sind, auf politischem Gebiete zu einem befriedigenden Einvernehmen mit der englischen Regierung zu gelangen, müssen wir entschieden ablehnen. Einen Entwurf der Novelle, wie er nunmehr festgestellt ist, lege ich hier bei*. Euere Exzellenz wollen das Schriftstück nicht aus der Hand geben, sind aber ermächtigt, mündlich jede dort gewünschte Mitteilung daraus zu machen. Euere Exzellenz wollen dabei darauf hinweisen, daß es sich bei der Schiffsvermehrung lediglich um ein Drittel Schiff pro Jahr handelt. Wir müssen unsere Novelle nunmehr vorlegen, und eine Beschränkung der erforderlichen Mannschaften für schon bestehende Schiffe sowie ein absolutes Aufgeben der zur Auffüllung des dritten Geschwaders notwendigen drei Schiffe, deren Bau schon erheblich verlangsamt ist, würde unsere öffentliche Meinung um so weniger verstehen, als wir auf keine englische Gegenleistung hinweisen können.

Einem Bericht über das Ergebnis Ihrer Unterredung mit Sir E. Grey werde ich mit Interesse entgegensehen; ich bitte um telegraphische Meldung, sobald Euere Exzellenz von dem Inhalt unserer Flottennovelle dort Kenntnis gegeben haben, da wir dann mit der Publikation vorgehen werden.

v. Bethmann Hollweg

Anlage

Memorandum**

Die Königlich Großbritannische Regierung hatte hier wissen lassen, daß sie zu Verhandlungen mit der Kaiserlichen Regierung bereit sei:

Die Kaiserliche Regierung hat sich zwar zu Verhandlungen ebenfalls bereit erklärt, jedoch sofort hervorgehoben, daß die Marinevoranschläge für das laufende Jahr 1912 in dem gegenwärtigen Flottenprogramm als eingeschlossen gelten müßten, da alle Vorbereitungen bereits zum Abschluß gelangt seien.

Die Königlich Großbritannische Regierung hat daraufhin erwidern lassen, daß durch eine deutsche Flottennovelle eine sofortige erhebliche Erhöhung des gegenwärtigen englischen Marinebudgets bedingt werde, das auf der Annahme basiere, daß das deutsche

---

* Hier nicht abgedruckt.

** Das bereits bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 315 ff. veröffentlichte „Memorandum" beruht auf den Aufzeichnungen Reichskanzler von Bethmann Hollwegs vom 28. Februar 1912 (siehe Nr. 11 376 und 11 377). Nach einem bei A. v. Tirpitz a. a. O., S. 308 mitgeteilten Immediatschreiben des Kanzlers wäre das Memorandum „nach den Direktiven Euerer Majestät" verfaßt worden. Es sollte eigentlich schon am 1. März abgehen, doch wurde die Absendung in der Erwartung neuer Berichte aus London hinausgeschoben. Vgl. das folgende Schriftstück.

Flottenprogramm eine Veränderung nicht erfahren werde. Bei dieser Sachlage würden die Verhandlungen schwierig, wenn nicht unmöglich sein. Wenn aber die deutschen Ausgaben für Flottenzwecke durch Veränderung des Bautempos oder auf irgendeine andere Weise so abgeändert werden könnten, daß eine erhebliche Erhöhung der Ausgaben nicht erforderlich werde, um dem deutschen Programm zu begegnen, so sei die englische Regierung bereit, die Verhandlungen fortzusetzen, da sie daraus schließen würde, daß die Möglichkeit vorliege, die Frage der Ausgaben für Rüstungen zur See zu diskutieren und Aussicht dafür vorhanden sei, zu einer Einigung zu gelangen.

Die Kaiserliche Regierung hat folgende Antwort erteilt*:

„Wir sind bereit, die Aussprache im freundlichen Sinne fortzusetzen. In der Frage der Flottennovelle, die zu einer Diskussion der beiderseitigen Flottenpläne führen wird, erscheint ein Entgegenkommen gegenüber den englischen Wünschen möglich, wenn wir gleichzeitig ausreichende Bürgschaften für eine uns freundliche Orientierung der englischen Politik erhalten. Die Vereinbarung würde zum Ausdruck zu bringen haben, daß beide Mächte übereinkommen, an keinen Plänen, Kombinationen und kriegerischen Verwickelungen teilzunehmen, die gegen eine derselben gerichtet sind. Ein solches Abkommen würde gleichzeitig eine Verständigung über die gegenseitigen Rüstungsausgaben ermöglichen.

In der Annahme, daß England sich in diesem Gedanken mit uns begegnet, würden wir es mit Freuden begrüßen, wenn, wie englischerseits vorgeschlagen, ein englischer Minister zunächst zu privatem, vertraulichem Meinungsaustausch nach Berlin käme."

Daraufhin ist Lord Haldane in Berlin eingetroffen und hat, zwar ohne Vollmacht zu bindenden Abmachungen, aber im Auftrage des gesamten englischen Kabinetts erklärt, daß die englische Regierung bereit sei:

1. ein allgemeines, eine aggressive Politik Englands und Deutschlands gegen einander ausschließendes politisches Abkommen mit der Kaiserlichen Regierung abzuschließen;

2. etwaige Bestrebungen der deutschen Politik auf die Erwerbung der potugiesischen Kolonie Angola sowie von Teilen des Kongostaates zu unterstützen;

3. Sansibar und Pemba an Deutschland abzutreten.

Lord Haldane hat andererseits gefordert:

1. Verlangsamung des Bautempos für die drei in der deutschen Flottennovelle vorgesehenen Linienschiffe;

2. Verzicht auf die deutschen Ansprüche auf Timor, wie sie sich aus dem Vertrage mit der englischen Regierung vom Jahre 1898 ergeben;

* Siehe Nr. 11 353.

3. Berücksichtigung der Wünsche der Königlich Großbritannischen Regierung hinsichtlich der Bagdadbahn.

Die Kaiserliche Regierung hat die Anerbietungen Lord Haldanes angenommen. Für das politische Abkommen wurden von beiden Seiten unverbindlich Formeln aufgestellt, ohne daß dabei ein unüberbrückbarer Gegensatz zutage getreten wäre. Was die Forderungen der Königlich Großbritannischen Regierung betrifft, so ist die Kaiserliche Regierung dem Wunsch nach Verlangsamung unseres Bautempos durch das Anerbieten entgegengekommen, erst in den Jahren 1913, 1916, 1919 die drei Neubauten von Linienschiffen vorzunehmen. Die Berücksichtigung der von England ausgesprochenen Wünsche wegen Timors und der Bagdadbahn wurde zugesagt.

Lord Haldane hat im Laufe seiner Besprechungen mit dem Herrn Reichskanzler ausdrücklich anerkannt, daß für die Kaiserliche Regierung die Einbringung einer ein drittes aktives Geschwader vorsehenden Flottennovelle eine Notwendigkeit sei. Gegen die Mannschaftsvermehrungen hatte Lord Haldane nichts einzuwenden. Er erklärte wiederholt, daß England lediglich am Bautempo der Linienschiffe wegen seiner eignen erheblichen Mehrkosten interessiert sei.

Mit diesen Erklärungen des Ministers ist es schwer vereinbar, und es bedeutet eine Verschiebung der Grundlage, auf der die Verhandlungen bis jetzt geführt worden sind, wenn nunmehr die Königlich Großbritannische Regierung an den in der Flottennovelle in Aussicht genommenen Mannschaftsvermehrungen und den Neuforderungen für Unterseeboote Kritik übt. Als eine Abweichung von dem Standpunkt, der bei der Entsendung von Lord Haldane maßgebend zu sein schien, muß es die Kaiserliche Regierung ferner empfinden, daß Sir E. Grey in seiner Unterredung mit dem Grafen Metternich am 24. Februar bezüglich der von dem Herrn Kriegsminister bedingungslos angebotenen Abtretung von Sansibar und Pemba Vorbehalte gemacht, sie auch als Landabtretung bezeichnet hat, obgleich es sich nur um ein Protektorat handelt, und den Wert der englischerseits von der Kaiserlichen Regierung geforderten und von dieser zugesagten Zugeständnisse bezüglich der Bagdadbahn und Timors herabzusetzen bemüht gewesen ist. Vor allem aber hat die gleichzeitige Herbeiführung eines Einvernehmens über das in Aussicht genommene Neutralitätsabkommen für die Kaiserliche Regierung stets die Voraussetzung für etwaige Vereinbarungen über das Bautempo der Flottennovelle gebildet.

Wenn die Kaiserliche Regierung dessenungeachtet an dem Lord Haldane in Aussicht gestellten Entgegenkommen festzuhalten bereit und gesonnen ist, in der Flottennovelle Neubauten an Linienschiffen lediglich für die Jahre 1913 und 1916, also ein Drittel Schiff pro Jahr, anzufordern und für das dritte Schiff ein bestimmtes Baujahr zunächst überhaupt nicht in Aussicht zu nehmen, so gibt sie

sich dabei der Hoffnung hin, daß die Königlich Großbritannische Regierung mit einem Vorschlag bezüglich des im Prinzip vereinbarten politischen Abkommens hervortreten und damit die Möglichkeit zu einer Fortführung der Verhandlungen bieten wird.

Nr. 11382

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wilhelmshaven

Telegramm. Konzept von der Hand des Staatssekretärs von Kiderlen

Nr. 2 Berlin, den 4. März 1912

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät beehre ich mich in Beantwortung des Telegramms von gestern abend* ehrfurchtsvoll zu melden, daß das Memorandum an Graf Metternich nicht, wie beabsichtigt war, am Freitag abgehen, sondern erst jetzt abgesandt werden konnte. Bei der Wichtigkeit und wohl ausschlaggebenden Bedeutung dieses Schriftstücks für die Gestaltung unserer Beziehungen zu England habe ich den Eingang eines von Metternich telegraphisch avisierten Berichts über eine Unterredung abwarten zu sollen geglaubt, welche er inzwischen mit Lord Haldane gehabt hatte, und die möglicherweise für Ton und Nüancen unserer Antwort von Wichtigkeit sein konnte.

Der Bericht ist gestern abend eingetroffen** und geht heute an Ew. Majestät ab. An dem materiellen von Ew. Majestät befohlenen Inhalt des Memorandums ist selbstverständlich nichts geändert worden.

Alleruntertänigst
v. Bethmann Hollweg

Nr. 11383

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wilhelmshaven, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 1 Wilhelmshaven, den 4. März 1912

Es hätte mir umgehend Meldung über Metternichs Gespräch mit Haldane gemacht und meine Erlaubniss eingeholt werden müssen,

* Am 3. März hatte der Kaiser, der nach dem Schreiben des Kanzlers vom 28. Februar (vgl. Nr. 11381, Anlage, Fußnote **) annahm, daß das für die englische Regierung bestimmte Memorandum am 1. März nach London abgegangen sei, dieserhalb direkt bei Graf Metternich angefragt und darauf zur Antwort erhalten, daß das Schriftstück noch nicht eingetroffen sei. Der Monarch telegraphierte nunmehr am 4. dem Reichskanzler: „Metternich meldet mir auf meine Frage, memorial noch nicht erhalten, mir war versprochen, es sollte Freitag abend abgehen."

** Siehe Nr. 11380.

die befohlene Absendung des Memoires zu verschieben. Umsomehr mußte ich informirt werden, als ich ausdrücklich schriftlich H[errn] v[on] Kiderlen meinen Willen dahin kund gethan hatte, dass er mich permanent über jede officielle wie inofficielle Phase und Mittheilung der Englischen Angelegenheit sofort zu unterrichten habe, da ich mir die Befehle über die Führung dieser Angelegenheit persönlich vorbehalten habe*. Ich verlange, dass in Zukunft unbedingt nach diesem Befehl verfahren und kein Schritt ohne mich gethan wird! Das nach England gehende Memorandum ist mir abschriftlich sofort einzureichen, da ich es bisher nicht zu sehen bekommen habe.

Wilhelm I. R.

Nr. 11384

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wilhelmshaven

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Berlin, den 5. März 1912

In Ausführung des mir allergnädigst erteilten Befehls habe ich die Ehre, Ew. Kaiserlichen und Königlichen Majestät anbei einen Abdruck des Memorandums** alleruntertänigst zu überreichen, das ich Graf Metternich angewiesen habe der englischen Regierung zu übergeben. Einem von dem Herrn Staatssekretär des Reichsmarineamts geäußerten Wunsche entsprechend wird in dem Memorandum ein Eingehen auf Einzelheiten in dem von der englischen Regierung übergebenen Memorandum vermieden. Auch war für die Abfassung der Gesichtspunkt maßgebend, daß wir in die Lage kommen können, zu einer Veröffentlichung des Memorandums schreiten zu müssen.

Ich darf noch ehrerbietigst bemerken, daß der Bericht des Grafen Metternich über seine Unterredung mit Lord Haldane*** am 3. d. Mts. hier eingegangen und am nächsten Tage Ew. Majestät übersandt worden ist.

v. Bethmann Hollweg

---

* Vgl. das Schreiben des Kaisers an Kiderlen vom 24. Februar 1912, E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, 155 ff.
** Siehe Nr. 11381, Anlage.
*** Siehe Nr. 11380.

Nr. 11385

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wilhelmshaven, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Telegramm
Konzept von der Hand des Chefs des Marinekabinetts Admirals von Müller

Nr. 2 Wilhelmshaven, den 5. März 1912

Zum Bericht Metternich vom 1. März* bemerke ich nochmals, daß Haldane in Berlin die Vermehrung unseres Personalstandes ausdrücklich als ganz nebensächlich bezeichnet hat. In bezug auf die beabsichtigte Veröffentlichung des englischen Marineetats bedauere ich, daß wir unsere Novelle nicht schon vor Monaten veröffentlicht haben. Der uns in Aussicht gestellte Koloniegürtel quer durch Afrika liegt als ganz von den Entschließungen Frankreichs und Portugals abhängig in zu weiter Ferne, um ernstlich als Handelsobjekt in Frage zu kommen. Die Äußerung Haldanes über die französische Revanchepolitik läßt erkennen, daß bisher England gesonnen war, eine solche Politik zu unterstützen. Im ganzen enthält der Haldanesche Vorschlag ein Verlassen der Basis vom 9. Februar, wozu ich nicht gewillt bin, um so weniger, als die Drohung mit den Mittelmeerschiffen in der Nordsee für uns eine Vernichtung des Agreements bedeuten würde. Ich bitte dies bestimmt an Metternich und durch ihn an Haldane zu erklären. Das Heraufziehen des Mittelmeergeschwaders nach der Nordsee würde mit verstärkter Novelle in alter Fassung und mit Mobilmachung beantwortet werden.

(gez.) Wilhelm I. R.

Nr. 11386

*Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wilhelmshaven, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg***

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 3 Wilhelmshaven, den 5. März 1912

Memorandum muss morgen den 6ten übergeben werden. Also am 6ten Abends ist die Veröffentlichung der Wehrvorlage zu machen. Geschieht das nicht, werde ich dem Kriegsminister u[nd] dem StaatsSecretair R[eichs] M[arine] A[mts] Befehl ertheilen ihrerseits die Vorlagen zu veröffentlichen. Meine und des Deutschen Volkes Geduld ist zu Ende.

Wilhelm I. R.

---

* Siehe Nr. 11380.

** Bereits veröffentlicht von E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, 158; darnach bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 317.

Nr. 11387

*Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wilhelmshaven, an den Botschafter in London Grafen von Metternich**

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 1 Wilhelmshaven, 5. März 1912

Aus Ihrem Gespräch mit Haldane — gestern vorgelegt** — geht hervor daß er, trotz aller Versicherungen des Gegentheils, ebenso wie das Cabinet, unsere Verhandlungsbasis fallen gelassen. Zu Ihrer Orientirung: Ich bleibe bei dieser Basis! D[as] h[eißt] Anerkennung der Novelle, nur verlangsamtes Bautempo; Personalvermehrung kommt nicht in die Verhandlungen. Sollte England seine Schiffe aus dem Mittelmeer zurückziehen nach England Nordsee — wird das hier als Kriegsdrohung aufgefasst werden, und mit einer verstärkten Novelle — 3er Tempo — und event[uel]l Mobilmachung beantwortet werden.

Wilhelm I. R.

Nr. 11388

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Cuxhaven

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 4 Berlin, 6. März 1912

Auf das Telegramm von gestern Nacht*** melde ich allerunterthänigst, daß ich die Verantwortung für die Veröffentlichung des Inhalts der Wehrvorlagen nur zu übernehmen vermag, wenn Ew. Majestät Botschafter die tatsächliche Übergabe des Memorandums gemeldet haben wird. Graf Metternich ist bei Übersendung des Memorandums angewiesen, die Übergabe telegraphisch zu melden. Bisher liegt noch keine Meldung vor.

Ein schriftlicher Bericht über die Konsequenzen, die aus den Anordnungen Ew. Majestät in dieser Sache und aus der telegraphischen Instruktion sich ergeben, die Ew. Majestät gestern Nacht

---

* Bereits veröffentlicht von E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, 158; A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 317.
** Vgl. Nr. 11380.
*** Siehe Nr. 11386.

dem Grafen Metternich erteilt haben*, wird morgen früh in Ew. Majestät Händen sein**.

v. Bethmann Hollweg

---

* Siehe Nr. 11387.

** Gemeint ist das von Bethmann Hollweg unter dem 6. März eingereichte Entlassungsgesuch, dessen Wortlaut zuerst von E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, 159 ff., danach bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 318 ff. abgedruckt worden ist. Materiell war das Entlassungsgesuch vor allem mit der Art begründet, wie der Kaiser namentlich durch die Weisung an Graf Metternich, daß die Zurückziehung englischer Schiffe aus dem Mittelmeer nach der Nordsee als Kriegsdrohung aufgefaßt werden und mit einer verstärkten Novelle — Dreiertempo — und eventueller Mobilmachung beantwortet werden solle, der Politik des verantwortlichen deutschen Staatsmanns vorgegriffen hatte. „Eure Majestät sind hiernach entschlossen, eine Politik zu führen, für die ich aus den dargelegten Gründen die Verantwortung nicht zu übernehmen vermag, und jedenfalls dann nicht, wenn Eure Majestät den Entschluß über so einschneidende Maßregeln wie die etwaige Mobilmachung einem Botschafter direkt mitteilen, ohne mich vorher angehört zu haben." Seine eigene Auffassung über die schwebenden Verhandlungen faßte der Kanzler in dem Entlassungsgesuch dahin zusammen, daß wir trotz der Verschiebung der Verhandlungsbasis durch England und der dadurch eingetretenen ungünstigen Wendung die Pflicht hätten zu versuchen, die Verhandlungen vorsichtig fortzuführen, schon damit die Möglichkeit offen bleibe, die Verhandlungen wenn nicht jetzt, so doch nach Ablauf einiger Zeit zu einem erfolgreichen Ende zu führen, und weiter, damit bei einem endgültigen Scheitern der Verhandlungen die Schuld England zugeschoben werde. „Tun wir das nicht, so wird nicht nur unser Verhältnis zu England in verhängnisvoller Weise verschärft, sondern es wird auch der in Frankreich schon jetzt stark angefachte Chauvinismus zu den kühnsten Hoffnungen ermutigt. Frankreich wird so herausfordernd und übermütig werden, daß wir gezwungen sind, es anzugreifen. In einem solchen Kriege wird Frankreich automatisch die Hilfe Rußlands und zweifellos auch die Englands haben, während für unsere Bundesgenossen der Bündnisfall nicht eintritt, wir vielmehr genötigt sind, uns ihre Hilfe und Neutralität zu erbitten. Ich kann es nicht verantworten, unsererseits auf eine solche Situation hinzuarbeiten. Wird uns ein Krieg aufgenötigt, so werden wir ihn schlagen und mit Gottes Hilfe nicht dabei untergehen. Unsererseits aber einen Krieg heraufbeschwören, ohne daß unsere Ehre oder unsere Lebensinteressen tangiert sind, würde ich für eine Versündigung an dem Geschicke Deutschlands halten, selbst wenn wir nach menschlicher Voraussicht den völligen Sieg erhoffen könnten."

Infolge des am 7. in Cuxhaven eingetroffenen Abschiedsgesuches des Reichskanzlers wurde zunächst die Veröffentlichung der Wehrvorlagen, die nach dem Befehl des Kaisers (vgl. Nr. 11386) unmittelbar nach der Übergabe des Memorandums in London hatte erfolgen sollen, noch hinausgeschoben. Telegramm des Chefs der Reichskanzlei Wahnschaffe an den Chef des Zivilkabinetts von Valentini vom 7. März. Am 9. hatte dann der inzwischen nach Berlin zurückgekehrte Kaiser im Charlottenburger Schloßgarten eine längere Aussprache mit dem Reichskanzler. Nach Tirpitz (a. a. O., S. 322 f.) führte sie zu einem „Umfall" des Monarchen in der Flottenfrage, was nun wieder Tirpitz veranlaßte, seinerseits die Kabinettsfrage zu stellen. Die Krise, über deren Einzelheiten die Angaben von Tirpitz (a. a. O., S. 323 ff.) noch keineswegs volles Licht verbreiten, zog sich noch längere Zeit hin. Daß der Kanzler,

Nr. 11389

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 46 London, den 6. März 1912

Habe Memorandum* Sir E. Grey im Beisein Lord Haldanes vorgelesen und auf Wunsch beiden Herren je ein Exemplar übergeben und mich auftragsgemäß ausgesprochen, auch gesagt, daß die Novelle nun sofort dem Reichstag vorgelegt werden würde.

Sir E. Grey bemerkte, das Memorandum der englischen Admiralität** stelle lediglich die Beantwortung technischer Fragen dar und verrücke nicht das Regierungsprogramm, welches auf ein Abkommen mit Deutschland gerichtet sei. Sollte dieses auch nicht zustande kommen, so rechne er doch bei Euerer Exzellenz bestimmt darauf, daß das Vertrauen und der freie Meinungsaustausch, welche durch Lord Haldanes Anwesenheit in Berlin hergestellt seien, zwischen beiden Regierungen fortbestehen würden. Auch hoffe er, daß ich demnächst mit dem Kolonialminister Harcourt und ihm, Sir E. Grey, die Möglichkeiten einer Einigung auf kolonialem Gebiete bespräche***. Er habe schon vor meiner heutigen Mitteilung beabsichtigt, mir dies zu sagen. Bei eingehender Erörterung von kolonialen Fragen ergäben sich stets Schwierigkeiten, die zu überwinden seien. Nur dies habe er auch mit Bezug auf Sansibar und Pemba neulich sagen wollen. Übrigens komme die Abtretung des Protektorats einer Zession in der Wirkung gleich. Beispiel: Tunis.

Hinsichtlich der Flottenfrage bestehe die Schwierigkeit, eine starke Vermehrung der Ausgaben der Öffentlichkeit gegenüber mit einem politischen und kolonialen Abkommen zu versöhnen. Meine heutigen Angaben über die Novelle (aus Erlaß Nr. 294† gegeben) sowie unser Memorandum müsse er sich erst genauer ansehen, ehe er sich darüber näher äußern könne.

Metternich

---

wie Kaiser Wilhelm II. in den „Ereignissen und Gestalten" (S. 132) erzählt, am 22. März — dem Tage, an dem endlich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" offiziell Inhalt und Zweck der Wehrvorlagen bekanntgab und der Kaiser seine Frühjahrsreise nach Korfu antrat — im Charlottenburger Schloßgarten um seine Entlassung gebeten hätte, ist unrichtig; es liegt dabei eine Verwechslung mit der Versöhnungsszene vom 9. März vor.

* Siehe Nr. 11381, Anlage.
** Siehe Nr. 11373, Anlage.
*** Vgl. dazu Kap. CCXLIV.
† Siehe Nr. 11381.

Nr. 11390

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 47 London, den 7. März 1912

Im Anschluß an Telegramm Nr. 46*.

Lord Haldane bemerkte gestern, daß er in Berlin sich nicht über Mannschaftsvermehrung geäußert habe, weil er nichts davon gewußt habe. Die Novelle sei ihm am Tage seiner Abreise gegeben worden, und er habe weder die Zeit gehabt, noch besitze er die technischen Kenntnisse, um sich über diese Frage ein Urteil zu bilden.

Metternich

Nr. 11391

Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg

Eigenhändig**

Berlin, den 8. März 1912

Sir Edward Grey spricht die Hoffnung aus, ich werde, auch wenn kein Agreement zustande kommt, bereit sein, auf der Grundlage des durch Lord Haldanes Mission geschaffenen Vertrauens weiter zu arbeiten. Ich bin dazu bereit, falls England dieses Vertrauen erwidert. Verständigung über koloniale Fragen wird mir sehr erwünscht sein. Das Hauptgewicht lege ich aber auch jetzt noch, wie seit zweieinhalb Jahren, auf ein politisches Agreement. Wünscht England tatsächlich Vertrauen von uns, und ist es bereit, es zu erwidern, so ist es unerfindlich, weshalb wir uns nicht auf eine (zu veröffentlichende) Formel sollten einigen können, auch wenn diese Formel weniger weit geht als die von mir Lord Haldane vorgeschlagene. Jeden-

---

* Siehe Nr. 11389.

** Aus den Akten ergibt sich nicht, welcher Zweck mit der Aufzeichnung verfolgt werden sollte. Es läge nahe anzunehmen, daß sie zur Instruierung Ballins dienen sollte, der am 7. März, dem Tage, an dem das Bethmannsche Entlassungsgesuch in Cuxhaven einlief, beim Kaiser weilte, und der kurz darauf zu neuen inoffiziellen Verhandlungen nach England ging. In einem Briefe vom 8. März an Ballin, der diesen von der Lage der Dinge in Kenntnis setzte (siehe den Text bei B. Huldermann, Albert Ballin, S. 258), erklärte der Kanzler ausdrücklich: „Diskrete, private Unterstützung nur erwünscht". Allerdings erhielt Graf Metternich am 12. März Weisung, auf „Ausschaltung privater und unverantwortlicher Mittelspersonen" hinzuwirken, womit jedoch in erster Linie Sir E. Cassel gemeint war. Vgl. Nr. 11394. Sir E. Cassel war inzwischen nach Südfrankreich gegangen, wo er am 9. und 10. März in Marseille eingehende Unterhaltungen mit dem Abgesandten Ballins, B. Huldermann, hatte. Er vermochte diesem bereits nähere Mitteilungen über den in England eingetretenen Umschwung zu machen insbesondere auf Grund eines von W. S. Churchill erhaltenen Briefes. Huldermann a. a. O., S. 261 ff.

falls kann das Zögern Englands, an eine solche Formel heranzutreten, unser Zutrauen nicht befestigen. Geht auch die Haldanesche Formel ihrerseits nicht weit, und ist sie wegen der Flüssigkeit des Begriffes „aggressiv" nicht für alle Fälle wertvoll, so wird sie doch auf beiden Seiten des Kanals denjenigen unrecht geben, welche stets vom Überfall der andern träumen. Der englischen Regierung liefert sie überdies den Beweis, daß hinter unserer Flottennovelle keine boshaften Pläne liegen, sondern lediglich die Absicht, die Schlagfertigkeit unserer Flotte während der Herbstmonate herzustellen. Diese Schlagfertigkeit bedroht England nicht, wenn wir ihm Frieden versprechen. (Von anderer Seite — Frankreich, Rußland — hat es in absehbarer Zeit sowieso nichts zu besorgen.) Lehnt es England ab, sich auf eine Formel zu einigen, so wird nicht bei mir, wohl aber bei andern Leuten der Glauben gestärkt, England habe die Verhandlungen mit uns nur zu dem Zwecke angefangen, die Flottennovelle zu hintertreiben. Ich bin bereit, die Haldanesche Formel zu akzeptieren, wenn zusätzlich vereinbart wird, daß im Falle drohender Verwickelung mit anderen Staaten ein rechtzeitiges Insbenehmentreten mit dem Partner Platz greift.

Die Inangriffnahme der Verhandlungen über die Kolonialfragen wird dankbar akzeptiert.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 11392

*Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg**

Ausfertigung

London, den 7. März 1912

Euerer Exzellenz beehre ich mich anliegenden Bericht des Marineattachés zu übersenden:

Nr. 128 vom 7. d. Mts.**, betreffend Admiralty Memorandum zur Novelle 1912.

Der Marineattaché geht in seinem Bericht von der Annahme aus, daß der englischen Admiralität die höheren Indienststellungen und die damit verbundene Personalvermehrung weniger bedenklich erscheinen als die Vermehrung des Sollbestandes der Schiffe, und er knüpft an diese Voraussetzung weitere Folgerungen.

Das Memorandum der Admiralität*** betont hauptsächlich die Personalvermehrung[1]. Die englische Regierung legt jetzt, nachdem

---

* Bereits veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 321.

** Siehe Anlage.

*** Siehe Nr. 11373, Anlage.

ihr das Gutachten der Admiralität bekannt ist, den größeren Wert auf die Personalvermehrung[2].

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Sie will durch diese scheinbare Conzession — 3tes Geschwader u[nd] Personal — uns am Bau der 3 Extraschiffe hindern, um ein Aeternat im 2er Tempo festzulegen und unsren Schiffsbestand pro futuro um $^1/_3$ herabzusetzen!

[2] ist mir einerlei! Sie hat Jahre lang bis vor 14 Tagen das Gegentheil behauptet, und doch nichts damit erreicht. Ins Personal bin ich resolvirt mir ebensowenig hineinreden zu lassen, als Frankreich oder Russland sich jemals unterstanden haben, bei einer Militärvorlage, uns die Anzahl der Bataillone, Escadrons oder Batterien vorzuschreiben! Umgekehrt haben wir es auch nie gethan! Nachdem England einsieht, daß der Vorstoß gegen Bauzeit, u[nd] Material nicht genügend wirkt, stößt es gegen unser Personalbedarf vor, der ihnen bisher gänzlich egal war! Es geht eben doch gegen das Flottengesetz*, dessen Bestand zu erschüttern man ja Regierungsseitig schon bereit war. Man war auf dem besten Wege England den Gefallen zu thun! Wilhelm I. R.

Anlage

*Der Marineattaché in London Korvettenkapitän Widenmann an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz***

Abschrift

Nr. 128 London, den 7. März 1912

Das mir heute dienstlich zugegangene Memorandum der Admiralty zur Novelle 1912*** ist von der englischen Regierung als die Stellungnahme desjenigen militärischen Ressorts bezeichnet worden, dem einerseits die Beurteilung der rein militärischen Seite der deutschen Flottenvermehrung zusteht, und dessen Aufgabe es andererseits ist, die militärischerseits für notwendig befundenen Gegenmaßregeln vorzuschlagen.

Entsprechend dieser Pflicht will die Admiralty natürlich mög-

* Daß dieser Verdacht des Kaisers nicht unbegründet war, ergibt W. S. Churchills Eingeständnis (The World Crisis 1911—1914, p. 103): „On March 9 I pointed out the fundamental proposition of the negotiations from the Admiralty point of view had been that the existing German Navy Law should not be increased, but, if possible, reduced."

** Teilweise veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 320 f.

*** Am 4. März 1912 hatte Graf Metternich auf Andringen Widenmanns in Berlin angefragt, ob er ermächtigt sei, dem Marineattaché das Memorandum zu geben. Am 5. März war darauf die Antwort (Telegramm Nr. 56) ergangen: „Mitteilung Memorandum an Marineattaché zu ausschließlich persönlicher Information unbedenklich unter gleichzeitigem, ausdrücklichem Hinweis, daß Kapitän Widenmann nicht berechtigt ist, Inhalt mit englischen Marineoffizieren oder Politikern zu diskutieren."

lichst sicher gehen, da sie voraussichtlich weiß, daß Abstriche seitens des Kabinetts zu erwarten sind. Sie sagt „nearly $^4/_5$ of the whole German Navy will by these means be kept in permanent full commission". Die Novelle spricht ebenso wie das Flottengesetz nur von Linienschiffen, Großen und Kleinen Kreuzern; es können bei Beurteilung der Maßregeln daher auch nur diese Schiffsklassen bewertet werden.

Folgende Zusammenstellung zeigt, daß die englische Rechnung nicht richtig ist: Durch die Novelle sollen dauernd voll in Dienst (in permanent full commission) gehalten werden:

Linienschiffe = 29 = 29/41 = weniger wie $^3/_4$
Große Kreuzer = 15 = 15/20 = $^3/_4$
Kleine Kreuzer = 29 = 29/40 = weniger wie $^3/_4$
} etwa $^3/_4$

Es sind also von der ganzen deutschen Flotte nicht $^4/_5$ der Schiffe voll in Dienst, sondern nur $^3/_4$.

Bei dieser ungenauen englischen Rechenmethode ist es daher auch nicht erstaunlich, daß die Admiralty zu ganz anderen Zahlen bezüglich der für Deutschland notwendigen Personalvermehrung gelangt wie die verantwortlichen deutschen Stellen (4000 statt 15 000).

Für Deutschland ist es jedoch von größerer Wichtigkeit, durch das Memorandum die geplanten englischen Gegenmaßregeln kennen zu lernen.

1. Um höhere Indiensthaltungen zu ermöglichen, sollen für die nächsten sechs bis sieben Jahre mindestens je 4000 Mann mehr eingestellt werden.

2. Vier aktive Geschwader sollen mit je acht Linienschiffen in Dienst gehalten werden. Hierdurch ändert sich die Zahl der in Dienst gestellten Schiffe:

I. Division Home Fleet	jetzt	8	später	8	Linienschiffe
II. „ „ „	„	8	„	8	„
Atlantic Fleet	„	6	„	8	„
Mediterranean Fleet	„	6	„	8	„
				32	„

Ferner sollen zwei Linienschiffgeschwader von je acht Schiffen auf einem so hohen Grad der Bereitschaft gehalten werden, daß sie ohne Mobilmachung in kürzester Zeit kriegsbereit sind. Dies entspricht etwa:

2 × III. Division Home Fleet . . . . . 16 Linienschiffe.

Schließlich sind zwei Linienschiffgeschwader vorgesehen, die erst durch Einberufung der Reserven kriegsbereit werden:

2 × IV. Division Home Fleet . . . . . später 16 Linienschiffe.

Im ganzen sind dies 64 Linienschiffe, die gleichzeitig den vollen Linienschiffsbestand der Flotte ausmachen werden. Das Verhältnis der Linienschiffe der beiden Länder ist also 64:41 oder rund 3:2.

3. Die angekündete Vermehrung der Destroyer auf neun Flotillen (108 Boote) in den nächsten fünf Jahren bringt die Zahl auf etwa die Höhe der deutschen Flottillen.

4. Die Andeutung, daß für jeden Vermehrungsbau der Novelle zwei englische Schiffe gefordert werden sollen, ist eine leere Drohung, sobald der englische Sollbestand (64 Linienschiffe) feststeht.

5. Auch aus der Andeutung einer weiteren Verschiebung der englischen Geschwader vom Mittelmeer nach der Nordsee hin lese ich nur den Zweck heraus, auf ängstliche deutsche Gemüter zu wirken. Es wird sich erst in der Zukunft zeigen, ob eine wirkliche Entblößung des Mittelmeeres seitens der englischen Linienschiffsgeschwader dauernd möglich sein wird.

Beim Studium des Memorandums findet man jedoch, daß die Admiralty die politische Seite der Frage mit in die militärischen Betrachtungen hineinzieht. Dies ist bei dem untrennbaren Zusammenhang, in dem die beiderseitigen Machtmittel bzw. ihre Verstärkungen zu der politischen Stellung der beiden Länder stehen, auch gar nicht anders möglich. Es ist daher aber auch unvermeidlich, daß an dieser Stelle auf diesen Punkt eingegangen wird.

Der Schwerpunkt des Memorandums liegt auf dem Punkt 3, der meiner Ansicht nach die seitens Englands gestellte Falle und eine Drohung enthält.

Vom rein militärischen Standpunkt müßten der englischen Admiralität die höheren Indienststellungen und die damit verbundene Personalvermehrung am bedenklichsten erscheinen, denn in ihnen liegt ein größerer Kraftzuwachs der deutschen Flotte als in der relativ unbedeutenden Vermehrung des Sollbestandes der Schiffe. Trotzdem sagt das Memorandum, daß keine Schwierigkeiten entstehen würden, falls die durch die Änderung des Besatzungsetats und die Indienststellung des III. Geschwaders bedingte Personalvermehrung allein vorgenommen würde.

Wenn man diesem Gedanken auf den Grund geht, so heißt das: Die Vermehrung des Schiffssollbestandes ist in den englischen Augen das Belastende. Damit läßt England die Maske endlich fallen und wendet sich gegen die marinepolitische Bedeutung der Novelle.

Die Novelle ist die akute, das Flottengesetz selbst die permanente seitens Deutschlands drohende Gefahr. Das Flottengesetz soll durch Vereitelung der Novelle zu Fall gebracht werden.

In früheren Berichten (707—1911* und 70—1912**) war von mir bereits die Befürchtung ausgesprochen worden, daß das Bestreben der englischen Regierung dahin gehe, uns das Zweiertempo zum Äternat aufzuzwingen, um dadurch den durch das Flottengesetz festgesetzten Schiffsbestand nach 20 Jahren automatisch um ein Drittel

* Siehe Kap. CCXLI, Nr. 11 313.
** Siehe Kap. CCXLI, Nr. 11 334, Anlage I.

gekürzt zu sehen. Ferner hatte ich gesagt, daß England voraussichtlich geneigt sein werde, zu diesem Zwecke Konzessionen zu machen.

Ich sehe meine Befürchtung sowohl wie meine Vorhersage durch den Punkt 3 des Memorandums bestätigt.

England will uns, nur damit die drei Vermehrungslinienschiffe nicht gebaut werden, erlauben, die Indiensthaltung so zu vermehren, daß wir etwa das Verhältnis 3:2 erreichen. Es weiß genau, daß diese Konzession in der englischen Form nur eine Scheinkonzession ist. Denn wenn das in dem heutigen Bauplan für die Jahre 1912—17 festgelegte Zweiertempo erst fünf Jahre lang gewirkt haben wird, so kalkuliert England, dann wird es im Jahre 1918 für Deutschland sehr schwer, wenn nicht unmöglich werden, auf das Dreiertempo automatisch zurückzugehen.

Erreicht England dies, dann ist das Flottengesetz gestürzt.

Es wird sich jetzt darum handeln, daß die deutschen Volksvertreter soviel nationalen Geist besitzen, diese englische Falle zu vereiteln.

Hiergegen können meiner Ansicht nach die von England versteckt angedrohten Schwierigkeiten — die auf marinepolitischem Gebiete liegenden kennen wir ja jetzt — nicht so schwerwiegend sein, daß nicht der schon seit Jahren mit England geführte latente Kampf auch noch ferner versucht werden sollte. Der Kampf wird um so leichter werden, je schwerer alle einzusetzenden deutschen Machtmittel wiegen. Er wird durch Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands seitens Englands besiegelt werden, sobald das Risiko eines offenen an Stelle des latenten Kampfes für England zu groß wird.

(gez.) Widenmann

Nr. 11393

*Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II.**

Ausfertigung

Berlin, den 12. März 1912

In dem ehrerbietigst beigefügten Begleitbericht zu dem Bericht des Marineattachés in London vom 7. d. Mts.** weist Graf Metternich bereits darauf hin, daß die in unserer Flottennovelle in Aussicht genommene Personalvermehrung in dem Memorandum der englischen Admiralität mehr betont wird als die geplanten Neubauten an Linienschiffen[1]. Es liegt auf der Hand, daß der Umstand, einem sehr hohen Prozentsatz unserer Streitkräfte zur See dauernd voll im Dienst sich gegenüber zu wissen, — ob es „beinahe" 80% sind, wie die

* Veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 325 f.

** Siehe Nr. 11392, Anlage.

englische Admiralität annimmt, oder 75%, wie Kapitän Widenmann ausrechnet, dürfte unerheblich sein — in England noch größeres Unbehagen hervorrufen muß als eine Vermehrung unserer Schiffsbauten. Vor allem erscheint eine solche Perspektive wenig geeignet, der öffentlichen Meinung in England eine Schwenkung der englischen Politik verständlich und annehmbar zu machen, wie sie von Euerer Majestät als Ergebnis der jüngst eingeleiteten Verhandlungen erstrebt wird. Ich vermag daher auch die weitere Folgerung, zu der Kapitän Widenmann in seinem Berichte kommt, nicht als zutreffend anzuerkennen, daß es die englische Regierung darauf absieht, unser altes Flottengesetz zu Fall zu bringen[2]. Der englischen Regierung ist nicht unbekannt, daß unsere Flottennovelle von 1908 den Ersatz der Linienschiffe und Kreuzer nach 20 Jahren vorsieht, so daß der Übergang vom Zweiertempo zum Dreiertempo von 1918[3] an automatisch eintritt[4]. Dieses Gesetz würde aber nur unter Zustimmung Euerer Majestät und der verbündeten Regierungen geändert werden können[5]. Eine Gefahr, daß wir in einer englischen Falle gefangen werden könnten, liegt somit nicht vor.

Wenn Kapitän Widenmann ferner die englische Ankündigung, für jeden Vermehrungsbau der Novelle zwei englische anfordern zu wollen, für eine leere Drohung erklärt, sobald der Sollbestand an englischen Linienschiffen feststeht, so darf ich alleruntertänigst darauf hinweisen, daß in dem englischen Memorandum mit keinem Wort von einem bestimmten Sollbestand, sondern nur von den Maßnahmen die Rede ist[6], die die englische Admiralität bezüglich des Bereitschaftszustandes ihrer Flotte zu treffen gesonnen ist. Wenn durch Neubauten im Verhältnis 2:1 ein über den Bedarf der dort bezeichneten 8 Geschwader hinausgehender Bestand an Linienschiffen entstehen sollte, so wird der Überschuß unschwer in der Materialreserve oder anderweitig[7] Unterkunft finden. Ich würde es für einen schweren Fehler halten, wollten wir uns mit der Annahme, daß es sich nur um leere Drohungen handelt, darüber hinwegtäuschen, daß die englische Regierung zurzeit[8] jedenfalls noch fest entschlossen ist, unseren Rüstungen zur See mit Gegenrüstungen zu begegnen, die das englische Übergewicht zur See uns gegenüber zu sichern bestimmt sind[9].

v. Bethmann Hollweg

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
R[eichs] M[arine] A[mt] 13/III 1912 W.
Ballin informiren!

Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Genau das, was Churchill an Cassel geschrieben hat*. Das umgekehrte der ursprünglichen Stellungnahme Haldanes und der Einladung der Engl[ischen] Regierung! Beweist also, daß auf dem Umweg über die Erlaub-

* Vgl. dazu Nr. 11 391, Fußnote **, sowie B. Huldermann, Albert Ballin, S. 262.

niß der Erhöhung des Personalbestandes das 3er Tempo ausgemertzt und damit die Novelle und durch sie das Gesetz zu Fall gebracht werden soll. W.

2 natürlich

3 1917

4 nicht nur nicht das, sondern sie will eben diesen Uebergang verhindern durch die Festlegung der Novelle auf 2er Tempo, damit dadurch nachher ein 2er Aeternat geschaffen wird!

5 denke nicht daran!

6 kommt auf eins heraus! Wenn die Maßnahmen einen faktischen Sollbestand von 64 — Linienschiffen — vorsehen!

7 ?

8 Sie will vor allem die Novelle und durch sie das Gesetz fällen!

9 kann uns ganz gleichgültig sein! Solange wir an unsrem Programm festhalten, und den Engländern keine Ingerenz auf Details unserer Novelle zugestehen, welche dieselbe nachtheilig abschwächen, ohne Englische handgreifliche Gegenleistungen. Unser Programm genügt unsren Bedürfnißen, was England dagegen thut ist egal! Jedenfalls geht daraus hervor daß England daraus keinen Kriegsgrund machen will, wovor man hier seit Monaten die höchste Angst hatte W.

Nr. 11394

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 63 Berlin, den 12. März 1912

Auf Telegramm Nr. 46*.

Die Flottennovelle ist dem Reichstag noch nicht zugegangen** und wird einstweilen zurückgehalten, da wir uns noch immer der Hoffnung hingeben, daß die englische Regierung uns durch Aufnahme der Verhandlungen auf politischem Gebiet die Möglichkeit zu einer erneuten Prüfung der Rüstungsfrage bieten wird.

Ew. pp. ersuche ich ergebenst, vielleicht durch Lord Haldane der englischen Regierung eine vertrauliche Andeutung in diesem

---

* Siehe Nr. 11389.

** Tatsächlich geschah das erst am 15. April, nachdem in der Begründung des am 15. März dem Auswärtigen Amt vom Reichsmarineamt übersandten Entwurfs noch einige Änderungen vorgenommen waren. Am 16. hatte Reichskanzler von Bethmann Hollweg deswegen an Admiral Tirpitz geschrieben: „Der dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amtes übersandte Entwurf der Marinevorlage enthält in der Begründung den Satz, daß die erste Schlacht voraussichtlich sehr bald nach der Kriegserklärung stattfinden wird. Im Hinblick auf die unheilvolle Wirkung, die dieser Hinweis auf die öffentliche Meinung Englands haben würde, beehre ich mich Ew. pp. zu ersuchen, diesen Satz aus der Begründung zu entfernen und auf eine anderweitige Formulierung Bedacht zu nehmen." (Vgl. auch A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 327.) Dem Wunsche des Reichskanzlers wurde Rechnung getragen.

Sinne zukommen zu lassen. Als geeignetster Ausgangspunkt für die Wiederanknüpfung der Verhandlungen erscheint mir die Aufnahme der Diskussion über das Neutralitätsabkommen. Sollte die englische Regierung, vielleicht in Anlehnung an die hier zwischen mir und Lord Haldane diskutierten Formeln, mit einem bestimmten, natürlich nur für den Fall einer Verständigung auch in der Rüstungsfrage für sie verbindlichen Vorschlag hervortreten, so würde sie damit ihrer endgültigen Stellungnahme nicht präjudizieren, mir aber eine Grundlage bieten, Seine Majestät zu einem weiteren Entgegenkommen in der Flottennovelle bestimmen zu können. Es liegt auf der Hand, daß jedes weitere Zögern der englischen Regierung uns unsere Stellung der öffentlichen Meinung gegenüber erschwert, die die angekündigten Wehrvorlagen ungeduldig erwartet.

Zu Ihrer persönlichen Information bemerke ich noch folgendes: Ballin hat hier mitgeteilt, Sir Ernest Cassel sei durch Mitglieder des englischen Kabinetts telegraphisch aus Paris nach London zurückberufen worden, wo er morgen abend eintrifft. Angeblich soll Churchill Cassel haben wissen lassen, daß er das Bautempo 1913 und 1916 akzeptiere, um Haldane nicht zu desavouieren, daß aber unsere Personalvermehrungen Bedenken bei ihm hervorriefen.

Ew. pp. bitte ich festzustellen, ob die erneute Heranziehung Cassels richtig ist, und bejahendenfalls dortiger Regierung anzudeuten, daß wir uns versprächen, schneller zum Ziele einer Verständigung zu gelangen, wenn die weiteren Verhandlungen auf dem seit der Mission Haldanes beschrittenen amtlichen Wege fortgeführt würden unter Ausschaltung privater und unverantwortlicher Mittelspersonen, durch die nur zu leicht Verwirrung und Mißverständnisse hervorgerufen werden würden.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 11395

Neuer Entwurf für ein deutsch-englisches Abkommen

Unsignierte und undatierte Reinschrift*

[pr. 12. März 1912]

1. Die hohen Vertragschließenden versprechen sich gegenseitig Frieden und Freundschaft.

---

* Der Entwurf, der eine Vermittlung zwischen den bisherigen Formeln für ein Neutralitätsabkommen anstrebte, wurde am 12. März dem zu kurzem Urlaub in Berlin eingetroffenen Botschaftsrat von Kühlmann übergeben. Die Absicht war offenbar die, daß er zwar nicht offiziell der englischen Regierung überreicht, aber von der Botschaft in London dazu benutzt werden sollte, um bei weiteren Verhandlungen mit der englischen Regierung, wie sie erhofft wurden (vgl. Nr. 11394), als Direktive zu dienen. Vgl. Nr. 11400.

2. Sie wollen sich weder gegenseitig angreifen noch einen Angriff aufeinander vorbereiten, noch irgendeiner Kombination oder einem aggressiven Plan gegeneinander beitreten und weder allein noch in Verbindung mit einer anderen Macht an irgendeiner maritimen oder militärischen Unternehmung teilnehmen, welche gegen den anderen gerichtet ist. Sie erklären, zurzeit durch keine Verpflichtung dieser Art gebunden zu sein.

3. Sollte einer der hohen Vertragschließenden in einen Krieg mit einer oder mehreren Mächten verwickelt werden, bei welchem man nicht sagen kann, daß er der Angreifer war, so wird ihm gegenüber der andere zum mindesten eine wohlwollende Neutralität beobachten und für die Lokalisierung des Konflikts bemüht sein. Die hohen Vertragschließenden verpflichten sich gegenseitig, sich über ihre Haltung zu verständigen, falls einer von ihnen durch offenkundige Provokation eines Dritten zu einer Kriegserklärung gezwungen sein sollte.

4. Die aus vorstehendem Artikel sich ergebende Pflicht zur Neutralität tritt nicht ein, insoweit sie mit den zurzeit bestehenden Bündnissen nicht vereinbar ist, die die hohen Vertragschließenden abgeschlossen haben.

5. Die Vereinbarung von neuen Verträgen, die es einem der Vertragschließenden unmöglich machen, über die vorstehenden Einschränkungen hinaus dem anderen gegenüber seine Neutralität zu wahren, wird gemäß der Verabredung unter Artikel 2 ausgeschlossen.

6. Die Vertragschließenden erklären, alles in ihrer Macht Stehende tun zu wollen, um Mißverständnisse und Meinungsverschiedenheiten untereinander oder mit dritten Mächten zu vermeiden.

Übersetzung.

1. The high contracting powers assure each other mutually of their desire of peace and friendship.

2. They will not either of them make or prepare to make any (unprovoked) attack upon the other or join in any combination or design against the other for purposes of aggression or become party to any plan or naval or military enterprise alone or in combination with any other power directed to such an end. And declare not to be bound at present by any such engagement.

3. If either of the high contracting parties becomes entangled in a war with one or more powers in which it cannot be said to be the aggressor, the other of the high contracting parties will at least observe towards the power so entangled a benevolent neutrality and use its utmost endeavour for the localisation of the conflict. If either of the high contracting parties is forced to go to war by obvious provocation from a third party they bind themselves to enter into an exchange of views concerning their attitude in such a conflict.

4. The duty of neutrality which arises of the preceding article has no application in so far as it may not be conciliable with existing agreements which the high contracting powers have already made.

5. The making of new agreements which render it impossible for either of the contracting powers to observe neutrality towards the other beyond what is provided by the preceding limitation, is exclused in conformity with the provision in article 2.

6. The high contracting parties declare that they will do all in their power to prevent differences and misunderstandings arising between either of them and other powers.

Nr. 11396

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

London, den 11. März 1912

Euerer Exzellenz beehre ich mich anliegenden Bericht des Marineattachés zu übersenden: Nr. 132 vom 11. d. Mts., betreffend: Englische Presse und Novelle*.

Hierzu ist zu bemerken:

Die große englische Presse ist zur Genüge geschult, um zu wissen, welche Fragen der auswärtigen Beziehungen sie zu einem gegebenen Zeitpunkt im Interesse des Landes in den Kreis ihrer Betrachtungen ziehen soll, und welche sie zu übergehen hat. Dazu bedarf es keiner Aufforderung der Regierung, die auch gar nicht den Einfluß auf die oppositionelle Presse besitzt, der in dem Bericht des Marineattachés vorausgesetzt wird. Einzelheiten über den Inhalt der deutschen Flottennovelle waren seit lange in unseren Zeitungen durchgesickert. Die englische Presse enthielt sich im allgemeinen der Kritik, weil sie eine Polemik vermeiden wollte. Sie wollte kein Wasser auf unsere Mühlen gießen in der Hoffnung, daß unsere Novelle geringer ausfallen würde. Seit einigen Tagen wird die Novelle in unserer Presse als ein fait accompli behandelt, und ihr Inhalt ist immer deutlicher besprochen worden. Die hiesige Presse glaubt nun auch an das fait accompli, und damit fällt die Hoffnung auf eine Änderung der Novelle und zugleich auch der Grund für die Rückhaltung, welche sie sich bis dahin im allgemeinen Interesse auferlegt hatte.

Ich bin nun keineswegs der Ansicht, daß hier wieder eine scare vorbereitet wird. Die Engländer lernen durch Erfahrung. Sie werden ruhig diejenigen maritimen Gegenmaßnahmen ergreifen, die sie für

* Siehe Anlage.

notwendig erachten, wobei sie natürlich auf unsere Novelle exemplifizieren werden. Nur für den durchaus unwahrscheinlichen Fall, daß die englische Regierung keine Gegenmaßregeln dem Parlamente unterbreitet, wird eine allgemeine Agitation entstehen, um die Regierung zu einer Verstärkung der Seestreitkräfte zu zwingen.

Auch der Charakter der scare der letzten Jahre ist von dem Marineattaché nicht richtig gezeichnet. Eine scare bedeutet ein plötzliches Erschrecken und heißt ungefähr soviel wie Panik. Nicht wir, wie der Marineattaché annimmt, sondern die englische Nation sollte erschreckt und die englische Regierung sollte beeinflußt werden, um sie für Marinezwecke opferwillig zu stimmen. Dies ist erreicht worden. Eine neue scare wäre daher überflüssig.

Die Frage schließlich, ob wir oder die Engländer ein Wettrüsten finanziell länger aushalten, entscheidet der Marineattaché zu unseren Gunsten. Ich will hierüber kein Urteil fällen und ziehe es vor, dasselbe der Finanzbehörde zu überlassen.

P. Metternich

Anlage

Der Marineattaché in London Korvettenkapitän Widenmann an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Abschrift

Nr. 132 London, den 11. März 1912

Das Schweigegebot, das im Hinblick auf Deutschlands Volksstimmung seit Herbst 1911 über der englischen Presse lastete, ist bisher von den meisten ernsteren Blättern mit Ausnahme des „Observer“ und der „Pall Mall“ eingehalten worden. Die Nachrichten über Deutschlands Flottenpläne waren bisher daher auch äußerst spärlich und vorsichtig gehalten und ließen ohne weiteres den hinter der angeblich freien Presse Englands stehenden Einfluß des Kabinetts erkennen. Nur Mr. Garvin, der energischste und deutschfeindlichste jüngere Verleger, der neuerdings außer der Leitung des „Observer“ auch die der „Pall Mall“ übernommen hat, hatte sich schon seit langem von der übrigen Presse emanzipiert und in dem Scare-Ton früherer Zeiten gegen Deutschland geschrieben.

Heute nun scheint der Bann aufgehoben zu sein, denn alle Morgenblätter bringen außer beinahe wörtlich gleichlautenden Angaben über die kommenden englischen Naval Estimates Leitartikel gegen das deutsche Marineprogramm. Mehr oder weniger alle Schreiber gipfeln in der versteckten Drohung, daß die deutschen Anstren-

gungen nutzlos sein und nur den einen Erfolg haben werden, daß der „Two-to-One-Standard“ jetzt eingeführt werden müsse. Ebenso wie das maßlose englische Scare-Geschrei früherer Jahre auf schwächliche Gemüter in Deutschland berechnet war, ebenso hofft man vielleicht noch jetzt in elfter Stunde durch einen neuen scare auf Deutschland zu wirken. Daß ein solcher kommen werde, gaben englische Preßleute schon seit langem offen zu, sie verhehlten sich dabei aber selbst nicht, daß die Wirkung, soweit Deutschland in Frage kommen werde, nicht von Bedeutung sein könne. Der von England so gern angewendete „bluff“ hat eben doch an Eindruck verloren, da er sich allzu häufig wiederholt, und da das nationale Gefühl Deutschlands gerade ihm gegenüber erwacht ist.

Es wäre daher auch jetzt ganz falsch, wenn man sich in Deutschland irgendwie von englischem Pressegeschrei oder Drohungen im Parlament, die folgen werden, beeinflussen lassen wollte.

Selbst wenn das heute veröffentlichte englische Bauprogramm*:

4 capital ships
+ 2 contingent capital ships (im Falle die Novelle den Vermehrungsbau im Jahre 1912 bringt)

mit den wirklichen Plänen des englischen Kabinetts übereinstimmt, so ändert sich die Gesamtlage kaum.

In den Jahren 1905—1911 sind capital ships bewilligt:

Deutschland = 21
England (außer Kolonien) = 30
} etwa $^2/_3$

---

* Am 13. erstattete Widenmann (Nr. 134) einen eingehenden Bericht über die „Navy Estimates“ pro 1912/13. Es heißt in diesem Bericht unter anderem: „Gestern abend sind die lang erwarteten Navy Estimates für das kommende Etatsjahr veröffentlicht worden.
Die späte Ausgabe ist zweifellos damit zu erklären, daß man auf die Veröffentlichung der deutschen Flottenpläne gewartet hat. Nur diese sind bei der Aufstellung des jetzt herausgegebenen englischen Bauprogramms und der Personalvermehrungen maßgebend gewesen, ebenso wie von ihnen die spätere Einbringung von ‚supplementary Estimates‘ abhängig sein wird. Hierüber läßt der Eingangssatz des ‚statement‘ des ‚First Lord‘ keinen Zweifel. Dieser heißt:
‚These Estimates have been framed on the assumption that the existing programmes of other naval Powers will not be increased. In the event of such increases, it will be necessary to present supplementary Estimates, both for men and money.‘
Die erhofften Ersparnisse gegen das Vorjahr sind nur 0,3 Millionen £, die vollends verschwinden werden, wenn die supplementary estimates erst eingebracht sind. Diejenigen Parteirichtungen, die auf eine Verminderung der Ausgaben gerechnet hatten, bringen daher schon in ihren Blättern ihre Enttäuschung zum Ausdruck; sie werden sich aber aller Wahrscheinlichkeit nach in das Unvermeidliche finden und dem Kabinett keine Abstriche machen.“

Sollte der deutsche Vermehrungsbau der Novelle im Jahre 1912 bewilligt werden, so stehen die Zahlen:

Deutschland	= 24	$^2/_3$
England (4 + 2)	= 36	

Ohne diesen Vermehrungsbau:

Deutschland	= 23	etwa $^2/_3$
England	= 34	

Dieser Punkt wird daher auch von den englischen Blättern nicht erwähnt, da sonst der Bluff aufgedeckt und der scare infolgedessen wertlos werden würde. Sie legen den Schwerpunkt auf die Kosten des diesjährigen Bauprogramms und der notwendigen Personalvermehrung und beklagen sehr richtig, daß durch letztere, die in England erheblich mehr kostet wie in Deutschland, das englische Budget besonders in Anspruch genommen werden müsse. Darin liegt aber andererseits der Vorteil Deutschlands. Die englischen Schreiber entkräften durch diesen Hinweis am besten das so häufig in Deutschland gehörte, die Situation gänzlich verkennende Argument, daß das deutsche Rüsten nutzlos sei, da Englands pekuniäre Überlegenheit den Sieg in dem latenten Kampf behalten werde.

Wenn man dieses Argument vorbringt, so muß man es aber auch stützen können, sonst wird es wertlos. Nur aus einem Vergleich der beiderseitigen Kosten kann man schließen, ob der latente Kampf zwischen den Seerüstungen beider Länder für Deutschland nutzlos ist.

Rechnet man den Anschaffungswert eines capital ships zu rund 50 Millionen Mark, so wird Deutschland für sein ausgebautes Flottengesetz bezahlt haben:

$$61 \times 50 \text{ Millionen} = 3050 \text{ Millionen Mark.}$$

Wollte England hiergegen wirklich den von Heißspornen so häufig gepredigten Two-to-One-Standard halten, so würde es

$$2 \times 61 \times 50 \text{ Millionen} = 6100 \text{ Millionen Mark}$$

zahlen müssen.

Rechnet man ferner, daß England etwa das Dreifache für sein Personal zahlt wie Deutschland, und daß dies Personal entsprechend der doppelten Schiffszahl auch etwa doppelt so stark sein müßte wie das Deutschlands, so wird England so gewaltige Summen zahlen müssen, daß kein Chancellor of the Exchequer das nötige Geld wird schaffen können.

Mir scheint daher der englische Hochmut, der sich durch den Hinweis auf den größeren Reichtum des Landes äußert, nur ein Bluff, der vor dem festen Willen Deutschlands schließlich zurückweichen muß.

(gez.) Widenmann

Nr. 11397

*Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II.**

Ausfertigung

Berlin, den 14. März 1912

Zu dem ehrerbietigst beigefügten Bericht des Marineattachés in London** wollen Euere Kaiserliche und Königliche Majestät mir allergnädigst die folgenden Bemerkungen gestatten:

Die große englische Presse ist zur Genüge geschult, um zu wissen, welche Fragen der auswärtigen Beziehungen sie zu einem gegebenen Zeitpunkt im Interesse des Landes in den Kreis ihrer Betrachtungen ziehen soll, und welche sie zu übergehen hat. Sie unterscheidet sich in dieser Hinsicht vorteilhaft von der deutschen. Sie bedarf für die Regelung ihrer Sprache somit keiner Aufforderung der Regierung, die auch gar nicht den Einfluß auf die oppositionelle Presse besitzt, der in dem Bericht des Kapitän Widenmann vorausgesetzt wird. Durch ohne mein Vorwissen erfolgte vorzeitige[1] Mitteilung der geplanten Flottennovelle an Redaktionen deutscher Blätter von seiten des Reichsmarineamts sind Einzelheiten über ihren Inhalt in unseren Zeitungen durchgesickert. Die englische Presse enthielt sich zunächst im allgemeinen der Kritik, weil sie eine Polemik vermeiden wollte. Seit einigen Tagen wird aber die Novelle in unserer Presse vielfach als fait accompli behandelt und damit entfällt naturgemäß auch für die englische Presse der Grund zu der Zurückhaltung, die sie sich bis dahin auferlegt hatte. Als ein scare läßt sich die Sprache der englischen Blätter bis jetzt aber durchaus nicht charakterisieren. Nur für den durchaus unwahrscheinlichen Fall, daß die englische Regierung keine Gegenmaßregeln dem Parlament unterbreiten sollte, würde eine allgemeine Agitation entstehen, um die Regierung zu einer Verstärkung der Seestreitkräfte zu zwingen. Diese Agitation wird aber ebensowenig wie im vorigen Jahre darauf berechnet sein, einen scare in Deutschland hervorzurufen. Sie wird vielmehr bezwecken, was der Marineattaché ganz zu verkennen scheint, das englische Volk und die englische Regierung auf die durch unsere Flottennovelle drohenden Gefahren[2] aufmerksam zu machen und für Marinezwecke opferwillig zu stimmen.

Ich darf schließlich noch alleruntertänigst berichten, daß nach mündlicher Meldung des vorgestern in Privatangelegenheiten zu einem kurzen Urlaub hier eingetroffenen Botschaftsrats von Kühl-

---

* Veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 326 f.
** Siehe Nr. 11396, Anlage.

mann Sir E. Grey eine Antwort auf unser Memorandum betreffend Flottennovelle und ein allgemeines Abkommen in Aussicht gestellt hat, sobald die Feststellung im Ministerrat erfolgt sei.

v. Bethmann Hollweg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
1 !
2 ! Donnerwetter das ist stark!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Wir müßen nur bald veröffentlichen *

Nr. 11398

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 11. März 1912
[pr. 14. März]

Sir Edward Grey hat mir eine Antwort auf unser letztes Memorandum, betreffend unsere Verhandlungen im allgemeinen und die englische Admiralitätsaufzeichnung im besonderen, in Aussicht gestellt, nachdem er sich mit dem Ministerrat ins Benehmen gesetzt haben wird. Nachdem die Flottennovelle nunmehr feststeht ** und daher kein Objekt zum Verhandeln mehr bildet, ist nicht anzunehmen, daß die politische Formel, wenn die englische Regierung überhaupt noch darauf eingeht, markant ausfallen wird. Das englische Kabinett wird schon durch die Haltung der konservativen Partei gegenüber der Flottennovelle gezwungen sein, von weitgehenden Abmachungen Abstand zu nehmen. Der alte Lord Morley drückte mir dies in kolloquialer Form so aus, daß er sagte, man würde in England die Minister als idiots betrachten, wenn sie bei notwendig werdender starker Vermehrung der Rüstungen infolge unserer Novelle weitgehende Zugeständnisse und Abmachungen mit uns eingingen. Eine scare wird meines Dafürhaltens nicht eintreten. Dagegen werden sie hier ruhig diejenigen navalen Maßnahmen treffen, die sie für notwendig halten. Da wir den größten Teil unserer Flotte dauernd in aktiven Zustand setzen, so werden sie Ähnliches bei sich vornehmen und eine noch stärkere Konzentrierung ihrer Flotten in den heimischen Gewässern und in deren Nähe betreiben, ebenfalls eine Personalvermehrung schaffen und für jedes Schlachtschiff über das Flottengesetz hinaus zwei bauen. Der hiesige Marineattaché hält

* Der bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 327 hier folgende Satz: „Standpunkt nach wie vor hoffnungslos! Wilhelm I. R." ist auf dem Original offenbar nachträglich ausradiert worden.

** Das nahm Graf Metternich irrtümlich auf Grund der zahlreichen Pressemeldungen über den Inhalt der Flottenvorlage an.

diese angesagten Maßregeln, wie er berichtet hat, zwar nur für Bluff und erblickt darin keine tatsächliche Verstärkung der englischen Streitkräfte*. Seine Majestät der Kaiser scheint anderer Auffassung zu sein**. Keinesfalls wird aber durch die beiderseitigen neuen maritimen Maßnahmen eine günstige Atmosphäre für eine politische Annäherung geschaffen. Weder hier noch in Deutschland. Bis über die Flottennovelle im Reichstag entschieden sein wird, wird bei uns in der Presse keine Ruhe eintreten.

Die hiesige Regierung hat aber trotzdem aus Gründen der allgemeinen Politik und aus Rücksichten auf die innere Lage den dringenden Wunsch, daß die Verhandlungen nicht abgebrochen werden, und daß der kommende Zustand nicht schlechter als der bisherige wird. Es liegt meines Erachtens in unserem Interesse, diesen Wunsch zu unterstützen. Wir haben hierzu das Mittel an der Hand, indem wir ihre Befürchtungen über den Umfang unserer Personalvermehrungen zu zerstreuen suchen. Die hiesige Regierung legt, nachdem sie Kenntnis von unserer von Lord Haldane zurückgebrachten Novelle genommen hat, weit größeres Gewicht auf die Personalvermehrung als auf die auf eine längere Anzahl von Jahren verteilten drei Mehrbauten. Wenn sie, das heißt die britische Admiralität, dabei zu falschen Schlüssen gelangt, so sehe ich nicht ein, weshalb es gegen unsere Würde verstößt, wenn wir ihr die richtigen Schlüsse ziehen. Flottengesetze sind für den Uneingeweihten nicht immer leicht zu erklären. Ich erinnere mich an Zeiten, wo dies auch bis in die höchsten Kreise hinauf bei uns der Fall war. Für eine fremde Regierung mag die Schwierigkeit noch größer sein. Wir hatten nun von vornherein die Besprechung der Flottennovelle in das Programm unserer Verhandlungen eingestellt. Es ist der englischen Regierung daher nicht zu verübeln, wenn sie uns die Betrachtungen ihrer Admiralität über unsere Novelle mitteilt. Diese steht nun fest und ist daher kein Gegenstand der Verhandlungen mehr. Auch nicht für uns auf politischem Gebiete. Wir können uns nun zwar auf den Standpunkt stellen und sagen: „Die Novelle geht Euch nichts an, und wir lassen uns auf keine Diskussion ein." Das wäre klar. Wir können uns aber auch auf den Standpunkt stellen, daß wir der englischen Regierung freiwillig und ohne Verstimmung Aufschluß erteilen, wo sie eine übertriebene Auffassung hinsichtlich unserer Novelle zeigt. Das wäre politisch und richtig gehandelt, falls wir die Pourparlers auf anderen Gebieten günstig beeinflussen wollen. Es ist mir von dem Auswärtigen Amt eine Aufzeichnung aus dem Reichsmarineamt über das Memorandum der englischen Admiralität zugestellt worden***. Die mündliche Verwertung dieser

* Vgl. Nr. 11392, Anlage.
** Vgl. Nr. 11387.
*** Vgl. Nr. 11375, S. 138, Fußnote.

Aufzeichnung würde mir genügen, um hiesige Übertreibungen und Irrtümer richtig zu stellen. Ich habe auch den Auftrag, dies gelegentlich zu tun, soll aber zugleich Einzelheiten aus der Aufzeichnung des Reichsmarineamts nicht preisgeben. Diese besteht aber ausschließlich aus Einzelheiten. Ich stehe daher vor einer schwer zu lösenden Preisaufgabe und werde mich hüten, aus der Aufzeichnung hier etwas mitzuteilen, da ich mich nicht dem etwaigen späteren Vorwurf aussetzen kann, Marinegeheimnisse preisgegeben zu haben*.

Die in Aussicht gestellte hiesige Antwort auf unser Memorandum wird daher voraussichtlich wieder Bestimmungen unserer Novelle berühren. Dies wird bei uns wieder als unberechtigtes Mißtrauen aufgefaßt werden. Damit kommen wir nicht weiter und ebnen nicht den Boden für koloniale Verhandlungen, bei denen für den Augenblick hauptsächlich ein Resultat zu erwarten ist. Die Novelle ist abgetan. Es ist aber trotzdem nützlich, wenn ich hier nach Wunsch Aufklärung gebe. Denn dadurch wird die hiesige Regierung in die Lage versetzt, ihre eigenen Leute zu beruhigen und der Opposition die Stirn zu bieten. Diese Aufklärung sollten wir meines Erachtens, soweit es die Interessen der Landesverteidigung gestatten, sine ira gewähren. Hierzu muß ich aber genau wissen, was ich sagen darf und was nicht.

Aus meinem heutigen Bericht über meine Besprechungen mit Sir Edward Grey und Herrn Harcourt** werden Sie ersehen, wie es augenblicklich mit den kolonialen Verhandlungen steht. Die hier gewünschte Veröffentlichung unseres Geheimvertrages von 1898, hervorgerufen durch Enthüllungen in der Berliner „Presse-Zentrale" und durch anscheinende Verletzung des Amtsgeheimnisses durch den Herrn von Eckardstein***, halte ich auch aus dem Grunde für äußerst bedenklich, weil dadurch der Widerstand der Portugiesen gegen etwaige wirtschaftliche Betätigung deutschen Unternehmungsgeistes in ihren Kolonien hervorgerufen werden würde. Die Engländer sind uns zwar immer voraus in wirtschaftlicher Betätigung in Territorien, wo sie sich später festsetzen wollen. Wir warten gewöhnlich, bis der Assessor und die Schutztruppe kommen. Trotzdem ist zu wünschen und zu hoffen, daß auch wir in den portugiesischen Kolonien wirtschaftliche Werte schaffen durch Erwerbung von Konzessionen an Unternehmungen, die wir dann verteidigen und somit politische Ansprüche begründen können.

---

* Am 16. März erhielt Graf Metternich darauf durch Telegramm Nr. 67 folgende Weisung: „Ew. pp. sind ermächtigt, Inhalt der Anlage zu Erlaß Nr. 303 in inoffizieller Weise zu Widerlegung tatsächlicher Irrtümer in dem Memorandum der englischen Admiralität zu verwerten. Amtliche Verhandlungen über Inhalt der Flottennovelle sind zu vermeiden."

** Siehe denselben in Kap. CCXLIV, Nr. 11437.

*** Erster Sekretär bei der Botschaft in London 1899/1902.

In der Bagdadbahnfrage hat die englische Regierung vorläufig ihre Hoffnungen auf die Türken gesetzt. Es weht hier jetzt ein türkophiler Wind.

Es zeigt sich immer mehr, wie gefährlich es ist, private channels, auf deutsch: unterirdische Kanäle, für wichtige Verhandlungen zu benutzen*. Diese Herren verwechseln leicht ihre eigenen Ansichten mit denen der Regierung, für die sie sprechen. Schon die mise en scène der Casselschen Anträge verrät den Dilettanten. „Anerkennung der englischen Superiorität zur See" ist, wie ich inzwischen habe feststellen können, hier nie verlangt worden**. Eine solche leere und nur irritierende Formel ohne praktischen Wert hat Sir Edward Grey nicht erfunden. Auch glaube ich nicht an die Cassel-Ballinsche Meldung, daß Lord Haldane ermächtigt war, die Frage der Annektierung Ägyptens in die Verhandlungen zu ziehen***. Die englische Regierung wünscht meiner Ansicht nach durchaus nicht durch theoretische Ansprüche die Türkei zu brüskieren. Dagegen möchte sie die internationalen Fesseln in Ägypten los werden.

Selbst der ausgezeichnete Haldane scheint in der Freude der Feststimmung weiter gegangen zu sein, als seine Kollegen es ihm gestattet hatten. Hier wird wenigstens glatt in Abrede gestellt, daß er Sansibar und Pemba gegen Timor ausbieten durfte.

P. Metternich

Nachschrift

Dieser Brief war fertiggestellt, als ich Ihre heutige amtliche Mitteilung† erhielt. Dadurch kann sich wieder manches ändern. Mein Brief war unter der Voraussetzung geschrieben, daß die Novelle feststeht.

P. Metternich

---

* Vgl. Nr. 11394.

** Vgl. Nr. 11347, Anlage I. An dem offiziellen Charakter des Sir E. Cassel mitgegebenen Memorandums, das die Formel „Anerkennung der englischen Superiorität zur See" enthielt, ist nach den Angaben Churchills (The World Crisis 1911—1914, p. 95) doch nicht zu zweifeln. Wenn nicht Sir E. Grey, so war vielleicht Churchill selbst der Vater der Formel.

*** Am 2. März war dem Grafen Metternich durch Telegramm Nr. 51 zur „vertraulichen Information" mitgeteilt worden: „Nach Mitteilung Herrn Ballins hat Lord Haldane Auftrag gehabt, von uns freie Hand zur Annektierung Ägyptens zu fordern. Sir E. Cassel habe ihm die bittersten Vorwürfe gemacht, diese Forderung nicht vorgebracht, dagegen Sansibar oder Pemba aus der Hand gegeben zu haben."

† Gemeint dürfte Telegramm Nr. 63 vom 12. März (siehe Nr. 11394) sein.

Nr. 11399

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 51 London, den 14. März 1912

Sir E. Grey machte mir heute im Beisein Lord Haldanes einen vom englischen Kabinett genehmigten Vorschlag zu einem politischen Abkommen, bindend für beide Teile unter der Bedingung, daß wir über die Novelle zu einer Verständigung gelangten.

Der Vorschlag lautet:

England will make no unprovoked attack upon Germany and pursue no aggressive policy towards her.

Aggression upon Germany is not the subject and forms no part of any treaty, understandig or combination to which England is now a party, nor will she become a party to anything that has such an object.

Metternich

Nr. 11400

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 52 London, den 14. März 1912

Im Anschluß an Telegramm 51*.

Der englische Vorschlag ist heute morgen im Ministerrat festgesetzt worden. Ich habe Sir E. Grey gesagt, daß ich Zusätze zu machen wünschte. Er war damit einverstanden. Ich werde ihm den von Herrn von Kühlmann von Berlin mitgebrachten Entwurf** vorlegen und insbesondere den § 3 über Neutralität als notwendig bezeichnen.

Metternich

Nr. 11401

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 15. März 1912

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Botschafter in London telegraphiert soeben***:

---

* Siehe Nr. 11399.
** Siehe Nr. 11395.
*** Siehe Nr. 11399.

„Sir E. Grey machte mir heute im Beisein Lord Haldanes einen vom englischen Kabinett genehmigten Vorschlag zu einem politischen Abkommen, der folgenden Wortlaut hat:

‚England will make no unprovoked[1] attack upon Germany and pursue no aggressive policy towards her.

Aggression upon Germany is not the subject and forms no part of any treaty, understanding or combination to which England is now a party, nor will she become a party to anything that has such an object.‘

Der Minister sprach dabei die Erwartung eines Entgegenkommens bezüglich der Flottennovelle[2] aus.“

Graf Metternich ist für den jetzt eingetretenen Fall, daß England uns ein ungenügendes politisches Agreement anbieten sollte, bereits angewiesen, auf der von Euerer Majestät genehmigten Neutralitätsformel zu beharren. Die englische Antwort auf diesen Gegenvorschlag steht noch aus, muß aber nach den dem Grafen Metternich erteilten Instruktionen* in den nächsten Tagen erfolgen[3].

Es dürfte mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die der englischen Regierung seitens ihrer öffentlichen Meinung kürzlich bei Bekanntwerden von Teilen unserer Novelle[4] erwachsen sind, ratsam sein, mit der Veröffentlichung unserer Novelle erst nach Eintreffen der englischen Antwort vorzugehen[5]. Eine Veröffentlichung gerade im Moment der Verhandlungen über das Agreement würde von der englischen Regierung voraussichtlich als eine unnötige Brüskierung[6] aufgefaßt werden.

Zu vorstehendem verfehle ich nicht Euerer Majestät alleruntertänigst zu melden, daß die gestern hier versammelten Minister der Bundesstaaten der Heeres- und Flottenvorlage im Prinzip zugestimmt haben und ebenso darüber einig waren, daß das Reichsschatzamt im Verein mit den hier anwesenden bundesstaatlichen Finanzministern so rasch als möglich die Deckungsvorlage ausarbeiten sollten, über deren Grundlagen ebenfalls Einverständnis herrschte. Die beiden Wehrvorlagen werden dann zusammen mit der Deckungsvorlage dem Bundesrat zur ordnungsmäßigen Beschlußfassung zugehen. Es entspricht den bisher befolgten Grundsätzen und Gepflogenheiten, daß die Vorlagen erst in diesem Stadium der Sache veröffentlicht werden[7]. Da der Beschlußfassung des Bundesrats in der allernächsten Zeit entgegenzusehen ist, können dann die beiden Wehrvorlagen veröffentlicht werden. Mit der Veröffentlichung der Deckungsvorlage dürfte dagegen besser bis zu dem Momente gewartet werden, wo

---

* Vgl. Nr. 11394.

sie dem Reichstag zugeht. Sie würde sonst während der Reichstagsferien nur unnötig den Gegenstand des Parteihaders bilden.

v. Bethmann Hollweg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Worin soll die Provokation liegen? Wer entscheidet das?
[2] Nein!
nicht über das hinaus was die Haldanesche Basis bietet!
[3] oder auch nicht!?
[4] ?
[5] natürlich! Jeder Grund genügt um nur die Veröffentlichung hinten anzuhalten!
[6] war die Veröffentlichung der Estimates in diesem Augenblick keine Brüsquirung von uns!?
[7] !

Nr. 11402

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm
Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 66 Berlin, den 15. März 1912

Nachdem gestern durch bundesstaatliche Minister Flottennovelle genehmigt und über Deckungsfrage prinzipielle Entscheidung erfolgt ist, läßt sich Veröffentlichung nur mit größten Schwierigkeiten noch einige Tage hinausschieben. Größte Beschleunigung daher dringend geboten, insbesondere auch hinsichtlich Bekanntgabe englischer Wünsche bezüglich Flottennovelle*. Entgegenkommen wird im Hinausschieben Neubauten leichter möglich sein als in Herabsetzung Mannschaftsvermehrungen.

Kiderlen

---

* Am 16. telegraphierte darauf Graf Metternich (Nr. 53): „Weitere Entscheidung fällt hier morgen." Umgehend erfolgte telegraphisch die Weisung (Nr. 67): „Entscheidung und überhaupt alle wichtigeren Phasen der Angelegenheit bitte umgehend telegraphisch zu melden." Noch am gleichen Tage ging ein weiteres Telegramm an den Botschafter (Nr. 68): „Dringend erwünscht, daß englische Antwort morgen hier vorliegt." Tatsächlich liefen die Mitteilungen Graf Metternichs über die neuen Vorschläge der englischen Regierung am Mittag des 17. ein. Siehe das folgende Schriftstück.

Nr. 11403

*Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 54 London, den 17. März 1912

Nach heutiger erneuter Ministerratssitzung schlägt Sir E. Grey folgendes Abkommen vor für den Fall einer Einigung über die Flottennovelle:

The two powers being mutually desirous of securing peace and friendship between them, England declares that she will neither make nor join in any unprovoked[1] attack upon Germany and pursue no aggressive policy towards her.

Aggression upon Germany is not the subject and forms no part of any treaty, understanding or combination to which England is now a party, nor will she become a party to anything that has such an object. Der Zusatz „nor join in any" impliziere deutlich Neutralität im Falle unprovozierten[2] Angriffs. Das Abkommen, falls es zustande kommt, werde auch der Welt gegenüber diese Absicht der beiden Regierungen dartun. Die Absicht der Neutralität gehe auch aus den Schlußzeilen des vorgeschlagenen Abkommens hervor.

Er wolle mir offen sagen, weshalb die englische Regierung Anstand nehme, das Wort neutral oder Neutralität in das Abkommen aufzunehmen. (Ich hatte vorgeschlagen, worüber der heutige Ministerrat beriet, an das Ende des Abkommens zu setzen: „England will therefore as a matter of course observe at least a benevolent neutrality[3] should war be forced upon Germany." Sir E. Grey war von vornherein gegen ein diplomatisches Dokument in Paragraphen nach Art des mir von Berlin aus zur Verfügung gestellten Entwurfes**. Er zog eine kurze für die Öffentlichkeit bestimmte Fassung vor, die von jedermann sofort verstanden werden könne und nicht etwa zu verschiedener Auslegung Anlaß gebe. Da ich sah, daß er den mir zur Verfügung gestellten Entwurf nicht als Grundlage zu unseren Verhandlungen annehmen wollte, so drängte ich auf Annahme meines Zusatzes, damit die Neutralität ausdrücklich erwähnt werde. Auch die abgeschwächte Form „England will therefore as a matter of course remain neutral if" usw.[4] schlug ich vor.)

Er müsse bei dem vorgeschlagenen Abkommen nicht nur die Beziehungen zu Deutschland, sondern auch zu anderen Ländern berücksichtigen. Der Wunsch nach Verständigung mit Deutschland sei

* Teilweise bereits veröffentlicht in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 8. September 1915 (Nr. 249). Die hier wiedergegebene Fassung des Schriftstücks enthält einige geringfügige Änderungen des ursprünglichen Telegrammtexts, die im Auswärtigen Amt mit Rücksicht auf den Kaiser vorgenommen wurden; vgl. S. 182, Fußnoten *** und †.

** Siehe Nr. 11395.

aufrichtig. Trotzdem müsse die englische Regierung mit der Tatsache der wachsenden Seemacht Deutschlands rechnen, . . .* mit der Novelle eine bedeutende Verstärkung erfahren werde. England könne daher nicht seine bisherigen Freundschaften aufs Spiel setzen. Ein direktes Neutralitätsabkommen würde unbedingt die französische Empfindlichkeit reizen[5]. Dies müsse die englische Regierung vermeiden. Er werde der französischen Regierung keinen Zweifel darüber lassen, daß sie bei einer aggressiven Politik gegen Deutschland auf die Unterstützung der englischen Regierung nicht rechnen könne. Er könne aber nicht so weit gehen, die Freundschaft mit Frankreich zu gefährden[6]**. Insbesondere auch nicht aus folgenden Gesichtspunkten: Er sei bei dem absoluten Vertrauen, das er in die Person und in die Politik des Herrn Reichskanzlers setze, der festen Überzeugung, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und England sich bessern würden. In dieser Auffassung stehe er nicht allein, sondern sie werde vom englischen Kabinett geteilt. Er sei ferner der festen Überzeugung, daß etwaige Schwierigkeiten, die zwischen den beiden Regierungen entstehen könnten, keine unerfreulichen Dimensionen annehmen würden, solange die deutsche Politik von Seiner Majestät*** im Sinne des Herrn Reichskanzlers geleitet werde[7]. Das feste Vertrauen, welches er in den Herrn Reichskanzler setze, sei noch gewachsen infolge der Eindrücke, die Lord Haldane aus Berlin zurückgebracht habe. Er gehe noch weiter und verbürge sich, daß die englische Politik in dem Sinne des von ihm vorgeschlagenen Abkommens geführt werde, solange für die deutsche Politik der Herr Reichskanzler verantwortlich sei †[8], auch wenn der Abschluß des Abkommens für den Augenblick an der Novelle scheitern sollte, da ein Abkommen mit gleichzeitiger starker Rüstungsvermehrung nicht zu vereinbaren sei. Ein Neutralitätsabkommen sei aber in seinen Wirkungen unabhängig von Persönlichkeiten[9]. Die englische Regierung müsse daher auch an den Fall denken, wo mit neuen Persönlichkeiten einmal eine Änderung in der verantwortlichen Leitung der Reichspolitik eintreten werde[10], daher könne sie über das vorgeschlagene Abkommen nicht hinausgehen und nicht das Risiko laufen, eines Tages die französische Freundschaft verscherzt zu haben[11] und zwischen zwei Stühlen zu sitzen. Das vorgeschlagene Abkommen dagegen genüge, um vertrauensvolle und den Frieden sichernde Beziehungen zwischen

* Zifferngruppe fehlt.

** Durch diese Äußerungen Sir E. Greys, die auf lebhafte französische Vorstellungen gegen den Abschluß eines englisch-deutschen Neutralitätsabkommens schließen lassen, wird gestützt, was Iswolsky in seinem Schreiben an Sasonow vom 5. Dezember 1912 über die französische Gegenwirkung erzählt. Vgl. Nr. 11 379, S. 144, Fußnote **.

*** Die Worte „von Seiner Majestät" sind im Auswärtigen Amt eingefügt worden.

† In der ursprünglichen Fassung lautete dieser Nebensatz: „solange die deutsche Politik von dem Herrn Reichskanzler geleitet werde".

uns zu schaffen[12], ohne daß England die bestehenden Freundschaften gefährde. Seine Politik sei darauf gerichtet, eine erneute Gruppierung der Mächte in zwei Lager zu vermeiden. In dem türkisch-italienischen Kriege seien seine Anstrengungen schon darauf gerichtet*. Er befürworte daher nur etwaige gemeinsame Demarche aller neutralen Großmächte. Ein Zusammengehen Rußlands und Österreich-Ungarns in der Kriegsfrage sei ihm erwünscht, da dadurch bei deren beiderseitigen Interessen im Balkan ein Antagonismus zwischen . . .** direkt vermieden werde, der zu allgemeinen Komplikationen führen könne. Er glaube hierin auch die deutsche Politik zu unterstützen. Seine Politik, Europa nicht mehr in Lager zu teilen, werde mit der Zeit ihre Früchte tragen.

Sir E. Grey ist bereit, die Verhandlungen über koloniale und territoriale Fragen weiterzuführen.

Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] ?!!! Wer entscheidet darüber?
ganz beschränkte Neutralität! und keine allgemeine!

[2] überläßt es England ganz zu beurtheilen wann der Fall eintritt

[3] richtig

[4] auch verweigert!

[5] aha! also doch!
ohne dieses können wir unsere Novelle nicht im gewünschten Umfange abändern!

[6] also kommen wir doch erst in zweiter Reihe! unerhört!!

[7] umgekehrt, meint er wohl!!

[8] stirbt der plötzlich oder geht er ab, dann hört das sofort auf! unglaublich!!!

[9] gerade das soll es ja!

[10] hängt nicht von denen, sondern von m i r ab! also Mißtrauen in m i c h!

[11] !

[12] nur solange der Herr von Bethmann da ist

Schlußbemerkung des Kaisers:
Ich habe noch niemals in meinem Leben gehört, daß man ein Abkommen nur mit einem und auf einen bestimmten Staatsmann hin, unabhängig vom jeweiligen Souverain abschließt. Aus obigem geht hervor, daß Grey keine Ahnung hat wer hier eigentlich der Herr ist und daß i c h herrsche. Er schreibt mir bereits vor, wer mein Minister sein soll, falls ich mit England ein Agreement schließe.

Nr. 11404

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 56 London, den 17. März 1912

Fortsetzung von Telegramm Nr. 54***.

Da ich geäußert hatte, daß die Angaben des Memorandums der

---

* Vgl. dazu Bd. XXX.
** Zifferngruppe fehlt.
*** Siehe Nr. 11403.

englischen Admiralität über unsere Novelle inkorrekt und übertrieben seien, und auch schon an der Hand der Novelle einzelne Angaben widerlegt hatte, so war Mr. Churchill von Sir E. Grey zu einem Teil unserer heutigen Besprechung zugezogen worden. Mr. Churchill bemerkte, die Novelle sähe mit den Neubauten fünf Geschwader statt der bisherigen vier vor, drei aktive Geschwader statt der bisherigen zwei, Personalvermehrung um 15 000 Mann, Mehrkosten von 13 Millionen Pfund Sterling, sie bedeute daher eine enorme Verstärkung unserer schon starken Flotte und die ständige mobile Bereitschaft des weitaus größten Teils derselben. Bei Lord Haldanes Anwesenheit in Berlin sei hier nur unsere Absicht der Mehrbauten bekannt gewesen, nichts über die anderen Maßnahmen, die er, Mr. Churchill, aufgezählt habe. Daher habe Lord Haldane sich auch nicht darüber äußern können. Er habe kein Urteil abzugeben über die Vermehrung, die wir an unserer Flotte vornähmen. Er könne nur sagen, daß jede Vermehrung über das Flottengesetz hier bedauert werde, weil sie eine entsprechende Vermehrung in England zur Folge habe. Vermehrten wir wenig, so werde in England auch wenig vermehrt. Vermehrten wir stark, wie durch unsere Novelle beabsichtigt, so müsse dies hier auch geschehen. Er werde übermorgen im Parlament die Flottenpläne der hiesigen Regierung darlegen*, und zwar nicht nur wie bisher für das kommende Jahr, sondern für eine Reihe von Jahren. Er folge darin unserem Beispiel, sodaß wir auch klar sehen würden über die englischen Pläne. Dadurch, daß er die hier beabsichtigten Maßnahmen für einen längeren Zeitabschnitt kundgebe, bleibe es beiden Parteien offen, falls sie es wollten, eine Reduktion vorzunehmen.

Ich erwiderte, die Indiensthaltung von aktiven Geschwadern sei nicht gleichbedeutend mit ständiger mobiler Bereitschaft, auch sollten nicht vier Fünftel unserer gesamten Flotte, wie er sage, in Dienst gehalten werden, sondern ein geringerer Teil, Personalvermehrung bis 1920 gebe durchschnittlich im Jahre 1590 Mann. In diesem und den beiden folgenden Jahren seien es 2090 Mann, warf Mr. Churchill dazwischen, worauf ich entgegnete, daß in den Jahren 1918 bis 1920 je 500 Mann weniger gefordert würden, sodaß der Durchschnitt 1590 bleibe, was nicht sehr viel sei. Auch die Mehrkosten, auf die Jahre verteilt, sähen nicht so erschreckend aus, wie seine 13 Millionen Pfund Sterling.

Mr. Churchill drückte ebensowenig wie Sir E. Grey eine Ansicht darüber aus, für welche etwaige Änderung der Novelle sie bereit wären, vorgeschlagenes politisches Abkommen zu schließen. Die hiesige Regierung steht unter dem Eindruck, daß die Novelle eine derartige Vermehrung unserer Seestreitkräfte vorsehe, daß etwaige einzelne

---

* Vgl. Nr. 11411 nebst Fußnote **.

Änderungen das Gesamtresultat wenig affizieren würden, und daß die Mehrausgaben, die sie ihrer Ansicht nach infolge der Novelle vornehmen muß, es ihr nicht ermöglichen, das Abkommen abzuschließen [1]. Nur in dem Fall, daß die Novelle nur ganz geringe Mehrforderungen enthielte und als im Rahmen des bestehenden Gesetzes hingestellt werden könnte [2], würde sie die Verantwortung eines politischen Abkommens der hiesigen öffentlichen Meinung gegenüber auf sich nehmen können [3].

Im Laufe der Besprechung warf Sir E. Grey den Gedanken auf, ob es nützlich wäre, falls wir es wünschten, einen Offizier der englischen Admiralität nach Berlin zu senden, um sich dort in fachmännischen Kreisen über die Novelle informieren zu lassen. Dieser Offizier dürfe aber keinerlei politische Mission haben. Und damit auch der Anschein einer offiziellen Mission vermieden werde, keinen hohen Rang bekleiden. Mr. Churchill erklärte sich einverstanden, falls uns die Entsendung eines Beamten der Admiralität wünschenswert sein sollte.

Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift der Entzifferung:
[1] Also doch gegen die Novelle!
[2] Was soll das heißen!? dann ist es keine Novelle mehr!
[3] !

Nr. 11405

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 17. März 1912

Euere Kaiserliche und Königliche Majestät haben aus den Telegrammen des Grafen Metternich* ersehen, daß uns die englische Regierung bis jetzt noch keine genügende Formel für das political agreement vorgelegt hat, wenn sie auch gegen ihren letzten Vorschlag bereits einen Schritt weitergegangen ist. Aus den Besprechungen, über die Euerer Majestät Botschafter berichtet, geht die Wahrscheinlichkeit hervor, daß bei einigem Entgegenkommen in der Rüstungsfrage unsrerseits auch England sich zu einem unsern Wünschen entsprechenden politischen Abkommen entschließen wird.

---

* Vgl. Nr. 11403 und 11404.

Euere Majestät haben von Herrn Ballin* eine Bestätigung dieser Auffassung erhalten. Diesem hat Mr. Winston Churchill gesagt, daß England, wenn es nicht nach den von ihm öffentlich erklärten Grundsätzen zu Rüstungsvermehrungen gezwungen sei, zu einem political agreement bereit sei; daß aber deutsche Rüstungen, die erheblich über das Flottengesetz hinausgehen, England zu weiteren Rüstungen zwingen würden, und daß ein solches Wettrüsten notwendig innerhalb der zwei nächsten Jahre zum Kriege führen müsse.

Durch eine jetzt erfolgende Veröffentlichung der Flottenvorlage würden die Brücken zu einer Verständigung mit England somit definitiv abgebrochen sein.

Eine Veröffentlichung der Vorlagen in ihrem derzeitigen Stadium — vor Durchberatung im Bundesrat — würde ein ungewöhnlicher Schritt sein. Zu einem solchen liegt nach meinem ehrfurchtsvollen Dafürhalten keine Veranlassung vor. Durch Indiskretionen ist bereits soviel über die Flottenvorlage bekannt, daß in der öffentlichen Meinung kein Verlangen nach einer vorzeitigen amtlichen oder offiziösen Veröffentlichung besteht. Dagegen würden wir uns durch eine solche nur unnötig festlegen und die Möglichkeit einer Verständigung mit England aufs Spiel setzen. Ich kann daher einer Veröffentlichung vor dem allgemein üblichen Termin, das heißt nach Beratung durch den Bundesrat und bei Vorlegung an den Reichstag nur dringend widerraten. Eine solche dem Herkommen widersprechende Veröffentlichung würde keinerlei Nutzen, wohl aber möglicherweise unwiederbringlichen Schaden verursachen.

Noch im Juni hat der Herr Staatssekretär des Reichsmarineamts mündlich und schriftlich das bisherige Flottengesetz als genügend bezeichnet. Die jetzige Novelle ist aus der Aufregung dieses Sommers entstanden auf Grund von Meldungen, die hier einen geplanten Angriff Englands auf unsere Flotte vermuten ließen.

Es hat sich inzwischen herausgestellt, daß England seinerseits einen Angriff von uns befürchtete und deshalb tatsächlich Defensivmaßregeln ergriff. Das hat Herr Ballin heute ausdrücklich bestätigt und dabei noch erfahren, daß die englische Panik durch angebliche Bewegungen deutscher Unterseeboote in englischen Gewässern provoziert gewesen sei[1].

Wir stehen also vor der Frage, ob wir durch die in keiner Weise gebotene und jetzt auch von der öffentlichen Meinung nicht verlangte, gegen das Herkommen vorzeitige Veröffentlichung uns die Möglichkeit einer Verständigung mit England versperren sollen, oder

* Über die Verhandlungen, die der am 16. von seiner Reise nach England wieder in Berlin eingetroffene Ballin mit den englischen Staatsmännern gepflogen hat, ergibt sich aus den Akten nichts Näheres. Man ist hier auf die kurzen Mitteilungen B. Huldermanns in der Biographie A. Ballins (S. 264f.) angewiesen.

ob wir durch die Veröffentlichung der Novelle das Signal zum Wettrüsten geben und damit die Wahrscheinlichkeit eines deutsch-englischen Krieges samt den damit notwendig verbundenen Landkriegen innerhalb dieses oder des kommenden Jahres heraufbeschwören wollen.

Euerer Majestät Befehlen sehe ich alleruntertänigst entgegen.

v. Bethmann Hollweg

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Berlin 18/III 1912 W.
Randbemerkung des Kaisers:
[1] Es war kein Einziges dort!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Die Englische Antwortnote enthebt mich der Stellungnahme zu diesem Schreiben. Sie ist ein Hohn auf die bisherigen Verhandlungen und von einer solchen kaltschnäuzigen Frechheit, daß Weiteres sich erübrigt. Ich lehne dieses Agreement ab. Rathe aber zu Fortführung der Verhandlung in der Art, daß England ins Unrecht versetzt wird, durch Ablehnen **unseres** Vorschlages. Durch Fallenlassen Haldanes hat Engl[ische] Regierung ihre eigene Basis verlassen und umgeworfen und ihn desavouirt. Damit ist das Agreement erledigt. Es fangen nun neue Verhandlungen an auf veränderter Basis. Ich schlage vor England — da es uns die Neutralität aus Rücksicht für Frankreich nicht zugestehen will — statt der Neutralitätsclausel ein Schutz- und Trutzbündniß mit Hineinziehung von Frankreich anzubieten. Lehnt England das ab, hat es sich vor aller Welt flagrant ins Unrecht gesetzt; nimmt es an, ist unsere Situation, Novelle betreffend, vor dem Deutschen Volke eine bessere. Zugleich ist Schön in Paris zu orientiren, daß, obwohl Frankreich sich unerhört gegenüber der deutschen Armee und Nation benommen habe, trotzdem die hiesige Regierung keine bösen Pläne hege, und bei den Verhandlungen mit England, ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben habe Frankreich mit in das Bündniß hinein zu nehmen. Lehnt das auch ab, ist die Sache klar, und wir haben unsere Pflicht gethan. Wird angenommen, ist der Friede Europas gesichert. Das Agreement Haldanescher Verhandlung ist tot. Ich werde nicht mehr auf dasselbe eingehen*!

Wilhelm I. R.

---

* Im Anschluß an seine Schlußbemerkung setzte der Kaiser noch am 18. den Entwurf einer Instruktion an Graf Metternich auf, die indessen nicht zur Absendung gelangte. Sie trug folgenden Wortlaut:
S[eine] M[ajestät] haben nach Kenntnissnahme der Depesche von gestern sein Erstaunen zu erkennen gegeben daß Ew. H[och] w[ohl] Geb[oren] ein solches Schriftstück weitergegeben haben, statt seine Absendung — Uebermittelung — abzulehnen. Die Engl[ische] Regierung lehnt die Zusicherung der Neutralität ab, erklärt das Agreement nur mit einem bestimmten Minister machen zu können und verlangt Herabsetzung der Novelle in einer Art, die einem Fallenlassen gleichkommt. Damit hat die Engl[ische] Regierung ihre eigene Verhandlungsbasis und auch Lord Haldane und seine Abmachungen völlig desavouirt, und ihr eigenes Agreement zu Falle gebracht. S[eine] M[ajestät] wollen von demselben daher absehen, und Verhandlungen auf neuer Basis geführt wissen. Da Frankreich stets wieder in den Vordergrund Seitens Englands geschoben wird, so wünschen S[eine] M[ajestät], dass England der Vorschlag zu einem Schutz- u[nd] Trutzbündniss gemacht werde unter Einbeziehung Frankreichs. Dieser Vorschlag dürfte Sir E. Grey wohl um so mehr zusagen als er Ew. Exz[ellenz] eben erst zu er-

Nr. 11406

*Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich**

Telegramm

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 70 Berlin, den 18. März 1912

Auf Telegramm 54**.

Sir E. Grey will uns für die Zukunft zusichern, daß England keinen unprovozierten Angriff auf Deutschland machen oder sich an einem solchen beteiligen wird. Es läßt das die Folgerung zu, daß

---

kennen gegeben hat, wie sehr er wünsche, dass es gelingen möge die Spaltung Europas in zwei feindliche Lager — 3 Bund, Entente — endlich zu beseitigen. Durch ein solches Bündniss, würden alle grossstaaten Europas zusammengefaßt und in engere Beziehung zu einander geführt werden. Orientirung geht nach Paris ab. Ew. Exz[ellenz] wollen also weitere Verhandlungen das agreement betreffend einstellen. Wilhelm I. R."

Vgl. dazu auch A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 328 ff. Nach einer dort mitgeteilten Aufzeichnung vom 18. März über eine Unterredung mit Kaiser Wilhelm II. hätte Bethmann Hollweg bereits am Abend des 17. auf das Metternichsche Telegramm hin dem Kaiser empfohlen, die Agreementsverhandlungen gänzlich abzubrechen. Am 18. wäre dann der vom Kaiser in seiner obigen Randbemerkung und in dem Instruktionsentwurf ausgesprochene Gedanke, die Verhandlungen noch nicht abzubrechen, sondern mittels des Vorschlages eines Schutz- und Trutzbündnisses mit England unter Einbeziehung Frankreichs fortzuführen, von dem Kanzler glatt akzeptiert worden. Weiter wäre zwischen Wilhelm II. und Bethmann Hollweg am 18. vereinbart worden, die Wehrvorlage noch am gleichen Tage zu veröffentlichen. Wenn diese Angaben der Tirpitzschen Aufzeichnung überhaupt zutreffen, so muß im Laufe des 18. ein Umschwung bei dem (wohl stark von Kiderlen beeinflußten) Reichskanzler erfolgt sein. Denn die am 18. an Metternich gesandte Instruktion (siehe das folgende Schriftstück) nimmt den kaiserlichen Gedanken eines Schutzbündnisses zwischen England, Deutschland und Frankreich keineswegs auf, sondern hält im wesentlichen noch an der bisherigen Basis fest: Fortführung der Verhandlungen über ein Neutralitätsabkommen, Verzicht auf wesentliche Bestandteile der Flottennovelle. Ebensowenig ist am 18. die Veröffentlichung der Wehrvorlagen erfolgt; vielmehr zog sich diese noch bis zum 22. hin, dem Tage der Abfahrt des Kaisers nach Wien, Venedig und weiterhin nach Korfu. Der Kaiser blieb allerdings auch während seines fast sechswöchigen Aufenthalts in Korfu der Auffassung, daß seine Anregung eines Schutzbündnisses mit England weiterverfolgt werde. Auf der Rückfahrt von Korfu telegraphierte er am 8. Mai an den Reichskanzler: „Ich erwarte in Karlsruhe auch Vortrag von Herrn von Kiderlen über Abfassung des von mir befohlenen Bündnisantrags an England an Stelle des gefallenen Agreements." Tatsächlich hat die Abfassung eines solchen Bündnisantrags gar nicht stattgefunden, noch weniger eine Einleitung von Verhandlungen in dieser Richtung.

* Hier vor Nr. 11407 des Zusammenhangs halber eingeordnet, teilweise verwertet in der Veröffentlichung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 8. September 1915 (Nr. 249).

** Siehe Nr. 11403.

wir bis jetzt mit einer solchen Eventualität rechnen mußten. Trotzdem mutet uns der Minister zu, von bereits bekannt gewordenen Rüstungsmaßnahmen Abstand zu nehmen, die nach Ansicht der zuständigen militärischen Stellen für eine wirksame Defensive gegen einen Angriff der vereinigten Flotten der Ententemächte absolut erforderlich sind, ohne uns die erforderlichen Garantien gegen einen solchen Angriff geben zu wollen. Jedenfalls ist bei der Dehnbarkeit dessen, was unter einem unprovozierten Angriff zu verstehen ist, die von Sir E. Grey angebotene Formel in dieser Hinsicht wertlos.

Wenn Sir E. Grey auf die Möglichkeit eines Wechsels in der Haltung der deutschen Politik in der Zukunft hinweist, so übersieht er, daß die deutsche Politik durch das jedenfalls auf einen längeren Zeitraum abzuschließende Abkommen nicht weniger gebunden sein würde als die englische. Denn wenn Sir E. Grey fürchtet, im Fall einer Änderung der deutschen Politik die Freundschaft Frankreichs verloren zu haben, so ist dem entgegenzustellen, daß wir im Fall eines Wechsels in der englischen Politik uns in einem Zustande maritimer Unterlegenheit den Mächten der Tripelentente gegenüber befinden würden, nachdem wir auf die Durchführung der Flottennovelle verzichtet hätten. Hiervon abgesehen aber bietet die Person Seiner Majestät des Kaisers eine Bürgschaft dafür, daß die deutsche Politik auch weiterhin in den friedlichen Bahnen wandeln würde, die sie unter der Regierung Seiner Majestät niemals verlassen hat. Das, was uns die Engländer jetzt anbieten, kann keine Grundlage für ernste Verhandlungen bieten.

Ich bitte, Sir E. Grey unter Verwertung des Vorstehenden keinen Zweifel darüber zu lassen, daß ein die Neutralität Englands verbürgendes, einem Schutzbündnis mit uns nahekommendes Abkommen die absolute Voraussetzung bildet, unter der allein ich bei Seiner Majestät dem Kaiser einen Verzicht auf wesentliche Bestandteile der geplanten Flottennovelle befürworten und der öffentlichen Meinung in Deutschland gegenüber diesen Verzicht würde rechtfertigen können.

Auf dieser Grundlage wollen Euere Exzellenz die Verhandlungen weiterführen und mich über den Fortgang fortlaufend telegraphisch unterrichten.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 11407

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 69 Berlin, den 18. März 1912

Es wäre mir erwünscht, tunlichst bald zu erfahren, welche Anerbietungen unsererseits bezüglich einer Abänderung der Flotten-

novelle dort befriedigen würden. Erforderliche Sondierungen würden nur unter der Hand in nichtamtlicher Form vorzunehmen sein. Herkommen eines englischen Seeoffiziers zu Verhandlungen* halte nicht für empfehlenswert. Ew. pp. übermitteltes Material dürfte Sie instandsetzen, übertriebene Forderungen von vornherein zu verhindern. Bezugnahme auf diese Frage in amtlicher Berichterstattung ist zu vermeiden.

Kiderlen

Nr. 11408

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 57 London, den 17. März 1912

Um jedes Mißverständnis auszuschließen, noch folgendes. Die Lage ist wieder so, wie ich sie von Anfang an gekennzeichnet habe, obwohl nachgefolgte Verhandlungen, an denen ich nicht beteiligt war**, sie zeitweise verdunkelt haben. Politisches Abkommen und Novelle sind unvereinbar, außer wenn diese auf ein Minimum reduziert wird, sodaß überhaupt keine Novelle mehr übrig bleibt. Mr. Churchill bezeichnete in Gegenwart Sir E. Greys jedes Hinausgehen über das Flottengesetz als „heaping Pelion on Ossa". Das mehrere Jahre umfassende Flottenprogramm, welches morgen hier in der Kammer eingebracht wird, richtet sich automatisch nach dem unsrigen. Vermehren wir, wird hier entsprechend vermehrt. Vermindern wir, wird hier entsprechend vermindert. Inzwischen wünscht Sir E. Grey die vertrauensvollen Beziehungen zu Euerer Exzellenz weiter zu pflegen und hofft, daß die Erregung, welche notwendig mit der Vermehrung unserer Flotte hier eintreten wird, sich mit der Zeit wieder legen wird und wir die Verhandlungen für ein politisches Abkommen dann wieder aufnehmen können.

Metternich

Nr. 11409

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

London, den 18. März 1912

Privat für den Herrn Reichskanzler.

Nachdem nun die englische Regierung deutlich zu erkennen gegeben hat, daß sie den Abschluß eines politischen Abkommens

* Vgl. Nr. 11404.

** Gemeint sind die inoffiziellen Verhandlungen, die Ballin in den Tagen vor dem 16. in London geführt hatte.

mit der Einbringung der Novelle für unvereinbar hält, auch in dem politischen Eventualabkommen nicht so weit geht, als wir es wünschen, und bei uns die Novelle nunmehr eingebracht wird, so erscheint es das Gegebene, die Verhandlungen vorläufig ruhen zu lassen, bis sie, wie Sir E. Grey es wünscht, etwa nach einigen Monaten wieder aufgenommen werden können.

Ich wäre dankbar für kurze Mitteilung, ob diese Auffassung derjenigen Euerer Exzellenz entspricht.

Metternich

Randvermerk von Kiderlens:
Dadurch wird an unserer letzten Instruktion* nichts geändert. K.

Nr. 11410

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 58 London, den 19. März 1912

Ich habe Sir E. Grey heute gesagt, daß meine Annahme, sein Vorschlag werde uns nicht genügen, eingetroffen sei, und dann Euerer Exzellenz Auftrag ausgeführt, wobei er sich häufige Notizen machte. Ich habe ihm erklärt, daß nur ein Abkommen „of a far reaching character guaranteeing absolute neutrality" uns befriedigen würde. Sodann habe ich ihm gesagt, die Haltung des englischen Kabinetts sei schwer verständlich. Zuerst werde Lord Haldane nach Berlin geschickt, wo er selbst mit dem Herrn Reichskanzler den Entwurf zu einem neutralen Abkommen aufgesetzt und nur Wünsche mit Bezug auf die beabsichtigten Neubauten der Novelle geäußert habe. Zurückgekehrt und nach hiesiger Kenntnisnahme der Novelle werde diese als Ganzes bemängelt, ohne im einzelnen zu sagen, worin die hiesigen Bedenken bestünden, und zugleich ein Abkommen vorgeschlagen, in dem selbst das Wort „Neutralität" vermieden werde. Dadurch werde jede Handhabe zu einem günstigen Abschluß der Verhandlungen entzogen. Nun halte Mr. Churchill als Schlußstein eine Rede, in der der One-Power-Standard gegen Deutschland als oberster Grundsatz der englischen Marinepolitik hingestellt werde**. Auch dies werde nicht dazu beitragen, die Verhandlungen oder die Beziehungen günstig . . .*** beeinflussen.

---

* Vgl. Nr. 11406.
** Vgl. Nr. 11411, Anlage.
*** Zifferngruppe fehlt.

Sir E. Grey erwiderte, die Rede sei versöhnlich gehalten und behandle allerdings mit Offenheit, was jedermann fühle und wisse. Über den Inhalt meiner Mitteilungen nachdenkend, machte er sodann die auffallende Bemerkung: wenn er zu wählen hätte zwischen einer nochmaligen Marokkokrisis und der Novelle, so würde er die letztere wählen[1], so sehr sei ihm daran gelegen, daß die Beziehungen zu Deutschland nicht durch politische Komplikationen gefährdet würden. Hinsichtlich des Abkommens verlangten wir mehr, als England irgendeiner anderen Nation mit Ausnahme Japans zugesagt habe[2]. Auch nicht an Frankreich oder Rußland. Ich entgegnete, die englische Politik sei seit einer Reihe von Jahren mit diesen beiden Ländern, insbesondere mit Frankreich, nicht in Gegensatz geraten, habe sie vielmehr unterstützt. Diese Länder brauchten daher keine Garantie von England. Mit uns sei die englische Politik aber in derselben Periode mehrmals in gefährliche Gegensätze geraten[3]. Wir benötigten daher eine Garantie der Neutralität.

Mit Frankreich und Rußland, erwiderte der Minister, hätten längere und schärfere Gegensätze[4] bestanden als mit uns. Trotzdem seien diese durch Abkommen, die lange nicht so weit gingen als das uns vorgeschlagene, ausgeglichen worden. Er sehe nicht ein, weshalb England und Deutschland nicht in dieselben freundschaftlichen Beziehungen geraten sollten, wie sie England mit den beiden anderen Ländern habe. Er würde es bedauern, und er sehe keinen zutreffenden Grund dafür ein, wenn meine Mitteilungen bedeuten sollten, daß der Herr Reichskanzler die Fortdauer der angebahnten vertrauensvollen Beziehungen nur im Falle des von mir geforderten Neutralitätsabkommens für wahrscheinlich hielte[5]. Er, der Minister, glaube vielmehr, daß dieselben weiter gepflegt und die Verhandlungen wieder aufgenommen werden könnten[6], sobald die öffentliche Meinung über Novelle und Flottenfrage sich wieder einigermaßen beruhigt habe[7]. Auch sei er bereit, in der Zwischenzeit über territoriale und koloniale Fragen weiter mit uns zu verhandeln[8].

Ich erwiderte, uns komme es hauptsächlich auf das politische Abkommen an[3]; über Kolonialfragen würden wir uns dann unschwer verständigen.

Der Minister wird meine Mitteilungen mit dem Premierminister und dann im Kabinett besprechen und mir dann weitere Nachrichten geben.

Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Aha! also er schluckt sie doch!

[2] wenn England für Japan das ihm sogar als Rasse fernsteht Ausnahmen macht, geht das für uns erst recht. Zumal ich Enkel der Königin bin

[3] richtig

[4] ?!

[5] richtig!
nur dann!
[6] aber nicht über das agreement! auf anderer Basis, Bündniß!
[7] wer hat sie aufgeregt?
[8] sind mir völlig egal, da ihm die Dinge nicht gehören!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Grey handelt wie ein Shylock!
merkt aber, daß er auf Granit gebissen und ist doch betroffen.

Nr. 11411

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 294 London, den 19. März 1912

Zu dem heutigen Bericht Nr. 143 des Marineattachés* beehre ich mich folgendes zu bemerken:

Nachdem die Flottennovelle und ihre Einzelheiten seit Wochen in der deutschen Presse breitgetreten werden, kann es dem Herrn Churchill doch wohl nicht als Vertrauensbruch angerechnet werden, wenn er in seiner Rede mit der Möglichkeit der Einbringung einer Novelle rechnet[1]**.

Linienschiffe können heutzutage nicht mehr im geheimen gebaut werden. Sie müssen unter anderem von den Parlamenten bewilligt werden. Der Marineattaché wittert nun eine Falle in der Zusage des Ersten Lords der Admiralität, hier entsprechend weniger zu bauen, falls in Deutschland mal weniger gebaut würde. Dies würde nach Ansicht des Marineattachés sofort hier benutzt werden, um mehr zu bauen und dadurch das Verhältnis zu unseren Ungunsten zu ändern[2]. Das würden wir doch sofort merken, wenn hier die Zusage gebrochen würde und nicht erst, wenn die Schiffe im Bau begriffen oder fertig wären, so daß wir sofort und ohne Zeit verloren zu haben, unser Bauprogramm ändern könnten. Wo die englische Falle liegt, ist nicht recht verständlich.

P. Metternich

---

* Siehe Anlage.
** Gemeint ist die Rede, mit der Churchill am 18. März den neuen Flottenetat im Unterhaus einbrachte. Über ihren Inhalt vgl. die Anlage; den Text siehe in Parliamentary Debates. House of Commons 1912, Vol. II, p. 1549 ff. Die Rede Churchills erregte auch im eigenen Lager Anstoß, weil er in ihr fortwährend auf Deutschland exemplifizierte. In der Parlamentsdebatte erklärte Lord Beresford, Churchill hätte das, was zur Verteidigung des Reiches erforderlich sei, auch ausführen können, ohne Deutschland zu erwähnen; dies sei nicht das Mittel gewesen, den Frieden zu wahren oder zu einem Einhalten der Rüstungen zu gelangen.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja!
er hat sich auf sie sogar basirt!
trotzdem unser Volk sie noch nicht kannte
[2] ja
Schlußbemerkung des Kaisers:
Metternich ist hoffnungslos incurabel!

Anlage

Der Marineattaché in London Korvettenkapitän Widenmann an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Abschrift

Nr. 143 London, den 19. März 1912

Für diejenigen, die das „Admiralty Memorandum zur Novelle 1912" kennen, bringt die Rede, mit der Mr. Churchill gestern die Navy Estimates für 1912 im House of Commons einführte, nichts wesentlich Neues.

Der Schwerpunkt der Rede, die in der Hauptsache von dem Vergleich mit Deutschland handelt, liegt in der Erklärung über

1. das Stärkeverhältnis zu Deutschland,
2. das englische Bauprogramm für die nächsten sechs Jahre und
3. die Neuverteilung der englischen Flotten.

Zu 1. Das Stärkeverhältnis, das in dem „Admiralty Memorandum" zwar noch nicht genannt, aber doch, soweit wenigstens Linienschiffe in Betracht kommen, durch die Verteilung der Flotten (acht Geschwader zu acht Linienschiffen) stillschweigend angedeutet war, wird zum ersten Male von Mr. Churchill als ein Verhältnis von „sixty per cent superiority" präzisiert. Er bestätigt also damit den mir seitens Sir John Jellicoes bereits früher zugegebenen standard (Bericht 80 — 1912*) von:

16 englischen zu 10 deutschen Linienschiffen.

Das entspricht, wie damals von mir ausgeführt, dem seit langem von Deutschland angestrebten Verhältnis von 3:2. Das unerwartete, aber für Deutschland erfreuliche Moment liegt darin, daß das englische Kabinett sich endlich dazu bequemt, seine Karten aufzudecken.

Es ist hierin meiner Ansicht nach eine stillschweigende Kapitulation vor dem Flottengesetz und ein neuer Beweis für die eminente politische Wichtigkeit dieses Instrumentes erbracht. Die unweigerliche Konsequenz, die in diesem Gesetz liegt, und der in der Thronrede angekündigte und von der deutschen Nation ausgedrückte Wille, sich dieses Gesetz nicht verkümmern zu lassen, sondern es durch die Novelle zu vervollkommnen, hat also selbst dem hochmütigen England gegenüber seine Wirkung schon heute getan.

* Siehe Kap. CCXLI, Nr. 11 335.

Daß auch jetzt der Kampf gegen die latente Gefahr dieses Gesetzes seitens Englands noch nicht aufgegeben, vielmehr der Versuch gemacht wird, durch Drohung und Bluff die akute Gefahr des Gesetzes (die Novelle) zu brechen, geht aus der Andeutung der englischen Bauprogramme für die nächsten Jahre hervor.

Die Drohung ist nur schlecht versteckt, wenn man den Erklärungen Mr. Churchills zu diesem Punkte auf den Grund geht. Daß sie trotzdem nur ein Bluff ist, wird erst klar, wenn man die aus der Neuverteilung der Flotten hervorgehende Gesamtstärke berücksichtigt.

Zu 2. Mr. Churchill legt für die Jahre 1912 bis 1917 nicht weniger wie drei englische Bauprogramme vor, die alle nur auf Kenntnis der deutschen Flottenpläne beruhen und sich in ihrer Drohung gegen Deutschland steigern.

a) Programm ohne Novelle:

1912	Deutschland	2	England	4
1913	„	2	„	3
1914	„	2	„	4
1915	„	2	„	3
1916	„	2	„	4
1917	„	2	„	3
		Sa. 12		21

Verhältnis 4:7

b) Programm, falls Novelle zwei Vermehrungsbauten zwischen 1912—17 vorsieht:

1912	Deutschland	2	England	4
1913	„	3	„	4
1914	„	2	„	4
1915	„	2	„	3
1916	„	3	„	4
1917	„	2	„	4
		Sa. 14		23

Verhältnis 14:23

c) Programm, falls Novelle drei Vermehrungsbauten zwischen 1912—17 vorsieht:

1912	Deutschland	2	England	4
1913	„	3	„	5
1914	„	2	„	4
1915	„	3	„	5
1916	„	2	„	4
1917	„	3	„	5
		Sa. 15		27

Verhältnis 5:9

Mr. Churchill vergißt auch nicht, dabei die stets von englischer Seite benutzte Hintertür aufzulassen, indem er mit noch erhöhten jährlichen Forderungen droht, falls andere Mächte wie Deutschland ihre Flotten erheblich verstärken würden.

Dagegen stellt Mr. Churchill in Aussicht, daß England kein Schiff bauen werde, falls auch Deutschland ein Jahr lang pausieren werde. Für England gilt dies Versprechen allerdings nur, wenn England nicht durch andere Mächte gezwungen werden sollte, trotzdem zu bauen.

Diese Betrachtungen schließt Mr. Churchill mit einem Appell an die englische und deutsche Nation: „it is better, to put it quite frankly, for the Parliaments and peoples to judge for themselves."

Es wäre sehr bedauerlich, wenn die deutsche Nation hierin etwa eine zum Frieden ausgestreckte englische Hand erblicken und es sich wirklich in den Sinn kommen lassen wollte, den Flottenbau einzustellen. Jeder, der England kennt, wird darin nur eine englische Falle erblicken, die für ängstliche Gemüter aufgestellt ist; denn der Tag, an dem England auch aufhören wird zu bauen, ist noch nicht gekommen. Und wer in Deutschland auf sein Erscheinen wartet, wird sich höchstens damit trösten können, daß er Englands Worten glaubt, es baue nicht gegen Deutschland, sondern gegen eine andere Nation.

Im Grunde genommen verschlechtert sich die Situation Englands uns gegenüber mit jedem Jahre, das ins Land geht, da die noch bestehende englische Überlegenheit an den pre-Dreadnoughts durch deren automatische Entwertung immer schneller abnimmt. Darum ist es aber auch notwendig, sich nicht durch die englischen Bauprogramme und das in ihnen ausgedrückte Bauverhältnis zu Deutschland täuschen und einschüchtern zu lassen. Vor allem ist das Programm „c" hierzu besonders geeignet. Die Gesamtstärke der englischen Flotte muß jedoch beim Vergleiche berücksichtigt werden.

Zu 3. Die Gesamtstärke kommt aber in der Neuverteilung der Linienschiffgeschwader zum ersten Male öffentlich zum Ausdruck. Wie durch das Admiralty-Memorandum bekannt ist, sieht sie insgesamt 64 (+ ein Flottenflaggschiff für alle Flotten) englische gegen 41 deutsche Linienschiffe vor. Die englische Zahl ändert sich nicht, ob Deutschland die Novelle bringt oder nicht. Dies allein wäre also schon Grund genug, die Vermehrungsschiffe der Novelle zu bauen, denn ohne sie wäre das Verhältnis für Deutschland ungünstiger; und je früher sie gebaut werden, um so schneller werden durch die vermehrte Zahl der Dreadnoughts die pre-Dreadnoughts veraltet sein; das Verhältnis wird also für Deutschland den günstigen Stand um so früher erreichen. —

Abgesehen von einigen anderen Punkten weniger bedeutender Natur, die an anderer Stelle besprochen werden sollen, ändert also

die Rede Mr. Churchills für Deutschland rein sachlich gesprochen nichts.

Trotzdem wird sie voraussichtlich eine tiefgehende Wirkung haben, die nicht dazu beitragen kann, das Verhältnis der beiden Nationen zu bessern.

Man darf nicht außer acht lassen, daß die „Novelle" bisher in Deutschland nicht amtlich veröffentlicht, sondern nur in der Thronrede angekündigt ist. Wohl hat Lord Haldane die Novelle mit nach London gebracht und daraufhin ist ein Memorandum in Deutschland überreicht worden, das angeblich die Ansicht der Admiralty wiedergeben sollte, in Wirklichkeit aber eine Drohung oder zum mindesten einen Einschüchterungsversuch seitens des englischen Kabinetts darstellte. Beide Schritte waren unter Ausschluß der Öffentlichkeit getan. Trotzdem macht Mr. Churchill, der sich jetzt nicht mehr als Mundstück der Admiralty, sondern als Vertreter des Kabinetts bekennen muß, von dem Gebrauch, was bisher der Öffentlichkeit verborgen war. Der englische Einschüchterungsversuch wird jetzt an die deutsche Nation gerichtet.

Hierin liegt meiner Ansicht nach der Schwerpunkt der Situation.

Der durch die gestrige Rede an die deutsche Nation gerichtete Einschüchterungsversuch hat aber noch eine Kehrseite, indem er Deutschland das Odium zuschiebt, die Rüstungsschraube von neuem anzuspannen, obwohl England die Friedenshand scheinbar ausstreckt. Durch dieses Manöver, das eine Folge des Zögerns in Deutschland ist, setzt das englische Kabinett die deutsche Regierung wissentlich und absichtlich in den Augen der Welt ins Unrecht.

Hieran ist jetzt nichts mehr zu ändern, nur gibt dies englische Verfahren meiner früher geäußerten Ansicht recht, daß es dem englischen Kabinett trotz „Agreementsvorschläge" und „Ministerbesuche" nur darauf ankommt, gegen Deutschland weiter zu arbeiten. Deutschland wird so lange als der Störenfried der Welt und mit aggressiven Absichten gegen das friedliche England beseelt gemalt werden, bis es den von England geforderten Preis zahlt: das heißt den durch seine nationale Entwicklung bedingten und zum Schutz seiner Weltinteressen notwendigen Flottenbau einstellt.

Das jetzt vielleicht nur als Köder aufgestellte und deutschen Ohren annehmbar klingende Verhältnis von „sixty per cent superiority" wird dann bald verloren und die unbedingte englische Seeherrschaft wiederhergestellt sein.

Sollte je der Tag kommen, an dem England dies Ziel erreicht, so wird Deutschland zwar der Freundschaft Englands gewiß sein, aber aufgehört haben, als eine selbständige Nation zu gelten.

(gez.) Widenmann

Nr. 11412

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 301 London, den 20. März 1912

Wiederholt waren in der letzten Zeit in Fachkreisen und in der Presse Stimmen laut geworden, welche darauf hinwiesen, daß angesichts des Anwachsens der deutschen Flotte die von Lord Fisher eingeleitete Konzentrierung der englischen Seestreitkräfte in englischen Gewässern fortgesetzt werden müßte. Insbesondere war davon die Rede, die bisher auf Gibraltar basierte atlantische Flotte dauernd nach England zu verlegen und die bisher in Malta beheimatete Mittelmeerflotte auf Gibraltar zu basieren, so daß ihr annähernd die bisher von der atlantischen Flotte gespielte Rolle zufallen würde.

Wie sich aus der gestrigen Rede Mr. Winston Churchills ergibt, hat die Admiralität diesen Gedanken verwirklicht. Der Minister sagte darüber: die atlantische Flotte werde künftighin ihre Basis nicht mehr in Gibraltar, sondern in einem Heimathafen haben und das dritte aktive Schlachtgeschwader bilden (das erste und zweite Geschwader bilden die erste und zweite Division der bisherigen Home fleet). Das vierte Geschwader werde aus den bisher im Mittelmeer stationierten Linienschiffen bestehen, deren Basis Gibraltar statt Malta sein solle. Dieses Geschwader umfaßte bisher sechs Einheiten, werde aber im Bedarfsfalle auf acht gebracht werden[1]. Die Stellung in Gibraltar werde diesem Geschwader sowohl ein Eingreifen im Mittelmeer[2], als ein Zusammenarbeiten mit den anderen Geschwadern in englischen Gewässern erlauben.

Die Nachricht von der Verlegung der Flotte nach Gibraltar hat anscheinend in Malta große Beunruhigung verursacht[3], doch herrscht dort die Auffassung, daß, selbst wenn, wie angekündigt, die Schlachtflotte wegverlegt würde, ein Kreuzergeschwader in Malta bleiben würde.

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Wie Wiede[n]mann es gemeldet hat.
[2] ! ?
[3] ja

Nr. 11413

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an Kaiser Wilhelm II.**

Eigenhändiges Konzept

Berlin, den 22. März 1912

Ew. Kaiserlichen und Königlichen Majestät beehre ich mich anbei einen Bericht des Marineattachés in London über die Churchillsche Rede sowie einen Begleitbericht von Ew. Majestät Botschafter in London** alleruntertänigst vorzulegen.

Ew. Majestät Genehmigung darf ich dazu voraussetzen, daß ich den Marineattaché anweise, in seiner Berichterstattung sich auf die marinetechnischen Fragen zu beschränken und sich nicht auf politische Spekulationen einzulassen, wie sie speziell in den Schlußsätzen ausgesprochen sind. Der Bericht atmet eine Gehässigkeit und ein Mißtrauen gegen England, die meines ehrerbietigsten Erachtens nicht gerechtfertigt sind, und die jedenfalls, wenn ihnen der Marineattaché nach außen hin Ausdruck gibt, nur eine unnötige Erschwerung unserer Beziehungen zu England hervorrufen können.

Wenn der Herr Marineattaché auf Seite 9 seines Berichts von „englischen Manövern" spricht, die eine Folge des „Zögerns Deutschlands" seien, so erlaubt sich der Marineattaché ein ihm nicht zukommendes und ungebührliches Urteil über die von Ew. Majestät geleitete politische Aktion.

Kiderlen

Nr. 11414

Der Chef des Marinekabinetts Admiral von Müller, z. Z. in Venedig, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Ausfertigung

Venedig, den 24. März 1912

Seine Majestät der Kaiser und König haben auf den Bericht Euerer Exzellenz vom 22. d. Mts., betreffend Berichterstattung des Marineattachés bei der Kaiserlichen Botschaft in London***, dahin entschieden, daß das Wesen der dem Marineattaché obliegenden Berichterstattung eine Beschränkung nur auf marinetechnische Fragen nicht zuläßt, und daß gerade die Berichterstattung des Korvetten-

---

* Hier nebst dem folgenden Schriftstück wegen des Zusammenhangs eingereiht.
** Siehe Nr. 11411 nebst Anlage.
*** Siehe Nr. 11413.

kapitäns Widenmann besonders wertvoll gewesen ist. Andererseits erblicken Seine Majestät in der beanstandeten Bemerkung über das „Zögern Deutschlands“ in dem Bericht Nr. 143 eine unzulässige Kritik der Reichspolitik und befehlen, daß dies dem Korvettenkapitän Widenmann durch mich bekannt gegeben werden soll. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts hat Mitteilung erhalten.

Auf allerhöchsten Befehl beehre ich mich Euere Exzellenz hiervon unter Rückgabe des Anschreibens des Botschafters Grafen Metternich* ganz ergebenst in Kenntnis zu setzen.

v. Müller

Nr. 11415

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm
Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 72 Berlin, den 21. März 1912

Auf Telegramm 58**.

Wenn auch die Rede Mr. Churchills die Situation ganz ungemein erschwert hat, so gebe ich die Hoffnung auf eine schließliche Verständigung doch noch nicht auf. Ich habe aber aus der letzten Unterredung Ew. pp. mit Sir E. Grey den Eindruck nicht gewinnen können, daß die englische Regierung bereits ein klares Bild davon gewonnen hat, wie die Verhältnisse hier liegen. Nicht darum handelt es sich, ob mangels Zustandekommens eines Neutralitätsabkommens die angebahnten vertrauensvollen Beziehungen fortdauern oder nicht — diese Fortdauer ist, die Gegenseitigkeit vorausgesetzt, selbstverständlich —, sondern darum, daß nur ein weitgehendes Neutralitätsabkommen ein Entgegenkommen gegen die englischen Wünsche in der Rüstungsfrage nach sich ziehen könnte. Dabei scheint Sir E. Grey vollständig zu übersehen, daß ein Neutralitätsabkommen nicht ein einseitiges englisches Geschenk an uns bedeutet, sondern für England nicht minder wertvoll ist als für Deutschland. England spricht dagegen immer von Rüstungsbeschränkung unsererseits, behält sich sogar vor, nach Churchills Ausführungen auch stärker zu rüsten, wenn eine andere Macht stärker rüstet, so daß wir, die wir zwischen dem verbündeten Frankreich und Rußland sitzen, gebunden wären und England nicht, ohne uns dabei auch nur seine wohlwollende Neutralität zu garantieren.

---

* Siehe Nr. 11411.
** Siehe Nr. 11410.

Ich halte es für wünschenswert, daß Botschaftsrat von Kühlmann auf Grund der von ihm hier kürzlich gewonnenen Eindrücke auf die ihm bekannten Mitglieder des Kabinetts persönlich einzuwirken sucht. Ich bitte, ihn mit entsprechenden Anweisungen zu versehen.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 11416

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 60 London, den 21. März 1912

Vorläufige Antwort auf Telegramm 72*.

Sir E. Grey verteidigt heute das Minimallohngesetz im Unterhaus gegen die Opposition. Ich kann ihn daher heute nicht sprechen.

Er weiß genau, daß ohne Neutralitätsabkommen kein Entgegenkommen in der Rüstungsfrage zu erwarten ist. Auch habe ich ihm längst und mehrmals auseinandergesetzt, daß das verlangte Abkommen kein einseitiges Opfer für England, sondern für beide Teile gleich vorteilhaft ist.

Die Situation auf Grund der von Herrn von Kühlmann in Berlin gewonnenen und mir mitgeteilten Eindrücke ist Sir E. Grey und den maßgebenden Ministern vollkommen klar. Am Morgen der Rückkehr des Herrn von Kühlmann hatte ich eine Unterredung mit Lord Haldane. Herr von Kühlmann hatte schon ohne mein Vorwissen für denselben Morgen eine Zusammenkunft mit Lord Haldane verabredet. Ich habe Herrn von Kühlmann erklärt, daß ich persönlich mit Lord Haldane sprechen würde, und auch angebotene Begleitung abgelehnt. Ich habe Herrn von Kühlmann generell untersagt, ohne meine vorher eingeholte Genehmigung bei den leitenden Persönlichkeiten in die schwebenden Verhandlungen durch Besprechung derselben einzugreifen, und mir vorbehalten, dies selbst zu tun.

Ich habe die Verantwortung für die Verhandlungen allein zu tragen und kann daher nicht die Führung derselben mit dem Botschaftsrat teilen. Ich gestatte mir daher, Euerer Exzellenz die Bitte auszusprechen, es meiner lokalen Kenntnis und Beurteilung der Personen zu überlassen, auf welche Minister, außer Sir E. Grey, ich in diesem Augenblick einwirken soll, ebenfalls, ob und wann ich den Botschaftsrat beauftragen soll, eine solche Einwirkung zu versuchen.

---

* Siehe Nr. 11415.

Sir E. Grey wünscht dringend eine Verständigung mit uns. Er ist jetzt in der Beziehung deutschfreundlicher als mancher seiner Kollegen. Er braucht daher augenblicklich keinen Anstoß von seiten seiner Kollegen und würde es unangenehm empfinden, wenn der Botschaftsrat bei ihnen einzuwirken suchte.

Ich bitte Euere Exzellenz daher, besonders auch unter Bezugnahme auf mein heutiges Telegramm Nr. 59*, es mir überlassen zu wollen, den Botschaftsrat nach bestem Dafürhalten zu instruieren. Andernfalls wäre ich zu meinem Bedauern nicht in der Lage, die Verantwortung für die Verhandlungen zu übernehmen, und daher auch nicht, sie weiter zu führen.

Metternich

Nr. 11417

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm
Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 73 Berlin, den 22. März 1912

Ich würde es allerdings für nützlich gehalten haben, wenn Botschaftsrat von Kühlmann unter Verwertung der hier persönlich gewonnenen Eindrücke auf das eine oder andere Mitglied des englischen Kabinetts einzuwirken versucht hätte. Wenn Ew. pp. aber glauben, bei einer solchen Einwirkung die Verantwortung für die Verhandlungen nicht übernehmen zu können, so liegt es mir fern, in dieser Hinsicht insistieren zu wollen. Ich kann dabei aber nicht verschweigen, daß weder das bisherige Ergebnis dieser Verhandlungen noch die von Ew. pp. gemeldeten Tatsachen mit dem dringenden Wunsch nach einer Verständigung mit uns in Einklang zu bringen sind, den Sie bei Sir E. Grey als vorliegend annehmen.

Die Benennung seines Gewährsmanns für seine privatbriefliche Mitteilung an Herrn von Stumm** wollen Ew. pp. dem Botschaftsrat von Kühlmann dienstlich anbefehlen.

v. Bethmann Hollweg

---

* Telegramm Nr. 59 vom 21. März betraf Mitteilungen, die Botschaftsrat von Kühlmann in einem Briefe an den Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm gemacht hatte, für die er aber seinen Gewährsmann dem Grafen Metternich nicht nennen wollte.

** Vgl. die voraufgehende Fußnote zu Nr. 11416.

Nr. 11418

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 62 London, den 22. März 1912

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 72*.

pp.** Sir E. Grey empfing mich heute im Unterhaus. Ich sprach mich im Sinne des obigen Telegramms aus. Ministerrat über meine Demarche vom 19. d. Mts. (Telegramm Nr. 58) *** kann infolge parlamentarischer Lage erst Anfang nächster Woche stattfinden. Sir E. Grey kann mir bis dahin keine Antwort erteilen. Er äußerte besondere Genugtuung darüber, daß angebahnte vertrauensvolle Beziehungen unter keinen Umständen leiden würden. Zur Sache bemerkte er nur, daß bei Lord Haldanes Besprechungen mit Euerer Exzellenz über Neutralität nicht wie jetzt absolute Neutralität verlangt worden sei. Ferner, daß die Antwort auf unser Memorandum vom 6. d. Mts. (Telegramm Nr. 46) † durch Sir Edward Goschen übergeben werden würde.

Ich werde mit dem einflußreichen Lord Chancellor gesamte Lage eingehend besprechen, da Sir E. Grey mir sagte, daß die Minister Mitteilung über meine Demarche vom 19. d. Mts. erhalten hätten.

Metternich

Nr. 11419

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 75 Berlin, den 25. März 1912

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 62††.

Der Herrn von Kühlmann mitgegebene Entwurf ††† lehnt sich an den von Lord Haldane selbst hier skizzierten Vorschlag an, über den er bezüglich der Neutralität nicht hinausgeht. Der Haldanesche Vorschlag aber bildete ein Kompromiß zwischen unserem ersten,

---

* Siehe Nr. 11415.

** Der Anfang des Telegramms betrifft die parlamentarische Lage der englischen Regierung.

*** Siehe Nr. 11410.

† Siehe Nr. 11381, Anlage, und Nr. 11389.

†† Siehe Nr. 11418.

††† Siehe Nr. 11395 nebst Fußnote **.

absolute Neutralität vorsehenden Entwurf und der von Lord Haldane mitgebrachten Formel.

Bitte Sir E. Grey hierauf aufmerksam zu machen.

Kiderlen

Nr. 11420

*Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 63 London, den 26. März 1912

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 75**.

Infolge des Auftrags in Telegramm Nr. 70***, vorletzter Absatz, habe ich hier absolute Neutralität verlangt. Anders konnte ich „ein die Neutralität Englands verbürgendes, einem Schutzbündnis mit uns nahe kommendes Abkommen" nicht auffassen. Ich werde jetzt wieder sofort und, ehe der Ministerrat entscheidet, unsere über den Haldaneschen Vermittlungsvorschlag nicht hinausgehende Formel betonen, die nur relative Neutralität vorsieht. Dies rückt die Möglichkeit einer Verständigung wieder näher.

Ich wäre dankbar für Telegramm, ob eventuell auch mein Vorschlag, Versprechen der wohlwollenden Neutralität „should war be forced upon Germany" am Schluß der englischen Formel, genügen würde. Mir scheint, daß dieser Ausdruck eindrucksvoller wirkt und mindestens die gleiche Garantie bietet als verklausuliertes „in which it cannot be said to be the aggressor".

Die englische Regierung wird, glaube ich, wenn sie auf die ausdrückliche Erwähnung der Neutralität eingeht, jedenfalls darauf bestehen, daß der Gedanke, daß das Abkommen nur für den Fall des Defensivkriegs gilt, in irgendeiner Form zum Ausdruck kommt. Schlägt sie uns ein annehmbares Abkommen vor, so wird sie sich nach meiner Ansicht als Gegenleistung auf dem Flottengebiet aber nicht mit der ihr relativ gleichgültigen Hinausschiebung der drei Mehrbauten begnügen, da sie den Nachdruck auf das dritte Geschwader (aktiv), das fünfte Geschwader (Reserve) und die Mannschaftsvermehrung legt. Auch wird sie nach meiner Überzeugung, obwohl sie mir bisher keine Andeutungen darüber gemacht hat, Finalität in den beiderseitigen Flottenrüstungen verlangen, die fernere Novelle für die Dauer des Abkommens ausschließt.

Metternich

---

* Teilweise bereits verwertet in der Veröffentlichung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 8. September 1915 (Nr. 249).

** Siehe Nr. 11419.

*** Siehe Nr. 11406.

Nr. 11421

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 76 Berlin, den 27. März 1912

Auf Telegramm Nr. 63*.

Es kommt uns nicht auf den Wortlaut, sondern den Inhalt der englischen Zusicherungen an. Wir müssen die Gewißheit haben, von England weder direkt noch in einem uns von dritter Seite aufgezwungenen Kriege angegriffen zu werden. Das muß in dem Abkommen klar zum Ausdruck kommen. Je weiter die englische Regierung in dieser Hinsicht geht, desto größer werden die Aussichten auf Überwindung der bekannten der Verständigung entgegenstehenden Schwierigkeiten.

Kiderlen

Nr. 11422

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Korfu

Ausfertigung

Berlin, den 28. März 1912

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät überreiche ich anbei ehrerbietigst die Antwort der englischen Regierung auf unser letztes Memorandum**, betreffend die durch Lord Haldane eingeleiteten Unterhandlungen, die mir Sir E. Goschen übergeben hat.

v. Bethmann Hollweg

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Achilleion 31/III 1912 W.

Anlage

Memorandum

Abschrift

[pr. 25. März 1912]

His Majesty's Government received on the 6th instant a memorandum which the Imperial German Government were so good as to communicate through the hands of Count Metternich***. His

* Siehe Nr. 11420.

** Siehe Anlage. Am gleichen Tage wurde das schon am 25. in Berlin überreichte englische Antwortmemorandum an Graf Metternich übersandt mit dem Bemerken, daß der Reichskanzler nicht beabsichtige, der englischen Regierung gegenüber auf den — nur retrospektiven — Inhalt zurückzukommen.

*** Siehe Nr. 11381, Anlage.

Majesty's Government are in complete accordance with the desire of the Imperial German Government to continue the discussion of a basis for good relations between the two countries in a friendly spirit and with perfect frankness [1] on both sides. They will, therefore, with the intention of preventing any misapprehension of their own view of whot has up till now taken place, make a few comments on certain phrases which occur in the memorandum.

Lord Haldane proceeded to Berlin in response to an intimation through an unofficial channel [2] that it would not be otherwise than agreeable if a British Minister were to come there, in the first instance, for the purpose of a private and unofficial interchange of views. Although his visit was private, he was received with the greatest friendliness by high personages of the German Government, and the suggestion made by him that the conversations, just because they were to be informal, should take place with complete openness and freedom from reserve, was acted on without difficulty on either side. He began by stating that, while in Berlin with the full approval of the King and of his colleagues in the Cabinet and while, as he thought, he was pretty intimately acquainted with their feelings and intentions as regards the topics which might come under discussion, he had no authority to bind them or to make any agreement. His purpose was, if this should prove agreeable to the German Government, to explore the ground as completely as was possible at this stage, with a view to ascertaining what ideas and purposes were common to both Governments, and thus getting the conception of a possible basis for more formal and authoritative discussion [3]. He would state in a very open fashion where he thought there were possibilities of differences as well as of agreement. The informal character of his visit rendered this the more easily possible, and his impressions he would take back to his colleagues. As he was not come to bind them, all would be a d r e f e r e n d u m, and similarly those with whom he was speaking would presumably feel no more bound than he should feel [4]. On this footing the conversations, which were very free and unrestrained, and were conducted in the most agreeable spirit, proceeded. Nothing was excluded.

Lord Haldane indicated that the various questions which might arise could not be considered in isolation, but should be looked on as part of a general negotiation. His colleagues would have to satisfy Parliament and the British public about the outcome of such a negotiation [5]. There was an excellent spirit, of which his Government would gladly avail themselves; but he ought to say that he thought naval prospects would very materially affect the question of how much was practicable.

As to naval matters, Lord Haldane was only cognisant of the plans of the Imperial Government for a third squadron for training

purposes and for three new battleships. The latter, he said, seemed to him as a civilian[6] to present more difficulty than the former[7]. The desire of Germany to provide for the better training of her recruits was not a matter on which he should venture to make any observation. Broadly speaking, what would cause concern here would be any plan which would impose on England the necessity of further increasing her fleet, and the three new battleships would certainly do this to a substantial extent. But he said that the question was of too technical a character for him to discuss it in detail[8]. The Imperial Government most courteously presented Lord Haldane shortly before he left with a full copy of the Novelle. It was not suggested that he should examine it on the spot[9]. He had of course neither the expert knowledge nor the time requisite for such an examination, and it was not until his return and its examination by the Admiralty in London that the increase in personnel and in small craft which the Novelle contemplated was realised. As to the three battleships, however, he was fully informed, and it was this information which caused him to express at Berlin some apprehension of difficulty[10].

These observations are made because it is not quite clear from some phrases in the memorandum communicated on March 6th that Lord Haldane's general attitude has been quite correctly defined in those phrases. Against the increase in personnel he is stated to have had not objection to make[11]. He made no comment only because, through no fault either of his own or of those with whom he was conversing, he had no knowledge of its nature or extent. Again, he is said to have declared that the British Government were willing to support such plans[12] for the acquisition of the Portuguese Colony of Angola as well as of parts of the Congo State, as it might eventually be the policy of Germany to entertain. While expressing his opinion that the British Government would be glad, in the event of the secret agreement of 1898 becoming operative, to make arrangement under which Germany might obtain a part of Angola which was not marked out as hers under that agreement, and also, if Belgium became willing to part with some of the Congo, portions of that State, Lord Haldane referred to the fact that the relations of England to Portugal and Belgium were friendly, and that England could put no pressure on Portugal or Belgium to part with anything if they were unwilling to do so[13]. Moreover he referred to the circumstance that France had certain rights of preemption as regards the Congo State[14]. Again, he did not make an unconditional, or for that matter any, offer to cede Zanzibar and Pemba[15]. What he intimated was that these appeared to be very suitable assets to be considered for the purposes of a general settlement[16] extending over all the topics of conversation. He and the high personages with whom he was conversing were discussing all these topics in the most

open and informal fashion with a view to ascertaining their mutual views as to practical possibilities. The questions of the Bagdad Railway, the Island of Timor, the conceivable shapes of political formula and the possibilities of diminution of naval programme on the part of both Governments were all treated in the same spirit, and Lord Haldane no more regarded the Imperial Government as making formal offers, or as actually negotiating a treaty, than he so regarded himself. Both were in his view on a voyage of discovery, the field of which was to be surveyed as a whole, as a preliminary step to more formal negotiation[17]. It may be pointed out in particular that in discussing the practicability of a neutrality formula Lord Haldane drew attention to the immense difficulties to both countries which would result from an unconditional formula[18]. He understood that these difficulties were appreciated[19].

The British Government therefore hopes that in the light of what has been above stated the Imperial German Government will see that there has been no desire to shift the basis on which the conversations were conducted at Berlin[20]. They take the opportunity of repeating their assurance of good feeling[21] and of desire for the best relations between the two countries. Finally they reciprocate with pleasure the friendly expression with which the memorandum communicated on March 6th concludes[22].

Bemerkung von Kiderlens am Kopf des Originals des Schriftstücks:
Antwort dürfte sich wohl erübrigen. K.

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf der Abschrift:
Achilleion 31/III 1912 W.

Randbemerkungen des Kaisers auf der Abschrift:

1 Siehe Churchills Reden!?
2 which was chosen prescribed by the British Government
3 also eine B a s i s i[d] e[st] about our Naval Bill
4 my Government did very much feel b o u n d
5 as well as my Government my people & parliament
6 !
7 ist ihm gar nicht eingefallen, keine Rede davon! faule Ausrede!
8 he did so though during 3 hours
9 he did so! why was he sent!? & not a naval man!!? Englands Fault not ours!
10 which was afterwards completely dropped by him & the British Government. h e notwithstanding made the suggestion of the 3 years pause in building as a way out of this difficulty which we accepted!
11 quite so! he said so several times.
12 such plans did not exist, & were never communicated to Engl[ish] Government so they could not be supported by it. Haldane offered all these countries by his own self to us, without having been asked for!
13 ist ihm gar nicht eingefallen! Er machte das Angebot sans phrase auf dem Tablett!
14 no! it was me who did so! he said nothing of the kind
15 he certainly did so to me! to my greatest astonishment!
16 Quatsch mit sauce!

[17] wie diese Hallunken sich herausreden und kurz treten! he was quite at sea! though minister of war!
[18] !!
[19] no!
for us there was no doubt!
[20] nevertheless is has been shifted & dropped
[21] olle Cammellen
[22] also mithin hat hiernach das berühmte sog[enannte] „agreement" wie man es in Berlin zu nennen beliebte, überhaupt nach Englischem Begriff gar nicht existirt, noch überhaupt in Aussicht gestellt, noch von England angeboten worden!

Schlußbemerkung des Kaisers auf der Abschrift:
Haldane kam als Unterhändler. Ein solcher ist beauftragt eine Basis für spätere Verhandlungen zu schaffen. Diese Basis ist gefunden worden. (siehe oben pa[g]ina 2) Diese hat sogar in unsrer Novelle Ausdruck gefunden! Jetzt wird alles verwässert, in Frage gestellt, und Haldane désavouirt. Ein ganz nichtssagendes Actenstück welches einen kläglichen Rückzug verschleiern soll. In höhnischer Weise werden wir ausgelacht, daß wir diese Vorschläge und Reden für Ernst oder gar bindend angenommen hätten. Ich persönlich habe so Etwas geahnt, und daher monatelang, darauf gedrungen die Wehrvorlagen zu veröffentlichen, unabhängig von diesen Vorgängen. Meine Diplomatie ist, gegen mich, anderer Ansicht gewesen; hielt alles was von London kam für baare Münze, endgültig, abschließend; Legte mir in Ausübung meiner Befugniße und Pflichten als Kaiser und oberster Kriegsherr — in Vertretung der Wehrhaftigkeit und Vertheidigungsfähigkeit meines Volkes — fortdauernd die schwersten Hinderniße in den Weg, in der trügerischen Hoffnung des Abschlußes eines agreements! Das Wahngebilde eines Afrikan[ischen] Colon[ial]-Reiches blendete sie, während seine Elemente aus dem Besitze anderer angeboten wurden; mit denen wir bewaffnete Complikationen event[uel]l erwarten könnten! Unser Volk wurde im Dunkelen gelassen über seine Wehrvorlagen die 6 Wochen umsonst hinausgezogen wurden, bis der Engl[ische] Minister Churchill sie der Öffentlichkeit im Engl[ischen] Parlament preisgab. Viel kostbare Zeit, Mühe, Arbeit und ein unendlicher Aerger sind die Folge gewesen! Resultat = 0! siehe obiges Schriftstück!
Ich hoffe, daß sich meine Diplomatie hieraus die Lehre ziehen wird, in Zukunft mehr auf ihren Herren und seine Befehle und Wünsche zu horchen als bisher, besonders wenn es gilt, mit England Etwas zu Wege zu bringen, das sie noch nicht zu behandeln versteht; während ich es gut kenne! Es war ein richtiger Engl[ischer] Bluff gegen Novelle und Flottengesetz gerichtet, dem meine Diplomaten aufgesessen sind. Gott Lob, daß nichts von der Novelle geopfert wurde, das wäre vor dem Deutschen Volke nicht zu vertreten gewesen
Wilhelm I. R.

für Ausw[ärtiges] Amt u[nd] Metternich sowie unsere Botschafter

Es läßt sich demnach der Plan der Englischen Regierung, welcher der ganzen Aktion zu Grunde gelegen hat, nach dem obigen Schriftstück und dem Verlauf der Verhandlungen folgendermaßen skizziren: Durch Haldane's Besprechungen, sollte die Deutsche Regierung dahingebracht werden, auf das Angebot Englands, ein Afrikanisches Transcontinentales Colonialreich zu erhalten — welches aus Gebieten fremder Nationen bestand und England nicht gehörten, deren Absicht sich zu unsren Gunsten davon zu trennen, weder bekannt noch verbürgt war — die **Novelle fallen** zu lassen. Zu gleicher Zeit wurde die Neutralität in der Politischen Clausel, als zu schwierig zu definiren,

abgelehnt. Mit diesem Erfolge sollte Haldane nach Hause kommen. Daraufhin wollte die Regierung, welche in der jetzigen trostlosen Lage in England selbst, nothgedrungen einen Erfolg brauchte, um ihre wackelnden Chancen zu verbessern, und mit einem Schlager zu debütiren, vor das Engl[ische] Parlament treten, und diesen großen Erfolg über Deutschland allem Volk verkünden, sich dafür feiern und loben lassen. Sie konnte dann — auf Interpellationen hin, was sie gegeben habe — weiter mittheilen, sie habe in Europa — i[d] e[st] Frankreich betreffend — gar nichts conzedirt (Ablehnung der Neutralitätserklärung, wegen Frankreich, die wir verlangt hatten), hingegen auf Colonien in Afrika, im Besitze anderer Mächte, uns hingewiesen, von denen es ihr natürlich nicht bekannt sei, ob diese Mächte sie gutwillig hergeben würden; sie aber ihre guten Beziehungen zu ihnen, unsertwegen gewiß nicht aufs Spiel setzen werde.
Das wäre ein kolossaler Erfolg vor dem Engl[ischen] Volk und Parlament gewesen: Die Deutschen waren ihre Novelle los, hatten kein Neutralitätsversprechen erhalten, und Aussichten auf ein ephemeres Colonialreich in Afrika, dessen Bildung aus Bestandtheilen fremder Nationen, Deutschland in die schönsten Conflikte mit den betreffenden zu beraubenden Nationen geführt hätten! Das war in nuce Haldane's mission. Ich habe ihn und seine sauberen Collegen rechtzeitig durchschaut, und ihnen den Spaß gründlich versalzen. Dem Deutschen Volke habe ich sein Anrecht auf die Seegeltung und sein Selbstbestimmungsrecht in Rüstungsangelegenheiten gerettet. Den Engländern gezeigt, daß sie, wenn sie an unsre Rüstung tasten, auf Granit beißen, und dadurch vielleicht ihren Haß vermehrt aber ihren Respekt erworben, der sie in gegebener Zeit zur Fortsetzung von hoffentlich in bescheidenerem Ton geführten Verhandlungen mit günstigem Ausgang veranlassen wird. Wilhelm I. R.

Nr. 11423

*Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg**

Ausfertigung

Nr. 352 London, den 29. März 1912
Geheim

Die Frage über den Inhalt einer politischen Vereinbarung mit uns hat dem Ministerrat wiederum vorgelegen. Die englische Regierung will nicht über die von ihr vorgeschlagene Formel hinausgehen. Sir Edward Grey bemängelte den mir von Berlin aus zugegangenen Entwurf für ein Neutralitätsabkommen **, weil er Anlaß zu verschiedenartiger Auslegung geben könne. Ein solches Abkommen würde weiter gehen als irgendein Vertrag, den die englische Regierung mit einer europäischen Macht, mit Ausnahme des alten portugiesischen Bündnisses abgeschlossen habe. Unser Entwurf komme einem

* Teilweise bereits veröffentlicht in der „Norddeutschen Alllgemeinen Zeitung" vom 8. September 1915 (Nr. 249).
** Siehe Nr. 11395.

Bündnis nahe. Ich hätte kürzlich den Wunsch nach einem Abkommen ausgedrückt, das weitgehende Neutralität in sich schließe. Ein Abkommen mit absoluter Bindung für Neutralität werde bei anderen Mächten Mißdeutungen erfahren und könne die Beziehungen Englands zu ihnen schädigen, was die englische Politik zu vermeiden wünsche. Die englische Formel dagegen sei klar und enthalte ebenfalls die Absicht der Neutralität im Falle unprovozierten Angriffs von dritter Seite („will neither make nor join in any unprovoked attack").

Ich erwiderte, ich hätte ihm noch vor einigen Tagen gesagt, daß es uns nicht auf den Wortlaut, sondern auf den Inhalt der englischen Zusicherungen ankomme, aber daß wir die Gewißheit englischer Neutralität haben müßten in einem uns von dritter Seite aufgezwungenen Kriege. Wenn, wie er sage, in der englischen Formel Neutralität impliziert sei, so sei es, gerade um die Zweideutigkeit, von der er spreche, zu vermeiden, erforderlich, daß die Neutralität klar zum Ausdruck komme. Infolgedessen schlüge ich wiederum den Zusatz zu der englischen Formel vor, den ich ihm schon früher angegeben hätte. („England will therefore, as a matter of course, observe an attitude of benevolent neutrality, should war be forced upon Germany"). Dieser Zusatz enthalte kein Bündnis, wohl aber, worauf es uns allein ankomme, den klaren Ausdruck des Willens zur Neutralität im Falle eines Angriffs von dritter Seite. Es bestehe ein bedeutender Unterschied zwischen dem Versprechen, sich nicht gegenseitig zu schädigen, und dem, sich gegenseitig zu helfen. Wenn er darauf hinweise, daß England weder mit Frankreich noch mit Rußland noch mit irgendeinem anderen Lande Neutralitätsabkommen abgeschlossen habe, so hielte ich demgegenüber, daß die englische Politik den Franzosen seit einer Reihe von Jahren keinen Anlaß gegeben habe, an der englischen Neutralität zu zweifeln, dagegen aber den Glauben an eventuelle englische Unterstützung erweckt habe. Die Gewißheit englischer Neutralität habe Deutschland aber seit einer Reihe von Jahren nicht gehabt. Es hätten sich im Gegenteil im Laufe der letzten Jahre, so noch im vergangenen Sommer, Situationen ergeben, die die eventuelle englische militärische Hilfe bei unserm Gegner hätten voraussehen lassen. Daher sei ein Neutralitätsabkommen zwischen England und Frankreich überflüssig, zwischen uns aber erforderlich.

Sir Edward Grey widerlegte die bei uns genährte falsche Ansicht, daß England im vergangenen Jahre einen Angriff auf uns geplant habe. Ich erwiderte, daß ich nicht von den Übertreibungen der öffentlichen Meinungen auf beiden Seiten spräche, sondern von der Tatsache, daß England und Deutschland mehrmals während der letzten Jahre und besonders im vergangenen Sommer in die Gefahr kriegerischer Verwickelungen miteinander geraten seien. Dies solle

durch ein Neutralitätsabkommen vermieden werden. Die englische Formel genüge nicht zur Vermeidung dieser Gefahr in Zukunft. Sie genüge auch nicht, um eventuell eine Änderung in unserer Flottennovelle vorzunehmen. Dies um so weniger, als die von der englischen Regierung durch den Ersten Lord der Admiralität kundgegebenen Absichten eine weit größere Konzentrierung und Vermehrung der britischen Seestreitkräfte vorsähen, als die Novelle dies für Deutschland tue.

Der Minister bemerkte hierzu, die englische Regierung sei gefolgt und nicht vorangegangen. Wie mir schon in seiner Gegenwart Mr. Churchill gesagt habe, sei es für die englische Regierung schwierig zu erklären, gegen welche Änderungen in der Flottennovelle sie bereit sei, ein weitergehendes politisches Abkommen als das vorgeschlagene anzubieten. Sie beanstande selbstverständlich nicht im geringsten unsere Freiheit, die Flotte nach unserem Gutdünken zu verstärken. Irgendein Hinausgehen über das bestehende Flottengesetz gestatte ihr aber andererseits nicht, in diesem Augenblick ein politisches Abkommen mit uns einzugehen. Ein Aufgeben der Novelle liege aber wohl nicht im Bereiche der Diskussion.

Wenn nun aber auch auf beiden Seiten die beabsichtigten Flottenmaßnahmen uneingeschränkt in Angriff genommen würden, so erkläre er doch ausdrücklich, daß er deshalb nicht ein Fallenlassen der Verhandlungen beabsichtige oder wünsche. Er hoffe vielmehr, daß die angebahnten vertrauensvollen Beziehungen weiter ausgebaut würden, daß eine Verständigung in kolonialen und territorialen Fragen weiter betrieben werde*, und daß nach Ablauf einer gewissen Zeit die Verhandlungen über ein politisches Abkommen, ähnlich dem englischerseits vorgeschlagenen, wieder aufgenommen werden würden. Nachdem über die vorliegenden Flottenfragen wieder Ruhe eingetreten sei, werde ein politisches Abkommen, das den vorhandenen guten Willen bei beiden Regierungen beweise, im Verein mit einer Verständigung über koloniale Fragen ihre günstige Wirkung auf die öffentliche Meinung in beiden Ländern nicht verfehlen und, wie er hoffe, dann auch indirekt die Rüstungsfrage beeinflussen. Wenn ich darauf verwiese, daß zwischen England und Deutschland in den letzten Jahren bei verschiedenen Gelegenheiten die Möglichkeit einer Kriegsgefahr vorgelegen habe, und um die Wiederkehr eines solchen Zustandes zu verhindern, ein Neutralitätsabkommen verlangte, so bemerke er folgendes: Zwischen Frankreich und England habe vor nicht allzulanger Zeit Kriegsgefahr wegen Siam und Faschoda bestanden, zwischen England und Rußland wegen der Doggerbankaffäre. Darauf folgende Vereinbarungen über praktische Fragen hätten gesicherte und freundschaftliche Be-

* Vgl. dazu Kap. CCXLIV.

ziehungen zwischen diesen Ländern herbeigeführt, und zwar ohne daß zwischen ihnen eine politische Vereinbarung, so weitgehend, wie die von England uns vorgeschlagene, bestehe. Er sei daher der Hoffnung und Überzeugung, daß zwischen England und Deutschland, auch ohne Abschluß eines direkten Neutralitätsabkommens, ähnliche glückliche Resultate erzielt werden könnten wie zwischen England und den beiden anderen Ländern.

Ich bemerkte zum Schlusse, daß die Kaiserliche Regierung in der englischen Formel für ein Abkommen nicht die Voraussetzungen erblicke, welche zu dem von Sir Edward Grey gewünschten günstigen Ergebnis führen würden*.

P. Metternich

---

* Die Entscheidung der englischen Regierung bedeutete, wie Graf Metternich in seiner Schlußbemerkung dem englischen Staatssekretär deutlich zu verstehen gab, das Ende der Verhandlungen über ein politisches Agreement. Am 3. April erhielt der deutsche Botschafter mittels Erlaß Nr. 417 (siehe denselben in Kap. CCXLIV, Nr. 11440) die Weisung, das in aller Form Sir E. Grey zu sagen: „Da die englische Regierung sich zu dem Angebot eines uns befriedigenden Neutralitätsabkommens nicht hat entschließen können, so entfällt auch für uns die Möglichkeit einer den englischen Wünschen entgegenkommenden Abänderung unserer Flottennovelle. Wenn Sir E. Grey bemerkt, daß das von uns vorgeschlagene Abkommen weitergehen würde als irgendein Vertrag, den die englische Regierung mit einer europäischen Macht außer Portugal abgeschlossen habe, so mag das zutreffen. Er übersieht aber, daß auch unsere Gegenleistung ohne Vorgang, und zwar ohne Vorgang in der Geschichte dagestanden haben würde. Ew. pp. wollen sich zu Sir E. Grey in diesem Sinne aussprechen, dabei aber unsere Bereitwilligkeit zu erkennen geben, den begonnenen Meinungsaustausch über koloniale und territoriale Fragen fortzusetzen.“ Am 10. April berichtete Graf Metternich (Nr. 392; siehe Kap. CCXLIV, Nr. 11441) über die Ausführung des Auftrags: „Ich habe heute auftragsgemäß mit Sir E. Grey die uns berührenden kolonialen und territorialen Fragen besprochen. Ich ging davon aus, daß nach Ablehnung unserer Wünsche bezüglich eines Neutralitätsabkommens wir auch die englischen Wünsche bezüglich der Flottennovelle nicht weiter berücksichtigen könnten. Sir Edward Grey war sich darüber nicht im unklaren.“ In der Tat nahmen nunmehr die beiderseitigen Flottenverstärkungen ihren Lauf, ohne durch irgendwelche Verhandlungen aufgehalten zu werden. Die deutsche Flottennovelle wurde vom Reichstage am 14. Mai unverändert mit großer Mehrheit angenommen. Am 18. Juli veröffentlichte darauf die englische Regierung einen Nachtrag zum Flottenbudget, der zwar nicht ausdrücklich die früher angedrohte Durchführung des Two-Keels-to-One-Standpunkts im Hinblick auf die deutschen Mehrbauten festlegte, den für notwendig gehaltenen Sicherheitsüberschuß aber durch eine Kombinierung von Neubauten und eine weitgehende Umgruppierng der britischen Streitkräfte zu erreichen suchte. Am 22. Juli begründete Churchill die Nachtragsforderungen mit einer großen Rede, in deren Eingang er das neue deutsche Flottengesetz als die „direkte Ursache“ des Nachtragsetats bezeichnete. Vgl. Nr. 11425 und W. Churchill, The World Crisis 1911—1914, p. 111 ff., wo als weitere Folge der deutschen Flottenpolitik von 1912 und der Tirpitzschen Flottenbaupolitik die Massierung der englischen Schlachtflotte in der Nordsee und der noch engere Zusammenschluß zwischen England und Frankreich hingestellt wird. In vollem Gegensatz zu der Darstellung von Tirpitz,

Nr. 11424

*Ausschnitt aus dem „Daily Express" vom 27. Mai 1912**

Entente or Alliance?

The schoolchildren of London and of Paris are fraternising to-day in friendly rivalry and in mutual enjoyment in the capital of France. That is a significant and happy sign of the very real friendship by which France and England are now securely linked together. But this friendship, strong and real in sentiment[1], is still vague and indefinite in diplomatic fact. The Entente Cordiale is not a diplomatic instrument set out in due treaty form. It is not an alliance, though it has proved itself the most powerful factor in the European situation and the surest guarantee of the world's peace[2]. The great question for present-day diplomacy is whether the aims of the Entente can any longer be secured without a definite defensive alliance. That question has been raised vividly by an article in the „Morning Post", which has excited, like Mr. Balfour's article on Anglo-German relations**, world-wide interest. It is, of course, the fact that our relations with France and with Germany are interdependent. But the issues are not so complicated as high politicians are apt to pretend. Anglo-German relations depend wholly on the naval question. If Germany desires our real goodwill she must give the one valid proof of that desire by abandoning the race for naval supremacy[3 4]. By that act, not of abnegation, but of reason, Germany can become the friend of England[5], so long as there is no question of sacrificing

---

der „die deutsch-englische Entspannung 1912/14" ganz wesentlich auf „unsere Machtbildung zur See" (Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 339 ff.) zurückführt, betont Churchill, daß das Anwachsen der deutschen Flotte infolge der Flottennovelle von 1912 nichts anderes zur Folge gehabt habe als „naval rejoinders and diplomatic reactions which strengthened the forces and closed the ranks of the Entente". „With every rivet that von Tirpitz drove into his ships of war, he united British opinion throughout wide circles of the most powerful people in every walk of life and in every part of the Empire. The hammers that clanged at Kiel and Wilhelmshaven were forging the coalition of nations by which Germany was to be resisted and finally overthrown."

* Hier abgedruckt im Hinblick auf die Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. Dieselben zeigen deutlich, welche Empfindungen das Scheitern der Mission Lord Haldanes und das in dem englischen Verhalten deutlich zutage tretende Streben, nichts zu tun, was die englisch-französische Entente beeinträchtigen konnte, in dem Monarchen zurückließen. Da die Flottenfrage in dem Mittelpunkt der kaiserlichen Randbemerkungen steht, werden sie zweckmäßig hier abgedruckt; vgl. jedoch zu der von der „Morning Post" angeregten Frage der Umwandlung der Entente Cordiale in ein festes Bündnis Kap. CCXLVIII, Nr. 11567 ff.

** Gemeint ist der im Juniheft von „Nord und Süd", das als „Englisch-deutsche Verständigungsnummer" herausgebracht wurde, veröffentlichte „Offene Brief an den Herausgeber". Vgl. auch Nr. 11431, S. 237, Fußnote.

or jeopardising the interests of France[6]. But new accessions of naval strength and new stirrings of naval ambition on the other side of the North Sea are frankly incompatible with any genuine improvement in Anglo-German relations, however keenly sane minds in both countries may desire such improvement. A continuance, however, of naval rivalry in an acute form may well imperil the peace of Europe, which is the permanent objective of British policy and of British sea power, unless definite and known engagements between England and France secure the maintenance of the balance of power[7]. There is no reason why England, France, and Germany should not live amicably on equal and honourable terms. But to this end the excessive ambitions of Pan-Germanism must be sacrificed or modified[8]. The other alternative to the constant menace of war is a new system of precise alliances.

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Artikels:
Bodenlose Frechheit
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Bah!
[2] exactly the contrary!
[3] Die ganze Britannische Frechheit und bodenlose Unverschämtheit! Weil ihnen in Geld u[nd] Menschen die Puste ausgeht, sollen wir aufhören!!!
[4] i[d] e[st] smash the damned „Flottengesetz" that is the only proof she never will give!
[5] wie gnädig!
[6] that is utterly impossible!
as long as we have no agreement with France!
[7] for Englands sole profit!
[8] Unverschämt!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Das bestätigt die Meldung Cap[i]t[äns] Widenmann, der mir sagte der Kampf Englands gegen unser Flottengesetz wird mit ungeschwächten Kräften fortgesetzt werden, unter Richtung gegen die Person des Staatssekretärs von Tirpitz selbst! Also Achtung, Augen auf! Ich werde mir nichts gefallen lassen*.

---

* Charakteristische Randbemerkungen des Kaisers liegen weiterhin vor zu einem von E. D. Morel in der „Frankfurter Zeitung" vom 26. Mai 1912 veröffentlichten Artikel: „Das deutsch-englische Problem". Zu der von Morel aufgeworfenen Frage: „Ist Deutschland bereit, sich zu verbürgen, daß es nichts tun wird, was einen solchen Krieg — zwischen Deutschland und Frankreich — hervorrufen könnte?" bemerkt der Kaiser: „Hängt von Paris ab, nicht von Berlin." Der Äußerung Morels, daß nach seinem Dafürhalten die britische Politik deutschen Kolonialerwerbungen in Innerafrika kein Hindernis in den Weg legen werde, hält der Monarch entgegen: „Darauf kommt es gar nicht an! Sondern in Europa will Deutschland mit seinen Nachbarn, zumal Frankreich, sich vertragen und einigen, aber ‚Englands Interessen' erlauben das nicht, und das sucht es zu hindern. Das ist aber die Hauptsache! Nicht Inseln in den Tropen." Sehr skeptisch verhält sich der Kaiser auch gegenüber den Mahnungen Morels, daß die Staatsmänner hüben und drüben etwas mehr Offenheit und Geradheit in den gegenseitigen Beziehungen pflegen und rücksichtslos die Elemente verfolgen und brandmarken sollten, welche den unheilvollen Antagonismus zu verewigen trachten: Zu alledem werde es in London doch

Nr. 11425

Der Botschafter in London Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 778 London, den 23. Juli 1912

Gestern fand im Unterhaus die mit Spannung erwartete Debatte über die Nachtragsforderungen für den englischen Flottenetat statt. Der Erste Lord der Admiralität vertrat die Forderungen in ausführlicher Rede* und gab zugleich einen Überblick über Englands Machtstellung zur See und die von der Regierung befolgte Flottenpolitik.

Mr. Winston Churchill begann mit der Erklärung, daß der direkte Anlaß für die Einbringung der Nachtragsforderungen in dem neuen deutschen Flottengesetz zu finden sei. Die Hauptbedeutung desselben, so fuhr der Minister fort, liege nicht in der Vermehrung der Schiffsneubauten, sondern vielmehr in der vorgesehenen Ansammlung einer so gewaltigen Macht von Schiffen jeder Gattung, die zu jeder Jahreszeit sofort verfügbar seien. Mr. Churchill ging darauf des näheren auf die Bedeutung und das Wesen des neuen deutschen Flottengesetzes ein und betonte, dieses Gesetz sei in 14 Jahren das fünfte[1], das eine Flottenerweiterung vorsehe, und es sei, ohne nennenswertem Widerstand zu begegnen, vom Reichstage angenommen worden.

Auf die englische Flotte übergehend, führte der Minister dann aus, bei den Seerüstungen seien zwei Gesichtspunkte von besonderer und ausschlaggebender Bedeutung: einmal die Schnelligkeit, mit der zur See im Gegensatz zum Landkriege der entscheidende Schlag geführt werden könne, zum anderen der lange Zeitraum, den maritime Rüstungen in Anspruch nähmen. Deshalb werde der leitende Gedanke seiner Darlegungen einerseits sein, daß England eine jederzeit kampf-

---

nicht kommen. Zum hoffnungsvoll ausklingenden Schluß des Artikels erfolgt die kaiserliche Schlußbemerkung: „Ganz nett, aber keine Lösung. England will eben nicht, daß der Continent sich verträgt, da er sonst unter deutsche Führung kommen könnte, und das — i[d] e[st] der geeinigte Continent Europas — ist gegen das bekannte britische Interesse! Also wird weitergehetzt, natürlich gegen die mögliche Vormacht. Inzwischen wächst Amerika immer mehr heran, wird immer stärker und wird allmählich die Englische Macht an sich ziehn, das Englisch-sprechende Weltimperium gründen, von dem England zu einem Amerikanischen Vorposten gegen den Europ[äischen] Continent herabsinken wird!"

* Siehe den Text in Parliamentary Debates, House of Commons 1912, Vol. VIII, p. 837 ff. Vgl. zu der Rede auch den Bericht des Marineattachés Korvettenkapitän Widenmann in Kap. CCXLVIII, Nr. 11578.

bereite erhebliche Übermacht zur See besitzen, andererseits seine Machtmittel zur See durch Jahre hindurch stetig und systematisch ausbauen müsse.

Die von der Regierung gestellte Nachtragsforderung von etwa einer Million Pfund stelle natürlich nur die erste und geringste Rate der Sonderausgaben dar, die das neue Gesetz England aufbürden werde. Was die Neubauten anlange, so werde sich die Zahl der zur Aufrechterhaltung des Verhältnisses von 60 % in den nächsten Jahren zu erbauenden Schiffe von 3, 4, 3, 4, 3, — auf 5, 4, 4, 4, 4 erhöhen. Die gegenwärtige Nachtragsforderung sehe, mit Ausnahme von einer geringen Vermehrung an Unterseebooten, wofür £ 160 000 ausgeworfen seien, keine Neubauten vor. Die für den Ausbau der Luftflotte eingestellten £ 60 000 stellten nur einen Vorläufer späterer größerer Forderungen dar. Die Regierung habe es weiter für wünschenswert gehalten, den Bau von acht leichtarmierten Kreuzern zu beschleunigen, die einen wichtigen Teil des Jahresprogramms bildeten, und die zur Unterstützung der Hauptflotte dringend notwendig seien. Auch werde vorgeschlagen, die vollen Reservebestände an Geschützen und Munition etwas früher, als ursprünglich in Aussicht genommen, bereitzustellen. Als einziger nicht zur Vervollständigung der Rüstungen zu verwendender Betrag sei die Summe von £ 35 000 in Anschlag gebracht, die zu Lohnaufbesserungen für die Dockarbeiter Verwendung finden solle.

Die Tatsache, daß Deutschland binnen kurzem 25 kampfbereite Schlachtschiffe zur Verfügung haben werde, die oft in der Nähe der englischen Küsten konzentriert werden würden, mache es zur gebieterischen Notwendigkeit, schnell und in ausgiebiger Weise die Zahl der jederzeit voll verfügbaren englischen Schlachtschiffe zu erhöhen. Daher seien die Flottenverschiebungen im Mittelmeer erfolgt. Das jetzt in Gibraltar stationierte, aus vier Schiffen bestehende vierte Geschwader werde innerhalb der nächsten zwei Jahre auf eine Stärke von acht Schiffen gebracht und schon im Anfang des nächsten Jahres um zwei starke Schiffe vermehrt werden. Es werde eine Hilfsstation in Malta erhalten, die es in den Stand setze, nötigenfalls auch im Mittelmeer in Tätigkeit zu treten[2]. Auf diese Weise sei die Heimflotte von 16 auf 24 oder mit Einschluß des Geschwaders von Gibraltar von 22 auf 28 Schiffe gebracht worden. Eine weitere Erhöhung von 28 auf 33 Schiffe sei in Aussicht genommen und werde im Laufe des Jahres 1914 zum Abschluß gebracht sein, also früher, als die Fertigstellung des dritten deutschen Geschwaders zu erwarten sei.

Im Jahre 1914 würde England also ein Minimum von 33 und unter Hinzurechnung der acht Schiffe der zweiten Flotte ein Maximum von 41 voll bemannten und kampfbereiten Schlachtschiffen gegenüber 29 deutschen zur Verfügung haben. Das Verhältnis von 33 zu

29 erscheine vielleicht auf den ersten Blick nicht sehr zufriedenstellend, aber die Zahlen seien in solchen Fragen nicht das allein maßgebende Kriterium. Die Admiralität sei vielmehr nach eingehender Prüfung des Qualitätsverhältnisses der beiderseitigen Schiffe und Geschwader zu der Überzeugung gekommen, daß man sich mit der vorliegenden englischen Übermacht für die nächsten zwei oder zweieinhalb Jahre zufriedengeben könne.

Hand in Hand mit dem Ausbau der Flotte müsse eine Vermehrung des Offizier- und Mannschaftsbestandes gehen. Dieselbe solle noch in diesem Jahre 5000 Köpfe betragen und auch in den nächsten vier Jahren in ausgedehntem Maße fortgesetzt werden.

Auf die Mittelmeerfrage übergehend, erklärte Mr. Winston Churchill es für die Pflicht der Regierung, im Mittelmeer eine Streitmacht zur Verfügung zu halten, die stark genug sei, im Frieden und im Kriege die großen und dauernden Interessen Englands daselbst zu wahren. Die Regierung könne aber nicht glauben, daß die beiden mit England seit langer Zeit in den besten Beziehungen stehenden Mittelmeermächte Österreich und Italien, die im Jahre 1915 über zusammen neun bis zehn große Schlachtschiffe verfügen würden, jemals einen gemeinsamen unvermuteten Angriff auf die englische Flotte oder auf englische Besitzungen unternehmen sollten. Auch könne die Regierung der Ansicht nicht folgen, daß England, abgesehen von seiner allgemeinen Vorherrschaft zur See[3] und seiner Übermacht in den heimischen Gewässern, auch noch eine lokale Vormachtstellung im Mittelmeer über die vereinigten Flotten dieser beiden Länder aufrechterhalten müsse. Eine solche Politik, die einem Dreieinhalb-Mächte-Standard gleichkäme, würde dem englischen Volk zu hohe Lasten auferlegen und außerdem durch keine vitalen englischen Interessen begründet sein. Englands Vorherrschaft auf dem Mittelmeer werde gedeckt durch seine allgemeine Vormachtstellung zur See[4].

Der richtige Weg, Englands Interessen im Mittelmeer zu wahren, sei, die geringstmögliche Zahl von modernen Schiffen daselbst zu stationieren. Die Regierung habe deshalb beschlossen, die sechs älteren bisher in Malta stationierten Schlachtschiffe im Winter durch vier Panzerkreuzer des Invincibletypus zu ersetzen. Weiter beabsichtige die Regierung, den Gefechtswert des in Malta stationierten Kreuzergeschwaders dadurch zu verstärken, daß sie die bisherigen das Geschwader bildenden Kreuzer durch wesentlich stärker armierte Schiffe besetze. Im Verein mit der französischen Flotte werde diese Streitmacht jeder möglichen Kombination überlegen sein, und diese Kreuzer seien mit Rücksicht auf die große Überlegenheit Englands an stark armierten Kreuzern gegenüber der nächststärksten Seemacht zu Hause entbehrlich.

Ferner werde es nötig sein, die Untersee- und Torpedobootflottille in Malta zu verstärken und eine neue Torpedostation in Alexandrien zu errichten. Sollte, wie verlautet, eine der Mittelmeermächte weitere beträchtliche Verstärkungen planen, so würde England natürlich entsprechende Maßnahmen in Betracht zu ziehen haben.

Eine Quelle der Beruhigung, so führte der Minister weiter aus, sei der Regierung in den letzten Wochen die Anwesenheit der kanadischen Minister gewesen. Ihr Kommen habe gewirkt wie der Händedruck eines starken Freundes in rechter Zeit. Wenn es heiße, daß der Beginn der Mitarbeit in der Reichsverteidigung den Beginn politischen Zusammenarbeitens nach sich ziehe, so könne er nur sagen, daß auf beiden Gebieten ein Zusammengehen der Dominien mit dem Mutterlande von unschätzbarem Vorteil für das britische Reich und für die Sache des Friedens sein werde.

Mr. Borden* und seine Kollegen hätten ihn zu der Erklärung ermächtigt, daß irgendeine sich in der nächsten Zukunft etwa nötig machende außergewöhnliche Mitarbeit Kanadas durch die schwebenden Verhandlungen über ein endgültiges Seerüstungsabkommen keine Verzögerung erfahren werde. Die kanadischen Mitarbeiter wünschten, daß Kanadas Eingreifen einen Beitrag zu dem bestehenden britischen Flottenprogramm darstellen und daß jeder von Kanada in dieser Hinsicht zu unternehmende Schritt unmittelbar die Wehrkraft des Reiches stärken solle. Die Mitwirkung des Dominiums, so hätten sie versichert, werde der Würde und Bedeutung Kanadas nicht unwert sein.

Zum Schluß suchte der Minister noch die Gerüchte zu zerstreuen, wonach in der Frage der Seerüstungen innerhalb des Kabinetts Meinungsverschiedenheiten herrschen sollten.

Im Namen der Opposition sprach zunächst Mr. Balfour. Der Redner führte aus, daß die Darlegungen des Ersten Lords der Admiralität dem Hause die wachsenden Schwierigkeiten der europäischen Lage vor Augen geführt hätten. Er hoffe und glaube, der Friede werde, wenn England seine Pflicht tue, erhalten werden, obwohl er sich nicht verhehle, daß der moderne Friede teurer sein werde als früher der Krieg. Die gegenwärtige Mächtegruppierung in Europa werde einen Krieg unmöglich machen, es sei denn, daß es zum Weltkrieg komme. In diesem Falle glaube er, daß die Flotten der Tripelentente[4] den ihnen gestellten Aufgaben nicht unterliegen würden. Englands Flottenausgaben müßten wachsen, aber solange die lebende Generation Schiffe nicht aus ehrgeizigen Absichten, sondern zur Auf-

---

* Premierminister des Dominion of Canada.

rechterhaltung des Friedens und der eigenen Sicherheit baue, so werde sie, wenn sie ihre Ziele erreiche, eine große Tat vollbracht haben.

Hierauf ergriff noch der Premierminister das Wort zu einer kurzen Rede. Er schloß sich voll und ganz der Ansicht des Vorredners an, daß die gegenwärtige Mächtegruppierung den Frieden sichere, und betonte, daß England nur mit größtem Widerwillen und unter dem Drucke der Verhältnisse an dem Wettrüsten teilnehme[5]. Die vorgeschlagenen Maßnahmen seien nötig zur Sicherung des Heimatlandes, der Dominien, des englischen Handels und auch zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens.

Nachdem Mr. Asquith noch teilweise auf die Erklärungen des Ersten Lords der Admiralität eingegangen war, kam er auf den Besuch der kanadischen Minister zu sprechen. Er bemerkte dabei, daß mit der zunehmenden Beteiligung der Dominien an den Lasten des Reichs dem Mutterlande die Pflicht erwachse, soweit als möglich dem gerechtfertigten Verlangen Gehör zu schenken, daß die Dominien bei der Entscheidung über Reichsangelegenheiten gehört werden möchten*.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Unsinn! Es giebt nur 1 Flottengesetz! Novellen!
[2] Formsache!
[3] ! in der Nordsee?
[4] ?!
[5] Unverschämtheit!

---

* In einem zweiten Bericht vom 23. Juli über die Churchillsche Rede (Nr. 777) führt Freiherr von Marschall eine Anzahl Presseäußerungen an, wobei der in der liberalen Presse übereinstimmend zum Ausdruck gelangende Gedanke hervorgehoben wird, daß das Problem der Flottenrüstungen nur durch eine politische Verständigung zwischen England und Deutschland zu lösen sei. Dazu bemerkte Kaiser Wilhelm II.: „Richtig; haben wir ihnen seit Jahren schon gesagt." In der Rede Churchills selbst war freilich der Gedanke einer politischen Verständigung mit Deutschland nicht entfernt angedeutet. Vgl. die Charakteristik der Rede in dem Bericht des belgischen Gesandten in Berlin Baron Beyens vom 25. Juli 1912: „Il a suffi du discours prononcé tout entièrement par M. Winston Churchill à la Chambre des Communes pour dissiper les rêves pacifiques que quelques esprits chimériques se plaisaient à former sur les deux rives de la mer du Nord. Le premier Lord d l'Amirauté est coutumier du fait. Ce n'est pas la première fois qu'il déchire brusquement en quelques phrases la toile de Pénélope que la diplomatie des deux Pays avait péniblement tissée. Après son dernier discours, si net et si brutal, l'ouvrage sera plus difficile encore à réparer." Zur Europäischen Politik 1897—1914, ed. B. Schwertfeger, IV, 72.

Nr. 11426

*Der Staatssekretär des Reichsmarineamts a. D. von Tirpitz an Kaiser Wilhelm II.**

Abschrift

Berlin, den 9. Oktober 1917

Euer Majestät habe ich die Ehre, anliegende Aufzeichnung** über die Unterredung mit Haldane vom 9. Februar 1912, die ich unter meinen persönlichen Briefen und Papieren vorgefunden habe, alleruntertänigst zu unterbreiten.

Dazu möchte ich folgendes ergänzend melden:

Aus den Verhandlungen, die der Unterredung vorhergingen, ist mir mit Bestimmtheit erinnerlich, daß Ende Januar[1] oder Anfang Februar auf dem Wege Ballin-Sir Ernest Cassel an das englische Auswärtige Amt ein Telegramm gesandt wurde, und zwar mit meinem Wissen und in voller Übereinstimmung mit Euer Majestät wie mit mir, in dem etwa zum Ausdruck gebracht wurde, daß wir in der Frage der Flottennovelle entgegenkommen könnten, wenn uns unsererseits eine freundliche Richtung der englischen Politik verbürgt würde[2]***. Solche Bürgschaft erblickten wir in einem Abkommen, nach dem sich keine der beiden Mächte in Komplikationen einlassen durfte, die gegen die andere gerichtet wären. Auf dieser Grundlage könnten wir weiter verhandeln und zu einer Verständigung über die Flottenrüstung gelangen[2].

Schon aus Mitteilungen Sir Ernest Cassels, die Ballin an Eure Majestät übermittelte, ging ferner, wie ich mich entsinne, hervor, daß England solche Bürgschaften in keiner Weise zu bieten gewillt war. Vielmehr wollte die englische Regierung als Entgelt für unseren Verzicht sich nur bereit erklären, neutral zu bleiben für den Fall, daß

---

* Die Tirpitzsche Denkschrift nebst der Aufzeichnung über die Unterredung mit Lord Haldane vom 9. Februar 1912 ist am 27. Oktober 1917 zu den Akten des Auswärtigen Amts gekommen. Sie wird daher hier am Schluß des Kapitels eingereiht, um so mehr, als die Aufzeichnung über die Unterredung mit Haldane kein Datum trägt und mindestens in ihrem Eingang aus einer späteren Zeit stammen dürfte. Den äußeren Anlaß zu der Einreichung der Denkschrift beziehungsweise der Aufzeichnung boten offenbar die Enthüllungen des „Manchester Guardian" vom 1. September 1917 über die Mission Lord Haldanes vom Februar 1912 (vgl. Nr. 11357, Fußnote). Die Aufzeichnung ist — mit einem etwas erweiterten Eingang — veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 286 ff.; die Denkschrift war bisher nicht veröffentlicht. Vgl. auch Nr. 11359, Fußnote.

** Siehe Anlage.

*** Vgl. Nr. 11351, 11353.

Frankreich Deutschland angriffe, für den Fall aber, daß Deutschland Frankreich angriffe, wollte sie freie Hand behalten[3] *.

Deutschland als den Angreifer hinzustellen, mußte im Kriegsfall England jederzeit ein leichtes sein, der Wert dieses Versprechens war also in Wirklichkeit gleich null, wie der Juli 1914 bewiesen hat. De facto bot England uns von vornherein nichts als verhältnismäßig wenig wertvolle Teile portugiesischen Kolonialgebietes, die wir kaufen durften, und auf die übrigens auch der damalige Staatssekretär des Auswärtigen von Kiderlen in wirtschaftlicher Hinsicht keinen Wert legte.

Gleichzeitig hatte Portugal erklärt, daß es von seinen Kolonien nichts zu verkaufen beabsichtige**, und Churchill hielt eine Rede über die deutsche Luxusflotte[4] ***.

Ich erinnere mich ferner mit Bestimmtheit, daß Haldane auf eine Frage Euer Majestät gesagt hat, daß England das Wort „Neutralität" uns gegenüber mit Rücksicht auf seine Beziehung zu Frankreich nicht würde gebrauchen können[5]. Diese Äußerung Haldanes ist aber in der anliegenden Niederschrift in dieser Schärfe nicht zum Ausdruck gekommen.

Ob Haldane bei seinen Darlegungen in gutem Glauben handelte und sprach, mag dahingestellt sein, das englische Kabinett jedenfalls hat nicht darnach gehandelt. Dieses stellte vielmehr, sobald wir ihm den kleinen Finger gegeben hatten, Forderungen, die weit über das ursprünglich erörterte Maß hinausgingen[2].

Die wahre Absicht der englischen Regierung, nämlich Deutschland seine Waffe zur See aus der Hand zu ringen, ohne reale Gegenleistung, trat immer unverhüllter zutage. Euer Majestät hat dieses, wenn ich mich recht entsinne, in einem Allerhöchst eigenhändigen Brief an den König Georg etwa vom März 1912† dargelegt[6]. In gleichem Sinne schrieb mir der Chef des Marinekabinetts am 18. März 1912: „Der gestern noch eingegangene englische Vorschlag ist völlig unannehmbar. Verklausulierte Neutralität unter Bedingung der Aufgabe der Novelle[2]. Der Zweck der ganzen Aktion — Vernichtung

---

* Die ersten Andeutungen in dieser Richtung finden sich in der Aufzeichnung B. Huldermanns über seine Unterredung mit Sir E. Cassel vom 5. Februar 1912, deren wesentlicher Inhalt von Ballin nach Berlin weitergegeben wurde (vgl. B. Huldermann, Albert Ballin, S. 254). Wesentlich deutlicher trat die englische Absicht, sich in der Neutralitätsfrage mit Rücksicht auf Frankreich möglichst wenig festzulegen, in den Berliner Auslassungen Lord Haldanes zutage. Vgl. Nr. 11362 f.

** Vgl. dazu Kap. CCXLIV, Nr. 11438.

*** Vgl. dazu Kap. CCXLI, Nr. 11334, Anlage II.

† Ein solches Schreiben ist nicht zur Absendung gelangt. Ein Entwurf zu einem solchen Schreiben des Kaisers wird mitgeteilt bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 331 f.

der Novelle — ist damit aufs klarste zum Ausdruck gekommen. Natürlich wird der englische Vorschlag abgelehnt*."

Ohne Zweifel hat die von Haldane mitgebrachte Erkenntnis, daß von dem damaligen Kanzler nahezu alles zu erlangen war, zu einer solchen Steigerung der englischen Forderungen beigetragen.

Haldane selbst hat sich zunächst Euer Majestät und beim Heruntergehen aus dem Schloß mir gegenüber mit der Unterredung „sehr befriedigt" erklärt und sich auch sonst in diesem Sinne ausgesprochen[7]. Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, dem gegenüber ich dieses in einer Unterredung einige Zeit später erwähnte, erklärte mir, daß Haldane im allgemeinen dasselbe gesagt hätte, er hätte aber hinzugefügt, er wisse nicht, ob sein Kabinett sich ganz damit zufrieden erklären würde[8].

Ich habe nicht unterlassen wollen, Euer Majestät diese Einzelheiten bei dieser Gelegenheit zu unterbreiten, weil ich nicht für ausgeschlossen halte, daß Eure Majestät in der gegenwärtigen Lage diese Tatsachen politisch — vielleicht durch geeignete Bekanntgabe — verwerten könnten[9].

Schließlich möchte ich noch betonen, daß, wie Euer Majestät sich entsinnen werden, und wie es Euer Majestät durch den Kabinettschef mitgeteilt worden sein muß, bei einer realen Gegenleistung Englands[10], sei es einer brauchbaren Neutralitätserklärung, sei es einer auch englischerseits zugegebenen Flottenbeschränkung, ich durchaus bereit war, Euer Majestät auch die Zurücknahme der ganzen Flottennovelle zu empfehlen[9]**. Eine solche Gegenleistung war schon aus dem Grunde politisch unerläßlich, weil Eure Majestät die Novelle bereits in der Thronrede*** angekündigt hatten.

(gez.) v. Tirpitz

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks in Abschrift:
Chef des Marinekabinetts zum Vergleich mit dem Artikel Haldanes in Englischer Presse† ihm von mir übergeben. Meine Verhandlungen mit Bethmann in dieser Frage im Hausministerium deponiert (Novelle). (gez.) W.
Abschrift an Auswärtiges Amt.
Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. in Abschrift:
[1] Erschien Cassel durch Ballin begleitet mit einer Verbalnote der englischen Regierung bei mir.
Darauf wurde von mir in Gegenwart von Bethmann, Tirpitz, Cassel, Ballin abgefaßt, als Antwort auf die von Cassel im Auftrag der englischen Regierung überbrachte Verbalnote††.
[2] richtig!
[3] richtig! Das war der Köder, auf den Bethmann anbiß! und weswegen er

---

* Vgl. A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 328.
** Vgl. dazu Nr. 11359, Fußnote.
*** Vom 7. Februar. Vgl. dazu Kap. CCXLI, Nr. 11327, Fußnote.
† Gemeint ist der Artikel des „Westminster Guardian" vom 1. September 1917.
†† Vgl. Nr. 11347 nebst Anlagen.

die Novelle zu beseitigen versuchte, was zum Konflikt zwischen ihm und mir führte, der mit Hülfe Dr. Burchards* im Bundesrat, am 22. III. beglichen wurde; nachdem der Kanzler die englische Absage erhalten hatte.
4 Haldane erschien zu Verhandlungen infolge einer Antwort, nachdem Grey und Churchill sich darüber entzweit hatten, wer nach Berlin gehen solle, und Haldane als neutrale Persönlichkeit gewählt wurde, um den Vertrag vorzubereiten, den Grey in Berlin unterzeichnen zu wollen vorgab!
5 richtig! Im Gegensatz zur Verbalnote, per Cassel, in der ausdrücklich diese Neutralität angeboten wurde.
6 ?
7 ja!
auch Ballin gegenüber!
8 richtig, hat mir Ballin berichtet
9 ja
10 id est Neutralität

Anlage

Niederschrift über die Unterredung mit Haldane am 9. Februar 1912

Nach meiner Kenntnis und Auffassung fehlt es an jedem Anhalt, der die Annahme berechtigt erscheinen lassen könnte, daß die Engländer tatsächlich die seit Jahren befolgte Politik verlassen und eine vollständige Schwenkung ihrer Politik vornehmen wollen. Sofern über diesen Punkt keine Gewißheit besteht, erscheint auf seiten Deutschlands ein großes Mißtrauen nicht nur gerechtfertigt, sondern geboten.

Infolge der vom Reichskanzler erhobenen Bedenken und Forderungen war die Novelle im Laufe des Winters so reduziert worden, daß sie nur noch das nackte Prinzip und kaum noch irgendwelches Material für Konzessionen enthielt. Ich konnte bei der Verhandlung mit Haldane auch nicht auf die Novelle in ihrer ursprünglich von Seiner Majestät befohlenen Form zurückgreifen und auf dieser günstigeren Basis verhandeln, da die Novelle in ihrer letzten verkürzten Form durch den Reichskanzler inhaltlich bereits an Haldane mitgeteilt worden war**.

---

* Dr. J. H. Burchard, Erster Bürgermeister von Hamburg. Über sein Eintreten für die Flottenvorlage vgl. auch Kaiser Wilhelm II., Ereignisse und Gestalten, S. 130 f. Daß der „Konflikt" zwischen dem Kaiser und dem Kanzler erst am 22. März mit Hilfe Burchards beglichen sei, dürfte ein Irrtum sein. Am 22. März, wo die Wehrvorlagen im Bundesrat eingebracht wurden und der Kaiser seine Mittelmeerfahrt antrat, war das Entlassungsgesuch des Kanzlers vom 6. März längst im Sinne des Verbleibens in seinem Amte erledigt. Die am 17. März in Berlin eintreffende englische Absage hat dem Kanzler zwar von neuem den Gedanken seines Abschieds nahegelegt; eine neue Spannung zwischen ihm und dem Kaiser, die erst am 22. beglichen wäre, ist aber nicht erfolgt. In der Erzählung des Kaisers sind die Dinge völlig verschoben. Vgl. Nr. 11 388, S. 157, Fußnote **.

** Vgl. dazu Nr. 11 357, Fußnote.

Inhalt der Unterredung

Haldane erklärte zu Beginn der Unterredung, er spräche „im Namen des englischen Kabinetts“ und mit Zustimmung „Seiner Majestät des Königs“[1]. (Die Churchillsche Rede in Glasgow* läßt die Einheitlichkeit des Kabinetts zweifelhaft erscheinen.) Nicht ganz im Einklang mit dieser Erklärung steht die Betonung, die Haldane am Schluß der Unterredung, nachdem wir scheinbar zu einer völligen Einigkeit gekommen waren, auf die Bemerkung legte, daß diese Unterhandlung lediglich eine Information Haldanes bedeute.

Ich führte zu Beginn der Unterredung aus, wir würden es sehr begrüßen, wenn wir zu einer Verständigung kämen, wir hätten dies immer gewünscht, und unsere Bestrebungen hätten niemals zu einer „Supremacy“ oder Flottenkonkurrenz gegenüber England führen sollen. Die Begründung (preamble) unseres Flottengesetzes wäre in England dem Sinne nach ganz entstellt wiedergegeben worden. Das, was wir allerdings anstrebten, das wäre eine Flotte, die England, ohne selbst Schaden zu erleiden, nicht einfach niederschlagen könne.

Haldane begann damit, daß er die weitesten politischen Perspektiven eröffnete. Er versprach ganz Angola, Sansibar, Pemba etc., sicherte ein äquatoriales Kolonialreich durch die ganze Mitte von Afrika zu, also gewissermaßen auch den Kongostaat[1]; England wolle sich auf die Konzession für die Eisenbahn beschränken, die von Ägypten nach Kapstadt führen solle, und die Seine Majestät der Kaiser schon mit Cecil Rhodes besprochen hätte**.

Auf eine Frage Seiner Majestät hinsichtlich der Neutralität Englands bei einem Kriege zwischen Frankreich und Deutschland machte Haldane längere Ausführungen mit Vergleichen wie Deutschland griffe Japan oder England griffe Österreich an, Vergleiche, die außer Bereich der Wahrscheinlichkeit liegen. Ich hatte aber bei dieser Umgehung der Beantwortung der Frage Seiner Majestät den Eindruck, daß unser neues Verhältnis mit England an der bisherigen „de facto“ Entente zwischen England und Frankreich nichts ändern würde, obwohl Haldane aussprach, sie hätten keine schriftlichen Verträge mit Frankreich[2].

Haldane führte dann aus, daß es sich hier nur um ein „politisches Agreement“ handle, und daß England Forderungen bezüglich „der maritimen Abrüstung“ überhaupt nicht stellen wolle[1]. Er sehe ein, daß wir ein drittes aktives Geschwader haben müßten. Forderung für Personal und Indiensthaltungen wären England ganz gleich. Eine Verlangsamung des Bautempos der neuhinzutretenden Schiffe würde ihnen aber das politische Agreement zu Hause sehr erleichtern (Lubrikation). Er fing dann selbst vom Two-Power-Standard an, den sie festhalten müßten, und bezeichnete ihn als unerläßliche

* Vgl. dazu Kap. CCXLI, Nr. 11334, Anlage II.
** Vgl. dazu Bd. XIV, Kap. XCVI, Nr. 4045, S. 581, Fußnote.

„tradition" für England. Daraufhin habe ich ausgeführt, daß wir das Prinzip, welches in dem Two-Keel-to-One-Standard (ich brauchte absichtlich diese klare Bezeichnung) gegen Deutschland läge, nicht anerkennen könnten[1]. Ein anderes Verhältnis, etwa 2:3, wäre als Prinzip möglich. Alle Experten von Lord Vincent an, Mahan, auch neuere Reden von M'Kenna, Grey hätten anerkannt, daß bei einem solchen Verhältnis eine England gegenüberstehende Nation keine aggressiven Absichten haben könnte. Haldane meinte darauf, dann würde es möglich sein, auf einen derartigen Gedanken einzugehen[2]. Augenblicklich ginge es nicht. England müßte mit seiner Flotte jeder möglichen Kombination gewachsen sein. Auf meine Gegenbemerkung, daß dann unsere Armee auch jeder Kombination gewachsen sein müßte, während sie an Zahl doch kaum so stark wäre, wie die jedes unserer Nachbarn, ging er nicht näher ein und meinte, das wäre etwas ganz anderes[1].

Auf die Frage Seiner Majestät, was sie denn als ein Entgegenkommen ansehen würden, stellte Haldane sehr geringe Forderungen. Er kam zunächst mit einer gewissen Verlangsamung des Baues der Schiffe heraus und fragte, ob wir nicht die Vermehrung auf zwölf Jahre verteilen wollten. Besonderen Wert legte er auf das Jahr 1912[1].

Schon um den Wert des Zugeständnisses zu steigern, versuchte ich ihm die Schwierigkeiten klar zu machen, die sich für uns aus einer weiteren Änderung der Vorlage ergäben, da wir mit Rücksicht darauf, daß sich die Stimmung in England verbessert habe, unser Programm jetzt schon um drei Schiffe vermindert hätten. Es handle sich eigentlich nicht um eine Vergrößerung der Flotte, sondern um eine organisatorische Änderung, die durch die modernen Verhältnisse (Funkentelegraphie, Komplikationen neuerer Schiffe) und durch unser Wehrsystem an sich bedingt sei. Ich sagte Haldane, daß er auch bedenken müsse, wie Seine Majestät durch die Thronrede bereits für die Novelle engagiert sei. Haldane gab dies zu und wiederholte, wir müßten unser drittes Geschwader haben[2]. Er wolle nur „der Form" wegen — es handle sich nicht um eine tatsächliche Summe — ein Zeichen unseres Entgegenkommens haben.

Er gab auch zu, daß die Vermehrung des Flottengesetzes um drei Schiffe in 20 Jahren materiell eigentlich überhaupt keine Rolle spiele[2].

Jetzt war zu entscheiden, ob wir eine allgemein gehaltene Zusage des Entgegenkommens in bezug auf die Novelle geben sollten für den Fall, daß ein politisches Agreement zustande käme, oder ob wir das Maß des Entgegenkommens schon bei dieser Unterredung fixieren sollten. Da Haldane selbst nur den Vorschlag machte, das Tempo des Zuwachses zu verlangsamen oder ein Schiff wenigstens wegzulassen, erschien es richtig, diesen Weg zu gehen und seinen eigenen Vorschlägen zuzustimmen.

Haldane hat dann denjenigen Vorschlag aus eigener Initiative heraus persönlich ausgesprochen und später selbst niedergeschrieben, den ich meinerseits in dem Heft der Novelle mir vorher als einen möglichen bezeichnet hatte, nämlich das erste Schiff 1913, das zweite 1916, das dritte unbestimmt, jedenfalls nach 1917[2].

Nachdem Haldane sich hiermit befriedigt erklärt hatte, er also diese Konzession eingesteckt hatte, ging er mit seinen Forderungen weiter und berührte schließlich in vorsichtiger Weise die Frage, ob denn überhaupt das Flottengesetz selbst ausgeführt werden müßte. Seine Majestät der Kaiser sagte daraufhin, es wäre Gesetz und müßte ausgeführt werden. Haldane zog sich darauf von dieser Frage zurück[2].

Ich habe aber nichtsdestoweniger den Eindruck gewonnen, daß sich die englische Aktion nicht so sehr gegen die augenblickliche, materiell doch geringfügige Novelle als gegen unsere Wehrhaftigkeit zur See überhaupt richtet[2].

Seine Majestät der Kaiser wiesen noch darauf hin, daß wir mit Rücksicht auf die erweiterten Flottenprogramme unserer kontinentalen Nachbarn allein schon genötigt wären, unsere Flottenentwickelung auf ihrer Höhe zu erhalten. Haldane machte hierzu gewisse Bemerkungen, daß England dafür sorgen würde, daß die französischen und russischen Flottenprogramme nicht zu sehr anschwellen würden. Auf meine konkrete Frage aber, wie es in dieser Beziehung mit Frankreich stände, das für das Jahr 1912 drei große Schiffe auf Stapel lege, während wir eventuell in Erwägung ziehen wollten, nur zwei Schiffe zu bauen, ging Haldane nicht ein[1].

Tatsächlich liegt die Frage freilich so, daß jedes Kriegsschiff, welches in der Welt gebaut wird, die englische Monopolstellung erschwert, unter den heutigen Verhältnissen für uns also nützlich, für England aber schädlich ist.

Haldane zeigt sich als ein äußerst geschickter Unterhändler. Charakteristisch war auch der Umstand, daß, wenn irgendwie die schlechte Behandlung Deutschlands durch England gestreift wurde, er stets ohne jede Verteidigung und Bemäntelung zugab, daß Deutschland sich darüber mit Recht hätte beklagen können[2].

Haldane sprach schließlich aus, daß er das politische Agreement so sehr wie möglich beeilen würde, und daß England mit der Veröffentlichung seiner Estimates warten würde, bis unsere Novelle veröffentlicht sei[2].

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks in Abschrift:
24/X 17 W.
Randbemerkungen des Kaisers in Abschrift:
[1] Richtig
[2] ja
Schlußbemerkung des Kaisers:
Richtig W.

Anhang

Die Abberufung Graf Metternichs aus London Freiherr von Marschall als Botschafter in England

Nr. 11427

*Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Korfu**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 11 Berlin, den 16. April 1912
Geheim

Baron Marschall telegraphiert soeben, daß er zur Annahme von London bereit sei. Den mir von Euerer Majestät mündlich mitgeteilten Intentionen entsprechend werde ich veranlassen, daß Graf Metternich Ende Mai nach Erledigung der Wehrvorlagen auf einen Urlaub geht, während dessen dann das Revirement endgültig in die Wege geleitet wird. Über die sich daran weiter knüpfenden Ver-

* Das Scheitern der mit der Mission Lord Haldanes eingeleiteten Verhandlungen über ein political and naval agreement hatte unter anderem auch einen Wechsel in dem Londoner Botschafterposten zur Folge. Seiner Unzufriedenheit mit Graf Metternich hatte der Kaiser schon vor und während der Verhandlungen in Randbemerkungen häufig Ausdruck gegeben. Am 18. März erhob der Kaiser gegenüber dem Reichskanzler die Forderung, daß Metternich abgelöst werde, „sobald die jetzigen Wogen etwas heruntergegangen seien" (A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 330). Auf Korfu, wo der Reichskanzler den Kaiser dann in den Ostertagen besuchte (7. bis 10. April), kamen beide dann überein, daß dem Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall die Nachfolge Graf Metternichs in London angeboten werden solle. Bei der Erwählung Freiherrn von Marschalls dürfte der Gesichtspunkt entscheidend gewesen sein, für die Aufgabe einer Besserung der deutsch-englischen Beziehungen, auf die der Kaiser trotz oder vielmehr gerade wegen der Unstimmigkeiten in der Flottenfrage das größte Gewicht legte, den fähigsten und bewährtesten deutschen Diplomaten heranzuziehen. Vgl. dazu den Bericht des russischen Geschäftsträgers in Berlin von Schebeko an Sasonow vom 24. Mai 1912: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß die deutsche Regierung wichtige Gründe haben mußte, um Marschall in dem jetzigen schwierigen Augenblicke aus Konstantinopel abzuberufen, wo er eine so große Rolle spielte und sich eine ganz außergewöhnliche Stellung geschaffen hatte. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die regierenden Kreise Deutschlands hierbei von dem Wunsche beseelt waren, wenn nicht ein Übereinkommen, so doch eine gewisse Annäherung an England zu erzielen, indem die diesbezüglichen Verhandlungen dem auf einem andern Posten so erprobten Diplomaten anvertraut wurden." v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke a. a. O., S. 767f. Ähnlich äußert sich der belgische Gesandte in Berlin Baron Beyens in seinem Bericht vom 28. Juni 1912: „Wird es dem Freiherrn von Marschall gelingen, im Verlaufe seiner Londoner Mission eine Annäherung zwischen der deutschen und britischen Regierung herbeizuführen? Zweifellos wünscht dies niemand mehr als der Kaiser . . . Da er nicht selbst in London handeln konnte, so betraute er den fähigsten deutschen Diplomaten mit dieser undankbaren Aufgabe." (Belgische Aktenstücke 1908—1914, S. 108.)

änderungen in Besetzung der Botschafterposten bitte ich Euere Majestät, vor Allerhöchster Entscheidung noch meinen Vortrag zu hören[1]. Im Interesse unserer Politik werde ich hier die Sache bis nach Erledigung der Wehrvorlagen, auch nach innen hin, absolut geheim halten.

Alleruntertänigst
Bethmann Hollweg

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Überflüssig; hat hier im Achilleion bereits zu Ostern stattgefunden und die Materie ist völlig erschöpfend behandelt worden.
Schlußbemerkung des Kaisers:

Antwort

Das Revirement für Constantinopel ist auf Vortrag des Kanzlers nach eingehender mehrtägiger Besprechung hier mit mir bereits festgesetzt worden dahingehend: daß Wangenheim* den Posten erhalten soll. Dem Kanzler hatte ich bereits im vorigen Jahre darüber Mittheilung gemacht, und ihm damals, sowie auch jetzt wieder hier, mitgetheilt, daß ich schon anno 1908, bei meinem ersten Besuch in Corfu, im Einverständniß mit Fürst Bülow, Wangenheim privatim eröffnet habe, daß er Marschalls Nachfolger werden solle. Nachdem die Einigung in dieser — alten, oft behandelten Frage — erzielt wurde, habe ich dem Kanzler Befohlen, Marschall zu fragen, ob er annehme; im Bejahungsfalle mir zu telegraphieren, damit ich Marschall nach Corfu kommen lassen könne, um mit ihm über London zu sprechen**; zum zweiten, daß ich Wangenheim sub sigillo mittheilen werde, daß er nach Stambul kommt; sodaß beide Herren sich dann noch besprechen können in meiner Gegenwart. Damit war der Kanzler einverstanden. Ein nochmaliger Vortrag darüber ist überflüssig. Er würde — wie ich hier dem Kanzler gegenüber besonders betont habe — mir die Möglichkeit rauben, persönlich noch an Ort und Stelle meine Ansichten über die Behandlung in Stambul an Wangenheim mitzutheilen. Er hat die Anwartschaft auf Stambul seit langem und soll den Posten unbedingt erhalten. Ich habe es ihm bereits eröffnet.

Wilhelm I. R.

Nr. 11428

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 60 Berlin, den 17. April 1912

Geheim, selbst entziffern

Von Seiner Majestät ist für Ew. Exzellenz soeben folgendes Telegramm eingegangen:

---

* Bisher Gesandter in Athen.
** Von der Absicht, Freiherrn von Marschall nach Korfu kommen zu lassen, nahm der Kaiser wieder Abstand, als ihm der im Kaiserlichen Gefolge weilende Gesandte Freiherr von Jenisch vorstellte, daß eine solche Berufung großes Aufsehen machen und mißdeutet werden würde; dafür wurde Marschall angewiesen, sich am 11. Mai in Karlsruhe bei dem Kaiser zu melden. Siehe das folgende Schriftstück.

„Reichskanzler meldet mir eben Ihren Entschluß, Londoner Posten mit Stambul zu vertauschen. Ich danke Ihnen bestens dafür. Bei der Größe und Wichtigkeit der Aufgabe, die Ihrer dort harrt, wünsche ich dieselbe und ihre Lösung mit Ihnen mündlich zu besprechen."

Seine Majestät wünscht Ew. Exzellenz zu diesem Zweck am 11. Mai in Karlsruhe zu sehen und erwartet eine direkte Antwort Ew. Exzellenz.

Da keiner der in Korfu befindlichen Chiffre in Konstantinopel ist, bitte ich Antwort zum Umchiffrieren hierher zu leiten.

Um Aufsehen zu vermeiden, empfiehlt es sich, daß Ew. Exzellenz um einen Anfang Mai anzutretenden Urlaub einkommen und womöglich zu kurzer Akteneinsicht über hier reisen*.

Kiderlen

---

* In London waren schon seit geraumer Zeit Gerüchte über einen Wechsel in der deutschen Botschaft verbreitet. Graf Metternich, der über die Unzufriedenheit des Kaisers mit seiner Haltung in der Flottenfrage und über die Feindschaft der einflußreichen Marinekreise (vgl. die Äußerung des Marineattachés Widenmann vom 9. März über seinen Chef: „Wenn nur Metternich von hier fort wäre. Er ist ein nationales Unglück für uns;" A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 322) orientiert war, gab sich wegen seines Bleibens in London keinen Illusionen hin. Offiziell verständigt wurde er von der Absicht des Wechsels gelegentlich eines kurzen Aufenthalts in Berlin (24. bis 27. April 1912). Nach seiner Rückkehr auf seinen Posten machte er dem Könige von England und Sir E. Grey die erste vertrauliche Mitteilung von seiner bevorstehenden Verabschiedung und der voraussichtlichen Bestimmung Freiherrn von Marschalls zu seinem Nachfolger. Wie er in einem Bericht vom 7. Mai (Nr. 519) anführte, hätte ihm Sir E. Grey bei dieser Gelegenheit gesagt: „Wir hätten uns nun schon seit vielen Jahren aneinander gewöhnt, und obwohl wir mitunter im entgegengesetzten Lager gestanden hätten, so sei er bei mir stets sicher gewesen, daß seine Ansichten und Absichten nicht mißverstanden, sondern richtig wiedergegeben worden seien. Wenn aber, wie besonders in letzter Zeit, ein Zusammenarbeiten möglich geworden sei, so habe er auch dann Verständnis und warme Unterstützung bei mir gefunden. Hierfür sei er mir aufrichtig dankbar. Ob wir nun gegeneinander gefochten oder miteinander das gleiche Ziel zu erreichen versucht hätten, so habe sich ein gegenseitiges Verhältnis des absoluten persönlichen Vertrauens herausgebildet, welches nicht leicht zu ersetzen sei. Er sei überzeugt, daß auch seine Kollegen meinen Abschied auf das lebhafteste bedauern würden." Vgl. dazu nun auch Viscount Grey of Fallodon, Twenty-Five Years 1892—1916, I, 245 f. Am. 14. Mai gab Sir E. Grey seinem Bedauern über den Abgang Graf Metternichs auch in öffentlicher Parlamentssitzung Ausdruck. Der Abschied des Botschafters vollzog sich unter besonderen Ehrenbezeugungen. Am 6. Juni wurde ihm in der Guildhall ein Abschiedsdiner gegeben, auf dem der Lordmayor eine warmherzige Rede hielt. Auch Sir E. Grey veranstaltete am 10. Juni im Foreign Office ein Abschiedsdiner zu Ehren des Botschafters. In einem letzten Bericht vom 11. Juni (Nr. 663) konnte Graf Metternich von sich sagen: „Ich lege mein Amt nieder, begleitet, ich darf wohl ohne Überhebung sagen, von den besten Wünschen der ganzen Nation und unter Ehrenbezeugungen, wie sie in diesem Lande einem fremden Botschafter noch nie zuteil geworden sind." Vgl. auch Graf Benckendorffs Brief an Sasonow vom 18. Mai 1912. v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke a. a. O., S. 766 f.

Nr. 11429

Der Chef des Marinekabinetts Admiral von Müller an den Chef des Geheimen Zivilkabinetts von Valentini, z. Z. in Straßburg

Telegramm. Entzifferung

Berlin, den 13. Mai 1912

Empfehle sehr, daß Seine Majestät der Kaiser dem Botschafter Freiherrn von Marschall sagen lasse, er möge sich mit dem Staatssekretär des Reichsmarineamts über die Flottenpolitik besprechen, bevor er auf seinen neuen Posten geht*.

von Müller

Nr. 11430

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 544 London, den 12. Mai 1912

Das Sonntagsblatt, der „Observer", enthält einen aus seiner heutigen Nummer gehorsamst beigefügten Artikel über die Klippen und Grenzen der Aufgabe des Freiherrn von Marschall auf dem Botschafterposten in London**. Der Verfasser, Mr. Garvin, Herausgeber

---

* Tatsächlich haben zwischen Freiherrn von Marschall und Großadmiral von Tirpitz am 15. und 16. Juni, kurz vor dem Abgang des Botschafters nach London, Unterredungen stattgefunden. Näheres darüber bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 348 f. Danach hätte sich Freiherr von Marschall abfällig darüber geäußert, daß man deutscherseits überhaupt in Verhandlungen mit England über Rüstungsfragen und koloniale Abtretungen eingetreten sei. „England gönnte uns nichts, würde uns auch nichts geben. Habe 1898 portugiesische Kolonien mit uns geteilt, 1899 Portugiesen ihren Kolonialbesitz garantiert, jetzt dito, Sansibar keinen Wert, höchstens Affektionswert." Ob sich in den Unterredungen ein „vollständiges Einvernehmen über die zu befolgende Flottenpolitik" zwischen Marschall und Tirpitz ergeben hat, wie dieser in seinen „Erinnerungen" (S. 200) behauptet, muß dahingestellt bleiben. Jedenfalls hat sich Freiherr von Marschall in seinen Berichten aus London (vgl. Nr. 11434) auf den Standpunkt gestellt, daß „internationale Vereinbarungen über Rüstungsbeschränkungen" — zu solchen hätte streng genommen eine englisch-deutsche Verständigung doch nicht gehört — nicht angezeigt seien.

** „Baron Marschall and the new Mission." Der Schluß dieses Artikels lautete: „Baron Marschall's reports may have an invaluable effect if after an impartial survey of the situation in this country he is able to explain that hatred of Germany does not exist; that British policy is uninfluenced by fear or preju-

des Blattes, ist ein Journalist von Einfluß, der häufig die Stimmung weiter Kreise innerhalb der unionistischen Partei wiedergibt. Der Artikel ist, als von einem geschickten Gegner stammend, besonders beherzigenswert. Es macht sich unter der Oberfläche schon eine Reaktion gegen den allzu früh und laut ausposaunten Triumphzug meines Nachfolgers geltend. Es ist im Interesse der Sache zu hoffen, daß diese hier einsetzende Tendenz nicht die bei uns beabsichtigte Wirkung gänzlich aufhebt.

P. Metternich

---

dice; that in no circumstances can we suffer any diminution of a margin of naval superiority already somewhat too small for requirements; and that we stand immovably by our friends for precisely the same honourable and prudential considerations which induce Germany to stand by her allies. Upon these conditions there are no means for improving the relations between London and Germany which we can refuse to consider. But no small territorial readjustments, no economic understanding with respect to the Portuguese colonies, no definite arrangement with respect to the Bagdad Railway, would in themselves affect the deeper problem. If Baron Marschall's arrival were followed by any Press movement in this country directed, openly or covertly, against the entente cordiale, a counter-movement would soon wreck his mission; and the last state of Anglo-German relations would be much worse than the first." Vgl. dazu den Brief Graf Benckendorffs an Sasonow vom 18. Mai 1912 (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke a. a. O., S. 766), in dem es heißt: „Jedoch schon ein paar Tage, nachdem der betreffende Beschluß — die Ersetzung Graf Metternichs durch Freiherrn von Marschall — gefaßt war, ist die offiziöse Presse Deutschlands mit der Angelegenheit befaßt worden, und von diesem Zeitpunkte an hat eine für den Grafen Metternich äußerst peinliche Pressekampagne eingesetzt. Es hat sich mit dieser Kampagne dasselbe zugetragen wie bei allen ähnlichen Angelegenheiten. Sie hat mehr geschadet als genützt, und es wird Baron Marschall sehr schwer fallen, hier zu überzeugen, daß er nicht nach London kommt, um allem Widerstand zum Trotz allein durch sein Erscheinen eine englisch-deutsche Entente herbeizuführen." Ähnlich urteilte der russische Geschäftsträger in Berlin von Schebeko in einem Bericht vom 24. Mai (v. Siebert a. a. O., S. 768): „Es ist sehr wahrscheinlich, daß die regierenden Kreise Deutschlands hierbei — bei der Ernennung Marschalls — von dem Wunsche beseelt waren, wenn nicht ein Übereinkommen, so doch eine gewisse Annäherung an England zu erzielen, indem die diesbezüglichen Verhandlungen dem auf einem anderen Posten so erprobten Diplomaten anvertraut wurden; aber es ist fraglos richtig, daß alles, was in letzter Zeit in dieser Hinsicht von Zeitungen aller politischen Richtungen und Schattierungen geschrieben wurde, und auch die Hoffnungen, die sich auf die angebliche neue Mission des deutschen Botschafters in London gründeten — der soliden Grundlage entbehren und nur beweisen, mit welcher Beunruhigung die gespannten Beziehungen zu England in Deutschland betrachtet werden." In seinen Memoiren (Twenty-Five Years 1892—1916, I, 246) äußert sich Lord Grey über den Eindruck der Ernennung Freiherrn von Marschalls wie folgt: „We felt his coming to London to be a somewhat formidable and not altogether auspicious event. We expected him, as an able diplomatist, to begin by making himself agreeable, but we were prepared to be on our guard." Über die Stellungnahme der französischen Presse zu der Ernennung Freiherrn von Marschalls siehe Kap. CCXLVIII, Nr. 11563 und 11564.

Nr. 11 431

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 683 London, den 15. Juni 1912

Die „Times" beschäftigt sich heute an leitender Stelle mit dem Wechsel in der Leitung der Kaiserlichen Botschaft und zollt zunächst dem Grafen Metternich volle Anerkennung für sein Wirken. Das vom Staatssekretär des Auswärtigen ihm zu Ehren gegebene Abschiedsessen sei eine so außergewöhnliche Ehrung, daß man sich eines Präzedenzfalls nicht entsinnen könne*. Es sei ein Beweis von persönlicher Achtung und Freundschaft desjenigen britischen Staatsmannes, der naturgemäß in engstem und intimstem Verkehr mit ihm gewesen sei. Gleiche Empfindungen würden dem scheidenden Botschafter vom Publikum und von allen denen entgegengebracht, die mit ihm in sozialen und geschäftlichen Beziehungen gestanden hätten.

Wenngleich sich die englische Mentalität so wesentlich von der deutschen unterscheide, so sei es doch dem Grafen Metternich zum mindesten in den letzten Jahren gelungen, die englische Volksseele zu verstehen. Man müsse daher annehmen, daß er in diesen Zeiten in der Lage war, seine Regierung über das zu unterrichten, was man hier tatsächlich dachte und empfand.

Sein Nachfolger könne einer herzlichen und respektvollen Aufnahme sicher sein. Ein Staatsmann, dessen schnelle Auffassungsgabe und großzügigen Gesichtspunkte allgemein anerkannt würden, werde sicher hier schnell heimisch werden. Doch selbst seine große Begabung werde ihn vielleicht nicht von vornherein vor einigen allgemein verbreiteten Illusionen schützen, obwohl die Grundzüge der zwischen beiden Reichen geschaffenen Situation sich so klar abzeichnen, daß man kaum annehmen könne, er würde sie nicht sofort erkennen. Die während der letzten zehn Jahre von hiesigen Staatsmännern abgegebenen Erklärungen seien die gegebenen Wegweiser. Sie alle seien sich in ihren charakteristischen Merkmalen gleich. Sie alle ließen den Wunsch Englands, mit seinen deutschen Nachbarn in besten Beziehungen zu leben, in unzweideutiger Weise erkennen. Niemand, der England kenne, könne an der Aufrichtigkeit dieses Wunsches zweifeln; ebenso wie jeder Engländer, dem Deutschland bekannt sei, wisse, daß die große Mehrheit des deutschen

---

* Vgl. Nr. 11 428, S. 233, Fußnote.

Volkes denselben erwidere. Von englischer Seite sei der Wunsch gewissen Vorbedingungen unterworfen: England könne mit keiner Macht, möge sie auch noch so groß sein, auf einem anderen Standpunkte als dem der Gleichberechtigung verhandeln. Alte Freundschaften, denen England gegenüber Verpflichtungen habe, könnten nicht neuen geopfert werden. Die englische Stellung zur See dürfe durch keine Macht oder durch keine wahrscheinliche Kombination gefährdet werden. Mr. Balfour habe in „Nord und Süd“* auf das klarste die Gründe entwickelt, derenthalben England genötigt sei, die Entwicklung Deutschlands als See- und Militärmacht mit Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Nachdem der Verfasser auf gewisse aggressive Auslassungen einflußreicher Deutscher in Wort und Schrift hingewiesen, sucht er den Beweis zu erbringen, daß ein Angriff Englands auf Deutschland undenkbar sei, und daß England in einem Kriege mit Deutschland unendlich viel mehr riskieren würde als Deutschland. Wenn England besiegt werde, so seien seine Küsten einer deutschen Invasion offen. Im umgekehrten Falle werde nicht einmal die Stellung Deutschlands als erste Kontinentalmacht erschüttert. England setze somit seine Existenz in einem Kriege mit Deutschland aufs Spiel. Was jenseits des Kanals zugunsten einer territorialen Expansion gepredigt würde, lasse hier den Gedanken aufkommen, daß Deutschland nicht aufrichtig die Voraussetzungen einer Freundschaft anerkenne, wie sie von englischer Seite gewünscht werde. Werde der neue Botschafter sich von der Billigkeit dieser Empfindungen überzeugen und erkennen, wie stark und allgemein verbreitet sie hier seien, so werde es ihm nicht schwer fallen, die Richtung ausfindig zu machen, in der gute Deutsche und Engländer zusammenarbeiten könnten.

Der im vorstehenden erläuterte englische Standpunkt brauche natürlicherweise nicht den deutschen zu beeinflussen. Solange allerdings eine Änderung in der deutschen Auffassung nicht eintrete, werde das Feld gemeinsamer Betätigung unwillkürlich beschränkt bleiben. Aber auch innerhalb dieses Feldes könne von Baron Marschall viel Gutes geschaffen werden. Er sei in der Lage, die Legende von der Möglichkeit eines plötzlichen englischen Angriffs auf Deutschland zu zerstören. Er sei in der Lage, seine Landsleuten zu lehren, zwischen der Richtlinie englischer Politik und den Äußerungen unverantwortlicher Amateure und Pazifisten zu unterscheiden.

---

* Im Juni 1912 hatte der Herausgeber der Monatsschrift „Nord und Süd“, Ludwig Stein, eine „Englisch-deutsche Verständigungsnummer“ herausgebracht, zu der zahlreiche englische Staatsmänner und Publizisten, unter anderen Lord Haldane, A. J. Balfour, A. Bonar Law, Sir Frank Lascelles und J. A. Spender Beiträge beigesteuert hatten.

Das außergewöhnliche Vertrauen, dessen sich Baron Marschall überall in seiner Heimat erfreue, versetze ihn mehr in die Lage wie irgendeinen Diplomaten der Jetztzeit, England und Deutschland näher zusammenzubringen. Er werde erkennen, daß jeder hier den intensiven Wunsch habe, ihm in seiner großen Aufgabe zu helfen. Er brauche nur in der richtigen Weise zu beginnen und dessen eingedenk zu sein, was England tun und was es nicht tun könne.

R. v. Kühlmann

Nr. 11432

Der Botschafter in London Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 113 London, den 24. Juni 1912

Heute mittag hatte ich die Ehre, Seiner Majestät dem König im Buckinghampalast mein Beglaubigungsschreiben zu überreichen. Allerhöchstderselbe hieß mich in überaus gnädigen Worten willkommen und hob hervor, welchen hohen Wert er auf gute, freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und England lege. Seine Majestät erkundigte sich in angelegentlicher Weise nach der Gesundheit Ihrer Majestäten des Kaisers und der Kaiserin und gedachte dankend des letzten Besuchs Seiner Majestät aus Anlaß der Enthüllung des Denkmals der Königin Viktoria*. Der König brachte sodann die Rede auf den italienisch-türkischen Krieg und die schwere Schädigung, welche derselbe ganz Europa zufüge. Das königliche Dekret vom 5. November v. Js.** habe verhängnisvoll gewirkt, da es bisher jede Verständigung unmöglich gemacht habe und auch für die Zukunft keine Aussicht auf eine solche gewähre. Und doch sei ein Friedensschluß dringend zu wünschen. Falls Italien weitere Inseln besetze, zum Beispiel Mytilene, so würden die Türken, ohne daß dagegen Einspruch erhoben werden könne, die Dardanellen wiederum schließen und dadurch dem neutralen Handel neue schwere Schäden zufügen. Ich habe den Darlegungen des Königs zugestimmt, ohne eine eigene Ansicht zu äußern.

Der Audienz wohnte Sir E. Grey bei. Morgen nachmittag werde ich die erste politische Besprechung mit dem Minister haben.

Marschall

---

* 16. Mai 1911. Vgl. Bd. XXIX, Kap. CCXXVII, Nr. 10562 nebst Fußnote *.
** Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXXXIV.

Nr. 11433

Der Botschafter in London Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 115 London, den 25. Juni 1912

Meine heutige Unterredung mit Sir E. Grey dauerte etwa anderthalb Stunden. Sie trug natürlicherweise einen vornehmlich informatorischen Charakter. Der Wunsch, daß zwischen Deutschland und England freundschaftliche Beziehungen hergestellt würden, und die Mißverständnisse, welche eine Zeitlang dieselben trübten, ihr Ende fänden, kam beiderseitig entschieden zum Ausdruck. Da der Minister den Gedanken eines „naval agreement" nicht erwähnt, so habe ich auch von dem „political agreement" vorläufig nicht gesprochen, sondern nur erwähnt, daß jede deutsch-englische Verständigung selbstverständlich alle beiderseitigen „previous engagements" bestehen lasse. Sir E. Grey führte daraufhin die Gründe aus, die ihn veranlaßten, sich mit Frankreich und Rußland über eine Reihe von Fragen zu verständigen. Es hätte zwischen England und diesen Staaten eine Reihe von Streitfragen bestanden, deren Regelung im Interesse des Friedens nötig gewesen sei. Ich replizierte, daß, wenn es möglich gewesen sei, sich mit anderen Mächten über divergierende Interessen zu verständigen, eine Verständigung zwischen zwei Mächten, die wie England und Deutschland des Konfliktsstoffs widerstreitiger Interessen entbehrten, gleichfalls möglich und nützlich erscheine[1]. Der Minister gab die Richtigkeit dieses Arguments lächelnd zu. Er sprach mir dann noch über unsere Verhandlungen bezüglich der portugiesischen Kolonien* und über die englisch-türkischen Verhandlungen bezüglich der Bagdadbahn**. Darüber werde ich besonders berichten.

Die Persönlichkeit Sir E. Greys und seine Äußerungen über unsere Beziehungen haben auf mich einen günstigen Eindruck gemacht. Ich glaube, daß er ehrlich bestrebt, sich mit uns zu verständigen. Natürlich dürfte eine solche Verständigung sich nicht auf portugiesische Kolonien beschränken, über welche England gar keine Verfügungsgewalt besitzt[2].

Auf morgen hat Sir E. Grey mich zu einem Frühstück gebeten, zu dem noch Mr. Asquith und Lord Haldane geladen sind. Unsere heutige Unterredung wird dabei fortgesetzt werden.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig
sehr gut
[2] richtig

---

* Vgl. dazu Kap. CCXLIV.
** Vgl. dazu Kap. CCXLV.

Nr. 11434

Der Botschafter in London Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 131 London, den 24. Juli 1912
Geheim

Bei einem lunch en famille, zu welchem der König und die Königin heute meine Frau und mich in Buckingham Palace eingeladen hatten, erkundigten Seine Majestät sich angelegentlich nach dem Verlauf der Reise unseres allergnädigsten Herrn* sowie dem Befinden Ihrer Majestät der Kaiserin. Allerhöchstderselbe berührte im Gespräch eine Reihe von politischen Themata und bekundete besonderes Interesse an der türkischen Krisis. Auf die vorgestrigen „naval debates"** übergehend sagte er mir, ich möge überzeugt sein, daß bei der ungeheuren Majorität des englischen Volkes nur der e i n e Gedanke maßgebend sei, die „superiority" Englands zur See aufrechtzuerhalten. Um in dieser Beziehung Beruhigung zu schaffen, seien Darlegungen, wie sie vorgestern erfolgt, notwendig. An eine aggressive Politik gegen Deutschland denke in diesem Lande kein vernünftiger Mensch. Ich erwiderte, daß die „superiority" Englands zur See meines Wissens von niemand, jedenfalls aber von deutscher Seite nicht, bestritten werde. Dagegen müßten wir allerdings nach eigenem Ermessen die Flotte bauen, deren wir zur Verteidigung unserer Interessen bedürften. Wenn es trotz der bekannten Friedensliebe Seiner Majestät des Kaisers notwendig erscheine, das englische Volk zu beruhigen, so bleibe doch die Tatsache bestehen, daß öffentliche Diskussionen und Gegenüberstellungen der Seemacht der europäischen Staaten in allen Einzelheiten unter Hervorhebung der politischen Gruppierungen schon wegen der unausbleiblichen Preßpolemik für die guten Beziehungen der Völker untereinander nicht nützlich seien. Der König gab dies zu. Auf meine Bemerkung, daß die neuerliche Stärkung der deutschen Flotte zum Teil auf die Ereignisse des vergangenen Sommers zurückzuführen sei, erwiderte Seine Majestät, man habe hier im vergangenen Jahre an einen deutsch-französischen Krieg geglaubt und gewisse Vorbereitungen getroffen. Er könne mir aber versichern, daß die englische Politik niemals daran

---

* Gemeint ist die am 10. Juli angetretene Nordlandreise des Kaisers, die bis zum 3. August dauerte.

** Am 22. Juli hatte W. Churchill den Ergänzungsetat der Flotte mit einer großen Rede begründet, die nicht nur das neue deutsche Flottengesetz als die „direkte Ursache" des Nachtragsetats nannte, sondern auch in der Gegenüberstellung der beiderseitigen Flotten und ihres Stärkezuwachses bis ins einzelne ging. Vgl. Nr. 11423, S. 213, Fußnote.

gedacht habe, Deutschland anzugreifen oder gar zu überfallen. Ich habe repliziert, daß es Sache der Diplomatie sei, die „Phantome" zu verscheuchen, welche gegenwärtig zwei durch die mannigfachsten Interessen verbundene Nationen beunruhigten.

Marschall

Nr. 11435

*Der Botschafter in London Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg**

Ausfertigung

Nr. 813 London, den 5. August 1912

Man pflegt den Engländern nachzurühmen, daß sie ein überwiegend praktisches Volk seien. Dieses Lob kann ich nicht ohne Einschränkung gelten lassen. Denn eine unpraktischere Einrichtung kann es nicht geben als die Verlegung der parlamentarischen und geselligen Hochflut in die heißeste Jahreszeit[1], während deren die Luft der Millionenstadt, ganz abgesehen von ihrer Temperatur, nur in spärlichem Maße diejenigen Stoffe enthält, welche auf Grund wissenschaftlicher Feststellung zur Erhaltung des menschlichen Lebens erforderlich sind. Die Gründe jener Einrichtung sind mir bekannt. Sie liegen im Sport und speziell in der Jagd[2]. Gegen solche Argumente gibt es in diesem Lande keinen Widerspruch. Auch ich muß mich bescheiden. Wer aber um Mitte Juni alsbald nach seiner Ankunft von jenem ungeheuren, Tag und Nacht arbeitenden Räderwerke erfaßt wurde, das man „season" nennt, und dann sechs Wochen später, wenn die Maschine endlich stillsteht, den politischen Stoff, den er während dieser Zeit in sich aufgenommen hat, sichten und verarbeiten soll, wird zunächst einer gewissen Zeit bedürfen, um seine Gedanken zu sammeln. Es ist zuzugeben, daß die Verquickung von Politik und Geselligkeit, wie sie hier besteht, die politische Information wesentlich erleichtert. Bei jeder sozialen Veranstaltung, mag sie groß oder klein sein, trifft man hervorragende Männer, die gerne ein politisches Gespräch führen. Auch die politische Dame, die anderwärts ziemlich verschwunden ist, spielt hier eine große Rolle. Aber die Massenhaftigkeit, die einem hier auf allen Gebieten entgegentritt, bildet wenigstens für den Neuling eine große Erschwerung.

---

* Der Bericht Freiherrn von Marschalls vom 5. August ist der einzige größere Bericht über die englisch-deutschen Beziehungen, den er in der kurzen Spanne seines Londoner Aufenthalts erstattet hat. An dem gleichen 5. August, an dem der Bericht zur Absendung gelangte, trat der Botschafter seinen Sommerurlaub an, während dessen ihn in Badenweiler am 24. September plötzlich der Tod ereilte.

Es wäre darum allzu kühn, wenn ich heute ein abschließendes Urteil über „englische Politik" abgeben wollte. Ich würde mir damit eine Kenntnis anmaßen, die vielleicht den Engländern selbst abgeht. Ich werde daher zunächst lediglich über Stimmungen und Eindrücke berichten. Das ist bekanntlich das gefährlichste Terrain, auf welches die diplomatische Berichterstattung sich begeben kann.

Meine Aufnahme in der Geselligkeit war eine ausnehmend freundliche und entgegenkommende. Daraus auf politische Stimmungen zu schließen, wäre verkehrt. Denn die Presse hatte mir einen Ruf vorangehen lassen, der mich zur „great attraction" stempelte. Eine solche ist für den Engländer, woher sie auch kommen mag, unwiderstehlich. Wirklich bedeutungsvoll sind für mich lediglich die Unterredungen, die ich mit den leitenden Staatsmännern, mit hervorragenden Mitgliedern der Opposition und einzelnen Männern der Presse gehabt habe. Es ist keine Selbsttäuschung, wenn ich behaupte, daß wir dabei in der Klärung der deutsch-englischen Beziehungen ein Stück weitergekommen sind. Die Offenheit, mit der ich sprach, ist erwidert worden. Dabei hat der Meinungsaustausch stets einen freundlichen Charakter getragen. Bestimmte Äußerungen englischer Staatsmänner in phonographischer Treue wiederzugeben, hat keinen Wert. Es genügt, in großen Strichen ein Gesamtbild zu geben. Als solches bezeichne ich den englischen Wunsch der „Entspannung". Dieser Wunsch ist nicht etwa eine höfliche Redensart, die man einem neuen Botschafter gegenüber anwendet, um ihn freundlich zu stimmen, sondern nach meiner Überzeugung das Produkt der nüchternen Erkenntnis, daß die englische Politik mit der „Spannung", die sie im vorigen Jahre provozierte, sehr schlechte Geschäfte gemacht hat. Ein Jahr ist vergangen, seitdem England den friedensgefährdenden Lärm wegen angeblicher deutscher Kriegsgelüste erhoben. Der Lärm ist verklungen. Als einziges Residuum ist geblieben: die Verstärkung der deutschen Land- und Seemacht. Das ist das Schlimmste, was England und seinem französischen Freunde passieren konnte. Das englische Vorgehen hat nicht einmal die Marokkofrage beeinflußt. Dieselbe ist entsprechend den Intentionen der Kaiserlichen Regierung geregelt worden, und die Franzosen haben uns in Wort und Schrift quittiert, daß sie das Geschäft nicht als ein gutes betrachten.

Dem Wunsche nach Entspannung entspringt es, wenn einzelne englische Minister in den jüngsten Debatten im Unterhause gegenüber Deutschland einen Ton angeschlagen haben, der schon lange nicht mehr vernommen wurde. Sir Edward Grey hat unsere Beziehungen „excellent" genannt*. Das ist eine offenkundige

* Unterhausrede vom 10. Juli. Nach einem Berichte Freiherrn von Marschalls vom 11. Juli (Nr. 750) hatte Sir E. Grey in dieser Rede unter anderem ge-

Hyperbel[3]. Bedeutsamer ist die Konstatierung, daß zwischen Deutschland und England keinerlei ernste Streitfragen bestehen. Der Premierminister Asquith hat diesen Faden weitergesponnen, indem er die englisch-deutschen Beziehungen als „relations of amity and good will" bezeichnete und der Überzeugung Ausdruck gab, daß das auch in Zukunft so bleiben werde*. Dieser Staatsmann bestätigt gleichfalls, daß keinerlei divergierende Interessen zwischen beiden Staaten bestehen. Das sind nicht nur Worte, sondern Tatsachen. Nach menschlicher und internationaler Logik müßten danach die Beziehungen der beiden Länder durchaus normal und die Gefahr ausgeschlossen sein, daß die beiderseitigen Kriegsinstrumente zwischen beiden zur Anwendung kommen könnten. Bis zu dieser Logik vermag sich jedoch die Mehrzahl der Engländer leider noch nicht aufzuschwingen. Das rührt daher, daß die englische Politik zwei Seelen in ihrer Brust trägt, die eine, in welcher sich die Dinge wiederspiegeln, wie sie sind, die andere, welche durch Phantome geleitet wird. Diese zweite Seele bezeichne ich als diejenige des „naval scare". Ihr Wortführer ist der Erste Lord der Admiralität, Mr. Winston Churchill, ein junger, intelligenter, redegewandter und ehrgeiziger Mann. Die eigene Partei traut ihm nicht, die Konservativen hassen ihn, weil er — ein Sprößling des Marlboroughschen Hauses — zu den Liberalen übergegangen ist, aber sie sehen wegen seiner Intelligenz mit einer gewissen Begehrlichkeit nach ihm, für den Fall, daß er wiederum eine Änderung in seiner Parteizugehörigkeit für erforderlich halten sollte. Man wird einem Kriegs- oder Marineminister, der Geld haben will, einen weiten Spielraum gewähren, um im Parlamente die militärische Lage als möglichst düster darzustellen. Aber eine seltsame Erscheinung bleibt es, wenn der Marineminister des großen Weltreiches, welches man in Wort und Bild als einen Löwen darzustellen pflegt, eine Gemütsbewegung in der breitesten Öffentlichkeit zu Markte trägt, die selbst

---

sagt: Englands Beziehungen zu der deutschen Regierung seien im gegenwärtigen Augenblick vorzüglich. Es bestehe ein freimütiger Meinungsaustausch über alle Punkte von wechselseitigem Interesse, und er glaube, daß, wenn Fragen zu lösen seien, möchten sie sich zum Beispiel beziehen auf die beiderseitigen Interessen in Südafrika oder vielleicht auf die Bagdadbahn, beide Regierungen die Überzeugung haben würden, daß ihre jeweiligen Interessen durchaus vereinbar seien. Zu der Äußerung Sir E. Greys von den vorzüglichen Beziehungen zwischen England und Deutschland äußerte sich der Kaiser in Randbemerkungen zu dem Marschallschen Berichte scharf ablehnend. Zum Schlusse bemerkte er: „Solange England unsere Freundschaft nicht der Rußlands und Frankreichs gleich hoch einschätzt, nutzt all das Gefasel von Grey keinen Pfifferling und wird er uns auch keinen Zollbreit entgegenkommen. Er muß mit uns zu rechnen gezwungen werden, und das wird noch den Bau einiger Dreadnoughts unsererseits benöthigen."

* Unterhausrede vom 25. Juli.

der einfache Privatmann, wenn er davon ergriffen wird, zu verbergen sucht, nämlich die Angst. Und Angst wovor? Winston Churchill generalisiert in dieser Beziehung nicht. Im Gegenteil, er spezialisiert und spricht von der „formidablen deutschen Gefahr". Nach seinen Äußerungen* lautet die Antwort auf jene Frage: Vor den 60 deutschen „capital ships", die bekanntlich zum erheblichen Teile noch nicht gebaut sind. Für unsere Marine ist dies ein glänzendes Zeugnis. Weit weniger für die an Zahl der Schiffe überlegene englische Seemacht und am allerwenigsten für das militärische Selbstbewußtsein des britischen Reiches. Als Winston Churchill im März dieses Jahres von der Flotte sprach**, war der Schauplatz des Schreckens ausschließlich die Nordsee. Dorthin mußten sogar die Schiffe aus dem Mittelländischen Meere geschickt werden. Böse Menschen behaupten, er habe mit dieser Drohung die deutsche Flottennovelle verhindern wollen. In Wirklichkeit hat jene Drohung der neuesten Verstärkung unserer Seemacht die Wege geebnet. Jetzt, nachdem unsere Novelle Gesetz geworden ist, zeigt sich ein anderes Bild. Nun soll die Mittelmeerflotte sogar stärker werden, als sie vorher gewesen ist. Um diese Wandlung zu erklären, hat der Erste Lord der Admiralität auf die Flotten Österreich-Ungarns und Italiens hingewiesen. Als Verbündete Deutschlands sind dieselben anscheinend dringend verdächtig, aggressive Tendenzen zu haben. Gegen wen und zu welchem Zwecke diese Flotten vereint in Aktion treten sollen, weiß niemand. Der eigentliche Grund der Verstärkung der Mittelmeerflotte beruht, wie alle Welt hier weiß, darin, daß Lord Kitchener Einspruch dagegen erhoben hat, reale Interessen fiktiven Gefahren zu opfern***.

Der „naval scare" ist in seinen Ursachen eine überaus komplexe psychologische Erscheinung. Daß die Flotte für England wegen seiner insularen Lage und der Unfähigkeit seiner Landwirtschaft, das Volk zu ernähren, eine weit größere Bedeutung hat als für kontinentale Staaten, ist ohne weiteres zuzugeben. Auch eine gewisse Nervosität speziell infolge von deutschen Schiffsbauten wird man begreifen und als politischen Faktor beachten müssen. Die Superiorität der englischen Seemacht freilich wird von niemandem bestritten. Auch von Deutschland nicht. Der englische Angstruf nach Erhaltung dieser Superiorität entbehrt der tatsächlichen Grundlage. Er wurzelt ursprünglich in der verletzten Eigenliebe darüber, daß ein anderer europäischer Staat eine Flotte baut, die als Kriegswerkzeug gegenüber der englischen in Betracht kommt. Das ist ein Novum. England hat einst aus eigener Kraft sich eine Reihe

---

* Unterhausrede vom 22. Juli; vgl. Nr. 11 434, Fußnote **.
** Vgl. Nr. 11 411 nebst Anlage.
*** Vgl. dazu Kap. CCXLVIII, Nr. 11 566.

von faktischen Monopolen erworben. Auf ihnen ruhte eine wirtschaftliche und maritime Macht. Die wirtschaftlichen Monopole sind verschwunden, England steht heute in schwerem Konkurrenzkampf in Handel und Industrie, mit denen es einst die Welt beherrschte. Das Monopol, eine für alle Eventualitäten kriegsbrauchbare Flotte zu besitzen, hat in Europa bis in die neueste Zeit vorgehalten. Deutschland hat dasselbe gebrochen. Die schmerzlichen Empfindungen, welche England deshalb bewegen, kann ein menschliches Herz nachfühlen. Aber die tragische Schuld begann in dem Augenblick, da die englische Politik sich durch die Verstärkung der deutschen Flotte verleiten ließ, sich der russisch-französischen Gruppe anzuschließen. Von Rußland hat man gegen die „deutsche Gefahr" keinen Schutz zu erwarten. Wohl aber sind, zumal in Persien, gewichtige englische Interessen in ernste Bedrängnis geraten. Die entente cordiale mit Frankreich dagegen hat die englische Politik direkt in einen bedenklichen circulus vitiosus geführt. Die Anlehnung an den französischen Nachbar sollte eine Schutzwehr bilden gegen die erstarkende deutsche Flotte. In Paris hat man sich diese Stimmung zunutze gemacht, um die englische Politik Deutschland gegenüber gründlich zu kompromittieren. Mit welchem Erfolge, hat das letzte Jahr gezeigt. Nun kam der Rückschlag. Das Bewußtsein, durch die Intimität mit Frankreich in ein schiefes Verhältnis zu Deutschland geraten zu sein, oder mit anderen Worten, „das schlechte Gewissen" hat nun wiederum auf unsere englischen Vettern die Wirkung gehabt, daß ihnen die deutschen „capital ships" erst recht gefährlich erschienen. Es klingt paradox und ist trotzdem wahr, daß England seit der entente cordiale gegen den Schrecken, den ihm die deutsche Flotte einflößt, weit weniger widerstandsfähig geworden ist als zur Zeit der splendid isolation[4]. Dabei ist die neue Phase der englischen Politik in gewissem Sinne Mitarbeiterin an unserer Flottennovelle geworden. Denn sie hat in Deutschland manche von der Notwendigkeit einer weiteren Verstärkung unserer Seemacht überzeugt, welche vorher derselben skeptisch gegenüberstanden.

Es wäre natürlich vollkommen verkehrt, wenn wir dem englisch-französischen Verhältnisse gegenüber Empfindlichkeit oder gar Eifersucht kundgeben wollten. Wenn aber von englischer Seite die Sprache auf diesen Punkt gebracht wird, so haben wir keinen Anlaß, mit unserer Ansicht hinter dem Berge zu halten. Schon in unserer ersten längeren Unterredung hat Sir Edward Grey sich aus eigener Initiative bemüht, die Teilnahme Englands an der „Tripelentente" in ein möglichst harmloses Licht zu stellen*. Zwischen England einerseits und Rußland wie Frankreich andererseits — so führte

* Vgl. Nr. 11 433.

er aus — hätten manche strittige und nicht ungefährliche Fragen bestanden, deren Ordnung im Wege der Verständigung im Interesse des Friedens geboten gewesen sei. Dadurch seien die drei Mächte einander näher getreten. Ich erwiderte, daß die Beseitigung von Streitfragen zwischen einzelnen Nationen gewiß ein verdienstliches Werk sei. Aber unverständlich sei mir, warum dadurch die Beziehungen zwischen England und Deutschland notleiden müßten, die durch keine ernsten Streitfragen getrennt seien. Die Anspielung verstehend, bemühte sich Sir Edward darauf, das englische Verhalten im vorigen Jahre zu rechtfertigen und zu beschönigen. Man habe aus Anlaß der Marokkosache und speziell wegen der Entsendung eines Kriegsschiffes nach Agadir an einen Krieg Deutschlands gegen Frankreich geglaubt. Diese Befürchtung in Verbindung mit dem Mangel einer beruhigenden Erklärung[5] habe England bewogen, seine Stimme zu erheben. Die Erzählungen des Kapitäns Faber seien frei erfunden*. Ich entgegnete, daß gerade der Wunsch, einen Krieg wegen Marokko zu vermeiden, die Kaiserliche Regierung veranlaßt habe, Fes mit Agadir zu beantworten. Überall, speziell in Paris habe man alsbald verstanden, daß damit der Weg von Verhandlungen beschritten werden solle. Es sei höchst seltsam und schwer erklärlich, daß man in London zu einer anderen Auffassung gelangen konnte. In Deutschland habe niemand an einen Angriffskrieg gegen Frankreich gedacht, am allerwenigsten wegen Marokko. Die Stimmung unseres westlichen Nachbarn, die in der letzten Zeit wieder mehr nach der Seite der „Revanche" hin gravitiere**, störe unsere Ruhe nicht. Einen prophylaktischen Krieg würden wir nicht führen. Wolle man aber sich in England durchaus einen deutschen Angriffskrieg gegen Frankreich konstruieren, so müsse man sich doch klar darüber sein, daß wir eine solche Aktion nicht mit der Entsendung des „Panther" nach Agadir beginnen würden.

So oft man mir gegenüber auf die englisch-französischen Beziehungen zu sprechen kam — und das schlechte Gewissen ließ in dieser Beziehung keine Ruhe —, so versicherten mich die englischen Staatsmänner, und zwar nicht nur Mr. Asquith, Sir Edward Grey und Lord Haldane, sondern auch Mr. Balfour und andere hervorragende Mitglieder der Opposition mit einer gewissen Emphase, daß Frankreich für etwaige Revanchegedanken keinerlei Unterstützung von seiten Englands zu erwarten habe. Das wisse man in Paris ganz genau. Ich habe diese Versicherung mit höflicher Kühle als etwas Selbstverständliches mit der Bemerkung entgegengenommen, daß eine andere Politik den Frieden ernstlich gefährden würde. Übrigens werde sich Frankreich niemals zum Motiv der „Revanche"

---

* Vgl. dazu Bd. XXIX, Kap. CCXXIX, Nr. 10657, Fußnote **.
** Vgl. dazu Kap. CCXLVI.

bekennen. Leider komme es auf die friedliebenden Gesinnungen der englischen und französischen Regierung, an denen ich nicht zweifelte, weniger an als auf die Wirkung, welche die entente cordiale auf den leicht erregbaren Geist des französischen Volkes ausübe. Der Wunsch der englischen Regierung, in Paris kalmierend zu wirken, werde von einem erheblichen Teile der englischen Publizistik offenbar nicht geteilt. Es genüge, auf eine Tatsache hinzuweisen. Die französische Volksstimmung gegenüber Deutschland hänge zum großen Teil von der Einschätzung der eigenen Armee gegenüber der deutschen ab. Wenn diese Einschätzung in der letzten Zeit stark gestiegen sei und mit ihr der französische Chauvinismus desgleichen *, so seien englische Einflüsse daran nicht unschuldig. Die Kritiken, welche große englische Zeitungen aus der Feder von angeblichen Sachverständigen an unserem Heere unter gleichzeitigen Panegyriken auf die französische Armee geübt hatten **, reichten an unsere militärischen Einrichtungen nicht heran, steigerten aber das militärische Selbstgefühl der Franzosen in einer Weise, die eines Tages dem Frieden gefährlich werden könne [6].

In meinen Unterredungen wurde natürlich die Flottenfrage erwähnt. Aber mit erkennbarer Beflissenheit vermied man, mir über Einzelheiten derselben zu sprechen. Man erwähnte wohl beiläufig, daß die Vervollkommnung der deutschen Rüstung zur See England zu analogen Maßregeln veranlasse, aber ein Wort der Rekrimination bezüglich unserer neuesten Flottennovelle habe ich nicht gehört. Es war, als ob die maßgebenden Staatsmänner den „naval scare" dem deutschen Botschafter gegenüber als eine Art pudendum betrachten. Man wollte mir gegenüber „politisch" bleiben und kam damit meinen Wünschen entgegen. Denn die Fähigkeit, eine Zahl von „capital ships" in internationale Politik umzurechnen, geht mir vollkommen ab. Ich habe auch nicht die Absicht, mir dieselbe anzueignen. Charakteristisch war, daß man Mr. Winston Churchill, der jene Fähigkeit zur Virtuosität ausgebildet hat, von mir ferne hielt. Er war weder zu Asquith noch zu Grey und Haldane, bei denen ich mit einer Reihe anderer Minister, Lord Morley und Lloyd George usw. in kleinem Kreise zusammenkam, geladen. Auf das „naval agreement" vulgo Rüstungsbeschränkung, das in diesem Frühjahr als englisches Desiderium im Mittelpunkte unserer Verhandlungen stand, ist man mir gegenüber nicht zurückgekommen. Um in dieser Beziehung keine Unklarheit zu lassen, habe ich selbst die Initiative ergriffen und unter Hinweis auf die Stellung, die wir auf der zweiten Friedenskonferenz im Haag eingenommen haben, erklärt, daß internationale Vereinbarungen über Rüstungsbeschränkungen nicht nur dem deutschen Volksgefühl widerstreiten, sondern auch

* Vgl. dazu Kap. CCXLVI.
** Vgl. dazu Kap. CCXLI, Nr. 11 314.

wegen der Unmöglichkeit, eine für ganz verschiedene Verhältnisse brauchbare Formel zu finden, eine unversiegbare Quelle von Streitigkeiten und Konflikten bilden würden. Sir Edward Grey hat sich in seiner Parlamentsrede vom 25. Juli im wesentlichen dieser Auffassung angeschlossen*. Damit ist diese einst heiß umstrittene Frage wohl erledigt. Auch einen anderen Satz, der von mir stammt, hat der Minister in jener Rede verwendet, daß nämlich eine große, aufstrebende Nation, die eine Flotte baut, nicht aggressive Zwecke zu verfolgen braucht, sondern dies tut, „because it wishes to be powerful"**. Der Satz ist eigentlich eine Banalität, aber er scheint auf den Minister Eindruck gemacht zu haben. Sonst würde er ihn nicht auf der Tribüne des Parlaments wiederholt haben.

Wenn in einer und derselben Sitzung der eine Minister die Beziehungen zu Deutschland als „ausgezeichnet" hinstellt, der andere dagegen vor der „formidablen deutschen Gefahr" graulich macht, so scheint uns dies der Gipfel der Verwirrung zu sein. Dieselbe erklärt sich zum Teil aus Gründen der inneren Politik. Das liberale Ministerium ist ungefähr sechs Jahre im Amte. Das ist regelmäßig die Zeit, da die Majorität allmählich abbröckelt. Nun gilt die Flottenfrage als gute Wahlparole. Denn es handelt sich um die „Sicherheit des Landes" und den „Schutz des Volkes vor dem Hungertode". Das sind zugkräftige Worte. Die herrschende liberale Partei ist in dieser Beziehung verdächtig. Denn ihr radikaler Anhang, der keinen Geringeren als Lloyd George in sich begreift, bekämpft mit großer Entschiedenheit die Steigerung der kostspieligen Schiffsbauten. Die Radikalen wünschen, daß das Staatsgeld zu sozialpolitischen Zwecken verwendet werde, und verlangen die Rückkehr zu der früheren auswärtigen Politik. Um so stürmischer

* Sir E. Grey sagte in seiner Unterhausrede vom 25. Juli unter anderem: „When statements are made as to what German public opinion would be, surely you ought to bear in mind . . . that there is nothing which is received with more suspicion by German public opinion than the idea that proposals should be made to the German Government by any other Power for limitation of armaments. That at once causes an outburst of German public opinion, and all this talk about agreement for limitation of armaments is not, I believe, really very interesting to the German public . . . When hon. members on this side blame the British Government for the German Navy increase and wish there was some agreement for limitation of expenditure, on what basis would they have that agreement based? Is it on the basis of the inferiority of the British Fleet, or the equality or the superiority of the British Fleet? Unless you are prepared to go definitely into those questions and say what you mean you cannot expect German public opinion to be interested."

** Die Worte Sir E. Greys lauten: „Surely when you are thinking of the causes for the building of the German Fleet it is not leading to a just conclusion to overlook one very possible and obvious cause, which is, that a great and growing nation generates power, not necessarily for aggression and with no special design, but because it wishes to be powerful."

drängen die Konservativen auf neue Schiffsbauten. Daraus folgt keineswegs, daß, wenn diese Partei ans Ruder kommt, unsere Beziehungen schwieriger werden würden. Wahlparolen, die eine Partei zum Siege geführt haben, pflegen, wenn erst der Erfolg gesichert ist, wesentlich an Wert zu verlieren. — Neben der inneren Politik spielt auch die Stellung der „dominions“ in die Flottenfrage hinein. Mit dem Sammelrufe „das Mutterland ist in Gefahr“ will man diese heute nur sehr lose mit England zusammenhängenden ungeheuren Gebiete wieder ralliieren und zu Beiträgen zu den Schiffsbauten heranziehen. Seit Wochen weilt der kanadische Ministerpräsident Mr. Borden mit verschiedenen Ministerkollegen hier. Er wird als großer Mann gefeiert. Er hat auch schon Zusagen bezüglich der Bereitstellung einiger Schiffe gegeben. Aber er stellt Bedingungen. Die Teilnahme an dem „committee of Imperial defence“, das seit einigen Jahren besteht und den Vertretern der „dominions“ beratende Stimme einräumt, genügt ihm nicht. Er will, daß die dominions mit entscheidender Stimme an den Beratungen teilnehmen, von denen Krieg und Frieden abhängt. Ob dabei an ein Reichsparlament oder welche andere Einrichtung gedacht wird, steht dahin. Auf derartige Bedingungen wird die englische Regierung schwerlich eingehen. —

Man pflegt den Engländern bei uns vielfach den Vorwurf des Hochmutes und der Selbstüberhebung zu machen. Bei der derzeitigen englischen auswärtigen Politik habe ich die entgegengesetzten Symptome vorgefunden: Unsicherheit, Kleinmut und Schwäche. Während der letzten Debatten hat der Führer der Konservativen, Mr. Bonar Law, unter anderem gesagt, die Notwendigkeit, die Flotte nach den heimatlichen Häfen zurückzuziehen, „erinnere ihn an den Niedergang des römischen Reiches, der seinen Anfang genommen, als dasselbe gezwungen war, seine Legionen nach Hause zu berufen“. Ich glaube nicht, daß es ein anderes großes Parlament gibt, in welchem solche Worte nicht den schärfsten Widerspruch gefunden hätten. Hier sind dieselben von den Ministeriellen mit Ruhe, von den Konservativen mit Beifall aufgenommen worden. Die Schwäche der englischen Politik gegenüber den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist notorisch. Gegen die Monroedoktrin wird nirgends mehr ein Widerspruch erhoben. Um in Washington keinen Anstoß zu erregen, hat man den Allianzvertrag mit Japan modifiziert*. Das gesetzwidrige Eingreifen der amerikanischen Behörden in der Angelegenheit der „Titanic“** ist nicht

* Vgl dazu Bd. XXXII, Kap. CCLVI, sowie Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1911, S. 353.

** Nach dem am 14. April 1912 erfolgten Untergang des White Star-Dampfers „Titanic“ nahe bei Kap Race (Neufundland) war von den amerikanischen Behörden eine Untersuchungskommission eingesetzt worden.

nur von der hiesigen Regierung, sondern von der ganzen englischen Presse stillschweigend akzeptiert worden. Kein Mensch zweifelt daran, daß die Differenzierung der nicht amerikanischen Schiffe bezüglich der Taxen des Panamakanals von England trotz der Vertragswidrigkeit einer solchen Maßregel ohne einen ernstlichen Widerspruch geduldet werden wird. — Offenbar spukt in den englischen Köpfen der Gedanke, daß Deutschland, wenn es militärisch noch stärker werde, zu der präponderierenden Stellung in Europa gelangen könne, welche die Vereinigten Staaten auf der westlichen Hemisphäre einnehmen. Das Wort „Präponderanz" ist mir da und dort in den Ohren erklungen. Ich habe erwidert, daß Deutschland gleiches Recht mit allen anderen Mächten verlange, der chauvinistische Gedanke, eine darüber hinausgehende Stellung einzunehmen, in ernsten Kreisen bei uns schon darum nicht bestehe, weil Chauvinismus von Grund aus undeutsch sei.

Wenn die Engländer wirklich fürchten, daß wir durch unsere militärische Stärke zu einer Art faktischen Präponderanz in Europa gelangen könnten, so gibt es einen sicheren Weg, dieser Gefahr zu steuern, nämlich sich mit uns über die großen Linien unserer Politik zu verständigen. Aus der sogenannten „Tripelentente" brauchte England darum nicht auszutreten. Bisher bin ich auf ein „political agreement" nicht angesprochen worden. Ich meinerseits habe in dieser Beziehung keine Initiative ergriffen, denn es handelt sich hier in erster Reihe um ein englisches Interesse. Ich bin überzeugt, daß die Engländer uns in dieser Beziehung kommen werden, und zwar in dem Augenblicke, wo sie durch Schaden noch klüger geworden sein werden, als sie es heute schon sind.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig
[2] Fuchsjagd!
[3] Lüge!
[5] ?
[6] gut
Randbemerkung Wilhelm von Stumms:
[4] Da gab es noch keine deutsche Flotte.

Nr. 11 436

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 922 London, den 25. September 1912

Die Haltung der englischen Presse legt beredtes Zeugnis ab für die Stellung des verstorbenen Botschafters im politischen Leben.

Fast ausnahmslos widmen die großen Blätter der Laufbahn des verstorbenen Freiherrn ausführliche Abhandlungen. Die meisten besprechen den Todesfall in sympathisch gehaltenen Leitartikeln.

Am beachtenswertesten von diesen erscheint, was Alfred Spender in der „Westminster Gazette“ schreibt, denn nach einer kurzen Würdigung der Persönlichkeit und des Charakters des Dahingeschiedenen gibt der Artikel eine kurze Übersicht der gegenwärtigen Beziehungen zwischen Deutschland und England. Die zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten, so wird da ausgeführt, entstammten den beiderseitigen Beziehungen zu dritten Mächten und der gegenseitigen Befürchtung, daß durch den Ausbau dieser Beziehungen Hemmung und Isolierung der anderen Macht bezweckt werde. Mehrjährige Erfahrung habe bewiesen, daß eine gründliche Änderung der Gefühle auf beiden Seiten erfolgen müsse, bevor man mit Aussicht auf Erfolg die Rüstungsfrage besprechen könne. Gerade in neuerer Zeit hätten aussichtsreiche Versuche zu einem Ausgleich teilweise Hemmungen erfahren durch Rüstungen, welche in vorhergehenden Momenten der Spannung beschlossen worden seien. Die große Majorität der Engländer wünsche vor allem, aus verstrickenden Bündnissen herauszubleiben und jede Bindung in Europa zu vermeiden, welche als ein Schachzug gegen Deutschland gedeutet werden könne. Man müsse wünschen, daß der aus Angst vor Niederlage zur See entstandene Drang nach defensiven Arrangements mit allen Mitteln bekämpft werde. Deutschland müsse sich aber auch sagen, daß eine deutsche Überlegenheit zur See über England solche Bündnisse zur notwendigen Folge haben würde.

Der Tod des Freiherrn von Marschall sei ein schwerer Verlust für beide Länder. Es stehe aber zu hoffen, daß sein Nachfolger die auftauchenden Probleme in seinem Geiste behandeln werde.

Mr. Garvin leitet einen signierten Artikel der „Pall Mall Gazette“ mit den Worten ein, das Gefühl politischer Entfremdung zwischen den beiden großen Reichen sei augenblicklich verwischt durch den dramatischen Schicksalsschlag, welcher die ganze Welt in Sympathie eine.

Die „Times“ gedenkt in einem Leitartikel der bedeutenden Persönlichkeit und glänzenden Leistungen des Verstorbenen und hebt die Schwere des Verlustes für beide Länder hervor.

R. v. Kühlmann

Kapitel CCXLIV

Weitere Verhandlungen über ein Kolonialabkommen März bis Oktober 1912

Nr. 11 437

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 261 London, den 11. März 1912

Die mir von Sir Edward Grey in Aussicht gestellte* Besprechung mit dem englischen Minister für die Kolonien, Herrn Harcourt, hat im Beisein des Auswärtigen Ministers stattgefunden. Die englische Opferfreudigkeit hat seit dem Studium unserer Flottennovelle bedeutend nachgelassen und ist wieder ungefähr auf den Nullpunkt herabgesunken.

Herr Harcourt begann mit einigen freundlichen Redewendungen über den Nutzen einer deutsch-englischen Einigung auf kolonialem Gebiete und mit der Versicherung, daß er in weitgehender Weise bereit sei, uns entgegenzukommen.

Er sprach zuerst über die Revision des Vertrages von 1898**. Dieser Vertrag sei durch anscheinend von deutscher Seite ausgegangene Indiskretionen in der Presse („Preß-Zentrale", Reuters Agentur) so genau skizziert worden, daß seine Geheimhaltung auf die Dauer nicht mehr möglich erscheine. Es sei daher am besten, ihn zu veröffentlichen. Sir Edward Grey warf hier ein, daß die portugiesische Regierung über diesen Vertrag eine Anfrage an ihn gerichtet habe, über deren Beantwortung er durch die großbritannische Botschaft in Berlin mit der Kaiserlichen Regierung in Verbindung getreten

* Am 6. März hatte Sir E. Grey, nachdem bereits die Hoffnungen auf das Zustandekommen eines political and naval agreement stark gesunken waren, zu Graf Metternich gesagt: er rechne auch für den Fall, daß ein solches Abkommen nicht erzielt werde, bestimmt darauf, daß das Vertrauen und der freie Meinungsaustausch, welche durch Lord Haldanes Anwesenheit in Berlin hergestellt seien, zwischen beiden Regierungen fortbestehen würden; auch hoffe er, demnächst mit ihm, Graf Metternich, und dem Kolonialminister Harcourt die Möglichkeit einer Einigung auf kolonialem Gebiet besprechen zu können. Vgl. Kap. CCXLIII, Nr. 11389. Damit war das Signal zu neuen Erörterungen über ein Kolonialabkommen gegeben, die nach dem Scheitern der Verhandlungen über ein politisches Abkommen erhöhte Bedeutung gewinnen mußten.

** Vgl. dazu Bd. XIV, Kap. XCII, Nr. 3872.

sei. Ich erwiderte, daß es mir durchaus nicht einleuchtend sei, daß das Abkommen von 1898 veröffentlicht werden müsse. Falls überhaupt veröffentlicht werden solle, so scheine es mir richtiger, nur den revidierten Vertrag, wenn es zwischen uns zu einem Abschlusse komme, zu veröffentlichen und auf etwaige parlamentarische Anfragen lediglich zu erwidern, daß der ursprüngliche Vertrag einige geographische Abänderungen erfahren habe. Beide Herren blieben aber dabei, daß die parlamentarische Wißbegierde so stark drängen würde, daß auch der ursprüngliche Vertrag der allgemeinen Kenntnis nicht vorenthalten werden dürfe.

Es stellte sich nun bald heraus, weshalb die beiden Minister, falls es zu einer Revision des Vertrages und zu seiner Veröffentlichung kommt, auch den ursprünglichen Vertrag veröffentlichen wollen. Sie wünschen nämlich zu beweisen, daß sie ohne bedeutende Gegenkonzessionen unsererseits die englische Enklave in Angola nicht preisgeben können, weil sonst die englische öffentliche Meinung nicht zustimmen würde.

Für Überlassung derselben an uns seien natürlich englischerseits Gegenkonzessionen zu verlangen, erklärte Herr Harcourt. Ich erwiderte, wir seien ja schon dahin übereingekommen, daß Timor das quid pro quo abgeben solle. Herr Harcourt erklärte, dies sei unmöglich. Timor sei mit der Hypothek des holländischen Vorkaufsrechts belastet, habe für England gar keinen Wert und werde wohl, wenn es zur Aufteilung des portugiesischen Kolonialbesitzes komme, von den Holländern beansprucht werden. Ich verneinte dies und erklärte, Timor sei von der englischen Regierung in dem Vertrage von 1898 für den Fall der Aufteilung der portugiesischen Kolonien dem deutschen Interessengebiete zugeteilt worden. Unseren Eventualanspruch auf dieses wertvolle Gebiet seien wir bereit, gegen die Enklave in Angola an England zu überlassen, weil wir von Lord Haldane wüßten, daß Australien es ungern sehen würde, wenn wir uns in Timor festsetzten. Übrigens habe Lord Haldane ja längst den Austausch der Enklave gegen Timor zugestanden und gutgeheißen*.

Herr Harcourt bestritt auf das entschiedenste, daß Lord Haldane die Vollmacht gehabt habe, eine Konzession so weitgehender Natur zu machen, die von der englischen öffentlichen Meinung niemals gutgeheißen werden würde. Er habe Lord Haldane kurz vor dessen Abreise nach Berlin gesprochen. Es sei zwischen ihnen die Revision des Vertrages von 1898 ganz allgemein in Erwägung gezogen worden. Er habe aber auch nicht im entferntesten Lord Haldane gegenüber die Zustimmung des Kolonialamts zum einfachen Austausch der Enklave gegen Timor in Aussicht gestellt. Die beiden Objekte seien nicht annähernd gleichwertig. Um das Aufgeben der Enklave der eng-

---

* Vgl. dazu Kap. CCXLIII, Nr. 11362.

lischen öffentlichen Meinung gegenüber rechtfertigen zu können, müsse die englische Regierung Gegenkonzessionen auch unsererseits aufweisen. Als solche kämen nach seiner Ansicht etwa folgende Gebietsteile in Betracht.

In Angola das Viereck, welches nach Nordwestrhodesia hineinstoße. Es würde sich also um Verlängerung der Westgrenze von Rhodesia nach Norden auf dem 22. Längengrade bis zum belgischen Kongo handeln. In Mosambique der Teil südlich der Linie, welche von Port Mosambique westlich bis nach Nyassaland läuft, und das Gebiet, welches von diesem Punkt aus nordöstlich bis an den Rowuma, etwa bis Unde, läuft und dort an Deutsch-Ostafrika stößt, also das Gebiet, welches zwischen dem Nyassasee und einem Teil des Ludjendaflusses liegt.

Ich bemerkte hierzu, dies seien ganz ungewöhnlich hohe Gegenforderungen, die vollständig in Widerspruch mit Lord Haldanes Anerbietungen ständen. Diese Anerbietungen seien mir von meiner Regierung genau mitgeteilt worden, und es könne daher gar kein Zweifel darüber bestehen. Der Kolonialminister erwiderte, die Vorschläge und Besprechungen Lord Haldanes in Berlin seien unverbindlicher Natur gewesen und stellten kein Definitivum dar. Der Auswärtige Minister stimmte dem zu.

Ich wandte mich nun an den Auswärtigen Minister und sagte, es ginge doch nicht an, daß Timor, dem bisher ein wichtiger Platz in dem Vertrage von 1898 angewiesen worden sei, einfach als nicht vorhanden betrachtet und die etwaige Verzichtleistung auf diesen unseren Teil als belanglos hingestellt werde. Sir Edward Grey gab dies zu, und da ich im Laufe unserer Besprechungen die als unserer Kolonie von Kamerun vorgelagerten Inseln São Thomé und Principe erwähnt hatte, so bemerkte der Minister, diese beiden Inseln ließen sich vielleicht gegen Timor austauschen.

Als Herr Harcourt sah, daß ich auf die von ihm vorgeschlagenen Abtretungen in Mosambique nicht eingehen wollte, sagte er, er habe nicht Definitives vorschlagen wollen, vielleicht lasse sich auch noch auf irgendeine andere Weise eine deutsche Kompensation für Aufgabe der englischen Enklave in Angola ausfindig machen. Ich hatte nämlich unter anderm auch darauf hingewiesen, daß das Delta des Sambesi und die Ostküste des Nyassasees in Mosambique äußerst wichtige und wertvolle Gebiete seien.

Es wurden auch ganz allgemein die Eisenbahnfragen berührt, wobei Herr Harcourt hervorhob, daß die Verbindung von West nach Ost, beginnend in Benguella, weit wichtiger sein werde als die von Süd nach Nord durch Mittelafrika durch. Auf der Kap—Kairo-Bahn würden höchstens Touristen, aber kaum Waren befördert werden. Ich gab auf dem Gebiete der deutschen Gegenkonzessionen im

allgemeinen unsere Bereitwilligkeit zu erkennen, in Bahn- und Tariffragen entgegenkommend zu sein, sowohl was die Verbindung von West nach Ost, wie die von Süd nach Nord betreffe. Herr Harcourt bemerkte, der natürliche Zusammenschluß der Eisenbahn von Süd nach Nord werde nun voraussichtlich, nachdem die erbaute Bahn schon in die Katangagegend führe, durch den belgischen Kongo unter Vermeidung von Deutsch-Ostafrika erfolgen. Ich erwiderte, eine wichtige Bahn werde jedenfalls mit der Zeit dem großen Seengebiet von Süd nach Nord folgen, beginnend mit dem Nyassasee, die Verbindung zwischen den großen Seen herstellend und endend mit dem Albertsee. Hierbei hätten wir auch ein Wort mitzusprechen. Ich wiederholte, daß wir uns auf dem Eisenbahngebiete koulant zeigen würden, wenn England in der territorialen Abgrenzung das gleiche tue.

Sir E. Grey wiederholte sodann noch, daß England, im Falle der belgische Kongo auf den Markt käme, mit Ausnahme des Katangagebietes sich desinteressiert zeigen würde. Bei einer früheren Gelegenheit hatte Sir E. Grey bemerkt, daß auch im Nordosten des Kongogebietes England einige Grenzberichtigungen wünschenswert erscheinen würden. Als neu fügte er folgende Betrachtungen hinzu: Wir hätten uns mit unserem letzten Abkommen über Marokko die Befugnis gesichert mitzusprechen, falls das französische Vorkaufsrecht geltend gemacht werde, sodaß wir uns dann mit Frankreich einigen könnten. Frankreich würde in dem Falle vielleicht das Gebiet nördlich des Kongostaates * für sich beanspruchen, während für uns der weitaus größte Teil südlich des Stromes verbliebe. Es entzieht sich meiner Kenntnis, ob aus dieser Bemerkung zu folgern ist, daß der Minister die französische Regierung in dieser Beziehung schon sondiert hat. Ein Blick auf die Karte zeigt, daß das Gebiet nördlich des Kongostromes ergänzt wird durch eine Linie, die etwa von Stanleyville östlich bis zur Grenze der Kongokolonie zu ziehen wäre.

Ich stellte die etwaige Entäußerung derselben durch Belgien als etwas so Unsicheres und in so weiter Zukunft Liegendes hin, daß diese entfernte Möglichkeit kaum als eine Konzession an uns aufgefaßt werden könne. Sir E. Grey erwiderte, er wolle hiermit nur zeigen, daß die englische Regierung unserer kolonialen Ausbreitung, wenn sich auf friedlichem Wege die Möglichkeit dazu einmal bieten sollte, nicht im Wege stehen werde.

Falls es dazu kommt, daß wir mit England neue koloniale Verträge schließen, so ist es jedenfalls von Wichtigkeit, daß wir die vorhandene Disposition des englischen Kabinetts dazu benutzen, um auch in einem gesonderten Abkommen die Zukunft des Kongobeckens für den Fall der Entäußerung durch Belgien vertraglich festzulegen.

---

* sic!

Allein für Timor wird die englische Regierung die Enklave in Angola nicht hergeben. Die von Sir E. Grey gebilligten Vorschläge des Herrn Harcourt, einschließlich der Inseln São Thomé und Principe, stellen aber eine entschiedene Verbesserung für uns des Abkommens von 1898 dar. Der Herr Staatssekretär des Reichskolonialamts* hält, wie ich bei meiner Anwesenheit in Berlin im Januar erfuhr, die Enklave für so wichtig, daß er geneigt war, die Abtretung unserer Ansprüche auf Timor und das ganze Mosambique von der Mündung des Sambesi aufwärts zu befürworten, wenn wir dafür die Enklave erhielten. Ich möchte aber glauben, daß Herr Harcourt sich von dem Verlangten noch etwas abhandeln läßt. Wenn wir das Viereck von Angola am nordwestlichen Rhodesien aufgeben, so kommen wir vielleicht in Mosambique mit geringerem Verlust davon, sei es, daß wir nur das Gebiet südlich der von Port Mosambique nach Westen gezogenen Linie abgeben, den Teil nördlich des Nyassasees bis zum Rowuma aber behalten, oder aber diesen Teil abgeben und dazu Quelimane im Süden, so daß etwa der Fluß Lugeza die Grenze bilden würde. Auch stelle ich zur Erwägung anheim, ob wir etwa für die Enklave und Inseln São Thomé und Principe das Gebiet von Angola östlich des 21. Längengrades bis zum 11. Breitengrade plus Timor anbieten sollen, dafür aber ganz Mosambique behalten. Ich kann natürlich nicht wissen, ob dies hier angenommen werden würde.

Die übrigen Vorschläge des Kolonialministers waren unfruchtbar. Die Zustimmung der Südafrikanischen Union vorausgesetzt, schlug er den Austausch der Seal- und Penguininseln gegen den Caprivizipfel und den Austausch der Walfischbai gegen einen Teil von Deutsch-Südwestafrika vor. Ich bemerkte, diese Vorschläge könnten gar nicht in Betracht gezogen werden.

Für Sansibar und Pemba verlangt er den nordwestlichen Teil von Deutsch-Ostafrika nördlich der Linie, gezogen von dem Nordende des Tanganjikasees nach dem Südwestende des Victoria-Nyanzasees. Ich erwiderte, ich hielte es nicht für der Mühe wert, hierüber meiner Regierung zu berichten, und verwies wiederum auf Lord Haldanes Vorschläge in Berlin. Hierauf erfolgten wieder die Protestationen von seiten der beiden englischen Minister, daß es für die englische Regierung ganz ausgeschlossen sei, Sansibar und Pemba abzutreten ohne Landentschädigung unsererseits. Die Bedeutung des Hafens von Sansibar als Stapelplatz für die ganze Ostküste Afrikas wachse von Jahr zu Jahr, unsere Anerbietungen mit Bezug auf die Bagdadbahn und den Persischen Golf lägen auf anderem Felde und seien nicht kommensurabel mit Gebietsabtretungen. Bei der Bagdadbahn

---

* Solf.

handele es sich jetzt in erster Linie um eine Verständigung mit der Türkei, nachdem wir die Konzession für die Endstrecke zurückgegeben und uns nur vorbehalten hätten, daß eine andere Macht keinen größeren Anteil erhalte als wir. Eine Einigung auch mit uns über die Bagdadbahnfrage sei zwar keineswegs gering anzuschlagen, liege aber, wie gesagt, auf ganz anderem Felde. Lord Haldane habe keine definitiven Vorschläge in Berlin gemacht. Die Äußerungen über die Bagdadbahn fielen von Sir E. Grey.

Auf Anfrage des Kolonialministers, ob ich irgendwelche Vorschläge zu machen wünschte, erwiderte ich, daß der Talweg und das Delta des Volta eine alte Streitfrage bildeten. Es sei wünschenswert, daß dieselbe in unserem Sinne entschieden werde. Ebenso sei es wünschenswert, daß der Talweg und nicht das Ufer des Oranjeflusses als Grenze zwischen Deutsch-Südwestafrika und der Kapkolonie anerkannt werde. Herr Harcourt bemerkte, daß ein guter Hafen in dem Delta das Volta liege. Auf diesen lege die englische Verwaltung der Goldküste besonderen Wert. Sir E. Grey, der mehrmals meinem Standpunkt gerecht zu werden versuchte, so auch bezüglich Timors, erklärte, daß wir wahrscheinlich aus dem gleichen Grunde den Hafen zu erwerben wünschten. Herr Harcourt ging nicht weiter auf das, was ich über den Volta- und Oranjefluß bemerkt hatte, ein, aber machte sich Notizen dazu. Früher, als wir mit Lord Salisbury über das Delta verhandelten, lag das Hindernis gegen eine Abtretung darin, daß sich dort englische Ansiedler befanden.

Es scheint doch mancherlei Bedenkliches zu haben, gelegentliche, wenn auch noch so wohlmeinende Unterhändler mit Dingen zu betrauen, die ihnen ihrem Berufe nach fernliegen. In dem Wunsche, daß die Mission zur allseitigen Zufriedenheit ausfalle, werden dann Versprechungen gemacht, die später nicht eingehalten werden können. Hieraus entstehen dann Mißverständnisse und Verstimmungen. Die beste Absicht scheitert dann an dem Mangel der Geschäftskenntnis, der bei Fachleuten nicht so leicht wie bei Amateurs anzutreffen ist. Geschulte Unterhändler lassen sich nicht so leicht durch Hoffnungen verleiten, noch durch die Gunst des Augenblicks betören. Sie wissen, daß ihre Worte später auf die Wagschale gelegt werden.

Sir E. Grey bemerkte schließlich aus eigenem Antriebe, daß er die Antwort auf unser letztes Memorandum, betreffend Flottennovelle und ein allgemeines Abkommen, erst im Ministerrate feststellen werde. Er werde dann bei mir darauf zurückkommen*.

P. Metternich

---

* Vgl. dazu Kap. CCXLIII, Nr. 11381 ff.

Nr. 11 438

Der Geschäftsträger in Lissabon von Schubert an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. A 51 Lissabon, den 16. März 1912

Bei dem Diplomatenempfange am 14. d. Mts. las mir der portugiesische Ministerpräsident* eine Note des hiesigen englischen Gesandten** vor, in der Sir Arthur Hardinge ihm mitteilt, daß zwischen England und Deutschland kein Vertrag bestehe, der in irgend welcher Weise die Integrität Portugals oder der portugiesischen Kolonien gefährde. Sir Arthur Hardinge fügt in der Note hinzu, daß sich die Kabinette von London und Berlin über die Abgabe dieser Erklärung verständigt hätten.

Herr Vasconcellos erklärte, daß diese Demarche der beiden Regierungen, von der ich ohne Zweifel bereits Kenntnis habe, ihn mit großer Freude erfülle. Er bat mich, Euerer Exzellenz seinen ganz besonderen und aufrichtigsten Dank für das Wohlwollen zu übermitteln, das die Kaiserliche Regierung der portugiesischen durch die Abgabe dieser Erklärung bewiesen habe. Er werde demnächst dem Parlamente die Erklärung der beiden Mächte mitteilen, und er hoffe zuversichtlich, daß hierdurch den Gerüchten über eine den portugiesischen Kolonien von Deutschland drohende Gefahr ein für allemal ein Ende bereitet würde. Die Unterhaltung guter Beziehungen mit Deutschland läge der portugiesischen Republik sehr am Herzen, und die Erklärung werde die Fortentwickelung dieser Beziehungen wesentlich fördern.

Bereits in der gestrigen Sitzung der Deputiertenkammer gab der Ministerpräsident in Beantwortung einer Interpellation über die auswärtigen Beziehungen Portugals eine entsprechende Erklärung ab. In besonders ausführlicher Weise äußerte er sich dabei über Englands Stellung zu Portugal. Der Interpellant hatte folgende drei Fragen gestellt:

1. Ob das System der internationalen Beziehungen Portugals durch die Einführung der Republik irgendeine Abänderung erfahren habe.

2. Ob die zur Zeit der Verkündigung der Republik in Kraft befindlichen internationalen Konventionen in einigen ihrer Bestimmungen oder Klauseln abgeändert worden seien.

3. Ob das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten amtlich Kenntnis habe von dem geheimen 1898 zwischen England und Deutschland abgeschlossenen Vertrage und bejahendenfalls, ob dieser

---

* Vasconcellos.
** Sir Arthur Hardinge.

Vertrag in irgendeiner Weise die Integrität und die Unabhängigkeit des überseeischen Besitzes Portugals bedrohe.

Auf die erste Frage erwiderte Herr Vasconcellos, die Regierung habe keinen Grund zu glauben, daß durch die Tatsache der Einführung der Republik irgendeine Veränderung im System der internationalen Beziehungen Portugals eingetreten sei. Letztere beruhten auf dem Bündnis mit England, auf der intimen Freundschaft mit den auf dem Festlande und in den Kolonien benachbarten Nationen Spanien, Frankreich, Deutschland, Belgien und Holland und auf der Freundschaft und Courtoisie mit allen anderen Ländern. Das Bündnis mit England sei seit nunmehr sechs Jahrhunderten durch verschiedene Verträge, zuerst im Jahre 1373, festgelegt worden, die sich in ihren hauptsächlichsten Bestimmungen als ein einziger Vertrag darstellten. Nach einer dem Hause der Lords von der britischen Regierung im Dezember 1898 vorgelegten Aufzeichnung über die in Kraft befindlichen Bestimmungen der bis zum Jahre 1815 geschlossenen Verträge ergebe sich als noch gültig folgendes:

I. Es soll ein ewiges Bündnis und eine beständige Freundschaft zwischen beiden Ländern bestehen.

II. Dieses Bündnis soll durch keinen anderen Bund oder Vertrag beeinträchtigt werden, den eins der beiden Länder schließen sollte.

III. Keins der beiden Länder wird sich zum Schaden des anderen mit dessen Feinden verbinden oder ihnen beistehen.

IV. Jedes der beiden Länder hat Angriffe oder Schädigungen, die dem anderen drohen, zu verhindern und sie dem anderen sofort anzuzeigen.

V. Keins der beiden Länder wird Aufrührer oder Flüchtlinge aus dem Gebiete des anderen aufnehmen oder begünstigen; ausgenommen sind Flüchtlinge oder Verbannte, sofern sie an dem Lande, welches sie verlassen haben, keinen Verrat begangen haben.

VI. Keins der beiden Länder darf auf seinem Gebiete zum Schaden des anderen dessen Feinden die Beschaffung oder Befrachtung von Schiffen gestatten.

VII. Wird das Gebiet eines der beiden Länder von Feinden verletzt oder steht solches zu befürchten, so hat der andere Teil auf Erfordern zur Verteidigung des europäischen Gebiets dorthin sowie nach irgendwelcher anderen Besitzung Leute, Waffen, Schiffe usw. zu schicken.

VIII. Werden Eroberungsgebiete oder Kolonien eines der beiden Länder von Feinden verletzt oder dringen diese ein, so hat der andere Teil zu deren Verteidigung oder Wiedereroberung auf Erfordern Leute, Waffen, Schiffe usw. zu senden.

IX. Sollten Spanien oder Frankreich Portugal in seinem auf dem europäischen Festlande liegenden Gebiet oder in seinen Besitzungen

mit Krieg überziehen wollen, so wird Großbritannien sich für die Erhaltung des Friedens verwenden und, falls dies sich nicht erreichen läßt, Truppen und Schiffe schicken, die für Portugal kämpfen.

„Dieses sind", so erklärte Herr Vasconcellos weiter, „die Bestimmungen, die seit Jahrhunderten die mächtige und edle britannische Nation mit dem bescheidenen, aber tapferen und treuen Lande Portugal verbinden. Weder haben wir zahlreiche Heere oder furchtbare Geschwader, noch können wir sie von einem Augenblick zum anderen schaffen; wir haben jedoch draußen in der Welt staffelweise ausgezeichnete Stützpunkte und Schutzhäfen für jedwedes Geschwader, woraus uns die Verpflichtung — die wir nicht verabsäumen werden — erwächst, sie gehörig zu befestigen und sie in einer Weise zu verwerten, wie es unserer Stellung als Weltmacht entspricht, wie es sein kann und muß, ohne Größenwahn und Anmaßungen, aber ebenso ohne Schwächen, welche mehr Beschützung als Mitarbeit erheischen. Zur würdigen Erhaltung unserer Stellung in der internationalen Welt müssen wir als eine Wertgröße gelten, die sich vermehrt, und nicht als ein Überbleibsel, das verschwindet."

Auf die zweite Frage erwiderte der Ministerpräsident, der Regierung der Republik seien keinerlei Änderungen in den zur Zeit der Verkündigung der Republik in Kraft befindlichen Verträgen oder in deren Klauseln mitgeteilt worden.

Auf die dritte Frage eingehend, verwies Herr Vasconcellos zunächst auf die gegen die Kolonien gerichtete Preßfehde, die er als jeder ernsten Grundlage entbehrend bezeichnete. Portugal, so fuhr er fort, brauche nichts für seine Kolonien zu fürchten, da es seinen Teil an der zivilisatorischen Aufgabe der Kolonialmächte leiste. Wenn die Republik auch den Handel und die Industrie des Mutterlandes schützen müsse, so dürfe sie ihre überseeischen Besitzungen darum nicht jeglicher fremden Initiative verschließen.

Indem sich der Ministerpräsident sodann dem eigentlichen Gegenstande der dritten Frage zuwandte, erklärte er wörtlich folgendes:

„Ich kann dem Herrn Abgeordneten mit großer Genugtuung erwidern, daß die Regierung der Republik weiß, daß keinerlei Vertrag zwischen dem vereinigten Königreich von Großbritannien und Irland und dem Deutschen Reiche besteht, der irgend etwas von der Art enthielte, daß es die Unabhängigkeit, die Integrität oder die Interessen Portugals oder irgend eines Teiles seiner Besitzungen bedrohe. Dem Parlamente meines Landes gebe ich diese Erklärung ab mit der Zustimmung der Kabinette von London und Berlin."

Die Deputiertenkammer, welche den Erklärungen des Ministerpräsidenten mit tiefem Schweigen gefolgt war, brach in lebhaften Beifall aus und faßte einen Beschluß, demzufolge die Rede des Ministerpräsidenten an alle Behörden des Landes übersandt und öffentlich angeschlagen werden soll.

Die Blätter bringen die Rede an leitender Stelle und meist unter augenfälligen Überschriften. Sie heben sämtlich hervor, daß es eine denkwürdige Rede von hervorragender Bedeutung sei, und daß die Bevölkerung sie mit großer Genugtuung aufgenommen habe.

Schubert

Nr. 11 439

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Geschäftsträger in Lissabon von Schubert

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 43 Berlin, den 27. März 1912

Auf den Bericht vom 16. d. Mts. — A 51 —*.

Ich habe mit Befriedigung von der Aufnahme Kenntnis genommen, die unser der portugiesischen Regierung erwiesenes Entgegenkommen dort gefunden hat. Wenn die Erklärung, zu der wir Herrn Vasconcellos im Einvernehmen mit der englischen Regierung ermächtigt haben, dazu gedient hat, die Stellung der portugiesischen Regierung nach innen und außen zu festigen, so glauben wir uns allerdings der Erwartung hingeben zu dürfen, daß Herr Vasconcellos auch seinerseits bestrebt sein wird, die Entwicklung der deutsch-portugiesischen Beziehungen zu fördern, indem er in den verschiedenen schwebenden Streitfragen uns einmal positive Beweise dafür gibt, daß ihm die Förderung dieser Beziehungen am Herzen liegt.

Ew. pp. wollen sich dem Ministerpräsidenten gegenüber gelegentlich in diesem Sinne aussprechen.

Kiderlen

Nr. 11 440

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Konzept

Nr. 417 Berlin, den 3. April 1912

Auf den Bericht vom 29. v. Mts. — Nr. 352** —.

Da die englische Regierung sich zu dem Angebot eines uns befriedigenden Neutralitätsabkommens nicht hat entschließen können, so entfällt auch für uns die Möglichkeit einer den englischen Wünschen entgegenkommenden Abänderung unserer Flottennovelle. Wenn

* Siehe Nr. 11 438.

** Siehe Kap. CCXLIII, Nr. 11 423. Der Erlaß vom 3. April ist in diesem Zusammenhang abgedruckt, da er sich vorzugsweise auf Kolonialfragen bezieht.

Sir E. Grey bemerkt, daß das von uns vorgeschlagene Abkommen weitergehen würde als irgendein Vertrag, den die englische Regierung mit einer europäischen Macht außer Portugal abgeschlossen habe, so mag das zutreffen. Er übersieht aber, daß auch unsere Gegenleistung ohne Vorgang, und zwar ohne Vorgang in der Geschichte dagestanden haben würde.

Ew. pp. wollen sich zu Sir E. Grey in diesem Sinne aussprechen, dabei aber unsere Bereitwilligkeit zu erkennen geben, den begonnenen Meinungsaustausch über koloniale und territoriale Fragen fortzusetzen. Sie wollen dabei bemerken, daß es der Kaiserlichen Regierung am zweckmäßigsten erscheint, die Gesamtheit aller Fragen, deren Diskussion angeregt worden ist, in ein Abkommen zusammenzufassen, das sich somit auf die portugiesischen Kolonien, die kleinen Kolonialfragen, die Abtretung von Sansibar und Pemba, Bagdadbahn und Südpersien zu erstrecken hätte.

Was die Abänderung unseres Vertrages von 1898 über Angola und Mosambique betrifft, so bitte ich aber, dem Minister zu sagen, daß wir auf eine rein theoretische Abänderung unserer früheren Abmachungen mit der englischen Regierung kaum Wert legen könnten. Der bestehende, in der jüngsten Zeit ohne Widerspruch von englischer Seite wiederholt betonte englisch-portugiesische Bündnisvertrag verpflichtet die englische Regierung dazu, die portugiesischen Kolonien nötigenfalls mit Waffengewalt gegen fremde Zugriffe zu verteidigen. Verhandlungen über diesen Punkt würden daher für uns nur dann von Wert sein, wenn die englische Regierung gleichzeitig die Bereitwilligkeit zu erkennen geben sollte, die Bedingungen mit schaffen zu helfen, unter denen ein Erwerb der zu unserer Interessensphäre gehörenden Teile des portugiesischen Kolonialbesitzes möglich sein würde, ohne den casus foederis für England eintreten zu lassen. Ich bemerke dabei, daß, wenn Mr. Harcourt behauptet, der deutsch-englische Vertrag vom Jahre 1898 sei durch Indiskretionen in der Presse so genau skizziert worden, daß seine Geheimhaltung auf die Dauer nicht mehr möglich erscheine, das den Tatsachen nicht entspricht. In Wirklichkeit waren die Angaben der „Preß-Zentrale“ und von Reuters Agentur sehr unvollständig und zum größten Teil unrichtig. Eine Veröffentlichung des Vertrages aber würde die Verwirklichung des Vertragszweckes angesichts des englisch-portugiesischen Bündnisvertrages außerordentlich erschweren, wenn nicht überhaupt unmöglich machen. Das gilt nicht nur bezüglich des ursprünglichen, sondern auch bezüglich eines revidierten Vertrags. Ew. pp. wollen sich Sir E. Grey gegenüber sehr bestimmt in diesem Sinne aussprechen. Was die Kompensationen für den englischen Verzicht auf die Enklave in Angola betrifft, so haben Ew. pp. bereits zutreffend darauf hingewiesen, daß unser Anspruch auf Timor einen wesentlichen Bestandteil des Vertrages von 1898 bildet, auf den

wir ohne vollwertige Gegenleistung nicht verzichten können. Nach unseren Nachrichten ist Timor durchaus nicht so wertlos, als Herr Harcourt glauben machen möchte — ich verweise zum Beispiel auf den dorthin mitgeteilten Bericht des Kaiserlichen Geschäftsträgers in Lissabon vom 26. vorigen Monats —, überdies aber besitzt die Insel gerade für England mit Rücksicht auf die Stimmung in Australien einen hohen Affektionswert. Ich möchte daher glauben, daß eine Andeutung, daß wir es vorziehen würden, unsere Ansprüche auf Timor aufrechtzuerhalten, falls dieselben keine genügende Einschätzung seitens der englischen Regierung erführen, nicht ohne Wirkung bleiben würde. Keinesfalls aber würde die Überlassung von São Thomé und Principe einen vollwertigen Ersatz für unseren Verzicht auf Timor darstellen, ganz abgesehen davon, daß diese beiden Inseln nicht in den Vertrag von 1898 einbegriffen sind und England ein Verfügungsrecht darüber somit garnicht zusteht. Jedenfalls würde, wenn wir das territoriale Erstreckungsgebiet des Vertrages ausdehnen wollen, dann auch die Frage der Ausdehnung auf die Kapverdischen Inseln und die Azoren mit in Erwägung zu ziehen sein. Bezüglich der von Mr. Harcourt geforderten Abtretungen in Afrika könnte zugestanden werden in Angola das Viereck, welches nach Nordwestrhodesia hineinstößt, so daß die Westgrenze von Rhodesia nach Norden auf dem 22. Längengrade bis zum belgischen Kongo verlaufen würde.

Ferner der südliche Teil von Mosambique, wobei die Grenzlinie von einem Punkte der Küste westlich bis nach Nyassaland so zu ziehen wäre, daß Port Mosambique selbst und ein nicht zu geringer Teil der Küste südlich davon Deutschland zufiele. Dagegen empfiehlt sich nicht ein Austausch des Gebiets zwischen dem Nyassaland und einem Teil des Ludjendaflusses, da das deutsche Küstengebiet dadurch vom Hinterland, insbesondere dem Nyassasee, abgeschlossen würde.

Was die Abtretung von Sansibar und Pemba betrifft, so würde die Erwerbung dieser an sich nicht sehr wertvollen Inseln im Hinblick auf unsere öffentliche Meinung zwar erwünscht sein. Ein Austausch gegen Teile von Deutsch-Ostafrika kann aber nicht in Frage kommen. Ein Verzicht auf Teile unseres deutschostafrikanischen Schutzgebiets würde in deutschnationalen Kreisen das größte Mißfallen erregen. Überdies sind die dicht bevölkerten Gebiete des Nordwestens unseres Schutzgebiets als wirtschaftlich so wertvoll zu betrachten, daß gegen ihre Abgabe die größten Bedenken bestehen. Auch ein Austausch etwa gegen die Salomoinseln muß im Hinblick auf die Bedeutung derselben als Arbeiterreservoir für die im steten Aufblühen begriffene Plantagenwirtschaft in Neuguinea außer Betracht bleiben.

Als Gegenleistung für die Abtretung von Sansibar und Pemba

war hier von Lord Haldane Entgegenkommen in der Frage der Bagdadbahn und bezüglich der Stellung Englands in Südpersien und am Persischen Golf gefordert und von uns zugesagt worden. Nachdem die englische Regierung die Legitimation Lord Haldanes zu bindenden Anerbietungen bestritten und durch ihre Zurückhaltung in der Neutralitätsfrage sowie Bemängelung unserer Angebote gezeigt hat, daß sie die Verhandlungsbasis nicht akzeptieren will, die meinen Besprechungen mit Lord Haldane zugrunde gelegen hat, so sind auch wir zwar in dieser Hinsicht nicht mehr gebunden. Ich sehe aber mangels eines geeigneten Austauschobjektes zunächst keine Aussicht, in diesem Punkt uns mit der englischen Regierung zu verständigen. Immerhin könnten Ew. pp., um den Faden nicht abreißen zu lassen, den Caprivizipfel gegen Sansibar und Pemba anbieten. Wenn dies auch schwerlich von der englischen Regierung selbst hoch eingeschätzt würde, würde es in der öffentlichen Meinung Englands als Erwerbung eines Stück tatsächlich deutschen Landes gegen bloße Protektoratsrechte immerhin in die Wagschale fallen. Es wird von dem Grade der Bereitwilligkeit abhängen, den die englische Regierung jetzt zu positiver Unterstützung unserer Kolonialpolitik zeigt, ob das eingeleitete Verständigungswerk irgendwelche Ergebnisse zeitigen wird. Die Stellungnahme Englands in der Frage des portugiesischen Kolonialbesitzes wird in dieser Hinsicht ausschlaggebend sein. Eröffnet sich für uns die Perspektive auf die Erwerbung von Angola in absehbarer Zeit, so würden wir schließlich, wie ich vorläufig zu Ihrer ausschließlich persönlichen Information bemerke, in einem völligen Verzicht auf unsere Ansprüche auf Mosambique ein Austauschobjekt bieten können, das vermutlich einer Verständigung auch über Sansibar und die kleineren Kolonialfragen die Wege ebnen würde.

Euere pp. bitte ich, Sir E. Grey besonders noch darauf hinzuweisen, daß wir [uns] von einem freundschaftlichen Gedankenaustausch über die kolonialen und sonstigen uns gemeinschaftlich berührenden Fragen nicht nur eine Detente, sondern schließlich auch die Möglichkeit versprechen, zu einem beiden Teilen annehmbaren Agreement zu kommen.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 11 441

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 392 London, den 10. April 1912

Ich habe heute auftragsgemäß mit Sir E. Grey die uns berührenden kolonialen und territorialen Fragen besprochen. Ich ging davon

aus, daß nach Ablehnung unserer Wünsche bezüglich eines Neutralitätsabkommens wir auch die englischen Wünsche bezüglich der Flottennovelle nicht weiter berücksichtigen könnten. Sir Edward Grey war sich hierüber nicht im unklaren.

Er war bereit, einen freundschaftlichen Gedankenaustausch über territoriale und koloniale Fragen weiterzuführen, und er verspricht sich ebenso wie Euere Exzellenz hiervon und von dem schon angebahnten vertrauensvolleren Verhältnis zwischen beiden Regierungen schließlich eine beide Teile befriedigende Übereinkunft. Wenn wir diese jetzt auch noch nicht erreicht hätten, so sei doch die Tatsache, daß die offene Besprechung für eine Übereinkunft möglich gewesen sei, schon als nennenswerter Fortschritt zu bezeichnen.

Ich legte nun den Nachdruck auf die Realisierbarkeit eines Abkommens über die portugiesischen Kolonien und suchte ihn zu einer Äußerung zu bringen. Er begreift vollkommen unsern Standpunkt, daß eine Revision des geheimen Abkommens von 1898 kaum Wert für uns hat, solange die Möglichkeit der Verwirklichung des Abkommens an dem englisch-portugiesischen Bündnis scheitert. Aber auch die englische Regierung sei zwischen dem Abkommen von 1898 und dem Vertrage mit Portugal in einer peinlichen Lage. Nachdem das Bündnis seit den letzten 15 Jahren neu gekräftigt worden sei, fühle er, daß es unehrenhaft (dishonourable) sei, wenn die englische Regierung versuchte, den Portugiesen ihren Kolonialbesitz gegen ihren Willen zu entziehen. Die Portugiesen seien besonders empfindlich und mißtrauisch mit Bezug auf den Einfluß Dritter in ihrem Kolonialbesitz. Man wisse nicht, wo und wie eingesetzt werden könne. Auf der andern Seite sei es klar, daß Portugal nicht imstande sei, seine Kolonien zu entwickeln. Diese seien vielmehr für das Mutterland eine Last. Ebenso sei es unbestreitbar, daß es weit rationeller wäre, wenn Länder wie Deutschland und England sich an der Entwicklung der portugiesischen Kolonien beteiligen könnten. Auch das englische Südafrika wünsche gewisse Teile portugiesischen Besitzes für sich zu gewinnen. Nur sehe er bis jetzt kein Mittel, um die portugiesische Regierung zu bewegen, daß sie uns beiden Einfluß in ihren Kolonien einräume. Anders würde es sich verhalten, wenn die inneren Wirren in Portugal derart zunähmen, daß die Kolonien sich losrissen und sich selbständig erklärten. Dann würde ipso facto das Band zerrissen, welches durch den Bündnisvertrag Englands Bewegungsfreiheit mit Bezug auf den portugiesischen Kolonialbesitz einschränke.

Ich habe den bestimmten Eindruck, daß Sir E. Grey bereit wäre, an die Ausführung des Abkommens von 1898 oder eines revidierten Abkommens zu gehen, wenn ihn nicht die durch das Bündnis auferlegten Gewissensskrupel zurückhielten, und wenn er einen Weg fände, den er nicht für dishonourable hält.

Ich sagte daher, es handele sich nicht darum, Gewalt anzuwenden, sondern darum, Einfluß zu gewinnen und diesen auszuüben. Dies sei auf verschiedene Weise möglich, zum Beispiel dadurch, daß wir uns, jeder in seiner Interessensphäre, gegenseitig unterstützten, um materielle Werte zu erwerben, sei es in Gestalt von Konzessionen oder von anderen gewerblichen Unternehmungen. Vor allem aber müßten wir nach meiner persönlichen Auffassung — der Herr Reichskanzler habe mir bisher keinerlei Direktiven in dieser Richtung gegeben, da zunächst die prinzipielle Bereitwilligkeit der englischen Regierung, an die Ausführung des Abkommens zu gehen, festgestellt werden müsse — versuchen, auf die Finanzierung des portugiesischen Staates Einfluß zu gewinnen mit dem Zwecke, daß Teile der Kolonien oder ihrer Zolleinkünfte als Pfand für dem portugiesischen Staate zu gewährende Anleihen dienen sollten. Wie ich aus der City erführe, verhandele zum Beispiel die River Plate Bank mit der portugiesischen Regierung augenblicklich über eine Anleihe. Dies seien Gelegenheiten, wenn wir gemeinsam vorgingen, um einen locus standi zu schaffen.

Dem Minister war es bekannt, daß die River Plate Bank über eine Anleihe verhandelt. Er bemerkte, daß der englische Gesandte in Lissabon generell die Anweisung habe, nur diejenigen englischen Privatunternehmungen durch seinen Einfluß zu unterstützen, welche mit unserem Abkommen von 1898 nicht in Widerspruch ständen, also nicht in unserer Interessensphäre aufträten. Er wolle sich die Möglichkeit, wie an die Ausführung unseres Abkommens geschritten werden könne, ohne daß er die Bündnispflicht verletze, noch näher überlegen und auch bei anderen Personen Rat einholen, um dann mit mir diesen Gegenstand weiter zu besprechen.

Ich unterließ nicht, bei dem Minister nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß eine Veröffentlichung unseres geheimen Abkommens den Zweck desselben vereiteln würde. Ich besprach sodann mit ihm die kolonialen Fragen im einzelnen, hob den Wert Timors hervor und bot das Viereck am 22. Längengrade plus Timor als Äquivalent für die englische Enklave in Angola an. Das Hinterland am Nyassasee könnten wir nicht preisgeben, bemerkte ich. Vom südlichen Mosambique habe ich diesmal noch nichts gesagt, da ich erst abwarten will, wie sich Mr. Harcourt zu meinem Angebot verhält. Auch habe ich darauf hingewiesen, daß, wenn im revidierten Abkommen eine territoriale Ausdehnung bezweckt werden sollte, neben den Inseln São Thomé und Principe auch die Kapverdischen Inseln und die Azoren mit einbezogen werden sollten. Für Sansibar und Pemba habe ich nur den Caprivizipfel in Aussicht gestellt, die Hergabe des Nordwestens von Deutsch-Ostafrika aber als gänzlich ausgeschlossen bezeichnet. Ich glaube nun auch nicht, daß wir Sansibar und Pemba für den Caprivizipfel erhalten können.

Hinsichtlich dieser Spezialfragen machte sich Sir E. Grey Notizen,

ohne sich dazu zu äußern. Denn er wolle sie zunächst ebenso wie die prinzipielle Frage bezüglich unseres Abkommens von 1898 mit Herrn Harcourt besprechen, um dann nach seiner, Sir E. Greys, Rückkehr vom Urlaub Anfang Mai die Verhandlungen mit mir wieder aufzunehmen.

P. Metternich

Nr. 11 442

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 419 London, den 17. April 1912
Geheim

Der Kolonialminister, Mr. Harcourt, bat mich, ihn zu besuchen, um über die Fortführung der Konversationen territoriale Fragen betreffend zu sprechen, gemäß der letzten Unterredung zwischen Sir Edward Grey und dem Kaiserlichen Botschafter.

Der Kolonialminister führte in einer sehr langen Konversation seine Wünsche und Ansichten aus:

Zuerst die Frage des portugiesischen Geheimabkommens behandelnd sagte er, Englands Verzicht auf die Enklave in Angola stelle ein beträchtliches Opfer dar; das betreffende Gebiet sei ihren Nachrichten zufolge wertvoll, enthalte unter anderem Lobitohafen, einen der besten, wenn nicht den besten Hafen der westlichen Afrikaküste, und sichere für die binnenländischen Gebiete in Rhodesia die Kommunikation mit dem Ozean. Als Kompensation für die Aufgabe der Enklave schlage er vor, eine Linie zu ziehen, beginnend bei dem Punkte, wo der 20. Längengrad (Greenwich) die Grenze Deutsch-Südwestafrikas schneide, bis zum Punkte, wo derselbe Längengrad etwa bei dem Orte Moma auf den Kassaboriver treffe (bis an die Grenze der wurmartigen kongolesischen Enklave). Das Gebiet östlich dieser Linie solle an England, der Rest an Deutschland fallen. Nun sei aber dieses an England fallende Gebiet viel zu klein, um für die Enklave genügende Kompensation zu bieten, er schlage daher vor, noch in Mosambique etwas abzugeben und zwar Gebiet südlich einer Linie, welche laufen würde von der Mündung des Flusses Lukugu, diesen Fluß herauf bis zu seiner Quelle und von da in gerader Linie bis zu dem Winkel in der jetzigen englisch-portugiesischen Grenze nördlich vom See Tschiuta.

Wie gesagt, habe Südafrika ein erhebliches Interesse an der Bahnverbindung durch Angola nach dem Ozean, und er würde daher eine Klausel vorschlagen, nach welcher auf den Bahnen in Angola

keine Differenzierung in Eisenbahntarifen zugunsten deutscher Güter gegen englische oder südafrikanische Güter stattfinden solle.

Auf Fragen übergehend, welche das südwestafrikanische Schutzgebiet berühren, legte der Minister dar, daß er sich in besonders schwieriger Lage befinde, denn die Objekte, um welche es sich handele, befänden sich alle in Händen der Kapkolonie. Er müsse deshalb, wenn ein Einverständnis mit Deutschland zustandegekommen sei, sich zuerst vertraulich mit dem Minister Botha* in Verbindung setzen, dann durch diesen das Ministerium gewinnen, denn zu diesen Transaktionen sei ein Gesetz und damit auch die Zustimmung des südafrikanischen Parlaments notwendig. Gegen die Einräumung der Orangetalweggrenze und gegen Zession der Seal- und Penguininseln schlage er vor, das Stück Deutsch-Südwestafrikas östlich des 20. Längengrades einzutauschen.

Auf die Zession von Sansibar und Pemba übergehend, erklärte Mr. Harcourt, sowohl Sir Edward Grey wie ihm liege es vollkommen fern, den Wert etwaiger Zugeständnisse zu unterschätzen, welche wir im Gebiete der Bagdadbahn und dem Persischen Golfe machen könnten; er müsse aber auch darauf hinweisen, daß Sansibar als hochentwickelter Handelsplatz mit bedeutender Zukunft großen materiellen Wert besitze neben dem ideellen Wert in der englischen öffentlichen Meinung. Der ideelle Wert sei so groß, daß kein englisches Ministerium es unternehmen könne, eine Zession vor dem Parlamente zu vertreten, wenn es nicht wenigstens einige territoriale Vorteile aufweisen könne. Auf alle Fälle werde die Zession der beiden Inseln ihm persönlich und dem liberalen Ministerium die schwersten Vorwürfe eintragen. Er schlage für die Abtretung der beiden Inseln vor, Abtretung unsererseits eines Gebietes, welches liegen würde nördlich einer Linie vom Südende des Kiwusees bis zum Südende der Emin Pascha-Bucht im Victoria-Nyanza, die Abtretung eines weiteren Gebietes nördlich des Flusses Rowana von seiner Mündung bis zu dem Punkte, wo dieser die englische Grenze schneidet und die Abtretung zweier Inseln in der Salomogruppe, namens Bougainville und Buka. Ferner bestehe der Wunsch nach der Erlaubnis eventuell vom Nordende des Tanganjika eine Bahn nördlich zu führen, deren eventuelle Trasse besonderer Verabredung vorbehalten bliebe.

Was die Inseln São Thomé und Principe anbetreffe, so glaubte er, wir hätten den Wunsch, sie in unsere Interessensphäre einbezogen zu wissen, und er sei vollkommen bereit, diesem Wunsche zu willfahren. Was die beiden andern Inselgruppen, nämlich die Azoren und Kapverdischen Inseln anbetreffe, müsse er vertraulich sagen, daß keine Aussicht bestehen dürfte, im Ministerrat eine Majorität für Einbeziehung dieser in eine Revision des Geheimab-

* Premierminister der Südafrikanischen Union.

kommens vom Jahre 1898 zu erlangen. Er möchte also dringend abraten, diese beiden Gruppen in den Kreis der gegenwärtigen Verhandlungen zu ziehen; ebenso bitte er, früher geäußerte Wünsche bezüglich der Voltagegend nicht zu urgieren, da ihm eine Lösung dieser Angelegenheit in unserem Sinne augenblicklich nicht möglich sein würde.

Auf Timor übergehend, wies er darauf hin, daß die Sachlage durch das holländische Vorkaufsrecht kompliziert worden sei, von dessen Bestehen bis vor kurzem die englische und wohl auch die deutsche Regierung nichts gewußt hätten. Das Interesse des Kabinetts an Timor sei ein gänzlich negatives. Sie wüßten, daß in der australischen öffentlichen Meinung eine Erwerbung des portugiesischen Timor durch Deutschland nicht unbedenkliche Erregung hervorrufen würde, und da ja das Mutterland in immer steigendem Maße auf die Kolonien Rücksicht nehmen müsse, die englische öffentliche Meinung durch die Kolonien stark beeinflußt werde und dieses Abkommen seinen Zweck nur erreiche, wenn es in der öffentlichen Meinung beifällig aufgenommen werde, bestehe der Wunsch, daß wir unsern Anspruch auf Timor aufgäben. Was würde, so fuhr er fort, die Lage sein, wenn Deutschland seinen Anspruch behielte, und es käme wirklich zur Aufteilung des portugiesischen Kolonialreiches? Dem deutschen Anspruch würde das holländische, vom Vorbesitzer verliehene Vorkaufsrecht entgegenstehen. Ein Krieg wegen eines Stückes Timor käme wohl nicht in Frage, und vor einem Schiedsgericht würde das holländische Vorkaufsrecht so gut wie sicher obsiegen. Das seien die Gründe, warum England den Anspruch auf Timor nicht so hoch einschätzen könne, wie wir es täten, und glaube, daß São Thomé und Principe eine diskutable Kompensation seien.

Während dieser langen Darlegung, welche ich mich möglichst im Zusammenhange zu geben bemüht habe, verhehlte ich dem Minister nicht, daß eine Reihe seiner Wünsche in Deutschland auf nachdrücklichen Widerstand stoßen würde, er bat mich aber, ich möchte die Vorschläge auf alle Fälle nach Berlin übermitteln. Es handele sich für ihn darum, bestimmte deutsche Wünsche zu realisieren; bei zwei Punkten seien hierbei Fragen im Spiele, bei welchen die öffentliche Meinung in Südafrika und England sentimentales Interesse nehme, es seien dies die kleinen Inseln in Südwestafrika und Sansibar und Pemba. Den bestimmten deutschen Wünschen stünden irgendwelche bestimmten britischen Wünsche nicht entgegen, sein Bestreben müsse nur sein, Kompensationen zu bekommen, welche er mit einiger Aussicht auf Erfolg vor Parlament und öffentlicher Meinung herzeigen könne. Das Gebiet der möglichen Kompensationen sei daher ein weites. Aus diesem Grunde wäre es ihm außerordentlich wertvoll, mit dem Herrn Staatssekretär des Reichskolonialamts in nicht bindender Form ad referendum einen mündlichen Meinungs-

austausch zu haben. Er sei überzeugt, daß der Komplex der territorialen Fragen in wenigen derartigen Besprechungen weiter gefördert werden könne als in langen Verhandlungen auf diplomatischem Wege. Er werde sich außerordentlich freuen, den Herrn Staatssekretär, wenn ihn etwa Diamantenfragen oder Privatgeschäfte nach London führen sollten, hier zu begrüßen, je eher, desto lieber. So könne er Montag, den 22., Dienstag, den 23., und Mittwoch, den 24. d. Mts. ganz frei halten, falls der Besuch etwa in diese Tage fallen sollte. Der Minister fügte hinzu, er wünsche die jetzt herrschende günstige Atmosphäre zu nützen, um die territorialen Fragen so weit als irgend möglich zu fördern.

R. v. Kühlmann

Nr. 11 443

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Geschäftsträger in London von Kühlmann

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 88 Berlin, den 20. April 1912

Auf Bericht Nr. 419*.

Bitte Mr. Harcourt zu sagen, daß ich mit Interesse von seinen Vorschlägen bezüglich eines Kolonialabkommens Kenntnis genommen habe. Auch stünde ich seiner Anregung, die Angelegenheit durch einen mündlichen Meinungsaustausch mit dem Staatssekretär des Reichskolonialamts zu fördern, durchaus sympathisch gegenüber. Leider aber sei wegen der Verhandlung des Kolonialetats im Reichstage der Staatssekretär im gegenwärtigen Augenblick nicht abkömmlich, so daß eine Zusammenkunft für einen etwas späteren Zeitpunkt vorbehalten werden müsse.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 11 444

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 434 London, den 22. April 1912
Geheim

Der letzte englische Vorschlag, betreffend die territoriale Revision des Geheimvertrages vom Jahre 1898, dürfte den günstigsten Bedingungen sehr nahe kommen, unter denen wir die Enklave in

* Siehe Nr. 11 442.

Angola, deren Erwerbung für die fernere Zukunft unserer Kolonialpolitik Lebensfrage ist, bekommen werden können. An Flächeninhalt gemessen und wohl auch an innerem Werte steht das, was England von uns als Kompensation wünscht, so weit hinter Größe und Wert der Enklave zurück, daß, selbst wenn Timor ohne weitere Gegenleistung von englischer Seite mit darangegeben werden müßte, der Austausch sich rechtfertigen ließe. Da aber von englischer Seite noch São Thomé und Principe, die nach allen verfügbaren Nachrichten ganz hervorragend zukunftsreich sind, mit darangegeben werden würden, glaube ich nicht, daß es möglich sein wird, die Bedingungen noch erheblich günstiger zu gestalten. Man könnte versuchen, in Angola die Grenze noch um eine Kleinigkeit östlicher zu schieben und in Mosambique etwa eine Grenze vom Südende des Schirwasees bis zur Mündung des Lukugu zu erreichen, so daß das Hügelland zwischen Lukugu und Lugera noch in unsere Interessensphäre fiele (die Stanfordsche, englische Karte nennt Lugera den westlichen, vom Südende des Schirwasees entspringenden Fluß, während sie den östlichen Hauptstrom Lukugu nennt. Auf manchen Karten sind diese beiden Flüsse gerade umgekehrt bezeichnet). Aber dies sind verhältnismäßige Kleinigkeiten ohne ausschlaggebende Bedeutung.

Damit wäre die Zukunft unserer kolonialpolitischen Entwicklung, soweit dabei England in Betracht kommt, zu einem großen Teile gesichert. Im Vergleich zu diesen Fragen sind die des eventuellen Gebietsaustausches in Südwest- beziehungsweise Ostafrika von mehr ornamentaler Bedeutung.

Nicht leicht ist die Lösung der Frage, auf welchem Wege die Vollstreckbarkeit des Geheimvertrages herbeigeführt werden kann. England ist an Portugal durch ein ewiges Defensivbündnis gebunden, das die militärische Erwerbung der betreffenden Interessensphären sehr schwierig, wenn nicht unmöglich macht. Eine Aufgabe oder Kündigung des Bündnisses durch England kommt wohl nicht in Frage, es kann sich also nur darum handeln, dem Bündnis eine Form zu geben, welche uns gegen die Möglichkeit von Konflikten mit England im Falle der Erwerbung bewahrt. Auf alle Fälle muß also das englisch-portugiesische Bündnis eine neue Fassung bekommen, wie sich ja durch die Häufung der alten Bündnisverträge, ihre teilweise unklare Sprache und ausschließliche Betonung der monarchischen Staatsform eine Neuredaktion sehr plausibel als notwendig erweisen läßt. Diese Neuredaktion könnte die Kolonien überhaupt unerwähnt lassen. Dies würde aber natürlich in Portugal auf den größten Widerstand stoßen und starkes Mißtrauen erregen. Ein gangbarer Weg, und einer, welcher bei Sir Edward Grey voraussichtlich den relativ geringsten Widerstand finden würde, wäre der, das Bündnis neu zu formulieren und ihm eine Stipulation einzufügen analog dem Artikel IV des englisch-japanischen Bündnisses vom 13. Juli 1911, wonach

ein (Treaty of General Arbitration) allgemeiner Schiedsgerichtsvertrag mit einer Macht das geschlossene Bündnis dieser Macht gegenüber außer Kraft tritt. Es wäre also in der Folge zwischen uns und England ein allgemeiner Schiedsvertrag abzuschließen und Portugal von diesem Abschluß zu notifizieren. Ich verhehle mir nicht, daß bei uns vielfach Bedenken gegen den Abschluß weitgehender Schiedsverträge bestehen. Jedoch hätten es Deutschland und England vollkommen in der Hand, was sie als „allgemeiner Schiedsvertrag" im Sinne dieses Paragraphen gelten lassen wollen, und es sollte für die Juristen keine allzuschwere Aufgabe sein, etwas relativ Harmloses zusammenzustellen, was der Welt gegenüber als „allgemeiner Schiedsvertrag" bezeichnet werden könnte. In den allgemeinen Rahmen deutsch-englischer Abmachungen dürfte ein Schiedsvertrag gut passen, welcher als allgemeiner Schiedsvertrag angesprochen werden könnte, als Ergänzung zu einer Friedens- und Freundschafts- (Neutralitäts-) formel. Bei den hiesigen Liberalen und Pazifisten, deren Einfluß nicht zu unterschätzen ist, würde ein solcher Vertrag mit Begeisterung aufgenommen und als wichtiger Teil des Abkommens betrachtet werden.

Neben dieser allgemeinen Maßregel, welche das Bündnis uns gegenüber praktisch außer Kraft setzen würde, könnte die Aufnahme einer Bestimmung in die geheime Konvention angeregt werden, wonach jede der beiden Mächte berechtigt sein solle, in ihrer Sphäre entsprechende Sicherheitsmaßregeln zu ergreifen, falls die andere Macht zum Schutze von Leben oder Eigentum ihrer Staatsangehörigen gezwungen sein sollte, in ihrer Sphäre Maßnahmen zu ergreifen.

Dieser Artikel könnte praktische Bedeutung erlangen, falls von der Südafrikanischen Union gegen die angrenzenden portugiesischen Gebiete vorgegangen würde. Deutschland hätte in diesem Falle freie Hand für etwa wünschenswerte Maßregeln. Ein solches Vorgehen der Südafrikanischen Union liegt durchaus im Bereiche des Möglichen, vielleicht sogar des Wahrscheinlichen. Von durchaus zuverlässiger Seite höre ich, daß mehrfach Expeditionen, gegen Laurenzo Marquez insbesondere, im Werke waren und es der Zentralregierung in London nur durch Anwendung starken Druckes gelang, derartige Unternehmungen im Keime zu ersticken. Bei Wegfallen solchen Gegendruckes kann, Unruhen in den betreffenden Gegenden angenommen, es sehr leicht zum Einmarsch kommen. In diesem Falle würde die Bestimmung operativ werden.

Bei so abgeänderten Verhältnissen würden wir in die Lage versetzt sein, auch eine politische Erwerbung unserer Interessensphären in die Wege zu leiten, sobald dies wünschenswert oder notwendig schiene.

Der Beginn der wirtschaftlichen, friedlichen Durchdringung könnte unverzüglich erfolgen durch die Mittel, welche berichtlich

besprochen worden sind: für Mosambique Erwerbung einer Eisenbahn, eventuell auch Perlfischereikonzession, für Angola durch eine Chartered Company, auf São Thomé und Principe durch Interessen am Landbesitz und Kontrolle über den Kakaoverkauf. In allen Fällen wären diese wirtschaftlichen Interessen durch Kompagnien zu erwerben, die der äußeren Erscheinung nach englisch wären, bei denen aber die wirkliche Kontrolle deutschen Kapitalisten gehören würde.

Für die Technik der Verhandlungen dürfte die Erwägung anheimgegeben werden, ob es nicht geraten schiene, die Revision des Kolonialgeheimabkommens sowie den Notenaustausch über die Stellung beider Staaten im belgischen Kongo fertigzustellen und nach Fertigstellung sofort zu paraphieren, da die Verhandlungen über Kompensationen für englischen Besitz in Südwest und für Sansibar und Pemba länger und schwieriger sich gestalten dürften. Mr. Harcourt persönlich hätte, wie er im Gespräch beiläufig bemerkte, keine Bedenken gegen eine solche Paraphierung.

Die Frage der Azoren und Kapverdischen Inseln dürfte, falls wir auf einer endgültigen Lösung bestehen, ernste Schwierigkeiten verursachen. Vielleicht könnte ein Mittelweg gefunden werden, wonach England und Deutschland sich gegenseitig versprechen, die Inseln weder zu besetzen noch zu befestigen, Portugal bei einer Befestigung nicht zu unterstützen und im Falle des Versuchs einer dritten Macht, sich der Inseln zu bemächtigen, gemeinsame Maßregeln treffen, dies zu verhindern analog den entsprechenden Bestimmungen in der geheimen Kolonialkonvention. Jedoch dürfte, falls dieser Gedanke unseren Interessen dienlich schiene, einem amtlichen Vorschlag eine streng vertrauliche Sondierung vorauszusenden sein.

R. v. Kühlmann

Nr. 11 445

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 442 London, den 22. April 1912
Geheim

Den Inhalt Euerer Exzellenz Mitteilung* habe ich heute an Mr. Harcourt übermittelt, der bestens für die Kommunikation dankte und hinzufügte, er verspreche sich die besten Ergebnisse von einem unmittelbaren Gedankenaustausch mit seinem deutschen Kollegen, dessen persönliche Bekanntschaft zu machen er sich freue.

* Vgl. Nr. 11 443.

Er werde in den kolonialen Fragen unseren Gegenvorschlägen mit großem Interesse entgegensehen und wolle nur noch hinzufügen, daß seine Vorschläge der Einfachheit halber vielfach mit geraden Linien arbeiteten, daß er aber, falls dies gewünscht würde, bereit sei, eine Klausel in das Abkommen aufzunehmen, wonach so viel als möglich natürliche praktische Grenzen vereinbart werden sollten, wenn man sich erst über die Hauptfragen geeinigt habe.

R. v. Kühlmann

Nr. 11 446

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 469 London, den 27. April 1912
Geheim

Lord Haldane berührte bei einer Konversation auch die gegenwärtige Lage der deutsch-englischen Beziehungen und sagte, er habe sich sehr gefreut, von Sir E. Grey zu hören, daß der Kolonialsekretär in einen Gedankenaustausch über territoriale Fragen mit uns eingetreten sei, und er erhoffe sich von diesem die besten Resultate. Ohne hartnäckiges Handeln werde es kaum abgehen, denn kein Unterhändler werde von Anfang an das Minimum verlangen, mit dem er sich schließlich begnügen könnte, und sie müßten darauf bedacht sein, dem Parlament gegenüber die getroffenen Abmachungen erfolgreich zu verteidigen. Als er nach Berlin gegangen sei, habe er es für denkbar gehalten, daß ein großes Abkommen unter Einbeziehung der Flottenfragen zustande kommen könnte. In diesem Falle, wenn sie in der Lage gewesen wären, dem Parlament zu sagen, Abmachungen mit Deutschland erlaubten eine Herabsetzung der Rüstungsausgaben, dann hätten sie auch sehr weitgehende Zugeständnisse ohne besondere Gegenleistungen machen können. Das englische Volk hätte in der Freude über die finanzielle Entlastung sehr viel geschluckt. Schon bei seiner Abreise in Berlin habe er aber auf Grund der gewonnenen Eindrücke nicht mehr glauben können, daß es ohne Marinenovelle abgehen könnte, daß man sich in England auf eine Erhöhung der Rüstungslast gefaßt machen müßte. Dieser Umstand werde natürlich dazu führen, daß die Abmachungen des Kabinetts mit uns in der Öffentlichkeit mit erheblich kritischeren Augen betrachtet werden würden. Dies nötige sie, Abmachungen anzustreben, die zwar im allgemeinen jedem deutschen Wunsche entgegenzukommen strebten, sich aber doch an und für sich rechtfertigen ließen.

R. v. Kühlmann

Nr. 11 447

Der Staatssekretär des Reichskolonialamts Solf an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Ausfertigung

Geheim Berlin, den 4. Mai 1912

Euerer Exzellenz beehre ich mich auf das gefällige Schreiben vom 23. v. Mts. — A S 738* — ergebenst zu erwidern, daß ich von dem Bericht des Geschäftsträgers in London über seine Unterredung mit dem englischen Kolonialminister mit Interesse Kenntnis genommen habe. Die in dem Bericht wiedergegebenen Ausführungen des Mr. Harcourt machen mir, soweit sie Ostafrika betreffen, allerdings den Eindruck, als ob die englische Regierung sich damit von ihren früheren uns günstigeren Vorschlägen etwas zurückziehen möchte. Zu dem von Euerer Exzellenz angeregten persönlichen Meinungsaustausch zwischen Mr. Harcourt und mir bin ich gern bereit, doch möchte ich das Bedenken nicht verschweigen, daß eine solche Zusammenkunft kurz vor meiner bevorstehenden Reise nach Deutsch-Südwestafrika und der Kapkolonie unzutreffende und vielleicht beunruhigende Schlußfolgerungen zuläßt. Sollte aber auch bei Mr. Harcourt der Wunsch bestehen, mit mir persönlich zu verhandeln, und sollte die Ablehnung einer solchen mündlichen Besprechung englischerseits als mangelndes Entgegenkommen der Kaiserlichen Regierung aufgefaßt werden können, so könnte meine Reise nach London zur Vermeidung unnützer Kommentare in der Presse immerhin damit plausibel gemacht werden, daß ich vor dem Besuch einer englischen Kolonie, internationaler Courtoisie entsprechend, dem zuständigen Minister meine Aufwartung mache.

Zu den Ausführungen des englischen Kolonialministers bemerke ich im einzelnen folgendes:

Die Angabe, daß Deutschland durch den Verzicht Englands auf seine Angolaenklave den wertvollen Lobitohafen erhalten würde, ist nicht zutreffend, da Lobito südlich des 12. Grades südlicher Breite liegt, mithin nach dem bestehenden Geheimvertrag bereits Deutschland zufallen würde. Trotzdem würde der Erwerb der englischen Enklave von solchem Wert für Deutschland sein, daß das Gebiet östlich des 20. Längengrades bis zu dessen Treffpunkt mit dem Kassai- (nicht Kassabe-) Fluß und eine mäßige Vergrößerung des englischen Anteils an Mosambique als Kompensation geboten werden könnte.

Der in Mosambique als künftige Grenze vorgeschlagene Lukugufluß ist auf hiesigen Karten nicht zu identifizieren; gemeint ist an-

* Durch das Schreiben vom 23. April war dem Kolonialstaatssekretär der Kühlmannsche Bericht vom 17. April (siehe Nr. 11 442) mitgeteilt worden.

scheinend der Likungo. Gegen die Gewährung der Grenze von der Mündung dieses Flusses den Fluß herauf bis zu seiner Quelle und von da in gerader Linie bis zu dem Winkel in der jetzigen englisch-portugiesischen Grenze nördlich vom See Tschiuta würden keine Bedenken bestehen.

In Eisenbahnfragen würde Entgegenkommen gezeigt werden können, wie dies schon früher wiederholt zum Ausdruck gebracht ist.

Der Vorschlag, gegen die Einräumung der Oranjetalweggrenze und gegen Zession der Seal- und Penguininseln das Stück Deutsch-Südwestafrika östlich des 20. Längengrades einzutauschen, ist nur dann diskutabel, wenn diese Abtretung und die Kompensationen wegen Deutschwerdung Angolas in einem Abkommen vereinigt werden. Die für die Abtretung von Sansibar und Pemba gemachten Kompensationsvorschläge sind unannehmbar. Dagegen könnte eventuell ein Austausch des ganzen Deutschland zufallenden Anteils an Mosambique gegen die beiden letztgenannten Inseln (Pemba und Sansibar) zur Erörterung gestellt werden.

Mit dem Verzicht auf das deutsche Anrecht auf Timor gegen die Inseln São Thomé und Principe würde ich, wie früher bemerkt, einverstanden sein, sofern der besonders im Hinblick auf die australischen Kolonien für England vorhandene Mehrwert Timors bei den übrigen zur Erörterung stehenden Kompensationsfragen betont und berücksichtigt würde.

Zur Veranschaulichung der in Frage kommenden Austauschgebiete habe ich eine Kartenskizze beigefügt.

Solf

Nr. 11 448

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 622 Berlin, den 29. Mai 1912
[abgegangen am 31. Mai]

Auf die Berichte Nr. 419 und 434 vom 17. und 22. v. Mts.*

Solange nicht Klarheit darüber besteht, ob und in welcher Weise die Königlich Großbritannische Regierung bereit ist, für Verwirklichung des dem Geheimabkommen von 1898 zugrunde liegenden Vertragszweckes die Hand zu bieten, und der tatsächliche Erwerb von Angola in greifbare Nähe gerückt ist, würden auch alle weiteren Abmachungen auf dem Papier bleiben müssen, da wir an die Abtretung deutschen

* Siehe Nr. 11 442 und 11 444.

Kolonialbesitzes nur bei gleichzeitigem Erwerb der in Betracht kommenden Teile Angolas denken können. Schon aus diesem Grunde wäre eine persönliche Aussprache des Herrn Staatssekretärs des Reichskolonialamts mit Mr. Harcourt im gegenwärtigen Zeitpunkt verfrüht gewesen. Dazu kommt, daß der Staatssekretär Solf durch die Vorbereitungen zu seiner Studienreise nach unserem deutschsüdwestafrikanischen Schutzgebiet und der Kapkolonie in seiner Zeit so sehr beschränkt war, daß sich ein Besuch in London nur schwer hätte ermöglichen lassen. Auch hätte ein solcher kurz vor der Reise zu unzutreffenden und beunruhigenden Schlußfolgerungen über den Reisezweck in der Öffentlichkeit Anlaß geben können. Ew. pp. wollen daher Mr. Harcourt unter Verwertung des Vorstehenden davon benachrichtigen, daß der Herr Staatssekretär zu seinem Bedauern auf den in Aussicht genommenen Besuch habe verzichten müssen, dagegen hoffe, nach seiner Rückkehr bald Gelegenheit zu finden, dort vorzusprechen.

Wenn eine dilatorische Behandlung der verschiedenen afrikanischen Kolonialfragen aus dem vorstehend angeführten Grunde einstweilen angezeigt ist, so ist in dieser Hinsicht nur die Frage des Austausches der Enklave in Angola aufzunehmen, da es unserem Interesse entspricht, durch eine möglichst baldige Verständigung über diesen Punkt uns die Anwartschaft auf ganz Angola zu sichern und damit dem weiteren Vordringen englischen Einflusses auch da rechtzeitig einen Riegel vorschieben zu können, wo wir uns demselben nach dem Vertrag von 1898 noch nicht widersetzen können.

Ew. pp. beehre ich mich daher zu bitten, die Besprechungen über diese Frage mit Mr. Harcourt wieder aufzunehmen und dabei den Versuch zu machen, die englischen Forderungen weiter herunterzudrücken. Ew. pp. werden dabei darauf hinweisen können, daß die Äußerung Mr. Harcourts zu dem Botschaftsrat von Kühlmann, Deutschland werde durch den Verzicht Englands auf seine Angolaenklave den wertvollen Lobitohafen erhalten, unzutreffend ist. Lobito liegt südlich des 12. Grades südlicher Breite, fällt somit nach dem bestehenden Geheimvertrag bereits Deutschland zu. Der Erwerb der Enklave würde für Deutschland indessen von solchem Wert sein, daß äußerstenfalls das Gebiet östlich des 20. Längengrades bis zu dessen Treffpunkt mit dem Kassai- (nicht Kassabe) Fluß und eine mäßige Verzinsung des englischen Anteils von Mosambique als Kompensation geboten werden könnte. Der als künftige Grenze vorgeschlagene Lukugufluß ist auf hiesigen Karten nicht zu identifizieren. Gemeint ist anscheinend der Likungo. Gegen die Gewährung der Grenze von der Mündung dieses Flusses den Fluß hinauf bis zu seiner Quelle und von da in gerader Linie bis zu dem Winkel in der jetzigen englisch-portugiesischen Grenze nördlich vom See Tschiuta würden keine Bedenken bestehen.

Des weiteren würden São Thomé und Principe in unsere Inter-

essensphäre einzubeziehen sein, während unser Verzicht auf Timor einstweilen vorbehalten bleiben könnte.

Die von dem Botschaftsrat von Kühlmann angeregte Neutralisierung der Kapverdischen Inseln und der Azoren würde einer Ablehnung auf englischer Seite sicher sein und ein Anschneiden dieser Frage lediglich dazu dienen, dem englischen Mißtrauen in die weiteren Ziele unserer Politik neue Nahrung zuzuführen.

Einem gefälligen Bericht in der Angelegenheit werde ich mit Interesse entgegensehen.

Kiderlen

Nr. 11 449

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 633 London, den 4. Juni 1912
Geheim

Sir Edward Grey und Herr Harcourt sind bereit, die nachstehende Revision des Geheimvertrages von 1898 zu paraphieren und dementsprechend die formale Umänderung des Vertrages selbst vorzunehmen:

Revision of Secret Anglo-German Treaty of 1898 regarding Portugese Colonies.

England receives East of Parallel 20 from German South West Africa up to boundary of Belgian Congo as marked on Stanford's 1911 map; then everything south of Lukugu and Lugera Rivers and from source of the latter to nearest point of Nyassaland, as marked on the aforesaid map. Germany waives her rights to Timor.

Germany receives the Enclave in Angola and the Islands of St. Thomas and Principe (St. Thomas and Principe Islands not to be included in § 1 of the Secret Convention of 1898 as distinguished from the Convention and Secret Note).

Der Stanfordsche Atlas von 1911, den ich beifüge (Beschaffungskosten £ 3:—:—), ist für die geographischen Bezeichnungen maßgebend. Das Gebiet östlich des 20. Längengrades von der Grenze Deutsch-Südwestafrikas bis zum kongolesischen Streifen am Kassai fällt in die englische Interessensphäre. Der Lukugu- und Lugerafluß bildet die nördliche Grenze der englischen Interessensphäre an der Ostküste. Die Quelle des Lugera liegt ungefähr auf dem Schnittpunkte des 36. Längen- und 16. Breitengrades. Die kürzeste Verbindung von der Quelle nach dem britischen Nyassaland läuft ungefähr auf dem 16. Breitengrad, also ein gutes Stück südlich des Südendes des Schirwasees, so daß das ganze Ostufer dieses Sees und noch ein

Teil südlich uns zufällt, während der Tschiutasee, bis zu dessen nördlichen Ufer wir abzutreten bereit waren, uns ganz verbleibt.

Herr Harcourt wollte nicht darauf eingehen, die Frage wegen Timors einer späteren Lösung vorzubehalten. Timor müsse entweder wieder in den revidierten Vertrag aufgenommen werden oder darausbleiben, unentschieden könne die Frage in einem revidierten Vertrage nicht bleiben. Wenn die Verwirklichung des Vertrages durch Maßnahmen, über welche unsere Regierungen sich etwa einigten, näher rücke, so sei es notwendig, sowohl den alten wie den revidierten Vertrag zu veröffentlichen. Denn die britisch-südafrikanische Union würde sich niemals mit dem revidierten Vertrag allein zufrieden geben, wenn sie nicht zugleich erführe, daß und welcher alte Vertrag schon bestanden habe. Ohne Hinweis auf den bestehenden alten Vertrag könne er die Einteilung der Interessensphären, wie sie nach dem revidierten Vertrag geplant sei, vor der Öffentlichkeit und insbesondere Südafrika gegenüber nicht vertreten. Deshalb sei es auch für ihn so wichtig, für die Aufgabe der Enklave einigermaßen ein Äquivalent und auch den Verzicht auf Timor aufweisen zu können. Die englische Regierung desinteressiere sich natürlich gänzlich hinsichtlich Timors. (Es war ihm bekannt, daß die Lobitobai schon nach dem bestehenden Vertrage in unsere Interessensphäre fällt.) Durch die Aufgabe der Enklave werde jeder britische Weg nach dem Innern Südafrikas von der Westküste her ausgeschlossen. Daher habe die Enklave mit ihren guten Häfen einen so großen Wert für England gehabt, für den er ein der öffentlichen Meinung annehmbares Äquivalent aufweisen müsse. Er nehme an, daß zukünftige deutsche Eisenbahnen von der Westküste Angolas nach dem Innern gleiche Tarife für Deutsche und Engländer haben würden. Ich erwiderte, ich zweifle nicht, daß wir uns hierüber leicht einigen würden.

Ich erwiderte Herrn Harcourt, daß wir unsererseits große Gebiete für den Eintausch der Enklave aus unserer Interessensphäre scheiden ließen, wodurch der britische Besitz eine besonders günstige Abrundung östlich des 20. Längengrades erführe. Ferner träten wir unsere Ansprüche auf das wichtige Mündungsgebiet des Sambesi und die dort gelegenen zukunftsreichen Häfen von Quielimane und Chinde ab. Wenn wir ferner auch noch unsern Verzicht auf Timor aussprächen, so seien unsere Opfer recht reichlich gemessen. Denn die Enklave bilde zwar einen unbequemen Einschub in die bisherige deutsche Interessensphäre, würde aber als selbständiges englisches Gebiet auch nie was Rechtes werden können, da es von allen Seiten umschlossen sei.

Hinsichtlich des Vorbehaltes von São Thomé und Principe gab mir Sir Edward Grey folgende Erklärung: Während der Marokkoverhandlungen im vorigen Sommer habe die französische Regierung ihm stets mitgeteilt, um welche Gebiete es sich bei unsern Besprechun-

gen mit der französischen Regierung gehandelt habe, damit es der englischen Regierung ermöglicht sei, vom Standpunkte ihres Interesses aus die etwaigen französischen Gebietsabtretungen in Erwägung zu ziehen. Er habe daher seinerseits Herrn Cambon gesagt, daß wir über koloniale Fragen verhandelten, die mit einem früheren Vertrage zusammenhingen. Diese Fragen bezögen sich aber lediglich auf Gebiete südlich des Äquators. Seitdem er Herrn Cambon diese Mitteilung gemacht, seien nun die Inseln São Thomé und Principe in unsere Verhandlungen einbezogen worden. São Thomé liege nun nördlich des Äquators, und beide Inselgruppen lägen dem französischen Kongo gegenüber. Es sei daher für ihn schwierig, den Paragraphen 1 der geheimen Konvention von 1898, worin wir uns versprächen, der Einmischung einer dritten Macht gemeinschaftlich entgegenzutreten, auf diese beiden Inselgruppen anzuwenden. Dagegen sei er bereit, die Konvention und die Note vom Jahre 1898 auch für die Inselgruppen gelten zu lassen, also englische Unternehmungen auf den Inselgruppen in Lissabon in Zukunft nicht zu unterstützen. Er müsse hierbei jedoch bemerken, daß das Frewensche Projekt*, an dem englisches, französisches und deutsches Kapital beteiligt sei, betreffend die Kakaopflanzungen, schon durch den englischen Vertreter in Lissabon unterstützt worden sei, da die Inselgruppen sich außerhalb des Rahmens unseres Vertrages befunden hätten. Er werde morgen näheres erfahren, wie weit das Projekt gediehen sei, und mir dann Mitteilung machen.

Ich erwiderte dem Minister, daß mir die Nichtanwendung des Paragraphen 1 der geheimen Konvention auf die in den revidierten Vertrag aufzunehmenden Inselgruppen höchst unerwünscht erscheine. Die französische Regierung hätte meines Wissens nie ein besonderes Interesse an den Inselgruppen gezeigt. Außerdem lägen dieselben dem Gebiete, welches Frankreich uns im Vertrage vom vorigen Jahre vom französischen Kongo abgetreten habe, gerade gegenüber, so daß wir dadurch auch Frankreich gegenüber ein besonderes Interesse an den Inseln nachweisen könnten. Ich sei überzeugt, daß, wenn er Herrn Cambon vertraulich nahelegte, die französische Regierung möge sich hinsichtlich der Inseln desinteressieren, diese darauf eingehen würde. Sein Vorbehalt könne dann wegfallen und unsere sämtlichen Abmachungen von 1898 einschließlich des Paragraphen 1 der geheimen Konvention auch auf die Inselgruppen Anwendung finden. Sir Edward Grey ist bereit, Herrn Cambon in dieser Beziehung zu sondieren. Er wollte dies gleich morgen tun. Auf meinen Wunsch versprach er in-

---

* Das Frewensche Projekt plante die Gründung einer englisch-portugiesischen Handelsgesellschaft zum Ankauf der Kakaopflanzungen auf São Thomé und Principe, die durch eine Anzahl englischer Firmen eine Zeitlang boykottiert waren, weil sie angeblich ihre schwarzen Arbeiter wie Sklaven behandelten.

dessen, damit zu warten, bis ich die Zustimmung meiner Regierung habe einholen können.

Ich bitte, wenn tunlich, um telegraphische Weisung sowohl hinsichtlich der Sondierung Herrn Cambons als auch, ob die Grundzüge des revidierten Vertragsvorschlages genehm sind und von dem Minister und mir paraphiert werden sollen. Ich glaube nicht, daß wir günstigere Bedingungen erzielen und den Verzicht auf Timor in der Schwebe lassen können. Sir Edward Grey ist auch schon deshalb daran gelegen, die Revision des Vertrages in den Grundzügen bald vorzunehmen, weil er Anzeichen dafür hat, daß der Konzessionär der Benguellabahn, Mr. Williams, demnächt um Unterstützung seines Unternehmens an die englische Regierung herantreten will, und es für den Minister schwierig ist, sie zu verweigern, solange er nicht uns gegenüber gebunden ist.

P. Metternich

Nr. 11 450

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 639 London, den 5. Juni 1912

Geheim

Meiner gestrigen Berichterstattung beehre ich mich noch hinzuzufügen, daß ich Herrn Harcourt erklärt habe, weshalb der Herr Staatssekretär des Reichskolonialamts noch keine Besprechung mit ihm gehabt hat, und daß Herr Solf hoffe, nach seiner Rückkehr ihn zu sehen. Meine Besprechungen mit dem hiesigen Auswärtigen Minister und Kolonialminister habe ich auftragsgemäß auf die Revision unseres geheimen Vertrages beschränkt und andere kolonialen Fragen unberührt gelassen. Dagegen habe ich dem mir erteilten Auftrag zufolge mit Sir Edward Grey, und zwar mit diesem allein, die Frage erwogen, auf welche Weise am zweckmäßigsten die Verwirklichung des Geheimvertrages respektive des in Vorbereitung stehenden revidierten Vertrages in die Wege geleitet werden könne.

Diese Besprechung ergab sich ganz natürlich im Anschluß an die Verhandlung über die Revision. Sir Edward Grey hat nun folgenden Plan, der bis auf einen Punkt erwägenswert ist. Ich habe den bestimmten Eindruck, daß der Minister wünscht, in der portugiesischen Kolonialfrage Fortschritte zu machen und sie anzuschneiden. Er hat dabei den Gedanken, daß das revidierte Abkommen, wenn es nicht nur papiernen Wert haben soll, nicht lange geheim bleiben dürfe. Er verspricht sich davon einen günstigen Einfluß auf die deutsch-englischen Beziehungen, insofern er hofft, daß man in Deutschland erkennen lerne, daß England den Expansionsbestrebungen deutschen Unternehmungsgeistes nicht im Wege stehe. Auf der andern

Seite verhehlt er und insbesondere der Kolonialminister sich nicht, daß der revidierte Vertrag von der hiesigen öffentlichen Meinung als außerordentlich günstig für Deutschland betrachtet und infolgedessen auch vielfach kritisiert werden wird. Sodann wünscht er durch den Beginn einer praktischen Verwirklichung des Vertrages und der Bekanntgebung desselben eine klare Lage in dem portugiesischen Kolonialbesitz zu schaffen, soweit es sich um die deutsche und englische Interessensphäre handelt. Die britisch-südafrikanische Union ist schon seit lange schwer zurückzuhalten, sich des portugiesischen Teiles südlich des Sambesi zum mindesten ökonomisch zu bemächtigen. Der englische Unternehmungsgeist sucht aber auch fortwährend in Mosambique und Angola einzudringen, und es wird für die hiesige Regierung von Jahr zu Jahr schwieriger, die englischen Interessenten zurückzuhalten. Wird der geheime Vertrag offenkundig, so fällt diese Schwierigkeit für die englische Regierung zum großen Teile fort, da jeder dann weiß, woran er sich zu halten hat, und für uns vermindert sich die unbedingt vorhandene Gefahr, daß unsere Interessensphäre trotz aller Verträge allmählich unter den wirtschaftlichen Einfluß englischer Privatunternehmer gerät, da ein deutsches wirtschaftliches Gegengewicht, wie es scheint, leider nicht vorhanden ist, obwohl wir sowohl in Mosambique wie auch in Angola die größere Grenze mit den portugiesischen Kolonien haben.

Die Schwierigkeit liegt darin, einen Weg zu finden, auf dem Sir Edward Grey nicht gezwungen wird, gegen den erneuerten englisch-portugiesischen Bündnisvertrag zu verstoßen. Er will nichts unternehmen, was von Portugal als Verrat an dem Bündnis bezeichnet werden kann. Ich glaube kaum, daß die Frage theoretisch und mit einem Schlage gelöst werden kann. Es wird immer der Punkt kommen, wo die Kunst der sanften Überredung bei den Portugiesen vergeblich versucht werden wird. Der letzte Zweck des Vertrages ist die Absorbierung der portugiesischen Kolonien durch Deutschland und England. Dies soll dadurch erreicht werden, daß wir Pfänder in den Kolonien erhalten, insbesondere dadurch, daß die Zolleinnahmen verpfändet werden und diese von schlechter portugiesischer in gute deutsche und englische Verwaltung übergehen sollen. Darauf können wir unter Umständen lange warten, während der Prozeß des englischen wirtschaftlichen Vordringens, auch wenn die englische Regierung ihn nicht unterstützt, auf die Dauer nicht aufzuhalten ist, da ihm ein gleichartiges deutsches Gegengewicht fehlt. Aber auch wenn uns die Zolleinkünfte verpfändet sind, und wenn wir die Verwaltung derselben selbst in die Hand nehmen, so haben wir deshalb, ohne Anwendung von Gewalt, noch lange nicht die Kolonien selbst oder ziehen den wirtschaftlichen Nutzen aus ihrer Entwicklungsfähigkeit. Eine umfangreiche Charter mit vorwiegend deutscher finanzieller Unterlage gibt uns festeren Boden unter den Füßen als die

Überwachung der Zolleinkünfte. Haben wir erst wirtschaftliche Interessen in einer Charter mit administrativen Befugnissen fest gegründet, so ist es auch eher möglich, die Verwaltung der Zolleinkünfte in die Hände zu bekommen. Von der einer Charter verliehenen Selbständigkeit mit Verwaltungsbefugnissen ist ein kleinerer Schritt erforderlich bis zur Übertragung der Zolleinkünfte, als wenn umgekehrt hiermit begonnen werden soll, während sonst nichts zu verwalten ist. Wenn in den heruntergekommenen und verwahrlosten portugiesischen Kolonien erst mächtige wirtschaftliche Interessen zivilisierter und starker Nationen mitsprechen, so fallen die Schranken portugiesischer Mißwirtschaft von selbst wie die Indianerreserven beim Vordringen der Amerikaner. Bringen wir es aber nicht fertig, selbst wirtschaftliche Einflüsse zu schaffen, so können uns auf die Dauer keine geheimen Verträge davor schützen, daß Angola und Mosambique von englischem Kapital aufgesogen werden.

In meinen Besprechungen mit Sir Edward Grey habe ich nun natürlich von diesen Erwägungen nichts verlauten lassen, sondern mich strikte an meine Weisungen gehalten. Er gab folgendes zur Erwägung: Nach Revision des Geheimvertrages denselben der portugiesischen Regierung mitzuteilen und ihr vorzustellen, daß es nicht ferner angehe, die an englisches und deutsches Gebiet anstoßenden portugiesischen Kolonien als Derelikt zu betrachten (er gebrauchte mehrmals diesen nicht korrekten Ausdruck), in denen niemand sich betätigen könne. Der englische und deutsche wirtschaftliche Einfluß sei zu stark, um sich auf die Dauer von diesen unaufgeschlossenen Ländern abhalten zu lassen. Es liege im eigenen Interesse Portugals und seiner Kolonien, daß deutscher und englischer wirtschaftlicher Einfluß sich ungehindert in den portugiesischen Grenzländern festsetze. Es sei der portugiesischen Regierung auf das entschiedenste zu raten, sich dem nicht zu widersetzen. Die englische und deutsche Regierung würden sich dann für die Souveränität Portugals über seine afrikanischen Kolonien verbürgen.

Ich erwiderte dem Minister, daß mir eine deutsch-englische Bürgschaft für die Souveränität Portugals über seine afrikanischen Kolonien äußerst bedenklich erscheine. Es sei unvermeidlich, daß mit der Ausbreitung deutschen und englischen Einflusses im portugiesischen Kolonialreich die Gewalt des Mutterlandes über seinen afrikanischen Besitz mehr und mehr schwinden werde. Es müsse dann der Zeitpunkt kommen, wo uns unser Garantieversprechen höchst unbequem sein und mit den Tatsachen in Widerspruch geraten würde. Es sei daher im Hinblick auf die Zukunft vorzuziehen, sich nicht zu binden.

Der Minister erwiderte hierauf, daß die Mitteilung unseres Vertrages und das gleichzeitige Verlangen, unserer wirtschaftlichen Betätigung in den portugiesischen Kolonien kein Hindernis zu bereiten, der portugiesischen Regierung einen starken Chok geben würde,

über den sie nur hinwegkommen werde, wenn wir ihr zugleich die Beibehaltung der Souveränität über ihre Kolonien verbürgten.

Ich blieb indessen bei meinen Zweifeln an der Zweckmäßigkeit einer Bürgschaft und bemerkte, daß es doch wohl noch andere Wege gäbe, um der Verwirklichung unseres Vertrages näher zu kommen. Derselbe bezwecke die Gewinnung politischen und wirtschaftlichen Einflusses in den uns gegenseitig zugewiesenen Teilen der portugiesischen Kolonien. Dies solle erreicht werden durch Benützung der portugiesischen Finanznot. Aus allen Nachrichten gehe hervor, daß diese immer mehr wachse. Die portugiesische Regierung suche sich noch durch kleine Anleihen mit hohen Zinsen zu helfen. Dies könne nicht andauern. Der Tag müsse bald kommen, wo Portugal, um sich finanziell zu halten, einer großen Anleihe bedürfe. Nur eine gründliche Reform könne die portugiesischen Finanzen sanieren. Kleine Mittel schöben die böse Stunde nur hinaus. In unserem Vertrage sei nun eine gemeinsame Anleihe an Portugal unter Verpfändung der Zolleinkünfte aus den Kolonien vorgesehen. Die Verwaltung derselben würde dann mit der Zeit in unsere Hände übergehen, und wir würden dann festen Fuß in den Kolonien fassen. Bei dem überwiegenden englischen Einfluß in Lissabon sei es möglich, der Verwirklichung dieser Politik dadurch näherzukommen, daß der englische Vertreter von der Übernahme kleinerer Anleihen in Lissabon abrate und seinen Einfluß gegen ihr Zustandekommen verwende. Bei Durchführung dieser Politik könne bald der Zeitpunkt eintreten, wo englisch-deutsche Finanzgruppen, von ihren Regierungen unterstützt, die große Anleihe in Lissabon betrieben.

Sir E. Grey ergriff diesen Gedanken ohne Zaudern, sogar anscheinend mit einer gewissen Erleichterung, da seine Bündnispflicht nicht berührt wird, und bemerkte, wenn wir uns davon Nutzen versprächen, so werde er in Erwägung ziehen, wie am geeignetsten der portugiesischen Regierung von der Annahme kleiner Anleihen abzuraten sei (to discountenance small loans).

Ich selbst verspreche mir, wie ich oben ausgeführt habe, weniger von diesem modus procedendi als von der Schaffung tatsächlicher wirtschaftlicher Interessen.

Schließlich beehre ich mich zu bemerken, daß ich dem Minister vertraulich und nichtamtlich gesagt habe, ich könne mich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Rührigkeit Sir Arthur Hardinges weiterginge, als Sir E. Greys Intentionen es zuließen, und daß der Gesandte englisches Kapital ermutige, in die deutsche Interessensphäre einzudringen. Der Minister konnte dies mir gegenüber natürlich nicht ohne weiteres zugeben. Meine Bemerkungen mögen aber dazu dienen, daß der englische Gesandte erneute Weisungen erhält, sich genau an unseren Vertrag zu halten.

P. Metternich

Nr. 11 451

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 108 London, den 7. Juni 1912

Unter Bezugnahme auf Bericht Nr. 639 vom 5. Juni*.

Ganz vertraulich erfahre ich, daß ein ad hoc gestern zusammenberufener Ministerrat Sir E. Greys und Herrn Harcourts Vereinbarung mit mir über die Revision des Geheimvertrags von 1898 genehmigt hat.

Metternich

Nr. 11 452

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 112 Berlin, den 9. Juni 1912

Auf Bericht Nr. 633 vom 4. d. Mts.**

Verlangen der englischen Regierung, Verzicht auf Timor in Äquivalent für Aufgabe Enklave einzubeziehen, erfordert erneute Prüfung durch Reichskolonialamt, ob vorgeschlagener Austausch im Falle Veröffentlichung unserer öffentlichen Meinung gegenüber vertretbar sein würde. Prüfung wird tunlichst beschleunigt. Bitte Sir E. Grey nahezulegen, etwaige Wünsche Mr. Williams bezüglich Benguellabahn dilatorisch zu behandeln und ihm einstweilen zu sagen, ein Herantreten an französische Regierung wegen São Thomé und Principe hielten wir wegen mit Bestimmtheit zu erwartender Indiskretionen für untunlich. Ich möchte Ew. pp. anheimstellen, diesen Anlaß zu benutzen, um Sir E. Grey unter Hinweis auf vorliegenden Fall darauf aufmerksam zu machen, in wie hohem Grade die deutsch-englischen Beziehungen durch die weitgehende Rücksichtnahme erschwert werden, die die englische Regierung infolge des Ententeverhältnisses Frankreich zu schulden glaubt. Ich zweifle nicht, daß ein ernstes Abschiedswort Ew. pp.*** in diesem Sinne nicht ohne Wirkung bleiben würde.

Kiderlen

---

* Siehe Nr. 11 450.

** Siehe Nr. 11 449.

*** Am 11. Juni hatte Graf Metternich seine Abschiedsaudienz bei König Georg V., nachdem ihm tags zuvor Sir E. Grey ein Abschiedsdiner im Foreign Office gegeben hatte.

Nr. 11 453

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 664
Geheim

London, den 11. Juni 1912

Hinsichtlich der kolonialen Verhandlungen habe ich mich gestern Sir Edward Grey gegenüber auftragsgemäß ausgesprochen. Ich habe versucht, für Überlassung von Timor die Deltamündung des Sambesi einzuhandeln. Sir E. Grey schien hierzu geneigt zu sein, Herr Harcourt sagte aber, er könne dies nicht vor dem Parlament vertreten. Die schließliche Vereinbarung über die Revision des Geheimvertrages von 1898 werde, fügte der Staatssekretär für die Kolonien hinzu, im wesentlichen nicht anders lauten können, als sie kürzlich zwischen Sir E. Grey und mir skizziert worden sei. Wir kamen schließlich dahin überein, daß weitere Mitteilung aus Berlin abgewartet werde. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß irgendwo noch eine kleine Grenzberichtigung zu unseren Gunsten zugestanden wird.

Sir E. Grey verwahrte sich entschieden dagegen, daß er in seiner Rücksichtnahme auf Frankreich hinsichtlich der São Thomé- und Principeinseln zu weit ginge. Da diese Inseln nicht in den alten Vertrag einbezogen seien, so sei es in Anbetracht der loyalen Haltung der französischen Regierung im vorigen Sommer, die ihn bei allen territorialen Verhandlungen mit uns gefragt hätte, ob englische Interessen eventuell verletzt würden — was er aber stets verneint habe —, eine Anstandspflicht für ihn, sich mit der französischen Regierung über die eventuelle Überlassung der Inselgruppen an uns vorher ins Einvernehmen zu setzen, falls wir wünschten, daß Paragraph 1 der geheimen Konvention von 1898 auf die Inseln Anwendung finden solle. Abgesehen von dem Versprechen der gemeinsamen Abwehr Dritter sei er ohne weiteres bereit, die übrigen Bestimmungen unserer geheimen Abmachung aus dem Jahre 1898, also das englische Desinteressement, anzuerkennen.

Mit Bezug auf Timor hoben beide Minister wiederum hervor, daß sie bei unserm Verzicht auf den portugiesischen Teil dieser Insel keinerlei Rechte für England beanspruchten, sondern lediglich das holländische Vorkaufsrecht gelten lassen würden.

P. Metternich

Nr. 11 454

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 691 London, den 17. Juni 1912
Geheim

Unter Bezugnahme auf Bericht Nr. 633 vom 4. Juni* und unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 112 vom 9. Juni**.

Sir Edward Greys Privatsekretär*** sagte mir im Verlauf eines gelegentlichen Gespräches, der Minister bedauere es außerordentlich, daß durch die im nebenbezeichneten Berichte besprochenen Schwierigkeiten eine Verzögerung in der Paraphierung des territorialen Teiles des portugiesischen Geheimabkommens eingetreten sei. Sir E. Grey wünsche im Interesse des Fortgangs der Verhandlungen diesen Abschnitt unter Dach zu bringen. Es sei dem Minister natürlich unmöglich, uns eine bindende Versicherung zu geben, daß Frankreich Einwendungen nicht erheben würde. Nach seiner Kenntnis der Lage aber erscheine es höchst wahrscheinlich, daß Frankreich wegen São Thomé und Principe keine Schwierigkeiten machen werde. Es würde für Sir E. Grey genügen, wenn er Herrn Cambon sagen könnte: „In einer früheren Mitteilung an Sie habe ich gesagt, die Fragen, die wir behandelten, bezögen sich nur auf die Gebiete südlich des Äquators. Da es möglich ist, daß auch São Thomé und Principe, die nördlich des Äquators liegen, zum Gegenstand von Konversationen gemacht werden, so bitte ich um eine vertrauliche Mitteilung, ob die französische Regierung irgendwelche Bedenken hätte, wenn ich sie so behandelte, als ob sie südlich des Äquators lägen." — Mein Gewährsmann meinte, bei einer so vorsichtigen Art der Fragestellung sei nichts riskiert. Selbst wenn, was nach Lage der Dinge höchst unwahrscheinlich sei, die Franzosen Einwände erheben würden, so liege die Unannehmlichkeit doch nur auf Seiten der Engländer, die dann gezwungen wären, für unseren Verzicht auf Timor nach anderen Kompensationsobjekten Ausschau zu halten, falls die deutsche Regierung sich auf den Standpunkt stellen sollte, die Inseln seien für uns nicht akzeptabel, falls Paragraph 1 der geheimen Konvention auf sie nicht anwendbar wäre. An sich glaube er ja, daß auch ohne Anwendbarkeit dieses Paragraphen 1 die Inseln für uns ihren vollen Wert behielten. Der Minister sei aber, falls wir ihm hierzu nur Erlaubnis gäben, bereit, alles zu tun, um auch diesen Schönheitsfehler zu beseitigen. Dies könne nur durch eine Sondierung erfolgen.

---

* Siehe Nr. 11 449.
** Siehe Nr. 11 452.
*** W. G. Tyrrel.

Mein Gewährsmann hat um ganz besonders vertrauliche Behandlung dieser Äußerungen gebeten.

R. v. Kühlmann

Nr. 11 455

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Freiherrn von Marschall

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 732 Berlin, den 25. Juni 1912
[abgegangen am 26. Juni]

Auf Bericht Nr. 633 vom 4. d. Mts.*

Wenn Herr Harcourt seine ziemlich weitgehenden Ansprüche bezüglich des Austauschs der Angolaenklave mit der Notwendigkeit begründet, mit Rücksicht auf die Südafrikanische Union den alten wie den revidierten Geheimvertrag zu veröffentlichen, so muß ich demgegenüber auch weiterhin an der Ansicht festhalten, daß eine solche Veröffentlichung der Verwirklichung des Vertragszwecks ernste Schwierigkeiten bereiten würde. Sie würde meines Dafürhaltens allenfalls in Frage kommen können, nachdem etwa der Erwerb der portugiesischen Kolonien durch England und Deutschland zur vollendeten Tatsache geworden sein wird. Eine nachträglich an den früheren Vereinbarungen geübte Kritik aber würde für die Sache selbst ohne Belang sein. Das theoretische Interesse an einer beifälligen Beurteilung dieser Vereinbarungen durch die öffentliche Meinung, das hiernach nur noch in Frage kommt, besteht in gleichem Maße auf deutscher wie auf englischer Seite. Es kann aber nicht zweifelhaft sein, daß die öffentliche Meinung in Deutschland die letzten englischen Forderungen für die Preisgabe der Angolaenklave als zu weitgehend ansehen würde.

Ich darf in dieser Hinsicht zunächst bemerken, daß der Angolaenklave nicht der große Wert zuzuschreiben ist, der ihr seitens der englischen Unterhändler beigelegt wird. Die Bemerkung Mr. Harcourts, daß die Enklave gute Häfen besitze, trifft nicht zu. Es existiert in ihr nur der Hafen von Loanda, der aber stark versandet ist. Ferner ist der ganze östliche Teil, der Lundabezirk, sowie das Hinterland von Novo Redondo im Süden noch nicht unterworfen und wird deshalb große Opfer an Geld und Blut verlangen. Endlich ist in den wirtschaftlich aussichtsreichsten Gegenden, den Plantagebezirken in Golungo Alto und am Kuanza, die Schlafkrankheit endemisch.

Für das deutsche Interesse würde der Erwerb des Benguella- und Mossamedesdistrikts an sich genügen. Immerhin ist der Erwerb der

* Siehe Nr. 11 449.

Enklave zur Arrondierung unseres Besitzes erstrebenswert genug, um dafür Opfer zu bringen, Opfer, für deren Bemessung aber der Wert maßgebend sein muß, den die Enklave im englischen Besitz für England haben würde. Daß der Wert derselben als selbständiges englisches Gebiet nicht besonders hoch einzuschätzen ist, liegt nach dem oben Gesagten auf der Hand.

Was andererseits die Zuweisungen östlich des 20. Längengrades an England betrifft, zu denen wir uns bereit erklärt haben, so bilden dieselben nicht nur, wie Graf Metternich Herrn Harcourt gegenüber bereits zutreffend hervorgehoben hat, eine besonders günstige Abrundung des britischen Besitzes. Diese Gebiete haben auch abgesehen von dieser Eigenschaft einen besonderen Wert, da sie einen großen Teil der Kautschukdistrikte Angolas enthalten, deren Produkte künftig nach Osten zweifellos von den Engländern abgelenkt werden würden.

Wenn wir uns trotzdem hierüber hinaus noch zu einem teilweisen Verzicht auf unsere vertragsmäßigen Ansprüche auf Mosambique zugunsten Englands bereit erklärt hatten, so war dies in der Annahme geschehen, daß als weitere Gegenleistung auf englischer Seite die bedingungslose Ausdehnung des Vertrages auf São Thomé und Principe zugestanden werden würde, während in Aussicht genommen war, den Verzicht auf unsere Ansprüche auf Portugiesisch-Timor bei den späteren Verhandlungen über die sonstigen afrikanischen Kolonialfragen zu verwerten. Es ist darin Herrn Harcourt allerdings zuzustimmen, daß es den Vorzug verdient, unseren Verzicht auf Timor schon in die jetzt geplante Revision des Vertrages von 1898 einzubeziehen. Es kann das aber nur unter der Voraussetzung geschehen, daß dieser Verzicht auf englischer Seite die gebührende Einschätzung erfährt. In dieser Hinsicht ist daran zu erinnern, daß sich die englische Regierung im Artikel 1 des geheimen Abkommens von 1898 verpflichtet hat, der Einmischung irgendeiner dritten Macht in Portugiesisch-Timor mittelst Gebietserwerbung, Schenkung, Kauf, Abtretung, Pacht oder anderswie gemeinschaftlich mit uns entgegenzutreten. Von dieser Verpflichtung wird die englische Regierung weder durch den inzwischen erfolgten Erwerb eines Vorkaufsrechts auf Timor durch die Niederlande noch durch die einseitige Erklärung entbunden, sich an Timor zu desinteressieren. Es würde somit eintretendenfalls für England die Verpflichtung entstehen, uns zu dem Besitz von Portugiesisch-Timor zu verhelfen. Für die englische Regierung würde es nun im Hinblick auf den Standpunkt, den die öffentliche Meinung in Australien in dieser Frage einnimmt, eine sehr wertvolle Errungenschaft sein, dieser Verpflichtung ledig zu werden, wobei es ohne Belang ist, ob dieser Teil von Timor nach unserem Verzicht in englische oder holländische Hände übergehen würde. Jedenfalls kann die Ausdehnung des Vertrages auf São Thomé

und Principe ein ausreichendes Äquivalent hierfür nicht bilden, selbst wenn man die Frage offen läßt, ob der materielle Wert der beiden Inseln demjenigen von Portugiesisch-Timor an sich gleichzustellen ist. Dazu kommt, daß England den Artikel 1 der geheimen Konvention auf São Thomé und Principe ohne die Zustimmung Frankreichs nicht auszudehnen wünscht. Es ist das zwar, wie ich zu Ew. pp. ausschließlich persönlichen Information bemerke, nach diesseitigem Dafürhalten nur ein Schönheitsfehler, da wir Schwierigkeiten von seiten Frankreichs nicht befürchten, weil zwischen den Inseln und dem französischen Kongo keinerlei Beziehungen bestehen. Dieser Schönheitsfehler aber würde von unserer öffentlichen Meinung als Zeichen der Schwäche und englischer Konnivenz gegen französische Wünsche verurteilt werden. Den von Sir E. Grey vorgeschlagenen Ausweg zu seiner Beseitigung halten wir wiederum nicht für gangbar, da wir befürchten müssen, daß die Stellen in Frankreich, die besonders während unserer Marokkoverhandlungen dauernd an der Arbeit waren, die Verhandlungen durch Indiskretionen Schwierigkeiten zu bereiten, auch diese Gelegenheit nicht ungenutzt vorübergehen lassen würden, um unserer Auseinandersetzung mit England und Portugal Hindernisse in den Weg zu stellen.

Bei dieser Sachlage vermag die Kaiserliche Regierung die in Mosambique angebotenen Konzessionen nicht aufrechtzuerhalten. Mosambique hat als Arbeiterreservoir nicht nur für das benachbarte Deutsch-Ostafrika, sondern auch im Hinblick auf den Erwerb von Angola und namentlich von São Thomé und Principe insofern eine gewisse Bedeutung, als, wie ich ganz vertraulich bemerke, wir nicht in der Lage sind, aus unsern jetzigen und künftigen westafrikanischen Besitzungen eine genügende Arbeiterzahl zu beschaffen. Auch aus diesem Grunde empfiehlt es sich, unsere Ansprüche auf den ostafrikanischen Teil der portugiesischen Besitzungen aufrechtzuerhalten und die für die Enklave anzubietenden Kompensationen ausschließlich in Angola zu suchen. Als geeignetes weiteres Austauschobjekt käme in dieser Hinsicht zunächst in Betracht, das Dreieck am 10. Längengrade, das durch den Kuando und den oberen Lauf des Kassai bezw. die Grenze des internationalen Kongobeckens gebildet wird, und dessen Spitze etwa bei dem auf der Stanfordschen Karte als Fort Bongi bezeichneten Orte gelegen sein würde. Dieses Gebiet kommt zwar den bisher in Mosambique angebotenen an Flächenausdehnung nicht ganz gleich, es hat aber für England den Vorteil des Abschlusses seines Barotsegebiets durch natürliche Grenzen.

Ew. pp. beehre ich mich zu bitten, falls dort nicht besondere Bedenken entgegenstehen, unter Verwertung des Vorstehenden und auf der gekennzeichneten neuen Grundlage die Verhandlungen mit der englischen Regierung bei sich bietender geeigneter Gelegenheit wieder aufzunehmen. Was die Wünsche Mr. Harcourts

wegen der Preise auf den Eisenbahnen von der Westküste Angolas nach dem Innern Afrikas betrifft, so sind wir bereit, eine Bestimmung in den neuen Vertrag aufzunehmen des Inhalts, daß Deutschland und England sich gleiche Tarife zusichern, sowie daß Deutschland die Weiterführung seiner Bahnen auf englisches Gebiet zum Anschluß an das Eisenbahnnetz der Südafrikanischen Union und Rhodesiens gestattet wird.

Ich darf schließlich noch folgendes ganz vertraulich bemerken: Der baldige Erwerb des Teiles von Südangola, der zwischen dem auf der Stanfordschen Karte als Kalongo bezeichneten Fluß und dem Kubango liegt, ist im Interesse der Entwicklung unseres südwestafrikanischen Schutzgebietes von der größten Wichtigkeit. Die Erwerbung dieses Gebiets mit seiner Arbeiterbevölkerung muß angesichts der immer schwieriger sich gestaltenden Arbeiterversorgung der südwestafrikanischen Farmen und Minen sogar fast als eine Lebensfrage für Deutsch-Südwestafrika bezeichnet werden. Wenn ich trotzdem zunächst Bedenken trage, anläßlich der schwebenden Verhandlungen den Versuch zu machen, dieses Gebiet von den Bestimmungen des Absatzes 2 der geheimen Note 1898 auszuschließen, so ist hierfür die Erwägung maßgebend, daß eine solche Einmischung englischerseits voraussichtlich mit der Forderung eines analogen Zugeständnisses bezüglich der Delagoabai beantwortet werden würde. Der endgültige Erwerb dieses Teils von Mosambique würde aber das englische Interesse an einer baldigen Realisierung des übrigen Vertragsinhaltes erheblich herabmindern. Ich halte es indessen für unbedenklich, daß Ew. pp. dort von sich aus gelegentlich vorsichtig den Gedanken äußern, daß vielleicht der Versuch ins Auge zu fassen sei, den Vertrag von 1898 stückweise zu realisieren.

Über die Aufnahme dieser Anregung und den Verlauf der Verhandlungen darf ich einer gefälligen Mitteilung seinerzeit ergebenst entgegensehen.

Zimmermann

Nr. 11 456

Der Botschafter in London Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 769 London, den 19. Juli 1912
Geheim

Nachdem ich die schwebende Angelegenheit der portugiesischen Kolonien auf Grund der hiesigen Akten sorgfältig geprüft und mit Sir Edward Grey über dieselbe wiederholt gesprochen habe, möchte ich auf einige Punkte hinweisen, die meines Erachtens nicht nur

prinzipiell, sondern auch praktisch eine erhebliche Bedeutung besitzen.

Durch unsere am 30. August 1898 mit England bezüglich der portugiesischen Kolonien geschlossenen drei Vereinbarungen ist eine überaus eigenartige Rechtslage geschaffen. Als Zweck des die Überschrift „Convention" tragenden Dokumentes wird bezeichnet „internationalen Verwickelungen vorzubeugen und Portugals Integrität und Unabhängigkeit zu erhalten". Um diesen doppelten Zweck zu erreichen, wird bestimmt, daß, wenn die deutsche oder die großbritannische Regierung es für angezeigt erachtet, „dem Ersuchen Portugals um Gewährung eines Darlehens gegen Verpfändung der Zoll- oder sonstigen Einnahmen von Mosambique, Angola und des portugiesischen Teils von Timor Folge zu geben", sie von dieser Absicht der anderen Regierung Mitteilung machen muß, mit der Wirkung, daß die beiden Mächte das Geschäft teilen unter gleichzeitiger Zuweisung derjenigen Teile der portugiesischen Kolonien, in welchen die Verpfändung der Einnahmen dem einen und dem anderen der Vertragschließenden zustehen soll. In dieser Abgrenzung der Interessensphären zwischen Deutschland und England liegt der Schwerpunkt der Convention. Ob dieselbe im übrigen praktisch werden wird, hängt von dem Willen der portugiesischen Regierung ab, das heißt davon ab, ob diese ein Ersuchen der erwähnten Art zu stellen gedenkt.

Praktisch bedeutsamer ist die zweite Vereinbarung, welche die Überschrift „Secret Convention" führt. In dieser wird die Eventualität ins Auge gefaßt, daß es nicht möglich sei, „die Integrität der südlich des Äquators liegenden afrikanischen Besitzungen Portugals aufrechtzuerhalten". Im Hinblick auf diese Möglichkeit sind zwei überaus wichtige Bestimmungen getroffen, einmal, daß die kontrahierenden Mächte sich verpflichten, jeder Einmischung einer dritten Macht, sei es mittels einer Anleihe oder einer Gebietserweiterung, Schenkung, Abtretung, Kauf, Pacht oder andere Weise gemeinschaftlich entgegenzutreten (Artikel 1), und ferner, daß die kontrahierenden Staaten bezüglich der dem anderen Teile zugewiesenen Territorien sich wirtschaftlich und politisch, vorbehaltlich der bereits erworbenen Rechte, desinteressieren (Artikel 2). Endlich ist im Artikel 3 stipuliert, daß, falls Portugal auf seine souveränen Rechte über die erwähnten Kolonien verzichten sollte, die Untertanen des einen Staates an allen wirtschaftlichen Rechten teilnehmen sollen, welche den Untertanen des anderen vertragschließenden Staates zustehen. Durch den Inhalt dieser Secret Convention wird der Gedanke der beiderseitigen Interessensphären insofern wirksam ausgebaut, als der Einmischung dritter Mächte die Türe verschlossen ist, und daß Deutschland und England sich zur Enthaltsamkeit in den dem anderen Teile zugewiesenen Territorien verpflichten. Das sind für

uns zurzeit die wirklich wertvollen Bestimmungen des ganzen Vertragswerkes.

Eine Ergänzung finden dieselben in der „Secret Note". Da ist stipuliert, daß, wenn vor dem Eintreten der in Artikel 3 der geheimen Konvention vorgesehenen Eventualität — Verzicht Portugals auf seine Kolonien — einem der vertragschließenden Teile Gebietsabtretungen oder sonstige Privilegien in dem ihm zugewiesenen Teile eingeräumt werden, diese Konzessionen nicht eher in Wirksamkeit treten sollen, als bis analoge Zugeständnisse dem anderen vertragschließenden Staate in seinem Teile eingeräumt worden sind. Sucht eine Regierung derartige Privilegien nach, so muß sie die andere benachrichtigen und eventuell dahin wirken, daß letztere gleichartige Zugeständnisse erhält.

Die vorstehend in ihrem wesentlichen Inhalte wiedergegebenen Vereinbarungen sind nunmehr seit bald 14 Jahren in Kraft, ohne daß sie uns dem Ziele nähergeführt hätten, welches, wenn auch unausgesprochen, im Vordergrund steht, nämlich allmählich die Hand auf die uns zugewiesenen Teile der portugiesischen Kolonien zu legen. Hierbei fällt die Tatsache in Betracht, welche das an sich ziemlich unklare und komplizierte Vertragswerk überschattet, nämlich die vertragsmäßige Verpflichtung Englands, die Kolonien Portugals gegen jeden Angriff von außen zu schützen, sobald ein dahingehender portugiesischer Antrag vorliegt. Artikel III des Allianzvertrages zwischen Großbritannien und Portugal vom 16. Juni 1373 bestimmt:

„Also if the kingdom, lands, dominions or places of the other party should happen to be infested, oppressed or invaded by sea or by land, by enemies, persecutors or rivals, or if these enemies should at least purpose, prepare or in any manner appear anxious to infest, oppress or invade and the other party are making, by letters, or by trusty messengers applied to for assistance or succour of troops — then shall the said party so required bona fide furnish supply and send the required succour usw."

Dieser Allianzvertrag ist heute noch in Kraft. Eine Reihe von neueren Dokumenten bestätigen dies, unter anderem die Einleitung zu dem englisch-portugiesischen Schiedsgerichtsvertrag vom 16. November 1904, wo ausdrücklich auf das alte Vertragsverhältnis hingewiesen wird. Auch haben uns die Engländer wiederholt mündlich erklärt, daß sie sich noch an denselben gebunden erachten. Stellt man sich auf den strengen Rechtsstandpunkt, so wird man sich eines ernsten Zweifels darüber kaum erwehren können, ob zwischen dem Vertrage von 1373, welcher England in gewissem Sinne zum Garanten der portugiesischen Kolonien macht, und den deutsch-englischen Vereinbarungen von 1898, welches die genannten Kolonien zwischen England und Deutschland nach Interessensphären abteilt,

nicht eine erhebliche Inkongruenz besteht. Aber das ist eine Gewissensfrage, welche die Engländer mit sich selbst ausmachen müssen. Was dagegen uns berührt, ist der Umstand, daß der alte englisch-portugiesische Allianzvertrag den Engländern bei Auslegung und Anwendung unseres Vertrages eine gewisse Rückversicherung gewährt, die wir entbehren. Mir liegt die Absicht ferne, Mißtrauen erwecken zu wollen. Nachdem aber eine Modifikation der Vereinbarungen von 1898 angeregt ist, erachte ich es angesichts der geschilderten Rechtslage als ein Gebot der Vorsicht, die Frage sorgfältig zu prüfen, ob der Inhalt jener Vereinbarungen eine gleichmäßige Auslegung sichert, und, was noch wichtiger erscheint, ob darin alle möglichen Fälle derart gedeckt sind, daß wir, wenn erst der Moment der praktischen Ausführung gekommen sein wird, die Gewißheit haben, pari passu mit England vorgehen zu können. Unsere öffentliche Meinung wird — und mit Recht — gerade darauf einen entscheidenden Wert legen.

Der letzterwähnte Punkt scheint mir von umso größerer Bedeutung zu sein, als ich aus meinen Besprechungen mit Sir Edward Grey die bestimmte Überzeugung gewonnen habe, daß derselbe keineswegs die Absicht hat, unsere neue Vereinbarung dem Schicksale derjenigen von 1898 preiszugeben. Schon die Tatsache, daß der Minister auf der Mitteilung an die portugiesische Regierung nach wie vor insistiert, scheint mir in dieser Beziehung beweiskräftig zu sein. Diese Mitteilung mit der dann unausbleiblichen Veröffentlichung wird nicht nur in Portugal, sondern in der ganzen Welt einen sehr starken Eindruck hervorrufen. Weder Englands noch Deutschlands Ansehen würde es nützlich sein, wenn dieser Eindruck sich allmählich abschwächen und schließlich der Anschauung Platz machen würde, daß es sich Portugal gegenüber nur um eine papierene Drohung ohne ernsten realen Hintergrund gehandelt habe. Um in dieser Beziehung sicher zu gehen, habe ich vornehmlich aus taktischen Gründen dem englischen Minister gegenüber eine gewisse Zurückhaltung bewahrt und wiederholt davon gesprochen, daß auch der neuen modifizierten Vereinbarung voraussichtlich ein lediglich akademischer Wert zukommen werde. Diese Anschauung hat Sir Edward Grey sehr entschieden bestritten.

Die portugiesische Souveränität über die fraglichen Territorien will der englische Minister jedenfalls vorläufig nicht antasten. Das entspricht dem einen der in der Konvention von 1898 angegebenen Ziele, nämlich „die Integrität und Unabhängigkeit Portugals zu erhalten", und stimmt außerdem mit der Erklärung überein, die wir im Frühjahr d. Js. gemeinschaftlich mit England in Lissabon abgegeben haben*. Endlich findet die englische Regierung in der

* Vgl. Nr. 11438.

erwähnten Stellungnahme eine Art Gewissensberuhigung gegenüber dem mit Portugal abgeschlossenen alten Allianzvertrage. Von dem früheren Gedanken, gelegentlich der Mitteilung unserer Vereinbarungen eine förmliche Garantie für die portugiesische Souveränität zu übernehmen, habe ich den Minister mit dem Argumente abgebracht, daß eine solche Garantie späterhin bei veränderten Verhältnissen ein Hemmschuh für eine weitere Entwicklung in den erwähnten Territorien werden könne. Sir Edward Grey wünscht nur, daß bei Mitteilung unserer Vereinbarungen in Lissabon die Erklärung abgegeben werde, daß ein Eingriff in die portugiesische Souveränität nicht beabsichtigt sei. Dagegen besteht allerdings auf englischer Seite die Absicht, bei dieser Gelegenheit mit den Portugiesen ein sehr ernstes Wort zu sprechen.

Sir Edward Grey schilderte mir die Verwaltungszustände in den fraglichen Kolonien als unhaltbar und die portugiesische Regierung schon aus finanziellen Gründen unfähig, Remedur eintreten zu lassen. In jenen Kolonien bestehe, abgesehen von einzelnen Punkten, keine eigentliche staatliche Autorität, so daß jeden Augenblick Revolutionen zu befürchten ständen. Für die wirtschaftliche Entwicklung geschähe nichts. Dadurch würden die ökonomischen Interessen der benachbarten Gebiete aufs schwerste geschädigt. Auch mir gegenüber hat der Minister wiederholt jene Kolonien als d e r e l i c t bezeichnet. Zweifellos sind sie dies in des Wortes eigentlicher Bedeutung nicht. Aber in dem weiteren Sinne, daß dort eine e f f e k t i v e, die Sicherheit der benachbarten Staatsgebilde verbürgende staatliche Autorität nicht bestehe, bildet jenes Wort eine Handhabe zur S e l b s t h i l f e, für welche es in der englischen Politik an Präzedenzfällen nicht fehlt. Damit komme ich auf einen entscheidenden Punkt.

Daß Portugal die Einnahmen seiner afrikanischen Kolonien an England oder Deutschland gegen Hingabe eines Darlehens verpfänden oder einer dieser Mächte Konzessionen und Privilegien einräumen sollte, ist zurzeit, falls nicht ein starker Druck ausgeübt wird, wenig wahrscheinlich. Auch die in Artikel 3 der Secret Convention erwähnte Eventualität, daß Portugal „auf seine souveränen Rechte über die erwähnten Kolonien verzichten sollte", darf ernstlich nicht ins Auge gefaßt werden. Gerade schwache Staaten pflegen mit äußerster Zähigkeit auf der Erhaltung von Besitzteilen zu insistieren, die ihnen nur Schwierigkeiten, Händel und Kosten verursachen, ohne den geringsten Nutzen zu gewähren. Falls aber die Voraussetzungen, an welche die Vereinbarung von 1898 das direkte Eingreifen Englands und Deutschlands in die Verwaltung der ihnen als Interessensphäre zugewiesenen Gebietsteile knüpft, in absehbarer Zeit nicht eintreten, so bleibt die Eventualität der S e l b s t h i l f e mit der Begründung, daß die portugiesischen Kolonien angesichts der dortigen Zustände ganz oder teilweise als derelict im Sinne

Sir Edward Greys anzusehen sind. In dieser Beziehung stehen wir nach meiner Wahrnehmung bezüglich der an den südafrikanischen Staatenbund angrenzenden portugiesischen Kolonialgebiete vor einer aktuellen Frage.

Sir Edward Grey hat mir speziell von den politischen und wirtschaftlichen Zuständen im südlichen, an England als Interessensphäre zugewiesenen Mosambique ein sehr düsteres Bild entwickelt. Auch sind bereits sehr ernste englische Mahnungen, die dortige Verwaltung zu bessern und gerechten Klagen abzuhelfen, an die portugiesische Regierung ergangen. Endlich ist auch davon gesprochen worden, daß es der englischen Regierung sehr schwer falle, den südafrikanischen Staatenbund von einem Einschreiten in jenen Gebietsteilen abzuhalten. Wie man sich dort ein solches Einschreiten denkt, ob man lediglich ein faktisches Verhältnis herstellen will wie in Ägypten oder ein durch Vereinbarung mit dem Souverän legalisiertes Verhältnis wie zum Beispiel in Cypern, mag dahingestellt bleiben. Daß im südlichen Mosambique ein englisches Eingreifen in irgendeiner Form bevorsteht, kann einem Zweifel nicht unterliegen. Besteht aber einmal auf englischer Seite die Absicht, das einem schwächeren Nachbar gehörige Territorium durch eigene Verwaltung der wirtschaftlichen Entwickelung und der höheren Zivilisation zuzuführen, so pflegen sich die Zustände daselbst meist so rapid zu verschlechtern, daß das englische Eingreifen zur Notwendigkeit wird. In dieser Beziehung fehlt es den Engländern weder an Übung noch an Erfahrung.

Tritt nun in irgendeiner Form die Eventualität der englischen Selbsthilfe in den portugiesischen Kolonien, welche Gegenstand unserer Vereinbarungen von 1898 bilden, ein, so halte ich es für selbstverständlich, daß wir in derselben Weise und in demselben Umfange in den uns als Interessensphäre zugewiesenen Gebieten vorgehen. Auf eine tatsächliche Differenzierung könnten wir uns umso weniger einlassen, als die Mängel in der portugiesischen Kolonialverwaltung und ihre schädliche Rückwirkung auf die Nachbargebiete wohl überall die gleichen sind. Nun ist aber der Fall der Selbsthilfe durch den Wortlaut unserer Vereinbarung nicht gedeckt. Es besteht sogar theoretisch die Möglichkeit, daß, wenn England in seiner Interessensphäre selbständig vorgeht und wir, dies Beispiel nachahmend, in der unsrigen dasselbe tun, Portugal die englische Unterstützung auf Grund des alten Allianzvertrages anruft. Aus dem Geist der deutsch-englischen Vereinbarung würde sich die Folgerung ergeben, daß wir jederzeit dasselbe Recht haben, in unserer Interessensphäre dasselbe zu tun, was die Engländer in der ihrigen tun. Aber die englische Vertragsauslegung geht bekanntlich sehr oft eigenartige Wege. Da England Portugals Alliierter ist, Deutschland aber nicht, könnte man uns den Satz entgegenhalten „si duo faciunt idem, non est idem“. Ich halte es daher für absolut nötig, in meiner näch-

sten Unterredung mit Sir Edward Grey über diesen Punkt vollkommene Klarheit zu schaffen und unsere Rechtsauslegung eventuell durch Austausch geheimer Noten sicherzustellen.

Wie schon erwähnt, besteht Sir Edward Grey mit Entschiedenheit darauf, daß sowohl unsere alten Vereinbarungen wie die neue der portugiesischen Regierung mitgeteilt werden. Sollten an diesem Punkte unsere Verhandlungen scheitern, so würde dies für unsere Interessen kaum dienlich sein. Die Einbeziehung der Enklave in Angola in unsere Interessensphäre scheint mir, auch wenn der innere Wert des bezüglichen Territoriums derselben nicht allzu hoch einzuschätzen ist, in hohem Grade wünschenswert zu sein. Verbleibt es jedoch bei den Vereinbarungen von 1898, so kann England sich dort festsetzen, ohne daß wir imstande wären, dies zu hindern. Da Sir Edward Grey zudem keineswegs auf einer alsbaldigen Mitteilung der Verträge besteht, sondern bereit ist, den Termin hinauszuschieben, so möchte ich in dieser Beziehung eine Verständigung empfehlen. Ob die Ansicht des englischen Ministers, daß die Mitteilung an die portugiesische Regierung mit entsprechendem Kommentar die Angelegenheit in Fluß bringen wird, zutrifft oder nicht, kann nur durch einen praktischen Versuch erprobt werden. —

Über die Kompensationen, die wir im Austausch der Enklave zu geben haben werden, habe ich mit Sir Edward Grey und dem Kolonialminister bereits verhandelt. Ich behalte mir darüber weitere Berichterstattung vor.

Marschall

Nr. 11 457

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Zimmermann

Reinschrift

Berlin, den 24. Juli 1912

Baron Marschall gibt in seinem Bericht* der Überzeugung Ausdruck, daß England im südlichen Mosambique mit der Begründung, daß die Kolonie derelikt sei, über kurz oder lang im Wege der Selbsthilfe eingreifen wird. Er will in der nächsten Unterredung mit Sir E. Grey klarstellen, daß wir beim Eintritt einer solchen Eventualität zum gleichen Vorgehen in unserer Interessensphäre befugt sind, und bringt den Austausch entsprechender geheimer Noten in Anregung.

---

* Siehe Nr. 11 456.

Der Vorschlag des Botschafters erscheint zweckmäßig. Der Notenaustausch würde einmal über die Auslegung der Vereinbarung von 1898 Klarheit schaffen und Sicherheit dagegen gewähren, daß uns England nicht im kritischen Moment unter Berufung auf sein Bündnis mit Portugal in den Rücken fällt. Er würde ferner die bisher stipulierten Voraussetzungen für die Realisierung unserer geheimen Abmachungen um eine wertvolle weitere Voraussetzung vermehren. Hierin dürfte der Schwerpunkt des Marschallschen Vorschlags liegen. Denn während die bisher vorgesehenen Voraussetzungen in den Willen der portugiesischen Regierung gestellt sind und schwerlich je eintreten werden, wird die neue Voraussetzung vom Willen Portugals unabhängig sein und nach Lage der Verhältnisse größere Aussicht auf praktische Verwirklichung haben.

Zweifelhaft kann es erscheinen, ob auch der weiteren Anregung des Freiherrn von Marschall Folge zu leisten ist, wonach wir uns, dem Wunsche der englischen Regierung entsprechend, zur Mitteilung unserer Vereinbarungen an Portugal verstehen sollen. Gegen eine derartige Mitteilung, die naturgemäß die Veröffentlichung der Vereinbarungen nach sich ziehen würde, haben wir uns bisher gewehrt, da wir davon Schwierigkeiten für die Verwirklichung des Vertragszwecks befürchteten. Immerhin ist zu bedenken, daß Baron Marschall mit der Möglichkeit des Scheiterns der Verhandlungen rechnet, wenn wir an unserem ablehnenden Standpunkt festhalten. Auch fragt es sich, ob die Mitteilung in Lissabon mit den Kommentaren, wie sie jetzt beabsichtigt sind, der Realisierung der Abmachungen nicht eher nützlich wie schädlich sein würde.

Den Gedanken, gleichzeitig mit der Mitteilung unserer Vereinbarungen eine förmliche Garantie für die portugiesische Souveränität zu übernehmen, hat Sir E. Grey auf unsere Einwendungen hin aufgegeben. Er wünscht jetzt nur noch, daß die Mitteilung von der Erklärung begleitet werde, ein Eingriff in diese Souveränität sei nicht „beabsichtigt“. Eine solche zu nichts verpflichtende Erklärung scheint an und für sich kaum noch bedenklich. Eine theoretische Oberhoheit, wie sie die Türkei in Ägypten besitzt, würden wir uns schließlich auch in Angola und Mosambique gefallen lassen können. Die Tragweite der Erklärung würde aber vollends abgeschwächt und in einer auch für die Portugiesen verständlichen Weise authentisch interpretiert werden, wenn unsere Zusicherung, wie England beabsichtigt, mit einem Hinweis auf die unhaltbaren Zustände in den portugiesischen Kolonien und, wie gleichfalls beabsichtigt zu sein scheint, nötigenfalls aber noch ausdrücklich klarzustellen sein dürfte, mit einer Andeutung dahin verbunden wird, daß die Fortdauer jener Zustände Deutschland und England zur Anwendung der Selbsthilfe veranlassen könnte.

Die Mitteilung der Verträge in Lissabon, von derartigen Hin-

weisen und Andeutungen begleitet, dürfte in der Tat, wie der englische Minister annimmt, geeignet sein, die Angelegenheit in Fluß zu bringen. Sie dürfte einem Ultimatum nahekommen und so den Anfang der Ausführung unserer Abmachungen bedeuten, da Portugal in seiner finanziellen und verwaltungstechnischen Unzulänglichkeit auch beim besten Willen zur Abstellung der Mißstände in seinen Kolonien nicht in der Lage sein wird.

Da Sir E. Grey überdies auf einer sofortigen Mitteilung der Verträge an Portugal nicht besteht, sondern sich auf Wunsch zu einer Hinausschiebung des Termins bereit finden lassen will, dürfte es sich empfehlen, auch in dem zweiten Punkte den Vorschlägen des Botschafters beizutreten.

Zimmermann

Nr. 11 458

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Freiherrn von Marschall

Telegramm
Konzept von der Hand des Legationsrats von Rosenberg

Berlin, den 25. Juli 1912

Mit Vorschlägen Berichts Nr. 769 vom 19. Juli* einverstanden.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 11 459

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 946 London, den 5. Oktober 1912

Der verstorbene Botschafter Freiherr von Marschall** hat die relativ kurze Zeit seines Aufenthaltes in London hauptsächlich dazu

---

* Siehe Nr. 11 456.

** Wieweit Freiherr von Marschall, nachdem der Reichskanzler am 25. Juli seine Zustimmung zu seinen Vorschlägen ausgesprochen hatte, die Verhandlungen noch zu fördern vermochte, geht aus den wenigen Berichten, die er vor dem Antritt seines Urlaubs (5. August) noch erstattete, nicht hervor. Die Verhandlungen, die durch die Abwesenheit des Botschafters und die gleichzeitigen Parlamentsferien eine längere Unterbrechung erfuhren, wurden erst nach dem Tode Freiherrn von Marschalls, der am 24. September in Badenweiler erfolgte, wieder aufgenommen. Die ersten Schriftstücke über die Wiederanknüpfung der Erörterungen im Oktober mögen hierher gezogen werden, da sie wesentlich der Feststellung dienen, welches der Stand der Verhandlungen war, als sie Anfang August unterbrochen wurden.

verwendet, um den Geheimvertrag vom Jahre 1898 und die geplante Revision dieses Vertrages zuerst von der rein juristischen, dann von der allgemein politischen Seite zu untersuchen. Aus mündlichen Mitteilungen über das Ergebnis dieser Arbeit scheinen einige Punkte zur Vervollständigung der Akten der Aufzeichnung wert, da es dem verstorbenen Staatsmann nicht mehr vergönnt war, diese, wie er beabsichtigte, in einem zusammenfassenden Berichte zu verwerten.

Zunächst untersuchte Baron Marschall die mit Timor zusammenhängenden Fragen. Er stellte fest, daß die Konvention zwischen Portugal und den Niederlanden, wodurch den Holländern ein Vorkaufsrecht auf Portugiesisch-Timor eingeräumt wurde, in einer dem holländisch-portugiesischen Vertrage vom 10. Juni 1893 beigefügten Deklaration enthalten war, welche am 1. Juli 1893 in Lissabon gezeichnet wurde. Er kam zu dem Ergebnis, daß wegen dieses älteren Vorkaufsrechtes Artikel 1 vom Jahre 1898 Holland gegenüber in bezug auf Timor nicht anwendbar sein würde[1], und daß deshalb der Verzicht auf Timor ohne Schaden für unsere Interessen schon in die jetzt geplante Revision des Vertrages einbezogen werden könne, falls gleichzeitig die englische Regierung ihr vollständiges Desinteressement an São Thomé und Principe in Form eines Vertrages oder Notenwechsels erkläre. Da infolge der bekannten Vorgänge Sir E. Grey den Paragraphen 1 des Abkommens vom Jahre 1898 auf São Thomé und Principe anzuwenden Bedenken trage, so hielt er es für besser, São Thomé und Principe nicht in den Text des revidierten Vertrages aufzunehmen, da sonst eine besondere Klausel die Exemption dieser beiden Inseln von Artikel 1 besonders augenfällig machen würde. Es sei deshalb besser, diese beiden Inseln in einem besonderen Dokumente zu behandeln.

Er habe mit Grey die Notwendigkeit besprochen festzulegen, daß, falls englischerseits in der englischen Sphäre irgendwelche auf Okkupation oder Kontrolle abzielenden Schritte gemacht würden, Deutschland berechtigt sein solle, in seiner Sphäre analog vorzugehen. Grey habe ihm dies, ohne Schwierigkeiten zu machen, zugesagt, und sie hätten sich vorbehalten, eine Formulierung zu finden, wahrscheinlich in Form eines Notenwechsels. Ferner habe sich Sir E. Grey bereit erklärt, die Portugiesen bei der seinerzeitigen Mitteilung unserer Abmachungen davon zu verständigen, daß sie auf keinen Fall die Verträge anrufen oder englische Hilfe erwarten könnten, falls sie durch administrative Mißwirtschaft in ihren Kolonien dritten Mächten Grund zum Einschreiten gäben. Der Botschafter hielt es für wünschenswert, auch diese Äußerungen Sir Edwards in bindender Form schriftlich fixiert zu sehen.

Über den territorialen Teil der geplanten Vertragsänderung hat Baron Marschall mehrfach mit dem Auswärtigen und Kolonialminister gesprochen und hierbei den Eindruck erhalten, daß eine Modifikation

der territorialen Bestimmungen, wie sie kurz vor dem Rücktritt des Grafen Metternich vom englischen Kabinett genehmigt worden waren, nicht zu erreichen sein werde. Baron Marschall beabsichtigte, wie er noch kurz vor seiner Abreise bemerkte, Euerer Exzellenz Genehmigung nachzusuchen, um im Laufe des Oktober mit Sir E. Grey die Revision des Abkommens vom Jahre 1898 paraphieren zu können.

R. v. Kühlmann

Randbemerkung Wilhelm von Stumms:
[1] Gewiß nicht Holland gegenüber, wohl aber England gegenüber. Was Portugal und Holland erreicht haben, geht uns gar nichts an. Die Verpflichtung wird für England dadurch nur oneroser.

Nr. 11 460

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Geschäftsträger in London von Kühlmann

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 1191 Berlin, den 11. Oktober 1912

Der gefällige Bericht vom 5. d. Mts. — Nr. 946* — läßt nicht erkennen, ob Freiherr von Marschall nach dem 25. Juli mit Sir E. Grey erneut die Frage der Mitteilung der Vereinbarungen von 1898 an die portugiesische Regierung erörtert hat. In einer Unterredung mit dem Gesandten von Stumm zu Ende Juli d. Js. hat sich der verstorbene Botschafter den mancherlei Bedenken nicht unzugänglich gezeigt, die gegen die Mitteilung sprechen. Freiherr von Marschall gab insbesondere zu, daß das Bekanntwerden der Vereinbarungen möglicherweise Gegenströmungen in der öffentlichen Meinung Englands und der Südafrikanischen Union hervorrufen werde, die die Verwirklichung des Abkommens erschweren, wenn nicht überhaupt vereiteln könnten. Freiherr von Marschall hatte daher auch die Absicht geäußert, an Sir E. Grey die Frage zu richten, wie er sich gegenüber etwaigen Einwendungen der südafrikanischen Unionsregierung gegen die Vereinbarungen zu verhalten gedenke.

Ew. pp. bitte ich, mich noch mit einer Äußerung darüber versehen zu wollen, ob auch dieser Punkt zur Erörterung gelangt ist, und zu welchem Ergebnis die Besprechungen geführt haben. Von einer Anfrage im Foreign Office wollen Sie zunächst absehen.

Kiderlen

---

* Siehe Nr. 11 459.

Nr. 11 461

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 979 London, den 16. Oktober 1912

Ich weiß nicht, ob Freiherr von Marschall an Sir Edward Grey die Frage gerichtet hat, wie dieser sich gegenüber etwaigen Einwendungen der südafrikanischen Unionsregierung gegen die Vereinbarungen zu verhalten gedenke. Auch hat der verstorbene Botschafter seiner Unterredung mit dem Gesandten von Stumm zu Ende Juli d. Js. mir gegenüber keine Erwähnung getan. Das damals berührte Problem muß ihn aber weiter beschäftigt haben, denn er äußerte wenige Tage vor seiner Abreise im Laufe eines längeren Gespräches, er habe vollkommen recht gehabt in seiner Berichterstattung, die Möglichkeit eines Vorgehens der Kapkolonie gegen Portugiesisch-Mosambique als eine ganz aktuelle Frage hinzustellen. Er habe vor kurzem ganz vertraulich in Erfahrung gebracht, daß die südafrikanische Regierung über die geplante Abänderung des Geheimvertrages vom englischen Kabinett gehört worden sei und ihre Zustimmung gegeben habe unter der Bedingung, daß Südafrika in Zukunft Portugiesisch-Mosambique gegenüber vollkommen freie Hand haben sollte.

R. v. Kühlmann

Kapitel CCXLV

Verhandlungen über die Bagdadbahn März 1911 bis August 1912

Nr. 11 462

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 233 London, den 10. März 1911

Die heutige „Daily Mail" bringt die Nachricht, daß die türkische Regierung der englischen Regierung Vorschläge hinsichtlich der Bagdadbahn* übermittelt habe. Über ihren Inhalt fügt die Meldung nur hinzu, daß nach einem Konstantinopler Privattelegramm die türkischen Vorschläge bei weitem nicht so zufriedenstellend seien, als die französischen Blätter es dargestellt hätten, daß sie aber nicht die Möglichkeit einer Verständigung ausschlössen.

In einem Leitartikel bemerkt dasselbe Blatt hierzu, daß man auf allen Seiten eine Verständigung anstrebe, und zwar auf Seiten der Türkei, um Englands Zustimmung zu einer Erhöhung der Zölle zu erhalten, und auf Seiten Deutschlands, um die finanzielle Unterstützung

* Die Vorschläge der türkischen Regierung betrafen die Internationalisierung der sogenannten Golfstrecke der Bagdadbahn von Bagdad bis zum Persischen Golf. Eine Beteiligung vor allem des englischen und französischen Kapitals war von der Bagdadbahngesellschaft schon 1903, und zwar für die ganze Ausdehnung der Bagdadbahn angestrebt worden, jedoch hatte das englische Kapital sich damals zur Teilnahme nicht bereit finden lassen. Auch spätere Verhandlungen (vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCXVI) hatten nicht zum Ziele geführt, obwohl deutscherseits immer von neuem Entgegenkommen an den Tag gelegt wurde. Bessere Aussichten für eine Verständigung schienen sich zu bieten, als gelegentlich des Abschlusses der drei Konventionen vom 21. März 1911 (vgl. daselbst Nr. 10 037) die Bagdadbahngesellschaft ihre Bereitwilligkeit erklärte, die Golflinie an eine neue internationale Gesellschaft abzutreten, vorausgesetzt, daß in derselben dem deutschen Kapital mindestens der gleiche Anteil wie derjenige des meistbegünstigten nichtottomanischen Staates eingeräumt würde. Es kam nun darauf an, ob sich die englische Regierung mit der türkischen über den Bau der Golfstrecke durch eine internationale Gesellschaft verständigen würde. Deutschland spielte bei diesen englisch-türkischen Verhandlungen im wesentlichen eine passive Rolle. In einer kurz nach dem 20. März 1911 entstandenen Aufzeichnung gab Staatssekretär von Kiderlen die Parole aus: „Irgendein deutsches Recht ist nicht vergeben worden. Keinerlei bindende Zusage ist gemacht. Es ist lediglich die Aussicht auf Verhandlungen eröffnet worden. Dafür, daß Deutschland bei etwaigen Verhandlungen nicht zu kurz kommt, wird schon gesorgt werden." Vgl. daselbst Nr. 10038.

des englischen und französischen Geldmarktes zu gewinnen. So sehr diese Tatsachen auch die Hoffnung auf eine baldige Verständigung rechtfertigten, dürfe man aber nicht die englischen Ansprüche, die Anerkennung seiner Sonderstellung in Kueit und seiner Handelskonzessionen zwischen Basra und Bagdad, vergessen. Diese Sonderrechte Englands könnten nicht aufgegeben werden.

P. Metternich

Nr. 11 463

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 247 London, den 15. März 1911

Sir Edward Grey teilte mir heute gesprächsweise mit, daß die türkische Regierung ihm Vorschläge betreffend die Bagdadbahn gemacht habe. Diese Vorschläge würden jetzt hier im Foreign Office geprüft. Auf seine Frage, ob sie auch der deutschen Regierung bekannt seien, habe der türkische Botschafter* geantwortet, im allgemeinen seien die Grundlagen, auf denen die türkische Regierung hier zu verhandeln wünsche, auch der deutschen Regierung bekannt. Der Botschafter habe den Wunsch ausgesprochen, daß die englische Regierung die türkischen Vorschläge vertraulich behandele.

P. Metternich

Nr. 11 464

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 256 London, den 17. März 1911

Das von dem hiesigen türkischen Botschafter übergebene Memorandum über die Bagdadbahnfrage enthält, wie mir ein gut unterrichteter Gewährsmann mitteilt, wenig genau formulierte Vorschläge, scheint vielmehr in der Absicht abgefaßt, die Engländer zur Präzisierung ihrer Ansprüche zu veranlassen.

Das Foreign Office hat das Kriegsministerium, die Admiralität und den Board of Trade aufgefordert, Gutachten darüber einzureichen, in welcher Weise die einzelnen Ressorts durch den Bahnbau berührt werden, und welche Forderungen von ihrem Ressortstandpunkt

* Tewfik Pascha.

aus empfehlenswert erschienen. Wegen dieser immerhin umfangreichen Erhebungen gilt es als nicht wahrscheinlich, daß die englische Antwort sehr bald erfolgen wird.

In Kreisen der hiesigen türkischen Botschaft hält man es für wahrscheinlich, daß England eine Majorität in der Kontrolle der Endstrecke bis Basra und ausschließlich britische Kapitalsbeteiligung in der zu bildenden Hafengesellschaft verlangen werde, in der Voraussicht, daß es im Verlaufe der Verhandlungen von seinen ursprünglichen Forderungen doch werde nachlassen müssen.

M. Cambon, der hiesige französische Botschafter, sprach mit einem mir befreundeten Diplomaten über die einschlägigen Fragen und meinte, Frankreich habe am unteren Euphrat so gut wie gar keine Interessen, sei also wenig geneigt, sich für eine Beteiligung an der Endstrecke im Falle einer Internationalisierung sehr ins Zeug zu legen, habe aber andererseits gegen eine solche Beteiligung, wenn sie den anderen Mächten willkommen wäre, nichts Besonderes einzuwenden.

R. v. Kühlmann

Nr. 11 465

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 296 London, den 1. April 1911
Geheim

Sir Edward Grey hat den lebhaften Wunsch, durch Beilegung der Fragen, die mit Mesopotamien und dem Persischen Golf zusammenhängen, die Beziehungen zugleich zur Türkei und zu Deutschland zu bessern. Er hat diesen lebhaften Wunsch mehreren seiner intimen Mitarbeiter ausgesprochen und hat, wie ich streng vertraulich erfahre, eine längere geheime Konferenz mit Lord Curzon gehabt, in welcher er diesem zu beweisen versuchte, daß eine endgültige Lösung der Frage im englischen Interesse liege und Opposition gegen eine solche Lösung den englischen Interessen schade.

Über die im Foreign Office herrschenden Anschauungen im einzelnen höre ich, daß man auf französische Beteiligung an der Endstrecke nicht sehr erpicht ist. „Am liebsten" — sagte mir mein Gewährsmann — „würden wir die Endstrecke mit Ihnen zu gleichen Teilen bauen und die Türkei ganz herauslassen. Das geht aber nicht, im Gegenteil, diese verlangt eine Majorität. Jedenfalls ist es nach den herrschenden Dispositionen unwahrscheinlich, daß die Verhandlungen an der Quotenfrage scheitern könnten. Der schwierigste Punkt

ist Kueit. Wir sind gern bereit, die türkische Souveränität anzuerkennen, würden auch so weit gehen, türkische Zollbeamte äußerstenfalls zuzulassen, obwohl wir lieber die Zölle, zwar im Namen des Sultans, aber von einer ihm nicht ganz direkt unterstehenden Beamtenschaft verwaltet sehen würden. So, wie die Verhältnisse liegen, können wir aber in die Etablierung einer türkischen Gendarmerie oder in das Recht der Türkei, Truppen nach Kueit zu senden, nicht einwilligen, und die Türken scheinen auf diesen Punkt besonderen Wert zu legen. Hier liegt der gefährlichste Stein des Anstoßes für das Gelingen der Verhandlungen. Es wäre ein Fehler von türkischer Seite, auf die doch rein schattenhafte Souveränität über Kueit zu großen Wert zu legen."

Von türkischer Seite höre ich, daß man sich in der Tat nicht dazu entschließen könnte, den Endpunkt einer so wichtigen Bahn nach einem Orte zu verlegen, an welchem man nicht absolut Herr im Hause wäre. Könne man zu keinem befriedigenden Ergebnis der Verhandlungen über Kueit gelangen, so bleibe immer noch der Ausweg, Kueit und die Golffrage mit einer Erklärung über gegenseitige Anerkennung des Status quo für die Zukunft zu reservieren und die Bahn nach Basra zu bauen, wo man doch wenigstens Herr im Hause sei.

R. v. Kühlmann

Nr. 11 466

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 95 St. Petersburg, den 1. April 1911

Der „Argus"-Korrespondent der „Nowoje Wremja"* setzt seine Hetzereien gegen Deutschland fort. Er telegraphiert heute aus London:

„Die englische und französische Regierung sowie die Presse der beiden Länder erkennen die Veränderungen an, die infolge der Versprechung der russischen Diplomatie, dem Baue der Bagdadbahn nicht hinderlich zu sein**, oder richtiger gesagt, infolge der willkürlichen Auslegung der friedliebenden Gesinnung Rußlands seitens der deutschen Diplomatie eingetreten sind. Während jedoch die Presse noch immer das Geschehene bedauert, suchen die beiden

* Wesselitzky.

** Das russische Versprechen war gelegentlich der „Potsdamer Abmachungen" vom November 1910 erfolgt. Vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCXVIII.

Regierungen zu retten, was noch zu retten ist. Wenn auch der frühere gemeinsame Widerstand gegen den Bau der Bagdadbahn nicht mehr möglich ist, so können Rußland, England und Frankreich dennoch einmütig auf der sowohl für die Kilometergarantie wie für andere Bedürfnisse der Türkei notwendigen Erhöhung der türkischen Zölle bestehen. Auf diese Weise wird die Tripelentente ungeachtet der rücksichtslosen Ausbeutung der Gutmütigkeit der russischen Diplomaten nicht auseinanderfallen, sondern sich noch fester zusammenschließen."

F. Pourtalès

Nr. 11 467

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 82 Pera, den 7. April 1911

Bei dem gestrigen Ministerempfang kam Rifaat Pascha* von sich aus auf die Bagdadbahn zu sprechen und meinte, daß man in Deutschland wegen der letzten Erfolge — Garantie bis Bagdad, Osmanije-Alexandrette, Hafen von Alexandrette** — gewiß einige Genugtuung empfinden werde. Auch die Hohe Pforte sei mit den im letzten Monat gemachten Fortschritten sehr zufrieden, das Ministerium habe viele Beweise von der Zustimmung des überwiegenden Teiles der Bevölkerung erhalten, wogegen die Stimmung der Opposition gar nicht ins Gewicht fielen.

Noch wichtiger sei die versöhnlichere Haltung Englands und Frankreichs. Nachdem man sich in London und Paris von der ersten peinlichen Überraschung erholt habe, und nachdem namentlich die Franzosen eingesehen hätten, daß sie, hier wie schon so oft schlecht unterrichtet, auf einer falschen Basis unrealisierbare Pläne aufgebaut hätten, mache sich jetzt eine erfreuliche Detente geltend.

An dem Verhalten der hiesigen großbritannischen Botschaft, den Äußerungen des englischen Kabinetts und dem Ton der englischen Presse könne man, wenn man von der unverbesserlichen „Times" absehe, erkennen, wie sehr sich das Verhältnis zwischen England und der Türkei gebessert habe.

Im übrigen würden die Verhandlungen zwischen Konstantinopel und London über die Golfstrecke voraussichtlich langsam fortschreiten.

---

* Türkischer Minister des Äußern im Kabinett Hakki Pascha.

** Gemeint sind die drei am 21. März zwischen der Bagdadbahngesellschaft und der Pforte abgeschlossenen Konventionen. Näheres darüber in Bd. XXVII, Kap. CCXVI, Nr. 10037.

Die Hohe Pforte habe einen Vorschlag in London unterbreitet, es sei jedoch noch keine Antwort ergangen.

Miquel

Nr. 11 468

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 334 London, den 12. April 1911

Vertraulich

Sir Ernest Cassel hat nach dem vor kurzem erfolgten Tode seiner einzigen Tochter seine geschäftliche Tätigkeit mit großer Energie wieder aufgenommen und scheint insbesondere seine Interessen dem nahen Orient zuzuwenden. Er äußerte neulich im Laufe eines Privatgespräches, eine englische Beteiligung an der Bagdadbahn komme seines Erachtens nur in Frage, wenn Englands Anteil an der Endstrecke mindestens dem Anteil der anderen Parteien zusammen gleich sei, und wenn England durch einen Direktor den maßgebenden Einfluß auf die Oberleitung der Endstrecke besitze. Der zwischen Deutschland und der Türkei geschlossene Vertrag stünde einer solchen Regelung nicht im Wege, denn auch bei äußerlicher Aufrechterhaltung der Parität zwischen dem deutschen und englischen Anteil könne doch durch private Unterbeteiligungen das gewünschte Resultat erreicht werden. Er glaube zu wissen, daß Dschawid Bey* nicht abgeneigt sein würde, ein derartiges Resultat zu akzeptieren.

Es dürfte sich kaum empfehlen, in diesen Äußerungen des bekannten Finanziers mehr als seine persönlichen Ansichten zu erblicken. Ich habe nicht den Eindruck, als ob Sir Ernest augenblicklich über die Intentionen der maßgebenden englischen Kreise genau unterrichtet wäre.

R. v. Kühlmann

Nr. 11 469

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 96 London, den 29. Juli 1911

Aus zuverlässiger Quelle erfahre ich streng vertraulich, daß Foreign Office heute Antwort auf türkische Note in Bagdadbahnfrage erteilt hat, und daß entsprechende Mitteilung an uns im Laufe

* Türkischer Finanzminister.

der nächsten Woche erfolgt*. England glaubt sehr weit entgegengekommen zu sein, verzichtet auf Anspruch der Vorherrschaft auf Endstrecke und schlägt vor gleiche Beteiligung für Türkei, Deutschland, England, Frankreich und Rußland. Es wird angedeutet, daß sich Foreign Office mit jeder vernünftigen und vollständigen Internationalisierung zufrieden geben würde. Als Endpunkt wird vorläufig Basra vorgeschlagen, da Endpunkt Kueit zu viel schwierige Fragen aufrühren und praktische Lösung verzögern würde. Foreign Office hofft, Antwort werde als Zeichen englischen Entgegenkommens aufgefaßt werden und die Frage endgültiger Lösung näherbringen.

Metternich

Nr. 11 470

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 559 London, den 31. Juli 1911

Sir Arthur Nicolson** übergab mir heute das beiliegende Memorandum***, das sich mit der der türkischen Regierung in der Bagdadbahnfrage vor zwei Tagen erteilten Antwort beschäftigt.

Nach einem kurzen Überblick über die jüngste Entwicklung der Angelegenheit gibt die großbritannische Regierung in demselben ihrem Bedauern Ausdruck, nicht die türkischen Vorschläge akzeptieren zu können.

Die englische Regierung faßt dagegen die ihrigen wie folgt zusammen:

1) 20% Teilhaberschaft an der Bagdad—Golf-Strecke für jedes Land einschließlich Türkei und Rußland; somit fünf gleiche Teile für die beiden genannten Länder und für Frankreich, England und Deutschland.

2) Schaffung einer Konvention der interessierten Staaten, durch die auf allen Bahnen der asiatischen Türkei Differentialtarife ausgeschlossen und gleichartige Behandlung für Transporterleichterungen etc. vorgesehen wird. Die Konvention solle ferner die Strecke der Bahn südlich von Bagdad, die Bedingungen, unter denen sie gebaut werden soll, festlegen und unter anderem auch bestimmen, daß das Interesse der verschiedenen Parteien an dem Unternehmen von dauernder Natur sein und nicht mit dem Aufhören der Bagdadbahnkonzession erlöschen solle.

---

* Vgl. das folgende Schriftstück.
** Permanenter Unterstaatssekretär im Foreign Office.
*** Siehe Anlage.

3) Basra als Endpunkt der Bahnstrecke, wobei der Hafen von der Kompagnie gebaut und durch diese vom Gesichtspunkte des Interesses des unbehinderten Handels aller Nationen kontrolliert werden soll.

4) Die ottomanische Regierung garantiert, ohne die Einwilligung der britischen Regierung keine Flußzölle auf britische Fracht oder Schiffe zu nehmen.

5) Sollte Basra als Endpunkt gewählt werden, so müsse stipuliert werden, daß für den Fall des Weiterbaues bis zum Golf die Bahn nach Kueit unter Bedingungen geführt werde, die nur zwischen England und der Türkei festzusetzen seien. Eine bezügliche Klausel müsse in die Konvention aufgenommen werden.

Aus dem mir übergebenen vertraulichen Memorandum geht ferner hervor, daß die großbritannische Regierung auf eine Diskussion der Anregungen der türkischen Regierung über gegenseitige Abgrenzung ihrer Interessen im Golf eingegangen ist und selbst einige Vorschläge der türkischen Regierung gemacht hat, von der sie hofft, daß sie zu einer zufriedenstellenden Verständigung führen wird.

Das an die türkische Regierung gerichtete Memorandum endigt mit der Zusicherung, daß, wenn die Türkei bereit sei, in Verhandlung auf der vorbezeichneten Linie einzutreten und bei einer Aufhebung des Vetorechts gegen die Berechtigung Ägyptens, Anleihen aufzunehmen, mitzuwirken, England gern einem Vertrage beitreten werde, durch den alle Ursachen zu Reibungen zwischen den beiden Staaten voraussichtlich aus der Welt geschafft werden könnten, und sich mit einer weiteren Erhöhung der türkischen Zölle für eine bestimmte Zeitperiode und ebenso mit einer dauernden Erhebung der 3% Zollerhöhung, die nur bis 1914 genehmigt sei, einverstanden erklären werde.

P. Metternich

Anlage

Memorandum

Confidential Foreign Office, July 31, 1911

His Majesty's Government have now communicated to the Ottoman Ambassador a memorandum dealing with the proposals made to them by the Sublime Porte on the subject of the proposed increase in the Turkish customs duties.

Sir E. Grey considers it desirable that the German Government should forthwith be acquainted with the reply of His Majesty's Government in regard to the Bagdad Railway, which is as follows: —

„On various occasions His Majesty's Government have indicated the conditions under which they would favour the participation of British capital in this enterprise; and, while it is not now proposed

to recapitulate the earlier stages of this question, it may be recalled that in July 1910, as a result of prolonged discussions with the Ottoman Minister of Finance, who was then in London, it was intimated that an arrangement securing to British interests a representation of 55 per cent. of the whole in regard to the Gulf sections of the line might be regarded as a satisfactory solution, — and, having regard to the great preponderance of certain interests in other sections of the line, such a proportion cannot well be looked upon as excessive, especially if the great extent of British trade in those regions and the vast tonnage of British shipping are borne in mind.

Since the arrangement laid before Djavid Bey represented a large measure of concession on the part of His Majesty's Government, they have received the suggestions now made by the Ottoman Government with some surprise.

The Turkish proposals for the final portions of the railway are that a new company should be formed, and that the capital should be divided between the Ottoman Government, who would receive 40 per cent. of the whole, and British, French, and German groups, who would each receive 20 per cent. The details of the financial arrangements are left for subsequent settlement between the parties interested.

His Majesty's Government regret that they are unable to accept these proposals. If a new company is formed for the construction and working of the railway south of Bagdad, and if it is to be constituted upon an international basis, His Majesty's Government can only accede to such an arrangement provided that British interests are represented in a degree at least equal to that of any other Power including Turkey, and, in order to effect this and with a view to emphasising the international and commercial character of the undertaking, they would suggest that Russia should be admitted to participation and that the percentage allotted to each country should be 20 per cent.

Assuming that this distribution is adopted, His Majesty's Government consider that a Convention should be concluded by the Powers concerned providing for the exclusion of differential rates on any railways in Asiatic Turkey, and for equality of treatment in regard to transport facilities and cognate matters; for the alignement of the railway south of Bagdad and the conditions under which it is to be constructed; for the introduction of approved financial arrangements tending to foster the development of traffic; and for guaranteeing that the interest in the enterprise of the several parties concerned shall be of lasting duration and not subject to termination on the expiry of the Bagdad Railway Concession.

It would furthermore be necessary for the Ottoman Government

to undertake formally not to impose river dues on British shipping or cargoes without the assent of His Majesty's Government.

There remains the question of the terminal port: having regard to the fact that important commercial interests are already established at Bussorah, His Majesty's Government cannot but feel that substantial advantages would accrue from the establishment of the terminus at that point; and they consider that the port should be constructed and controlled by the proposed new company in the interests of the unrestricted commerce of all nations. But if such an arrangement is adopted, they must stipulate that, in the event of the railway ever being prolonged to the Persian Gulf, it must be brought to Koweit under conditions to be settled by agreement between Great Britain and Turkey alone, and a clause to this effect must be embodied in a convention dealing with these matters."

The reply of His Majesty's Government deals in addition with a suggestion of the Ottoman Government that it is desirable to define the respective interests of the two Powers in the region of the Persian Gulf; and it makes certain proposals which it is hoped will lead to a satisfactory settlement: the memorandum concludes in the following terms: —

„If the Ottoman Government are prepared to enter upon a negotiation on these lines, and to concur, as already stipulated, in a removal of the existing veto on the borrowing powers of Egypt, — a measure which is called for in the interests of financial reform in Egypt, — His Majesty's Government will make it their first aim to contribute to an agreement likely to remove all causes of friction between the two Powers; and they will not only consent, subject to the concurrence of other Powers and to the due observance of such agreement, to the further increase of the Turkish customs for a fixed period, but they will likewise agree to the continued levy of the 3 per cent. customs increase, which had only been sanctioned provisionally till the year 1914."

Nr. 11 471

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Wilhelm von Stumm

Nr. 123 Berlin, den 13. August 1911

Die englische Regierung hat das Angebot der türkischen Regierung bezüglich der Golfstrecke der Bagdadbahn mit der Forderung beantwortet, daß Türkei, Deutschland, Rußland, England und Frankreich zu gleichen Teilen an dem Bau beteiligt werden. Ich bitte, über die Stellungnahme der türkischen Regierung zu diesem Vor-

schlag Erkundigungen einzuziehen und nötigenfalls zum Ausdruck zu bringen, daß wir einer Lösung nicht würden zustimmen können, die den Mächten der Tripelentente ein Übergewicht über Deutschland und Türkei bezüglich der Golfstrecke verschaffen würde*.

Kiderlen

Nr. 11 472

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 183 Therapia, den 16. August 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 123**.

Habe den Auftrag wegen des Einflusses auf die Golfstrecke im Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten ausgeführt, nachdem ich aus bester Quelle hörte, daß hiesiger englischer Botschafter*** den vermuteten Vorschlag als richtig bestätigte und hinzufügte, daß Rußland in jenen Gegenden zu große Interessen habe, um übergangen werden zu können.

Sobald ich Rifaat Pascha, der unwohl war, sehe, werde ich nochmals hierüber sprechen.

Miquel

Nr. 11 473

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 184 Therapia, den 17. August 1911

Im Anschluß an Telegramm Nr. 183†.

Ich habe heute Großwesir unsere Bedenken gegen die gleichmäßige Verteilung des Einflusses bei der Golfstrecke unter die Türkei, Deutschland, England, Frankreich und Rußland zur Kenntnis gegeben. Hakki Pascha bestritt nicht, daß ein solcher Vorschlag von England gemacht sei. Er meinte, Deutschland könne davon

---

* Auch Graf Benckendorff stellte sich in einem Telegramm an Sasonow vom 1. August 1911 auf den Standpunkt: „Ich glaube nicht, daß die Türkei oder Deutschland diese neuen englischen Vorschläge annehmen können." Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, ed. B. von Siebert, S. 356.

** Siehe Nr. 11 471.

*** Sir Gerard Lowther.

† Siehe Nr. 11 472.

überzeugt sein, daß die Türkei sich gegen einen übermächtigen englisch-französisch-russischen Einfluß zu schützen suche, und daß in Anbetracht der deutsch-türkischen Abmachungen ein Abkommen zwischen England und der Türkei nicht geschlossen werden könne, ohne daß festgestellt werde, was von deutscher Seite dazu zu sagen sei. Ich antwortete ihm, begreiflicherweise legten wir darauf viel Gewicht, und ich nähme von dieser seiner Erklärung Kenntnis.

Hakki Pascha sagte ferner, es scheine ihm praktisch, wenn Deutschland bei diesen Verhandlungen, welche gewiß noch lange dauern würden und noch manche Frage und Antwort zwischen England und der Türkei notwendig machten, nach außen hin möglichst wenig hervortrete. Ich habe ihm hierin mit dem Bemerken zugestimmt, daß wir jedenfalls darauf halten müßten, dem Wortlaut und dem Sinne unserer Abmachungen volle Geltung zu sichern.

Miquel

Nr. 11 474

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 242 Therapia, den 22. August 1911

Man ist hier bestrebt, vor der Welt den Anschein zu erwecken, als stehe die Türkei mit England ganz besonders gut. Es gibt sogar Leute, welche meinen, die Politik der Hohen Pforte mache eine Wendung nach England hin, weil die Haltung Österreich-Ungarns in der Malissorenfrage* enttäuscht habe, weil Italien lauter Schwierigkeiten in Tripolis schaffe**, und weil der als deutschfreundlich geltende Großwesir Hakki Pascha sich nicht werde halten können. Dieser englandfreundlichen Strömung, welche ich nicht für ganz aufrichtig halte, entspricht es, wenn die verspätete Antwort Englands auf die türkischen Vorschläge bezüglich der Golfstrecke und der vier Prozent als eine Initiative Englands zur Beseitigung aller Meinungsverschiedenheiten hingestellt wird. Dadurch erklärt es sich auch, daß die Presse, nachdem sie von den recht harten englischen Bedingungen wenigstens inoffiziell Kenntnis genommen hat, gute Miene zum bösen Spiel macht und sogar eine baldige Regelung der Fragen in Aussicht stellt.

* Im März 1911 war es unter den katholischen Malissoren in Albanien zu einem Aufstand gegen die türkische Regierung gekommen. Montenegro und später auch Österreich-Ungarn unterstützten die Forderungen der Malissoren, die sich gegen die Einstellung in das türkische Heer und die Steuerausschreibungen richteten, so daß sich die türkische Regierung zu entgegenkommender Haltung genötigt sah.

** Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXXXII.

In Wirklichkeit liegen die Dinge ganz anders. Denn England erklärt seinerseits, die Wünsche der Türkei nicht erfüllen zu können, und stellt derartige eigene Forderungen auf, daß die Türkei mit dem besten Willen nicht darauf eingehen kann.

Hierbei sehe ich von der ägyptischen Frage ganz ab. Zu verlangen, daß über die Strecke von Basra bis zum Golf nur zwischen Konstantinopel und London verhandelt werden darf, heißt nichts anderes, als die Türkei jeder Rückenstärkung berauben, obwohl ihr alles daran gelegen sein muß, in dem gefährdeten Südmesopotamien nicht isoliert England gegenüberzustehen.

Noch schlimmer steht es mit Kueit. Bisher wurde dieser wichtige Punkt immer von der Türkei in Anspruch genommen, die jetzigen Verhandlungen gehen jedoch darauf hinaus, die de facto schon kaum mehr bestehende Zusammengehörigkeit auch vertragsrechtlich zu stören. Im besten Fall wird sich die Türkei dort mit den sehr mageren Rechten abfinden müssen, die sie noch auf Kreta zu verzeichnen hat. Der türkische Botschaftsrat in London* sagte mir, England konzediere gerade noch den schönen Namen Souveränität oder vielmehr Suzeränität, habe sich aber dem Scheich gegenüber verpflichtet, keinen durchgreifenden Einfluß der Türkei in Kueit zu dulden; namentlich wolle England dort den Aufenthalt von türkischen Soldaten ein für allemal unmöglich machen. Der „Sabah" meint, die Hohe Pforte solle wenigstens das Recht haben, Bahn- und Zollbeamte dorthin zu senden. Daß der Scheich von Kueit nach Einführung des jungtürkischen Systems und der Politik, die schon in Arabien und Albanien böses Blut gemacht hat, noch weniger Lust als früher hat, seine Zugehörigkeit zum ottomanischen Reiche zu betonen, ist nicht unwahrscheinlich. Die Bedrohung der Integrität des Reiches ist für die junge Türkei sehr schmerzlich und wird wohl dahin führen, daß die Verhandlungen scheitern, wenn nicht England nachgibt oder mindestens der Türkei in Kueit einen Scheinerfolg gönnt.

Daß auch Rußland einen Anteil an der Strecke Bagdad—Basra, und zwar einen solchen, der dem türkischen Anteil gleichkommt, erhalten soll, muß die Türkei ebenfalls verletzen. Denn trotz aller Freundlichkeiten des Herrn Tscharykow** gilt der Russe doch als Erbfeind, und man ist jetzt schon wegen der langen gemeinsamen Grenze besorgt. Den russischen Einfluß nun vollends in Südmesopotamien zu sehen, liegt gar nicht im türkischen Interesse. Es ist überhaupt ein Schlag für die Türkei, daß England und Rußland so eng miteinander gehen, daß ein solcher Plan in London ausgedacht werden konnte. Man wird ein wenig an Reval erinnert.

Fällt es an sich schon der Türkei schwer, auf diese Vorschläge

* Dschewad Bey.
** Russischer Botschafter in Konstantinopel.

einzugehen, so wird sie außerdem noch uns gegenüber in eine peinliche Lage gebracht, weil unsere Interessen gekreuzt werden. Unter anderem scheint mir dies der Fall zu sein bei dem Vorschlag der Schaffung einer Konvention der interessierten Staaten, durch die auf allen Bahnen der asiatischen Türkei Differentialtarife ausgeschlossen werden. Ich höre, daß die Bagdadbahngesellschaft hierauf nicht eingehen will.

Von den englischen Vorschlägen bleiben demnach nur wenige übrig, die angenommen werden können, und es wird sehr schwer für die Türkei sein, mit Ehren aus dem Handel herauszukommen. Denkbar wäre es allerdings, daß die Hohe Pforte, um endlich einmal von Englands Seite Ruhe zu haben, geneigt wäre, eine capitis diminutio über sich ergehen zu lassen, ähnlich wie sie eine solche durch Österreich-Ungarn und Bulgarien nach der Verfassung erfahren hat. Denn ihr Bedürfnis nach Klärung der Verhältnisse in Südmesopotamien ist mindestens ebenso groß wie das Verlangen nach den vier Prozent. Unter solchen Umständen wird es für uns um so wichtiger sein, alle Schritte der Türkei bei diesen Verhandlungen zu überwachen. Sollte schließlich ein für alle Teile annehmbares Abkommen erzielt werden, so würde dies gewiß auf die englisch-deutschen Beziehungen eine gute Rückwirkung haben. Dessen ist sich auch die Hohe Pforte bewußt, und sie hofft daher auf ein Entgegenkommen Deutschlands.

Miquel

Nr. 11 475

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 630 London, den 2. September 1911

Im Anschluß an die letzthin erschienenen Zeitungsnachrichten über die schlechte Aufnahme, welche die englischen Vorschläge bezüglich der Endstrecke der Bagdadbahn in Konstantinopel gefunden hätten, bemerkt der konservative „Daily Graphic", daß von „Abbruch der Verhandlungen" nicht die Rede sein könne. Die abweichenden Ansichten der türkischen Regierung würden voraussichtlich demnächst in einer an England gerichteten Antwortnote niedergelegt werden. Die Meinungsverschiedenheiten bezögen sich auf die vorgeschlagene Kapitalsverteilung in der neuen Eisenbahngesellschaft und auf den englischen Vorschlag, daß die Türkei die zwischen England und bestimmten Scheichs am Persischen Golf abgeschlossenen Verträge anerkennen solle, während die Türkei indessen diese Scheichs als ihre Vasallen in Anspruch nehme. Eine Verständigung über den

letztgenannten Punkt, meint das Blatt, werde keine Schwierigkeiten bereiten. Denn die fraglichen Verträge seien nicht darauf berechnet, die wirklichen Rechte des Sultans zu schmälern. Dagegen seien die Aussichten bezüglich der Frage der Kapitalsverteilung weniger gut. Mit Rücksicht auf ihre eigene Würde und wohl auch wegen der Freundschaft mit Deutschland widersetze sich die Türkei unbedingt einer gleichmäßigen Beteiligung der interessierten Mächte in der neuen Gesellschaft. In dieser Frage scheine ein Kompromiß ausgeschlossen. Aber, fragt das Blatt, sei es vom englischen Standpunkte aus überhaupt notwendig, auf diesen Punkt Gewicht zu legen? Wenn England sich seine Stellung in Kueit sichere und Garantien gegen die Errichtung fremder Flottenstützpunkte im Persischen Golf erhalte, dann könne die Regelung der Eisenbahnfrage ganz dem Belieben Deutschlands und der Türkei überlassen bleiben. Die Stellung Englands im Persischen Golf sei derjenigen Rußlands in Nordpersien sehr ähnlich, und wenn Rußland seine Interessen habe schützen können, ohne auf der Internationalisierung der Bagdad—Chanikin-Linie zu bestehen, dann könne England ohne Gefahr diesem Beispiele hinsichtlich der Strecke Bagdad—Kueit folgen.

P. Metternich

Nr. 11 476

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 208 Therapia, den 4. September 1911

Nachdem ich mit dem Großwesir über den Artikel 2 des deutsch-russischen Vertrags* gesprochen hatte, kam er nochmals auf das Abkommen zurück und meinte, in der Türkei herrsche eine unbestimmte Besorgnis, als ob wir nach Potsdam gegen eine Zunahme russischen Interesses in den östlichen Teilen des ottomanischen Reichs weniger als früher einzuwenden hätten. Ich trat dieser Auffassung entgegen und sagte, daß zum Beispiel der englische Vorschlag, für die Golfstrecke England, Rußland und Frankreich je 20% Anteil zu geben, so daß die Türkei und Deutschland in der Minderheit bleiben würden, wie schon früher gemeldet, durchaus nicht unsere Billigung erhalten würde.

Offenbar ist dem Großwesir die Beteiligung Rußlands an der Golfstrecke, mit wieviel Prozent auch immer, recht unbequem, und er möchte gern wissen, ob wir gegen die Beteiligung Rußlands über-

* Gemeint ist das deutsch-russische Abkommen vom 19. August über Persien und die Bagdadbahn. Vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCXIX.

haupt oder nur gegen die Verteilung des Einflusses nach englischem Wunsch sind.

Ein Mitglied der hiesigen österreichischen Botschaft suchte mich heute auf und sagte mir, er wisse aus bester (wie mir scheint englischer) Quelle, daß nicht etwa England die russische Beteiligung zur Erhöhung des Ententeeinflusses erfunden habe, sondern daß die Inkorporation von Rußland allein ausgegangen sei, welches nicht daran denke, später seinen Anteil in englische Hände übergehen zu lassen; dieser Wunsch sei von Rußland der englischen Regierung gerade während der deutsch-russischen Verhandlungen vorgetragen worden.

Miquel

Nr. 11 477

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel

Konzept von der Hand des Legationsrats von Rosenberg

Nr. 597 Berlin, den 6. September 1911

Bei den Potsdamer Besprechungen ist konstatiert worden, daß Deutschland und Rußland an der Aufrechterhaltung des Status quo am Balkan und im nahen Orient gleichmäßig interessiert sind und keinerlei Politik unterstützen werden, die auf eine Störung dieses Status quo gerichtet wäre. Irgendwelche Vereinbarungen oder Erörterungen, die uns zu einer veränderten Haltung gegenüber den Bestrebungen der Türkei nach Sicherung der östlichen Teile des Reiches veranlassen könnten, haben in Potsdam nicht stattgefunden. Es ist daher schlechterdings unerfindlich, warum wir eine Zunahme russischen Interesses im Osten der asiatischen Türkei jetzt anders als früher beurteilen sollten.

In der Frage der Internationalisierung der Golfstrecke legen wir vor allem darauf Wert, daß die Türkei mit Deutschland zusammen das Übergewicht über die Gesamtheit der übrigen Interessenten behält. Da uns eine russische Beteiligung diesem Ziele kaum näherbringen dürfte, stehen wir der Hineinziehung Rußlands in die Verhandlungen an und für sich wenig sympathisch gegenüber.

Ew. pp. stelle ich ergebenst anheim, falls der Großwesir auf seine unterm 4. d. Mts. gemeldeten Besorgnisse* zurückkommt, sich, ohne einen Auftrag durchblicken zu lassen, im vorstehenden Sinne auszusprechen.

Kiderlen

---

* Vgl. Nr. 11 476.

Nr. 11 478

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 273 Therapia, den 11. September 1911

Mit den englisch-türkischen Verhandlungen über die Bagdadbahn steht es noch nicht zum besten. Hakki Pascha sagte mir, der Widerstand der Engländer gegen Differentialtarife auf den türkisch-asiatischen Bahnen sei ganz unerfindlich; man wisse gar nicht, was eigentlich damit gemeint sei. Sir Gerard Lowther wisse es übrigens selbst nicht. Wolle England verlangen, daß wirklich auf allen Bahnen in Vorderasien der gleiche Tarif maßgebend sei, so sei dies ein Unding. Derartige Bestimmungen ließen sich für 150 km treffen, nicht aber für ein Bahnnetz von mehreren tausend Kilometern. Herr Huguenin*, den er nach seiner Ansicht gefragt habe, habe erwidert, Herr Whittall oder irgendein anderer großer englischer Unternehmer in der Türkei möge die Antwort geben; dann würde die englische Regierung von ihren eigenen Leuten zu hören bekommen, daß kein geschäftskundiger Mann den Vorschlag für annehmbar hält.

Habe aber, so fuhr der Herr Großwesir fort, England damit sagen wollen, daß die Waren der einzelnen Länder auf den asiatischen Bahnen nicht differentiell behandelt werden dürften, so sei dies ganz überflüssig. Denn solche Bevorzugungen könne sich die Türkei ohnehin schon nicht erlauben, und wenn sie es dennoch tun wollte, so würde dies sofort herauskommen, um so mehr als England bei der Golfstrecke einen Vertreter haben werde, der solche Maßnahmen nicht übersehen könne.

Zunächst müsse also nachgeprüft werden, was England eigentlich wünsche.

Sehr viel konkreter seien die englischen Forderungen wegen der Einflußverteilung bei der Golfstrecke. Demgegenüber wolle er versuchen, Rußland aus der Kombination wieder auszuscheiden und es bei den vier Mächten Türkei, Deutschland, England und Frankreich bewenden zu lassen. Gehe dies nicht an, so wolle er der Türkei den Haupteinfluß sichern, jedoch nötigenfalls von seiner Forderung — 40% — ein wenig heruntergehen; zum mindesten müsse es so eingerichtet werden, daß die Türkei das Präsidium habe und bei Stimmengleichheit den Ausschlag gebe.

Miquel

---

* Generaldirektor der Anatolischen Eisenbahn- und der Bagdadbahngesellschaft.

Nr. 11 479

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 60 London, den 19. Januar 1912

Im Laufe einer gelegentlichen vertraulichen Konversation mit einem Mitglied des Foreign Office gewann ich den Eindruck, daß die Verzögerung der Antwort auf die letzte englische Note in Sachen der Bagdadbahn* einige Verstimmung erzeugt. Selbst wenn man in Rechnung ziehe, daß die Türkei durch äußere Verwicklungen und innere Schwierigkeiten stark in Anspruch genommen sei, so scheine die zur Beantwortung der britischen Note genommene Frist doch etwas reichlich lange.

R. v. Kühlmann

Nr. 11 480

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 38 Konstantinopel, den 14. Februar 1912

Assim Bey** hat mich heute aufgesucht und mir folgendes gesagt. Es scheine ihm der Moment gekommen, um England eine Antwort auf dessen Vorschläge bezüglich der Golfstrecke der Bagdadbahn zu geben. Der Vorschlag, daß Rußland eintrete und die Beteiligung an der neuen Gesellschaft für die fünf Staaten je 20 Prozent betrage, sei für die Pforte unannehmbar, denn Rußland solle offenbar nur beigezogen werden, damit England mit ihm und Frankreich eine Majorität von 60 gegen 40 besitze. Das sei unmöglich. Dagegen sei hier in Erwägung gezogen worden, ob man nicht unter Beseitigung Rußlands für die vier Staaten Deutschland, Türkei, England und Frankreich eine gleiche Beteiligung von je 25 Prozent vorsehen könne mit der Maßgabe, daß der Vorsitz des Aufsichtsrats stets in türkischen Händen sein müsse, wenn möglich mit präponderierender Stimme im Falle von Stimmengleichheit. Bevor er jedoch einen solchen Vorschlag in London mache, wünsche er die Ansicht der Kaiserlichen Regierung darüber zu kennen. Die weiteren Punkte: Tarife, Entschädigung der Bagdadbahngesellschaft usw. könnten als vorwiegend technischer Natur vorläufig zurückgestellt werden.

---

* Siehe Nr. 11 470, Anlage.

** Türkischer Minister des Äußern im Kabinett Said Pascha.

Der Minister sagte mir ferner, die hiesige Presse habe sich einer Nachricht der „Neuen Freien Presse", daß in Berlin mit Haldane auch über die Bagdadbahn verhandelt worden sei*, bemächtigt, um wieder wie bei der Potsdamer Abmachung Deutschland vorzuwerfen, daß es hinter dem Rücken der Türkei über türkische Angelegenheiten mit anderen Mächten verhandele. Der Vorwurf sei zwar töricht, da es der Pforte nur angenehm sein könne, wenn England und Deutschland sich über die Golfstrecke verständigten. Trotzdem

---

* Tatsächlich hatte Lord Haldane auf seiner Berliner Mission (8.—11. Februar 1912) den Vorschlag gemacht, daß England Sansibar und Pemba an Deutschland überlassen wolle, wenn dieses in der Frage der Bagdadbahn entgegenkomme. Nach der Aufzeichnung Bethmann Hollwegs vom 12. Februar (siehe Kap. CCXLIII, Nr. 11 362) schien Lord Haldane „51% Beteiligung fordern zu wollen und zu wünschen, daß die Gesamtanteile nur auf Deutschland, England und die Türkei, nicht auch auf Frankreich und Rußland verteilt würden". Haldane selbst äußert sich in seinem Erinnerungsbuche „Before the war" (p. 66) nur ganz obenhin über die Frage der Bagdadbahn: „We also had a satisfactory conversation about the Bagdad Railway and other things in Turkey connected with the Persian Gulf." Wie die deutschen Staatsmänner sich damals die Verständigung mit England in der Bagdadbahnfrage dachten, ergibt der gelegentlich der Anwesenheit Lord Haldanes in Berlin aufgestellte Entwurf für ein deutsch-englisches Abkommen (siehe Kap. CCXLIII, Nr. 11 361). Der Passus über die Bagdadbahn lautete darin: „England wird keinen Einspruch gegen Vollendung der Bagdadbahn erheben, wobei Deutschland bei der Strecke Bagdad—Basra den englischen Wünschen auf Anerkennung einer Sonderstellung Rechnung tragen wird. Ferner wird England bei den südpersischen Bahnen Deutschland eine gewisse Beteiligung offenhalten. Dagegen wird Deutschland mit England ein Abkommen treffen, das den englischen politischen Interessen am Persischen Golf und in Südpersien Rechnung trägt; zum Beispiel dadurch, daß England eine ausschließliche Konzession für die Bahn von Basra nach Kueit von der Türkei erwirbt, während Deutschland auf diese Strecke seine Ansprüche aufgibt; ferner würde Deutschland England bei der Türkei zur Erwerbung einer Hafenkonzession in Kueit unterstützen, ähnlich der, welche die deutsche Gesellschaft in Haidar-Pascha besitzt." Bei den im Anschluß an die Mission Haldanes fortgesetzten Verhandlungen trat die Bagdadfrage wie die Frage der südpersischen Bahnen vollkommen in den Hintergrund. Die deutsche Regierung hat sich überhaupt streng an ihre Erklärung in dem deutsch-russischen Abkommen vom 19. August 1911 gehalten, daß sie in Persien nur Handelsziele, nicht aber politische Ziele verfolge. In die englisch-russischen Schwierigkeiten in Persien, die auch nach ihrer bedrohlichen Zuspitzung im Spätherbst und Frühjahr 1911/12 nicht von der Tagesordnung verschwanden, hat das deutsche Auswärtige Amt sich auf keine Weise gemengt. Schon im August 1911, als das Auftreten des als Generalschatzmeister in persischen Diensten stehenden Amerikaners Morgan Shuster Zwistigkeiten zwischen England und Rußland heraufführte (vgl. dazu v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke a. a. O., S. 211 ff.), hatte der Gesandte Graf Quadt die gemessene Weisung erhalten, „es auf das sorgfältigste zu vermeiden, die Empfindlichkeiten einer der Ententemächte zu verletzen". Am 8. März 1912 wurde dem Geschäftsträger in Teheran von Schmidthals nochmals eingeschärft, daß das deutsche Interesse in Persien sich allein auf Aufrechterhaltung der durch den Handelsvertrag von 1878 gewährleisteten Meistbegünstigung konzentriere.

bat mich Assim, zu veranlassen, daß die Nachricht entweder dementiert oder eine Bemerkung daran geknüpft werde, daß auf keiner Seite die Absicht bestehe, der Entscheidung der Pforte in einer rein türkischen Frage zu präjudizieren. —

Assim Bey sagte mir unter Hinweis auf die jüngsten Berliner Besprechungen: „Ich würde sorgenfrei in die Zukunft meines Landes blicken, wennn eine allgemeine Verständigung zwischen Deutschland und England zustande käme."

Marschall

Nr. 11 481

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 29 Berlin, den 19. Februar 1912

Antwort auf Telegramm 38*.

Zur Reglung Ihrer Sprache:

Da wir mit England zurzeit uns über allgemeine politische Fragen aussprechen, wäre es vielleicht nützlich, Ergebnis dieser Aussprache abzuwarten, ehe Türkei mit England in Unterhandlung wegen Bagdadfrage tritt. Bessern sich unsere Beziehungen zu England, wie wir hoffen, so würden dadurch auch Bagdadunterhandlungen erleichtert. Wir werden Türkei durch Eure Exzellenz vertraulich verständigen, wenn wir Zeitpunkt für gekommen halten.

Das von Assim gewünschte Dementi ist bereits erfolgt.

Kiderlen

Nr. 11 482

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 54 Pera, den 7. März 1912

Wie ich höre, hat der Ministerrat in seiner letzten Sitzung den Beschluß gefaßt, die im vorigen Jahre von seiten Englands bezüglich der Golfstrecke der Bagdadbahn gemachten Vorschläge dahin zu beantworten, daß türkischerseits eine Kapitalverteilung der neuen Gesellschaft zwischen Deutschland, England, Frankreich und der Türkei zu je 25% mit der Maßgabe annehmbar erscheine, daß der Vorsitzende des Aufsichtsrates stets ein Türke, und zwar mit ausschlaggebender Stimme bei Stimmengleichheit sei. Als Endpunkt der

* Siehe Nr. 11 480.

Bahn wird Basra bezeichnet. Damit will die Pforte einer Diskussion über die Linie von da bis zum Persischen Golf aus dem Wege gehen, die bekanntlich England für sich allein beansprucht.

Darüber, daß England den türkischen Vorsitzenden, namentlich mit präponderierender Stimme, nicht annehmen wird, ist man sich hier klar. Über die Details des englischen Vorschlages — Tarife usw. — will man erst nach Vereinbarung über die Kapitalverteilung verhandeln.

Wir haben keinen Anlaß, in diesem Augenblicke in die Verhandlungen, die lediglich aus allgemein politischen Erwägungen wieder aufgenommen worden sind, störend einzugreifen. Ich habe mich deshalb darauf beschränkt, auf der Pforte zu erklären, daß entscheidende Beschlüsse nur unter Zustimmung der Bagdadbahngesellschaft gefaßt werden könnten. Dies wurde anerkannt.

Marschall

Nr. 11 483

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 266 London, den 12. März 1912

Der hiesige türkische Botschafter sagte mir, daß er im Begriffe stehe, mit der englischen Regierung über die Endstrecke der Bagdadbahn zu verhandeln. Seine Regierung wünsche vier gleiche Anteile zu bestimmen für die Türkei, Deutschland, England und Frankreich. Nicht auch für Rußland. Auf meine Frage, wer den Ausschlag geben würde, wenn sich je zwei der Beteiligten gegenüberständen, antwortete Tewfik Pascha: die souveräne Territorialmacht.

P. Metternich

Nr. 11 484

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen von Mirbach-Harff

Konzept von der Hand des Attachés von Wesendonk

Berlin, den 15. März 1912

Der Inhalt der beiden Berichte aus London und Konstantinopel* ist Herrn Geheimrat Helfferich** mündlich ganz vertraulich mitgeteilt worden.

Herr Helfferich bemerkte dazu, für ihn sei namentlich die Meldung wichtig, daß die Türken den Vorsitz im Aufsichtsrat und eine ausschlaggebende Stimme beanspruchten.

---

* Siehe Nr. 11 482 und 11 483.

** Direktor der Deutschen Bank.

Mit der Auffassung des Kaiserlichen Botschafters in Konstantinopel, daß Deutschland in die englisch-türkischen Verhandlungen nicht störend eingreifen sollte, stimme er überein. Er sei aber dankbar, daß Freiherr von Marschall die Pforte habe wissen lassen, ohne die Zustimmung der Bagdadbahngesellschaft könnten endgültige Abmachungen nicht getroffen werden. In demselben Sinne sei auch eine Notiz gehalten, die er und Herr von Gwinner der Pforte hätte zukommen lassen. Um jeden offiziellen Anstrich zu vermeiden, trage diese Notiz keine Bezeichnung der Deutschen Bank oder der Bagdadbahngesellschaft, sondern sei lediglich mit den Unterschriften der beiden Herrn versehen. Die Notiz besagt, die deutschen Interessenten seien bereit, bezüglich einer 400 km langen Strecke südlich von Bagdad sich auf eine Vereinbarung einzulassen. Die ganze Strecke betrage 600 km, der Bahn wäre es aber angenehm, wenn sie die Linie bis Nedjeb eventuell in der Hand behalten könne. Sollte es zu einer allgemeinen, umfassenden Verständigung mit England kommen, so müßten natürlich Opfer gebracht werden. Unter den bisherigen Verhältnissen stehe aber die Deutsche Bank auf dem Standpunkt, daß es am besten sei, wenn die Verhandlungen möglichst hinausgeschoben und eine Einigung verzögert würde. Früher, als die Bahnstrecke erst bis Helif reichte, wäre es eventuell möglich gewesen, sich auf eine Halbierung der Endstrecke einzulassen und nur die Linie bis Bagdad zu behalten. Jetzt sei die Bagdadbahn bereits in Bagdad, und die Grundlagen für eine Abmachung müßten jetzt andere sein.

Herr Helfferich meinte zum Schluß, es würde sich vielleicht empfehlen, in London in ähnlicher Weise, wie das Baron Marschall in Konstantinopel getan habe, unter der Hand darauf hinzuweisen, daß die Türken über die Rechte Dritter nicht frei verfügen könnten, und daß vor jeder endgültigen Abmachung der in erster Linie berechtigte Teil gehört werden müsse.

v. Mirbach

Der von Herrn Geheimrat Helfferich angeregte Hinweis in London wird sich erübrigen, da man dort bereits informiert sein dürfte.

v. Mirbach 18/3.

Nr. 11 485

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 285 London, den 18. März 1912

Reuter bringt eine aus Konstantinopel datierte Mitteilung, wonach der türkische Botschafter in London vertrauliche Instruktion

bekommen haben soll, mit dem Foreign Office über eine Fortsetzung der Linie von Basra nach Kueit zu verhandeln. Nach Mitteilungen aus wohlunterrichteten Kreisen sei der Wunsch der Türken, zu einer Lösung zu gelangen, außerordentlich lebhaft, und die Instruktionen seien so entworfen, daß Hoffnung auf Erzielung eines vollen Einverständnisses bestehe. Es liege kein Hindernis gegen Erbauung der Basra—Kueit-Linie durch britisches und türkisches Kapital vor. Eine Verständigung auf dieser Basis sei wahrscheinlich. Die Anerkennung der halb unabhängigen Stellung des Scheichs von Kueit könne von der Türkei ohne Schwierigkeiten erfolgen.

Diese Reutermeldung stimmt nicht überein mit vertraulichen Mitteilungen, welche mir eine der hiesigen türkischen Botschaft nahestehende Persönlichkeit gemacht hat. Diesen Mitteilungen zufolge schlüge die Türkei Vierteilung der Strecke Bagdad—Basra unter Deutschland, Frankreich, England und der Türkei mit türkischem Präsidium vor; amtliche Verhandlungen hätten noch nicht stattgefunden, doch ließen vertrauliche Äußerungen informierter englischer Kreise darauf schließen, daß diese Lösung akzeptabel erscheinen würde. Die Frage des Status von Kueit sei so kompliziert, daß es wohl möglich sei, man werde sie einfach beiseite lassen. Die Türkei lege auf die Bahn Basra—Kueit keinen übermäßigen Wert. Andere Fragen, den Persischen Golf betreffend, schienen keine unüberwindlichen Schwierigkeiten zu bieten. In Kreisen der türkischen Botschaft erwarte man in nicht allzuferner Zeit ein befriedigendes Abkommen über diesen ganzen Fragenkomplex.

P. Metternich

Randvermerk von Kiderlens:
Konstantinopel zur streng vertraulichen Information und Äußerung. Herr von Marschall soll in Cospoli die Erwartung aussprechen, daß wir als Nächstbeteiligte über die Verhandlungen auf dem laufenden gehalten werden.
Die Türken hätten, ohne daß wir mit England in Unterhandlungen getreten waren, Mißtrauen gezeigt, daß wir ohne ihr Zutun mit England verhandeln, wir erwarteten ein Gleiches. K. 20/3

Nr. 11 486

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Konzept von der Hand des Attachés von Wesendonk

Nr. 248 Berlin, den 25. März 1912

Euer pp. beehre ich mich anbei Abschrift eines Berichtes des Kaiserlichen Botschafters in London vom 18. d. Mts.*, betreffend

---

* Siehe Nr. 11 485.

Verhandlungen zwischen der Türkei und England über die Eisenbahnlinie Basra—Kueit, zur gefälligen streng vertraulichen Information und mit der Bitte um Äußerung zu übersenden.

Unter Hinweis darauf, daß die Türken, ohne daß wir mit England in Unterhandlungen getreten wären, seinerzeit Mißtrauen gezeigt hätten, daß wir ohne ihr Zutun mit England verhandeln könnten, wollen Euer pp. der Pforte die Erwartung aussprechen, daß wir als die Nächstbeteiligten über den Gang der erwähnten Verhandlungen auf dem laufenden gehalten werden.

Kiderlen

Nr. 11 487

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 72 Pera, den 31. März 1912

In der Antwort, welche die englische Regierung am 31. Juli 1910 der Pforte auf die von derselben bezüglich der Golfstrecke der Bagdadbahn gemachten Vorschläge erteilte*, war die Zustimmung ausgesprochen, daß die Bahn in Basra ihren Endpunkt finde. Es war jedoch beigefügt: „But if such an arrangement is adopted, they must stipulate, that, in the event of the railway ever being prolonged to the Persian Gulf, it must be brought to Koweit under conditions to be settled by agreement between Great Britain and Turkey alone, and a clause to this effect must be embodied in a convention dealing with these matters". Wie ich mittels Berichts vom 7. d. Mts. gemeldet habe**, wünscht der türkische Ministerrat einer Diskussion über die Strecke Basra—Kueit aus dem Wege zu gehen und hat deshalb England vorgeschlagen, Basra als definitiven Endpunkt der Bahn zu bezeichnen. Assim Bey, dem ich die Mitteilung über die Beschlüsse des Ministerrats verdanke, hat dies damit begründet, daß es bei der gegenwärtigen politischen Lage nicht opportun erscheine, eine so delikate und komplizierte Frage wie diejenige von Kueit zum Gegenstand von Verhandlungen mit England zu machen.

Die von dem Kaiserlichen Botschafter in London in seinem Berichte vom 18. d. Mts.*** erwähnte Reutermeldung aus Konstantinopel, daß zwischen England und der Pforte über die Linie Basra—Kueit Verhandlungen stattfänden, die Erfolg versprächen, ist deshalb nicht zutreffend. In den mir zur Verfügung stehenden eng-

* Siehe Nr. 11 470, Anlage.
** Siehe Nr. 11 482.
*** Siehe Nr. 11 485.

lischen Blättern habe ich eine solche Meldung des Reuterschen Bureaus bisher nicht zu finden vermocht. Wohl aber steht in der „Times“ vom 12. d. Mts. ein Reutertelegramm aus Konstantinopel, welches die türkischen Vorschläge für die Strecke Bagdad—Basra richtig wiedergibt und dann wörtlich sagt: „Nothing has transpired regarding the Porte's decision on the question of Koweit and other matters of a political nature which are believed to be contained in the British proposals“.

Die dem Grafen Metternich seitens der türkischen Botschaft in London gemachten vertraulichen Mitteilungen, wonach die Pforte die Frage des Status in Kueit „für so kompliziert erachte, daß es wohl möglich sei, man werde dieselbe ganz beiseite lassen“, stimmen demnach mit meinen Informationen und Meldungen vollkommen überein. Auch bezüglich der übrigen Punkte der türkischen Vorschläge decken sich dieselben durchaus mit den dem Kaiserlichen Botschafter in London zugegangenen Informationen aus türkischer Quelle.

Schon vor Empfang des obigen Erlasses habe ich von Assim Bey die Zusage erhalten, daß wir über den Gang der Verhandlungen auf dem laufenden erhalten werden würden. Bis gestern war über die Aufnahme der türkischen Vorschläge seitens des Foreign Office keine Nachricht hier eingetroffen. Die Besorgnis, daß die Türken etwa die Absicht haben sollten, uns vor ein fait accompli zu stellen, liegt nicht vor. Abgesehen von dem eigenen türkischen Interesse, welches in dieser Frage ein vertrauensvolles Handinhandgehen mit uns dringend erheischt, ist jene Gefahr schon dadurch ausgeschlossen, daß Assim Bey mir die Gegenvorschläge vor Absendung nach London mit der Bitte mitgeteilt hat, die Ansicht der Kaiserlichen Regierung darüber einzuholen. —

Nach Abfassung dieses Berichts hat mich Assim Bey besucht, um mir für die ihm anläßlich des Brandes in seinem Konak gewährte Gastfreundschaft zu danken. Bei dieser Gelegenheit sagte er mir: Tewfik Pascha habe den Auftrag, über die Strecke Basra—Kueit sowie die staatsrechtliche Stellung Kueits überhaupt nicht zu verhandeln und etwaigen englischen Anregungen dieser Frage mit dem Argument auszuweichen, daß dieselbe durch die definitive Bestimmung Basras als Terminus der Bahn gegenstandslos geworden sei. Dieselbe Instruktion habe der Conseiller légiste des Auswärtigen Ministeriums Reschid Bey, der mit den für den König Georg bestimmten Dekorationen nach London geschickt worden sei und dort mit einem Delegierten des Foreign Office und des indischen Amtes verhandeln solle. Ein Bericht sei bisher nicht eingegangen. Assim Bey gab mir wiederum die Zusicherung, mich über den Gang der Verhandlungen auf dem laufenden zu halten.

Marschall

Nr. 11 488

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 415 London, den 17. April 1912

Vertraulich

Von einer über Vorgänge und Anschauungen auf der hiesigen türkischen Botschaft wohlunterrichteten Seite höre ich, daß über die Fragen der Bagdadbahn und des Persischen Golfes zwischen der Botschaft bzw. dem Conseiller légiste Reschid Bey und den Delegierten des Foreign Office und des India Office bisher nur unverbindliche Vorbesprechungen stattgefunden hätten. Im Laufe der nächsten Woche würden voraussichtlich formelle Besprechungen beginnen. Über die wahrscheinliche Dauer der Besprechungen ließe sich nichts sagen, da die häufigen Rückfragen bei dem India Office und bei Lord Hardinge*, welcher sich ebenso interessiert als intransigent erweise, viel Zeit in Anspruch nähmen.

Mein Gewährsmann hat nicht den Eindruck, als würden sich die Fragen betreffend die Zweiglinie Basra—Kueit, den Status von Kueit selbst und einiger anderen kleinen Orte und Inseln im Persischen Golf von der Diskussion ausscheiden lassen. Auf englischer Seite besteht jedenfalls der Wunsch, ein für allemal mit Mesopotamien und persischen Fragen ein Aufwaschen zu machen, und ich habe nicht die Empfindung, daß diesem Wunsche von den hiesigen Türken ein starker Widerstand entgegengesetzt werden wird.

Was die Nebenlinie Basra—Kueit betrifft, so scheinen die Türken den Wunsch zu haben, diese, falls sie überhaupt gebaut wird, allein zu bauen, während die Engländer englisch-türkische Kooperation bevorzugen würden. Bezüglich des Status von Kueit wäre die Basis: englischerseits Anerkennung der türkischen Souveränität oder Suzeränität, und türkischerseits die Anerkennung einer englischen Sonderstellung. Auf türkischer Seite scheint man vor allem durchaus abgeneigt, dem Scheich überhaupt das Recht zuzusprechen, bindende Abmachungen mit fremden Mächten zu treffen. Falls dieser Standpunkt durchdringt, würde der Vertrag zwischen den indischen Behörden und dem Scheich außer Kraft gesetzt und durch einen direkten Vertrag zwischen England und der Türkei ersetzt werden.

Was endlich die Hauptlinie Bagdad—Basra betrifft, so ist man türkischerseits geneigt zu glauben, daß England zu guter Letzt den türkischen Vorschlag der Vierteilung zwischen Deutschland, Frankreich, England und der Türkei annehmen wird. Auch in gut unterrichteten englischen Kreisen wird dies als wahrscheinlich bezeichnet.

---

* Vizekönig von Indien.

Ich habe nicht den Eindruck, daß die englisch-türkischen Verhandlungen eine Gefahr für uns bieten. Kommt für die Strecke Basra—Bagdad die Vierteilung zustande, so ist das wohl ein annehmbarer Ausweg aus einer verwickelten Situation. Jedenfalls bewegt sich diese Lösung innerhalb des Rahmens des Vertrages, welcher den Türken die Konzession für die Endstrecke zurückgab. Über die Nebenstrecke Basra—Kueit kann die Türkei ein bindendes Separatabkommen mit England o h n e unsere Genehmigung nicht schließen, und eine eventuelle Einigung über anglo-türkische Differenzpunkte am Persischen Golf könnte deutsche Interessen in erkennbarer Weise wohl nicht beeinträchtigen.

Sowohl auf englischer wie auf türkischer Seite denkt man über das Gelingen der demnächst einzuleitenden Verhandlungen optimistisch.

R. v. Kühlmann

Nr. 11 489

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 464 London, den 26. April 1912
Geheim

Obwohl die Fragen der Bagdadbahn und des Persischen Golfes an sich nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit den Kolonialfragen* stehen, so können diese doch, wie die Dinge liegen, nicht wohl diskutiert und gelöst werden, ohne daß über die Mittel und die Form der mesopotamischen und persischen Verträge wenigstens den Umrissen nach Klarheit besteht.

Die Konzession, die England von uns im Gebiet der Bagdadbahn erwartet, würde darin bestehen, daß in einem Zusatz zu dem zwischen der Deutschen Bank und der ottomanischen Regierung geschlossenen, soweit hier bekannt, niemals veröffentlichten Vertrage über Rückgabe der Konzession der Golfstrecke ausdrücklich erklärt würde, daß die bei der Retrozession gesetzte Bedingung einer deutschen Minimalbeteiligung auf die Strecke Basra—Kueit keine Anwendung finde. Die Angelegenheit würde in keiner offiziellen deutsch-englischen Abmachung erscheinen, vielmehr in einem englisch-türkischen Abkommen ihren Ausdruck finden.

Irgendwelche Zusagen oder Garantien für den, so wie die Dinge liegen, wahrscheinlichen Fall, daß die Endstrecke unter das Vierer-

* Vgl. Kap. CCXLIV.

konsortium gleichmäßig verteilt werde, dürften englischerseits von uns nicht verlangt werden. Unsere Konzessionen auf dem Gebiete der Bagdadbahn wären, soweit sich bisher übersehen läßt, mit der oben besprochenen Abänderung des deutsch-türkischen Vertrages erschöpft.

Im Gebiet des Persischen Golfes dürften die englischen Wünsche darauf gehen, daß wir eine Deklaration über die speziellen Interessen Englands im Golf formlos abgeben, und daß dieses Faktum in einer lettre couvrante erwähnt werde, analog dem beim russisch-englischen Vertrag über Persien befolgten Verfahren (Vergl. Brief Sir E. Greys an Sir A. Nicolson vom 29. August 1907 — Weißbuch Russia Nr. 1. 1907 —). Ich glaube nicht, daß, falls bei uns unüberwindliche Abneigung gegen eine solche Erklärung bestehen sollte, hier diese als vital betrachtet werden würde. Von unserem Gesichtspunkte aus dürfte aber gegen eine solche Erklärung nicht allzu viel einzuwenden sein.

Was Persien selbst betrifft, so sind die für uns maßgebenden Gesichtspunkte in der mit Erlaß vom 11. April 1910 hierher übermittelten Aufzeichnung* dargelegt worden. Die entsprechende deutsch-russische Vereinbarung könnte vielleicht als Vorbild dienen. Die einzige Frage, welche durch Verhandlung zu regeln wäre, beträfe die Modalitäten deutscher Kapital- und Industriebeteiligungen an den Konzessionen, an welchen England ein bevorzugtes Optionsrecht eingeräumt werden würde. Die mittelasiatischen diplomatischen Abmachungen würden also aus einer lettre couvrante und einem dem Potsdamer Abkommen mit Rußland analogen Vertrage bestehen**.

Bei den Berliner Besprechungen mit Lord Haldane ist der Gedanke ventiliert worden, England werde als Kompensation für diese Zugeständnisse von deutscher Seite das Protektorat über Sansibar und Pemba zedieren***. Es wird von englischer Seite dem entgegengehalten, daß nach dem Wegfallen eines Flottenarrangements eine solche Zession ohne präsentable territoriale Kompensation für die englische Regierung im Hinblick auf Parlament und öffentliche Meinung unmöglich sei, und ich glaube, daß in dieser Behauptung viel Wahres ist. Vielleicht könnte der Gedanke erwogen werden, ob nicht das aus Bagdadbahn und Persien sich für uns ergebende politische Guthaben verwendet werden sollte, um in früher besprochener Weise den portugiesischen Vertrag vollkommen vollstreckbar zu machen und eventuell gegenseitige Neutralisierung der Azoren und Kapverdischen Inseln zu erreichen, falls bei uns auf eine solche Wert

---

* Siehe Bd. XXVII, Kap. CCXVII, Nr. 10 105 nebst Fußnote *.

** Zu Verhandlungen auf der von Kühlmann skizzierten Basis ist es nicht gekommen.

*** Vgl. Nr. 11480, S. 327, Fußnote.

gelegt wird. Sansibar ist sachlich für uns weder wirtschaftlich noch politisch von großem Werte, sollte man nicht diese „Blume im Knopfloch" mit den anderen territorialen Fragen für sich behandeln und, falls eine Einigung über einen sachlich gerechtfertigten Preis nicht möglich wäre, unter Umständen ins Auge fassen, sie fallen zu lassen? Sansibar ist in den ganzen territorialen Abmachungen der einzige Punkt, der hiesigen Politikern vom Standpunkte der Wirkung im Parlament und Volk unheimlich ist. Befreiten wir sie von diesem Alpdruck, so würden sie in den anderen Fragen viel lieber weitgehendere Konzessionen machen. Dies würde natürlich angesichts des Wertes, den die Erwerbung der Insel für die Stimmung unserer öffentlichen Meinung haben kann, nur dann gelten, wenn sich nach langem und hartnäckigem Handeln die Unmöglichkeit herausstellen sollte, Sansibar und Pemba um einen annehmbaren und vernünftigen Preis zu bekommen.

Die in vorstehendem skizzierten Abmachungen: Bagdadbahn, Persien, Revision des kolonialen Geheimvertrages und Kolonialaustauschabkommen, können wir, dies möchte ich als rein persönliche Meinung aussprechen, ohne weiteres bekommen, ohne daß über allgemeine oder Flottenpolitik irgendetwas abgeschlossen zu werden brauchte.

R. v. Kühlmann

Nr. 11 490

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 503 London, den 3. Mai 1912

Der Premierminister wurde gestern im Unterhause gefragt, ob er als ein Beispiel des besseren Einvernehmens mit Deutschland erklären könne, welche Fortschritte die Verhandlungen zwischen Deutschland, England und der Türkei über die Bagdadbahnfrage gemacht hätten.

Mr. Asquith erwiderte, die englische Regierung stehe mit der türkischen Regierung in Unterhandlungen über die englische Beteiligung an der geplanten Strecke Bagdad—Basra. Die türkische Regierung habe die Ansprüche der Bagdadbahngesellschaft auf diese Strecke gegen anderweite Kompensationen und unter Zubilligung gewisser Bedingungen betreffend eine Beteiligung Deutschlands ausgekauft.

R. v. Kühlmann

Nr. 11 491

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 121 Pera, den 10. Mai 1912

Höre vertraulich, daß, obgleich offizielle englische Antwort noch nicht vorliegt, türkischer Unterhändler doch unter der Hand erfahren hat, Sir E. Grey werde auf Beteiligung Rußlands an Golfstrecke bestehen.

Außer dem Großwesir, der unter Umständen dazu bereit wäre, sollen sämtliche anderen Mitglieder des Kabinetts prinzipiell gegen eine Beteiligung Rußlands sein.

Mutius

Nr. 11 492

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 131 Pera, den 22. Mai 1912

Assim Bey, den ich nach meiner Rückkehr über den Stand der türkisch-englischen Verhandlungen bezüglich der Bagdadbahn frug, sagte mir in Bestätigung seiner früheren Mitteilungen, daß eigentliche Verhandlungen bisher nicht stattgefunden hätten, sondern nur Vorbesprechungen zu dem Zwecke, den „status controversiae" festzustellen. Weder Reschid Bey, der Conseiller légiste der Pforte, noch die beiden englischen Beamten, mit welchen sich dieser besprach, hätten irgendeine Vollmacht gehabt, bindende Erklärungen im Namen ihrer Regierungen abzugeben. Aus dem Bericht Reschid Beys, aus welchem mir der Minister größere Stücke vorlas, ergibt sich folgender Sachverhalt:

1) Reschid berichtet, daß bezüglich der Linie Bagdad—Basra die Engländer neuerdings das Verlangen einer russischen Beteiligung mit dem Argumente begründet haben, England habe ein Interesse, russischen Wünschen in dieser Beziehung entgegenzukommen*. Reschid glaubt jedoch, daß England sich schließlich

* Solche Wünsche waren russischerseits in Wahrheit gar nicht vorgebracht. Mitte Juni fragte der englische Unterstaatssekretär Sir A. Nicolson erst durch

mit der türkischerseits vorgeschlagenen Verteilung unter Deutschland, die Türkei, Frankreich und England zu gleichen Teilen zufrieden geben werde.

2) Die Kueitfrage ist nicht von türkischer Seite, sondern von den englischen Delegierten — einem Mitgliede des Foreign Office und einem solchen des indischen Ministeriums — in dem Sinne angeregt worden, daß die Anerkennung der türkischen Souveränität von Kueit unter der Bedingung in Aussicht gestellt wurde, daß die Pforte den Vertrag zwischen England und dem Scheich Mubarek genehmige. In diesem Vertrage wird unter anderem dem Scheich verboten, über irgend ein ihm gehöriges Territorium ohne englische Genehmigung zu verfügen. Als solches Territorium haben die englischen Delegierten die Insel Bubian sowie einige nördlich von Kueit auf dem Festlande liegenden Gebiete bezeichnet. Über diese Territorien soll der Scheich unter türkischer Souveränität, aber in Wirklichkeit unter englischem Protektorate gewisse Hoheitsrechte ausüben. Türkische Beamte und Soldaten sollen auf seinem Gebiete nicht geduldet werden. Assim sagte mir, er halte die erwähnte Ausdehnung des Gebiets von Kueit für ganz unannehmbar, ganz besonders bezüglich der Insel Bubian, auf welcher seit mehreren Jahren türkische Soldaten stationiert sind. Nach den Äußerungen des Ministers ist ihm der englische Versuch, die Kueitfrage mit der Frage der Golflinie der Bagdadbahn zu verbinden, höchst unbequem.

3) Reschid Bey hat den englischen Delegierten erklärt, die Pforte wolle Basra definitiv zum Terminus der Bagdadbahn machen. Sollte jemals sich das Bedürfnis des Baues bis zum Persischen Golf herausstellen, so behalte sich dieselbe vor, diesen Bau selbst zu bewerkstelligen unter Wahrung der wirtschaftlichen Interessen, welche England in jenen Gegenden besitze. Dieser Gedanke ist von den englischen Delegierten ad referendum genommen worden.

Ob und wann der Ministerrat sich mit der Angelegenheit beschäftigen wird, ist noch nicht festgestellt.

Marschall

Graf Benckendorff bei Sasonow an, inwieweit der russischen Regierung wirklich daran liege, sich mit einem Fünftel an dem Golfsektor der Bagdadbahn zu beteiligen. Bezeichnend für Englands eigentliche Absichten in der Bagdadbahnfrage ist die Äußerung Nicolsons, es würde jetzt möglich sein, eine Lösung zu finden, die England 50 % geben würde, wenn Rußland und Frankreich eine Beteiligung ihrerseits nicht für durchaus notwendig hielten. Benckendorff an Sasonow 14. Juni 1912, v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke a. a. O., S. 358. Tatsächlich erklärte sich Rußland bereit, auf die Beteiligung zu verzichten (Sasonow an Iswolsky 17. Juni, v. Siebert a. a. O., S. 358; Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 149); Frankreich hingegen wünschte die Frage seiner Beteiligung zunächst noch offenzuhalten. Iswolsky an Sasonow 26. Juni 1912, v. Siebert a. a. O., S. 359; Stieve a. a. O., II, 168.

Nr. 11 493

Der Botschafter in London Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 735 London, den 1. Juli 1912

Bezüglich des Standes der englisch-türkischen Verhandlungen über die Golfstrecke der Bagdadbahn bestätigte mir Sir Edward Grey, was mir vor kurzem Assim Bey mitgeteilt hatte**. Von türkischer Seite ist der Vorschlag gemacht worden, als Terminus der Bagdadbahn Basra festzusetzen und das Kapital der für die Linie Bagdad—Basra zu errichtenden neuen Gesellschaft derart zu verteilen, daß die Türkei, Deutschland, England und Frankreich je 25% erhalten und der Vorsitz des Aufsichtsrates ständig einem Türken zufalle. Falls in Zukunft sich ein Bedürfnis zu einer Fortsetzung der Bahn bis zum Persischen Golf herausstelle, wollen die Türken dieselbe selbst bauen und betreiben. Die Hereinziehung der Kueitfrage in diese Verhandlungen wurde türkischerseits nicht gewünscht.

Über diesen Vorschlag haben zwischen einem Kommissär des türkischen Auswärtigen Ministeriums und Kommissären des Foreign Office wie des indischen Ministeriums hier Verhandlungen stattgefunden, ohne daß bisher der türkische Vorschlag amtlich von hier beantwortet worden wäre.

Sir Edward Grey sagte mir, er sei damit einverstanden, daß die Bahn in Basra ihr Ende finde, lege aber großen Wert darauf, daß bei dieser Gelegenheit auch die schon so lange schwebende Kueitfrage erledigt werde, und zwar durch vertragsmäßige Feststellung des Status quo daselbst. Auf meine Bemerkung, daß schon früher die Erhaltung des Status quo durch Notenaustausch zwischen England und der Pforte vereinbart worden sei, bemerkte der Minister, das sei richtig, aber niemand habe gewußt, worin eigentlich der Status quo bestanden habe. Diese Lücke wünsche die englische Regierung nunmehr in der Weise auszufüllen, daß dem Sultan die Suzeränität über Kueit verbleibe, dem dortigen Scheich aber eine ausgedehnte Autonomie auf seinem Gebiete eingeräumt werde. Meine Frage, ob England in dieses Gebiet auch die Insel Bubian einbegreife, bejahte der Minister.

Über die Antwort, welche der Pforte bezüglich der Verteilung des Kapitals in der neuen Gesellschaft zu geben sei, war sich Sir E. Grey noch nicht schlüssig geworden. Er schien auf die Teilnahme

---

* Freiherr von Marschall hatte inzwischen (18. Juni) seinen neuen Posten als Nachfolger Graf Metternichs in London angetreten.
** Vgl. Nr. 11 492.

Rußlands Wert zu legen*, aber auch Verständnis für die Gründe zu haben, welche die Pforte gegen russische Einmischung in die Golflinie geltend gemacht hatte.

Der Minister sagte mir, er halte es für selbstverständlich, daß mit der Pforte nichts vereinbart werde, ohne vorher unsere Zustimmung einzuholen.

Marschall

Nr. 11 494

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Freiherrn von Marschall

Eigenhändiges Konzept

Nr. 819 Berlin, den 12. Juli 1912

Die Deutsche Bank hat hier angeregt, den Ausführungen Sir Edward Greys betreffend die Bagdadbahnfrage** etwa mit folgenden Bemerkungen in der deutschen Presse entgegenzutreten:

„Zu der Äußerung des Sir Edward Grey in seiner letzten Rede über die Verhandlungen zwischen England und der Türkei betreffend die Südstrecke der Bagdadbahn sind einige Anmerkungen im Interesse aller Beteiligten vielleicht nicht ganz nutzlos.

Sir Edward Grey sprach die Ansicht aus, daß die Türkei durch ein Abkommen mit Deutschland ihre Aktionsfreiheit in bezug auf die Eisenbahnstrecken unterhalb Bagdads — er fügte hinzu „subject to one or two conditions" — wiedererlangt habe, mit der Wirkung, daß die Türkei jetzt allein über diese Eisenbahnstrecken verhandeln könne. Die deutsche Regierung habe Kenntnis davon, daß Verhandlungen in dieser Angelegenheit zwischen der Türkei und England geführt würden, und sobald deutsche Interessen direkt berührt würden, sei die britische Regierung durchaus bereit, die Sache mit der deutschen Regierung zu diskutieren.

Die Sachlage ist nach unseren Informationen, die wir Grund haben für gute zu halten, folgende:

Eine Abmachung zwischen der deutschen und türkischen Regierung in Sachen der Südstrecke der Bagdadbahn existiert nicht. Sir Edward Grey kann nur im Auge gehabt haben eine der türkischen Regierung im März 1911 gleichzeitig mit dem Abschluß der Verträge für den Bau der Strecke Helif—Bagdad abgegebene Erklärung der

---

* Vgl. dazu Nr. 11 492, Fußnote.

** Sie waren in der Unterhaussitzung vom 10. Juli gemacht; ihr Inhalt erhellt aus dem Erlaß. Vgl. auch Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1912, S. 346 ff.

deutschen Finanzgruppe, die an der ottomanischen Bagdadeisenbahngesellschaft maßgebend beteiligt ist*. In dieser Erklärung hat sich die deutsche Gruppe im Prinzip bereit erklärt, ihre konzessionsmäßigen Rechte hinsichtlich der Linien von Bagdad nach Basra und dem Persischen Golf ganz oder teilweise von der Bagdadeisenbahngesellschaft auf eine andere ottomanische Gesellschaft zu übertragen, an der die Türkei mit einem erheblichen Anteil und das deutsche Kapital jedenfalls nicht mit einem geringeren Anteil als demjenigen irgendeiner anderen nichttürkischen Gruppe zu beteiligen wäre. Alle Einzelheiten der eventuellen praktischen Durchführung dieser Übertragung sind ausdrücklich einer späteren in gegenseitigem Einvernehmen zwischen der türkischen Regierung und der deutschen Finanzgruppe zu treffenden Regelung vorbehalten worden, desgleichen die Feststellung der finanziellen und sonstigen Kompensationen, die der Bagdadeisenbahngesellschaft im Falle des Zustandekommens der in Rede stehenden Übertragung als Äquivalent für die von ihr auf die neu zu gründende Gesellschaft zu übertragenden Rechte zu gewähren sind.

Es sind also folgende zwei Punkte festzustellen und im Auge zu behalten:

1) Die Erklärung der deutschen Gruppe enthält nicht einen Verzicht auf die Konzession für die Linien Bagdad—Basra und Sobeir—Persischer Golf, sondern nur den prinzipiellen Ausdruck der Bereitwilligkeit zu deren Internationalisierung. Für die Finanzierung, den Bau und Betrieb der erwähnten südlich von Bagdad gelegenen Strecken ist die deutsche Gruppe geneigt, dem Kapital dritter Länder eine größere Beteiligung und Mitwirkung einzuräumen, als dies im Rahmen der bestehenden Bagdadeisenbahngesellschaft, in der die deutsche Gruppe unter allen Umständen die Führung behält, möglich ist.

2) Die Einzelheiten und Bedingungen der Internationalisierung sind Sache der Vereinbarung zwischen der türkischen Regierung und der Bagdadeisenbahngesellschaft. Die Fragen betreffend die Südstrecke der Bagdadbahn können also nicht durch eine einseitige Verständigung der türkischen Regierung mit England gelöst werden, sondern nur unter Mitwirkung und Zustimmung der Bagdadbahngesellschaft. Letztere ist nach wie vor Konzessionärin auch für die Endstrecke, solange nicht eine nur mit ihrer Zustimmung mögliche vertragsmäßige Abänderung ihrer Konzession in aller Form vorliegt.

Die deutsche Gruppe wird selbstverständlich sich an die von ihr im März 1911 abgegebene Erklärung loyal für gebunden halten und keine Schwierigkeit gegen irgend eine Lösung, die mit ihren Rechten und Interessen verträglich ist, machen. Aber es wird gut sein, wenn die anderen Beteiligten sich genau im klaren darüber

---

* Vgl. Nr. 11462, Fußnote.

sind, daß und in welchem Umfang die deutsche Finanzgruppe bei der endgültigen Lösung noch mitzusprechen haben wird."

Euere Exzellenz darf ich vor eventueller weiterer Veranlassung um gefällige telegraphische Äußerung bitten, ob Sie gegen eine derartige Veröffentlichung Bedenken haben.

Zimmermann

Nr. 11 495

Der Botschafter in London Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 124 — London, den 15. Juli 1912

Antwort auf Erlaß Nr. 819*.

Die nach dem amtlichen Parlamentsbericht von Sir E. Grey gesprochenen Worte „Turkey made an agreement with Germany under which she recovered her liberty of action subject to one or two conditions in regard to the railway below Bagdad. Therefore Turkey is in a position to negotiate alone with regard to the railway below Bagdad" sind insofern nicht ganz genau, als das „agreement" nicht mit Deutschland, sondern mit der unter deutscher Kontrolle stehenden Bagdadgesellschaft geschlossen worden ist. Im übrigen scheinen mir die Ausführungen des Ministers keiner Korrektur zu bedürfen. Wenn Sir E. Grey ausdrücklich sagt, daß die „liberty of action" der Türkei an Bedingungen geknüpft sei, so ist ganz klar, daß bei der Frage, ob diese Bedingungen erfüllbar sind, die Gesellschaft ein entscheidendes Wort mitzusprechen hat. Die Behauptung, daß die Türkei auf Grund der Erklärungen der Gesellschaft vom März v. Js. in der Lage sei, mit England und anderen Staaten über die Beteiligung an der Golfstrecke allein zu verhandeln, ist insofern ganz richtig, als unter den Bedingungen, welche die Bagdadbahn für die Übertragung ihrer Konzession an eine neue Gesellschaft stellt, sich auch die Kapitalbeteiligung fremder Mächte befindet und damit der Pforte zweifellos das Recht eingeräumt wurde, mit den Mächten darüber zu verhandeln, ob und in welcher Weise es möglich ist, eine gestellten Bedingungen entsprechende neue Gesellschaft zu formieren. Außerdem hat Sir E. Grey besonders hervorgehoben, daß im gegenwärtigen Augenblick die Basis der Verhandlungen durch die Frage gebildet wird, ob und unter welchen Voraussetzungen England seine Zustimmung zu der von der Türkei gewünschten vierprozentigen Zollerhöhung geben will. Diese Frage,

* Siehe Nr. 11 494.

welche uns direkt nicht berührt, hängt nach Angabe des Ministers wesentlich von einer befriedigenden Ordnung und Feststellung des Status quo am Persischen Golf ab.

Unter diesen Umständen scheint mir ein Anlaß, die Äußerungen Sir E. Greys in der Presse zu kommentieren und in gewissem Sinne richtigzustellen, nicht vorzuliegen. Die Erklärungen der Bagdadbahngesellschaft vom 7. und 21. März sind so klar abgefaßt, daß über die dadurch geschaffene Rechtslage kein Zweifel bestehen kann. Dagegen scheint mir diese Rechtslage in den mir mitgeteilten Bemerkungen der Deutschen Bank nicht ganz zutreffend dargelegt zu sein. Es handelt sich nicht, wie in Ziffer 1 und 2 derselben gesagt ist, darum, die bestehende Konzession zu internationalisieren, das heißt um eine größere Beteiligung und Mitwirkung fremden Kapitals an derselben, sondern um einen Verzicht zugunsten einer neu zu formierenden Gesellschaft. Daran, daß diese neue Gesellschaft durch eine englisch-türkische Verständigung definitiv gebildet werden könne, denkt hier niemand, am wenigsten Sir E. Grey, der, wie ich mich persönlich überzeugte, die Rechtslage durchaus zutreffend auffaßt.

Marschall

Nr. 11 496

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 838 London, den 21. August 1912

Von einer Quelle, die sich bisher als zuverlässig erwiesen hat, höre ich, daß die englisch-türkischen Verhandlungen über die Bagdadbahn und den Persischen Golf einen Schritt vorwärts gemacht haben. Die englische Regierung hat auf die letzten türkischen Vorschläge geantwortet und ihre Haltung in den wichtigsten der behandelten Fragen, wenn auch nur in Umrissen, dargelegt*.

In der Angelegenheit des Ausbaues der Endstrecke der Bagdadbahn zwischen Bagdad und Basra ist eine wichtige neue Phase zu

* Die englische Antwort scheint, nach späteren Botschaftsberichten zu schließen, schon im Juli erfolgt zu sein und tatsächlich den Vorschlag enthalten zu haben, daß die Strecke von Bagdad nach Basra als türkische Staatsbahn gebaut werden solle. Zu einer türkischen Entschließung darauf scheint es infolge der gerade im Juli in Konstantinopel ausbrechenden inneren Wirren, des Abschlusses des türkisch-italienischen Krieges und des Beginns des ersten Balkankrieges vorerst nicht gekommen zu sein. Die Verhandlungen wurden ernstlich erst im Januar 1913 durch den als türkischer Bevollmächtigter nach London entsandten früheren Großwesir Hakki Pascha aufgenommen. Vgl. Bd. XXXVI, Kap. CCLXXXV und Helfferich, Der Weltkrieg, I, 142 ff.

verzeichnen. Bisher war auf der Basis des letzten englischen Vorschlags verhandelt worden, nach welchem Deutschland, England, Frankreich, Türkei und Rußland an dieser Strecke mit je einem Fünftel beteiligt sein sollten. Die Hereinziehung Rußlands erschien der Türkei inakzeptabel; England seinerseits fand es anscheinend unmöglich, Rußland aus dieser Formel auszuscheiden. Insbesondere Sir Arthur Nicolson scheint den Gedanken bis aufs Messer bekämpft zu haben. Der englische, bisher nur skizziert umrissene Vorschlag geht nun dahin, alle Mächte möchten ausscheiden und die Türkei allein die Strecke Bagdad—Basra ausbauen lassen. Dieser Vorschlag, welcher einem früher von der Türkei inoffiziell geäußerten Gedanken entsprechen würde, findet anscheinend bei den Türken eine wohlwollende Aufnahme. Ebenso soll ein weiterer englischer Vorschlag, wonach die Garantien gegen differentielle Behandlung einzelner Nationen auf der Bagdadbahn durch eine Konvention zwischen allen an der Bahn beteiligten Mächten verstärkt werden sollen, bei der Türkei keinem Widerspruch begegnen.

Hingegen sollen die Verhandlungen über Fragen des Persischen Golfes nicht aussichtsvoll liegen. England verlangt nach Mitteilung meines Gewährsmannes keine neuen Konzessionen von der Türkei, möchte aber den bestehenden Status quo, insbesondere die Ausübung der Polizei durch England in den Gewässern des Persischen Golfes diplomatisch festlegen. Die Türkei wiederum befürchtet, daß diese Festlegung schwarz auf weiß eines ihr nicht vorteilhaften Status quo ungünstig auf die türkische öffentliche Meinung wirken könnte, besonders da England außer der Zustimmung zur Zollerhöhung so gut wie gar nichts dagegen zu bieten habe.

R. v. Kühlmann

Anhang

Französische Aspirationen in den Türkischen Eisenbahnfragen

März bis August 1911

Nr. 11 497

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 265 London, den 21. März 1911

Von gut unterrichteter Seite höre ich, daß die Verhandlungen zwischen den Franzosen und der Hohen Pforte über eine Reihe von Bahnkonzessionen, teils in Mazedonien, teils im nördlichen Kleinasien*, so weit vorgeschritten seien, daß der Abschluß bald erwartet werden könne. Zugleich mit der Gewährung dieser Konzessionen werde über eine bedeutende türkische Anleihe in Frankreich verhandelt, die als so gut wie gesichert gelten könne.

R. v. Kühlmann

* Seit dem Abschlusse der türkischen Anleihe durch die deutsch-österreichische Bankgruppe im Jahre 1910 (vgl. Bd. XXVII, Kap. CCXVI, Anhang) und dem herannahenden Abschluß des Abkommens über die Bagdadbahn vom 21. März 1911 arbeiteten die französische Diplomatie und Bankwelt eifrig daran, den von Deutschland gewonnenen Vorsprung wieder einzuholen. Der französische Botschafter in Konstantinopel Bompard suchte bei der türkischen Regierung in erster Linie eine Reihe von Eisenbahnprojekten durchzusetzen, die von dem französischen Bauunternehmer Graf Vitali und der hinter ihm stehenden Finanzgruppe, vor allem der Ottomanbank, in der europäischen wie in der kleinasiatischen Türkei angestrebt wurden. Für die Zustimmung zu den Projekten stellten die Franzosen der Pforte eine Anleihe von 25 Millionen Pfund Türkisch in Aussicht. Über die französisch-russischen Meinungsverschiedenheiten, die sich im Frühjahr 1911 und wieder im Frühsommer 1912 daraus ergaben, daß diese Pläne sich auf die in der russisch-türkischen Konvention vom April 1900 (vgl. Bd. XVII, Kap. CXIV A, Nr. 5211, Fußnote **) Rußland vorbehaltene Zone erstreckten und dessen strategische und wirtschaftliche Interessen tangierten, vgl. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, I, 53 ff., 63, 71 f.; II, 197 f. Neben den französisch-russischen Auseinandersetzungen, die gelegentlich den Charakter der Gereiztheit annahmen, liefen auch deutsch-französische her. Wie aus einem Promemoria der Deutschen Bank vom 7. April 1911 hervorgeht, hatten in den voraufgehenden Wochen Besprechungen in Berlin zwischen dem Grafen Vitali, seinem Associé von Biedermann und Vertretern der Deutschen Bank stattgefunden, um eine Verständigung über die beiderseitigen Eisenbahnpläne herbeizuführen. Aus den Mitteilungen der Deutschen Bank ergibt sich, daß sie diese Verhandlungen, die in Frankfurt a. M. oder einem anderen Platze fortgeführt werden sollten, zum Anlaß nehmen wollte, um eine endgültige Klärung der Frage der französischen Beteiligung an der Bagdadbahn zu erzielen. Vgl. auch Karl Helfferich, Der Weltkrieg I, 138 ff.

Nr. 11 498

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel

Telegramm
Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann

Nr. 52 Berlin, den 8. April 1911

1. Deutsche Bank an Huguenin.

„Angesichts der Meldungen über nahe bevorstehenden Abschluß der Verhandlungen über französisches Eisenbahn- und Anleiheprojekt bitten wir Sie, bei türkischer Regierung darauf hinzuweisen, daß durch französisches Projekt unsere Rechte und Interessen teils direkt, teils indirekt in erheblichem Umfang berührt werden, und daß wir deshalb gezwungen sind, gegen Abschluß mit Franzosen Stellung zu nehmen, solange nicht alle uns berührenden Punkte durch gemeinschaftliches Einverständnis aller Beteiligten zu unserer Zufriedenheit geregelt sind. Wir bitten Sie, bei dieser Gelegenheit türkischer Regierung erneut vorzustellen, daß durch das überstürzte Betreiben der großen Projekte auf dem Gebiet öffentlicher Arbeiten der Kredit der Türkei auf das schwerste bedroht und die Gefahr eines finanziellen Zusammenbruches heraufbeschworen wird. Ferner wollen Sie darauf hinweisen, daß wir ausschließlich im Interesse der Gesundung und Kräftigung der türkischen Staatsfinanzen für Bagdad nicht nur auf Überweisung neuer Einnahmen verzichtet, sondern auch unsere Rechte auf Ertrag 4 % Zollerhöhung und des droit de patente der türkischen Regierung zur Verfügung gestellt haben. Wenn türkische Regierung jetzt unter Gefährdung türkischen Staatskredits den Franzosen neue Pfänder erheblichen Umfangs zuweisen wolle, so widerspreche dies der gleichmäßigen und gerechten Behandlung, auf die wir vollen Anspruch machen müßten. Zu Ihrer Information: Wir laden Vitali und Auboyneau* zur Fortsetzung der Ihnen bekannten Unterhaltungen ein. Die neue Besprechung wird jedoch nicht vor dem 23. April erfolgen können. Bis dorthin müssen wir den Franzosen den Weg blockieren. Wir haben Vitali mitgeteilt, daß nicht nur wir, sondern auch unsere Regierung sich den französischen Projekten widersetzen muß, solange nicht Einverständnis zwischen den beiderseitigen Finanzgruppen erzielt ist."

2. Euer Hochwohlgeboren stelle ich anheim, Ihre Sprache Pforte gegenüber entsprechend zu regeln.

Kiderlen

---

* Generaldirektor der Ottomanbank.

Nr. 11 499

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 66 Berlin, den 19. Mai 1911

Verhandlungen zwischen Gwinner, Helfferich und Vitali, Révoil* zwecks Verständigung über türkische Finanz- und Eisenbahnprojekte sind gescheitert**, namentlich weil Franzosen erhebliche Kompensationen für Bagdadbahn voraus verlangten. Franzosen erstreben bei derzeitigen Verhandlungen mit Pforte hauptsächlich Festlegung der Überschüsse aus vierprozentiger Zollerhöhung für ihre Pläne, was wir bekämpfen müssen, da wir selbstverständlich auf diese Überschüsse nicht zugunsten Frankreichs verzichtet haben. Bitte, Huguenin entsprechend verständigen.

Zimmermann

Nr. 11 500

Aufzeichnung der Deutschen Bank

Unsignierte Reinschrift

Berlin, den 18. Mai 1911

pp.*** Die Atmosphäre, die wir in Frankfurt antrafen, und die von vornherein durch das intransigente Verhalten des Herrn Révoil bestimmt war, ließ es uns nicht ratsam erscheinen, mit denjenigen Gedanken hervorzutreten, mit denen wir zu den Besprechungen gekommen waren. In der Annahme, daß es auf Grund der Vorbesprechungen mit dem Grafen Vitali möglich sein werde, über die Verteilung des Eisenbahnprogramms mit den Franzosen unschwer zu einer Verständigung zu gelangen und damit gleichzeitig die Grundlage für ein einheitliches Vorgehen zur Wahrung des türkischen Staatskredits zu gewinnen, hatten wir uns den Vorschlag zurechtgelegt, die Franzosen möchten uns ihre Beteiligung an der Bagdadgesellschaft, verbunden mit ihrer Beteiligung an der Baugesellschaft und mit

* Neuernannter Generaldirektor der Ottomanbank.
** Vgl. Nr. 11 500.
*** Die am 19. Mai dem Auswärtigen Amt überreichte Aufzeichnung der Deutschen Bank behandelt die Besprechungen, die zwischen ihren Vertretern, den Direktoren von Gwinner und Helfferich, und den Vertretern der französischen Gruppe Auboyneau, Révoil und Graf Vitali am 15. und 16. Mai in Frankfurt a. M. stattfanden. Der erste, hier ausgelassene Teil der Aufzeichnung betrifft die rein technische Seite der Verhandlungen.

ihrer Verpflichtung zur Übernahme von 30% der Bagdadanleihen, zurückgeben, während wir ihnen andererseits die Tranche II der türkischen Zollanleihe von 1911, auf die wir zu billigen Bedingungen die Option besitzen, überlassen hätten. Durch eine solche Einigung wäre einmal der anormale Zustand beseitigt worden, daß die Franzosen im Bagdadunternehmen mit einer erheblichen Quote beteiligt sind, ohne irgendwie etwas Fruchtbares zu leisten; ein Zustand, der der Gruppe der Ottomanbank fortgesetzte Angriffe der französischen Chauvinisten einträgt und uns analogen Angriffen seitens der Alldeutschen aussetzt. Wir hätten ferner durch die uns zur Verfügung zu stellende Quote der Franzosen die Möglichkeit gewonnen, solche deutsche Gruppen, die bisher dem Bagdadunternehmen fernstanden, für dieses zu interessieren. Wir hätten schließlich durch die Überlassung der Tranche II der türkischen Zollanleihe den deutschen Markt entlastet, ohne uns etwas zu vergeben; denn durch die gleichzeitige Übernahme des französischen Anteils an Bagdad hätten wir gezeigt, daß die Überlassung der Tranche II an die Franzosen nicht ein Ausfluß unserer Schwäche ist, sondern vielmehr eine Besiegelung des Zusammenwirkens der deutschen und französischen Finanz zur Erhaltung des türkischen Staatskredits bedeute.

Bei dem Gang, den die gemeinschaftlichen Besprechungen nahmen, war es nicht möglich, auf dieses Ziel loszugehen. Nur nebenbei und außerhalb der Verhandlungen machte Herr von Gwinner Herrn Auboyneau eine Andeutung über unsere Bereitwilligkeit, den französischen Anteil an Bagdad zurückzunehmen. Aber diese Andeutung stieß keineswegs auf Gegenliebe. Herr Auboyneau verhielt sich vielmehr ablehnend, obwohl die erste Anregung zu unserem Vorschlag von Vitali ausgegangen war, der sich anläßlich der letzten Besprechungen zu dieser Anregung für autorisiert erklärt hatte. Herr Graf Vitali versichert auch jetzt noch, daß ein großer Teil des Verwaltungsrates der Ottomanbank im Gegensatz zu Herrn Auboyneau bereit sei, uns den französischen Anteil an Bagdad zu überlassen. Ob dem so ist oder nicht, mag dahingestellt bleiben. Nachdem Herr Auboyneau uns gegenüber keine Neigung gezeigt hatte, diesen Weg zu betreten, nachdem er vielmehr uns gebeten hatte, an Stelle des bisherigen Generaldirektors der Ottomanbank, Herrn Deffès, seinen Nachfolger, Herrn Révoil, in den Verwaltungsrat der Bagdadeisenbahngesellschaft zu wählen, blieb uns keine Möglichkeit, als dieses Thema zu verlassen. Unter diesen Umständen konnten wir unsere Geneigtheit, eventuell die zweite Tranche der Zollanleihe an die Franzosen abzutreten, auch nicht einmal andeutungsweise vorbringen, wenn wir nicht den Eindruck erwecken wollten, daß wir nicht imstande seien, die mit dem Abschluß der Zollanleihe befolgte Politik durchzuhalten, so daß wir also uns gezwungen sähen, vor den Franzosen zu kapitulieren.

Die kurze Unterhaltung über das eventuelle Ausscheiden der Franzosen aus dem Bagdadunternehmen brachte im übrigen eine nicht uninteressante Tatsache zu unserer Kenntnis. Nach Abschluß der Verträge von 1908 über den Weiterbau bis nach Helif haben wir den Franzosen die Aufrechterhaltung ihrer 30% Beteiligung an dem Baugeschäft für die neuen Strecken und an der Emission der Serien II und III der Bagdadanleihe angeboten, und zwar in einer Form, die erkennen ließ, daß wir nach unserer Auffassung zu dieser Weiterbeteiligung der Franzosen nicht verpflichtet waren. Herr Auboyneau erzählte jetzt, daß er einen Augenblick gezweifelt habe, wie er sich verhalten solle, und ob er nicht am besten die Gelegenheit benutze, aus Bagdad herauszugehen. In seinen Zweifeln habe er sich an das Ministerium des Auswärtigen gewendet, und dort habe man den Wunsch ausgesprochen, daß die französische Gruppe die angebotene Weiterbeteiligung im Bagdadgeschäft annehme und in der Bagdadgesellschaft verbleibe.

Wir haben den Eindruck, daß die Franzosen sich bei den Konferenzen durchaus von Révoil beherrschen ließen, und daß es Révoil nicht auf finanzielle und wirtschaftliche Gesichtspunkte ankommt, sondern daß er einzig und allein von politischen Motiven bestimmt wird. Ob in der Türkei nützliche Arbeit geleistet wird oder nicht, ob die Türkei finanziell zu Kräften kommt oder ihrem Ruin entgegengeht, ist Herrn Révoil gleichgültig. Er will für seine Person politische Erfolge erzielen, und zwar indem er den deutschen Erbfeind auf türkischem Boden bekämpft.

Mit einem solchen Geist ist nicht zu paktieren. Wir werden uns deshalb darauf einrichten müssen, die französischen Pläne weiter zu bekämpfen, in der Hoffnung, daß die Franzosen, wenn sie auf unserer Seite einen entschlossenen Widerstand sehen, sich schließlich doch noch eines Besseren besinnen werden.

Nr. 11 501

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 15 Pera, den 19. Juni 1911

An Deutsche Bank für Herrn von Gwinner.

In gestriger Besprechung mit Nail Bey* teilte mir dieser mit, daß Franzosen mit größtem Nachdruck auf Abschluß der 25-Mil-

* Türkischer Finanzminister, Nachfolger Dschawid Beys.

lionen-Pfund-Türkisch-Anleihe bestehen. Nail ist jedoch im Verein mit Dschawid Bey und den hier anwesenden Ministern entschlossen, sich auf nichts einzulassen. Er hat sich vollkommen der von mir vertretenen Auffassung angeschlossen, daß vor Erschließung der neuen Einnahmequellen, insbesondere vor Einführung vierprozentigen Zollzuschlags und vor Sicherstellung der Deckung Budgetdefizits für die nächsten Jahre an große Eisenbahnanleihe nicht herangegangen werden darf. Falls Zollerhöhung bis Ende Finanzjahres nicht zustande komme, will Nail Ausgabe auf das Allernotwendigste beschränken und auch Ausgaben für an sich nützliche und dringende Zwecke zurückstellen. Nail hofft äußerstenfalls mit Ausgabeetat von 32 Millionen Pfund auskommen und bei steigender Einnahme Defizit auf ein Minimum beschränken zu können.

Den Franzosen ist also zunächst der Weg blockiert, und es ist, soweit möglich, dafür zu sorgen, daß sie ihre Eisenbahnpläne nur im Wege einer Verständigung mit uns erreichen können. Sowohl Herr Bompard als Herr Révoil hat nach Schilderung Nails in diesen Tagen gegenüber Türken außerordentlich ungeschickt operiert. Herr Bompard hat sogar fertiggebracht, Finanzminister Vorhaltung zu machen, daß er wegen Anleihe zweiundeinhalb Millionen Pfund Türkisch mit Rouvier-Gruppe ohne vorherige offizielle Befragung französischer Regierung unterzeichnet hat. Nail hat diese Ingerenz entschieden zurückgewiesen und erklärt, bei Beharren Botschafters auf diesem Standpunkt wird er die Rückgabe des Anleihevertrags verlangen. Helfferich.

Miquel

Nr. 11 502

Aufzeichnung des Direktors der Deutschen Bank Helfferich

Ausfertigung

Berlin, den 6. Juli 1911

Die konkrete Aufgabe, die während meines Aufenthalts in Konstantinopel zu lösen war, bestand in der Einigung mit der türkischen Regierung über die Verlängerung der Option auf die II. Tranche der Zollanleihe von 1911 bis zu dem im Anleihevertrag bereits vorgesehenen Termin vom 14. März 1912 sowie über die Bedingungen der auf die Optionstranche von dem Konsortium der türkischen Regierung zu gewährenden Vorschüsse. Die Lösung dieser Aufgabe bot keinerlei Schwierigkeiten, so daß die materielle Einigung bereits in meiner ersten Unterhaltung mit dem Finanzminister, die am Tage meiner Ankunft stattfand, erzielt wurde. Der Finanzminister erkannte unser Recht auf Verlängerung der Option bis zu dem genannten

Termin an; die Bedingungen, die wir für den Vorschuß anboten — 5% Zinsen bis zum 14. November, 5½% vom 14. November bis zur Zurückzahlung und ⅛% Kommission —, erschienen den Türken als kulant, zumal da sie sich an die in den Verträgen vom vorigen November vorgesehenen Bedingungen für die eventuelle Verlängerung des damals gewährten Vorschusses anlehnen und im einzelnen eher etwas günstiger sind.

Die Verhandlungen über Option und Vorschuß gaben Gelegenheit zu einer eingehenden Besprechung der finanziellen Situation der Türkei und der Intentionen der türkischen Finanzpolitik.

Was die Finanzlage des türkischen Staatsschatzes anlangt, so weist das Budget für das laufende Finanzjahr (1327) im ordentlichen und außerordentlichen Etat ein Defizit auf von mehr als 12 Millionen Ltqs. In Wirklichkeit wird jedoch aller Voraussicht nach der Fehlbetrag wesentlich geringer sein; denn einmal sind die Einnahmen vorsichtig veranschlagt, so daß nach den bisher bereits vorliegenden Ergebnissen mit einer Steigerung von 1½ bis 2 Millionen Ltqs. gerechnet werden kann; auf der anderen Seite erklärt der Finanzminister, daß nicht unerhebliche Beträge der im Budget bewilligten Kredite im laufenden Finanzjahr zweifellos nicht verausgabt werden können. Zur Deckung des verbleibenden Defizits steht zur Verfügung

1) der Erlös der II. Tranche der Zollanleihe, auf die wir jetzt M. 55 000 000 Vorschüsse gewähren, mit rund 3,2 Millionen Ltqs.;

2) verfügte der Staatsschatz bei Beginn des neuen Finanzjahres über einen Kassenbestand von zirka 2½ Millionen Ltqs.;

3) kann er bei der Ottomanbank auf Kontokorrent über 1½ Millionen Ltqs. verfügen.

Immerhin wird auch im günstigsten Falle noch ein ungedeckter Betrag von vielleicht 2 Millionen Ltqs. verbleiben, für den zunächst eine Deckung nicht vorhanden ist, und der Finanzminister hätte es deshalb gern gesehen, wenn wir den Betrag der II. Tranche der Zollanleihe erhöht hätten. Ich habe ihm dies jedoch ausgeredet, nicht nur weil es für uns aus verschiedenen Rücksichten unbequem wäre, sondern auch weil die nachträgliche Erhöhung des Optionsbetrages einen für die türkischen Finanzen ungünstigen Eindruck machen würde. Die Türkei kann sich über den ungedeckt bleibenden Fehlbetrag zunächst zweifellos in ausreichender Weise durch Begebung kurzfristiger Schatzscheine hinaushelfen.

Der Finanzminister zeigte ernstliche Sorgen, wie künftighin sich die türkischen Finanzverhältnisse gestalten ließen. Auch bei der strengsten Sparsamkeit und bei der denkbar günstigsten Entwickelung der bestehenden Einnahmen wird noch für mehrere Jahre hinaus mit einem wenn auch bescheideneren Defizit zu rechnen sein. Dies Defizit wird nur durch Anleihen gedeckt werden können, deren

Verzinsung natürlich eine weitere dauernde Belastung des Budgets bilden wird. Außerdem steht die türkische Finanzverwaltung vor der Frage, ob und wo und zu welchen Bedingungen sie künftige Anleihen wird unterbringen können.

Die französische Politik, und in ihrem Schlepptau die Gruppe der Ottomanbank, sucht diese Situation auszunutzen, um von der Türkei Zugeständnisse zu erzwingen, die als Kompensation für die von den deutschen Interessenten in den letzten Jahren erzielten Erfolge gelten können. Diesem Zweck dient hauptsächlich das französische Projekt einer Anleihe von 25 Millionen Pfund, deren Ertrag ausschließlich für öffentliche Arbeiten, vorwiegend Eisenbahnen, deren Bau und Betrieb hauptsächlich den Franzosen übertragen werden soll, Verwendung zu finden hätte. Es handelt sich dabei um die bei den Frankfurter Besprechungen* erörterten französischen Projekte in Nordostanatolien und Albanien. Die Franzosen möchten die Annahme dieser Forderungen zur Voraussetzung dafür machen, daß für die Zukunft der französische Markt für türkische Werte wieder geöffnet wird. Dies hat Herr Révoil auch jetzt wieder in Konstantinopel mir gegenüber ganz deutlich und wiederholt ausgesprochen.

Ich habe meinen Aufenthalt in Konstantinopel benutzt, um nicht nur beim Finanzminister, sondern auch im Arbeitsministerium und an anderen einflußreichen Stellen — so bei Dschawid Bey und bei Hilmi Pascha — der Überzeugung zur Herrschaft zu verhelfen, daß die Annahme der französischen Forderungen in der gegenwärtigen Situation für die Türkei die akute Gefahr des finanziellen Ruins bedeute, daß über die von Frankreich betriebenen Eisenbahnkonzessionen nur im Zusammenhang mit einer gleichzeitigen Sicherstellung der türkischen Finanzen verhandelt werden könne, und daß ein solches umfassendes finanzielles Programm allein eine sachgemäße und planmäßige Durchführung der für die wirtschaftliche Entwickelung des Landes erforderlichen öffentlichen Arbeiten ermögliche.

Ich glaube, die Türken haben begriffen, daß die 25-Millionen-Anleihe das türkische Budget sofort mit einer sehr erheblichen Zinsenlast beschweren würde, ohne daß der Staatsschatz für die nächsten acht bis zehn Jahre auf eine direkte oder indirekte Rente der nach den französischen Vorschlägen zu investierenden Kapitalien zu rechnen hätte. Bei dem ohnedies vorhandenen Defizit des ordentlichen Budgets lassen sich Ausgaben größeren Umfanges auch für die an sich nützlichsten öffentlichen Arbeiten nur dann rechtfertigen und ertragen, wenn gleichzeitig die Türkei die Sicherheit bekommt, daß die Mächte der Schaffung der in Aussicht genommenen neuen Einnahmequellen (4 % Zollerhöhung, Fremdenbesteuerung etc.) zustimmen, und wenn gleichzeitig mit den finanziellen Abmachungenen

* Vgl. Nr. 11500.

betreffend Beschaffung der Mittel für die öffentlichen Arbeiten auch die Deckung des für die nächsten Jahre noch unvermeidlichen Defizits sichergestellt wird. Dies kann am besten geschehen im Weg einer großen internationalen Anleihe von zirka 50 Millionen Ltqs., von der bis zu 15 Millionen Ltqs. für die Deckung des Defizits der nächsten Jahre zu verwenden wären, während der Betrag von zirka 35 Millionen Ltqs. für die Durchführung eines planmäßigen und auf eine Anzahl von Jahren verteilten Programms öffentlicher Arbeiten (Eisenbahnen, Hafenanlagen, Bewässerungsanlagen etc.) zur Verfügung stehen würde.

In den wiederholten Unterhaltungen mit dem Finanzminister Nail Bey hatte ich das Gefühl, daß dieser von der Richtigkeit der von mir dargelegten Gesichtspunkte sich vollkommen überzeugt hat. Er hat mir gegenüber erklärt, entschlossen zu sein, im Falle der Nichtgewährung der neuen Einnahmequellen seitens der Mächte die Staatsausgaben auf das äußerste zu beschränken. Er hoffe, bei Anwendung möglichster Sparsamkeit den Ausgabenetat des ordentlichen Budgets, der heute etwa 35 Millionen Ltqs. beträgt, auf 32 Millionen Ltqs. herunterschneiden zu können, während bei den Einnahmen, die heute auf zirka 28 Millionen Pfund veranschlagt sind, eine Steigerung auf 30 Millionen Ltqs. bereits im nächsten Jahre nach seiner Ansicht zu erwarten ist. Solange die neuen Einnahmen nicht bewilligt sind, werde er von allen großen außerordentlichen Ausgaben, auch von solchen für an sich produktive Zwecke, Abstand nehmen. Bei Durchführung seiner Politik schätze er den Betrag, der in den nächsten vier bis fünf Jahren zur Deckung des Defizits insgesamt noch erforderlich sein werde, auf etwa 9 Millionen Ltqs. Solange also die neuen Einnahmequellen nicht existierten, und solange nicht eine Sicherheit hinsichtlich der Deckung des Defizits der nächsten Jahre erlangt sei, werde er sich dem Abschluß der von den Franzosen betriebenen Anleihe- und Eisenbahnverträge auf das äußerste widersetzen. In diesem Sinne hat der Finanzminister auch einen Bericht an den beim Sultan in Mazedonien weilenden Großwesir erstattet.

Gleichfalls in diesem Sinne hat er auch gegenüber den Herren Révoil und Bompard Stellung genommen. Herr Révoil, der zufällig am gleichen Tage wie ich, aber um einige Stunden später in Konstantinopel eintraf, brachte offenbar die Überzeugung mit, daß der 25-Millionen-Vertrag auf keinerlei weitere Schwierigkeiten ernstlicher Natur stoßen werde. Er hat sich aber bei dem Finanzminister, dem gegenüber er gleichfalls von den für Frankreich erforderlichen Kompensationen sprach, eine kühle Ablehnung geholt.

Auch Dschawid Bey hat sich schließlich mir gegenüber zu der Ansicht bekannt, daß eine isolierte Abmachung mit den Franzosen über die 25-Millionen-Anleihe und die zugehörigen Eisenbahnkonzessionen bei dem Stande der türkischen Finanzen nicht möglich ist.

Ich hatte den Eindruck, daß ihm dieses Zugeständnis nicht leicht wurde, und daß er zur Zeit seiner Ministerschaft sich den Franzosen gegenüber in Sachen der 25-Millionen-Anleihe ziemlich weit engagiert haben muß. Das gleiche scheint übrigens beim Großwesir Hakki Pascha der Fall zu sein. Dschawid Bey hat sich jetzt auch Nail Bey gegenüber, wie dieser mir erklärte, zu meiner Auffassung bekannt.

Die von mir im Arbeitsministerium angetroffene Stimmung war naturgemäß auf einige Nuancen von derjenigen des Finanzministers verschieden. Der Unterstaatssekretär Hulussi Bey (er ist inzwischen zum Arbeitsminister ernannt worden) und der Generaldirektor der Eisenbahnabteilung Muchtar Bey, mit denen ich verhandelte, sehen es natürlich, als ihre Aufgabe an, möglichst rasch für das Land ein möglichst ausgedehntes Netz von Eisenbahnen zu sichern. Die finanziellen Erwägungen kommen für sie erst in zweiter Linie. Sie verhandeln mit den Vertretern der französischen Gruppe, weil sie, wie die Dinge stehen, bei diesen die größte Chance sehen, rasch vorwärts zu kommen; aber es stellte sich heraus, daß sie keineswegs von besonderem Vertrauen und besonderer Sympathie für die Franzosen beseelt sind.

Beide Herren interessierten sich sehr intensiv für die Potsdamer Abmachungen zwischen der deutschen und russischen Regierung*, und namentlich Muchtar Bey sprach sehr deutlich aus, daß sein Verhalten gegenüber dem Chesterprojekt**, gegen das er ein sehr scharfes Gutachten verfaßt hat, sowie gegenüber den Projekten der Franzosen natürlich ganz wesentlich davon beeinflußt werden müsse, ob Deutschland sich für die Gebiete östlich der Bagdadbahn und nördlich der Linie Bagdad—Chanikin die Hand gebunden habe. Ich habe die Herren über diesen Punkt nach Möglichkeit beruhigt.

Die Herren legten mir weiterhin sehr deutlich nahe, ob wir uns nicht für die Eisenbahnen in Nordostanatolien in Konkurrenz mit den Franzosen interessieren wollten. Ich wich aus unter Hinweis auf die großen Aufgaben, die wir im Laufe der nächsten sechs Jahre zu erfüllen hätten, auf den Ausbau der Bagdadbahn, des Hafens von Alexandrette, der Linie Adabasar—Boli, auf die Herstellung des doppelten Gleises auf unserer Vorortstrecke, auf die sehr umfangreichen und kostspieligen Verstärkungsarbeiten der Linie Haidar Pascha—Konia, auf die Bewässerung der Adanaebene etc.

Es ergab sich, daß die Herren gegenüber den Franzosen von dem größten Mißtrauen erfüllt sind. Muchtar Bey sagte mir, daß eine Reihe von Wünschen technischer Natur, die während der Verhand-

---

* Vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCXVIII.

** Näheres darüber bei H. Schmidt, Das Eisenbahnwesen in der asiatischen Türkei, S. 31 f.; Edward Mead Earle, Turkey, The Great Powers and The Bagdad Railway, p. 339 ff.

lungen von den Franzosen geäußert worden seien, nachweisbar auf direkte Instruktionen des russischen Generalstabs zurückzuführen sei. Unter diesen Umständen wolle das Arbeitsministerium die Eisenbahnen zur Not zwar von den Franzosen bauen lassen, wenn sie nämlich keine Aussicht sähen, anderwärts das Geld für den Bau zu beschaffen; jedoch möchten sie unter allen Umständen den Franzosen den Betrieb der Eisenbahnen vorenthalten. Diesem Zweck soll ein sehr komplizierter Vertragsentwurf dienen, in den mich Hulussi Bey einen Blick hat werfen lassen.

Was die Donau—Adria-Bahn anlangt, auf die von französischer Seite so großer Wert gelegt wird, so gaben Hulussi und Muchtar ohne weiteres zu, daß das Kabinett und insbesondere der Großwesir für die nördliche Trace seien, und daß sie wiederholt die Aufforderung erhalten hätten, die Bearbeitung des Projektes und die Verhandlungen mit den Franzosen über dieses Projekt zu beschleunigen. Beide Herren bekannten sich gleichzeitig als Gegner der nördlichen Trace, ein Standpunkt, den auch der Finanzminister Nail Bey einnimmt.

Auch die finanzielle Seite der Eisenbahnprojekte wurde eingehend erörtert, und ich glaube auch bei Hulussi und Muchtar die Überzeugung geweckt zu haben, daß, solange die allgemeine finanzielle Situation der Türkei nicht geklärt ist, eine dilatorische Behandlung der französischen Eisenbahnwünsche die einzige Politik ist, die zu einem Erfolg führen kann.

Eine volle und rückhaltlose Zustimmung fand ich bei Hilmi Pascha, der als Berichterstatter der Budgetkommission des Senats in finanziellen Dingen eine immerhin nicht unbedeutende Rolle spielt, und der immer noch als einer der aussichtsreichsten Kanditaten für den Posten des Großwesirs im Falle des Rücktritts von Hakki Pascha gilt. Hilmi Pascha sagte mir, daß er in dem für die Budgetkommission erstatteten Bericht an den Senat sich durchaus in dem Sinne meiner Ausführungen ausgesprochen habe, und daß er insbesondere dagegen Stellung nehme, jetzt größere außerordentliche Ausgaben für öffentliche Bauten etc. zu bewilligen, wenn nicht vorher die neuen Einnahmequellen gesichert seien. Er erzählte mir auch, daß er tags zuvor den Besuch des französischen Botschafters gehabt habe, der bemüht gewesen sei, seine Unterstützung für das 25-Millionen-Projekt zu gewinnen; er habe jedoch Herrn Bompard geantwortet, daß, selbst wenn die Regierung der Kammer ihre Zustimmung geben sollte, der Senat sich auf das äußerste widersetzen werde.

Herrn Révoil und ebenso die Vertreter der Vitalischen Unternehmungen Sallandrouze de Lamornaix und Delaunay habe ich erst besucht, nachdem ich mit dem türkischen Finanzminister über alle Einzelheiten der Abmachung betreffend Option und Vorschuß einig war, und nachdem ich durch meine Besprechungen mit den verschiedenen türkischen Instanzen die Sicherheit gewonnen hatte, daß den fran-

zösischen Bestrebungen, jetzt kurzerhand die 25-Millionen-Anleihe mit den zugehörigen Eisenbahnprojekten durchzusetzen, ein Riegel vorgeschoben sei.

Meine Zurückhaltung gegenüber den Franzosen sollte auch die Wirkung haben, den Franzosen zu zeigen, daß auf unserer Seite keineswegs ein allzugroßes „empressement" für eine Fortsetzung der Frankfurter Besprechungen* bestehe.

Ich glaube, diesen Zweck erreicht zu haben; Herr Weyl, Generaldirektor der Tabakregie, ein französischer Elsässer, den ich am sechsten Tag meiner Anwesenheit sah, fragte mich nach einer längeren Unterhaltung über die Tabakfrage: „Est-ce-que vous n'avez pas à causer avec nos voisins?" Der Nachbar ist die Ottomanbank. Im Anschluß an diese Frage legte er mit viel Eindringlichkeit die Gründe dar, die für eine Verständigung zwischen uns und den Franzosen über ein gemeinschaftliches Vorgehen mit der Türkei sprechen.

Bei Herrn Révoil fand ich die freundlichste Aufnahme. Nach der Unterhaltung über die allgemeine finanzielle Situation lenkte er selbst das Gespräch auf die Frankfurter Besprechung, mit der deutlichen Absicht, bestimmte Eindrücke, die dort durch ihn hervorgerufen waren, zu verwischen. Die Eisenbahnfragen, über die man dort nicht habe einig werden können, seien doch schließlich nur Fragen dritter Ordnung, und wenn man die Verhältnisse durch Techniker und Geographen genauer studieren lasse, werde man wohl die Grundlage für eine Verständigung über diese Punkte finden. Wesentlich sei für ihn nur, daß Frankreich nach den großen Erfolgen, die wir erzielt hätten, eine Art „satisfaction de l'amour propre" bekomme, die es ihnen erleichtern werde, mit uns zusammenzugehen. Ich antwortete, daß die Forderung von Kompensationen, wie wir bereits in Frankfurt erklärt hätten, für uns nicht diskutabel sei. Die französischen Unternehmungen hätten heute bereits in der Türkei große und wichtige Gebiete für sich belegt, so nahezu ganz Syrien und das nordwestliche Kleinasien. Wir wollten uns ihnen nicht in den Weg stellen, wenn sie dort ihre Interessen ausbauen wollten, hätten auch nichts dagegen, daß sie sich in Nordostanatolien und in Albanien, beides Gebiete, in denen sie bisher mit keinem Fuß gewesen, neue Tätigkeitsfelder schaffen wollten; nur müßten wir beanspruchen, daß sie mit ihren geplanten Eisenbahnunternehmungen nicht unsere bereits bestehenden Interessen verletzen, indem sie den Handel aus Gebieten, die heute unsere Eisenbahnen alimentierten, durch neue Linien ablenkten. Zum Beispiel würden wir uns gegen die nördliche Trace der Donau—Adria-Bahn im Interesse der Orientbahnen auflehnen müssen, ebenso gegen französische Zweiglinien nach Josgad, Caesarea und Diarbekr. Mein Eindruck war, daß die Franzosen um die Donau—Adria-Bahn ernstlich kämpfen werden, daß dagegen über die anderen in Frankreich streitig gebliebenen Linien

* Vgl. Nr. 11500.

eine Einigung unschwer zu erzielen ist. Dieser Eindruck hat sich in meinen späteren Unterhaltungen mit de Lamornaix und Delaunay bestätigt.

Herrn Révoils Haltung, die weit entgegenkommender war als in Frankfurt, war sichtlich beeinflußt durch die inzwischen von ihm gemachte Wahrnehmung, daß er gegen uns mit seinem 25-Millionen-Projekt bei den Türken nicht durchdringen werde. Er hatte natürlich Kenntnis von meinen Unterhaltungen mit dem Finanzminister und suchte gegen den von mir eingenommenen Standpunkt Einwendungen zu machen. Er mußte mir aber schließlich zugeben, daß eine Belastung der Türkei mit einer neuen großen Anleihe ohne gleichzeitige Schaffung neuer Einnahmequellen und ohne Vorkehrung für die Deckung des Defizits die Türkei auf die schiefe Ebene des finanziellen Ruins dränge. Er machte das Zugeständnis in der Form, daß er sagte: „Peut-être vous avez raison, mais ce n'est pas à vous de donner de tels conseils aux Turques." Wenn wir den Türken eine solche Haltung suggerierten, so könne dies den Eindruck des Versuchs einer Pression gegenüber Frankreich machen, und das sei einer Einigung nur schädlich.

Bei einer Fortsetzung der Unterhaltung am nächsten Tage diskutierten wir ausführlicher die Möglichkeit einer großen internationalen Anleihe zum Zweck der Deckung des Defizits und der Beschaffung der Mittel für die erforderlichen öffentlichen Arbeiten. Herr Révoil sah Schwierigkeiten in einer Zulassung des gesamten Betrages auf den verschiedenen Märkten, da dann Frankreich die ganze Last allein zu tragen hätte und wir uns auf dem Rücken Frankreichs entlasten könnten. Ich machte ihm folgende Gegenrechnung auf: Für die Deckung des Defizits sind seit dem neuen Regime von Deutschland aufgebracht worden im Jahre 1908 1½ Millionen Ltqs., im Jahre 1910 7 Millionen Ltqs., im Jahre 1911 5 Millionen Ltqs., zusammen 12½ Millionen Ltqs. Dagegen hat Frankreich bisher zur Deckung des türkischen Defizits nur seinen Anteil an der Anleihe von 1908 mit 1½ Millionen Ltqs. und die Anleihe von 1909 mit 7 Millionen Ltqs., zusammen 8½ Millionen Ltqs. beigesteuert. England hat bisher überhaupt nur seine Quote an der 1908er Anleihe mit 1½ Millionen Ltqs. aufgebracht. Von den insgesamt bisher zur Deckung des Defezits beschafften 22½ Millionen Ltqs. hat Deutschland allein beträchtlich mehr als die Hälfte auf sich genommen. Wenn künftighin nach den Schätzungen von Nail weitere 9 Millionen oder vielleicht auch weitere 15 Millionen Ltqs. zum Ausgleich des Defizits erforderlich sein werden, so würde Deutschland mit dem, was es bisher geleistet hat, jetzt schon die volle auf Deutschland entfallende Quote gedeckt haben. Es kann also niemand verlangen, daß Deutschland einen Teil des Betrages der Gesamtanleihe, der für die Deckung des Defizits bestimmt ist, noch hinzu übernimmt. Was ferner

---

* Vgl. Nr. 11 500.

denjenigen Teil der Anleihe, der für öffentliche Arbeiten bestimmt ist, anlangt, so kann die Frage offen bleiben, welcher Betrag hiervon auf Deutschland entfallen wird. Die Arbeiten, die uns während der nächsten sechs Jahre beschäftigen werden, finden großenteils ihre Finanzierung durch uns außerhalb der geplanten großen Anleihe; so die Fortsetzung der Bagdadbahn, der Hafen Alexandrette, die Linie Adabasar—Boli etc. In der Hauptsache werden es die Franzosen sein, die aus dem Ertrag der neuen Anleihe Aufträge und öffentliche Arbeiten bekommen. Es ist also durchaus angezeigt, daß der französische Markt die Hauptlast der neuen Anleihe trägt. Aber sowohl für die Türken als auch für die einzelnen in Betracht kommenden Märkte würde es ein großer Fortschritt und ein großer Vorteil sein, wenn für die neue Anleihe ebenso wie für die unifizierte Schuld ein internationaler Markt von vornherein geschaffen wird.

In Sachen der Bagdadbahn sprach sich Herr Révoil entschieden gegen unseren Vorschlag, den Franzosen ihre Beteiligung zurückzunehmen, aus. Die französische Gruppe habe von Anfang an an dem Bagdadgeschäft mitgewirkt, und er wolle ganz offen sagen, daß auch seine Regierung wünsche, daß die Gruppe der Ottomanbank in dem Bagdadgeschäft bleibe. Er verstehe auch nicht, warum wir die von beiden Seiten erstrebte Entente mit einer „séparation" in Sachen Bagdad einleiten wollten.

Meine Antwort war: Unser gegenseitiges Verhältnis in dem Bagdadunternehmen sei ein durchaus anomales und unhaltbares. Auf der einen Seite werde uns von den Franzosen die Bagdadeisenbahn als ausschließlich deutsches Unternehmen und ausschließlich deutscher Erfolg vorgehalten, während die Franzosen in der Bagdadeisenbahngesellschaft und allen mit dieser in Zusammenhang stehenden Gesellschaften mit 30 Prozent beteiligt seien. Auf der anderen Seite hätten die Franzosen aus dieser ihrer dreißigprozentigen Beteiligung Anspruch auf ihren Anteil an allen sich aus dem Unternehmen ergebenden Gewinnen aus den Finanz- und Baugeschäften, ohne daß die französische Gruppe bisher das mindeste für das Bagdadunternehmen geleistet habe, und während die französische Politik das Unternehmen sogar ganz offensichtlich bekämpfe*. Unter diesen Umständen sei eine reinliche Scheidung in der Tat die beste Lösung.

Herr Révoil, der sich der Durchschlagskraft dieser von uns bereits in Frankfurt vorgebrachten Argumente nicht entziehen konnte, entgegnete, bei gutem Willen müsse sich doch auch ein anderer Weg als die Trennung finden lassen, und es würde uns doch wohl nicht schwer fallen, ihnen auf einem anderen Boden Vorschläge zu machen.

Ich antwortete, daß ich mir nur eine einzige Lösung auf anderem Boden denken könne, und die sei, daß die Franzosen die ihrer Be-

* Vgl. Bd. XXVII, Kap. CCXVI.

teiligung an dem Bagdadgeschäft entsprechenden Leistungen auf sich nehmen würden. Die Leistung liege hauptsächlich in der Aufbringung der Mittel für den Bau der Bagdadbahn. Bisher seien siese Mittel ausschließlich in Deutschland aufgebracht worden. Wenn Frankreich es übernehme, die seiner Beteiligung entsprechenden 30 Prozent der Bagdadanleihen auf Märkten außerhalb Deutschlands — sei es mit, sei es ohne Kote auf dem Pariser Markt — effektiv zu placieren, so sei dies gleichfalls eine Wiederherstellung einer normalen Situation. Herr Révoil erkundigte sich, ob es möglich sei, besondere Serien der Bagdadanleihe für die Unterbringung durch die französische Gruppe auszuscheiden, was ich natürlich bejahte.

Die Idee an sich schien Herrn Révoil einzuleuchten. Herr Révoil stellte weiter die Frage, ob in Verbindung einer solchen Kombination auch für die französische Gruppe ein aktiverer Anteil an der Leitung des Bagdadgeschäfts erreicht werden könnte, worauf ich erwiderte, daß für uns jede Änderung in der Frage der Quoten im Bagdadgeschäft sowie jede Änderung der Organisation der Gesellschaft ausgeschlossen sei. Die Franzosen hätten in dem Geschäft ein Minoritätsinteresse, das wir bereit seien zurückzunehmen; wenn sie es aber aufrechterhalten wollten, so müßten sie uns als dem ursprünglichen Inhaber der Konzession und dem Inhaber der Majorität die Leitung der Geschäfte überlassen, wie dies unbedenklich bei allen anderen Unternehmungen dieser Art, wo nicht die Politik in den Vordergrund geschoben werde, geschehe.

Herr Révoil meinte schließlich, daß die Möglichkeit, auf dieser Basis sich über Bagdad zu verständigen, wohl nur im Zusammenhang mit einer Einigung über die künftige große Türkenanleihe und über das allgemeine Arbeitsprogramm der Türkei erfolgen könne. Er werde eingehend über unsere Unterhaltung nach Paris berichten, und er hoffe, daß man dort gelegentlich der Anwesenheit des Herrn von Gwinner zu Anfang Juli einen Schritt weiterkomme*.

Meine Unterhaltungen mit den Herren des Vitalischen Kreises ergaben mit aller Deutlichkeit, daß man dort über den Ausgang der Frankfurter Besprechungen** schwer enttäuscht war. Herr Sallandrouze de Lamornaix erklärte mir, daß er nach den Mitteilungen, die er über die Besprechungen des Herrn Vitali mit Herrn von Gwinner und mit mir erhalten habe, mit seinen Freunden überzeugt gewesen sei, daß die Frankfurter Besprechung eine vollständige Einigung herbeiführen werde. Er ließ es an Seitenhieben auf die Leute, die die Politik in die Geschäfte hineintragen, nicht fehlen und bezeichnete die in Frankfurt zutage getretenen Differenzen als so gering, daß daran die Verständigung unter keinen Umständen hätte scheitern dürfen. Im weiteren

---

* Vgl. die folgende Nummer.
** Vgl. Nr. 11500.

Verlauf der Unterhaltung ließ er erkennen, daß in bezug auf die in Anatolien streitigen Linien auf ein Nachgeben der Vitalischen Gruppe gerechnet werden könne. Dagegen hält auch Sallandrouze an der nördlichen Trace der Donau—Adria-Bahn mit Hartnäckigkeit fest, während ich ihm erklärte, daß nach meiner Kenntnis der Personen und Verhältnisse die türkische Regierung nie und nimmer ihre endgültige Zustimmung zu dieser nördlichen Trace geben werde. Jedenfalls ist der Wunsch, möglichst bald neue Baugeschäfte zu erhalten, bei Vitali außerordentlich stark, und dieser Wunsch wird uns, wenn wir unsererseits fest bleiben, die Beseitigung der Schwierigkeiten, die von der französischen Regierung und von Herrn Révoil einer Einigung in den Weg gelegt werden, nur erleichtern.

Ich nahm von Konstantinopel den Gesamteindruck mit, daß die Türken sich in der gegenwärtigen Situation auf irgendwelche Separatabmachungen mit den Franzosen nicht einlassen werden, daß sie vielmehr die weiteren Eisenbahnbauten und die hierfür aufzunehmenden Anleihen im strengsten Zusammenhang mit der Frage der neuen Einnahmequellen und der Deckung ihres Defizits zu behandeln entschlossen sind; daß ferner die Franzosen sich davon haben überzeugen müssen, daß sie mit der von ihnen zunächst erstrebten satisfaction de l'amour propre nicht durchdringen werden, daß sie vielmehr in ihren auf die 25-Millionen-Anleihe und die zugehörigen Eisenbahnkonzessionen gerichteten Bestrebungen auf ein unübersteigbares Hindernis gestoßen sind, das nicht zum wenigsten mit auf unsere Bemühungen zurückgeht. Der Weg zu dem von den Franzosen erstrebten Ziel führt also, wie die Dinge heute liegen, nur durch eine Einigung mit uns.

Helfferich

Nr. 11 503

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel

Telegramm. Konzept

Nr. 100 Berlin, den 13. Juli 1911

Deutsche Bank bittet um Übermittelung folgenden Telegrammes an Günther*, Kontantinopel:

Der französische Ministerpräsident** hatte Gwinner bei Reorganisation der österreichischen Südbahn durch Einflußnahme auf die Vertretung der französischen Obligationäre wertvolle Unterstützung ge-

* Stellvertretender Generaldirektor der Anatolischen Bahnen und der Bagdadbahn.
** Caillaux.

währt, als er noch Finanzminister war, dafür hatte Gwinner ihm zu danken. Bei dieser Gelegenheit erzählte ihm Gwinner, daß wir der Ottomanbank die Rücknahme ihrer Beteiligung bei dem Bagdadgeschäft angeboten haben, und Gwinner bat Caillaux, uns auch in dieser Angelegenheit zu helfen und uns von einem Teilhaber zu befreien, welcher durch die Politik seines Landes verhindert sei, die auf seine Quote entfallenden Engagements zu erfüllen. Caillaux erwiderte, wir wollen aber nicht aus Bagdad ausscheiden, er halte es überhaupt für wünschenswert, daß angesichts der gleichartigen Interessen Deutschlands und Frankreichs im Orient eine Verständigung über die türkischen Geschäfte gesucht werde. Gwinner konnte erwidern, daß dies neuerdings unsererseits, wenn auch erfolglos, geschehen sei. Am nächsten Tage erklärte der Präsident der Ottomanbank Gwinner in Gegenwart Auboyneaus, wir hätten recht, aber im gegenwärtigen Augenblick* könne Ottomanbank uns Beteiligung nicht zurückgeben, weil der Bruch sehr üblen Eindruck machen müsse. Gwinner konnte nicht insistieren, erklärte aber, daß wir auf unsere Forderung zurückkommen würden. Weitere Verhandlungen in Fortsetzung Frankfurter Konferenz konnten also insbesondere auch angesichts politischer Konstellation nicht geführt werden. Herrn Vitali hat Gwinner nicht gesehen. Alles Vorstehende nur zu Euerer pp. Orientierung. Wir müssen also nach wie vor dahin wirken, daß Franzosen vor Verständigung mit uns kein fait accompli schaffen, auch keinen Vorstudienvertrag, noch provisorisches Arrangement treffen, welches mit Genehmigung der Zollerhöhung oder unter anderen Voraussetzungen in Kraft treten soll. Deutsariat.

Kiderlen

Nr. 11504

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 182 Therapia, den 14. Juli 1911

Nach Herrn Direktor Gross** hat mir nunmehr auch Herr Günther, Stellvertretender Generaldirektor der Anatolischen Bahnen und der Bagdadbahn, von seinen Besorgnissen wegen der Fortschritte der Verhandlungen über die französischen Eisenbahn- und Anleiheprojekte in der Türkei Kenntnis gegeben. Herr Günther hat aus seinen Gesprächen mit dem Finanzminister Nail Bey die Überzeugung geschöpft, daß die

* Am 1. Juli war der „Panther" vor Agadir erschienen. Vgl. Bd. XXIX, Kap. CCXXVIII.

** Direktor der Orientalischen Eisenbahnen.

Franzosen durch Vermittelung der Ottomanbank unter Fallenlassen der 25-Millionen-Anleihe einen neuen, umfassenderen und für die Hohe Pforte außerordentlich verlockenden Plan ausgearbeitet haben. Dieser läßt sich, ohne daß indessen die Einzelheiten schon völlig feststünden, etwa in folgender Weise darlegen:

Die Türkei, welche zurzeit ein jährliches Defizit von sechs Millionen aufzuweisen und damit etwa noch weitere fünf Jahre zu rechnen hat, glaubt eine jährliche Ersparnis von 1 bis 1½ Millionen Ltqs. erzielen und durch Neueinnahmen des erhofften Temettü* und der Zollerhöhung auf 15% jährlich 3 Millionen Ltqs. Mehreinnahmen gewinnen zu können. Es würde also nur ein Defizit von 2 Millionen Ltqs., das heißt auf fünf Jahre berechnet von 10 Millionen Ltqs. bis zum Jahre 1332 (1916) entstehen. Hierzu würden für Eisenbahnneubauten weitere 20 Millionen Ltqs. hinzutreten, so daß im ganzen ein Defizit von 30 Millionen Ltqs. zu decken wäre.

Zu diesem Zweck will Frankreich etwa 35 Millionen als Anleihe geben, wofür die vierprozentige Zollerhöhung und der Temettü-Ertrag als Sicherheit dienen sollen. Die Bereitwilligkeit der französischen Gruppe, auch den Banken anderer Staaten eine weitgehende Unterbeteiligung anzubieten, und die Bestimmung, daß die Eisenbahnkonzessionen nicht allein den Franzosen zufallen dürfen, soll die Fiktion aufrecht erhalten, daß Deutschland nur zugunsten der Türkei, nicht aber zugunsten der Franzosen auf die vier Prozent verzichtet habe. In dieser Hinsicht wollen sich Türken und Franzosen von vornherein gegen jeden von deutscher Seite ausgehenden Vorwurf schützen.

Die Verwirklichung dieses Projektes wäre zwar für die Türkei sehr nützlich, aber gleichzeitig den deutschen Interessen aus einem doppelten Grunde nachteilig. Zunächst auf wirtschaftlichem Gebiet, denn die Franzosen werden gar kein Interesse mehr an einer Aussprache mit den Anatoliern besitzen, wenn sie die 35-Millionen-Anleihe und die wichtigsten Eisenbahnen einmal unter Dach und Fach gebracht haben. Dies wäre um so bedauerlicher, als es mit Rücksicht auf die Lage des deutschen Geldmarktes nützlich erscheint, auf Grund einer Verständigung einen Teil der früheren und zukünftigen Bagdadanleihen auf den französischen Markt abzustoßen.

Sodann würde ein politischer Nachteil dadurch entstehen, daß Frankreich jedenfalls die nördliche Donau—Adria-Bahn durchsetzen würde, welche einen namhaften Erfolg der Ententepolitik und eine direkte Schädigung der österreichisch-ungarischen Interessen darstellen würde. Diese nördliche Donau—Adria-Linie, um welche sich mehr und mehr ein erbitterter Kampf unter den Großmächten entspinnt, bedeutet ferner einen Schaden für den Verkehr auf den Orientbahnen, an denen wir ebenfalls stark beteiligt sind.

---

* Kombination von Gewerbe- und Einkommensteuer.

Herr Günther würde es sehr wünschen, daß ich bei dem Herrn Großwesir über den Stand der Angelegenheiten Erkundigungen einziehe und namentlich feststelle, um welche Eisenbahnlinie es sich bei der neuen größeren Anleihe handle[1]. Da ein solcher Schritt aber leicht als eine Stellungnahme gegen die französischen Pläne hingestellt werden könnte[2] und ich nicht übersehe, ob er in diesem Augenblick vielleicht inopportun erscheint, da auch auf die Diskretion der Hohen Pforte nicht zu rechnen ist, wie sich dies bei der Chesterangelegenheit und den letzten Bagdadbahnverhandlungen zeigte, so habe ich geglaubt, nicht ohne Euerer Exzellenz hochgeneigte Ermächtigung bei dem Herrn Großwesir dieses Thema anregen zu sollen.

Miquel

Bemerkung von Kiderlens am Kopf des Schriftstücks:
Wir wollen auch die 4% nicht für französische Zwecke bewilligen. K.
Randbemerkungen von Kiderlens:
[1] Ja
[2] tut nichts

Nr. 11 505

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 148 Therapia, den 17. Juli 1911

Unter Bezugnahme auf den heute dort eingegangenen Bericht Nr. 182*.

In der Befürchtung, daß Großwesir sich in nächster Ministerratssitzung den Franzosen gegenüber irgendwie festlegen könnte, wünschen Anatolier und Deutsche Bank dringend, daß ich bei Großwesir auf Wahrung der deutschen Interessen bestehe und daran erinnere, daß wir nicht etwa zugunsten anderer Staaten auf die vier Prozent verzichtet haben.

Euere Exzellenz darf ich um telegraphische Weisung bitten, ob ich diesem Wunsch nachkommen kann.

Miquel

---

* Siehe Nr. 11 504.

Nr. 11 506

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 103 Berlin, den 18. Juli 1911

Antwort auf Telegramm 148*.

Einverstanden. Weisen Sie Großwesir ausdrücklich darauf hin, daß wir der Erhöhung der Zölle nicht zustimmen könnten, wenn dieselben für die Interessen anderer Unternehmungen verwandt würden, nachdem wir, um Türkei entgegenzukommen, auf unser Vorrecht verzichtet.

Kiderlen

Nr. 11 507

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 192 Therapia, den 21. Juli 1911

Der gestern von mir auf der Hohen Pforte wegen der französischen Anleihe und Eisenbahnpläne unternommene Schritt dürfte den Erfolg gehabt haben, daß der Herr Großwesir möglichst viel Rücksicht auf die Wünsche nehmen wird, welche Herr Huguenin vortragen will; er hat auch, wie ich annehmen zu können glaube, den Großwesir darin bestärkt, nicht irgendwelche Verpflichtungen einzugehen, die unseren Rechten entgegenstehen. Auf der anderen Seite hat der Herr Großwesir mehrere von mir vorgebrachte Punkte bestritten und sich auch trotz eingehender Erörterung nicht umstimmen lassen.

Ich begann damit, einige Aufklärungen über die französischen Eisenbahnpläne zu erbitten, mit denen sich zurzeit die Presse eifrig beschäftige, welche ferner auch naturgemäß die deutschen Finanzkreise interessieren müßten und schließlich zu der Befürchtung Anlaß gegeben hätten, daß die künftigen Einnahmen aus dem Temettü und aus den durch den Verzicht der Bagdadgesellschaft frei gewordenen 4% Zollerhöhung als Sicherheit für die französische Anleihe und die französischen Eisenbahnen zu dienen bestimmt seien.

---

* Siehe Nr. 11 505.

Der Herr Großwesir äußerte sich zunächst mit einem wahren Enthusiasmus für die Notwendigkeit von Bahnbauten im größten Stil. Siebzig Jahre sei die Türkei zurück und müsse nun das Versäumte nachholen; zwar besitze sie einige Bahnstrecken, aber von wirklich bedeutenden Linien oder gar von einem ausgebildeten Bahnnetz sei noch gar keine Rede. Ein solches müsse aber nicht nur im allgemeinen Interesse des Landes geschaffen werden, sondern es sei auch rein finanziell genommen zweifellos ein gutes, hoffnungsreiches Geschäft. Nur auf diese Weise könne die Türkei sich heben, wonach sie ein unabweisliches Bedürfnis habe. Kein Staat werde die Türkei hindern, diesen Weg zu gehen, der allein einen finanziellen Ausweg biete, während die übrigen Einnahmen wie Temettü und Zollerhöhung immer noch an dem Übelwollen fremder Regierungen scheitern und der Hohen Pforte den Gedanken an einen coup de tête nahelegen, wozu sie sich allerdings nur schwer entschließe. „Wenn ich namentlich aber in Kleinasien nicht mit Riesenschritten im Eisenbahnbau fortschreite, so ist dieses Land in zehn Jahren verloren; es wird russisch werden oder uns sonst irgendwie entzogen werden. Schon heute sehen wir jeder Nachricht über Streitigkeiten zwischen Kurden und Armeniern mit der größten Besorgnis entgegen, weil man nie weiß, was daraus entstehen kann. Wir brauchen dort Eisenbahnen aus strategischen Gründen, und zwar möglichst solche, die von Konstantinopel dorthin führen."

Ich darf hier einschalten, daß laut kürzlich eingegangener Nachricht die armenischen Einwohner eines Grenzortes sich unter russischen Schutz stellen wollten, und daß hierüber eine längere Verhandlung zwischen dem Minister des Innern * und dem armenischen Patriarchen ** stattfand, der sich über die Rechtlosigkeit der Armenier beschwerte.

Durch die ganze, über eine Stunde währende Unterhaltung mit mir hielt der Großwesir an dem Gedanken fest, wir wollten den Bahnbau hindern; dies meinte auch später Rifaat Pascha, noch bevor ich meine Wünsche geäußert hatte. Mir scheint es, daß beide Herren hierauf von dem Finanzminister Nail Bey vorbereitet worden sind, dem gegenüber wohl von seiten der Deutschen Bank die Notwendigkeit betont worden war, den Staatskredit nicht durch allzu schnelle und umfassende Bahnbaupläne zu belasten. Ich war also genötigt, wiederholt darauf hinzuweisen, daß es sich nicht so sehr um die Beschränkung der Bahnanlagen als vielmehr darum handele, Sicherheit über die Verwendung der vier Prozent zu erhalten und zu erfahren, daß Linien, auf welche Gesellschaften mit deutschem Kapital ein Anrecht hätten, nicht durch andere Bahnbauten geschädigt würden. Denn sollten die vier Prozent wirklich den Franzosen überliefert werden, so würde dies in Deutschland geradezu eine Empörung hervorrufen; wir könn-

* Halil Bey.
** Archarouni.

ten uns dies unter keinen Umständen gefallen lassen. Um dem vorzubeugen, hätte ich bereits im Frühjahr einen Schritt in dieser Angelegenheit im Großwesirat und bei Dschawid Bey gemacht und an beiden Stellen die beruhigendsten Erklärungen erhalten. Wenn ich jetzt im Auftrage meiner Regierung darauf zurückkäme, so geschähe dies in der Vermutung, daß solch weitgehende Anleihe- und Baupläne nicht ohne besondere Garantien in Angriff genommen werden, also voraussichtlich die vier Prozent herhalten müßten.

„Die vier Prozent", so unterbrach mich der Herr Großwesir lebhaft, „werden den Franzosen nicht überwiesen. Zunächst können wir noch gar nicht darüber verfügen, weil wir nicht wissen, ob wir sie jemals bekommen. Etwas anderes ist es, wenn später einmal die vier Prozent in die allgemeine Staatskasse gelangen und von dort aus allerlei Unternehmungen gestatten, die wir früher nicht machen konnten. Wir müssen uns das Recht wahren, über die Einnahmen des Tresors in beliebiger Weise zu verfügen. Es könnten ja auch die Engländer fragen, wozu der Verzicht der Deutschen auf die vier Prozent dienlich sei, wenn aus der bereicherten Staatskasse die Bolilinie sowie andere Strecken bestritten und deutsche Offiziere bezahlt würden. Überdies hat es mit dem Verzicht seine eigene Bewandtnis. Worauf hat man verzichtet? Auf eine Illusion, weiter nichts. Niemals würde die Gesellschaft die vier Prozent bekommen haben. Dies wußte sie so gut wie wir. England war stets fest entschlossen, die Zollerhöhung zu verweigern, wenn sie der Bagdadbahn zugute kommen sollte*. Dies stand so fest wie etwa bei den Amerikanern die Monroedoktrin. Niemand konnte England zu einer Änderung seiner Haltung zwingen. Vor allem wir nicht, weil uns die Engländer schon Schwierigkeiten genug am Persischen Golf machten und wir gegen weitere Bedrängnis machtlos waren. Die Gesellschaft hat also durch den Verzicht nur eine Illusion verloren, dagegen hat sie die positive Gewißheit bekommen, daß sie nach Bagdad bauen darf, was sie vorher nicht konnte."

Da der Herr Großwesir nochmals versicherte, daß er die vier Prozent nicht den Franzosen überweise, und da ich auch gesagt hatte, wir würden uns dies in keiner Weise bieten lassen, so bin ich nicht so weit gegangen zu erklären, daß wir anderenfalls die vier Prozent verweigern würden. Ich habe jedoch Rifaat Pascha hiervon für alle Fälle Kenntnis gegeben. Meine Bemühungen herauszubekommen, wie denn nun eigentlich die französischen Unternehmungen fundiert werden sollen, scheiterten an dem passiven Widerstande Hakki Paschas, der sich wohl auf Grund von gegebenen Versprechungen vorgenommen hatte, hierüber nichts verlauten zu lassen.

Ich kam nun darauf zu sprechen, daß unser Verzicht und entgegen-

---

* Vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCXVI.

kommendes Verhalten dennoch eine praktische Bedeutung habe, weil nämlich die Garantien für die weiteren Bagdadbahnstrecken viel zu mager ausgefallen seien, als daß man die dafür aufzubringenden Anleihen dem Publikum schmackhaft machen könnte. Denn nur etwa die Hälfte sei garantiert, während man hoffe, die andere Hälfte aus den Betriebseinnahmen erzielen zu können. Ich wolle nicht behaupten, daß der Gesamtbetrag tatsächlich später nicht erreicht werden könne; aber die Unsicherheit bilde ein Hindernis für die Anleihen. Der Herr Großwesir teilte diese Ansicht keineswegs. Er meinte, daß jeder Kenner der Verhältnisse gern zugreifen werde, denn die Entwickelung werde derartig sein, daß man nichts dabei zu riskieren habe. Ich erwiderte, daß ich hiervon durchaus nicht überzeugt sei, und daß man vielleicht ein Mittel finden müsse, hier Wandel zu schaffen. Unter diesen Umständen würde er aber wohl unser Erstaunen darüber begreifen, daß man für ganz neue Pläne von bedeutendem Umfange Garantien finde, während man für den alten Plan der Bagdadbahn ungenügende Sicherheiten gewährt und sogar auf den Verzicht von bereits zugedachten Einnahmen bestanden habe.

Hierauf ging ich auf die einzelnen Bahnlinien über und sagte, es schiene mir, daß die französischen Linien den uns früher schon zugestandenen Eintrag tun könnten. Ich hätte deshalb schon einmal wegen Josgad gesprochen. Nunmehr sei an die Anatolier die Aufforderung ergangen, Vorschläge zu machen, nicht etwa für die Linie Angora—Siwas, wie man erwartet hätte, sondern von Angora bis zu einem Punkt an der Linie Samsun—Siwas. Hakki Pascha legte nun dar, daß die Linie Samsun—Siwas den Franzosen übergeben sei, und zwar nur sehr schweren Herzens, denn vom militärischen Standpunkte aus habe dies manche Bedenken. Doch sei der Druck der nach einer Bahnverbindung verlangenden Bevölkerung zu stark gewesen. Um nun diese Linie nicht ohne Verbindung mit Konstantinopel zu lassen, weil sie sonst geradezu ein Einfallstor für die Russen bilden würde, sei der Bahnbau Angora—Siwas dringend erwünscht. Man werde hierüber unverzüglich mit den Anatoliern verhandeln, welche das Recht besäßen, von Angora über Cäsarea nach Siwas zu bauen. Die Strecke Siwas—Ersingjan—Erserum sei wiederum den Franzosen übertragen worden. Denn hierfür wie für Samsun—Siwas käme Rußlands wegen eben nur Frankreich in Betracht. Daß der Bau von Erserum nach Trapezunt noch mehr wie problematisch sei, sagte mir am selben Tage Rifaat Pascha.

Der Großwesir schien nicht einzusehen, daß wir das Erscheinen der Franzosen bei Josgad nicht dulden könnten. Er sagte hier wie bei manchen anderen Bemerkungen, er werde sich noch erkundigen und dann mit Herrn Huguenin die Einzelheiten besprechen. Auch eine weitere Linie von Josgad oder von Siwas nach Ulu-Kischla soll dem Wunsche der Hohen Pforte gemäß von den Anatoliern gebaut

werden. Rechne man noch Adabasar—Boli, den Hafen von Mersina, die Bewässerungen von Adana und die Hafenerweiterung von Haidar-Pascha hinzu, so ergäbe sich ein weites Arbeitsfeld auf einem Gebiete, das fast so groß wie Deutschland sei. Ich bin hierauf nicht eingegangen, sondern habe das Nähere Herrn Huguenin überlassen.

Das Gespräch wurde nun zu den europäischen Bahnen hinübergelenkt. Der Großwesir erklärte, daß die sogenannte nördliche Donau—Adria-Bahn eine beschlossene Sache sei. Er habe sich persönlich hierzu gelegentlich der Sultansreise verpflichtet. Denn die gesamte Bevölkerung habe ihn auf den Knieen und mit Händeküssen um die Bahn gebeten. Sie lege lediglich aus Gewinnsucht einen so großen Wert auf die Bahn, welche ihr noch vor zwanzig, dreißig Jahren ein Gegenstand der Furcht gewesen sei, weil man damals in jeder Bahn ein Mittel zum Einfall von Österreich-Ungarn erblickt habe. Es sei zwar richtig, daß noch im vergangenen Jahre auf die mit der Geländerekognoszierung beschäftigten Bahningenieure geschossen worden sei, aber der Umschwung in der Stimmung seit dem vorigen Jahr sei vollständig. Die Route sei gegen die früheren Pläne in dem Sinne verschoben, daß sie mehr nach Süden, also in das Herz Albaniens hinein und mit einem größeren Umweg von Mrdare nach San Giovanni di Medua führe. Dies sei die einzigste Bahn, bei der er insofern ernstliche Schwierigkeiten zugeben müßte, als die Orientbahngesellschaft ein Anrecht auf die Linie Mrdare—Prischtina habe.

Markgraf Pallavicini* erzählte mir, daß Herr Direktor Gross mit der neu gewählten Linie nicht unzufrieden sei, und daß diese auch politisch weniger Bedenken habe als die früher geplante Trace, denn sie stelle nicht mehr die direkte Verbindung von Serbien nach Montenegro dar.

Ich berührte nun dem Herrn Großwesir gegenüber die Linien Monastir—Valona und Monastir—Durazzo und fügte hinzu, es genüge nicht, daß der Bau dieser Strecken der Gesellschaft vorbehalten bleibe, sondern man dürfe auch nicht diese Linien durch andere Bahnbauten in der Nähe um ihren Wert bringen. Hakki Pascha antwortete, selbstverständlich könnten diese Linien keiner anderen Gruppe übertragen werden, und man denke nicht daran, sie zu entwerten. Eine genaue Angabe über die französischen Linien in dieser Gegend hat mir Hakki Pascha nicht gegeben. Eine Linie soll Albanien und Epirus verbinden, eine andere von Westen her nach Bulgarien führen.

Nachdem noch davon die Rede war, daß die griechische Anschlußbahn uns zufallen solle, und nachdem ich nochmals unsere Bedenken kurz zusammengefaßt hatte, kamen wir dahin überein, daß Herr Huguenin baldmöglichst eine Aussprache mit dem Herrn Großwesir haben solle. Hierbei werden einzelne unklare Punkte gewiß näher festgestellt werden können.

* Österreich-ungarischer Botschafter in Konstantinopel.

Zum Verständnis der Verhältnisse ist es nötig, einige Worte über die Stellung des Großwesirs zu sagen. Hakki Pascha hat neuerdings an Prestige eingebüßt; sowohl im Inlande, wo das Parlament ihn nur wenig unterstützt, als auch nach außen hin, wo seine albanische Politik ihn mit fremden Mächten in unangenehme Berührung bringt, hat sich seine Lage verschlechtert, sodaß von seinem Rücktritt mehr wie früher geredet wird. Ebenso wie die Jungtürken im allgemeinen endlich den Provinzen beweisen müssen, daß ihr System dem Lande Vorteil bringt, muß auch Hakki Pascha darauf bedacht sein, seine Stellung durch populäre Maßnahmen zu heben. Er hat kein besseres Mittel hierzu als den Eisenbahnbau. Ihn hiervon abzuhalten, ihn zur Hinausschiebung seiner Pläne zu veranlassen, hieße ihn zum Selbstmord treiben. Daß namentlich Kleinasien dringend nach Bahnen verlangt, und daß von der Erfüllung dieses Wunsches die Stellungnahme der Bevölkerung zur Regierung abhängt, ist allgemein bekannt. Daß er nun zugreift, wo die Franzosen ihm in weitgehendstem Maße die rettende Hand reichen, ist schließlich verständlich. Hakki Pascha weiß nichts davon und kann auch schwer Rücksicht darauf nehmen, daß die Deutsche Bank gern die Konzessionen an Frankreich hindern möchte, damit die Franzosen zunächst gezwungen bleiben, sich mit den Anatoliern zu verständigen und wenn möglich ein Abkommen zu schließen, welches das Abstoßen der deutschen Bagdadanleihen auf den Pariser Markt gestattet. Aber selbst wenn er davon Kenntnis hätte, würde er dem nicht Rechnung tragen, denn er hält nichts von den deutsch-französischen Verständigungen, er hat nur zu deutlich gemerkt — offenbar aus seinen Verhandlungen mit Herrn Bompard und Herrn Révoil —, daß den Franzosen gar nicht daran liegt, mit uns vor der ganzen Welt gemeinschaftliche Aktionen finanzieller Natur in der Türkei vorzunehmen. Er glaubt nicht recht an die französisch-deutsche Interessengemeinschaft im Orient, von der man öfters hört und selten etwas sieht. Während der Unterhaltung sagte er mir: „J'ai observé que les Allemands et les Français ne causent pas bien ensemble.“ Legen sich nun die Franzosen mit erheblichen Kapitalien hier fest und erweitern sie das Eisenbahnnetz, womit die Versprechungen des Großwesirs der Bevölkerung gegenüber erfüllt werden, so haben wir damit noch kein Recht, von gewalttätigen, beleidigenden, schreienden Ungerechtigkeiten zu sprechen, wie dies die Anatolier tun. Damit schießt man über das Ziel hinaus. Wenn die Franzosen große Angebote gemacht haben, so kommt nun an Herrn Huguenin die Reihe, mit Wünschen hervorzutreten, und man wird erst abzuwarten haben, welche Miene die Türken hierzu machen. Wenn die letzteren jetzt von unserer Seite nochmals gewarnt sind, so wird dies hoffentlich von Nutzen sein.

Miquel

Nr. 11 508

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel

Telegramm. Konzept

Nr. 109 Berlin, den 23. Juli 1911

Bitte folgendes Telegramm der Deutschen Bank der Direktion der Anatolischen Eisenbahngesellschaft übermitteln:

„Wir bitten gegenüber türkischer Regierung nachdrücklichst folgende Gesichtspunkte vertreten:

Primo. Die französischer Gruppe zugedachten Eisenbahnen verletzen teilweise Verkehrsinteressen und sogar Rechte unserer bestehenden Linien in europäischer Türkei.

Secundo. Nachdem wir auf Zollerhöhung für Bagdad verzichtet und uns mit prekären Garantien für Ausführung uns längst konzedierter Bahnen begnügt haben, können wir nicht zugeben, daß aus unserm Leder französische Riemen geschnitten werden, das heißt, daß Zollerhöhung direkt oder indirekt für Sicherung neuer spezifisch französischer Projekte verwendet wird, ohne daß gleichzeitig Garantien bis Bagdad entsprechend verbessert und Ausführung uns prinzipiell konzedierter Linien finanziell gesichert wird.

Terzo. Wir wollen keineswegs Betätigung französischen Kapitals in Türkei verhindern, müssen aber gebührende Berücksichtigung unserer bestehenden Rechte und Interessen verlangen. Zu einer entsprechenden Verständigung mit Türken und Franzosen sind wir seit langem bereit.

Quarto. Türkei treibt auf dem Wege französischen Projekts finanziellem Ruin entgegen. Einzige Möglichkeit Sicherung finanzieller Zukunft und Durchführung nötiger öffentlichen Arbeiten ist Aufstellung eines echelonierten Gesamtprogramms für nächste 12 bis 15 Jahre und Verständigung mit Hauptinteressenten über dessen Verteilung und Finanzierung. Auf solcher Basis sind wir zu Mitarbeit bereit."

Euer pp. wollen auch Ihrerseits an den dortigen maßgebenden Stellen insbesondere die unter „Primo" und „Terzo" vertretenen Argumente mit allem Nachdruck zur Sprache bringen und namentlich auch in Anlehnung an „Secundo" erneut und entschieden betonen, daß wir auf Zollerhöhung nicht zugunsten spezifisch französischer Projekte verzichtet haben.

Kiderlen

Randvermerk von Kiderlens:

Notiz ad acta

Ich habe auch mit türkischem Botschafter * sehr energisch gesprochen; aber nur, weil wir Erfolg der Franzosen während Marokkoverhandlungen hintanhalten müssen. Nachher können wir auch anders. K.

* Osman Nisami Pascha.

Nr. 11 509

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 169 Therapia, den 27. Juli 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 109*.

Ich hatte heute eine zweite längere Unterhaltung mit Hakki Pascha über die französischen Eisenbahnen- und Anleihepläne. Als das Gespräch wieder auf die Verwendung der vier Prozent und die eventuelle Verweigerung der Zollerhöhung durch Deutschland kam, meinte der Großwesir, für ihn seien die vier Prozent schon längst nichts anderes mehr als ein Mittel der übrigen Staaten, die Türkei zu ärgern. Daß auch Deutschland dasselbe Mittel anwende, habe ihn in Erstaunen gesetzt. Die französisch-deutsche Eifersucht sei vom 19. in das 20. Jahrhundert übernommen und wirke auf die Türkei ein.

Nachdem ich ausführlich die sachlichen Einwendungen der deutschen Finanzkreise gegen die Absichten der Pforte dargetan hatte, lenkte der Großwesir ein und meinte, es ließe sich ja noch über manches reden. Er deutete an, daß Kompensationen nicht ausgeschlossen seien. Er sei überzeugt, daß man sich ganz gut auseinandersetzen werde.

Bericht über seine Ansichten betreffend die einzelnen Linien folgt**.

Miquel

---

* Siehe Nr. 11 508.

** Nach dem ausführlichen Berichte Miquels vom 28. Juli (Nr. 207) hätte Hakki Pascha wörtlich über eventuelle Kompensationen für die Bagdadbahn im Hinblick auf den bevorstehenden Abschluß der Verträge mit der französischen Gruppe der Régie Générale de Chemins de fer über Eisenbahnbauten — er erfolgte am 29. Juli — gesagt: „Nun ja, es läßt sich noch über manches reden, man wird überlegen können, wie sich die Wünsche befriedigen lassen. Hierüber kann ich zu den Vertretern der Anatolischen Bahn und der Bagdadbahn noch allerlei sagen, was ich Ihnen nicht ebenso gut mitteilen kann." Für alle Fälle beeilte sich die Deutsche Bank in einem Telegramm vom 3. August an Generaldirektor Huguenin, das im einzelnen künftigen Verhandlungen Raum ließ, Protest gegen verschiedene Punkte der Verträge, insbesondere gegen die Übertragung des Bahnbaues über Ochrida bis ans Adriatische Meer an die Franzosen einzulegen und Kompensationen zu fordern. Nachdem die Deutsche Bank indes den genauen Wortlaut der Verträge vom 29. Juli kennengelernt hatte, trat eine wesentlich ruhigere Beurteilung der Sachlage ein, vor allem, weil in den Verträgen nichts darüber festgesetzt war, auf welche Weise eine Garantie der französischen Bahnbauten beschafft werden sollte, ob durch den Ertrag der vierprozentigen Zollerhöhung oder sonstwie. In einem Schreiben der Deutschen Bank an das Auswärtige Amt vom 8. August wird das Urteil über die Verträge vom 29. Juli dahin zusammengefaßt: „Alles in allem sind die zwischen der türkischen Regierung und der französischen Gruppe getroffenen Abmachungen so stark verklausuliert und mit

Nr. 11 510

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Mirbach-Harff

Nr. 555 — Berlin, den 8. August 1911
Vertraulich — [abgegangen am 10. August]

Für unsere Stellungnahme zur Frage der türkischen Zollerhöhung und den damit im Zusammenhang stehenden Fragen sind gegenwärtig in erster Linie Erwägungen der allgemeinen Politik bestimmend. Solange die Marokkofrage eine Lösung nicht gefunden hat, haben wir ein Interesse daran, Frankreich die Schwierigkeiten zum Bewußtsein zu bringen, die eine unfreundliche Haltung der deutschen Politik ihm auch außerhalb Marokkos zu bereiten in der Lage ist. Auch muß es im gegenwärtigen Augenblick besonders unerwünscht erscheinen, daß eine von uns ausgesprochene Verzichtleistung den Charakter eines eklatanten wirtschaftlichen Erfolges Frankreichs im nahen Orient gewinnt. Sobald die allgemeine klärende Aussprache mit Frankreich erfolgt ist, wird, wie ich zu Euer pp. vertraulichen Information schon heute bemerke, der Standpunkt, welchen wir den eingangs erwähnten Fragen gegenüber jetzt einnehmen müssen, eine Revision erfahren können*.

---

so zahlreichen Vorbehalten ausgestattet, daß wir hoffen, auch nach der Unterzeichnung der jetzt abgeschlossenen Verträge die Wahrung der Rechte der uns nahestehenden Eisenbahngesellschaften durchsetzen und die schlimmsten uns durch die französischen Projekte drohenden Schädigungen abwenden zu können, sofern uns die Unterstützung des Auswärtigen Amtes in dieser Angelegenheit auch künftighin erhalten bleibt."

* Nach dem Abschluß des deutsch-französischen Marokkoabkommens vom 4. November 1911 bot sich neuen Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich über die Bahnbauten in der Türkei zunächst kein Raum, da der Tripoliskrieg und die daran anschließenden Balkankriege die Ausführung der französischen Projekte verzögerten. Ob Ende Mai 1912 die Deutsche Bank wirklich, wie nach Iswolskys Telegrammen an Sasonow vom 1. und 20. Juni (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 357, 358 f.; Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 131, 155) anzunehmen wäre, mit einer neuen Anregung an die Ottomanbank herangetreten ist, entweder ihre Verpflichtung zur Übernahme von 30 Prozent der Bagdadbahnanleihen einzulösen oder aber auf ihre Beteiligung an der Bagdadbahn zu verzichten, ist aus den deutschen Akten nicht festzustellen. Die angeblich im Juni in Berlin zwischen der Deutschen Bank und den französischen Teilhabern an dem Bagdadunternehmen stattgefundenen Unterhandlungen haben in den deutschen Akten nicht die geringste Spur hinterlassen; es kann sich also höchstens um eine lose Fühlungnahme gehandelt haben. Charakteristisch ist, daß der französische Ministerpräsident Poincaré, der sonst jedes deutsch-französische Zusammengehen perhorreszierte, sich zwar für das Verbleiben der Franzosen in

Daher wird es auch nicht zweckmäßig sein, die bekannten Wünsche der Hohen Pforte bezüglich unserer Stellungnahme zu der Frage der vier Prozent expressis verbis ablehnend zu bescheiden. Es wird vielmehr genügen, diesen Gegenstand wie überhaupt den ganzen mit den Handelsvertragsverhandlungen zusammenhängenden Fragenkomplex zunächst auch weiterhin dilatorisch zu behandeln.

Auch bezüglich unserer Stellungnahme zu den Eisenbahnfragen werden zwar die oben angedeuteten Motive allgemeinpolitischer Natur in gewissem Sinne zurzeit für uns mitsprechen. Wir werden es aber zu vermeiden haben, uns zu stark zu engagieren, da es zudem nicht Aufgabe der deutschen Politik sein kann, sich mit den weitgehenden Wünschen und Interessen der beteiligten Finanzgruppen bedingungslos zu identifizieren. In den geschäftlich interessierten Kreisen, deren Rekriminationen, wie Euer pp. zutreffend hervorheben, zunächst vielfach über das Ziel hinausgingen, scheint übrigens allmählich eine ruhigere Beurteilung der Situation Platz zu greifen. Bei dieser Sachlage darf die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß die in Aussicht stehenden Detailbesprechungen Herrn Huguenins mit den in Betracht kommenden türkischen Stellen für die Interessenten immer noch befriedigende Resultate ergeben werden.

Ich darf Euer pp. daher ersuchen, zunächst nur dem Protest der Deutschen Bank gegen die Übertragung des Bahnbaus über Ochrida an das Adriatische Meer an die französische Interessentengruppe gelegentlich amtliche Unterstützung zuteil werden zu lassen, da, wie der zu Ihrer Information abschriftlich beigefügte Schriftwechsel ergibt, die in Artikel 32 der ursprünglichen Konzession vorgesehenen Bedingungen für den Weiterbau der mazedonischen Bahn durchaus erfüllt erscheinen.

Kiderlen

---

dem Bagdadbahnunternehmen äußerte, aber doch von der dann erforderlichen Realisation des französischen Anteils von 30 Prozent nichts wissen wollte, weil eine derartige, wenn auch nicht öffentliche Realisation als erster Schritt zur Zulassung deutscher Werte an der Pariser Börse aufgefaßt werden könnte. Vgl. Stieve, a. a. O., II, 131. Als Sasonow gegen Ausgang September 1912 in Paris weilte, erfuhr er, der Direktor der Deutschen Bank von Gwinner habe den französischen Banken angeboten, man solle ihm die Aktien der dritten Emission der Bagdadanleihe, die noch nicht ausgegeben waren, wieder aushändigen, und zwar unter der Bedingung, daß diese Banken die Verpflichtung übernähmen, die vierte und fünfte Emission ganz zu realisieren; jedoch habe die französische Regierung die Banken gezwungen, dies Angebot zurückzuweisen. Zu ernsthaften neuen deutsch-französischen Verhandlungen kam es erst im Frühjahr 1913 nach Beendigung der Balkanwirren und im Zusammenhang mit den deutsch-englischen Verhandlungen über die Bagdadbahn.

Kapitel CCXLVI

Das Kabinett Poincaré und die Deutsch-Französischen Beziehungen
Poincaré, Millerand und der Réveil National
Januar 1912 bis Januar 1913

Nr. 11 511

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 23 Paris, den 17. Januar 1912

Einige Blätter, die in der Bildung des Kabinetts Poincaré* begeistert eine Wiedergeburt des republikanischen Frankreich erblicken, begrüßen die gestern in den Kammern verlesene programmatische

* Das Ministerium Poincaré, in dem der Ministerpräsident auch das Auswärtige, Delcassé das Marine- und Millerand das Kriegsportefeuille innehatten, und das auch sonst durchweg bedeutende Persönlichkeiten aufwies, unter anderen Léon Bourgeois (Soziale Fürsorge), Jean Dupuy (Öffentliche Arbeiten), Pams (Ackerbau), war seit dem 13. Januar 1912 am Ruder. Am 16. trat es mit einer Erklärung vor die Kammern, die starkes Gewicht auf die noch immer ausstehende endgültige Ratifikation des deutsch-französischen Abkommens vom 4. November 1911 über Marokko und das Kongogebiet legte — erst am 10. Februar erfolgte die Annahme durch den Senat —, und die weiter die Einrichtung eines Protektorats in Marokko als „das natürliche Ergebnis unserer afrikanischen Politik" bezeichnete. Wenn in dem weiteren Verlauf der Erklärung der Wille guter Beziehungen zu Deutschland unterstrichen wurde, so steht mit dieser Versicherung wenig das Mißtrauen und die ablehnende Haltung in Einklang, die das Ministerium Poincaré gegenüber der Mission Haldane und den deutsch-englischen Verständigungsbestrebungen an den Tag legte (vgl. dazu Kap. CCXLIII, Nr. 11379, S. 144, Fußnote **), und ebensowenig die brüske Abweisung, die es im Frühjahr 1912 inoffiziellen deutschen Fühlern zuteil werden ließ. Nach französischer Angabe (siehe Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la Guerre, I, 363 s.) hätte damals „un agent secret de la Wilhelmstrasse, sujet allemand, directeur d'entreprises coloniales au Cameroun, lié avec les milieux financiers de France et certains propriétaires de journaux à fort tirage" sich in Paris erboten, eine Verhandlung auf der Basis einer „large autonomie à l'Alsace-Lorraine" einzuleiten; er sei aber mit diesem Anerbieten sowohl in Paris wie bei dem Botschafter Jules Cambon völlig abgeblitzt. Es handelte sich dabei um einen Geheimen Hofrat Karl René, der es vom Pianofortefabrikanten zum „Direktor" des Kamerun-Eisenbahn-Syndikats gebracht hatte und sich unter anderem auch als „Begründer eines deutsch-französischen Annäherungskomitees" aufspielte; eine in keiner Weise ernsthaft zu nehmende Persönlichkeit, die nach eigener Angabe von dem Auswärtigen Amt „fortgesetzt perhorresziert" wurde. Der von René im Frühjahr 1912 in Paris unternommene Schritt, der im französischen Senatsbericht auf eine Stufe mit Deutschlands Versuch gestellt wird, mit England

Erklärung als eine Großtat, dem Inhalt wie der Form nach. Beides ist zu viel gesagt. Auch andere Ministerien haben ihre Absichten in schön gesetzten Worten und in Gedanken verkündet, die von den jetzt vorgetragenen kaum abweichen. Auch die Herren Caillaux und Monis haben bei ihrem Regierungsantritt von Wahlreform, von Einkommensteuer, von Laienschule, von Handhabung der öffentlichen Ordnung, von Erhaltung der Allianzen und Freundschaften in ganz ähnlicher Weise gesprochen wie jetzt Herr Poincaré. Käme es nur auf Worte an, so hätte kein Grund zum Regierungswechsel vorgelegen.

Es entspricht der Dringlichkeit der vorliegenden Aufgaben und auch dem Ursprung des Regierungswechsels, wenn Herr Poincaré die baldige Erledigung der Marokkoverträge mit uns und Spanien an die Spitze seines Programms stellt. Wohltuend berührt es, daß er einen Satz beifügt, der dem Willen guter Beziehungen mit Deutschland besonderen Ausdruck gibt. „Il (ce traité) nous permettra également de maintenir entre une grande nation voisine de la France, dans un esprit sincèrement pacifique, des relations de courtoisie et de franchise inspirées par le respect mutuel de leurs intérêts et de leur dignité." Wenn diesem Satz sogleich ein anderer folgt, der das loyale Festhalten an den Allianzen und Freundschaften versichert, so entspricht dies ebenso einer stereotyp gewordenen Regel wie die Betonung der Erhaltung einer starken Finanzkraft und Wehrmacht. Herr Poincaré hat aber ersichtlich Wert auf Anschlagen eines friedfertigen Tones gelegt. Die Stelle lautet:

„Par-dessus tout, nous nous ferons un devoir de concilier, comme des forces jumelles et convergentes, cette puissance financière qui

---

gelegentlich der Haldanemission zu einer Verständigung zu gelangen, ist in Wahrheit ohne jedes Vorwissen der Berliner amtlichen Stellen vor sich gegangen. In seiner Schrift „Von Serajewo bis Versailles", S. 146, behauptet René, daß die Initiative zu der deutsch-französischen Verständigung gar nicht von ihm, sondern von einem einflußreichen französischen Politiker — gemeint ist der Besitzer des „Matin" Bunau-Varilla, der schon wiederholt in der Frage einer deutsch-französischen Verständigung eine eigentümliche Rolle gespielt hatte, so bei der Entlassung Delcassés im Jahre 1905 — ausgegangen sei. Wie dem auch sein mag, so bleibt jedenfalls die Haltung höchst charakteristisch, die die französische Regierung zu dem Fühler nahm. Nach dem französischen Senatsbericht hätte Poincaré in diesem Zusammenhang an Cambon geschrieben: „Le seul point qui, en tout ceci, soit intéressant, c'est celui qui a trait à l'attitude du Gouvernement Allemand. Il semble poursuivre avec une obstination inlassable un rapprochement que seule une réparation complète du passé rendrait possible. A écouter des propositions comme celles-là, nous nous brouillerions avec l'Angleterre et avec la Russie. Nous perdrions tout le bénéfice de la politique que la France suit depuis de longues années. Nous n'obtiendrions pour l'avenir que des satisfactions illusoires et nous nous retrouverions le lendemain isolés, diminués, disqualifiés." Bei einer solchen Stellungnahme Poincarés, die jede deutsche Annäherung a priori abwies, welche nicht eine réparation complète du passé bedeutete, war eine wirkliche deutsch-französische Entspannung und ein Zusammenwirken beider Nationen von vornherein nicht möglich.

est d'un si grand secours pour la France, avec sa puissance militaire et navale. Si profondément pacifique que soit notre pays, il n'est pas maître de toutes les éventualités et il entend rester à la hauteur de tous ses devoirs.

L'armée et la marine seront l'objet de notre sollicitude attentive. Comme vous, Messieurs, nous voyons en elles les soutiens sacrés de la République et de la patrie."

Über die großen Programmpunkte der inneren Politik, Wahlreform, Steuerreform, Laienschule, spricht sich die Regierungserklärung nicht mit voller Durchsichtigkeit, aber doch in einer Weise aus, die die Absicht erkennen läßt, die Reformen ohne radikale Extravaganzen durchzuführen, die Wahlreform nach dem Proportionalsystem, das schon Briand vorschlug, die Einkommensteuer „ohne vexatorische Eingriffe", die Laienschule unter strenger Wahrung der Gewissensfreiheit.

Der günstige Eindruck, den das neue Kabinett hervorgerufen hat, trat in eklatanter Weise in dem in der Kammer nahezu einstimmig angenommenen Vertrauensvotum zutage. Die überwältigend große Mehrheit, die sich um das Ministerium scharte, umfaßt alle republikanischen Gruppen vom rechten Flügel der Progressisten bis zum äußersten linken Flügel der Sozialistisch-Radikalen. Selbst die geeinigten Sozialisten traten nicht in offene Opposition, begnügten sich vielmehr zuwartend mit Stimmenthaltung. Immerhin werden Zweifel laut, ob diese imposante Majorität sich auch dauerhaft und zuverlässig erweisen wird. „La mariée est trop belle", meinten einige skeptische Deputierte. In der Tat stellt das Kabinett Poincaré, weniger nach seiner Zusammensetzung als nach seinem verkündeten Programm, einen Versuch dar, über eine schwierige Lage mit einem Konzentrationsministerium hinwegzukommen — ein Experiment, mit dem man in früheren Jahren wiederholt keine allzu verheißungsvollen Erfahrungen gemacht hat, das aber diesmal dank dem Ansehen Poincarés bei den Gemäßigten und Bourgeois' bei den Radikalen besseren Erfolg verspricht.

v. Schoen

Nr. 11 512

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 24 Paris, den 17. Januar 1912

Der neue Ministerpräsident und Minister des Äußern hat heute seinen ersten Diplomatenempfang abgehalten. Obwohl mir Herr Poin-

caré persönlich bereits bekannt war, hatte ich nunmehr die erste Gelegenheit, geschäftlich mit ihm zu verkehren.

Herr Poincaré unterscheidet sich von vielen seiner Landsleute durch eine wohl absichtliche Vermeidung jener geschmeidigen und wortreichen Zuvorkommenheit, die dem Franzosen eigen ist. Seine Haltung ist gemessen, sein Wort nüchtern, klar bis zur Herbheit, sorgsam abgewogen und vorsichtig. Er macht den Eindruck eines scharf juristischen Denkers, eines Mannes, der seine Überzeugung mit hartnäckigem Nachdruck vertritt, seine Ziele mit starkem Willen verfolgt*.

Unsere Unterhaltung konnte in Anbetracht des Umstandes, daß der Minister in knapp bemessener Zeit sämtliche hier überaus zahlreiche Missionschefs zu empfangen hatte, sowie des weiteren Umstandes, daß ihm die schwebenden Fragen nicht geläufig sein konnten, nur eine kurze und allgemeine sein. Er legte aber Wert darauf, sogleich zu betonen, daß ihm die Pflege guter Beziehungen mit uns sehr am Herzen liege. Die in der Regierungserklärung an die deutsche Adresse gerichteten Worte seien sorgfältig abgewogen und durchaus aufrichtig gemeint. Ich verfehlte nicht zu versichern, daß seine guten Absichten auf deutscher Seite volles Verständnis und loyale Erwiderung finden werden, und daß er auf meine sorgsame Mitarbeit zählen könne.

Nur flüchtig konnte ich einige Gegenstände berühren, die für uns besonderes Interesse haben und noch der Erledigung harren, so die französische Taraordnung, die Aussprache über Zollfragen und das wirtschaftliche Zusammenarbeiten deutsch-französischer Gruppen, beispielsweise hinsichtlich der Minen in Marokko. Dem Minister war ein näheres Eingehen mangels Sachkenntnis nicht möglich, er erklärte sich gern bereit, den Fragen seine Aufmerksamkeit zu widmen, betonte aber, augenscheinlich im Rückblick auf die wiederholt fehlgeschlagenen und hier politisch tendenziös ausgebeuteten deutsch-französischen Projekte, nur vorsichtig vorgehen und zu Entscheidungen nur durch Beratung im Ministerrat gelangen zu können. Ich erklärte, daß wir niemals die Hand zu Unternehmungen geboten haben und bieten werden, die das volle Tageslicht zu scheuen hätten, und es nur

---

* Vgl. dazu die Charakteristik Poincarés durch Iswolsky in dessen Brief an Sasonow vom 29. Februar 1912: „Der gegenwärtige Ministerpräsident und Minister des Äußeren ist eine sehr bedeutende Persönlichkeit . . . Soweit es mir zu bemerken möglich war, ist Herr Poincaré bei all seinen großen Vorzügen außerordentlich ehrgeizig und sehr empfindlich für jede Vernachlässigung, die man in seinen Augen seinen Ansichten oder seiner Mitwirkung widerfahren läßt . . . Was mich anbelangt, so bezeugt er mir großes Entgegenkommen und läßt den deutlichen Wunsch herausfühlen, mit mir möglichst häufige und ausführliche Besprechungen zu pflegen.“ Der Diplomatische Briefwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 50 f.

begrüßen können, wenn wir, unbeschadet rascher Erledigung, einer auf gründlicher Prüfung beruhenden Stellungnahme begegnen.

v. Schoen

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Gut

Nr. 11 513

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 53 Paris, den 9. Februar 1912

Trotz der Kürze seiner Amtsführung hatte das Ministerium Poincaré schon mehrfach Gelegenheit zu beweisen, daß es im Vergleich zu früheren Regierungen eine starke Autorität besitzt. Insofern hat sich die Hoffnung des Herrn Fallières nicht getäuscht, der, wie ich höre, angesichts der als sehr schwierig betrachteten außenpolitischen Lage das Zustandekommen dieses aus fast durchweg ebenso hervorragenden wie ehrgeizigen Persönlichkeiten bestehenden Kabinetts durch die Drohung mit seiner eigenen Demission erzwungen hat. Es ist nämlich, wie jetzt allmählich durchsickert, doch nicht der Patriotismus allein gewesen, der die erstklassigen Politiker veranlaßte, in das Ministerium einzutreten. Ein Moment, das stark dabei mitsprach, war das jetzt schon beginnende Rennen um die in Jahresfrist frei werdende Präsidentschaft der Republik. Schon Herr Poincaré hätte wohl auch dieses Mal wie so oft die Bildung der Regierung trotz des Appells an seine Vaterlandsliebe wieder im letzten Augenblick abgelehnt, wenn er nicht durch die unter so außerordentlichen Umständen übernommene Ministerpräsidentschaft sich für das höchste Amt der Republik hätte „en vue" bringen wollen. Ähnlich verhält es sich mit Bourgeois und den andern Elyséekandidaten: Delcassé, Jean Dupuy und Pams. Beim Eintritt Millerands ins Ministerium hat sogar eine noch weniger durch Patriotismus diktierte Erwägung stark mitgesprochen. Er ist als Advokat der gefährlichste Konkurrent Poincarés, der sich nicht durch Millerand seine besten Kunden wegnehmen lassen wollte und daher wünschte, letzteren zum Kollegen zu haben.

Der auf die Präsidentschaft der Republik gerichtete Blick des Herrn Poincaré erklärt auch das jetzt schon auftauchende Gerücht, daß der Ministerpräsident sich in dem parlamentarischen Ränkespiel nicht ausnutzen lassen und daher bald nach Liquidierung der derzeitigen schwierigen Situation nach einer Gelegenheit zum Rücktritt suchen wird.

Ob allerdings dieser Zeitpunkt sich bald darbieten wird, erscheint gegenwärtig noch recht fraglich. Es herrscht zurzeit selbst in nicht-

nationalistischen Parlamentskreisen ein starker Chauvinismus, der sichtlich durch die französisch-italienischen Zwischenfälle* und jetzt wieder durch die Senatsdebatten über das Marokkoabkommen neu aufgepeitscht wurde und einen Grad erreicht hat, wie er seit langer Zeit nicht mehr bestand. Sehr bezeichnend hierfür war gerade der außerordentliche Erfolg, den Herr Pichon gestern mit seiner Senatsrede gegen die angeblichen Anmaßungen Deutschlands erzielte**. Es wird einer längeren Zeit beruhigender Politik bedürfen, bis die Erregung der Gemüter sich wieder gelegt hat. Dabei darf man sich nicht verhehlen, daß das erste beste Auftauchen einer Weiterung mit uns oder sogar auch mit Italien, die den Anschein einer Verletzung der französischen Ehre erwecken könnte, einen allgemeinen und nicht unbedenklichen Ausbruch der chauvinistischen Gefühle entfachen würde.

Eine Möglichkeit allerdings besteht, daß die Stimmung von heute auf morgen eine kräftige und nachhaltige Abkühlung erfährt. Dies würde nach dem Urteil vorausschauender Politiker eintreten, falls die hier mit einiger Verblüffung und offenkundiger Besorgnis beobachteten Anzeichen der englischen Bestrebungen einer Annäherung an Deutschland*** zu einem sichtbaren Ergebnis führen sollten.

Lancken

Nr. 11514

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 68 Paris, den 20. Februar 1912

Der neuernannte Politische Direktor Paléologue† hat mich bei unserer ersten Unterhaltung durch die aufgeknöpfte und auffallend herzliche Art überrascht, mit der er mir in Erinnerung an unsere frühere Bekanntschaft entgegentrat. Er erklärte mir sofort, daß er

* Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXXVIII, Nr. 11066, S. 343, Fußnote.

** In seiner Senatsrede vom 8. Februar hatte der frühere französische Außenminister Pichon eine leidenschaftliche Philippika gegen das Abkommen vom 4. November 1911 gehalten: „Ce traité, dont personne ou à peu près personne ne veut et que la majorité subit plus qu'elle ne l'accepte." Pichon machte es dem Ministerium Caillaux geradezu zum Vorwurf, nicht lieber „la force matérielle et morale de la nation" angerufen als sich auf diesen Vertrag eingelassen zu haben.

*** Anspielung auf die Entsendung Lord Haldanes nach Berlin. Vgl. dazu Kap. CCXLIII. Zu den durch die Mission in Paris ausgelösten Besorgnissen vgl. auch Kap. CCXLVIII, Nr. 11559.

† Paléologue, bisher französischer Gesandter in Sofia, war von seinem Jugendfreund und Duzbruder Poincaré zum Politischen Direktor am Quai d'Orsay ernannt worden.

großen Wert darauf lege, dauernd in persönlicher freundschaftlicher Fühlung mit der Botschaft zu bleiben, und daß er dankbar sein würde, wenn ihm unsererseits das gleiche vertrauensvolle Entgegenkommen bewiesen würde. Auf meine in halb scherzhaftem Tone vorgebrachte Bemerkung, daß ich mit einem seiner provisorischen Vorgänger (ich meinte Herrn Conty) Erfahrungen gemacht hätte, die mir einige Reserve rätlich erscheinen ließen, erwiderte Herr Paléologue, ich dürfe auf seine Diskretion und Loyalität fest vertrauen. Er halte es gerade in Hinsicht auf die gegenwärtige schwierige Situation für höchst nützlich, wenn wir in unoffizieller freundschaftlicher Fühlung miteinander blieben und uns vertraulich, darum aber um so offener unsere Wünsche und Beschwerden mitteilten.

Er mache mir kein Hehl daraus, daß er bei Antritt seines Amtes Herrn Poincaré erklärt habe, er halte es für eine der wichtigsten und dringendsten Angelegenheiten der äußeren Politik Frankeichs, die als Bodensatz der Marokkokrise zurückgebliebene bedauerliche Trübung der Beziehungen zu Deutschland tunlichst zu beseitigen. So, wie unser Verhältnis zueinander gegenwärtig sei, könne und dürfe es nicht bleiben.

Wie sich Herr Poincaré zu dieser Auffassung stellt, sagte mir Herr Paléologue nicht direkt. Immerhin hatte ich den Eindruck, als hätte mir der letztere die Eröffnungen nicht gemacht, wenn er sich dabei nicht einigermaßen im Einklang mit seinem Chef fühlen würde.

Obwohl ich gegenüber den Bemerkungen des Herrn Paléologue bei aller persönlichen Liebenswürdigkeit einige Reserve zur Schau trug, ließ er sich nicht abschrecken, den Gedanken einer Besserung der deutsch-französischen Beziehungen weiter zu verfolgen. Er meinte, wir müßten aus der Situation auf irgend eine Weise herauszukommen suchen. Wir sollten der Welt zeigen, daß zwischen Frankreich und Deutschland noch nicht alle Drähte zerrissen seien, und darum sollten wir nach einem Betätigungsgebiete Umschau halten, auf dem wir einem gleichen Ziele zustreben könnten. Er habe einen Augenblick daran gedacht, daß die Friedensvermittelung zwischen Italien und der Türkei* oder eine Aktion zur Verhinderung etwa drohender Balkanwirren Anlaß zu solch einem gemeinsamen Vorgehen bieten könnten. Doch

* Tatsächlich hatte Poincaré eben damals jedes Zusammengehen mit Deutschland in der Frage der Friedensvermittlung zwischen Italien und der Türkei, obwohl es von Sasonow angeregt war, schroff abgewiesen. Vgl. das Geheimtelegramm Iswolskys an Sasonow vom 15. Januar 1912: „Poincaré versprach mir, diesen Vorschlag zu prüfen, gab aber der Ansicht Ausdruck, daß ein gemeinsamer Schritt Frankreichs und Deutschlands, gleich nach Unterzeichnung des Marokkoabkommens und nach den bekannten Zwischenfällen in der Kommission des Senats, falsche Vorstellungen über den Grad der französisch-deutschen politischen Annäherung und über eine Schwächung des Dreiverbandes erwecken könne.“ Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 25. Näheres darüber in Bd. XXX, Kap. CCXXXVII und CCXXXIX.

sehe er ein, daß hier vorläufig nichts zu machen sei. König Ferdinand habe ihm bei seiner eben stattgehabten Abschiedsaudienz in Sofia gesagt, daß die Türken nicht im entferntesten an einen Friedensschluß dächten, und, was die Balkanvölker beträfe, so habe der König gemeint, würden diese sich vollständig ruhig verhalten, da auf sie der russisch-österreichische Ausgleich in hohem Grade ernüchternd wirke. Nur die Kreter würden vielleicht die interessierten Mächte etwas in Atem halten. Von sich aus setzte Herr Paléologue hinzu, wie ich hier noch einschaltend bemerken möchte, daß die kleinen Balkanstaaten einen unleugbaren Respekt vor den Türken erhalten hätten, die ein großes, wohl auf der militärischen Wiedererstarkung beruhendes Selbstgefühl zur Schau trügen und der Überzeugung seien, daß in dem Kriege mit Italien letzteres schließlich doch den kürzeren ziehen werde. So hätte ihm sein früherer Kollege in Sofia Assim Bey* jetzt noch durch Naby Bey** sagen lassen, die Türken könnten ruhig aushalten, bis in Italien die unvermeidliche schwere innere Krise ausbrechen werde. Herr Paléologue schien mir der Ansicht zu sein, daß die Erwartung der Türken nicht ganz außer dem Bereich der Möglichkeit liege.

Sei somit, so fuhr der Politische Direktor seinen Gedanken wieder aufnehmend fort, in Europa gegenwärtig wohl kein Gebiet zu gemeinsamem Handeln zu finden, so könnten vielleicht die Vorgänge in China hierzu nutzbar gemacht werden. Er habe allerdings noch keine rechte Vorstellung davon, wie hier anzuknüpfen sei. Möglicherweise werde der chinesische Geldbedarf eine Handhabe bieten***.

Als Herr Paléologue mich auch hier recht skeptisch und reserviert fand †, fragte er, ob ich geeignetere Gebiete anzugeben wüßte, was ich mit dem Ausdrucke des Zweifelns, ob dies überhaupt in nächster Zeit möglich sein werde, verneinte. Er meinte darauf, seiner Ansicht nach tue man gut, nicht zu warten, ob sich zufällig eine Gelegenheit ergeben werde. Dazu sei die Situation, in der wir uns miteinander befänden, eine gar zu heikle.

---

* Seit Oktober 1911 türkischer Minister des Äußern.

** Türkischer Gesandter in Sofia.

*** Mit der im Herbst 1911 in China ausgebrochenen Revolution, die den Sturz der Mandschudynastie und die Umwandlung der Monarchie in eine Republik unter dem Präsidium Yuan-Schi-Kais zur Folge hatte, waren die seit Jahr und Tag schwebenden Verhandlungen über Anleihen an China in ein neues Stadium getreten, wobei es sich namentlich darum handelte, Rußland und Japan in das „Syndikat der Vier" einzubeziehen. Näheres darüber in Bd. XXXII, Kap. CCLIV und CCLVIII.

† Nach den Erfahrungen, die Deutschland im „Syndikat der Vier" mit der französischen Bereitwilligkeit zu gemeinsamem Handeln gemacht hatte (vgl. dazu Bd. XXXII), war der Skeptizismus Freiherrn von der Lanckens, auch abgesehen von dem auch durch Iswolsky wiederholt konstatierten „Aufschwung des französischen Nationalgefühls und der Belebung des Interesses an der Militärmacht des Landes" (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911 bis 1914, ed. Fr. Stieve, II, 63 f.), nur zu begreiflich.

Herr Paléologue meinte zum Schlusse nochmals, wir wollten unser Gespräch lediglich als einen vertraulichen, freundschaftlichen und persönlichen Gedankenaustausch betrachten. Ich darf im Interesse der Beziehungen der Botschaft zu ihm gehorsamst bitten, seine Äußerungen geneigtest demgemäß behandeln zu wollen.

Lancken

Nr. 11 515

Bericht des Militärattachés in Paris Majors von Winterfeldt

Abschrift

Nr. 11 Paris, den 19. Februar 1912

Mein österreichischer Kollege*, der schon seit fünf Jahren in Paris lebt und die hiesigen Zustände maßvoll und zutreffend beurteilt, sagte mir neulich: „Es ist eigentümlich, wie aufgeregt die Menschen immer noch hier sind. Im Klub, in der Gesellschaft, in Geschäften, sogar beim Friseur, überall fragt man mich: ‚Aurons-nous bientôt la guerre?'" Mehrere andere Militärattachés, darunter der italienische** und der russische***, sprachen sich in demselben Sinne mir gegenüber aus. Die Beobachtungen meiner Kollegen decken sich mit meinen eigenen Wahrnehmungen. Ich habe im Laufe des vergangenen Sommers und Herbstes mehrfach über das Anwachsen der chauvinistischen Erregung und über die Stimmung der Armee berichtet und war zu dem Schlusse gelangt, daß das französische Volk allmählich in eine Art von Extase geraten war, die zu einer wesentlichen Steigerung des nationalen Selbstbewußtseins geführt hatte. Ich habe damals betont, daß trotz dieser Stimmung die besonneneren Elemente in Frankreich das Risiko eines Krieges mit Deutschland immer noch für ernst genug hielten, um eine solche Kraftprobe nicht gerade herbeizusehnen. Andrerseits durfte man sich aber nicht darüber täuschen, daß gleichzeitig mit dem Zunehmen des chauvinistischen Gefühles in weiten Kreisen der Bevölkerung eine ausgesprochene Unterschätzung Deutschlands und seiner Armee um sich zu greifen begann, der durch die Zeitungen und besonders durch die Militärpresse sowie durch allerlei Tendenzbroschüren geflissentlich Nahrung zugeführt wurde. Wer Gelegenheit hat, das Naturell der Franzosen an der Quelle zu studieren, kann nicht darüber im Zweifel sein, daß eine Stimmung wie die oben gekennzeichnete hier von einem Tage zum andern Ereignisse hervorrufen kann, bei denen nicht gerade die verständigen und gemäßigten Elemente den Ausschlag geben. Ein Deutscher, der

---

* Oberstleutnant Graf Lamezan-Salies.
** Oberst Zaccone.
*** Generalmajor Graf Nostiz.

seit Jahren in Paris lebt und verwandtschaftliche Beziehungen in den besten Kreisen besitzt, erzählte mir kürzlich, er habe gelegentlich eines Gesprächs mit einem seiner französischen Vettern bei diesem derartig rabiate und abenteuerliche Anschauungen gefunden, daß er sich nicht habe enthalten können, ihm schließlich zu sagen: „Vous n'avez rien appris depuis 1870!"

Seit meinen letzten ausführlicheren Berichten über den Gegenstand sind inzwischen mehrere Monate ins Land gegangen, und ich habe während dieses Zeitraumes mit besonderer Aufmerksamkeit und unter Zuhilfenahme aller mir zugänglichen Orientierungsquellen die weitere Entwickelung der hiesigen Stimmung und ihre militärischen Begleiterscheinungen beobachtet. Es lag mir daran, Gewißheit darüber zu erlangen, ob ich während der kritischen Monate die Erscheinungen mit der nötigen Unbefangenheit beurteilt hatte, und ob die leidenschaftliche Erregung des französischen Volkes, die ich zu erkennen geglaubt hatte, vielleicht nur eine augenblickliche und oberflächliche Aufwallung ohne ernstere Bedeutung gewesen war. Das Ergebnis meiner fortgesetzten Beobachtungen kann ich heute dahin zusammenfassen, daß die chauvinistische Erregung, über die ich berichtet hatte, nicht nur damals wirklich bestanden hat, sondern seit dem Herbst sogar noch gestiegen ist, sich vertieft hat und zurzeit in üppiger Blüte steht. Um ein plötzlich aufflackerndes und ebenso schnell wieder verlöschendes Strohfeuer oder um einen lediglich durch künstliche Mache hervorgebrachten Bluff kann es sich sonach nicht gehandelt haben. Es liegt vielmehr eine ernstere Erscheinung vor, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden darf. Die Ursachen, die diese Stimmung entzündet haben, und die dazu beitragen, daß sie auch heute noch anhält, sind mannigfaltiger Natur. Ein näheres Eingehen darauf würde die Grenzen einer militärischen Berichterstattung wesentlich überschreiten müssen. Ebenso würde eine Beschäftigung mit der Frage, ob der augenblicklich herrschende außergewöhnliche Chauvinismus in absehbarer Zeit wieder einer gewissen Beruhigung Platz machen wird, notgedrungen vom militärischen auf das politische Gebiet hinüberführen. Ich muß mich daher darauf beschränken festzustellen, daß die Franzosen sich gegenwärtig in einer Gemütsverfassung befinden, die sich aus allgemeiner Nervosität, ausgesprochenem Deutschenhaß und hochgespannter nationaler Empfindlichkeit zusammensetzt. Daß ein solcher Zustand auch den militärischen Beobachter interessieren muß, liegt auf der Hand. Denn eine Stimmung, wie sie augenblicklich in Frankreich herrscht, kann unter Umständen zu Ereignissen führen, die einen Krieg unvermeidlich machen würden. Wer die hiesigen Verhältnisse nur an der Hand der Militärpresse und der nationalistischen Hetzblätter beurteilen wollte, könnte leicht zu der Überzeugung gelangen, daß Frankreich nur auf den Moment warte, um Deutschland anzugreifen, und daß es mit unbedingter Zuversicht

einem solchen Kampfe entgegengehen würde. Eine derartige Folgerung würde aber meiner Ansicht nach über das Ziel hinausschießen. Solange die besonneneren Elemente die Oberhand behalten, werden die Franzosen auch heute noch einem Kriege mit Deutschland lieber ausweichen, allerdings nicht um jeden Preis, sondern nur sofern es die nationale Ehre und die, wie oben erwähnt, augenblicklich besonders hochgesteigerte Empfindlichkeit gestatten. Was die Siegeszuversicht anbelangt, so ist sie gewiß in denjenigen Kreisen der Armee und des Volkes vorhanden, die geneigt sind, sich ohne nähere Kenntnis der Verhältnisse und ohne das Gefühl der Verantwortlichkeit durch hochtrabende Phrasen befriedigen und fortreißen zu lassen. Daneben gibt es aber gerade in der Armee doch eine ganze Anzahl von ernsten Elementen, die den Verhältnissen beim Nachbar und dem deutschen Heerwesen gründliche Aufmerksamkeit schenken, und in diesen Kreisen dürfte die Auffassung, daß das deutsche Heer und das Deutsche Reich beim ersten Anprall wie Kartenhäuser zusammenfallen würden, wohl auf Widerspruch stoßen. Mag auch das Selbstbewußtsein ebenso wie im Volke so in der Armee im Laufe der letzten Zeit erheblich gestiegen sein, so fehlt es doch nicht an erfahrenen und einsichtigen Männern, die von der französischen Überlegenheit nicht rückhaltlos überzeugt sind, wie folgendes Beispiel bestätigen mag. In einem früheren Bericht hatte ich darauf hingewiesen, daß bei einem Teile des französischen Offizierkorps Zweifel darüber beständen, ob die oberste Führung im Kriegsfalle ihrer Aufgabe gewachsen sein würde. Ganz unabhängig von meinen Beobachtungen hat nun vor einigen Tagen der hiesige Kaiserliche Geschäftsträger Freiherr von der Lancken von einer Persönlichkeit, die nahe Beziehungen zu mehreren Mitgliedern des obersten Kriegsrats unterhält, eine Information erhalten, die meine damalige Meldung durchaus bestätigt. Danach hege man in hohen militärischen Kreisen zwar eine sehr gute Meinung von den Fähigkeiten des Generals de Castelnau, der für den Kriegsfall zum Chef des Stabes beim Generalissimus ausersehen ist, aber von den Leistungen dieses Oberbefehlshabers selbst, des Generals Joffre, verspräche man sich wenig.

Wenn ich aus den vorhergehenden Betrachtungen ein Fazit ziehen soll, so gelange ich zu dem Schluß, daß diejenigen militärischen und sonstigen Elemente in Frankreich, die etwas von der Sache verstehen, und die inmitten der allgemeinen Aufregung kaltes Blut bewahrt haben, einen Krieg mit Deutschland nicht gerade herbeisehnen und noch weniger dazu geneigt sein dürften, ihn leichtfertig vom Zaune zu brechen.

Man kann aber einen Krieg nicht herbeiwünschen und trotzdem davon überzeugt sein, daß er unvermeidlich ist und vielleicht nahe bevorsteht, weil es im Interesse des Gegners liegen könnte, ihn heraufzubeschwören. Diese Auffassung ist meiner Ansicht nach zur-

zeit hier weitverbreitet, und in ihr ist wohl eine der wesentlichsten Ursachen der französischen Nervosität zu suchen. „Was hilft es uns, ob wir den Krieg wünschen oder nicht? Er wird uns eines Tages, vielleicht schon bald, aufgezwungen werden. Deshalb laßt uns alle Kräfte zusammenfassen, das Volk mit der Möglichkeit einer solchen Prüfung vertraut machen und die Armee für ihre Aufgabe bereit halten. Wenn etwas uns vor dem Kriege bewahren kann, so ist es ein selbstbewußtes, Achtung gebietendes Auftreten und ein kriegsbereites Heer, denn mit Deutschland kann man nur im Frieden leben, wenn man ihm imponiert." So ungefähr denken heute viele Franzosen, und so dürfte auch die Auffassung der ausschlaggebenden politischen und militärischen Kreise sein. Alle Maßregeln, die der neue Kriegsminister Millerand in seiner kurzen bisherigen Amtstätigkeit getroffen hat, erscheinen, unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, durchaus folgerichtig. Das Selbstbewußtsein des Offizierkorps und sein Vertrauen zur Regierung wird gestärkt (siehe Abschaffung der Präfektenberichte), die Armee selbst mit allerlei Mitteln und Mittelchen (Zapfenstreiche, militärische Festlichkeiten) populär gemacht. Unnötige Spielereien, die dem gesunden militärischen Sinn zuwiderliefen oder den normalen Dienstbetrieb erschwerten, werden aufgegeben (siehe zum Beispiel die Abschaffung der seinerzeit von Herrn Chéron * eingeführten Ehrentafeln in den Kasernen). Die von Herrn Messimy ** in Aussicht genommenen Fortbildungskurse für Stabsoffiziere, die von den Interessenten als eine Art von Examen betrachtet wurden und viel böses Blut gemacht hatten, sollen bis auf weiteres nicht stattfinden. Erlasse über die Ausbildung betonen die Notwendigkeit, die Truppe mit Ernst und Eifer für ihre Tätigkeit im Kriegsfalle vorzubreiten. Ein groß angelegtes Programm zur Organisation der Luftflotte soll dem Publikum und der Armee zeigen, daß Frankreich auf diesem Gebiete allen anderen Nationen überlegen ist und zu bleiben gedenkt. Alle diese Maßregeln des Kriegsministers finden in der Presse fast einstimmigen Beifall, weil sie dazu angetan seien, die Stimmung der Armee zu heben, ihre Schlagfertigkeit zu steigern und im Volke Liebe und Vertrauen zum Heere wach zu halten. Ich glaube, daß augenblicklich in der französischen Armee unter dem Einfluß der allgemeinen Volksstimmung und der oben besprochenen zielbewußten Tätigkeit des Kriegsministers ein frischer Geist und reger Dienstbetrieb herrscht, und daß die in der jetzigen Ausbildungsperiode planmäßig stattfindenden Mobilmachungsbesichtigungen diesmal besonders sorgfältig vorgenommen werden dürften. Die „France militaire" schloß neulich einen Artikel, der die gespannte politische Lage behandelte, mit den Worten: „Janvier, février, mars sont les mois où il faut se mettre de tout son cœur à l'ouvrage. Il faut que celui de 1912 soit de l'ouvrage bien fait." Wer die Aus-

* Ehemaliger Unterstaatssekretär im Kriegsministerium.
** Kriegsminister im Kabinett Caillaux.

drucksweise und die Tendenz der „France militaire“ kennt, weiß, was er sich bei solchen Worten zu denken hat.

(gez.) von Winterfeldt

Nr. 11 516

Bericht des Militärattachés in Paris Majors von Winterfeldt

Abschrift

Nr. 13 Paris, den 28. Februar 1912

Eine deutliche Illustration zu meinem Bericht 11* über die militärischen Wirkungen der augenblicklich in Frankreich herrschenden chauvinistischen Stimmung liefert die vom „Matin“ ins Leben gerufene Bewegung zugunsten des militärischen Flugwesens. Daß die Franzosen für diesen Gegenstand ein besonders lebhaftes Interesse besitzen, habe ich oft betont. Trotzdem würde unter normalen Verhältnissen eine Anregung, wie sie jetzt vom „Matin“ gegeben worden ist, bei den im wesentlichen sparsam veranlagten Franzosen kaum so zündend gewirkt haben, als es in der heutigen überreizten Stimmung der Fall ist. Angeblich soll der Kriegsminister den Anstoß zu der ins Werk gesetzten Propaganda gegeben haben. Ich halte das nicht für unmöglich, denn es kann Herrn Millerand nur erwünscht sein, wenn sein großes Luftflottenprogramm, das in allernächster Zeit dem Parlament unterbreitet werden soll, unter dem Zeichen einer allgemeinen nationalen Begeisterung das Licht des Tages erblickt. Der „Matin“, der es in meisterhafter Weise versteht, nationale Fragen für Reklamezwecke auszuschlachten, geht auch hier wieder mit gewohntem Elan ans Werk. Zur Unterstützung der in der Zeitung selbst betriebenen Propaganda verbreitet er in ungezählten Exemplaren eine Flugschrift „Notre avenir est dans l'air“. Wenn auch die theatralische Art, mit der die ganze Sache betrieben wird, und bei der die französische Eitelkeit sich in den verschiedensten Spielarten entfaltet, unserem Empfinden widerstreben mag, so darf man doch nicht verkennen, daß ein ausgesprochen nationaler Zug in der Bewegung hervortritt, bei dem nicht nur politische Meinungsverschiedenheiten, sondern sogar, was noch mehr sagen will, der Konkurrenzneid zwischen den einzelnen Zeitungen vorübergehend verwischt erscheinen. Wie lange diese Begeisterung vorhalten wird, und welches ihre praktischen und finanziellen Ergebnisse sein werden, muß man abwarten. Bei der augenblicklich in Frankreich herrschenden Stimmung ist es keineswegs ausgeschlossen, daß es gelegentlich der zahlreichen in Aus-

* Siehe Nr. 11515.

sicht genommenen Propagandameetings zu chauvinistischen Entgleisungen kommen könnte, wie sie seinerzeit bei dem ebenfalls vom „Matin" ins Leben gerufenen Circuit de l'Est vorgefallen sind. Schon jetzt werden für Flugzeuge, die der Armee geschenkt werden sollen, Namen wie „Jeanne d'Arc", „Entente Cordiale", „Quand même", „Espérance", „Revanche" vorgeschlagen; Nancy wünscht sein Meeting am Ostersonntag abzuhalten, weil an diesem Tage zahlreiche Elsaß-Lothringer Nancy zu besuchen pflegten usw. Vom rein militärischen Standpunkt darf man sich jedenfalls nicht darüber täuschen, daß die Bewegung wesentlich dazu beitragen kann, das Militärflugwesen Frankreichs weiter zu fördern.

(gez.) von Winterfeldt

Nr. 11 517

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 78 Paris, den 14. März 1912

Privat für den Herrn Staatssekretär.

Hier wird mir erzählt, Francis Charmes* reise nach Berlin, um am 18. d. Mts. an einem Diner auf französischer Botschaft teilzunehmen, zu welchem Seine Majestät der Kaiser und König sich angesagt habe. Ist dies zutreffend?

Mir scheint fraglich, ob angesichts jetziger Stimmung gegen uns zu empfehlen, den Franzosen in derartiger demonstrativer Weise eine Freundlichkeit zu erweisen, welche leicht als Erfolg der hiesigen patriotischen Bewegung tendenziös gedeutet werden könnte.

Schoen

Nr. 11 518

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen

Telegramm. Konzept von der Hand des Unterstaatssekretärs Zimmermann

Nr. 56 Berlin, den 14. März 1912

Privat auf Telegramm Nr. 78**.

Seine Majestät hat für 19. d. Mts. bei Cambon auf dessen diesbezügliche Bitte sich zum Diner angesagt, was nicht als außergewöhn-

* Sénateur Francis Charmes, Direktor der „Revue des Deux Mondes", Mitglied der Akademie. Er nahm tatsächlich teil an dem Diner auf der französischen Botschaft, zu dem sich der Kaiser angesagt hatte.

** Siehe Nr. 11 517.

lich und auffällig erscheinen kann, da Seine Majestät derartige Ehrung den hier beglaubigten Botschaftern zu erweisen pflegt und sie insbesondere auch Cambon bereits früher erwiesen hat.

Kiderlen

Nr. 11 519

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 95 Paris, den 20. März 1912

Die meisten hiesigen Blätter bringen heute Berichte über den Besuch Seiner Majestät des Kaisers und Königs auf der französischen Botschaft*. Die Kommentare, die an die Meldungen über das Ereignis geknüpft werden, sind je nach Richtung der einzelnen Blätter mehr oder weniger freundlich gehalten. „Figaro", „Journal", „Matin", „Excelsior" erblicken in der von unserem allerhöchsten Herrn dem französischen Botschafter erwiesenen Ehrung einen Beweis für den großen Wert, den Seine Majestät auf courtoisievolle und gute Beziehungen zu Frankreich legt. „Matin" veröffentlicht als Beleg hierfür angebliche Äußerungen des Fürsten Löwenstein, „Excelsior" behauptet sogar, Herr Cambon selbst habe erklärt: „L'empereur, en venant à l'ambassade, veut montrer que, sans s'occuper de l'émotion qui s'est emparée des deux peuples, il veut poursuivre une politique de rapprochement entre les deux pays". Dagegen wird in einem gleichfalls von „Excelsior" veröffentlichten angeblichen Interview seines Berliner Korrespondenten mit einem ehemaligen Beamten des Auswärtigen Amts der Überzeugung Ausdruck verliehen, der kaiserliche Besuch habe lediglich bezweckt, Herrn Cambon über die Absichten der französischen Regierung im Falle eines Balkankrieges auszuforschen. „La Croix" ist anderer Ansicht. Sie glaubt, „la petite manœuvre qui consiste à exhiber Guillaume II chez M. Cambon" sei von Frankreich ins Werk gesetzt worden, um den Engländern das Mißfallen über ihre Haltung in der Angelegenheit der französisch-spanischen Marokkoverhandlungen, das heißt die Rückenstärkung, die sie den Spaniern gegenüber den Franzosen gewähren, zu bezeigen. „Nous les menaçons ainsi d'une entente éventuelle avec l'Allemagne. Est-ce très fin? On peut en douter."

„La Bataille" erblickt in der Teilnahme an dem Diner auf der französischen Botschaft eine Kundgebung Seiner Majestät gegen die

* Vgl. namentlich den Artikel von Henry Burguet, einem der Teilnehmer an dem Diner, in „Le Patriote" vom 6. April.

auswärtige Politik seines Reichskanzlers und Staatssekretärs. „C'est contre les vues mêmes du souverain que M. M. de Bethmann Hollweg et de Kiderlen ont mené leur politique, c'est contre son désir que le conflit a été poussé à l'état aigu; c'est contre son attente qu'il a abouti à l'accord..... qui a eu pour résultat de refroidir considérablement les relations qui existaient contre* l'Allemagne et la France et que l'empereur souhaitait resserrer encore."

„Patrie" führt den allerhöchsten Besuch auf den tiefen Eindruck und die Überraschung zurück, die das patriotische Erwachen Frankreichs in Deutschland hervorgerufen habe. Sie warnt Frankreich vor der „patte de velours" und der beginnenden „campagne sentimentale". „L'histoire contemporaine nous prouve ce que valent les sourires germaniques."

Gleichfalls skeptisch spricht sich Ernst Judet in einem „l'Arbitrage Allemand" überschriebenen Artikel des heutigen „Eclair" über den Wert des von Seiner Majestät dem Kaiser durch den Besuch auf der französischen Botschaft Frankreich gegebenen Zeichens der Sympathie aus. Er sagt: „L'empereur Guillaume II dîne chez notre ambassadeur, tendant le rameau d'olivier, mais exploitant sans hésiter notre absence dans la mêlée (Regelung der Orientfragen) qui se développait en dehors de nous ..... Quand l'union intérieure nous permettra-t-elle de redevenir à nous mêmes?"

v. Schoen

Nr. 11 520

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 101 Paris, den 22. März 1912

Die Hoffnung, daß die Erregung, welche die Vorgänge des letzten Sommers bei den Franzosen wachgerufen hatten, sich legen würde, wenn die Verständigung zwischen uns und Frankreich über Marokko und den Kongo zur Tat geworden, hat sich nicht erfüllt. Im Gegenteil, die französische Nervosität hat nach Abschluß der Verhandlungen und der parlamentarischen Auseinandersetzungen eine bemerkbare Steigerung erfahren und ist noch heute so lebhaft, daß der Zeitpunkt einer vollständigen Beruhigung nicht abzusehen ist.

In Gesprächen mit Franzosen und Franzosenfreunden begegne ich stets der Auffassung, die erregten Wallungen der französischen Volksseele seien die Nachwirkungen von Agadir sowie der langen

* Wohl verschrieben für „entre".

Dauer und der Wechselfälle der Verhandlungen. In gewissem Grade mag diese Anschauung zutreffend sein, aber sie genügt meines Erachtens nicht zur Erklärung der andauernden und sich steigernden Spannung der Geister. Die Franzosen haben sich allerdings derart in die Vorstellung hineingeredet, der „coup d'Agadir" sei eine Drohung und eine Erpressung gewesen, daß sie nun fest davon überzeugt sind, wir hätten es im Sommer nicht auf freundschaftliche, ehrenvolle Auseinandersetzung, sondern auf eine für Frankreich demütigende Erzwingung einer neuen Lage abgesehen gehabt. Von da bis zur Annahme, daß sich Ähnliches leicht wiederholen könne, ist nur ein sehr kleiner Schritt, den der lebhafte französische Geist ohne weiteres macht*. Die französische Nation fühlt sich, wenn sie auch weder für die eigenen Sünden noch für die Vorteile des Marokkoabkommens blind ist, durch die Art unseres Vorgehens verletzt und vermag sich von dem Argwohn nicht frei zu machen, daß sie gelegentlich erneuten kränkenden Zumutungen von deutscher Seite ausgesetzt sein könnte. Der Sturz des Ministeriums Caillaux erklärt sich weniger aus der Unzufriedenheit mit den geschlossenen Verträgen als aus dem Unmut darüber, daß jene Regierung dem angeblich demütigenden deutschen Vorgehen nicht würdigere Haltung entgegengesetzt und nicht größeres Vertrauen in Frankreichs Widerstandskraft an den Tag gelegt hat. Sogar der Umstand, daß es dahin gekommen, daß England in kritischen Tagen ein gewichtiges Wort mitgesprochen, hat für viele Franzosen etwas Bedrückendes.

Aber in diesen Erinnerungen liegen nicht die alleinigen Gründe für die Fortdauer der französischen Nervosität. Es kommen noch

---

* Sogar der Botschafter Jules Cambon nahm für bare Münze, was ihm angeblich jener „agent secret de la Wilhelmstrasse" (vgl. Nr. 11511, Fußnote) gesagt hätte: „Ne croyez pas que le coup d'Agadir ait été un bluff. C'était une provocation. M. de Kiderlen recommencera." Rapport de la Commission d'Enquête sur les Faits de la Guerre, I, 363. Der Senatsbericht weiß auch sonst allerhand, bezeichnenderweise meist aus englischer oder russischer Quelle, anzuführen, was für feindselige und sogar kriegerische Absichten Deutschlands gegen Frankreich im Frühjahr 1912 sprechen soll: „L'Angleterre apprenait et faisait savoir en France que les rectifications au plan de mobilisation allemand, distribuées en général au mois d'avril, chaque année, avaient été distribuées dès janvier. L'état-major russe savait le 10 mars que le Gouvernement allemand donnait des avis de préparation à la Croix-Rouge, faisait le recensement des produits pharmaceutiques disponibles. Plusieurs fois en février, le chargé d'affaires allemand, le baron de Lancken, apportait de prétendus griefs au Ministère français, se plaignant qu'on boycottât les produits allemands en France, qu'il y eût une véritable tension des esprits et de la presse contre l'Empire. Enfin, les financiers informaient le Gouvernement français que, de Berlin, on invitait les maisons de banque allemandes à resserrer leur crédit." (A. a. O., I, 364.) Damit vergleiche man, was die Schriftstücke dieses sowie des übernächsten Kapitels über französische Kriegsvorbereitungen bzw. über diplomatische und militärische Rüstungen bringen.

weitere Erwägungen aus den Gebieten der äußeren und der inneren Politik hinzu. Die Vorgänge des vorigen Sommers haben gezeigt, daß Rußland keine Neigung hatte, wegen Marokkos für Frankreich gegen Deutschland nachdrücklich einzutreten, daß also die russisch-französische Allianz für Frankreich jetzt weniger praktischen Wert hatte, als es seinerzeit in Algeciras der Fall gewesen. Auch die Freundschaft Englands erwies sich nur vorübergehend als hilfsbereit und auch dann, wie stets, nur geneigt, eigenen Interessen zu dienen. Das französische Mißtrauen gegen England hat seitdem weitere Nahrung durch die durch Haldanes Mission * eingeleiteten Verständigungsversuche mit Deutschland erhalten. Dazu ist eine Zuspitzung des Verhältnisses zu Spanien gekommen, die zu einer eisigen Erkaltung, wenn nicht zu einem Bruch zu führen drohte. Ferner hat auch die Freundschaft mit Italien eine tiefe und allem Anschein nach nachhaltige Erschütterung erfahren **. Endlich hat die ganze europäische Lage infolge des italo-türkischen Konflikts, infolge der Spannung zwischen uns und England und anderem mehr eine unklare und ernste Gestalt angenommen. Auch die inneren Zustände Frankreichs geben manche Veranlassung zu Sorgen. Die Instabilität der Regierungen, die Unfruchtbarkeit des auf die Spitze getriebenen parlamentarischen Regimes, die Verwirrung in den Parteien, der zunehmende Mangel an Ordnung, Disziplin und öffentlicher Sicherheit drohen das Ansehen, ja nach der Ansicht mancher den Bestand der republikanischen Institutionen zu gefährden. Dies alles hat zusammengewirkt, um bei den Franzosen ein starkes Gefühl des Unbehagens hervorzurufen, sie aus den Träumen phäakenhaften Völkerfriedens aufzurütteln und die leitenden Kreise vor die harte Notwendigkeit zu stellen, alle nationalen Kräfte bis zum äußersten anzuspannen, um das Land instand zu setzen, einer von außen oder von innen kommenden Erschütterung erfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen.

Aus diesen Verhältnissen ist das Kabinett Poincaré geboren worden, das die besten Männer vereinigt, über welche die heutige Republik verfügt. Wollte sie den in sie gesetzten Erwartungen gerecht werden, so mußte die neue Regierung ihre vornehmste Aufgabe darin erblicken, durch besonnene, würdige und starke Haltung in äußeren und inneren Fragen dem Lande das Vertrauen in seine Führung und in seine eigene Kraft wiederzugeben. Zu diesem Zwecke sah sich die Regierung zunächst zu dem Bestreben veranlaßt, das in den kritischen Zeiten des vorigen Sommers erwachte nationale Selbstgefühl zu erhalten und den in den vergangenen Jahren unter der Wirkung der sozialistischen Wühlarbeit stark zurückgegangenen militärischen Geist neu zu beleben. Diese Aufgabe war eine um so dank-

---

* Vgl. dazu Kap. CCXLIII, Nr. 11 379, S. 144, Fußnote **.
** Vgl. Bd. XXX, Kap. CCXXXVIII, Nr. 11 066, S. 343, Fußnote.

barere, als ihre Erfüllung den erfolgreichen Machthabern mit dem Ruhme um das Vaterland hochverdienter Männer zugleich Aussicht brachte, bei dem Rennen um die in Jahresfrist neu zu besetzende Präsidentschaft der Republik einen guten Platz zu erhalten.

Als ein sehr tüchtiger Arbeiter auf diesem Gebiete hat sich schon jetzt der Kriegsminister Millerand erwiesen. Seine eifrige und von einer gefälligen Presse in helles Licht gehobene Tätigkeit für die Schlagfertigkeit der Armee und für die Pflege eines guten, der Politik fremden Geistes im Offizierskorps, die Einführung des Zapfenstreichs und der Frühjahrsparade, die starke Betonung der Ausbildung des Flugwesens, jener „vierten Waffe", mit welcher die Franzosen sich uns erheblich überlegen glauben, und für deren starke Gestaltung eine lärmend betriebene nationale Sammlung im Werk ist, dies alles hat Herrn Millerand bereits das Vertrauen der Nation gesichert, dieser das Selbstbewußtsein erheblich gestärkt und die Popularität der Armee bedeutend gehoben*. Die Presse spricht begeistert von einem „militärischen Frühling, von Auferstehung, von patriotischer Wiedergeburt Frankreichs, von Entfaltung der Blüte der Hoffnung und des Ruhmes", so ziemlich jeder Franzose ist heute stolz auf die Armee und überzeugt, daß mit ihr das Vaterland nichts zu fürchten hat. Die antimilitaristische Bewegung scheint für den Augenblick wesentlich abgeschwächt.

Mögen diese Errungenschaften einerseits auch beruhigend auf die Franzosen wirken, so liegt doch andererseits die Gefahr nahe, daß die so eifrig betriebene Pflege des militärischen Geistes auf die Dauer eine Spannung erzeugt, welche bei der geringsten von außen oder von innen kommenden Störung zu einer bedenklichen Entladung führen kann. Die jetzige patriotische und deutschfeindliche Bewegung in Frankreich erinnert in manchem an die Zeiten des Generals Boulanger, wenn ihr auch die abenteuerliche und diktatorische persönliche Spitze jener Ära fehlt. Gleichwohl würde es nicht zutreffend sein, sie in dem Grade als Revanchechauvinismus anzusprechen, als es der Boulangismus war. Der Wunsch nach Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens oder wenigstens nach irgend einem die verletzten französischen Gefühle wohltuend berührenden Ausgleich ist in der französischen Volksseele keineswegs erloschen. Aber die Nation will keinen Krieg. Was sie zurzeit beherrscht, das ist nicht aggressive Kriegslust, sondern das dunkle Gefühl, daß ein Krieg in mehr oder weniger naher Zukunft unvermeidlich werden, daß er ihr durch europäische Verwickelungen, durch einen Angriff von uns oder durch eine unerträgliche Zumutung aufgedrungen werden könnte. Solchen Eventualitäten gegenüber will Frankreich genügend gerüstet sein und glaubt im Hinblick auf die

---

* Vgl. dazu Iswolskys Bericht an Sasonow vom 14. März 1912. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 63 f.

dem Volke in Paraden und Manövern vorgeführten schönen Leistungen der Armee und den bedeutenden Vorsprung im Flugwesen diesem Ziel sehr nahe zu sein, wenn nicht es erreicht zu haben. Selbst in den Kreisen der ruhig denkenden Bourgeoisie ist heute die feste Meinung verbreitet, daß Frankreich sich eine zweite „Demütigung à la Agadir" nicht bieten lassen dürfe und werde.

Bei Beurteilung der Frage nach der voraussichtlichen Dauer der durch die militaristische Bewegung erzeugten Spannung ist der Umstand beachtenswert, daß die monarchistischen und klerikalen Gegner der Republik und insbesondere des herrschenden radikalen Regimes unter patriotischer Maske das Feuer mit frivoler Hand schüren, lediglich zu dem Zwecke, die heutigen Machthaber in Bedrängnis zu bringen und zu stürzen. Die Fanatiker unter den Monarchisten und Klerikalen würden es zu diesen Zwecken vielleicht nicht ungern sehen, wenn die Dinge sich bis zu kriegerischen Konflikten verwirrten. Die herrschenden Radikalen verschließen sich nicht der Erkenntnis dieser Gefahr und beginnen bereits vor den Folgen des patriotischen Treibens zu warnen. Auch einzelnen Mitgliedern der Regierung, so namentlich dem Ministerpräsidenten Poincaré, scheint, wie ich Andeutungen aus seiner Umgebung entnehme, die Einsicht nicht zu fehlen, daß man mit der Aufstachelung der patriotischen Gefühle und des militaristischen Geistes schon bedenklich weit gegangen ist, und daß es angebracht wäre, die erregten Gemüter zu dämpfen. Leider hat Herr Poincaré bisher keinen überzeugenden Beweis dafür erbracht, daß er der starke Mann ist, dessen Wort gewichtig genug ist, um hochgehende Wogen zu glätten. Sein kürzlich in der Kammer unternommener Versuch, durch eine Erklärung, welche die vorhergehenden Regierungen deckte, dem immer erneuten Aufwühlen der jüngsten Vergangenheit der Marokkopolitik ein Ende zu machen*, hat verhältnismäßig wenig Erfolg gehabt.

Wenn die augenblicklich etwas unsichere europäische Lage sich wieder beruhigend klären, wenn namentlich das Verhältnis zwischen uns und England sich erheblich bessern sollte, so wird es wohl auch gelingen, die nervös erregte Stimmung in Frankreich zum Abflauen zu bringen. Aber bis dahin läßt sich nicht leugnen, daß der Funke eines ernsten Zwischenfalles die französischen Leidenschaften zu hell aufschlagenden Flammen bringen kann. Die Regierungsmänner würden dann beim besten Willen schwerlich in der Lage sein, den Brand zu löschen.

Von wesentlich ernüchternder Wirkung auf die französische patriotische Bewegung wird es [nach] meiner Überzeugung sein, wenn wir und unsere Presse ihr gegenüber vollkommen kühle Ruhe zur Schau tragen, wenn wir, ohne den Franzosen Mißachtung zu zeigen,

* Vgl. dazu Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1912, S. 367 f.

aber auch ohne ihnen besondere Freundlichkeiten zu erweisen, sicheren Schrittes unsere Wege gehen und kalten Blutes zur Verwirklichung derjenigen Maßnahmen zum Ausbau unserer Wehrmacht schreiten, welche unsere Interessen und die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit uns aufnötigen.

v. Schoen

Nr. 11 521

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 118 Paris, den 17. April 1912

Es läßt sich nicht verkennen, daß die deutschfeindliche Stimmung in Frankreich recht tiefe Wurzeln geschlagen hat. Vor einigen Wochen hatte es zwar den Anschein, als ob der Chauvinismus etwas nachließe, und auch die Presse schlug uns gegenüber einen milderen Ton an. Jetzt zeigt sich aber, daß man es nur den Zuständen im Innern (Automobilbanditen*, parteipolitischen Vorgängen usw.) zu verdanken hatte, wenn in den Blättern die feindseligen Ausfälle gegen Deutschland seltener geworden waren.

Ein Beispiel dafür, wie auch von ernsten Kreisen jeder Anlaß benutzt wird, um die gehässigen Gefühle gegen uns wirksam zum Ausdruck zu bringen, ist die vom gestrigen „Temps" gebrachte spaltenlange Veröffentlichung über das alberne Pamphlet des Karikaturisten Hansi-Waltz „Professor Knatschke". In recht niedriger Weise glaubt der „Temps" durch die Art, wie er die geschmacklosen Witzeleien Hansis kommentiert, dem Haß gegen Deutschland schmeicheln zu sollen.

Auch die Meinungsäußerungen, in denen sich unsere Alldeutschen neuerdings in Reden und Broschüren ergingen, und welche bei uns selbst wohl nur wenig Leute ernst nehmen, werden von der Presse mit offensichtlichem Behagen aufgegriffen, um die Deutschen als ein unersättliches und angriffslustiges Volk hinzustellen und so die durch die Marokkokrise entstandene chauvinistische Stimmung wach zu halten. Hier ist es ebenfalls der ernsthafte „Temps", der den andern Blättern mit gutem Beispiel vorangeht. In der gleichen Nummer von gestern beschäftigt er sich mit einem Artikel des „Journal de Genève" über die Broschüre des Pangermanisten Kurd von Strantz, welche die Fortschritte der Deutschen in Genf behandelt**. Der „Temps" fordert zum entschiedenen Widerstand gegen das Vordringen der Deutschen

* Vgl. dazu Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1912, S. 370, 371.
** „Deutsches Schrifttum im Auslande."

auf, das ebenso wie für die Schweiz auch für Frankreichs Grenzlande gefährlich sei, und bezeichnet es als „invasions en pleine paix qui préparent les conquêtes à main armée et en fournissent le prétexte." Der schweizerische Gesandte*, der sich mir gegenüber mit großem Unwillen über diesen „Temps"-Artikel äußerte, meinte, es sei der Gipfel der Unverfrorenheit, wenn Franzosen die Schweiz vor Gefahren warnen wollten, die ihr aus einer Zunahme des Deutschtums in Genf erwachsen könnten. Denn gerade in Genf betrieben die Franzosen selbst eine Propoganda, die einen ausgesprochenen irredentistischen Charakter trage und ein ernstes Problem für die Schweiz darstelle.

Eine entschiedene Feindseligkeit gegen alles Deutsche ist hier gegenwärtig geradezu zur Mode geworden, und die gesamte Presse glaubt, derselben Rechnung tragen zu müssen. So ist es auch zu einer ständigen Rubrik der Blätter geworden, gegen die Invasion der deutschen Touristen zu hetzen, die ja in erster Linie doch nur zu Spionagezwecken nach Frankreich kämen. Charakteristisch ist es, daß nicht einmal die Geschäftsleute, welche besonders in Paris und an der Riviera eingestandenermaßen sehr großen Nutzen von unseren Landsleuten ziehen, gegen die Hetzereien Front zu machen wagen.

Es würde sich doch vielleicht empfehlen, daß unsere Presse, und nicht nur die alldeutsche, gelegentlich auf die eigentümliche Auffassung hinweist, welche man in Frankreich von den Pflichten der Gastfreundschaft hat.

v. Schoen

Nr. 11 522

Bericht des Militärattachés in Paris Majors von Winterfeldt

Abschrift

Nr. 24 Paris, den 11. Mai 1912

Herr Millerand ist nach wie vor äußerst betriebsam. Wer Gelegenheit hat zu beobachten, wie in Frankreich jahraus, jahrein von den aufeinander folgenden Inhabern des Kriegsportefeuilles an der Armee herumexperimentiert wird, der muß sich bei jedem neuen Kriegsminister immer wieder die Frage vorlegen, was bei diesen Experimenten an plus oder minus für die Armee herausspringt. Bei dem jetzigen Kriegsminister erscheint eine solche wiederholte Prüfung besonders am Platze, weil Herr Millerand zweifellos keine alltägliche Persönlichkeit ist, und weil sein Auftreten und Wirken sehr verschieden beurteilt wird. Die immer wieder auftauchende Behauptung, Herr

* C. Lardy.

Millerand sei Reaktionär und ein Anhänger, wenn nicht gar Förderer der bonapartistischen Bewegung, lasse ich hierbei außer Betracht, weil sie hauptsächlich politisches Interesse bietet. Militärisch beachtenswert ist dagegen der Umstand, daß ein Teil der Fachpresse im offenbaren Gegensatz zu der augenblicklich in der Armee und im Publikum vorherrschenden Stimmung die Leistungen des Herrn Millerand durchaus nicht rückhaltlos anerkennt, und daß im Offizierkorps bis in die höchsten Stellen hinauf neben Bewunderern auch scharfe Gegner des jetzigen Kriegsministers zu finden sind. Wie ich aus zuverlässiger Quelle weiß, beurteilt beispielsweise der frühere Kriegsminister General Picquart, ein ohne Frage sehr gescheuter Mann, die Leistungen Millerands durchaus absprechend. Er wirft ihm vor, daß er nach Popularität hasche, zu viel mit Reklame und allerlei Äußerlichkeiten arbeite und in der Armee und im Publikum den Geschmack an einer theatralischen Soldatenspielerei großziehe, die dem Ernst und der Gründlichkeit des Dienstbetriebes schaden müßte. In dieser Auffassung mag manches Wahre liegen. Im ganzen genommen glaube ich aber doch, daß gerade in den jetzigen Verhältnissen Herr Millerand für Frankreich kein schlechter Kriegsminister ist. Die Armee, die wohl im allgemeinen selbst am besten fühlt, was ihr frommt, ist jedenfalls in ihrer überwiegenden Mehrheit dieser Überzeugung. Sie ist Herrn Millerand vor allen Dingen dafür dankbar, daß er ihr Ansehen erheblich gehoben hat, und ich behaupte, daß seit Jahren kein französischer Kriegsminister, besonders kein aus dem Zivilstande hervorgegangener, in der Armee und auch im Publikum so viel Autorität und Popularität genossen hat wie Herr Millerand. Diese Ansicht wird von meinen hiesigen Kollegen durchweg geteilt. Ebenso glaube ich im Gegensatz zu der Auffassung des Generals Picquart, daß die zurzeit im Volk und in der Armee herrschende „cocarde"-Stimmung den Dienstbetrieb nicht schädigt, sondern vielmehr fördert. Unzufriedene gibt es natürlich immer, aber gerade in Frankreich sind die Urteile über militärische Dinge oft sehr parteiisch, weil sie nicht frei von persönlichen oder politischen Beweggründen bleiben.

Kürzlich ist Herr Millerand von einer sechstägigen Besichtigungsreise an der Ostgrenze, die er in Begleitung des Generalissimus Joffre unternommen hat, zurückgekehrt. Er hat Verdun, Toul, Nancy, Lunéville, St. Dié, Epinal, Remiremont und Belfort besucht, Forts besichtigt, Truppenübungen beigewohnt, Fliegerabteilungen gesehen, Paraden und Zapfenstreiche abgenommen und sich von der Grenzbevölkerung mit „vive Millerand" begrüßen lassen. Nach seiner Rückkehr hat er im Ministerrat erklärt, daß er die besten Eindrücke von seiner Reise mitgebracht hätte, und auch dem Publikum wurde durch ein im „Journal" erschienenes Interview mitgeteilt, daß an der Ostgrenze alles in schönster Ordnung sei. Solche Erklärungen beweisen an sich natürlich gar nichts, zumal in Frankreich, wo man der Reklametrommel nicht

abhold ist und gern den Mund etwas voll nimmt. Ich möchte aber doch im vorliegenden Falle der Reise des Herrn Millerand eine gewisse Bedeutung beimessen. Zunächst hat sie zweifellos eine moralische Wirkung gehabt. Im Volke wird ein wohltuendes Gefühl der Beruhigung hervorgerufen, wenn man sieht, daß in einem Augenblick, wo Deutschland mit neuen Rüstungen droht, der Kriegsminister und der Generalissimus so sorgsam die gefährdete Grenze inspizieren und dann die stets gern gehörte Versicherung abgeben, daß alles „archiprêt" ist; aber auch in der Armee ist die Besichtigungsreise des Kriegsministers mit Befriedigung als ein neuer Beweis seines Interesses und seiner Gewissenhaftigkeit aufgenommen worden, und die Grenztruppen werden den Besuch des populären Chefs der Armee besonders freudig begrüßt haben. Neben diesen Ergebnissen moralischer Art dürfte die Reise aber auch von praktischem Nutzen gewesen sein. Zwar wird Herr Millerand, dem jede militärische Vorbildung fehlt, selbst keine epochemachenden neuen Gesichtspunkte auf dem Gebiet der Strategie oder des Festungswesens aufgestellt haben. Es sind aber jedenfalls während der Reise in seiner Gegenwart an Ort und Stelle und von Sachverständigen zahlreiche wichtige Fragen zur Sprache gebracht und Wünsche geäußert worden. Da Herr Millerand einen klaren Verstand und praktischen Sinn besitzt und zudem der Mann dazu ist, militärische Forderungen, von deren Notwendigkeit er überzeugt worden ist, durchzusetzen, so glaube ich unbedingt, daß seine Grenzbereisung der Schlagfertigkeit der französischen Armee zugute kommen wird.

Bekanntlich hat Herr Millerand in seinem Reiseinterview auch einige Äußerungen über den Segen der Offensive zum besten gegeben. Vor nicht allzu langer Zeit hätte man derartige Bemerkungen noch lediglich als eine hohle Phrase auffassen dürfen. Heute kennzeichnen sie aber eine Strömung, die neuerdings im französischen Heer deutlich hervortritt. Wie ich schon in einem früheren Bericht ausgeführt habe, steht es natürlich zunächst noch keineswegs fest, ob hinter den gedruckten und gesprochenen Lobeshymnen auf die Offensive auch ein offensiver Wille steht, das heißt ob die Franzosen im Gegensatz zu ihrer früheren Auffassung jetzt die Absicht haben, in einem Kriege mit Deutschland von vornherein die strategische Offensive zu ergreifen. Ich neige bis auf weiteres der Ansicht zu, daß das nicht der Fall ist, zumal da die Zustände in Marokko und die deutsche Heeresverstärkung* auf die Franzosen wohl eher beruhigend als ermutigend einwirken dürften.

---

* Gerade am 10. Mai war der Reichstag in die zweite Beratung der Gesetzentwürfe zur Abänderung des Reichsmilitärgesetzes sowie zur Ergänzung des Gesetzes über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres vom 27. März 1911 eingetreten. Die Entwürfe sahen eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um rund 29 000 Mann vor, weiterhin eine Vervollkommnung der Organisation;

Seit meinem Bericht vom 11. April d. Js.* über die französischen Kommentare zur deutschen Militärvorlage habe ich in der hiesigen Presse noch eine ganze Anzahl von Äußerungen über diesen Gegenstand gesammelt, aus denen sich der französische Standpunkt klar erkennen läßt. Man bleibt hier nach wie vor bei der Behauptung, daß die deutschen Rüstungen, die sich natürlich in erster Linie gegen Frankreich richteten, keiner ernsten militärischen oder politischen Notwendigkeit entsprängen, sondern ein Ergebnis alldeutscher Hetzereien darstellten**. Frankreichs Verhalten sei selbstverständlich gänzlich unschuldig an den aggressiven Maßregeln der deutschen Nachbarn. Was in dieser Beziehung an tendenziöser Geschichtsfälschung hier geleistet wird, beweist unter anderem der anliegend überreichte Artikel des bekannten Senators Pierre Baudin sowie die ebenfalls beigefügte Darstellung des Berliner „Matin"-Berichterstatters***. Im übrigen wird allgemein anerkannt, daß das deutsche Heer durch die neue Vorlage an Zahl und Schlagfertigkeit wesentlich gewinnen würde, und daß Frankreich daher mehr als je genötigt sei, auch seine militärische Rüstung nicht nur in tadellosem Zustande zu erhalten, sondern mit allen verfügbaren Mitteln zu verstärken. Unter den Blättern, die vor Vertrauensseligkeit oder Unterlassungssünden warnen, erhebt am lautesten natürlich die „France militaire" ihre Stimme. Sie bezeichnet sich selbst als Kassandra und beklagt in beweglichen Tönen, daß die öffentliche Meinung in Frankreich diese schwerwiegende Frage noch lange nicht ernst genug auffasse. „Qu'on ne s'y trompe pas, l'Allemagne se prépare et elle nous attaquera brusquement et brutalement." In ähnlichem Sinne hat sich der „Figaro" ausgesprochen, dessen

---

unter anderem sollten zwei neue preußische Armeekorps unter Verwendung der im Osten und Westen (beim I. und XIV. Armeekorps) vorhandenen dritten Divisionen gebildet werden. Die en bloc-Annahme der neuen Heeresvorlage erfolgte noch am 10. Mai, ohne daß der Reichskanzler, der die Vorlage am 22. April im Reichstage mit einer Rede eingeführt hatte, von neuem das Wort ergriffen hätte. Über die Rückwirkung der Vorlage auf die öffentliche Meinung Frankreichs vgl. Iswolskys Bericht an Sasonow vom 23. Mai 1912. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 121 f. Als den wahren Grund, der Deutschland zu der Rüstungsvorlage genötigt hatte, nennt der belgische Gesandte in Berlin Baron Greindl in seinem Bericht vom 26. April 1912 „den beängstigenden Stand der Beziehungen zwischen den Großmächten infolge der Mißgunst der Völker untereinander, infolge des törichten und unüberlegten Streichs Italiens und infolge der Gärung unter den Balkanstaaten". Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 108.

* Nicht bei den Akten.

** Vgl. dazu die Reichstagsrede des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg vom 22. April 1912, in der er gerade den Hauptakzent auf die ernste militärische und politische Notwendigkeit der Vorlage legte, dabei aber doch betonte: „Ich habe die Überzeugung, und alle Anzeichen sprechen dafür, daß keine Regierung der Großmächte einen Krieg mit uns wünscht oder herbeizuführen sucht." Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1912, S. 107 ff.

*** Beide Artikel nicht bei den Akten.

Berliner Berichterstatter Bonnefon schrieb: „Nous devons nous préparer à la guerre comme si elle devait éclater d'ici à cinq ans et ne reculer devant aucun sacrifice pour maintenir l'équilibre." Im „Eclair" sagt Herr Judet, Frankreich müsse kaltes Blut bewahren und dürfe nicht einschlafen, ohne wenigstens gleichzeitig bis an die Zähne bewaffnet zu sein. Im „Gaulois" behauptet Oberstleutnant Rousset, Frankreich habe keine Veranlassung sich zu beunruhigen, denn es besitze in Afrika „un réservoir presqu'inépuisable" an Menschen. Die neuesten Ereignisse in Marokko werden in dieser Beziehung Herrn Rousset vielleicht etwas zu denken geben. Am maßvollsten hat sich noch Herr Tardieu im „Temps" ausgesprochen, indem er sagte, Rüstungsfragen wären nationale Angelegenheiten, die seitens der Nachbarn wohl aufmerksam beobachtet werden müßten, nicht aber kritisiert zu werden brauchten. Im übrigen sei Frankreich in der glücklichen Lage, augenblicklich im Volk und in der Armee eine Wiedergeburt des Patriotismus und des militärischen Geistes zu erleben, die den besten Schutz gegen Versäumnisse und unliebsame Überraschungen auf dem Gebiete der Landesverteidigung in sich trüge.

Inzwischen ist die Militärvorlage mit großer Majorität im deutschen Reichstage angenommen worden. Alles französische Herumreden um den Gegenstand ändert nichts an der Tatsache, daß das Deutsche Reich entschlossen und in der Lage ist, sein Schwert scharf zu halten. Diese Erkenntnis wird einerseits zwar die Franzosen zur militärischen Wachsamkeit auffordern, sie wird aber andererseits ohne Zweifel dem Revanchegelüst der übereifrigen Chauvinisten einen wirksamen Dämpfer aufsetzen.

(gez.) von Winterfeldt

Nr. 11 523

Bericht des Militärattachés in Paris Majors von Winterfeldt

Abschrift

Nr. 31 Paris, den 7. Juni 1912

Gestern hat der Senator Lecomte die Regierung darüber interpelliert, welche Rolle im Mobilmachungsfalle der Regierung und den gesetzgebenden Körperschaften zufallen würde. Er behauptete, daß diese wichtige Frage bis jetzt nicht hinreichend geregelt gewesen wäre, und daß eine unzweideutige Erklärung der Regierung der öffentlichen Meinung sehr willkommen sein würde. Der Kriegsminister beschränkte sich in seiner Erwiderung auf die Versicherung, daß die Regierung ihre Pflichten kenne und sich auf alle Eventualitäten sorgfältig vorbereitet hätte. Angaben über die ins Auge gefaßten Maß-

regeln könnten natürlich nicht gemacht werden. Im übrigen gäbe es im Kriegsfalle einen Hauptgesichtspunkt, hinter dem alle anderen Erwägungen zurückzutreten hätten, nämlich: „à tout prix et par tous les moyens nous assurer la victoire." Um dieses Ziel zu erreichen, müsse man vor allen Dingen den verantwortlichen Militärbehörden volle Freiheit des Handelns lassen.

Die Erklärungen des Kriegsministers, unter denen sich schließlich jeder denken kann, was er will, fanden lebhaften Beifall und wurden ohne jede weitere Debatte durch eine Vertrauenstagesordnung gutgeheißen. Man muß darin einen neuen Beweis dafür erblicken, daß Herr Millerand sich nach wie vor eines großen Ansehens erfreut. Das „Echo de Paris" sagt heute von ihm: „Sa popularité n'est pas seulement militaire mais nationale." Ich habe schon mehrfach darauf hingewiesen, daß es Herrn Millerand selbstverständlich nicht an Gegnern fehlt, und besonders in letzter Zeit haben manche seiner Maßregeln, wie zum Beispiel die Abschaffung der regelmäßigen Bekanntgabe der Qualifikationsberichte an die Offiziere, die Einschränkung der Schreibfreiheit, die beabsichtigte Wiedereinführung des gemeinsamen Mittagstisches usw., gerade in der militärischen Presse lebhaften Widerspruch gefunden, wobei mit den üblichen Schlagworten vom „malaise de l'armée", „découragement des officiers républicains", „courant réactionnaire" und ähnlichem gearbeitet wird. Es muß aber hervorgehoben werden, daß derartige Äußerungen des Mißvergnügens vorläufig lediglich die Anschauungen einer Minderheit widerspiegeln, während die überwiegende Mehrheit in der Armee und im Publikum immer noch durchaus auf der Seite des Kriegsministers steht. Ich höre fast täglich aus den verschiedensten Quellen, wie zufrieden man in militärischen Kreisen mit Herrn Millerand ist, und diese Stimmung wird am besten durch eine Äußerung charakterisiert, die ich neulich aus dem Munde eines verständigen und sehr militärfreundlichen Franzosen hörte: „Wir wünschen uns keinen besseren Kriegsminister."

(gez.) von Winterfeldt

Nr. 11 524

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 274 Paris, den 30. Juli 1912

Als Herr Poincaré bei Bildung seines Kabinetts im Januar d. Js. sich selbst das Portefeuille des Auswärtigen vorbehielt, erwartete man von seiner Tätigkeit am Quai d'Orsay die günstigsten Wirkungen für Frankreichs internationale Stellung. Heute jedoch findet man hier ziemlich allgemein, daß der Gang der Ereignisse den auf den Minister-

präsidenten gesetzten Hoffnungen nicht entsprochen hat. Wie in der inneren Politik, so hat Herr Poincaré auch in der äußeren enttäuscht.

Man macht ihm im stillen den wohl nicht ganz unberechtigten Vorwurf, daß er durch die übereilte Errichtung des Protektorats in Marokko dem französischen Volke allzu schwere Opfer an Gut und Blut auferlegt habe*. Auch der schleppende Gang der Verhandlungen mit Spanien wird peinlich empfunden. Das Gefühl kommt immer mehr zum Durchbruch, daß Frankreich hierbei in allen wichtigen Punkten schrittweise nachgeben mußte, und doch waren gerade in dieser Hinsicht anfänglich die größten Hoffnungen auf Herrn Poincaré gesetzt worden; alle Welt war überzeugt gewesen, seinem Geschick und seiner Energie werde es sicher bald gelingen, eine für Frankreich befriedigende Lösung herbeizuführen. Ferner glaubt man, daß die Abkühlung der Beziehungen zu Italien** in der Hauptsache auf das Schuldkonto des Ministerpräsidenten gesetzt werden muß, der sich bei den Kammerdebatten über die Schiffszwischenfälle im Januar d. Js. einer allzu energischen Sprache bedient habe. Endlich sind auch darüber Zweifel entstanden, ob Herr Poincaré in der Politik gegenüber dem russischen Alliierten immer eine geschickte Hand gehabt hat.

Für sein Ansehen als Auswärtiger Minister wird es von großer Bedeutung sein, ob seine in der ersten Hälfte des nächsten Monats stattfindende Reise nach St. Petersburg*** irgend ein greifbares, in der Öffentlichkeit genügend zu verwertendes Ergebnis haben wird. Als die Kaiserzusammenkunft in Baltischport† der hiesigen politischen Welt einiges Unbehagen bereitete, bemühte man sich, in der offiziösen Presse die bevorstehende Reise des Ministerpräsidenten nach Rußland als eine Art Gegengewicht gegen die Monarchenbegegnung erscheinen zu lassen. Man sprach die Hoffnung aus, die Audienz des Herrn Poincaré beim Zaren werde eine für Frankreich bedeutsame Kräftigung des Bündnisverhältnisses zeitigen, ja einige Blätter deuteten sogar an, daß die vor etwa zwei Jahren verfügte Zurückziehung der Armeekorps aus der Weichselgegend†† rückgängig gemacht und die frühere Truppendislokation wiederhergestellt werden würde. Bald allerdings wurde dann die Presse wieder recht still über die Mission nach Rußland, vielleicht weil an hoher Stelle die Empfindung Platz griff, daß schon etwas zu weitgehende Hoffnungen erweckt worden waren.

Wenn nun der Ministerpräsident aus Rußland nichts anderes mitbringen sollte als nur die ewig wiederkehrenden Phrasen von der

* Über den am 1. April 1912 abgeschlossenen Protektoratsvertrag zwischen Frankreich und Marokko und die sich anschließenden französischen Aktionen vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1912, S. 503 ff.
** Vgl. dazu Bd. XXX, Kap CCXXXVIII, Nr. 11 066, S. 343, Fußnote.
*** Vgl. darüber Kap. CCXLVIII.
† Vgl. darüber Kap. CCXLVII.
†† Vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCXV, Anhang B, Nr. 9950, Fußnote.

Unerschütterlichkeit des Bündnisses und der unwandelbaren Treue der Nation amie et alliée — Phrasen, die man hier heute nicht mehr mit Skepsis, sondern geradezu mit ärgerlicher Geringschätzung aufnimmt —, so wird die Enttäuschung eine sehr starke sein, und von dem ursprünglichen Prestige des Herrn Poincaré als großem Auswärtigen Minister dürfte dann nur noch recht wenig übrig bleiben.

Lancken

Nr. 11 525

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 288 Paris, den 8. August 1912

Die im „Figaro" veröffentlichten Kissinger Unterhaltungen des Herrn Staatssekretärs mit dem hiesigen Journalisten Georges Bourdon über die deutsch-französischen Beziehungen* sind zwar von der gesamten hiesigen Presse an auffallender Stelle wiedergegeben worden, wurden aber verhältnismäßig wenig kommentiert, in der Hauptsache wohl, weil das ganze Interesse der Blätter durch die russische Reise des Ministerpräsidenten** und die anläßlich derselben aufgeworfenen Fragen in Anspruch genommen war. Zu diesem zufälligen Grunde tritt vielleicht auch noch der sachliche, daß man nicht wußte, was man zu diesen offenen und durchaus nicht frankophoben Äußerungen desjenigen deutschen Staatsmannes sagen sollte, den man bisher hier

* Siehe „Le Figaro" vom 6. August 1912. Eine deutsche Übersetzung brachte das „Berliner Tageblatt" vom gleichen Tage; daraus abgedruckt bei E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, 237 ff. Kiderlen suchte in dem Interview der französischen Öffentlichkeit vor allem plausibel zu machen, daß, auch wenn Frankreich sich nicht entschließen sollte, den Frankfurter Vertrag anzuerkennen und somit auf Elsaß-Lothringen zu verzichten, doch eine „politique des ententes partielles et du profit" nicht ausgeschlossen sein würde. „N'y a-t-il pas, à travers le monde, une foule de points géographiques, où se rencontrent les intérêts de l'Allemagne et de la France, une multitude de questions dans lesquelles le bon sens voudrait qu'elles s'accordassent? C'est là que devrait s'exercer, se manifester, s'éprouver leur bonne volonté réciproque. Et lorsque, par des ententes successives sur des sujets particuliers, elles auront ainsi démontré la possibilité de marcher de front, bien des difficultés latentes se trouveront, par là même, sinon abolies, du moins atténuées." Über die Aufnahme des Interviews in Paris vgl. auch den Bericht des russischen Geschäftsträgers in Paris Sewastopulo vom 14. August 1912. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 213 f. Es heißt darin: „Herr von Kiderlen-Waechter bemüht sich auf jede Weise, die deutsche Politik gegenüber Frankreich zu erklären und zu rechtfertigen, aber man kann wohl kaum annehmen, daß er diese undankbare Aufgabe mit Erfolg erfüllt hat."

** Vgl. dazu Kap. CCXLVIII.

gern als den „continuateur de la politique bismarckienne de la manière forte“ hinstellte.

Ein hiesiger Finanzmann, der in dauernder Verbindung mit leitenden politischen Kreisen steht, äußerte sich zu mir in hohem Maße erfreut über die in der Veröffentlichung sich kundgebende Denkungsart des Herrn Staatssekretärs. Alle einigermaßen vernünftigen Leute, die nicht durch die Zwangsvorstellung von einer überall zum Ausdrucke gelangenden notwendigen deutsch-französischen Feindschaft hypnotisiert seien, seien einstimmig der Meinung: „C'est absolument ce qu'il nous fallait“. Die einzelnen Gedanken würden vielleicht einige Zeit brauchen, um sich hier durchzusetzen, aber es hätte genügt, daß sie von so berufenem Munde ausgesprochen wurden, um weite Kreise zum Nachdenken über hier vielfach verbreitete Irrtümer zu veranlassen und damit die allmähliche Behebung dieser Irrtümer einzuleiten.

Lancken

Nr. 11 526

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 291 Paris, den 9. August 1912

Der Politische Direktor im Auswärtigen Ministerium, der mich heute auf die Bochumer Grubenkatastrophe* ansprach, sagte mir unter wiederholter Betonung des freundschaftlichen und rein persönlichen Charakters unseres Gespräches, der Präsident der Republik und die französische Regierung hätten ihr Beileid in besonders warme Worte gekleidet und daraus eine in erster Linie an Seine Majestät den Kaiser gerichtete Kundgebung machen wollen, weil man hier in hohem Maße zu schätzen gewußt habe, daß, offenbar auf direkten allerhöchsten Befehl, der französische Ministerpräsident bei seiner Einfahrt in die Ostsee in so freundlicher und zugleich imposanter Weise durch die Salutschüsse des deutschen Geschwaders begrüßt worden sei**.

---

* Bei einer Schlagwetterexplosion auf Zeche „Lothringen“ in Gerthe bei Bochum waren 115 Bergleute verunglückt. Darauf ließ Briand als Stellvertreter des auf der Fahrt nach Rußland befindlichen Ministerpräsidenten Poincaré dem Kaiser durch Botschafter Freiherrn von Schoen die Teilnahme der französischen Regierung aussprechen, wofür der Kaiser auf gleichem Wege danken ließ. Auch zwischen Präsident Fallières und Kaiser Wilhelm II. fand aus gleichem Anlaß ein Telegrammwechsel statt.

** Das französische Kriegsschiff „Condé“, das den Ministerpräsidenten auf seiner Fahrt nach Petersburg (vgl. dazu Kap. CCXLVIII) trug, war nach dem Passieren des Nordostseekanals der deutschen Hochseeflotte, die auf einer strategischen Übung begriffen war, begegnet und von ihr in der üblichen Weise mit Salutschüssen begrüßt worden.

Es scheint, daß dieser Akt der Höflichkeit von Herrn Poincaré um so angenehmer empfunden worden ist, als er wegen des Nichtberührens deutschen Bodens auf seiner Fahrt nach Rußland uns gegenüber offenbar ein schlechtes Gewissen hat. Herr Paléologue, zu dessen geschäftlichen Gewohnheiten es gehört, gelegentlich seine Eigenschaft als Politischer Direktor scheinbar ganz abzustreifen und als Freund und Kollege zu sprechen, erzählte mir offen, die Wahl des Reiseweges habe hier viel Kopfzerbrechen gemacht. Ursprünglich habe die Absicht bestanden, daß Herr Poincaré den Besuch beim Zaren in der Krim abstatten sollte. Während der dortigen Anwesenheit des russischen Hoflagers hätten jedoch parlamentarische Notwendigkeiten den Ministerpräsidenten hier zurückgehalten. Dann habe Herr Poincaré den Gedanken gehabt, eine längere Erholungsfahrt in nordischen Gewässern zu machen und hierbei mit dem Zaren zusammenzutreffen. Schließlich habe sich der Ministerpräsident entsprechend seinem wahrhaften Charakter dazu entschlossen, offen auf der kürzesten Seeverbindung nach Petersburg zu fahren. Einen Moment sei auch wohl die Möglichkeit ventiliert worden, auf dem Hin- oder Rückwege die Eisenbahn über Berlin zu benutzen. Herr Poincaré sei sich aber von vorneherein darüber klar gewesen, daß dies ohne offizielle Fahrtunterbrechung in Berlin ausgeschlossen war. Im Falle einer solchen aber würde er als französischer Ministerpräsident es nicht haben umgehen dürfen, bei Seiner Majestät dem Kaiser um eine Audienz nachzusuchen. An sich würde er sich überaus glücklich geschätzt haben, Seiner Majestät vorgestellt zu werden, allein, abgesehen von der Unmöglichkeit, für ein solches politisches Ereignis in der hiesigen nationalistischen Welt Verständnis zu finden, „il y aurait eu forcément la contre-partie". Seine Majestät würden nach der merkwürdigen und nicht gerade von großer Bescheidenheit zeugenden Auffassung des Herrn Poincaré die Verpflichtung zu einer entsprechenden Erwiderung dieses Besuches gefühlt haben und entweder Euere Exzellenz oder gar ein Mitglied des königlichen Hauses, wie etwa Seine Königliche Hoheit den Prinzen Heinrich, bei Gelegenheit irgend eines Reiseauftrages den Weg über Paris haben nehmen lassen. Zum Empfange eines derartigen hohen Gastes sei Paris gegenwärtig aber weniger reif denn je zuvor.

Ich habe aus diesen Äußerungen nichts anderes heraushören zu sollen geglaubt als den Wunsch der hiesigen leitenden Männer, unter Schonung überspannter nationalistischer Kreise, die stärker sind als sie selbst, Deutschland keinen Anlaß zu Klagen über mangelnde Courtoisie und Korrektion zu geben.

Die Genugtuung der Regierung über die Ehrung des Ministerpräsidenten durch die deutsche Flotte tritt in der Presse nicht überall hervor. Sie wird zum Teil sogar gedeutet als eine gesuchte Freundlichkeit, die aus Besorgnis vor dem an seinen mächtigen Freunden immer mehr Rückhalt findenden Frankreich die Unfreundlichkeit von

Agadir vergessen lassen möchte. Die Wirkung deutscher Höflichkeiten ist hier im voraus wirklich sehr schwer zu beurteilen. So meinte zu mir am Abend, als die Begegnung in der Ostsee bekannt geworden war, eine mit dem französischen Volkscharakter sonst genau vertraute Persönlichkeit, man werde hier die deutschen Salutschüsse wohl nicht angenehm vermerken als eine geographische Lektion darüber, daß Deutschland zwischen Frankreich und Rußland liege.

Lancken

Nr. 11 527

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 334 Paris, den 25. September 1912

Der Politische Direktor sagte mir soeben, nach einer Meldung des Herrn Cambon hätten Euere Exzellenz diesem gegenüber die Preßnachricht zur Sprache gebracht, der zufolge General d'Amade an der deutschen Grenze in der Nähe des Dorfes St. Marie-aux-Chênes ein französisches Jägerbataillon unter seinem persönlichen Kommando in demonstrativer Weise die Waffen gegen die Grenze hätte richten lassen. Herr Paléologue erzählte mir, er habe bei einem der zu Ehren des Großfürsten Nikolaus hier veranstalteten Frühstücke den anwesenden General d'Amade gefragt, wie sich der Vorgang abgespielt habe, und von ihm folgende Antwort erhalten: Bei einem Ritt durch das Gelände sei er von dem nahe der Grenze im Ruhezustande mit zusammengesetzten Gewehren befindlichen Bataillon, dessen Offiziere an der Hand der Karten sich über die Schlacht von St. Privat unterhielten, bemerkt und mit dem Signal „Achtung" begrüßt worden. Daraufhin habe er nicht unterlassen können, an das inzwischen unters Gewehr getretene Bataillon heranzureiten und es in üblicher Weise zu inspizieren (le passer en revue). Weiter sei nichts geschehen.

Herr Paléologue fügte hinzu, der Vorfall biete zu amtlichen Erklärungen seitens der französischen Regierung keinen Anlaß. Er hätte jedoch nicht verabsäumen wollen, mir vorstehende persönliche Mitteilung zu machen.

Auf meine Frage, ob man bei derartigen sich als unrichtig herausstellenden Preßmeldungen nicht gut daran tue, eine Berichtigung erscheinen zu lassen, gab Herr Paléologue die sonderbare Antwort, seitens der Regierung sei dies in diesem Falle zunächst auch beabsichtigt gewesen, die Blätter hätten jedoch gefunden, es sei besser, auf den Vorgang nicht zurückzukommen.

Lancken

Nr. 11528

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 335 Paris, den 25. September 1912

Im Laufe eines längeren Gesprächs mit dem Politischen Direktor bot sich mir heute Gelegenheit, die Rede auf die in Nancy vorgekommene Ausschreitung des Straßenpublikums gegen ein am Automobil der Prinzessin Colloredo befestigtes schwarz-weiß-rotes Fähnchen zu bringen. Ich betonte, es müsse in Deutschland besonders peinlich empfunden werden, daß es den Zeitungsmeldungen zufolge ein Polizeibeamter gewesen sei, der das Fähnchen herabgerissen und in die Gosse geworfen habe.

Herr Paléologue konstatierte mit Bedauern, daß gegenwärtig die Stimmung zwischen beiden Nationen eine solche sei, daß sich derartige Zwischenfälle ereignen könnten. Im übrigen, so sagte er mir, führe der amtliche Bericht über das Vorkommnis ausdrücklich an, daß der Polizist versucht habe, das Fähnchen zu schützen, es ihm jedoch vom Publikum entrissen worden sei*.

Lancken

---

* Vgl. dazu den Bericht des belgischen Gesandten in Berlin Baron Beyens vom 18. Oktober 1912: „Die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland hatten sich im vergangenen Sommer nicht gerade gebessert. Die Kampagne eines Teiles der deutschen Presse wegen der Zusammenziehung der französischen Flotte im Mittelmeer und auf der anderen Seite gewisse Zwischenfälle, über die man der Wilhelmstraße hatte Aufklärungen geben müssen, wie die Rede des Generals d'Amade (vgl. dazu Nr. 11527) und die Behandlung des Automobils der Fürstin Colloredo, von dem die Bevölkerung von Nancy eine deutsche Fahne heruntergerissen und mit Füßen getreten hatte, trugen dazu bei, die Mißstimmung zwischen den beiden Nachbarvölkern aufrechtzuerhalten und zu vermehren. Herr von Kiderlen-Waechter schien der Angelegenheit keine Bedeutung beizumessen, aber Herr Cambon, der beauftragt war, die entstehenden Schwierigkeiten jeweils zu beseitigen, war wegen ihrer Häufigkeit und des daraus entstandenen Zustands der Spannung besorgt.“ Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 110. Zwischen Kiderlen und Cambon kam es übrigens im Sommer 1912 anläßlich eines Briefes, den der Botschafter am 8. August unter Umgehung des Auswärtigen Amtes an den in Bad Gastein zur Kur befindlichen Reichskanzler über die Organisation marokkanischer Zollfragen richtete, und in dem er sich über „les bureaux de la Wilhelmstrasse“ beschwerte, zu einem persönlichen Zwischenfall. Vgl. dazu das Schreiben Kiderlens an Bethmann Hollweg vom 20. August 1912, E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, 147 ff.

Nr. 11 529

Bericht des Militärattachés in Paris Majors von Winterfeldt

Abschrift

Nr. 58 Paris, den 11. November 1912

Ich habe schon in früheren Berichten darauf hingewiesen, daß die gespannte politische Lage* hier zu allerlei beunruhigenden Gerüchten Anlaß gibt. Ich fühle mich verpflichtet, alles, was mir in dieser Beziehung zu Ohren kommt, zu melden, denn selbst die unwahrscheinlichsten Nachrichten haben insofern einige Bedeutung, als sie zur Kennzeichnung der Stimmung beitragen. So sagte mir zum Beispiel der Erste Sekretär der hiesigen norwegischen Gesandtschaft**, ein ruhiger, verständiger Mann: „Tout le monde se prépare. On m'a dit qu'il y avait 150 000 hommes à Belfort!" Eine ähnliche Äußerung, aber von anderer Seite ist dem augenblicklich hier weilenden früheren Botschafter Freiherrn von Stumm zu Ohren gekommen. Unserem hiesigen Botschafter ist heute aus einer bisher als sehr vertrauenswürdig bewährten Quelle die Nachricht zugegangen, daß man hier an maßgebender Stelle alle Vorkehrungen getroffen hätte, um im Falle einer akuten Krisis die Feindseligkeiten gegen Deutschland überraschend, ohne vorherige Kriegserklärung und ohne Befragung der Kammer beginnen zu können. In den Zeitungen kehrt jetzt wie zur Zeit der Marokkospannung öfters die Frage wieder: „Sommes-nous prêts?", und extreme chauvinistische Blätter vom Schlage der „Patrie" suchen mit dem Refrain „Haut les cœurs, patriotes français" Stimmung zu machen. Der Zapfenstreich am vorigen Sonnabend hat Veranlassung zu einer Manifestation gegeben, bei der Rufe wie „à bas l'Allemagne" laut wurden. Wenn diese Kundgebung auch keine übertriebene Beachtung verdient, so darf sie doch insofern erwähnt werden, als seit geraumer Zeit von den „retraites" kaum noch die Rede gewesen war. Das Thema von der deutschen Niederlage in der Türkei*** wird hier inzwischen nach Kräften weiter breitgetreten. Ich sehe keinen Grund, immer wieder

---

* Am 8. Oktober war die Kriegserklärung Montenegros an die Türkei erfolgt, die den ersten Balkankrieg einleitete. Vgl. dazu Bd. XXXIII.

** H. Bachke.

*** Vgl. dazu Bd. XXXIII, Kap. CCLXIV, Nr. 12 303 und 12 331.

im einzelnen auf diesen Gegenstand zurückzukommen, da Wesen und Tendenz dieser Kampagne in früheren Berichten geschildert worden sind. Als Beispiel dafür, wie die Darstellungen der französischen Presse auch auf die Kreise der weniger Gebildeten einwirken, möchte ich nur folgenden Vorfall erwähnen: Eine in Paris eingetroffene deutsche Dame, die hier in einem eleganten Hotel wohnt, erzählte mir, ihre Jungfer habe sich in großer Aufregung über die Gespräche beklagt, die am Dienstbotentisch von den französischen Hotelangestellten über Deutschland geführt würden. Ob es denn wirklich wahr wäre, daß die deutsche Artillerie und die deutsche Armee nichts mehr taugten? Ich gebe dieses „Dienstbotengeschwätz" nur deshalb wieder, weil ich davon überzeugt bin, daß derartige Äußerungen gegenwärtig hier recht häufig zu hören sind, und zwar nicht nur in Dienstbotenkreisen. Ein hiesiger gut unterrichteter nichtfranzösischer Journalist erzählte mir heute, daß in manchen militärischen und politischen Kreisen neuerdings die Ansicht vertreten würde, die augenblickliche Konstellation und Stimmung biete günstige Bedingungen für einen Revanchekrieg gegen Deutschland. Demgegenüber hört man von besonnenen Franzosen immer wieder die Versicherung, Frankreich wünsche keinen Krieg. Auch ich bin der Ansicht, daß die verständigen Elemente sich nicht nach einem Kriege sehnen, aber sich doch darüber klar sind, daß Frankreich durch die Ereignisse in einen Konflikt hineingezogen werden könnte, auf den man sich materiell und moralisch vorbereiten müsse. In das Gebiet der materiellen Vorbereitungen dürfte auch eine Erkundungsreise gehören, die der Kommandierende General des II. Armeekorps in Amiens General Picquart in diesen Tagen mit mehreren Offizieren in Belgien unternommen zu haben scheint, und von der man jetzt dadurch erfahren hat, daß der General Picquart in Namur erkrankt ist.

Ein hier lebender Deutscher erzählte mir heute, er habe bei einem Diner, an dem unter anderen mehrere französische Offiziere teilgenommen hätten, die Ansicht vertreten hören, daß Vorkehrungen getroffen wären, um beim Ausbruch eines Krieges die zahlreichen auf französischem Boden weilenden Deutschen nicht etwa auszuweisen, sondern hier festzuhalten. Frankreich habe keine Veranlassung, dem Gegner eine große Anzahl waffenfähiger Leute zur Verfügung zu stellen. Derselbe Herr erzählte mir, man ginge in der Banque de France mit der Absicht um, zum Ersatz des zurückgezogenen Goldes Zwanzigfrankenscheine auszugeben. Es ist sehr schwer, alle solche Gerüchte auf ihre Richtigkeit nachzuprüfen, ich gebe sie daher mit dem am Eingang dieses Berichtes gemachten Vorbehalt als Beiträge zur hiesigen Stimmung wieder.

(gez.) von Winterfeldt

Nr. 11 530

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Moschen bei Kujau (Oberschlesien), an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 9 Moschen, den 14. November 1912

Der Bericht des Herrn von Winterfeldt aus Paris Nr. 58 vom 11. d. Mts.* gibt mir Veranlassung, nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß in Frankreich neuerdings nicht nur die schon seit geraumer Zeit beobachtete kriegerische Stimmung wächst, sondern daß auch Dinge vorzugehen scheinen, die im Falle ihrer Bestätigung nicht hingehen dürfen, ohne daß wir in irgendeiner Form Stellung dazu nehmen. Ich wünsche deshalb, daß der Botschafter in Paris im Benehmen mit Herrn von Winterfeldt festzustellen sucht, ob wirklich Kriegsvorbereitungen getroffen werden, die über berechtigte Vorsichtsmaßregeln hinausgehen. Gleichzeitig ist dafür zu sorgen, daß unsere Agenten die Vorgänge an der Grenze mit tunlichster Genauigkeit beobachten und namentlich feststellen, ob wirklich auffallende Truppenbewegungen bei Belfort stattfinden**. Werden diese

---

* Siehe Nr. 11529.

** Am 17. November wurde darauf Freiherr von Schoen durch Telegramm Nr. 265 angewiesen, „im Benehmen mit Militärattaché militärische Vorgänge in Frankreich weiter sorgfältig zu beobachten und festzustellen zu suchen, ob wirklich Kriegsvorbereitungen getroffen werden, die über bloße Vorsichtsmaßregeln hinausgehen". Ein Bericht ist darauf von Freiherrn von Schoen nicht erstattet worden; er dürfte also Wahrnehmungen gar nicht gemacht haben, die auf wirkliche Kriegsvorbereitungen von französischer Seite schließen ließen. Auch ein Immediatbericht des Generalstabschefs von Moltke vom 26. November stellt fest, daß „tatsächliche Kriegsvorbereitungen in Frankreich nicht getroffen werden". Der Bericht schließt mit den Worten: „Insgesamt liegen bisher keine Anzeichen vor, die darauf schließen ließen, daß Frankreich kriegerische Absichten hätte. Das Auftauchen der alarmierenden Nachrichten läßt sich vielmehr aus der Beunruhigung erklären, die durch die allgemeine politische Lage hervorgerufen ist. Bezeichnend für die Stimmung in Frankreich ist die Haltung der französischen Presse. Während sie im Jahre 1911 die vorhandene Erregung noch mehr schürte und dieser Erregung eine gehässige, antideutsche Richtung gab, bemüht sie sich jetzt zu beruhigen und vermeidet einen herausfordernden Ton gegenüber Deutschland. Zahlreiche Stimmen lassen im Gegenteil erkennen, daß man eher einen deutschen Überfall befürchtet, und verlangen daher eine Verstärkung des Grenzschutzes." Dagegen meldete ein Schreiben des Generals von Moltke an das Auswärtige Amt vom 10. Dezember 1912, daß in Rußland sehr weitgehende Vorbereitungen für den schnellen und glatten Verlauf einer etwaigen Mobilmachung stattgefunden hätten, einschließlich der Mobilisierung der strategischen Bahnen, „bei denen alles Erforderliche veranlaßt worden ist, um ihre Leistungsfähigkeit auf längere Zeit voll ausnutzen zu können". Diese militärischen Vorbereitungen standen in ursächlichem Zusammenhange mit dem im Oktober ausgebrochenen ersten Balkankriege, an dem Rußland naturgemäß weit stärker interessiert war als Frankreich. Vgl. dazu Bd. XXXIII.

Nachrichten bestätigt, so soll Schoen in freundlichem Ton darauf aufmerksam machen, daß wir in solchen Vorgängen eine Gefahr für den Frieden erblicken müßten, an dessen Erhaltung gerade unsere beiden Regierungen im Verein mit den anderen Mächten in vorderster Linie arbeiteten.

Wilhelm I. R.

Nr. 11 531

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 398 Paris, den 22. November 1912

Die seit Monaten hier betriebene Hetze gegen die deutschen Waren hat sich in letzter Zeit vielfach zu einer Bekämpfung fremden Eindringens überhaupt entwickelt. In dieser Hinsicht verdienen infolge der hervorragenden Stellung ihrer Urheber zwei Kundgebungen besondere Beachtung: die Rede des Senators und Präsidenten des Pariser Appellationsgerichtshofes Forichon auf dem Bankett des republikanischen Handelsvereins (Comité Mascuraud) und diejenige des Pariser Polizeipräfekten Lépine bei einem Fest der Veteranen von 1870/71. Herr Forichon führte unter anderem aus: „L'étranger nous envahit, ses progrès sont maintenant l'objet d'une rubrique spéciale dans les journaux, l'Etat lui achète, ses usines s'installent autour de Paris et dans l'est et l'alarme est partout. — Le mal est donc énorme, le préjudice est considérable — il faut des lois que, seul, le gouvernement peut préparer, sans amener de représailles au-delà des frontières." Der Redner empfahl alsdann Gesetze, durch welche die Naturalisierungen und das Submissionswesen geregelt würden. Eine bedeutend schärfere Sprache führte Herr Lépine. Er ließ sich sogar gegen Schluß seiner Rede zu dem Ausrufe hinreißen: „Méfions-nous, nous avons chez nous des étrangers qui nous coudoient et qui sont des traîtres! Si en temps de guerre nous les laissions seuls avec nos femmes et nos enfants, ils nous trahiraient en détruisant nos voies ferrées; mais c'est à nos vétérans, je l'espère, que la République confiera la garde des chemins de fer."

Diese Fremdenhetze hat auch in den Verhandlungen der Kammer ihren Widerhall gefunden, und zwar in Angriffen: gegen deutsche Firmen, welche bedeutende französische Waldungen aufkaufen sollen, um sie rücksichtslos abzuholzen, gegen die angebliche Anstellung deutscher Beamten und Benutzung deutscher Kohlen durch die staatlich subventionierte Schiffahrtsgesellschaft „Compagnie Sudatlantique", schließlich gegen die Invasion fremder Studenten.

Um dem Publikum die Gefahren der Fremdeninvasion recht deutlich vor Augen zu führen, schreckt man selbst vor den größten Übertreibungen und lächerlichsten Erfindungen nicht zurück. So erzählen einzelne Blätter, daß allein in Paris 180 000 Deutsche leben, die ausersehen seien, im Kriegsfalle eine besondere Rolle zu spielen. Als Beweis für letztere Behauptung wird angeführt, daß die sich zurzeit in England und in der Schweiz aufhaltenden deutschen Offiziere und Reserveoffiziere Bereitschaftsorder erhalten hätten, was bei den in Frankreich weilenden nicht der Fall sei.

Was die Treibereien verschiedener chauvinistischer Blätter gegen die deutschen Waren betrifft, so scheinen dieselben in französischen interessierten Kreisen eher Bedenken hervorzurufen. Es geht dies aus den Ergebnissen einer Umfrage hervor, die die schutzzöllnerische und etwas nationalistisch gefärbte Fédération des industriels et commerçants français infolge der erwähnten Zeitungskampagne über etwa zum Schutze der französischen Waren zu ergreifende Maßnahmen kürzlich angestellt hat. Die berufenen Vertretungen der französischen Geschäftswelt sprechen sich in ihren Antworten im allgemeinen gegen Vorkehrungen zur Erschwerung der Einfuhr fremder Waren aus, da sie befürchten, daß durch derartige Maßregeln nur das Gegenteil des angestrebten Zweckes erreicht werden würde. Von diesen Befürchtungen geleitet, haben die Präsidenten mehrerer Handelskammern und industrieller Vereinigungen auch gegen eine zwangsweise Einführung der Ursprungsbezeichnung für die ausländischen Waren Stellung genommen. Zur Hebung der heimischen Industrie empfiehlt die Fédération hauptsächlich eine der englischen All British Shopping Week ähnliche Einrichtung sowie eine Aufforderung an die öffentlichen Behörden, bei den Submissionen in der weitgehendsten Weise die Interessen der nationalen Industrie zu schützen.

v. Schoen

Nr. 11 532

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 16 Paris, den 15. Januar 1913

Der Militärattaché der Kaiserlichen Botschaft übergab mir die gehorsamst beigeschlossene Abschrift seines Rückblickes auf die Entwickelung des französischen Heerwesens im verflossenen Jahre*, wie

* Siehe Anlage.

er diesen alljährlich dem Herrn Chef des Generalstabes der Armee einzureichen hat.

Zu den Äußerungen des Majors von Winterfeldt über die Stimmungen im Lande darf ich bemerken, daß sich seine Beobachtungen mit den meinigen decken. Der „réveil national", von dem Herr von Winterfeldt spricht, besteht unleugbar, wie ich dies auch in meiner Berichterstattung mehrfach hervorhob. Man tut gut, hiermit zu rechnen, ohne doch darum so weit zu gehen, die Denkungsart der breiteren Schichten des französischen Volkes als kriegerisch anzusehen.

v. Schoen

Anlage

Der Militärattaché in Paris Major von Winterfeld an den Chef des Generalstabs der Armee General der Infanterie von Moltke

Abschrift

Nr. 21 Paris, den 13. Januar 1913

Euer Exzellenz überreiche ich einige Betrachtungen über die Entwickelung des französischen Heerwesens im Jahre 1912. Von einer erschöpfenden Darstellung der organisatorischen Maßnahmen und sonstigen Ereignisse habe ich wie schon in meinem vorjährigen Bericht abgesehen, um nicht Euerer Exzellenz Zeit durch eine Besprechung längst vorgetragener Gegenstände unnütz in Anspruch zu nehmen. Ich habe vielmehr in den nachstehenden Ausführungen lediglich versucht, auf Grund meiner hiesigen persönlichen Eindrücke zu einigen Erscheinungen von allgemeinerer Bedeutung Stellung zu nehmen.

In der französischen Fach- und Tagespresse ist beim Jahreswechsel eine Reihe von Artikeln erschienen, in denen die Frage behandelt wird, welche Bedeutung das verflossene Jahr für die Armee gehabt hätte. Es ist dabei auf manche oft besprochene Lücke in der Landesverteidigung hingewiesen worden, altgewohnte Ausdrücke wie crise, malaise kehrten wieder, es wurde betont, daß viele unerfüllte Wünsche auf das Debetkonto von 1913 übergegangen sind, und schließlich wiesen die erwähnten Rückblicke neben sachlichen und berechtigten Kritiken auch manche Übertreibungen und Entstellungen auf. Trotz alledem ist der Gesamteindruck, den man aus diesen Erörterungen gewinnt, doch der, daß das Jahr 1912 von den Franzosen als ein für ihre Armee günstiges angesehen wird. Wenn ich auch das Urteil des „Gaulois": „L'année 1912 restera dans le souvenir français comme l'une des meilleures qu'ait vécues notre armée," für etwas zu weitgehend halte, so bin ich doch ebenfalls der Ansicht, daß das

vergangene Jahr für die Entwicklung des französischen Heerwesens unter einem vorwiegend glücklichen Stern gestanden hat. Dazu haben verschiedene Ursachen beigetragen.

Zunächst die Volksstimmung in Frankreich, auf die hier mit einigen Worten eingegangen werden muß. Über den sogenannten „réveil national", in dessen Zeichen die Franzosen seit einiger Zeit zu stehen glauben, hat die Presse reiches Material gebracht, und ich habe über diese Erscheinung, soweit sie eine militärische Bedeutung besitzt, wiederholt berichten müssen. Als das Jahr 1912 anbrach, stand der réveil national, der sich in starkem Selbstbewußtsein und einer gehässigen Stimmung gegen Deutschland äußerte, in voller Blüte. Auch im weiteren Verlaufe des Jahres hat dann der Chauvinismus hin und wieder Gelegenheit gefunden, sich bemerkbar zu machen, so zum Beispiel in der von einem Teil der Presse betriebenen Kampagne gegen die Konkurrenz der deutschen Industrie, in Spionenriecherei, taktlosen Zeitungsartikeln, Broschüren oder Theaterstücken (siehe unter anderem das neuerdings im Theater Réjane aufgeführte Schauspiel „Alsace"), oder schließlich in den hämischen Ausfällen, die aus Anlaß der Vorgänge im Balkan gegen die deutsche Armee gerichtet wurden. Wenn solche Unliebenswürdigkeiten immer wieder daran erinnerten, daß deutschfreundliche Gesinnungen in Frankreich nicht gerade übermäßig verbreitet sind, so konnte man andererseits bemerken, daß die akute und aggressive Nuance des Chauvinismus in den gemäßigten Kreisen mit der Zeit wieder abnahm und verständigeren Erwägungen Platz zu machen begann. Die Presse, soweit sie nicht von nationalistischen Hetzereien leben muß, lenkte allmählich in ruhigere Bahnen ein und vermied aufreizende Artikel, ja sogar die „France militaire" hat sich seit einiger Zeit — wohl auf einen Wink von oben hin — einer sachlicheren Schreibweise als sonst befleißigt. Diese und noch manche andere Tatsachen und Symptome berechtigen wohl zu der Annahme, daß der größere Teil des französischen Volkes — darunter besonders die gebildeten und besitzenden Klassen und die politisch maßgebenden Elemente — einen Krieg mit Deutschland nicht herbeiwünscht und sich über das schwere Risiko, das ein solcher Kampf für Frankreich mit sich bringen würde, nicht im Zweifel befindet. Wollte man aber weiter gehen und etwa die Auffassung vertreten, daß die Wiederbelebung des Nationalgefühls in Frankreich, das Erstarken des Selbstbewußtseins, die Zunahme der Sympathie für die Armee — kurz alle die Erscheinungen, auf die die Franzosen sich so viel einbilden, nichts weiter als leere Phrasen wären, und daß Frankreich einem Kriege mit Deutschland unter allen Umständen ausweichen und lieber Demütigungen erdulden werde, als eine solche Kraftprobe zu wagen, so würde man sich damit meiner Ansicht nach einem bedenklichen Irrtum hingeben. Wie lange der réveil national noch vorbehalten wird, das kann natürlich niemand vorhersagen; ein

bloßes Strohfeuer war er aber nicht, sondern er hat gewisse Spuren in das Empfinden des Volkes eingegraben, die man nicht zu gering einschätzen darf. Wer diese Auffassung teilt, kann nur zu der Folgerung gelangen, daß eine derartige Volksstimmung der französischen Militärverwaltung im Laufe des vergangenen Jahres besonders günstige Bedingungen für den weiteren Ausbau des Heerwesens liefern mußte. Ich werde noch weiter unten nachzuweisen haben, daß Herr Millerand der richtige Mann gewesen ist, um aus diesen Bedingungen den entsprechenden Nutzen zu ziehen.

Vorher möchte ich aber noch erwähnen, daß auch die Ereignisse, die sich im Laufe des Jahres außerhalb von Frankreich auf der politischen Weltbühne abgespielt haben, die Aufmerksamkeit des französischen Volkes gebieterisch der Frage zulenken mußten, was es im Falle der Not von seiner Armee zu hoffen haben würde. Das Nachdenken über diesen Gegenstand hat zweifellos dazu beigetragen, in der Nation das Interesse an militärischen Dingen zu steigern, die Sympathie für das Heer zu heben und die Bereitwilligkeit der Volksvertreter gegenüber den Forderungen für die Zwecke der Landesverteidigung zu erhöhen. Aber auch die Armee selbst mußte aus solchen Umständen einen unmittelbaren Nutzen ziehen. Im Gefühl, das Vertrauen des Landes und eine gegen früher gesteigerte Wertschätzung zu genießen (wozu auch die guten Leistungen der Führer und der Truppe in Marokko ebenso wie der Schneid der Militärflieger wesentlich beigetragen haben), im Bewußtsein ferner, daß die Weltlage sie vielleicht schon bald vor ernste Prüfungen stellen könnte, hat die Armee ohne Zweifel während des Jahres 1912 mit besonderer Hingebung und Passion ihren Dienst getan, und man darf in diesem Sinne behaupten, daß sie ein gutes Jahr hinter sich hat. Dementsprechend läßt auch ein Blick auf die französische Militärliteratur der letzten Zeit Frische und offensive Bestrebungen (letztere allerdings bis jetzt mehr in taktischer als in operativer Hinsicht) erkennen.

Was schließlich die Männer betrifft, die während dieser Zeit an der Spitze der Heeresverwaltung gestanden haben, so gewinnt man den Eindruck, daß sie sich ihrer Verantwortung bewußt gewesen sind und sich besonders auch angesichts der auf deutscher Seite vorgenommenen Heeresverstärkungen bemüht haben, die Schlagfertigkeit der Armee mit möglichster Beschleunigung zu fördern. Sehr günstig hat freilich dabei mitgewirkt, daß das verflossene Jahr ausnahmsweise keine Ministerkrisis oder sonstige Umwälzungen in den obersten Stellen der Armee gebracht hat. Ungestört konnte daher Herr Millerand mit seinen wichtigsten Mitarbeitern, den Generalen Joffre und Castelnau, seiner Arbeit nachgehen, und die dadurch erzielte Einheitlichkeit und Stetigkeit hat für die Armee gute Früchte getragen. Ich brauche hier auf Einzelheiten nicht einzugehen und darf nur als

Beispiele für das Erreichte auf das Kadergesetz* und auf die Organisation des Luftwesens hinweisen.

Ein großer Teil des Verdienstes an dem, was im vergangenen Jahre in Frankreich für die Armee erreicht worden ist, muß Herrn Millerand zuerkannt werden. Ich habe über die Persönlichkeit und das Wirken dieses sehr betriebsamen Kriegsministers oft und eingehend berichtet und kann heute schwerlich neue Gesichtspunkte zu seiner Beurteilung beibringen. Herr Millerand hat das Glück gehabt, in einem Augenblick Kriegsminister zu werden, wo die Armee im Vordergrunde des Interesses stand. Er besaß nicht die geringste Vorbildung für sein verantwortungsvolles Amt, verstand es aber vermöge seiner Anpassungsfähigkeit, seines scharfen Verstandes, seines praktischen Sinnes sowie seiner Rednergabe und großen Arbeitskraft sich ungewöhnlich schnell in seine Stellung hineinzufinden. Wenn er auch heute noch keinen Anspruch darauf erheben dürfte, als militärischer Fachmann zu gelten, so hat er sich doch mit Erfolg bemüht, in den Betrieb des Heereswesens einen eigenen Einblick zu gewinnen. Er hat sich mit tüchtigen militärischen Mitarbeitern umgeben, ist aber keineswegs in ihren Händen lediglich ein Strohmann oder nur parlamentarischer Vertreter militärischer Forderungen gewesen. In der Armee, deren Prestige er mit allerlei Mitteln gehoben hat, war er sehr angesehen, und beim Publikum genoß er ohne Frage eine gewisse Popularität. In einer Zeitung wurde er neulich „un bon ouvrier de la défense nationale" genannt. Daß es ihm innerhalb und außerhalb der Armee trotzdem nicht an Gegnern gefehlt hat, habe ich oft erwähnt. Diesen Leuten ist es jetzt gelungen, Herrn Millerand durch Aufbauschung eines an sich bedeutungslosen Vorfalles zu stürzen**, womit sie der Armee, die nach einer kurzen Zeit der

---

* Das bereits im Frühjahr 1912 eingebrachte neue Kadergesetz für die Infanterie war infolge der weitläufigen Verhandlungen über die Wahlreform erst im Dezember 1912 zur Verabschiedung gelangt.

** Die Demission des Kriegsministers Millerand war am 12. Januar 1913 erfolgt, nachdem im Ministerrat festgestellt war, daß die von Millerand verfügte Wiederanstellung des aus dem Dreyfusprozeß bekannten Oberstleutnants du Paty de Clam ohne Befragung des Kabinetts vor sich gegangen war. Die letzte Amtshandlung des Kriegsministers bestand in der Begrüßung seines russischen Kollegen General Suchomlinow, der gerade in Paris weilte. In einem Berichte Major von Winterfeldts vom 13. Januar heißt es darüber: „General Suchomlinow, der für einen Tag von der Riviera nach Paris gekommen war, ist vom Präsidenten Fallières empfangen, von Herrn Poincaré zum Frühstück geladen worden und hat Gelegenheit gehabt, sich mit den maßgebenden militärischen Persönlichkeiten zu unterhalten. Die Presse weist darauf hin, daß diesen Besprechungen mit Rücksicht auf die politische Situation eine besondere Bedeutung beigemessen werden müsse, wenn auch alles, was sich auf ein eventuelles Zusammenwirken der ‚armées amies et alliées' bezöge, längst ausführlich beraten und festgesetzt wäre. Der General Suchomlinow hat Veranlassung genommen, einem Redakteur des ‚Temps' einige Erklärungen

Stetigkeit nun innerhalb von vier Jahren den siebenten Kriegsminister erhält, einen schlechten Dienst erwiesen haben dürften.

Die unbestreitbaren Verdienste, die sich Herr Millerand um die Interessen der Landesverteidigung erworben hat, waren zum Teil auch auf seine große parlamentarische Gewandtheit zurückzuführen. In diesem Zusammenhange darf vielleicht erwähnt werden, daß zurzeit hier in Kammer und Senat eine Anzahl von Abgeordneten vertreten ist, die mit besonderem Eifer und bemerkenswertem Geschick die Budgetberichterstattung und die Behandlung militärischer Fragen als Spezialität betreiben. Solche Persönlichkeiten sind von jeher unter den französischen Volksvertretern zu finden gewesen, aber gegenwärtig ist die Zahl der wirklich tüchtigen auffallend groß. Ich nenne als Beispiele nur die Namen Clémentel, Raiberti, Pierre Baudin, Gervais, Treignier, Bénazet, Humbert, Chéron, Waddington, Reymond usw. Wenn diese Herren auch bei der Abfassung ihrer Berichte durch die Bureaus des Kriegsministeriums ausgiebig unterstützt werden, so verwenden sie doch auch selbst großen Fleiß auf ihre Arbeit und zeigen sich in ihren Parlamentsreden als wohlvertraut mit den Dingen, die sie behandeln. Einem ungewandten oder saumseligen Kriegsminister machen diese „Zivilstrategen" zuweilen das Leben recht sauer. Wer sie aber wie Herr Millerand richtig zu nehmen und ihrer „haute compétence" gelegentlich etwas zu schmeicheln weiß, für den bilden sie eine wertvolle Hülfstruppe. Einige von ihnen wie Clémentel, Bénazet und Reymond haben sich um die schnelle Entwickelung des Militärluftfahrwesens wesentliche Verdienste erworben. pp*

(gez.) von Winterfeldt

Nr. 11 533

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 17 Paris, den 18. Januar 1913

Wahl Herrn Poincarés zum Präsidenten der Republik** ist mit ungewöhnlicher Begeisterung aufgenommen. Man erblickt in ihm den Vorkämpfer der nationalen Wiedergeburt. Er dürfte aber als Präsident

---

über die militärische Lage Rußlands abzugeben, aus denen jeder, der es glauben will, die Überzeugung gewinnen kann, daß die russische Armee zurzeit einen noch nie dagewesenen Grad von Schlagfertigkeit erreicht hätte."

* Der Schluß des Berichts enthält Ausführungen Winterfeldts über das, was nach den Fortschritten der französischen Armee im Jahre 1912 für das Jahr 1913 zu tun übrig bleibe.

** Sie war am 17. Januar erfolgt.

weniger national sein wollen wie als Minister, um Verdacht von sich abzuwehren, daß er der Mann der chauvinistischen Reaktion sei.

Um Herrn Poincaré vor Angriffen der durch gestrige Niederlage stark erregten radikalen Opposition zu schützen, wird voraussichtlich noch heute gesamtes Ministerium zurücktreten *.

Schoen

---

* Tatsächlich erfolgte noch am 18. Januar der Rücktritt des Kabinetts Poincaré, an dessen Stelle das Ministerium Briand trat.

Kapitel CCXLVII

Die Entrevue von Baltischport Juli 1912

Nr. 11534

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 33 St. Petersburg, den 30. Januar 1912

Ministerpräsident Kokowzow, welcher gestern bei mir speiste, sagte zu meiner Frau bei einem Gespräch über den Besuch der englischen Parlamentarier wörtlich folgendes*: „Sie sollten Ihrem Manne soufflieren, daß er auf einen Besuch Ihres Kaisers bei unserem Hofe in diesem Jahre als Erwiderung des Potsdamer Besuchs des Kaisers Nikolaus hinwirkt. Es ist ein guter Rat, den ich Ihnen da gebe."

Der Zusammenhang dieser Äußerung mit dem Gespräch über den englischen Besuch scheint darauf hinzudeuten, daß Kokowzow einen allerhöchsten Besuch als Gegengewicht gegen englischen Besuch gern sehen würde. Mir gegenüber betonte der Ministerpräsident, ich würde wohl gemerkt und hoffentlich auch berichtet haben, wie zurückhaltend

* Die erste Anregung zu einer Erwiderung des Potsdamer Besuchs Kaiser Nikolaus' II. vom November 1910 durch den Deutschen Kaiser erfolgte bezeichnenderweise an dem gleichen Tage, an dem Sir E. Cassel im Auftrage von Sir E. Grey, W. Churchill und Lloyd George in Berlin jene Anregung zu einer englisch-deutschen Verständigung unterbreitete, aus der dann die Mission Lord Haldanes erwuchs. Beide Anregungen standen offenbar in einem inneren Zusammenhange mit den ernsten Schwierigkeiten, die zwischen England und Rußland durch die persische Frage heraufgeführt waren, und die so weit gingen, daß Sir E. Grey dem Grafen Benckendorff ganz offen mit dem Bruch der englisch-russischen Entente und mit einer Neuorientierung der englischen Außenpolitik drohte. Vgl. dazu neben Kap. CCXLIII, Nr. 11349, Fußnote **, Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, ed. B. v. Siebert, S. 233 f. Es war nur natürlich, daß in einer solchen kritischen Situation England auf der einen, Rußland auf der anderen Seite die Blicke nach Deutschland richteten und für alle Fälle eine Annäherung an diese Macht in die Wege leiteten, die ja bei rechtzeitigem Einlenken des Ententegenossen nicht fortgesetzt zu werden brauchte. In dem gleichzeitigen Besuch englischer Parlamentarier, Militärs, Geistlicher usw. in Petersburg, dem die amtliche russische Welt mit möglichster Zurückhaltung begegnete (vgl. darüber Kap. CCXLVIII, Nr. 11553 ff.), mochte der russische Ministerpräsident einen Grund mehr sehen, um mit der Anregung des Kaiserbesuches hervorzutreten.

er und die Regierung sich den englischen Gästen gegenüber verhalten habe.

Die Äußerungen des Herrn Kokowzow beweisen aber auch, daß man hier eine Erwiderung des Potsdamer Besuchs, da dieser offiziellen Charakter trug, erwartet.

Pourtalès

Nr. 11535

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Privatbrief. Ausfertigung

St. Petersburg, den 7. Februar 1912

Vor kurzem habe ich mir erlaubt, amtlich zu berichten*, daß Minister Kokowzow gelegentlich eines Essens in meinem Hause im Gespräch mit meiner Frau einen Besuch Seiner Majestät des Kaisers und Königs beim Zaren als Erwiderung des Potsdamer Besuchs vom Jahre 1910 angeregt hat. Schon vor einigen Wochen hatte ich selbst, wie Euerer Exzellenz bekannt ist, den Gedanken aufgeworfen, ob nicht ein solcher Gegenbesuch vielleicht in Erwägung gezogen werden könnte, da nach meiner unmaßgeblichen Ansicht das Frühstück Seiner Majestät im Wolfsgarten mit dem russischen Kaiserpaar auf der Durchreise nach Donaueschingen, unmittelbar nach der Potsdamer Entrevue, kaum als Gegenbesuch auf den immerhin mit einigem Apparat in Szene gesetzten offiziellen Besuch des Zaren bei unseren Majestäten angesehen werden könne. Wenn ich somit über die Frage, ob ein Gegenbesuch an sich erwünscht und notwendig erscheint, von meinem Standpunkt aus Stellung genommen habe, so sprechen bei der weiteren Frage, ob dieser Gegenbesuch gerade in diesem Jahre opportun wäre, so viele andere Momente mit, die ich zum Teil nicht zu übersehen vermag, und die auch mit der allgemeinen Politik zusammenhängen, daß ich Anstand nehme, in dieser Beziehung eine Ansicht zu äußern.

Vor einigen Tagen habe ich nun eine längere vertrauliche Unterredung mit Herrn Kokowzow gehabt, bei welcher auch die Besuchsfrage zur Sprache kam. Über den Inhalt dieser Unterhaltung möchte ich nicht unterlassen, vertraulich Euerer Exzellenz nachstehendes mitzuteilen. Dabei darf ich vorausschicken, daß ich streng alles vermieden habe, was die Frage des Besuches in irgendeiner Weise präjudizieren könnte. Ich habe im Gegenteil immer betont, daß ich nicht im geringsten darüber unterrichtet wäre, ob für dieses Jahr

* Vgl. Nr. 11534.

irgendwelche Aussichten für einen solchen Besuch vorhanden wären, und ob er sich eventuell mit den Plänen der beiden Kaiser würde kombinieren lassen.

Als ich im Laufe der Unterhaltung bemerkte, ich hätte mich gefreut, aus den Äußerungen des Ministerpräsidenten zu meiner Frau einen neuen Beweis für seine freundlichen Gesinnungen gegen Deutschland und sein Interesse für die Pflege der alten traditionellen Beziehungen zwischen unsern erlauchten Herrscherhäusern zu erkennen, griff Herr Kokowzow dieses Thema mit großer Wärme auf und betonte, daß er die erwähnte Äußerung zu meiner Frau nicht nur aus persönlichen Gründen als großer Verehrer unseres Kaisers getan habe, sondern auch als Ministerpräsident, weil er ein warmer und überzeugter Anhänger eines guten Verhältnisses zwischen Rußland und Deutschland sei. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, könne er mir nur wiederholen, daß er den Besuch unseres allergnädigsten Herrn für sehr glücklich halten und daß ein solcher Besuch seinen kaiserlichen Herrn nach seiner Überzeugung sehr erfreuen würde. Herr Kokowzow sprach dann längere Zeit über den Kaiser Nikolaus und lobte dessen verständige politische Ansichten und sein Eingehen auf Ratschläge, die ihm auf politischem Gebiet gegeben würden. Der Ministerpräsident bemerkte, er erwähne dies, um zu zeigen, daß er glaube, das Vertrauen des Zaren im vollsten Maße zu besitzen und insbesondere in Fragen der auswärtigen Politik mit Seiner Majestät vollkommen übereinzustimmen. Ein Hauptmoment in der gegenwärtigen auswärtigen Politik Rußlands sei aber der Wunsch, die traditionellen freundschaftlichen Beziehungen mit Deutschland erhalten zu sehen. Noch kürzlich, anläßlich des Besuches der englischen Parlamentarier, sei dies deutlich zum Ausdruck gekommen: der Kaiser habe seine Willensmeinung in der bestimmtesten Weise dahin geäußert, daß bei der Beteiligung der Regierung an den zu Ehren der Engländer veranstalteten Festlichkeiten auf das strengste alles vermieden werden sollte, was irgendwie Anstoß oder Mißtrauen bei uns erregen könnte.

Ich entgegnete dem Minister, ich sei von den freundlichen Absichten des Zaren und seiner Regierung gegen uns überzeugt, und es sei mir keineswegs entgangen, daß die Regierung während der Anwesenheit der Engländer eine korrekte Zurückhaltung beobachtet habe. Dasselbe könne allerdings nicht von allen Kreisen der hiesigen Gesellschaft gesagt werden. Ich könne ihm sogar nicht verhehlen, daß ich hie und da den Eindruck gewonnen hätte, als ob das überschwengliche Maß, mit welchem die englischen Gäste von gewissen Kreisen gefeiert worden wären, weniger den Engländern wie dem Gegner Deutschlands gegolten hätte. Besonders sei mir das starke Hervortreten der nationalistischen und oktobristischen Dumakreise aufgefallen. Dabei kam auch die Rede auf das Frühstück beim Dumaabgeordneten Gutschkow und die Teilnahme des Kriegsministers mit

verschiedenen hohen Militärs an demselben*. Ich bemerkte, ich wüßte sehr gut, daß die Elemente, die sich während dieser Tage des englischen Besuches breit gemacht hätten, nur einen verhältnismäßig kleinen Bruchteil der russischen öffentlichen Meinung repräsentierten, und wolle daher einigen Zwischenfällen, die vorgekommen seien, keine übertriebene Bedeutung beilegen. Bedenklicher als diese Zwischenfälle selbst scheine mir der Eindruck, den sie in und außerhalb Rußlands machen müssen.

Um auf den Besuch unseres Kaisers zurückzukommen, so könnte ich ihm nicht verschweigen, daß mir in diesen Tagen auch der Gedanke gekommen sei, ob es erwünscht sei, einen solchen Besuch verhältnismäßig rasch auf den englischen Besuch folgen zu lassen, wobei noch zu berücksichtigen sei, daß vielleicht auch ein Antrittsbesuch des englischen Königspaares im Sommer in Aussicht stehe. Als deutscher Vertreter könnte ich einen Besuch unseres Kaisers nur wünschen und befürworten, wenn ich die Überzeugung hätte, daß er auch wirklich gute Früchte tragen und in beiden Ländern gute Eindrücke hinterlassen werde. Dabei dürfe ich meinen allergnädigsten Herrn nicht dem aussetzen, daß womöglich ein Vergleich zwischen der Seiner Majestät in Rußland zuteil werdenden und der den Engländern bereiteten Aufnahme gezogen werde. Von seiten des kaiserlichen Hofes sei das natürlich nicht zu befürchten, dagegen sei mit einiger Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß zum Beispiel die für die öffentliche Meinung Rußlands leider sehr wichtige „Nowoje Wremja" vielleicht am Ankunftstage einen leidlich anständigen Artikel bringen, dann aber alles tun werde, um die Bedeutung des Besuches herabzusetzen, wie wir dies auch bei der Potsdamer Entrevue erlebt hätten. Schließlich könne man sich nicht wundern, wenn bei uns auch einmal die Frage auftauche: Was nutzen solche Begegnungen?

Herr Kokowzow bezeichnete meine Besorgnisse als zu weitgehend. Das Bestehen einer deutschfeindlichen Clique hier, die es verstehe, viel Lärm zu machen, bestritt er nicht. Auch eine gewisse Bedeutung der „Nowoje Wremja" gab er zu, behauptete aber, daß diese Bedeutung im Sinken sei. Die große Mehrheit derjenigen Elemente, welche in Rußland auf die Politik Einfluß hätten, denke aber ganz anders und wünsche aufrichtig gute Beziehungen mit Deutschland. Diese hielten an dem alten russischen Sprichworte fest: „Ein alter Freund ist mehr wert als zwei neue." Auf die „Nowoje Wremja", in deren Redaktion vollkommene Anarchie herrsche, habe die Regierung im allgemeinen wenig Einfluß, sie werde ja selbst fortwährend von diesem Blatte angegriffen. Wenn es aber einmal eine große wichtige Frage gebe, so besitze er, Herr Kokowzow, doch Mittel, auf das Blatt einzuwirken. Sollte es wirklich zu einem Besuch

---

* Vgl. dazu Kap. CCXLVIII, Nr. 11556.

unseres Kaisers kommen, so bitte er mich, ihn möglichst früh von dem eventuellen Plan zu unterrichten, er werde dann alles tun, um das Terrain vorzubereiten, und ich würde sehen, daß sich selbst die „Nowoje Wremja" gut benehmen würde. Daß an einem Monarchenbesuch die öffentliche Meinung weniger teilnehme und weniger Lärm darum gemacht werde als um den Besuch einer Deputation wie die englische, liege in der Natur der Dinge, da der Kreis der Teilnehmer an den für eine solche Deputation veranstalteten Festlichkeiten ein weit größerer sei. Die Zwischenfälle bei dem englischen Besuch, auf die ich angespielt hatte, bedauerte der Ministerpräsident auf das lebhafteste. Er könne nur darauf hinweisen, daß er selbst alles getan habe, um solchen Zwischenfällen tunlichst vorzubeugen. Die Bedeutung derselben dürfe aber keineswegs überschätzt werden. Überhaupt spreche jetzt schon kein Mensch mehr von dem englischen Besuch. Die Einladung Gutschkows zu einem Frühstück der Landesverteidigungskommission sei nichts weiter als eine grobe Taktlosigkeit eines eitlen Wichtigtuers. Die Teilnahme des Kriegsministers an dem Frühstück bedauere er selbst. Er müsse aber zur Entschuldigung des Generals Suchomlinow darauf hinweisen, daß derselbe überrumpelt worden sei. Er habe von der ausschließlichen Beteiligung von Mitgliedern der Landesverteidigungskommission an diesem Feste keine Ahnung gehabt und die Einladung nur aus Höflichkeit für Gutschkow, den er für die Bewilligung seines Budgets brauche, angenommen. Selbst habe der Kriegsminister übrigens für die englischen Militärs nichts gegeben.

Ich habe Euerer Exzellenz die vorstehende Unterhaltung ausführlich wiedergeben zu sollen geglaubt, weil sie nach meiner Ansicht die gegenwärtige hiesige Situation und Stimmung einigermaßen beleuchtet und reichliches Material zur Beurteilung der Frage bietet, ob ein Besuch Seiner Majestät des Kaisers und Königs in diesem Jahre hier opportun erscheint oder nicht.

Meinerseits möchte ich noch gehorsamst bemerken, daß der Ministerpräsident recht haben dürfte, wenn er behauptet, daß Eindrücke wie der durch den englischen Besuch hervorgerufene hier schnell wieder verfliegen. Ebenso ist es zweifellos richtig, wenn Herr Kokowzow erklärt, daß der Abgeordnete Gutschkow vor allem ein eitler Wichtigtuer ist. Ein besonderer Freund der Engländer kann er nicht sein, da er in den Reihen der Buren gefochten hat und verwundet worden ist. Ihm lag wohl vor allem daran, der Landesverteidigungskommission eine Bedeutung zu geben, die sie in Wirklichkeit gar nicht hat.

Schließlich darf ich nochmals hervorheben, daß ich einen Gegenbesuch Seiner Majestät des Kaisers und Königs beim Kaiser von Rußland im Prinzip für erwünscht halte und die von mir Herrn Kokowzow entgegengehaltenen Bedenken nicht für so schwerwiegend

halte, daß ich abraten würde, diesen Besuch im Laufe dieses Jahres zu machen. Vielleicht könnte in Erwägung gezogen werden, den Besuch für August in Aussicht zu nehmen. Es finden dann die Übungen in Krasnoje Selo statt, und der Besuch wird auf diese Weise einen ausgesprochen militärischen Charakter erhalten, was vielleicht angesichts der bevorstehenden Zentenarfeiern etwas für sich hätte*.

Sicherlich wird die in gewissen bekannten hiesigen Kreisen herrschende Stimmung gegen uns durch einen solchen Besuch nicht geändert werden. Die gegen uns treibenden Kräfte sind aber auch schon zu der Zeit tätig gewesen, als die russisch-deutsche Freundschaft in höchster Blüte stand. Trotzdem läßt sich nicht behaupten, daß zum Beispiel die letzten Begegnungen zwischen den beiden Herrschern ganz ohne Erfolg geblieben sind, denn die russische Politik uns gegenüber hat sich seit Potsdam entschieden sehr wesentlich geändert.

F. Pourtalès

Nr. 11 536

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 158 St. Petersburg, den 17. Mai 1912
Geheim

Als ich Herrn Sasonow gestern fragte, ob Seine Majestät der Kaiser Nikolaus ihm von dem bevorstehenden Besuch unseres allergnädigsten Herrn gesprochen hätte, erwiderte der Minister, er habe selbst, da er von diesem Besuch gehört habe, Seine Majestät darauf angeredet. Der Zar habe darauf erwidert, er hoffe in der Tat, im Laufe dieses Sommers den Besuch unseres Kaisers zu erhalten[1].

Ich teilte darauf dem Minister vertraulich mit, es sei während meiner Anwesenheit in Berlin die Frage erörtert worden, ob, da Seine Majestät der Kaiser von Rußland bei dem Besuch in Potsdam von seinem Minister des Äußern begleitet gewesen wäre, auch Euere Exzellenz Seine Majestät den Kaiser und König bitten sollen, sich

---

* Am 17. Februar erhielt Graf Pourtalès auf seinen Privatbrief durch Staatssekretär von Kiderlen zur Antwort, daß der Kaiser im Sinne der Anregung Kokowzows an den Zaren schreiben werde. Nach einem weiteren Telegramm Kiderlens vom 22. März (Nr. 39) sah der Kaiser jedoch von einem Briefe an den Zaren ab und bediente sich statt dessen der Vermittlung des russischen Militärbevollmächtigten bei seiner Person Generals Tatischtschew, um für den 3. Juli eine Begegnung mit dem Zaren in den finnischen Schären zu verabreden.

seiner Reise nach Rußland anschließen zu dürfen. Eine Entscheidung sei indessen in dieser Beziehung meines Wissens noch nicht erfolgt.

Herr Sasonow entgegnete, er würde es auf das freudigste begrüßen, wenn Euere Exzellenz bei dem Besuch Seiner Majestät unseres allergnädigsten Herrn mitanwesend sein würden, und er zweifle auch gar nicht daran, daß Seine Majestät der Kaiser von Rußland sich sehr freuen würde, Euere Exzellenz wiederzusehen. Im übrigen, bemerkte der Minister, halte er die Teilnahme Euerer Exzellenz an der Monarchenbegegnung auch politisch für sehr nützlich, denn wenn auch augenblicklich zwischen Rußland und Deutschland keine speziellen Fragen von größerer Bedeutung zur Verhandlung ständen, so halte er doch einen Gedankenaustausch [2] über die allgemeine politische Lage für sehr wünschenswert.

Auch Herr Kokowzow nahm den Gedanken, daß Euere Exzellenz vielleicht Seine Majestät den Kaiser und König bei seinem bevorstehenden Besuch in Rußland, von welchem er übrigens merkwürdigerweise noch gar nichts wußte, begleiten würden, sehr sympathisch auf.

Herr Sasonow bat mich noch, ich möchte ihm, sobald in der Frage der Teilnahme Euerer Exzellenz an der Reise nach Rußland eine Entscheidung getroffen sei, hiervon Mitteilung machen [1].

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja
[2] gut

Nr. 11 537

Aufzeichnung des Botschafters in Petersburg Grafen von Pourtalès *

Undatierte und unsignierte Reinschrift

* [pr. 29. Juni 1912]

Es dürfte sich empfehlen, daß Seine Majestät der Kaiser und König bei seiner Unterredung mit dem Zaren einerseits nicht den Anschein erweckt, als wolle er ein Eingehen auf politische Themata

* Gelegentlich einer Anwesenheit in Berlin Anfang Mai 1912 hatte Graf Pourtalès von dem Reichskanzler den Auftrag erhalten, im Hinblick auf die bevorstehende Zusammenkunft des Kaisers mit dem Zaren eine Aufzeichnung über die etwa dann zu berührenden Gesprächsthemata einzureichen. Der Botschafter sandte diese Aufzeichnung am 19. Juni 1912 mit einem Privatbriefe an Staatssekretär von Kiderlen ein. Nach einer Notiz von der Hand des Unterstaatssekretärs Zimmermann wurde sie nach Vornahme einiger stilistischer Änderungen dem Kaiser vorgelegt. Auch sonst suchte das Auswärtige Amt die Zusammenkunft der beiden Kaiser und die Unterredungen der sie begleitenden Staatsmänner nach allen Richtungen hin vorzubereiten. Es liegen eine Reihe von Entwürfen und Aufzeichnungen in dieser Richtung

vermeiden, andererseits aber auch nicht den Eindruck hervorruft, als wolle er die Gelegenheit benutzen, um den Kaiser Nikolaus in politischer Beziehung nach irgendeiner Richtung hin zu beeinflussen. Bei dem zum Mißtrauen neigenden Charakter des Zaren ist zu befürchten, daß jeder Versuch einer Beeinflussung später den entgegengesetzten Erfolg hat. Selbst wenn im ersten Augenblick Ratschläge auf den Kaiser Nikolaus Eindruck zu machen scheinen, liegt die Gefahr vor, daß sich nachträglich bei ihm und seinen Ratgebern das Mißtrauen, Seine Majestät habe den Zaren überrumpeln wollen, regt. Unser allergnädigster Herr sollte sich daher beim Gespräch mit dem Zaren auch zuhörend verhalten und dem Zaren Gelegenheit geben, auch seine Ansichten zum Ausdruck zu bringen. Die Unterredungen Seiner Majestät des Kaisers und Königs mit Kaiser Nikolaus haben in früheren Fällen bei letzterem oft den Eindruck hinterlassen, daß unser Kaiser ihn habe belehren wollen und er selbst kaum zu Worte gekommen sei. Dieser Eindruck entsteht um so leichter, als der Zar von vornherein das Gefühl hat, daß ihm Seine Majestät unser Kaiser bei weitem überlegen ist.

Der Grundton, auf welchen die Unterredung zu stimmen sein wird, dürfte immer die traditionelle Freundschaft der Dynastien und die gemeinsamen monarchischen Interessen sein. Wenn die Phrase von der traditionellen Freundschaft auch ein wenig verbraucht ist und in den deutsch-russischen Beziehungen, wie sie sich in den

---

vor, so über die Meerengenfrage, die Frage der chinesischen Anleihe, den türkisch-italienischen Krieg, die albanische Frage und über die spezielle Frage, ob die Mission Haldane den Russen gegenüber zu berühren sei. Bezüglich der letzten Frage heißt es in der von dem Dirigenten der Politischen Abteilung von Stumm verfaßten Aufzeichnung:

„Es erscheint nicht unbedenklich, die Mission Haldane den Russen gegenüber zu berühren. Es ist anzunehmen, daß die russische Regierung englischerseits über den Verlauf derselben unterrichtet worden ist, und es liegt auf der Hand, daß die dabei gegebene englische Version uns für das Scheitern derselben verantwortlich gemacht hat. Der Versuch, die Russen davon zu überzeugen, daß die Mission infolge der Haltung Englands schließlich ergebnislos verlaufen ist, würde voraussichtlich lediglich die Wirkung haben, bei den Russen den Eindruck zu erwecken, daß wir darauf ausgehen, die englische Politik zu verdächtigen und damit die russisch-englischen Beziehungen zu lockern.

Dagegen dürfte sich über die deutsch-englischen Beziehungen die Bemerkung empfehlen, die deutsche Politik verfolge im Verhältnis zu England hauptsächlich das Ziel, das dort zurzeit insbesondere auch wegen der deutschen Flottenpolitik bestehende Mißtrauen zu zerstreuen und dadurch eine Wiederannäherung der beiden Mächte herbeizuführen, die gleichzeitig eine Annäherung der beiden Mächtegruppen und damit die Sicherung des Friedens zur Folge haben werde. Den Weg zur Erreichung dieses Zieles erblicken wir nicht in einer erneuten Aussprache über Rüstungsfragen, sondern zunächst in dem Versuch einer Verständigung über einzelne schwebende Fragen auf kolonialem Gebiet."

letzten 30 Jahren entwickelt haben, oft keine große Rolle gespielt hat, so ist doch besonders das Thema von den gemeinsamen monarchischen Interessen eines, auf welches Kaiser Nikolaus gern und aus Überzeugung reagiert. Die russischen Hundertjahrfeiern dieses Jahres sowie die gemeinsamen Erinnerungen an die Jahre 1813/14 könnten als Anknüpfungspunkt dienen. Bei dieser Gelegenheit könnte vielleicht die Freude darüber zum Ausdruck kommen, daß sich in den letzten Jahren, besonders nach dem Amtsantritt des Herrn Sasonow und nach der Potsdamer Aussprache, die deutsch-russischen Beziehungen so viel besser gestaltet hätten. Seine Majestät könnte vielleicht bei dieser Gelegenheit an das von Kaiser Nikolaus feierlich gegebene Versprechen, an keiner gegen Deutschland gerichteten aggressiven Politik Englands teilnehmen zu wollen*, erinnern und dabei betonen, daß ihm ein solches vom Zaren gegebenes mündliches Versprechen mehr wert sei als geschriebene Noten. Inwieweit dabei auf unser gegenwärtiges Verhältnis zu England einzugehen sein würde, entzieht sich diesseitiger Beurteilung.

Bezüglich des italienisch-türkischen Krieges könnte Seine Majestät vielleicht mit Genugtuung konstatieren, daß Deutschlands Standpunkt sich bis jetzt mit dem russischen gedeckt habe, da beide Mächte den Wunsch hätten, den Krieg bald beendigt und einer Störung des Status quo auf der Balkanhalbinsel vorgebeugt zu sehen. Wenn die Vermittlungsaktion Rußlands** auch keinen direkten Erfolg gehabt habe, so habe sie doch zu einem sehr nützlichen Gedankenaustausch zwischen allen Großmächten geführt, der für spätere Verhandlungen eine Basis bilden könne. Vor allem sei aber durch die Besprechungen zwischen den Kabinetten erreicht worden, daß eine Einigkeit unter den Großmächten erzielt und eine Teilung Europas in zwei Lager verhindert wurde.

Bezüglich der Angelegenheiten des Fernen Ostens*** könnte von neuem darauf hingewiesen werden, daß Deutschland dort keine direkten politischen Interessen hat, sondern nur das Ziel verfolgt, für seinen Handel die Offene Tür zu sichern. Von diesem Gesichtspunkte aus müsse daher Deutschland auch wünschen, daß in China möglichst bald geordnete Zustände eintreten.

Vielleicht könnte in Erwägung gezogen werden, ob nicht die Beziehungen zwischen beiden Armeen wieder etwas reger gestaltet werden könnten, etwa durch gegenseitige Einladungen zu Manövern, wie es früher üblich war. Im Jahre 1907 ist zum letztenmal ein Großfürst, Seine Kaiserliche Hoheit der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, bei uns zu den Kaisermanövern gewesen. In der Zwischenzeit sind höhere französische und englische Offiziere, auch ein eng-

* Vgl. Bd. XXVII, Kap. CCXVIII.
** Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXXXVII.
*** Vgl. Bd. XXXII.

lischer Prinz, Prinz Arthur von Connaught, zu den Lagerübungen in Krasnoje Selo gewesen. Es müßte allerdings Wert darauf gelegt werden, daß dabei strikte Reziprozität geübt wird. Ob es opportun erscheint, auch diese Frage dem Zaren gegenüber zur Sprache zu bringen, muß höherer Erwägung anheimgestellt werden.

Nr. 11 538

Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel

Telegramm en clair

Peterhof, den 25. Juni 1912

Hope it will suit You to meet us at Baltic Port July fourth new style. Have chosen that place so as that Your Viborg regiment may have the honour of presenting itself to You. Coming from camp they will be in field khaki dress. We are all rejoicing to see You soon. Hope dear Victoria is feeling better. Best love.

Nicky

Nr. 11 539

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Baltischport, an das Auswärtige Amt

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Mirbach-Harff

Nr. 1 An Bord der „Hohenzollern", den 5. Juli 1912

Zur Orientierung und um bei eventuellen Anfragen seitens Presse Grundton für die betreffenden Artikel zu geben.

Verlauf Entrevue* durchaus befriedigend und erfreulich. Zwischen beiden Monarchen unter sich und mit sämtlichen hier anwesenden höchsten Familienmitgliedern reger und verwandschaftlich herzlicher Verkehr. Desgleichen meine wiederholten längeren Aussprachen mit den russischen Ministern von Offenheit und wechselseitigem Vertrauen getragen. Beiderseitige Übereinstimmung, daß an bewährter Maxime regelmäßiger Zusammenkünfte der Souveräne und ihrer politischen Ratgeber auch fernerhin festzuhalten sei, diese Begegnungen

* Die Entrevue zwischen Kaiser Wilhelm II. und Kaiser Nikolaus II. fand vom 4. bis 6. Juli in Baltischport in den finnischen Schären statt. An der Zusammenkunft nahm auf deutscher Seite Reichskanzler von Bethmann Hollweg, auf russischer Seite neben Sasonow auch der Ministerpräsident Kokowzow teil. Nach der Zusammenkunft stattete Reichskanzler von Bethmann Hollweg noch Petersburg und Moskau einen mehrtägigen Besuch ab, während der Kaiser direkt nach der Heimat zurückkehrte.

gewissermaßen zu festen Institutionen werden zu lassen. Dauernde Fühlung zwischen Deutschland und Rußland in jeder Phase der schwebenden Tagesfragen, bei vollster beiderseitiger Freiheit, erneut als beste Gewähr erkannt, um europäischen Frieden zu wahren, dessen Erhaltung beide Reiche zu ungestörter innerer Fortentwicklung als ideales Ziel ihrer Politik nach wie vor dauernd im Auge haben.

In Erwägung steht noch Veröffentlichung, die in „Rossija" und „Norddeutscher Allgemeiner Zeitung" gleichzeitig erscheinen, nicht aber Form offiziellen Communiqués erhalten wird[1]*.

v. Bethmann Hollweg

Randbemerkung von Kiderlens auf der Entzifferung:
[1] Wäre man doch dabei geblieben.

Nr. 11540

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Baltischport, an das Auswärtige Amt

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Mirbach-Harff

Baltischport, den 6. Juli 1912
[aufgegeben in Petersburg am 7. Juli]

Nachstehende Information, deren französischer Text zwischen mir und den russischen Ministern verabredet worden ist, wird heute durch „Informationsbureau" an russische Presse gegeben.

Hierunter folgende deutsche Übertragung hier anwesendem Petersburger Wolffvertreter eingehändigt:

„Die Begegnung Seiner Majestät des Kaisers und Königs mit Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland trug besonders herzlichen Charakter und bildete einen neuen Beweis für die Freundschaftsbeziehungen, welche die beiden Herrscher seit langen Jahren verbinden.

Der Gedankenaustausch, welcher aus diesem Anlaß zwischen den in der Begleitung Ihrer Majestäten befindlichen Staatsmännern stattgefunden hat, ergab aufs neue den festen Entschluß, die zwischen beiden Ländern bestehenden altehrwürdigen Traditionen hochzuhalten.

Die politischen Aussprachen, die sich auf sämtliche Tagesfragen erstreckten, haben beiderseits die Überzeugung befestigt, daß es für die Interessen der beiden Nachbarreiche und des allgemeinen Friedens dauernd von der höchsten Bedeutung bleibt, die wechselseitige, auf gegenseitigem Vertrauen beruhende Fühlungnahme aufrechtzuerhalten.

* Tatsächlich wurde doch ein offizielles Communiqué ausgegeben; siehe das folgende Schriftstück.

Es konnte sich weder um neue Abmachungen handeln, da hierzu ein besonderer Anlaß nicht vorlag, noch auch darum, irgendwelche Änderungen in der Gruppierung der europäischen Mächte herbeizuführen, deren Wert für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts und des Friedens sich erprobt hat.

Die Begegnung von Baltischport kann daher mit vollem Recht allenthalben mit Genugtuung begrüßt werden. Denn während sie einerseits die feste und dauernde Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland bezeugt, bedeutet sie andererseits auch einen beredten Ausdruck der friedlichen Grundrichtungen, welche die Politik beider Reiche in gleichem Maße bestimmen*."

v. Bethmann Hollweg

Nr. 11 541

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Baltischport, an Kaiser Franz Joseph von Österreich

Telegramm. Reinkonzept

Baltischport, den 6. Juli 1912

Eile, Dir mitzuteilen, daß ich für uns beide von meiner Entrevue mit dem Zaren durchaus befriedigt bin.

Fand den Zaren aufgeräumt und mitteilsam, die Kaiserin in sichtlich gebesserter Gesundheit. Die jungen Großfürstinnen sämtlich blühende und frische Mädchen. Die Munterkeit und das kräftige Aussehen des Thronfolgers bestes Dementi der über sein Befinden kursierenden ungünstigen Gerüchte.

Ich sowohl als auch der Reichskanzler hatten eine Reihe eingehender Gespräche mit dem Zaren wie auch mit den Ministern

---

* Das von Wolffs Telegraphischem Bureau am 7. Juli bekanntgegebene Communiqué rief bei dem in Kissingen weilenden Staatssekretär von Kiderlen einen Zornesausbruch hervor; vgl. E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, 152. Kiderlen bemängelte, daß die Engländer und Franzosen schriftlich darüber beruhigt worden seien, daß deutscherseits nichts mit den Russen abgemacht sei — was übrigens Engländer und Franzosen direkt von den Russen erfuhren; vgl. Nr. 11543, S. 446, Fußnote * —; vor allem aber, daß Bethmann Hollweg eingewilligt habe, „der Tripelentente nach den Ereignissen des vorigen Sommers ein schriftliches Zeugnis darüber auszustellen, daß sie nur friedliche Zwecke verfolgt". Tatsächlich nützte die französische Presse das Communiqué, „worin Deutschland zum erstenmal klar die augenblickliche Gruppierung der Mächte und die Gleichheit der Rechte des Dreiverbandes und des Dreibundes anerkennt", weidlich aus; vgl. den Brief des russischen Geschäftsträgers Sewastopulo an Sasonow vom 16. August 1912. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 218 f.

Kokowzow und Sasonow. Beide machen vortrefflichen und vertrauenerweckenden Eindruck.

Nehme erfreuliche Überzeugung mit, daß Rußland, welche Wendung auch immer der italienisch-türkische Krieg nehmen möge, sich nicht zu einer Politik der Überraschungen und der Unruhe verleiten lassen wird. Auch die Bereitwilligkeit, auf eventuelle kriegerische Velleitäten der kleinen Balkanstaaten bremsend einzuwirken, hat erneuten bestimmten Ausdruck gefunden.

Alles in allem anscheinend ehrlich empfundenes Friedensbedürfnis, welches unser beider Friedenspolitik nur zugute kommen kann, was die Hauptsache!

Herzlichste Grüße!

Dein

Wilhelm

Nr. 11 542

*Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg**

Reinschrift

Baltischport, den 6. Juli 1912

Herr Kokowzow begann seine Unterredung mit einer Betrachtung der äußeren politischen Verhältnisse. Rußlands Stellung zu der türkisch-italienischen Frage** werde vielfach falsch beurteilt. Man werfe Rußland vor, daß es egoistische Interessen beim Austrag der türkisch-italienischen Streitigkeiten zu verfolgen gedenke, einerseits, indem es auf die Türkei in der urmischen Frage*** drücke, andererseits, indem es mit Italien Vereinbarungen getroffen habe, die dessen Stellung gegenüber der Türkei stärkten. Beides sei, wie er mich auf das bündigste versichere, absolut falsch. In die urmische Frage sei Rußland durch die Türkei seinerzeit hineingedrängt worden, und tatsächlich habe sie im vorigen Winter zeitweise akute Formen angenommen. Gegenwärtig sei aber die Situation einigermaßen befriedigend, da die Türken sich mehr und mehr zurückhielten. Mit Italien seien keinerlei besondere Vereinbarungen getroffen. Rußland brauche vor allem Ruhe, um den seit vier Jahren mit günstigem Erfolge schwebenden Konsolidationsprozeß fortzuführen. Deshalb könne Rußland nur wünschen, daß der türkisch-italienische Krieg möglichst

---

* Zu der Darstellung Bethmann Hollwegs vgl. die Erzählung Sasonows in den Briefen an Graf Benckendorff und Iswolsky vom 8. Juli. v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke a. a. O., S. 706 ff; Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 177 ff.

** Vgl. dazu Bd. XXX.

*** Die fortdauernden Grenzstreitigkeiten zwischen der Türkei und Persien hatten mehrfach einen Konflikt mit Rußland herbeizuführen gedroht.

bald, und ohne weitere Komplikationen herbeizuführen, beendet werde. Dabei fühlte sich der russische Ministerpräsident allerdings durch die Vorgänge in der Türkei einigermaßen beunruhigt. Er habe vor einiger Zeit eingehende Gespräche mit einem türkischen Senator arabischer Provenienz geführt. Dieser habe ihm in der bekannten Weise auseinandergesetzt, daß, wenn die Türkei auf die Italien allein möglich erscheinenden Friedensbedingungen einginge, die innere Revolution die notwendige Folge sein müßte. Angesichts dieser türkischen Mentalität und in Rücksicht auf die Festlegung Italiens durch das Annexionsdekret* könne man kaum ein baldiges Ende des Krieges absehen. Dazu komme die anscheinende Spaltung innerhalb des türkischen Komitees und die Unzuverlässigkeit in Armeekreisen, die sich in Albanien gezeigt habe.

Die innere Entwickelung Rußlands beurteilte der Ministerpräsident nüchtern, aber optimistisch. Der Handel gehe gut, die Industrie entwickele sich erfreulich, und man hoffe auf eine gute Ernte. Finanziell sei es ihm möglich gewesen, den starken Anforderungen an den Staatsschatz infolge der vorjährigen schlechten Ernte ohne Schwierigkeiten gerecht zu werden. Man begegne im Auslande überhaupt vielfach der irrigen Ansicht, als sei die Finanzkraft Rußlands durch den japanischen Krieg geschwächt worden. Das sei nicht der Fall. Die allerdings großen Kriegskosten seien doch zum überwiegenden Teile im Lande geblieben. Viel tiefere Wunden hätten die inneren Unruhen, „die sogenannte Revolution", dem Lande geschlagen, aber auch sie seien in der Heilung begriffen. Die Duma habe zwar nicht übergroße praktische Leistungen aufzuweisen, aber man habe mit ihr leben können. Die liberale Oppositionspartei habe im wesentlichen ihre republikanischen Allüren abgelegt. Er sei weit davon entfernt, dies auf einen Gesinnungswechsel der Deputierten selbst zurückzuführen. Da aber das monarchische Gefühl in den großen Massen des Volkes unverändert sei und auch dort, wo es zeitweise Erschütterungen erlitten hätte, wieder erstarke, seien die oppositionellen Deputierten gezwungen, ihre republikanischen Velleitäten zu kaschieren. Die im Auslande wohl herumgehenden Gerüchte, daß Rußland vor neuen inneren Unruhen stehe, halte er für absolut falsch.

Herr Sasonow äußerte sich über die türkisch-italienische Frage in ähnlichem Sinne, nur daß er die Zustände in der Türkei weniger pessimistisch beurteilte. Die Balkanstaaten würden, wie er zuversichtlich hoffe, Ruhe halten. Namentlich dem Könige von Montenegro seien in dieser Beziehung scharfe Vorstellungen gemacht. Über die Frage der ägäischen Inseln wiederholte er, was der Botschafter Graf Pourtalès bereits berichtet hat**. Ich habe ihm erwidert, daß auch

* Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXXXIV.

** Siehe den Bericht Graf Pourtalès' vom 24. Juni 1912 in Bd. XXX, Kap. CCXXXVIII, Nr. 11127.

wir ein lebhaftes Interesse daran hätten, daß nicht ein Dutzend neuer Kretafragen en miniature entstünden. Deshalb teile ich seine Ansicht, daß Vorsorge dahin getroffen werden müsse, daß die Türkei bei der Restitution der Inseln keine Repressalien gegen Griechen und Christen übe. Herr Sasonow meinte, man brauche ja vielleicht nicht von der Türkei Reformen auf den Inseln zu verlangen, aber Europa müsse sich zum mindesten das Versprechen geben lassen, daß von Repressalien abgesehen werden würde. Was das Ruhebedürfnis Rußlands anlangt, so äußerte er sich darüber ebenso bestimmt wie Herr Kokowzow. Auch er stellte jede besondere Vereinbarung mit Italien in Abrede und beklagte sich unter Verweisung auf einen Artikel des „Temps" darüber, daß Rußland in dieser Beziehung selbst von dem alliierten Frankreich falsch beurteilt worden sei. Daß Rußland Italien sympathischer gegenüberstehe als der Türkei, könne schließlich niemand verwundern. Die Mission, die Rußland früher gegenüber den christlichen Balkanstaaten zu erfüllen gehabt habe, sei längst abgeschlossen. Es sei deshalb doppelt undankbar von der Türkei gewesen, den Vorstoß gegen Persien im Urmiagebiet gerade in dem Augenblick in Szene zu setzen, wo Rußland durch den japanischen Krieg geschwächt gewesen sei. Im weiteren Verlauf dieser Sache hätte die Türkei auch bedenken sollen, daß es schließlich Rußland gewesen sei, das nach der bosnisch-herzegowinischen Annexion für die friedliche Auseinandersetzung Bulgariens mit der Türkei bedeutende finanzielle Opfer gebracht habe*.

Trotz alledem denke Rußland nicht daran, die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Türkei zu seinen Gunsten auszubeuten. Von einer Konferenz zum Zwecke der Beendigung des Krieges halte er nichts. Sie werde einen Haufen unlösbarer Fragen aufrühren, die mit dem Kriege nicht zusammenhingen, und das Endergebnis würde wahrscheinlich ein neuer Krieg sein.

Ich habe dieser Auffassung durchaus zugestimmt und dabei dem Minister meinen Dank dafür ausgesprochen, daß er durch seinen Vermittelungsversuch**, wenn dieser auch bisher noch zu keinem greifbaren Ergebnis geführt habe, doch einen sehr nützlichen Gedankenaustausch zwischen der Gesamtheit der Großmächte veranlaßt habe, der für spätere Verhandlungen eine Basis bilden könne. Es sei von ausschlaggebender Bedeutung, daß sich Europa bei etwaigen weiteren Vermittelungsversuchen nicht in zwei von gegenseitiger Eifersucht beherrschte Lager trenne***. Herr Sasonow stimmte diesem Gedanken lebhaft zu. Die Meerengenfrage wurde von ihm mit keinem Wort berührt.

---

* Vgl. dazu Bd. XXVI, Kap. CCII.
** Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXXXVII.
*** Das gerade war die Tendenz Poincarés. Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXXXIX, Nr. 11 136, S. 426, Fußnote.

Mit ganz besonderer Wärme gedachte der russische Minister der Potsdamer Entrevue. „Seit Potsdam ist es anders in der Welt geworden. Die Mißverständnisse, die sich zeitweise zwischen uns eingeschlichen hatten, sind beseitigt und durch gegenseitiges Vertrauen ersetzt. Und wenn Rußland und Deutschland gut miteinander stehen, kann nichts in der Welt passieren." Die Folgen von Potsdam würden von allen Großmächten verspürt, auch, wie Herr Sasonow mit besonderer Betonung hinzusetzte, von Frankreich. Deshalb begrüße er auch die gegenwärtige Entrevue mit besonderer Freude. Zu bedauern sei es nur, daß sie nicht in Peterhof stattfinde, wo abgesehen von allem anderen auch der äußere Verkehr zwischen den allerhöchsten Herren viel bequemer gewesen sein würde. Diese Entrevuen sollten nach seinem Wunsch zu einem regelmäßigen Inventarstück der deutsch-russischen Beziehungen gemacht und mindestens alle zwei Jahre wiederholt werden. Davon würde die ganze Welt profitieren.

Ich habe diese Äußerungen Sasonows warm und lebhaft erwidert und dabei dankbar der Haltung gedacht, die Rußland im vorigen Jahre während der Marokkokrise eingenommen und die ersichtlich kalmierend auf Frankreich gewirkt habe*. Im Anschluß daran habe ich ausgeführt, daß es ein falscher, namentlich in England kursierender Vorwurf gegen Deutschland sei, als wollten wir uns in die Ententeverhältnisse einmischen. Nichts liege uns ferner. Aber ich sähe nicht ein, weshalb Deutschland keine freundlichen Beziehungen zu den Ententemächten sollte unterhalten können. Ein Beweis für meine Ansicht sei unser gegenwärtiges freundliches und auf gegenseitiges Vertrauen gegründetes Verhältnis zu Rußland. Diesen Grundgedanken hätte ich auch Lord Haldane entwickelt im Gegensatz zu der englischen Besorgnis, daß wir die britisch-gallische Freundschaft stören wollten. Ich sei überzeugt, daß wir auch mit England zu einem gegenseitigen Vertrauensverhältnis gelangen würden, da keine zwingenden Interessenkonflikte entgegenständen. Der russische Minister begrüßte diese Mitteilungen dankbar. Die Welt habe sich daran gewöhnt, daß Deutschland ein starkes Reich mit einer starken Landarmee sei. England werde sich nun auch daran gewöhnen müssen, daß Deutschland neben seinem starken Landheer eine starke Flotte gebrauche.

Am Schlusse unseres Gesprächs über den türkisch-italienischen Krieg fragte mich der russische Minister: „Und wie sieht es in Österreich aus?" Ich habe erwidert, ich sei fest davon überzeugt, daß Österreich keinerlei aggressive Pläne auf dem Balkan verfolge und am Status quo festhalte. — „Also steht es noch ebenso wie in Potsdam, kein Encouragement Österreichs?" Ich habe erwidert, daß sich in der Haltung Österreichs nach meiner Überzeugung seit Potsdam nichts

* Vgl. dazu Bd. XXIX.

geändert habe, und daß wir ebensowenig wie damals Österreich zu einer unruhigen Balkanpolitik encouragierten, die ohnehin nicht auf seinem Programm stehe.

Für die Lebzeiten Kaiser Franz Josephs, meinte Herr Sasonow, sei er unbesorgt. Im Hinblick auf den Thronfolger äußere man Besorgnisse, die er aber persönlich eigentlich nicht teile. Der Erzherzog Franz Ferdinand werde sich seine Stellung und namentlich seine Stellung in Ungarn erst schaffen müssen. Dabei werde er keine waghalsige Politik treiben können. Ich habe Herrn Sasonow in dem ruhigen Urteil auch für die Regierungszeit Franz Ferdinands bestärkt.

Bei dieser Gelegenheit äußerte der russische Minister noch, daß sich die Beziehungen zwischen Petersburg und Wien wesentlich gebessert hätten, wobei er den Grafen Berchtold nachdrücklich lobte.

Mit Herrn Sverwejew* würden wir, wie er hoffe, zufrieden sein. Er sei ein absolut zuverlässiger und loyaler Mann. In erster Linie sei Kokowzow sein Kandidat gewesen, aber der Zar habe sich nicht von diesem trennen wollen.

Mit Seiner Majestät dem Zaren habe ich zweimal politische Gespräche gehabt. Er versicherte mich wiederholt seiner aufrichtigen Freude über die Begegnung mit unserem Kaiser. Wie er das bereits in Potsdam gesagt habe, sei es sein dringender Wunsch, regelmäßig etwa alle anderthalb Jahre mit dem Kaiser zusammenzutreffen. Die guten und freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland seien bestimmend für die Weltpolitik und könnten auf die Gesamtheit der Großmächte nur beruhigend wirken. Dabei spielte der Zar in nicht mißzuverstehender Weise auf Frankreich an. In die Details der türkisch-italienischen Frage ging er nicht ein, äußerte sich aber im Grundton ebenso wie Sasonow. Für die Herstellung guter Beziehungen zwischen uns und England zeigte er sich interessiert.

Als ich ihm von meinen Unterredungen mit Sasonow sprach, fragte er mich, wie ich mit diesem zufrieden sei, und nahm meine dankende Antwort über die vertrauensvollen Beziehungen, welche ich mit seinem Minister unterhalte, und über die günstige seit Potsdam eingetretene Wendung mit sichtlicher Befriedigung entgegen.

Der gesamte Ton, in dem der Zar mit mir verkehrt hat, trug den Charakter der Offenheit und des Zutrauens.

Am 5. hatte der Zar Herrn Sasonow den Auftrag gegeben, mit mir darüber zu sprechen, ob nicht der günstige Verlauf der Entrevue

---

* Der bisherige russische Gesandte in Athen Sverwejew war zum Nachfolger des Botschafters in Berlin Grafen Osten-Sacken ausersehen. Der Wechsel erfolgte Ende August.

dadurch vervollständigt werden könnte, daß wir gegenseitig unsere beiden Spione* freigäben. Graf Pourtalès, an den sich Sasonow zunächst wandte, hat diesem auseinandergesetzt, daß das Verfahren gegen Kostjewitsch nicht mehr in den Händen der Administrationsbehörden, sondern bei den Gerichten ruhe, und daß nach Lage der Gesetzgebung auch Seine Majestät nicht die Befugnis habe, das Verfahren einstellen zu lassen. Sasonow zeigte hierfür volles Verständnis, regte aber bei mir an, ob ich nicht dem Zaren darüber persönlich Vortrag halten wolle. Ich genieße das vollste Vertrauen des Zaren und werde deshalb eine größere Wirkung haben, wenn ich selbst mit ihm von der Sache spräche. Ich habe das getan und dabei dem Zaren vorgetragen, daß ich unmittelbar vor meiner Abreise mit den zuständigen Instanzen eingehend erwogen hätte, ob sich noch das Verfahren gegen Kostjewitsch niederschlagen ließe. Ohne den Boden des Gesetzes zu verlassen, sei das nicht möglich, die Vornahme einer ungesetzlichen Handlung könne ich aber Seiner Majestät meinem allergnädigsten Herrn nicht vorschlagen. Dagegen würde ich, falls es zu einer Verurteilung kommen sollte, Seiner Majestät die Begnadigung vorschlagen.

Der Zar nahm meinen Vortrag durchaus gnädig auf und sagte, er begreife vollkommen, daß ich nicht anders handeln könne.

Herrn Sasonow habe ich danach meine Erwartung ausgesprochen, daß eine demnächstige Begnadigung Kostjewitschs russischerseits mit der Begnadigung des Leutnants Dahm beantwortet werden würde. Ohne eine absolute bindende Zusage zu geben, versprach Sasonow, entsprechend zu handeln.

Der Zar hat mir zweimal ausgesprochen, er habe den Bulgaren, den Serben und den Montenegriner nachdrücklichst zur Ruhe ermahnt. Er lobte dabei den Serben als einen verständigen Mann.

v. Bethmann Hollweg

---

* Es handelte sich russischerseits um einen im Juni in Berlin verhafteten Gardeartilleriehauptmann Kostjewitsch, deutscherseits um einen wenige Tage darauf in Alexandrowno verhafteten Leutnant Dahm vom Niedersächsischen Feldartillerieregiment Nr. 46, der in militärischen Angelegenheiten nach Rußland abkommandiert war. Vgl. dazu den Bericht des belgischen Gesandten in Berlin Baron Beyens vom 4. Juli 1912, in dem es über die Rückwirkung der Affäre Kostjewitsch auf die öffentliche Meinung in Rußland und Deutschland heißt: „L'opinion publique a gardé ici tout son sang-froid dans l'affaire d'espionnage où est impliqué actuellement le colonel Kostewitch: mais les journaux de tous les partis ont souligné l'explosion de germanophobie qui s'est produite dans la presse russe à la nouvelle de l'arrestation de cet officier, et dont les principaux organes anglais et français se sont faits complaisamment l'écho." Zur Europäischen Politik, ed. B. Schwertfeger, IV, 70.

Nr. 11 543

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 235 Paris, den 4. Juli 1912
[pr. 6. Juli]

Die französische Presse hat seit jeher die Gepflogenheit, die Begegnungen Seiner Majestät des Kaisers und Königs mit ausländischen Souveränen mit unverhohlenem Argwohn zu betrachten[1]. Aber kaum jemals ist dieses Mißtrauen so stark zutage getreten, wie anläßlich der jetzigen Zusammenkunft Seiner Majestät mit dem Kaiser Nikolaus. Zum Teil hat hierzu die Erinnerung an die Potsdamer Besprechungen sowie die namentlich durch den Zwischenfall Louis-Sasonow-Iswolsky* verursachte Empfindung beigetragen, daß die französisch-russischen Beziehungen in der letzten Zeit denn doch einigermaßen an Herzlichkeit eingebüßt haben[2 3].

Man hat sich hier deshalb seit Wochen bemüht, die Bedeutung der Begegnung von Baltischport abzuschwächen. Zunächst wurde das Gerücht verbreitet, daß die leitenden Minister der beiden Mächte der Zusammenkunft fernbleiben werden — dann wurde, als diese Meldung sich als unrichtig erwies, unter Entfaltung eines ungewöhnlich großen Preßlärms die Verhaftung des Hauptmanns Kostjewitsch** dazu benutzt, um die Franzosen glauben zu machen, daß dieser Zwischenfall den freundschaftlichen Charakter der Entrevue notgedrungen stark beeinträchtigen müsse. Als auch diese Hoffnung sich als trügerisch zu erweisen schien, versuchte man, die Pariser Reise des Generals Shilinsky und des Admirals Fürsten Lieven*** als eine bedeutsame und wohlüberlegte Kundgebung hinzustellen, die für die Deutschen einen nachdrücklichen Wink bilden soll, daß sie

---

* Der Zwischenfall war durch den schließlich von Erfolg gekrönten Versuch Iswolskys entstanden, die Abberufung des französischen Botschafters Louis von Petersburg zu erreichen. Vgl. dazu Kap. CCXLVIII, Nr. 11 565 und Ernest Judet, George Louis, p. 27 ss.

** Vgl. Nr. 11 542.

*** Die gleichzeitige Reise der beiden russischen Generalstabschefs für Armee und Marine General Shilinsky und Vizeadmiral Fürst Lieven nach Paris hatte nicht nur einen demonstrativen Zweck im Hinblick auf die Entrevue von Baltischport, sondern vor allem den realen Zweck, die vertragsmäßigen militärischen Bande zwischen Rußland und Frankreich noch zu verstärken. Während der Anwesenheit der beiden Generalstabschefs in Paris kam dort das Protokoll der Generalstabschefs von Frankreich und Rußland vom 14. Juli (siehe den Text in Un Livre Noir II, 425 ss.; Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 181 ff.) und die Marinekonvention vom 16. Juli (siehe den Text im Französischen Gelbbuch: L'Alliance Franco-Russe [1918], p. 210 s.) zustande. Vgl. auch Kap. CCXLVIII, Nr. 11 579 ff.

an die Zusammenkunft am Baltischport ja nicht die geringste Hoffnung auf eine Erschütterung des französisch-russischen Bündnisses knüpfen möchten.

In demselben Sinne wurde aus verschiedenen aus Petersburg lancierten oder mindestens datierten Meldungen Kapital geschlagen. So wurde versichert, daß die französische Regierung über die Besprechungen von Baltischport genau auf dem laufenden erhalten werden solle*. Dann wurde die lebhafteste Genugtuung über die „ungewöhnlich lange" Audienz des Herrn Louis beim Zaren und die Unterredungen des französischen Botschafters mit Sasonow und Kokowzow „am Vorabend vor deren Abreise" zur Schau getragen. Schließlich wurde angedeutet, daß die für Anfang August anberaumte Petersburger „Mission" des Ministerpräsidenten Poincaré** die günstigsten und nachhaltigsten Folgen für die Betätigung der französisch-russischen Allianz haben werde[4].

All das hat vielleicht eine gewisse beschwichtigende Wirkung ausgeübt[5], aber der einmal wachgerufene Argwohn ist keineswegs vollständig geschwunden. So schreibt ein „Diplomat" im heutigen „Gaulois": Alles in allem genommen hat Frankreich keinen Grund zum „Alarm", aber doch mancherlei Gründe, um recht aufmerksam zu sein. Es ist durchaus erklärlich, daß die Minister der beiden Mächte der Entrevue beiwohnen, und die französische Diplomatie hätte besser

---

* Das war in der Tat der Fall. Schon einen vollen Monat vor der Entrevue ließ Sasonow durch Iswolsky an Poincaré sagen, daß „die Bande, die uns an Frankreich binden, zu fest sind, als daß es noch nötig wäre, darauf hinzuweisen, daß die französische Regierung oder die öffentliche Meinung die geringste Beunruhigung anläßlich dieses Ereignisses empfinden könne". Ebenso erhielt Graf Benckendorff Auftrag, Sir E. Grey zu erklären, daß die Zusammenkunft natürlich keine Besorgnis in England hervorzurufen brauche, „da wir die in den letzten Jahren mit dem Londoner Kabinett hergestellten herzlichen Beziehungen weiterzuführen fest entschlossen sind." Über den Verlauf der Zusammenkunft richtete Sasonow schon am 7. bzw. 8. ausführliche Mitteilungen nach London und Paris. Am 18. Juli sandte darauf Iswolsky einen Brief an Sasonow, wonach die französische Regierung sich davon überzeugt hielt, daß die genannte Zusammenkunft die Garantien der Erhaltung des europäischen Friedens erhöht und gleichzeitig die Beziehungen der Mächte zueinander in keiner Weise verändert habe: „Im allgemeinen habe ich den Eindruck, daß dank den rechtzeitigen Erklärungen, die dem französischen Botschafter in Petersburg und durch meine Vermittlung Poincaré gegeben worden sind, die von den französischen Ministern im Anfang gezeigte Nervosität und ihr Mißtrauen vollständig beseitigt sind, und daß wir die Wiederholung jener Mißverständnisse nicht zu befürchten brauchen, die sich nach der Potsdamer Zusammenkunft fühlbar gemacht hatten." v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 704 ff.; Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 132 f., 177 ff., 188 ff. Unter diesen Umständen konnte sich Sir E. Grey in seiner Unterhausrede vom 10. Juli höchst beruhigt über Baltischport aussprechen: „Nichts, was gelegentlich solcher Zusammenkünfte wie der letzten stattfindet, bringt uns Nachteile."

** Vgl. dazu Kap. CCXLVIII.

daran getan, wenn sie sich enthalten hätte, das gegenteilige Gerücht zu verbreiten[6]. „C'est ainsi qu'on se donne gratuitement l'apparence d'un échec alors qu'en réalité cet échec n'existe pas."

Und „Paris-Journal" schreibt: Man sagt, daß die beiden Souveräne keine politischen Erklärungen abgeben werden. Das muß uns nur noch mehr beunruhigen. Man hat auch, als wäre es eine Siegesnachricht, darauf hingewiesen, daß Rußland gerade jetzt seine zwei Generalstabschefs zu uns gesandt hat. „Ah! le bon billet!"

v. Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das böse Gewissen
[2] ja
[6] allerdings
Schlußbemerkung des Kaisers:
Nach Russ[ischem] Programm: Frankreich soll eben Russland weiter Milliarden Pumpen, aber uns zufrieden lassen. Das paßt uns sehr!
Randbemerkungen von Kiderlens auf einer Abschrift:
[3] War es da nötig, daß wir die Franzosen mit einem Kompliment für die Tripelentente beruhigten?!
[4] toujours les Russes aidant und wir hinterdrein
[5] zu der wir unser Möglichstes beitrugen

Nr. 11 544

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Petersburg

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 15 Berlin, den 8. Juli 1912

Herr von Mutius* meldet:

„Assim Bey wäre im Interesse der deutsch-türkischen Beziehungen dankbar, wenn er, um dem hier herrschenden Mißtrauen begegnen zu können, bei den im Laufe dieser Woche stattfindenden Budgetberatungen beruhigende Erklärungen über den Verlauf der Kaiserbegegnung abgeben könnte."

Entsprechend Vorgang nach Entrevue Potsdam** dürfte sich Mitteilung an Pforte empfehlen, daß in Baltischport von neuem das gleichmäßige Interesse Deutschlands und Rußlands an Aufrechterhaltung des Status quo am Balkan und überhaupt im nahen Orient konstatiert worden ist. Beide Mächte sind demgemäß nach wie vor darin einig, auf keinen Fall eine Politik zu unterstützen, welche auf Störung jenes Status quo gerichtet ist. Im übrigen werden

* Geschäftsträger in Konstantinopel.
** Vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCXVIII.

sie in Gemeinschaft mit den anderen Großmächten ihre Bemühungen fortsetzen, tunlichst zu baldiger Lösung des türkisch-italienischen Konflikts in einem Sinne beizutragen, welcher unter voller Wahrung der bisher von ihnen beobachteten Neutralität der Würde und den Interessen der Kriegführenden Rechnung trägt.

Stelle zur Erwägung, ob sich nicht empfehlen möchte, den Wortlaut der in Konstantinopel abzugebenden Erklärung unter Hinweis auf die uns bekanntgewordene Unruhe der Pforte durch vertrauensvolle Aussprache mit Herrn Sasonow festzustellen.

Geneigte Drahtinstruktion erbeten.

Zimmermann

Nr. 11 545

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Petersburg, an das Auswärtige Amt

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Mirbach-Harff

St. Petersburg, den 8. Juli 1912
[aufgegeben am 9. Juli]

Antwort auf Telegramm Nr. 15*.

Unsere Politik bekanntlich von jeher auf Aufrechterhaltung Status quo auf dem Balkan gerichtet. Hieran hat Baltischport selbstverständlich nichts geändert. Aus meinen Unterredungen mit Kaiser Nikolaus und seinen Ministern habe ich bestimmte Überzeugung gewonnen, daß auch Rußlands Orientpolitik auf jenes Ziel gerichtet bleibt.

Es muß Assim Bey anheimgestellt bleiben, sich von den leitenden Grundsätzen der russischen Politik durch entsprechende Anfrage an russischen Stellen zu überzeugen.

Abgabe einer Erklärung im Namen zweier Mächte, wie Geschäftsträger Konstantinopel anregt, nicht angängig. Möglichkeit einer Fühlungsnahme mit Herrn Sasonow überdies deswegen fortfallend, weil Minister heute abend in Urlaub gereist**.

v. Bethmann Hollweg

---

* Siehe Nr. 11544.

** Das Telegramm Bethmann Hollwegs wurde noch am gleichen Tage nach Konstantinopel mitgeteilt. Am 11. Juli telegraphierte der Stellvertreter Kiderlens Zimmermann darüber an den noch in Rußland weilenden Reichskanzler (Nr. 20): „Assim Bey ist im Sinne Euerer Exzellenz Weisung über den Verlauf der Entrevue Baltischport verständigt worden. Er erwiderte dem Geschäftsträger, daß ihm von Rußland das gleiche versichert, und bat um Auskunft, ob und wie Friedensfrage in Baltischport erörtert wäre. Ich habe dem Geschäftsträger darauf folgendes zu mündlicher Verwertung gegenüber Assim Bey mitgeteilt: ‚Der Wunsch nach baldigem Frieden trat bei den Besprechungen in Baltischport lebhaft zutage. Man war indes einig, daß ein neuer Vermittlungsversuch der Mächte mit Rücksicht auf entgegengesetzten Standpunkt der Kriegführenden zurzeit nicht in Frage kommen könne.‘ “

Nr. 11 546

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Petersburg, an das Auswärtige Amt

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Mirbach-Harff

St. Petersburg, den 8. Juli 1912
[aufgegeben am 9. Juli]

Die durch Wolff veröffentlichte „Information“* ist ein vollständiger und unverfälschter Niederschlag des Ergebnisses der Entrevue.

Bitte durch Botschaft Wien entsprechende Informierung österreich-ungarischer Regierung herbeizuführen**.

Zu dortiger Information. Entrevue ist herzlicher verlaufen als alle früheren.

Auch hier Kokowzow, Sasonow und deren sämtliche Ministerkollegen sichtlich bemüht, erfreuliche Eindrücke von Baltischport womöglich noch zu verstärken***.

v. Bethmann Hollweg

---

* Siehe Nr. 11 540.

** Es geschah durch Telegramm Nr. 69 nach Wien vom 9. Juli.

*** Immerhin hielt es Sasonow nicht für nötig, so lange in Petersburg zu verweilen, als der Besuch des Reichskanzlers dauerte, was in Paris sehr vermerkt wurde. Vgl. dazu Kap. CCXLVIII, Nr. 11 590. In einem Briefe an den preußischen Gesandten in Karlsruhe von Eisendecher, d. d. Hohenfinow, 22. Juli 1912, äußerte sich Reichskanzler von Bethmann Hollweg über seinen Aufenthalt in Rußland: „Meine leider nur zu kurze Reise in Rußland war voll an schönen und großen Eindrücken und hat mich von manchen schiefen Urteilen geheilt, die unsere leichtfertige Journalistik schließlich auch in mir hervorgerufen hatte. Der Reichtum an Bodenschätzen und an derber physischer Menschenkraft sind Faktoren, die gerade wir unter dem Einflusse unserer verweichlichenden Kulturfortschritte zwar nicht fürchten, aber auch nicht unterschätzen sollten. Das Zusammensein der beiden Kaiser war durchaus harmonisch, und mit Kokowzow und Sasonow glaube ich vertrauensvolle und freundschaftliche Beziehungen angeknüpft zu haben. Die maßgebenden russischen Staatsmänner wünschen vor allem Ruhe für Rußland und deshalb, nicht etwa, weil sie in uns verliebt wären, möglichst freundschaftliche Beziehungen zu uns. So schätze ich das Ergebnis der Entrevue durchaus nicht illusionistisch ein. Aber vor drei Jahren war der Draht zwischen Berlin und Petersburg abgerissen, und Petersburg legte keinen Wert darauf, ihn wieder anzuknüpfen. Im Vergleich dazu sind die heutigen Zustände doch ein großer Fortschritt, zumal weil sie gleichzeitig kalmierend auf Frankreich wirken.“

Nr. 11 547

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 197 Wien, den 10. Juli 1912

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 69 vom 9. Juli*.

Ich habe dem Grafen Berchtold entsprechende Mitteilung gemacht. Der Minister bat mich, Euerer Exzellenz noch besonders für diese Benachrichtigung zu danken. Er sprach seine Freude darüber aus, daß Seine Majestät, mein allergnädigster Herr, sofort seinem Kaiser allerhöchst persönlich über den Verlauf der Entrevue telegraphiert habe**, und äußerte in offener und rückhaltloser Weise seine Befriedigung über den Besuch Seiner Majestät in Rußland. Besonders wertvoll für Österreich sei, daß Kaiser Nikolaus erneut seine Bereitwilligkeit ausgesprochen habe, auf die kleinen Balkanstaaten bremsend einzuwirken.

Tschirschky

Nr. 11 548

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 224 St. Petersburg, den 19. Juli 1912

Euere Exzellenz wollen mir gestatten, mit einigen Worten auf die Monarchenbegegnung in Baltischport zurückzukommen und die von mir während und nach derselben gewonnenen Eindrücke kurz wiederzugeben.

Da ich schon mehreren Zusammenkünften zwischen unserem allergnädigsten Herrn und Seiner Majestät dem Kaiser Nikolaus bzw. seinem Herrn Vater beizuwohnen die Ehre hatte, bin ich in der Lage, einen Vergleich zwischen diesen Begegnungen zu ziehen. Ohne Übertreibung glaube ich versichern zu können, daß die letzte Zusammenkunft einen ganz besonderen herzlichen Charakter trug. Die Stimmung bei den russischen Staatsmännern, mit denen ich während der Tage von Baltischport unausgesetzt im engsten Verkehr stand, war von Anfang bis zu Ende eine ausgezeichnete. Ihre Wärme steigerte sich von Stunde zu Stunde. Auch das Gefolge Seiner Majestät des Kaisers

* Vgl. Nr. 11546, Fußnote **.
** Vgl. Nr. 11541.

von Rußland fand ich herzlicher als bei früheren ähnlichen Gelegenheiten.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sowohl Kaiser Nikolaus als seine Minister Kokowzow und Sasonow zurzeit von dem ernsten Wunsche beseelt sind, mit Deutschland gute Beziehungen zu unterhalten. Herr Sasonow hat vom Beginn seiner Amtsführung an durch die Tat bewiesen, daß er die Vernachlässigung der Beziehungen zu Deutschland als einen schweren Fehler seines Vorgängers erkannt hat. Er ist in dem Bestreben, diesen Fehler wieder gut zu machen, weiter gegangen, als es dem französischen Bundesgenossen angenehm war, und hat seit der Potsdamer Entrevue manchen Vorwurf von den Ufern der Seine her zu hören bekommen. Herrn Kokowzow liegt das Wohl Rußlands auf wirtschaftlichem Gebiete zu sehr am Herzen, als daß er nicht Verständnis für den Wert eines guten Verhältnisses zu dem westlichen Nachbarn im Interesse der friedlichen Entwickelung Rußlands haben sollte.

Ich bin weit davon entfernt, die Bedeutung des von russischer Seite gegenwärtig gezeigten Annäherungsbedürfnisses zu überschätzen. Der Hauptgrund liegt zweifellos darin, daß die gegenwärtigen Leiter der russischen Politik für Rußland eine längere Zeit der Ruhe für nötig halten, um die Wunden, welche der japanische Krieg und die Revolution geschlagen haben, heilen zu lassen. Sowohl Herr Kokowzow wie Herr Sasonow sind nüchterne Politiker, welche für den Augenblick nur die Erstarkung Rußlands im Auge haben. Sie dürften sich durch panslawistische Velleitäten so leicht nicht von der Bahn abdrängen lassen, die sie zur Erreichung ihrer Ziele als die richtige erkannt haben. Beide Minister erfreuen sich aber des unbedingten Vertrauens ihres kaiserlichen Herrn. Für die Stellung, die Herr Kokowzow beim Zaren genießt, spricht die bestimmte Ablehnung seines Wunsches, den Berliner Botschafterposten zu erhalten, mit der Motivierung, daß der Zar auf seine Dienste in seiner jetzigen Stellung nicht verzichten könne. Aber auch das Vertrauen, welches Kaiser Nikolaus in seinen Minister des Äußern setzt, scheint ein großes zu sein. So ist es zum Beispiel Herrn Sasonow ohne Mühe gelungen, für den Berliner Posten seinen Kandidaten durchzusetzen, obwohl mehrere andere zum Teil von sehr einflußreicher Seite unterstützte Bewerber um diesen Posten vorhanden waren. Man ist unter diesen Umständen zu der Hoffnung berechtigt, daß für die nächsten Jahre eine Änderung des neuerdings von der russischen auswärtigen Politik eingeschlagenen Kurses nicht zu erwarten ist.

Wenn nun der zurzeit hier bestehende Wunsch, mit uns gute Beziehungen zu pflegen, in Baltischport deutlich zum Ausdruck gelangte, so hat das auf deutscher Seite diesem Wunsche gegenüber gezeigte Entgegenkommen hier augenscheinlich sehr angenehm berührt. Daß das äußerst gnädige Verhalten unseres allergnädigsten Herrn gegenüber

den russischen Ministern und dem Gefolge des Zaren auf russischer Seite einen vorzüglichen Eindruck gemacht hat, konnte ich nicht allein aus Äußerungen erkennen, die mir gegenüber gemacht wurden, ich hatte vielmehr wiederholt Gelegenheit festzustellen, daß sich Minister, hohe Militärs und Hofbeamte auch im Kreise ihrer Landsleute mit großer Bewunderung über die Persönlichkeit unseres allergnädigsten Herrn und s e h r erfreut über den Verlauf der Entrevue ausgesprochen haben. Herr Kokowzow und Herr Sasonow betonten beide wiederholt ihre große Befriedigung über die langen interessanten Unterredungen, die sie mit Seiner Majestät dem Kaiser und Könige gehabt haben.

Auch die Aussprache mit Euerer Exzellenz über alle gegenwärtig schwebenden Fragen hat bei den russischen Staatsmännern die besten Eindrücke hinterlassen. Sie heben mit Genugtuung hervor, daß in allen Fragen eine vollständige Übereinstimmung der Ansichten zutage getreten sei*. Herr Sasonow äußerte mir gegenüber, es habe ihn besonders gefreut, aus dem Munde Euerer Exzellenz von neuem die Versicherung zu erhalten, daß Deutschland „weitere Expansionsgelüste" Österreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel nicht zu fördern beabsichtige. Diese Bemerkung läßt erkennen, wie tief hier das Mißtrauen gegen die österreichisch-ungarische Politik auch heute noch gewurzelt ist.

Abgesehen von der Übereinstimmung der Ansichten auf den ver-

---

* Nach Sasonows Relation über Baltischport (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 179f.) hätte sich doch eine Verschiedenheit der Auffassung bezüglich der Frage der chinesischen Anleihe ergeben. „Diese Verschiedenheit ergibt sich naturgemäß aus der Verschiedenheit der Ausgangspunkte, die unser Verhalten dem fraglichen Gegenstande gegenüber bedingt. Deutschland, das in China in erster Linie einen umfangreichen Markt für den Absatz seiner Waren sieht, ist augenscheinlich daran interessiert, die Kaufkraft dieses Marktes aufrechtzuerhalten, und befürchtet die Möglichkeit des Zerfalles von China mit den damit wahrscheinlich verbundenen Folgen einer solchen Wendung der Dinge. Im Zusammenhang damit wünscht man in Berlin die baldigste Verwirklichung einer großen Anleihe, die es China ermöglichen würde, einen Ausweg aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten zu finden. Im Gegensatz dazu kann Rußland in seiner Eigenschaft als angrenzender Staat mit einer ungenügend geschützten langen Grenze die Stärkung seines Nachbarn nicht wünschen und könnte dem Scheitern der beabsichtigten chinesischen Anleihe gegenüber sich ruhig verhalten, ja sogar gegenüber dem erwähnten Zerfall des gegenwärtigen China. Dieses habe ich Kaiser Wilhelm und H. von Bethmann eingehend erklärt." Auch gegenüber dem Grafen von Pourtalès hat sich Sasonow laut eines Berichts des Botschafters vom 19. Juli (Nr. 223) im gleichen Sinne geäußert: „Wenn Seine Majestät der Ansicht sei, daß Europa ein Interesse an der Erstarkung Chinas habe, so könne er dieser Ansicht nur mit sehr erheblichen Vorbehalten zustimmen. Vor allem könne er nicht wünschen, daß China militärisch mächtig werde, denn man dürfe nicht vergessen, daß eine starke chinesische Armee für Rußland eine nicht zu unterschätzende Gefahr bedeuten würde." Vgl. dazu Bd. XXXII.

schiedensten Gebieten der Politik dürfte zu dem erfreulichen Ergebnisse des gepflogenen Gedankenaustausches auch der Umstand wesentlich beigetragen haben, daß keine Veranlassung zu irgendwelchen Verhandlungen vorlag und daher keiner der beiden Teile von dem anderen etwas wollte. So ist denn auch das offiziöse Communiqué über den Verlauf und die Ergebnisse der Begegnung, im Gegensatz zu den Veröffentlichungen über die Potsdamer Zusammenkunft, hier allgemein gut aufgenommen worden und hat zweifellos sehr dazu beigetragen, die Stimmung der hiesigen Presse, die während der Tage der Zusammenkunft selbst beinahe ausnahmslos einen sympathischen, zum Teil sogar einen warmen Ton anschlug, bis jetzt freundlich zu erhalten. Es verdient dies um so mehr hervorgehoben zu werden, als bei früheren ähnlichen Anlässen, zum Beispiel bei der Entrevue auf der Standartreede im Jahre 1909* die Haltung der russischen Presse eine sehr kühle war.

Daß Rußland und Deutschland nichts anderes voneinander wollen als diejenigen Bedingungen, welche für ein nachbarliches Verhältnis unerläßlich sind, daß aber beide Reiche aus mancherlei Gesichtspunkten ein Interesse daran haben, in Frieden und Freundschaft nebeneinander zu leben, beginnt selbst die uns im allgemeinen feindlich gesinnte hiesige öffentliche Meinung einzusehen. Auf Sympathien können wir hier nicht rechnen, diese haben auch in der Zeit der intimen politischen Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland gefehlt. Wohl aber ist es denkbar, daß mit der Zeit das Verständnis für die Vorteile guter Beziehungen mit Deutschland in weitere russische Kreise dringt. Von den jetzt am Ruder befindlichen russischen Staatsmännern dürfen wir hoffen, daß sie von dieser Erkenntnis ausgehend auch weiterhin die Freundschaft mit Deutschland auf der Basis der gemeinsamen Interessen pflegen werden. Man wird allerdings nicht vergessen dürfen, daß ein nüchterner politischer Blick, wie er die Herren Kokowzow und Sasonow auszeichnet, eine dem russischen Charakter im Grunde fremde Eigenschaft ist. Der Kurs der russischen auswärtigen Politik hängt aber sehr wesentlich von den leitenden Persönlichkeiten ab, und die Namen Gortschakow und Iswolsky erinnern an Zeiten, in denen gewisse politische Schlagworte und tönende Phrasen den größten Einfluß auf die russische Politik übten. Daß sich jetzt Gelegenheit zu einem eingehenden und intimen Gedankenaustausch Euerer Exzellenz mit den Herren Kokowzow und Sasonow geboten hat, scheint mir für die deutsch-russischen Beziehungen von großem Nutzen.

Neben dem hohen Wert, welcher vor allem der durch persönliche Begegnungen ermöglichten Pflege der freundschaftlichen Beziehungen

---

* Vgl. dazu Bd. XXVI, Kap. CCVI.

zwischen beiden erlauchten Monarchen innewohnt, möchte ich die Hauptbedeutung der Entrevue in Baltischport darin erblicken, daß sich ein persönliches vertrauensvolles Verhältnis zwischen Euerer Exzellenz und den russischen Staatsmännern angebahnt hat.

Das erfreuliche Ergebnis der jüngsten Monarchenbegegnung konnte nicht besser zum Ausdruck gelangen als in dem von Herrn Sasonow wiederholt geäußerten Wunsche, daß solche Begegnungen sich mindestens alle zwei Jahre wiederholen möchten.

F. Pourtalès

Kapitel CCXLVIII

Die Befestigung der Tripelentente
Englisch-Französische „Naval-Conversation“
Russisch-Französische Marinekonventionen
November 1911 bis Oktober 1912

Nr. 11 549

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 885 London, den 20. November 1911

In der „Morning Post" vom 16. d. Mts. wurde eine Folge von acht Artikeln zum Abschluß gebracht, die unter dem Titel „Die Handschrift an der Wand" eine an das englische Volk gerichtete Mahnung darstellen, sich für den bevorstehenden entscheidenden Kampf mit Deutschland zu rüsten. Als Autor gilt der bekannte Publizist Spenser Wilkinson.

Der anonyme Verfasser geht davon aus, daß dieser Kampf unvermeidlich sei. Das junge, an Bevölkerungszahl und Reichtum stetig zunehmende Deutschland müsse kurz über lang das ihm zu eng gewordene Kleid territorialer Ausdehnung zerreißen, um seinem natürlichen Expansionsdrange zu folgen. Das deutsche Volk werde geleitet von dem Glauben an seine Zukunft und von der Überzeugung, Anspruch zu haben auf die Vormachtstellung in Europa und auf ein Kolonialreich über See. Beseelt von sehr ehrgeizigen Ideen, geführt von einer straffen autokratischen Regierung und im Besitze einer vorzüglichen militärischen Organisation bilde diese kompakte Masse von 75 Millionen Deutschen im Herzen von Europa eine ungeheure Gefahr für das Gleichgewicht der Mächte.

Die Mündungen des Rheines und der Schelde müßten ihrer wirtschaftlichen und strategischen Bedeutung halber naturgemäß das erste Ziel auf dem Wege deutscher Expansion sein. Die Erreichung dieses Zieles würde für Englands Vormachtstellung zur See der Todesstreich sein, gleichgültig, ob es den Krieg mit Deutschland zur Folge haben würde oder nicht. Wie stets im Laufe der Geschichte, so drohe auch jetzt für England die Gefahr von Belgien und Holland. Ihr wirksam zu begegnen sei für das englische Volk eine Pflicht der Selbsterhaltung.

Der Verfasser vergleicht dann in längeren geschichtlichen Ausführungen die heutige maritime Lage Englands mit der an der Wende des neunzehnten Jahrhunderts, als Napoleon zu seinem Schlage gegen das Inselreich ausholte, und kommt zu dem Schlusse, daß Englands Stellung zur See heute bedeutend ungünstiger als damals sei, und daß selbst ein entscheidender Seesieg England auf die Dauer weder vor einer schließlichen Niederlage noch vor einer Invasion retten könne. Denn, so betont der Verfasser immer wieder, wie schon damals Waterloo und nicht Trafalgar die Entscheidung gebracht habe, so werde

auch in dem zukünftigen Kriege mit Deutschland Englands Geschick auf den Schlachtfeldern des Festlandes und nicht auf der Nordsee entschieden werden.

In näherer Ausführung dieses Gedankens wendet sich der Verfasser nun wieder der gegenwärtigen Lage zu. Die nach seiner Ansicht von Frankreich trotz der entente cordiale teuer erkaufte friedliche Erledigung der Marokkofrage habe wieder einmal wie schon oft zuvor gezeigt, daß Frankreich, auf sich selbst angewiesen, dem Andringen deutscher Macht auf die Dauer nicht würde widerstehen können und sich schließlich doch — in gutem oder in bösem — zum Werkzeug deutscher Politik würde machen lassen müssen. Habe Deutschland erst das erreicht, dann könne es, von der drückenden Notwendigkeit seiner Landrüstungen befreit, den Hauptstrom seiner Wehrausgaben dem Ausbau der Flotte zuführen.

Im unbestrittenen Besitz der Vorherrschaft auf dem Kontinent und mit einer Küstenlinie, die sich vom Finnischen Meerbusen bis zur Meerenge von Dover erstrecken würde, könne sich dann Deutschland daran machen, das letzte Hindernis auf dem Wege seiner Expansion hinwegzuräumen: die englische Vormachtstellung zur See. Daß der für England unter so ungünstigen Bedingungen begonnene Kampf dem Inselreiche die Niederlage bringen werde, hält der Verfasser für ziemlich sicher.

Englands Schicksal ist daher nach seiner Meinung eng an das Frankreichs geknüpft; mit ihm stehe oder falle es.

Damit ist der Verfasser bei dem Gedanken angelangt, der den Kernpunkt seiner Ausführungen bildet, und in dem er allein das Heil für Englands gegenwärtige und zukünftige Politik erblickt: England müsse Frankreich militärisch so unterstützen, daß es allen deutschen Drohungen oder Angriffen erfolgreichen Widerstand leisten könne.

Vorbedingung dazu sei natürlich, daß die Entente zu einem Schutz- und Trutzbündnis ausgebaut werde. Nur wenn es der wirksamen militärischen Unterstützung Englands sicher sei, werde das französische Volk gewillt sein, die ungeheure Bürde seiner territorialen Rüstung weiter zu tragen.

Nunmehr erörtert der Verfasser in längeren Ausführungen die militärische Lage beim Ausbruch eines deutsch-französischen Krieges und wiegt die Für und Wider auf beiden Seiten gegeneinander ab, um dann zu zeigen, in welcher Weise England seinem Bundesgenossen am wirksamsten helfen könnte.

Nach allgemeiner Annahme würde dieser Krieg in sehr kurzer Zeit, vielleicht in wenigen Wochen entschieden werden, und zwar in der ersten großen Feldschlacht. Deutschland würde danach trachten, bei der voraussichtlich schon vierzehn Tage nach Beginn der Feindseligkeiten fallenden Entscheidung eine numerische Übermacht zur Geltung zu bringen.

Die Kürze der Grenzstrecke zwischen Longwy und Belfort sowie die bekanntlich sehr starke Befestigung derselben auf der französischen Seite stelle diesem Vorhaben beträchtliche Schwierigkeiten in den Weg. Auch ein Durchmarsch deutscher Truppen durch schweizer Gebiet erscheine aus verschiedenen Gründen nicht sehr aussichtsvoll. Der Verfasser ist daher überzeugt, daß die deutschen Armeen über belgisches Gebiet, und zwar südlich der Linie Maubeuge, Namur und Lüttich den Hauptvorstoß gegen Paris machen würden. Daß die deutsche Herresleitung diese Absicht habe, werde allein durch die riesigen militärischen Anlagen aller Art zwischen Trier und Aachen bewiesen. Solange die genannte Linie nicht nach Norden überschritten würde, würde auch Belgien diese Verletzung seiner Neutralität ruhig dulden.

Dieser Frankreichs Niederlage wahrscheinlich machende Schlag könne nur dadurch abgewendet werden, daß rechtzeitig ein genügend starkes englisches Korps gegen den rechten Flügel der deutschen Aufstellung in Wirksamkeit trete.

Im weiteren untersucht dann der Verfasser in eingehender Weise, wieviel Truppen England rechtzeitig, das heißt innerhalb 10—15 Tagen nach Ausbruch des Krieges auf den belgischen Kriegsschauplatz werfen könne.

Zu diesem Zwecke könne England nur das sogenannte Expeditionskorps (Expeditionnary Force) verwenden, von dessen Sollbestand von sechs Divisionen oder 160 000 Mann aber infolge langsamer und schwieriger Mobilisation gegenwärtig im günstigsten Fall 90—100 000 Mann rechtzeitig in die Operationen in Belgien eingreifen könnten. Damit würde aber England fast gänzlich von regulären Truppen entblößt und allen Gefahren einer Invasion oder innerer Unruhen preisgegeben, denn es würden Monate vergehen, bevor die Territorialarmee ihre Mobilisation vollendet hätte und tatsächlich schlagfertig sei.

Der Verfasser macht dann auf eine Reihe von Schäden und Schwächen der englischen Kriegsmacht aufmerksam, so zum Beispiel auf die Minderwertigkeit des Infanteriegewehres usw.

Zum Schluß formuliert er dann die Postulate, deren Notwendigkeit und Dringlichkeit für die nächste Zukunft zu beweisen der Zweck seiner Artikel ist:

Die Expeditionsarmee müsse in voller Stärke von sechs Divisionen jederzeit zu sofortiger Verwendung auf dem Kontinent bereit sein.

Die Territorialarmee müsse so organisiert werden, daß sie jederzeit bereit sei, im Falle der Verwendung der Expeditionsarmee auf dem Kontinente die Sicherheit Englands gegen eine Invasion oder gegen innere Unruhen zu gewährleisten.

Beides lasse sich nur durch sofortige Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht erreichen.

Nur so werde England und Europa vor der deutschen Gefahr bewahrt werden können; nur die Opferwilligkeit des englischen Volkes könne es abwenden, daß dereinst an der Wand seiner Geschichte in Flammenschrift das Verdammungsurteil geschrieben werde: „Du bist gewogen und zu leicht befunden worden!"

Die besprochenen Artikel beehre ich mich im Ausschnitt aus der „Morning Post" hier gehorsamst beizufügen*.

Die Artikel sind, wie ich höre, in Belgien beachtet worden. Sie stellen eines der zahlreichen Plädoyers dar, mit denen die Anhänger der allgemeinen Wehrpflicht in England die alte Theorie von dem Gleichgewicht der Kräfte in Europa für ihre Zwecke fruktifizieren.

Die Artikelserie soll im Laufe dieser Woche in Form einer Broschüre erscheinen. Ich werde nicht verfehlen, dieselbe Euerer Exzellenz in zwei Exemplaren einzureichen. P. Metternich

Nr. 11 550

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 497 Paris, den 11. Dezember 1911

Zur Kennzeichnung der wichtigtuerischen und nicht ganz unbedenklichen Geschäftigkeit des Kriegsministers Messimy wurde mir aus guter Quelle folgendes erzählt:

Als im August d. Js. der Generalstabschef Dubail zu dem alljährlich stattfindenden Meinungsaustausch mit seinem russischen Kollegen nach St. Petersburg ging, habe Messimy ihm ohne jedes Vorwissen der Herren Caillaux und de Selves nebst anderen Instruktionen die Weisung mitgegeben, er möge durch die russischen Militärs dahin zu wirken suchen, daß man in St. Petersburg die Allianz mit Frankreich nicht immer nur als eine rein defensive aufgefaßt zu sehen wünsche.

Herrn Dubail sei in St. Petersburg auf dahingehende Vorstöße nichts erwidert worden. Dafür jedoch sei einige Wochen später Herr Iswolsky bei Herrn de Selves erschienen, um ihm das aufrichtige Bedauern seiner Regierung auszudrücken, daß man den französischen Wünschen nach Änderung des Charakters des Bündnisses nicht entsprechen könne. Die Herren de Selves und Caillaux seien über die Eröffnung, deren Anlaß ihnen vollständig unerfindlich war, aufs höchste überrascht gewesen**.

* Hier nicht abgedruckt.

** Das Vorgehen Messimys erklärt sich wohl aus dem in Frankreich seit der Marokkokrise weit verbreiteten Gefühl, daß man für eine kraftvolle und selbstbewußte Politik nicht im gleichen Maße des russischen Alliierten wie des englischen Ententegenossen sicher gewesen wäre. Während so hinsichtlich des offensiven Geistes der Allianz zwischen französischen Draufgängern vom Schlage Messimys und den maßgebenden russischen Staatsmännern eine Diskre-

Auch hieraus suchen die Gegner des Herrn Caillaux im stillen Kapital zu schlagen, indem sie den Vorfall zur Illustrierung der Zerfahrenheit und Disziplinlosigkeit des Ministeriums benutzen.

Lancken

Nr. 11 551

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 348 St. Petersburg, den 22. Dezember 1911

Die schon öfters verschobene Erwiderung des Londoner Besuchs der Dumaabgeordneten* durch die englischen Parlamentarier ist jetzt für Ende Januar in Aussicht genommen. Die englischen Gäste treffen hier am 12./25. Januar ein und bleiben in Petersburg bis zum 17./30. Januar. Unter ihnen werden sich außer Mitgliedern des Ober- und Unterhauses auch Vertreter der höheren Geistlichkeit, der Flotte, des Heeres und solche kommunaler, wissenschaftlicher und industrieller Verbände befinden.

Das Empfangskomitee unter Vorsitz des Dumapräsidenten Rodsjanko hat in Übereinstimmung mit den beteiligten Behörden ein reiches Festprogramm vorgeschlagen.

Die Presse begrüßt den bevorstehenden Besuch aufs freundlichste, die „Nowoje Wremja" insbesondere benutzt die Gelegenheit, um darauf hinzuweisen, daß die nähere Bekanntschaft der Vertreter der beiden Völker die letzten Mißverständnisse zerstreuen würde, die anläßlich der persischen Ereignisse entstanden seien**. Der Besuch würde der

---

panz obwaltete, bestand volle Einigkeit über die der Militärkonvention zu gebende offensive Bedeutung. Mit besonderem Nachdruck war in der Konferenz der Generalstabschefs von Frankreich und Rußland, die am 31. August in Krasnoje Selo stattgefunden hatte, der Gedanke einer eventuellen militärischen Offensive gegen Deutschland stark betont worden. Die Einleitung zu dem amtlichen Protokoll dieser Konferenz besagte ausdrücklich: „Die beiden Generalstabschefs erklären einstimmig, daß die Worte ‚Defensiv-Krieg' nicht in dem Sinne eines Krieges ausgelegt werden können, den man in defensiver Weise führen wird. Vielmehr erklären sie mit Bestimmtheit, daß für die russischen und französischen Armeen die unbedingte Notwendigkeit besteht, eine kraftvolle Offensive zu ergreifen, und zwar soweit als möglich zur gleichen Zeit gemäß dem Wortlaut des Artikels 3 der Konvention, wonach ‚die Streitkräfte der beiden vertragschließenden Mächte mit allem Nachdruck und größter Beschleunigung einzusetzen sind'." Un Livre Noir, II, 419; Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, I, 137.

* Er hatte im Juni 1909 stattgefunden.

** Über die englisch-russischen „Mißverständnisse", die durch die persische Frage heraufgeführt waren, vgl. vor allem die aufschlußreichen Schriftstücke in Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, ed. B. v. Siebert, S. 211—253, 737 ff., und die Darstellung Sir George Buchanans in My Mission to Russia and Other Diplomatic

Entwicklung des russisch-englischen Handels und der Festigung des Friedens zugute kommen.

F. Pourtalès

Memories, I, 98 ff., 109 ff. Aus beiden Quellen ergibt sich, daß die englisch-russische Spannung infolge der persischen Frage zeitweilig zu einem Bruch der Entente zu führen drohte und der englischen Regierung den Gedanken an eine neue Orientierung ihrer Politik im Sinne einer Annäherung an Deutschland nahelegte, wie sie in der Tat durch die Mission Lord Haldanes eingeleitet zu werden schien. Vgl. dazu Kap. CCXLIII, Nr. 11 349, Fußnote **. Die Drohungen Sir E. Greys, die besonders eindringlich gegenüber Graf Benckendorff an jenem 8. Februar 1912 zum Ausdruck gebracht wurden, an dem Lord Haldane in Berlin eintraf, hatten ja, wie Graf Benckendorff richtig durchschaute, in der Hauptsache den Zweck, Rußland, das am 11. und 30. November zwei Ultimata an Persien gerichtet und die ablehnende Haltung der persischen Regierung mit einem Vormarsch seiner Truppen auf Teheran erwidert hatte, zu dem Einlenken zu bewegen, dessen die englische Regierung angesichts der ungewöhnlich erregten öffentlichen Meinung im eigenen Lande bedurfte, wenn sie sich behaupten wollte. „Die Konvention und die Entente können", so warnte Graf Benckendorff seinen Chef am 8. Februar 1912 (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke a. a. O., S. 739), „nicht nur erhalten bleiben, sondern können noch tiefere Wurzeln fassen unter der Bedingung, daß die jetzige persische Krise in einer Weise gelöst wird, die den beiderseitigen Interessen Rußlands und Englands entspricht, und daß diese Lösung möglichst schnell gefunden wird — eben um die Entente zu erhalten." Tatsächlich bequemte sich Rußland gerade unter dem Druck der Mission Lord Haldanes zu größerer Nachgiebigkeit in der persischen Frage, was wieder auf die englische öffentliche Meinung günstig zurückwirkte. Schon um den 17. Februar 1912 konnte der englische Unterstaatssekretär Sir A. Nicolson zu Graf Benckendorff sagen, in der öffentlichen Meinung herrsche die Ansicht vor, daß die Reise Lord Haldanes nach Berlin keine Modifikation der englisch-russischen Entente bedeute (Telegramm Graf Benckendorffs an Sasonow vom 17. Februar, v. Siebert, a. a. O., S. 756). Die deutschen Akten über die englisch-russischen „Mißverständnisse" in Persien sind gegenüber den bei v. Siebert veröffentlichten Schriftstücken weniger ertragreich. Jedenfalls erhellt aus ihnen, daß Graf Metternich und nicht minder Botschaftsrat von Kühlmann von Anfang an durchschauten, daß England und Rußland es im Ernst nicht auf einen Bruch der Entente ankommen lassen würden. So berichtete Graf Metternich am 4. Dezember 1911 (Nr. 951): „Die Ententepolitik Sir E. Greys macht augenblicklich eine der schwersten Krisen durch, welcher sie seit ihrem Beginn unterworfen worden ist, und man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß bei weiterem zähen Vordringen Rußlands in Persien neue und immer stärkere Belastungsproben bevorstehen. Trotzdem wäre es voreilig, an eine prinzipielle Schwenkung der englischen Politik schon in nächster Zeit zu glauben. Sir E. Grey ist von der Richtigkeit seines Kurses überzeugt und bereit, die nötigen Opfer zu bringen, um Frankreich und Rußland bei der Stange zu halten. Wie er denken viele seiner wichtigsten Mitarbeiter und ein großer Teil der aktiven englischen Diplomaten, die teilweise gerade wegen ihrer Neigung zur Ententepolitik rasch zu Ehren und Würden gekommen sind. Anderenteils ist auch die liberale Partei, so sehr ihrer Majorität dies widerstreben mag, mit dem Auswärtigen Minister identifiziert. Bei Greys starrem Charakter ist nicht anzunehmen, daß er eine Schwenkung mitmachen würde, welche in einer radikalen Desavouierung der englischen Politik der letzten acht Jahre bestehen würde, und ein Personenwechsel würde vom Partei- und auswärtigen Standpunkte aus bedenklich sein. So kann man die Faktoren registrieren, welche mit steigender

Nr. 11 552

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 232 London, den 17. Januar 1912

Euerer Exzellenz beehre ich mich anliegenden Bericht des Militärattachés zu übersenden, Nr. 16 vom 17. d. Mts., betreffend

---

Wucht gegen die offizielle Politik Sturm laufen, muß sich aber vor dem Irrtum hüten, den alsbaldigen Erfolg dieser Bestrebungen als sicher anzunehmen." Ganz in gleichem Sinne äußerte sich Kühlmann in einem Berichte vom 11. Januar 1912 (Nr. 39): „Es wäre voreilig, an ein baldiges akutes Zerwürfnis zwischen England und Rußland zu glauben. Die Furcht vor Deutschland sitzt hier so tief, daß es noch weiterer Erschütterungen bedürfen wird, bis man die Möglichkeit einer totalen politischen Schwenkung ernstlich ins Auge faßt. Die hiesigen Politiker kennen die Struktur der europäischen Beziehungen zu genau, um nicht zu wissen, daß mit dem Ausscheiden Rußlands die ganze Ententenpolitik zusammenfällt und dann nur mehr ein Weg übrig ist, der der direkten Verständigung mit Deutschland. Diesen Tag des Ganges nach Canossa suchen die Macher der gegenwärtigen Politik mit geradezu fanatischem Eifer hinauszuschieben. Rußland seinerseits wird bei aller Unverfrorenheit seines Vorgehens Sorge tragen, die Engländer nicht zum Bruche zu zwingen." Auch daß das Einlenken Rußlands in Persien stark von Iswolsky beeinflußt worden ist, der in seinem Briefe an den Stellvertretenden Außenminister Neratow vom 7. Dezember 1911 (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, I, 191) diesen geradezu flehentlich beschwor, nicht die unabsehbaren Folgen aus dem Auge zu verlieren, die ein Bruch mit England in den persischen Angelegenheiten für das Schicksal der Tripelentente haben würde, ist von den deutschen Vertretern in London richtig erkannt worden. Am 9. Dezember berichtete Graf Metternich darüber (Nr. 980): „Herr Iswolsky und der zur Beratung mit Herrn Sasonow nach Paris berufene hiesige russische Botschafter werden mit vereinten Kräften, und wahrscheinlich unterstützt durch französische Ratschläge, es nicht unterlassen, dem russischen Minister klarzumachen, daß die russische Politik in Persien sich wieder auf vorsichtigere Linien zurückziehen müsse, um die Stellung des russenfreundlichen Sir E. Grey nicht zu erschweren, um das russisch-englische Abkommen intakt zu erhalten, und um die Entente im weiteren Sinne nicht zu gefährden. Es ist daher mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß bei der für nächsten Donnerstag festgesetzten Fortsetzung der Debatte über die auswärtige Politik im Unterhause Sir E. Grey jetzt ein relativ leichtes Spiel haben wird, und daß die drohende Wolke sich wieder verzieht. Denn wenn die russische Politik nicht allzu brutal vorgeht, so söhnt sich die große Mehrzahl der englischen Politiker bald wieder mit ihr aus, da sie die Entente mit Rußland so lange wie möglich beibehalten möchten."

Keinerlei Anhaltspunkt bieten die deutschen Akten für den von Sir E. Grey gegenüber Graf Benckendorff am 8. Februar angedeuteten, in der russischen und französischen Presse wiederholt offen ausgesprochenen Verdacht, als ob Deutschland den englisch-russischen Konflikt wegen Persiens zu benutzen trachte, um einen Keil in die Tripelentente zu treiben. Im Gegenteil bewahrte die deutsche Regierung in der persischen Frage fortgesetzt die strengste Zurückhaltung, schon um jeden Verdacht zu meiden. Als die persische Regierung

englische Manöver 1912 und Anträge zur Beiwohnung an unseren Herbstübungen*.

Einen Satz des Berichts möchte ich nicht ohne Bemerkung passieren lassen. Wenn der Kaiserliche Militärattaché schreibt:

„Was man früher nur ahnte und kaum auszusprechen wagte, nämlich das Bestehen einer Art Schutz- und Trutzbündnisses zwischen England und Frankreich, liegt seit vorigem Sommer klar und offen vor der ganzen Welt",

so kann dadurch leicht ein falscher Eindruck hervorgerufen werden. Eine Art Schutz- und Trutzbündnis zwischen England und Frankreich hat vorigen Sommer nicht bestanden und besteht heute nicht. England war im vergangenen Sommer bereit, Frankreich mit den Waffen beizustehen[1], falls der Streit über die Marokkofrage zu einem deutsch-französischen Kriege geführt hätte. England würde gegebenenfalls auch bei einem künftigen bewaffneten deutsch-französischen Zusammenstoß über einer anderen Frage für Frankreich fechten. Dies würde aber lediglich infolge politischer Erwägungen von Fall zu Fall eintreten, durchaus nicht aber infolge irgendeiner Bindung Frankreich gegenüber[2]. Sir E. Grey hat in seiner Rede vom 27. November** das Bestehen irgend welcher unveröffentlichter geheimer Abmachungen klar in Abrede gestellt, und auch sonst ist wiederholt von englischer autoritativer Seite das Bestehen irgend welcher Abrede mit Frankreich geleugnet worden[3]. Am genauesten dürfte die Lage von Sir E. Grey geschildert worden sein, wenn er sagt: „Ob und welche Unterstützung England Frankreich und Rußland in Zeiten der Gefahr gewähren würde, sei vollständig abhängig von dem Zustand der englischen öffentlichen Meinung im Parlament und im Publikum in dem Augenblick, in dem die Gefahr hervortrete[4]." (Rede vom 27. November 1911.)

Die heutige englische Politik betrachtet es als ein Axiom, daß eine Vernichtung Frankreichs durch Deutschland eine Vernichtung des wichtigsten englischen Bollwerkes darstellen würde[5], hat sich aber vollkommen freie Hand gewahrt.

R. v. Kühlmann

Anfang März 1912, nachdem sich England und Rußland im wesentlichen über die persische Frage verständigt hatten, in Berlin die Frage einer Bekräftigung des englisch-russischen Abkommens von 1907 zur Sprache brachte, äußerte sich die deutsche Regierung mit aller Reserve dahin, daß sich das deutsche Interesse an Persien auf Aufrechterhaltung der durch den Handelsvertrag von 1873 gewährleisteten Meistbegünstigung konzentriere. Telegramm Kiderlens vom 8. März (Nr. 14) an den Geschäftsträger in Teheran von Schmidthals. Auch war der deutschen Presse schon auf ein Telegramm des Botschafters Grafen Pourtalès vom 5. Dezember 1911 (Nr. 272) hin möglichste Zurückhaltung in der persischen Frage anempfohlen worden.

* Siehe Anlage.

** Vgl. dazu Bd. XXIX, Kap. CCXXIX, Nr. 10 661 f.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Kommt aufs selbe heraus! Der Diplomat gesteht die Thatsache ungern ein — da man es im Amt nicht gern hört — der Militair zieht kurz die Consequenz und nennt das Kind beim Namen da der Effekt praktisch derselbe ist.
[2] dasselbe im Effekt
[3] glaubt ihm wer will, ich nicht
[4] schlechte Verkleid[un]g
[5] also muß unter allen Umständen dies antideutsche Bollwerk gehalten ergo — mal — mit uns gerauft werden.
Schlußbemerkung des Kaisers:
Kühlmann hat das Talent den Engl[ischen] Standpunkt besser zu vertreten als den unseren und durch seine Schlüße seine vorhergehenden Behauptungen zu widerlegen W.

Anlage

Bericht des Militärattachés in London Majors Ostertag

Abschrift

London, den 17. Januar 1912

Das Kriegsamt hat bekanntgegeben, daß die diesjährigen „Armeemanöver" vom 16. bis 20. September dauern und in dem für die vorjährigen Manöver bestimmten Gelände stattfinden werden. Man will auch die vorjährige Kriegslage zugrunde legen, da bekanntlich die Manöver im vorigen September ausfielen.

Die beiden Aldershoter Divisionen (1. und 2.) werden gegen die 3. und 4. Division kämpfen, und die Kavalleriedivision nebst einigen lokalen Territorialtruppen werden gleichfalls beteiligt sein.

Angeblich sollen in diesem Jahre weniger Einladungen zur Entsendung von Offizieren anderer Nationen ergehen als früher. Im Jahre 1910 waren die meisten Länder bedacht worden, die nicht durch ihren Militärattaché in London vertreten werden konnten, so zum Beispiel Serbien, Bulgarien, die Schweiz, Norwegen, Dänemark, Portugal und sogar China.

Hingegen wird man sich wohl englischerseits keine Mäßigung in der Stellung von Anträgen zur Beiwohnung an unseren Manövern auferlegen. Ganz systematisch ist bisher die Erlaubnis erbeten worden unter besonderer Berücksichtigung der süddeutschen Staaten. Die Anträge wurden von jeher anstandslos genehmigt, denn es lag kein Grund dagegen vor. Mit der Zeit hat sich die Lage aber beträchtlich geändert. Was man früher nur ahnte und kaum auszusprechen wagte, nämlich das Bestehen einer Art Schutz- und Trutzbündnisses zwischen England und Frankreich, liegt seit vorigem Sommer klar und offen vor der ganzen Welt. Beide Länder haben zu erkennen gegeben, daß sie im Kriegsfalle gemeinsame Sache gegen Deutschland machen würden. Außerdem hat sich herausgestellt, daß ein reger Austausch von Nachrichten zwischen den beiden Kriegsministerien stattfindet. Es dürfte die Engländer daher nicht absonderlich überraschen, wenn ihnen unsererseits annähernd die gleiche Art von Behandlung zuteil würde wie

den Franzosen, soweit die Teilnahme an deutschen Manövern in Frage kommt.

Sollten derartige berechtigte Vorsichtsmaßregeln von uns in Aussicht genommen sein, so wäre es empfehlenswert, die hiesigen Behörden schon beizeiten und allmählich darauf vorzubereiten, vielleicht durch entsprechende Mitteilungen in der Presse, namentlich in unserer hier eifrig studierten Militärliteratur. Solche vorbeugende Maßnahmen wären zweckmäßig auch auf die Militärkorrespondeten der englischen Presse auszudehnen, mit denen wir im vorigen Herbste bekanntlich zum Teile wenig erfreuliche Erfahrungen gemacht haben.

(gez.) Ostertag

Nr. 11 553

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 77 London, den 24. Januar 1912

Gestern hat die aus Mitgliedern des Parlaments, der Kirche, der Marine und der Armee bestehende englische Deputation ihre Reise nach Petersburg angetreten. In Berlin werden sich ihr außerdem noch Lord Charles Beresford und die Parlamentsmitglieder Hon. William Peel und Mr. M'laren anschließen. Der Speaker des Unterhauses, Mr. Lowther, ist durch den gestern erfolgten Tod seines Vaters, Mr. W. Lowther, an der weiteren Teilnahme an der Reise verhindert.

P. Metternich

Nr. 11 554

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 27 St. Petersburg, den 30. Januar 1912

Haltung hiesiger Regierung während Besuchs englischer Parlamentarier, die heute abreisen, war korrekt und zurückhaltend. Auch Reichsratskreise und Rechte der Duma verhielten sich äußerst kühl. Auf englischer Seite war Bestreben deutlich wahrnehmbar, dem Besuche politischen Charakter zu geben. Englischer Botschafter sprach in seiner offiziellen Rede wiederholt von englisch-russischem Abkommen mit deutlicher Tendenz, demselben allgemeinpolitische Bedeutung beizulegen*. Kokowzow vermied es in Erwiderung, überhaupt vom Abkommen zu sprechen. Haltung hiesiger Presse war anfangs, offenbar

* Vgl. dazu Sir G. Buchanan, My Mission to Russia, I, 107 f.

auf höheren Wink, maßvoll. „Nowoje Wremja“ und „Swet“ gingen jedoch bald zu chauvinistischem, deutschfeindlichem Ton über. Offizielle Trinksprüche waren korrekt, bei inoffiziellen Toasten englischerseits manche deutschfeindlichen Anspielungen. General Bethune sprach Hoffnung aus, daß russisch-englische Armee Schulter an Schulter gemeinsamen Feind bekämpfen würde*. Kokowzow, den ich auf diesen Toast anredete, war die Entgleisung sichtlich peinlich. Die teilweise geradezu unwürdige Art des Werbens um die russische Freundschaft, welche in Trinksprüchen und Privatgesprächen der englischen Gäste hervortrat, wird hier vielfach bespöttelt.

Pourtalès

Nr. 11 555

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 143 Berlin, den 2. Februar 1912
[abgegangen am 5. Februar]

Wie Ew. pp. bekannt, hat gelegentlich eines offiziellen Diners zu Ehren der englischen Parlamentarier in St. Petersburg General Bethune in einer Rede erklärt, die englischen Soldaten würden glücklich sein, wenn sie Schulter an Schulter mit den Russen einen gemeinsamen Feind bekämpfen dürften.

Es entzieht sich meiner Kenntnis, ob General Bethune noch in aktiver Dienststellung befindlich ist, und in welcher Eigenschaft er an der in Rede stehenden Veranstaltung teilgenommen hat. Ich möchte es daher dem Ermessen Ew. pp. ergebenst anheimstellen, ob Sie es für angezeigt halten, Sir E. Grey das peinliche Befremden der Kaiserlichen Regierung über diese Kundgebung zum Ausdruck zu bringen, die ihre Spitze so deutlich gegen Deutschland richtete, daß sie auch in russischen Regierungskreisen auf das unliebsamste empfunden worden ist.

Einem gefälligen Bericht über das Veranlaßte werde ich mit Interesse entgegensehen**.

Zimmermann

---

* Nach Sir G. Buchanans Darstellung (a. a. O., p. 108) dürfte diese Wendung dem General durch den Botschafter selbst souffliert sein.

** Auf eine diesbezügliche Anfrage Graf Metternichs bei Sir E. Grey vom 7. Februar erwiderte dieser, die Rede des Generals sei nicht zu seiner Kenntnis gebracht, er wolle sich aber danach erkundigen. Bericht Graf Metternichs Nr. 120 vom 8. Februar. Später ist Sir E. Grey nicht wieder auf die Angelegenheit zurückgekommen.

Nr. 11 556

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 44 St. Petersburg, den 3. Februar 1912

Wenn ich vor einigen Tagen Euerer Exzellenz meine Ansicht dahin zu äußern mir erlaubte, daß der englische Besuch in Rußland keine großen politischen Folgen haben würde, so möchte ich doch auch nicht den Eindruck erwecken, als ob ich dem Besuch jede politische Bedeutung absprechen wollte*. Diese Bedeutung liegt meines Erachtens vor allem in dem Relief, welches von einem Teil der hiesigen politischen und Gesellschaftskreise dem Besuch gegeben wurde, und in der Wirkung, die dies, wenn auch vielleicht nur temporär, auf die russische öffentliche Meinung und wohl auch auf das Ausland hervorrufen muß.

Wenn man bedenkt, daß noch vor wenigen Jahren in der hiesigen Gesellschaft und wohl in allen Schichten der russischen Bevölkerung England als der gefährlichste Feind Rußlands galt, so wird man mit der Annahme nicht fehlgehen, daß die überschwengliche Art, mit welcher die englischen Gäste von Vertretern der Duma, von der Stadtverwaltung, von Beamten, von Militärs und von einem Teil der Hofgesellschaft gefeiert wurden, in ganz Rußland auf die dünne Schicht der Gebildeten, die sich mit Politik beschäftigen, einen großen Eindruck gemacht hat. Da man sich nun keinen Täuschungen darüber hingeben kann, daß von der russischen Intelligenz ein großer Teil keine freundliche Gesinnung für uns hegt, so dürfte es kaum zu gewagt erscheinen, daraus zu schließen, daß die in diesen Tagen stattgehabte Verbrüderung mit dem früheren Feinde, dessen gegenwärtige Beziehungen zu Deutschland bekannt sind, in weiten Kreisen Rußlands als gegen Deutschland gerichtet angesehen worden ist. Ich glaube auch nicht zu viel zu sagen, wenn ich behaupte, daß wenigstens ein großer Teil derjenigen, welche den Besuch aufzubauschen bestrebt waren, weniger den englischen Freund als den Feind Deutschlands gefeiert zu sehen wünschten. Der Eindruck, welchen die laute und demonstrative russisch-englische Verbrüderung der letzten Tage in Rußland und nach außen hin erwecken mußte, wird durch den Umstand kaum verwischt werden, daß in Wirklichkeit sehr weite hiesige Kreise sich den Festen für die Engländer ferngehalten haben. Diejenigen, welche die Feste veranstaltet, und diejenigen, die sie mitgemacht haben, noch viel mehr aber die englischen Gäste selbst haben dafür gesorgt, daß der um diese Feste gemachte

* In seinen Memoiren (My Mission to Russia, I, 107) bezeichnet Sir G. Buchanan den englischen Besuch als „a fresh milestone on the road to Anglo-Russian friendship".

Lärm die allgemeine Aufmerksamkeit nur auf die Teilnehmer, nicht aber auf diejenigen Elemente, die sich ablehnend verhielten, gelenkt hat.

Auf die sehr geschickte Zusammensetzung der Deputation habe ich mir bereits erlaubt hinzuweisen. Infolge der Anwesenheit von vier Bischöfen und dem Spielen mit dem in Wirklichkeit unsinnigen Gedanken einer Verbindung der beiden Kirchen fühlte sich eine Anzahl Mitglieder des Reichsrats und der hiesigen Geistlichkeit, die wahrscheinlich sonst Gegner des Besuchs gewesen wäre, veranlaßt, an der Ehrung der englischen Gäste teilzunehmen. Die Beteiligung dieser Elemente wurde nun von englischer Seite ganz besonders in den Vordergrund gestellt und zum Beispiel die in Wirklichkeit recht kühle Rede des Reichsratsmitglieds Durnowo als Beweis für die Sympathien, welche die Verbrüderung auch in Reichsratskreisen habe, hingestellt. Verschwiegen wird dabei, daß der Präsident* und Vizepräsident** des Reichsrats mit der bei weitem größten Majorität dieser Körperschaft kein einziges Fest, nicht einmal das auf der englischen Botschaft, mitgemacht haben. Die Reichsratskreise standen dem Besuch von Anfang an wenig freundlich gegenüber, ein Umstand hatte aber auch noch dazu beigetragen, sie direkt zu verstimmen. Beim Betreten des russischen Bodens hatte nämlich die englische Deputation an den Zaren, den Ministerpräsidenten, den Präsidenten der Duma und bezeichnenderweise an den Chefredakteur der „Nowoje Wremja" Suworin Begrüßungstelegramme geschickt. Ein Telegramm an den Reichsrat war vergessen worden. Der beabsichtigte Eindruck auf das „Volk", als ob alle Klassen der St. Petersburger Bevölkerung von der Geistlichkeit und hohen Aristokratie herunter bis zum Arbeiter den englischen Freunden zugejubelt hätten, wurde aber doch erzielt.

Auch bezüglich der Beteiligung der militärischen Kreise verhielten sich die Dinge in Wirklichkeit etwas anders, als sie die „Nowoje Wremja" und „Times" dargestellt haben. Es ist nicht allein mir, sondern auch anderen meiner Kollegen aufgefallen, daß zum Beispiel auf dem Rout beim englischen Botschafter die militärische Uniform für hiesige Verhältnisse auffallend wenig vertreten war; dennoch hat man es verstanden, den Eindruck zu erwecken, als ob gerade das militärische Element bei den Verbrüderungsfesten eine ganz besondere Rolle gespielt hätte. Mit einem Wort, die „Mache" war sowohl von seiten der Engländer als ihrer hiesigen Freunde, welche zugleich unsere Gegner sind, eine ganz hervorragend geschickte. Sie kann meines Erachtens in Rußland und außerhalb eine gewisse Wirkung nicht verfehlt haben.

Gegen die Haltung der offiziellen Welt läßt sich nichts sagen. Dem Beispiel des Hofes folgend, taten die Mitglieder der Regierung

* M. G. Akimow.
** J. J. Golubew.

nur das Notwendigste. Herr Kokowzow frug mich direkt, ob ich nicht bemerkt hätte, wie zurückhaltend die Regierung sich verhalten habe, und ich konnte dies nur bestätigen. Eine Einschränkung muß ich dabei allerdings machen. Erst jetzt ist mir bekannt geworden, daß der Kriegsminister mit dem Chef des Generalstabes und einigen seiner Abteilungschefs[1] an einem Mahl teilgenommen hat, welches der Dumaabgeordnete Gutschkow in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Landesverteidigungskommission der Duma für die militärischen Mitglieder der englischen Deputation veranstaltet hat[1], und zu dem sonst nur Mitglieder der genannten Kommission geladen waren. Der Charakter dieser geselligen Vereinigung kann nicht umhin, die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, und der Umstand, daß es die einzige Gelegenheit war, bei welcher nichts über die gehaltenen Toaste in die Öffentlichkeit gedrungen ist, die ganze Vereinigung vielmehr mit dem Schleier des Geheimnisses umgeben wurde, kann nicht dazu beitragen, diese Aufmerksamkeit zu vermindern. Daß bei diesem Essen militärische Abmachungen getroffen worden sind, glaube ich ganz gewiß nicht, man wird aber zugeben müssen, daß der Vorgang nur zu geeignet war, einerseits Hoffnungen, andererseits Mißtrauen zu erwecken, was auch jedenfalls die Absicht der Veranstalter gewesen ist. Ich bin daher der Ansicht, daß, wenn, wie es den Anschein hat, die Regierung den Wunsch hatte, alles vermieden zu sehen, was bei uns verstimmen konnte, die Teilnahme des Kriegsministers an dieser „Tagung" der Landesverteidigungskommission in Gegenwart englischer Offiziere besser unterblieben wäre. Vielleicht hätte man auch erwarten können, daß die Regierung in irgend einer wenn auch noch so indirekten Weise gegen die bekannte rednerische Entgleisung — wenn es eine solche war — des Generals Bethune protestieren würde. Diesem letzteren Zwischenfall ist übrigens nach meiner Ansicht geringere Bedeutung beizumessen als dem Essen bei Gutschkow.

Im allgemeinen spiegelt die Haltung der Regierung nach meinen Beobachtungen genau die jetzige hiesige Politik wider. Man hat den aufrichtigen Wunsch, tunlichst alles zu vermeiden, was bei uns anstoßen könnte, aber man ist zu sehr überzeugt von den Vorteilen, die Rußland unter dem Schutz der englischen Freundschaft bei der gegenwärtigen Richtung der englischen Politik genießt, als daß man uns zuliebe es riskieren würde, irgend etwas zu tun, was in England verstimmen könnte[2].

Mit dieser Sachlage und mit der nach wie vor vorhandenen feindlichen Gesinnung eines großen Teils der russischen öffentlichen Meinung müssen wir rechnen. Solange verständige und nüchterne Staatsmänner wie Kokowzow und Sasonow am Ruder sind, kann trotzdem unser Verhältnis zu Rußland wie in der letzten Zeit auch weiterhin ein leidliches bleiben. Die vernünftige Haltung des St. Petersburger Kabinetts im vergangenen Sommer ist hierfür ein Beweis. Die größte

Gefahr für die deutsch-russischen Beziehungen werden immer russische Staatsmänner wie Iswolsky und sein Lehrmeister Gortschakow sein, die, mit der Hypothek der Eitelkeit schwer belastet, um die Gunst gewisser „patriotischer" Kreise zu erringen, sich in ihrer Politik von dem slawophilen Winde treiben ließen. F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
1 !
2 Richtig
Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr gut und richtig

Nr. 11 557

Bericht des Militärattachés in Petersburg Oberstleutnants Grafen von Posadowski-Wehner

Abschrift

Nr. 4 St. Petersburg, den 4. Februar 1912

Den militärischen Mitgliedern der englischen Deputation sind während ihres Besuches einige Aufmerksamkeiten erwiesen worden. Es wurde ihnen ein Offizier, Oberst Bulgarin vom Generalstabe, zugeteilt. Man hat ihnen in St. Petersburg die Reitschule, in Moskau die Dschigitowka der Kosaken gezeigt und hat ihnen ein Frühstück im Kasino der garde à cheval gegeben. Das gewöhnliche Programm für kavalleristische Gäste. Da die Herren nun einmal durch Anlegen ihrer Uniform ihren militärischen Charakter betonten, liegt hierin nichts Außergewöhnliches.

Großes Aufsehen hat aber die Rede des Generals Bethune erregt, besonders in Verbindung mit den Nachrichten, die über das vorausgegangene Frühstück beim Präses der Landesverteidigungkommission Gutschkow durchsickerten.

Der Herr Botschafter wünschte hierüber Genaueres zu erfahren.

Da es mir wertvoll erschien, die Ansicht der offiziellen militärischen Kreise zu wissen, habe ich den General Mankewitz aufgesucht, an den sich die Militärattachés mit Anfragen zu wenden haben, und ihn offen gebeten, mir zu sagen, wie sich die Sache verhalten habe. Zur Erklärung wies ich auf die Erregung hin, die sich auf Grund dieses Vorfalls in der deutschen Presse gezeigt habe, — im Gegensatz zu ihrer vorhergehenden objektiven Stellungnahme.

General Mankewitz zeigte keine Überraschung über meinen etwas ungewöhnlichen Schritt und entwickelte mir in freundschaftlicher Weise folgendes: Die Absicht der Engländer ist klar. Sie haben mit viel Geräusch der Welt ihre vollkommene Entente mit Frankreich kundgetan und wollten nun dasselbe in bezug auf Rußland erreichen. Die Spitze ist natürlich gegen Deutschland gerichtet. Arrangiert ist die Sache von Sir Arthur Nicolson. Sie werden zugeben, daß von seiten der russischen Regierung, zum Beispiel in der Rede des

Ministerpräsidenten, große Zurückhaltung gezeigt worden ist. Von den Parlamentariern haben die wichtigsten, die Rechten, abseits gestanden. Auch die Presse hat mit einigen Ausnahmen eine ruhige Haltung gezeigt. Die russische Gesellschaft ist allerdings in ihrer herzlichen Begrüßung etwas weit gegangen. Aber Sie wissen ja, wie unsere Gesellschaft ist, undiszipliniert und leicht erregbar. Die Folge ist eine glänzende Aufnahme der Gäste gewesen.

Die militärischen offiziellen Kreise haben sich am meisten zurückgehalten. Der Kriegsminister und der Generalstabschef haben die englischen Militärs nicht eingeladen. Gutschkow, dem diese Verhältnisse natürlich genau bekannt waren, hat daher, wie ich Ihnen vertraulich sagen will, eine Taktlosigkeit begangen, indem er dieses Frühstück mit seinem militärisch-politischen Charakter arrangierte. Es ist richtig, daß der Kriegsminister, der Generalstabschef, mehrere höhere Offiziere des Generalstabs und die Mitglieder der Landesverteidigungskommission anwesend waren. Gutschkow ist ein eitler, unruhiger Mann, der immer etwas vorhaben muß. Ich glaube, er träumt davon, einmal der erste Zivilkriegsminister von Rußland zu sein. Ich selbst war nicht beim Frühstück, habe mir den Verlauf desselben aber von Oberst Bulgarin erzählen lassen. Der Ausgangspunkt der Reden ist gewesen, daß aus alten Feinden Freunde geworden sind. „Es ist ja auch richtig, daß wir mit England jetzt so stehen, daß wir keinen Krieg mehr miteinander führen werden. In allen asiatischen Fragen sind die Gegensätze beseitigt. Der einzige verbleibende Streitpunkt, die persische Frage, wird auch in der nächsten Zeit seine freundschaftliche Erledigung finden."

Aus dieser Stimmung heraus ist auch von Waffenbrüderschaft die Rede gewesen. Ich kann Ihnen aber versichern, daß das stärkste, was überhaupt gesagt worden ist, die bekannt gewordene Rede des Generals Bethune gewesen ist, wobei außerdem zu berücksichtigen ist, daß der General eine ganz unoffizielle Persönlichkeit ist.

General Mankewitz ging dann weiter auf das Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland über und versicherte, daß Rußland bei dem freundschaftlichen Einvernehmen mit England jede feindselige Absicht gegen Deutschland gänzlich fernläge. Die Länder hätten absolut keine widerstrebenden, dagegen sehr viele gemeinschaftliche Interessen. Er könne sich gar nicht vorstellen, was Rußland uns abnehmen könne. Uns läge an den Polen und an den Letten der Ostseeprovinzen doch wahrscheinlich auch nichts. Seit einiger Zeit, besonders seit der Potsdamer Zusammenkunft sei ja auch das Verhältnis zwischen den beiden Reichen durchaus freundschaftlich.

General Mankewitz würde mir natürlich, wenn Abmachungen mit England getroffen wären oder bevorständen, nicht die Wahrheit sagen. Ich glaube seinen Ausführungen aber, weil sie mit allen meinen Beobachtungen in dieser Beziehung übereinstimmen.

Auffällig war mir, daß er die englische Freundschaft auch vom militärischen Standpunkt so ernst nahm. Es steht dies im Widerspruch mit der bisherigen Stimmung in militärischen Kreisen. Man muß es als ein Zeichen nehmen, daß auch dieser kühle Kopf von der Hypnose der Festtage ergriffen worden ist. Verständlich ist daher, wenn der russische Generalstab, der die Verteidigung des ungeheuren Reichs mit seinen überall gefährdeten Grenzen zu leiten hat, es dankbar begrüßt, wenn einer der gefährlichsten bisherigen Gegner sich als Freund und gar als Waffenbruder anbietet.

(gez.) Graf von Posadowsky-Wehner
Oberstleutnant und Militärattaché

Nr. 11558

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 45 St. Petersburg, den 4. Februar 1912

Als Herr Sasonow mir vor einigen Tagen seine schönen Theorien über die Notwendigkeit „diplomatischer Rüstungen" und einer Einigung Europas zur Herbeiführung des Friedens zwischen Italien und der Türkei* entwickelte, konnte ich nicht umhin, etwas Wasser in seinen Wein zu gießen. Ich bemerkte, die Vereinigung Europas zu einer gemeinsamen friedlichen Aktion sei gewiß ein sehr schönes Ziel, welches vielleicht auch erreicht werden könnte, wenn wirklich überall in Europa der ernste Wunsch nach einer solchen Einigung bestände. In dieser Beziehung drängten sich mir aber ernste Zweifel auf. Nach meiner Ansicht könne man sich der Tatsache nicht verschließen, daß gegenwärtig in der europäischen Diplomatie mächtige Faktoren tätig wären, die alles andere als eine Einigung Europas erstrebten, vielmehr in allen Fragen unentwegt nur ein Ziel verfolgten, Europa in zwei Lager, und zwar in ein stärkeres und ein schwächeres [1] zu teilen. An diese Bemerkung, die Herr Sasonow für zu pessimistisch erklärte, knüpfte sich ein allgemeines Gespräch über die Mächtegruppierung und die Kriegsgefahren. Dabei setzte ich dem Minister auseinander, daß ich in der „Tripelentente" in dem Sinne, wie sie von vielen englischen, französischen und russischen Politikern verstanden werde, eine direkte Bedrohung des Friedens erblickte[2]. Herr Iswolsky habe mir einmal auf das bestimmteste versichert, daß es eine Tripelentente überhaupt nicht gebe, das Wort sei aber in der Presse, und zwar auch in den von den Regierungen dieser Mächtegruppierung inspirierten Zeitungen so oft gebraucht worden, daß die öffentliche Meinung Europas sich vollständig daran gewöhnt habe,

* Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXXXVII, Nr. 11 021.

die Tripelentente als vorhanden, und zwar als wichtigen Faktor in der europäischen Politik anzusehen. Wenn, so führte ich weiter aus, die Theorie von der Bedeutung des europäischen Gleichgewichts für die Erhaltung des europäischen Friedens richtig sei, was ich nicht bestreiten wollte, so liege für mich hierin nur ein Beweis für die Richtigkeit meiner Ansicht. Die russisch-französische Allianz könne allenfalls auch von uns als Friedensfaktor angesehen werden, insofern zugegeben werden könne, daß durch sie ein Gleichgewicht der Kräfte in Europa hergestellt werde. Sobald aber aus dem russo-französischen Bündnis eine Tripelentente werde, sei das Gleichgewicht gestört und damit ein für den Frieden gefährliches Moment in die europäische Lage hineingeführt[1]. Denn daß die Teilnahme Italiens am Dreibunde eine solche Englands an der anderen Mächtegruppierung nicht aufwiege, brauche wohl kaum hervorgehoben zu werden. Herr Sasonow gab die Richtigkeit dieser letzten Bemerkung ohne jede Einschränkung zu. Der Minister fuhr dann fort, es interessiere ihn von mir zu hören, daß schon Herr Iswolsky die Existenz einer Tripelentente bestritten habe*. Er könne mir nur die Richtigkeit dessen, was sein Amtsvorgänger mir gesagt habe, bestätigen. Ich würde auch bemerkt haben, daß er selbst nie das Wort Tripelentente in den Mund nehme. Einen accord à trois über allgemeine Politik, geschweige denn gegen eine bestimmte Macht gebe es nicht. Da aber Frankreich mit Rußland verbündet und mit England befreundet, da auch die Beziehungen zwischen Rußland und England sich neuerdings freundschaftlich gestaltet hätten, sei es allerdings natürlich, daß die drei Mächte in politischen Fragen oft zusammengingen. Herr Sasonow bemerkte weiter, er habe sich schon wiederholt gefragt, wer das Wort Tripelentente zuerst gebraucht und in Umlauf gesetzt habe. Ich erwiderte, vielleicht könnten ihm über diese Frage die Redakteure der „Nowoje Wremja", des „Temps" und der „Times" Auskunft geben[3].

Die Unterhaltung wandte sich dann den Ereignissen des vergangenen Jahres zu, wobei ich die Gelegenheit ergriff, dem Minister von neuem auseinanderzusetzen, daß unsere Verhandlungen mit Frankreich über Marokko an sich den Frieden Europas nicht bedroht hätten, die Gefahr eines Krieges vielmehr erst durch die herausfordernde Einmischung und Haltung Englands eingetreten sei**. In jenem Augenblick sei die Lage allerdings kritisch gewesen, und wenn die Kaiserliche Regierung damals nicht gegen ihre eigene Überzeugung die

* Dabei hat Iswolsky in seinen Pariser Berichten sich wiederholt für Bestehen und Aufrechterhaltung der Tripelentente nachdrücklichst eingesetzt. So in seinem Schreiben an Neratow vom 7. Dezember 1911: „Les événements de l'été dernier ont démontré toute la valeur de la Triple Entente comme facteur puissant pour maintenir la paix et l'équilibre en Europe." Un Livre Noir, I, 170; Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, I, 191.

** Vgl. dazu Bd. XXIX, Kap. CCXXIX.

Bedeutung gewisser englischer Kundgebungen abgeschwächt hätte, um die öffentliche Meinung in Deutschland zu beschwichtigen, würde es keiner „Fälschung“ einer Emser Depesche bedurft haben, um die Explosion herbeizuführen. Herr Sasonow bemerkte darauf, er habe nicht den Eindruck gehabt, als ob man in Deutschland sehr kriegerisch gewesen wäre[4]. Ich erwiderte, ich würde es für einen verhängnisvollen Irrtum halten, wenn der Minister sich über die Stimmung, die im vorigen Jahre in Deutschland herrschte, Illusionen machen sollte. Kriegerisch sei Deutschland gewiß nicht, das habe es vierzig Jahre hindurch bewiesen, aber wer annehme, daß das deutsche Volk den Frieden um jeden Preis wolle und diese Annahme als Faktor in seine politischen Kombinationen einstelle, würde sich nach meiner Überzeugung sehr verrechnen[5].

Herr Sasonow versuchte zwar die englische Politik zu verteidigen, wobei er darauf hinwies, daß es begreiflich sei, wenn England das rapide Wachsen unserer Seemacht mit mißtrauischen Augen betrachte, er bemerkte aber selbst, daß es besser gewesen wäre, wenn die Rede Lloyd Georges nicht gehalten worden wäre und das Londoner Kabinett durch den englischen Botschafter in Berlin seine Wünsche und Besorgnisse rechtzeitig hätte zur Sprache bringen lassen[6].

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig
[2] ja
[3] sehr gut
[4] !
[5] gut!
[6] der hat niemals irgendwelche Instruktionen

Nr. 11 559

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 55 Paris, den 10. Februar 1912

Schon vor einigen Tagen hatten einzelne Pariser Blätter wie „Lanterne“ und „Echo de Paris“ nicht ohne Besorgnis auf verschiedene Zeichen hingewiesen, die für den Wunsch Englands sprächen, eine Annäherung an Deutschland zu bewirken. Die deutschfeindlichen Ausfälle eines Teils der englischen Presse, hervorgerufen durch den Unwillen über die Verurteilung des englischen Spions Stewart*, hatten

* Der am 2. August 1911 in Bremen verhaftete englische Rechtsanwalt Bertrand Stewart war am 3. Februar 1912 vom Reichsgericht wegen Spionage zu $3^1/_2$ Jahren Festung verurteilt worden.

jedoch diese Besorgnisse zu verscheuchen vermocht. Man glaubte annehmen zu dürfen, daß sich in England ein Stimmungswechsel zu Ungunsten Deuschlands vollzogen habe und eine englisch-deutsche Annäherung daher, für die nächste Zeit wenigstens, um so weniger zu befürchten sei, als auch in Deutschland von einer solchen Annäherung nichts gehalten werde.

Bei dieser hier herrschenden Auffassung mußten die schnell aufeinander folgenden Besuche Lord Beresfords* und Lord Haldanes** in Berlin und ihre freundliche Aufnahme dortselbst naturgemäß Überraschung und Enttäuschung hervorbringen. Die französische Regierung sah sich angesichts der erregten Stimmung veranlaßt, der Agence Havas eine aus London datierte Meldung zur Veröffentlichung zu übergeben, die besagt, Lord Haldanes Besuch in Berlin habe einen rein privaten Charakter, Sir Edward Grey habe jedoch gleichwohl versprochen, Frankreich und Rußland über etwaige politische Unterredungen Lord Haldanes auf dem laufenden zu erhalten***. Auch sonst scheint vom Quai d'Orsay aus beruhigend auf die Presse eingewirkt worden zu sein, denn seit gestern widmeten fast sämtliche Pariser Blätter der englisch-deutschen Annäherung kürzere oder längere Artikel, die durchaus in ruhigem, sachlichen Tone gehalten sind. Es wird gute Miene zum bösen Spiel gemacht† und die Ansicht aus-

* Admiral Lord Charles Beresford hatte unmittelbar vor Lord Haldane privatim in Berlin geweilt. Am 7. Februar hatte der Kaiser zu seinen Ehren ein Frühstück gegeben.

** Vgl. dazu Kap. CCXLIII.

*** Tatsächlich ist das geschehen; vgl. v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 748ff., 761; Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 48f. Auch Haldane selbst trug Sorge, während seines Aufenthaltes in Berlin den dortigen französischen Botschafter Jules Cambon persönlich über seine Verhandlungen in Kenntnis zu setzen, und dieser zeigte Haldane wieder seinen darüber nach Paris erstatteten Bericht. Später hat das Pressebureau des Quai d'Orsay anläßlich der englischen offiziellen Enthüllungen über die Haldane-Mission vom 1. September 1915 (vgl. darüber „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 8. September 1915) bekannt gegeben, daß der Botschafter Paul Cambon in London von Sir E. Grey über jede Phase der Verhandlungen schleunigst unterrichtet worden sei und zum Scheitern des Haldaneschen Friedenswerks wesentlich beigetragen habe. „Der Tag" vom 3. September 1915.

† In diesem Sinne äußerte sich auch Poincaré zu Iswolsky; vgl. dessen Brief an Sasonow vom 29. Februar 1912, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 48f. Der russische Botschafter behauptete, an die Aufrichtigkeit der Poincaréschen Versicherungen zu glauben, daß die französische Regierung den gegenwärtigen Versuch Englands und Deutschlands, normalere Beziehungen untereinander herzustellen, nur begrüßen könne, und daß dieser Versuch französischerseits nicht der geringsten Befürchtung oder dem leisesten Zweifel bezüglich der absoluten Loyalität der englischen Regierung begegne. Aber Iswolsky konnte nicht umhin zu bemerken, daß in den französischen militärischen Kreisen eine etwas andere Auffassung als die, zu der sich Poincaré offiziell bekannte, vorherrsche. „Die Militärs fürchten, daß im Falle einer Verständigung zwischen England und Deutschland über

gesprochen, daß Frankreich gegen eine englisch-deutsche Verständigung, die als ein Glück für den europäischen Frieden angesehen werden müsse, nichts einzuwenden habe („Gaulois"), falls die entente cordiale nicht erschüttert werde („Lanterne", „République Française", „Echo de Paris"), England an seiner Suprematie zur See, der besten Garantie der Tripelentente, festhalte („Petite République") und Deutschland die durch die Einschränkung der Rüstungen zur See erzielten Minderausgaben nicht zur Verstärkung seines Heeres verwende („Echo de Paris", „Petit Parisien"). Größte Wachsamkeit, ein genaues Verfolgen der échanges de vue zwischen London und Berlin wird der französischen Regierung zur Pflicht gemacht („Gaulois", „Petite République", „Echo de Paris").

Lediglich „Eclair" und „Libre Parole" können ihre Verstimmung nicht verbergen und ergehen sich in leidenschaftlichen Ausfällen gegen England. Ersteres Blatt gibt der Überzeugung Ausdruck, daß Frankreich auch dieses Mal die Kosten der Verständigung werde tragen müssen, letzteres erklärt das Vorgehen Englands als direkten Verrat an Frankreich, veranlaßt durch die Angst vor Deutschland und die Enttäuschung darüber, daß Frankreich den Einflüsterungen zu einem Kriege gegen Deutschland in vorigem Jahre nicht Folge gegeben habe. Nach der Faschodakatastrophe, nach dem unglückseligen Abkommen mit Italien über Tripolis, nach dem ruinösen Abkommen der Jahre 1902 und 1904 mit Spanien, nach den Marokkoenttäuschungen endlich sei „la fin du bluff de l'entente cordiale" der fünfte Bankrott der Politik des Quai d'Orsay und derjenigen Delcassés im besonderen.

Lancken

Nachschrift Paris, den 11. Februar 1912

Der deutsch-englische Gegensatz, der durch die Reden Winston Churchills * und Großadmiral von Koesters ** abermals zum Ausdruck gelangt ist, hat in der hiesigen Presse sichtlich die Hoffnung hervorgerufen, daß auch der neuste englisch-deutsche Annäherungsversuch scheitern oder doch nur ein sehr dürftiges Ergebnis haben werde.

Lancken

die Einstellung oder zum mindesten über die Abschwächung ihrer Rivalität in der Flottenrüstung die deutsche Regierung die Verstärkung der Armee mit verdoppelten Mitteln betreiben werde, was wieder bei Frankreich und Rußland ähnliche Maßregeln veranlassen würde." Daß auch Poincaré im Herzen anders dachte, als er gegenüber Iswolsky vorgab, hat die Nachdrücklichkeit bewiesen, mit der er sich kurz darauf gegen ein deutsch-englisches Neutralitätsabkommen wandte. Vgl. dazu Nr. 11 588, S. 534, Fußnote.

* Vgl. dazu Kap. CCXLI, Nr. 11 334 nebst Anlage II.

** Auf einer Versammlung des Deutschen Flottenvereins in Leipzig am 8. Februar 1912 hatte Großadmiral von Koester unter mehrmaliger Anspielung auf Englands feindliche Haltung im Sommer 1911 den Ausbau einer starken Flotte als eine deutsche Existenznotwendigkeit bezeichnet und insbesondere den Bau eines dritten aktiven Schlachtgeschwaders gefordert.

Nr. 11 560

Bericht des Militärattachés in London Majors Ostertag

Abschrift

Nr. 105 London, den 15. Februar 1912

Der Zufall hat mir einen außerordentlich interessanten Brief eines englischen Generals an einen anderen in die Hand gespielt. In ihm bespricht der Verfasser ausführlich die Ansicht höherer französischer Offiziere über eine Kriegsführung gegen Deutschland, wobei auch die Verwendung der britischen Armee im Vereine mit französischen Armeekorps auf dem linken Flügel erwähnt wird.

Zur Erläuterung des 22 engbeschriebene Seiten langen Briefes zunächst folgendes über die in Frage kommenden Persönlichkeiten:

Der Schreiber ist Generalmajor Charles Townshend. Er hat bis zum Jahre 1909 den Orange Free State District in Südafrika befehligt und scheint seitdem mit Sonderaufträgen betraut worden zu sein. Er war im Jahre 1903 zur Stellvertretung des britischen Militärattachés in Paris kommandiert und ist seit 1911 Generalmajor. Seine Frau ist eine geborene Komtesse Cahen (nicht im Grafenkalender 1912 enthalten).

Der Empfänger des Briefes, der ihn verloren haben muß, ist allem Anscheine nach der Brigadier-General A. Haldane, Neffe des Kriegsministers, zurzeit Chef des Generalstabes des Ostkommandos und bereits als Nachfolger für das Kommando der 10. Infanteriebrigade in Shorncliffe bestimmt.

Ich kann nicht annehmen, daß der Brief an den Kriegsminister Haldane selbst gerichtet war. Es klingt sonderbar, wenn so etwas gesagt werden muß, aber der biedere Rechtsanwalt hätte das meiste daraus nicht verstanden. Es geht aus dem ganzen Ton des Briefes hervor, daß er von einem belesenen Soldaten an einen ebensolchen anderen gerichtet ist.

Als Empfänger käme höchstens noch ein Hauptmann Haldane in Frage, der sich zurzeit hier im Generalstabe befindet. Auch in diesem Falle führt mich aber der Inhalt des Briefes des Generals Townshend dazu anzunehmen, daß er eher an einen gleichaltrigen Freund als an einen um so viele Jahre jüngeren Herrn gerichtet ist.

Es ist vielleicht noch interessant zu wissen, daß Brigadier-General Haldane im Jahre 1908 als Oberst unseren Kaisermanövern in den Reichslanden als Zuschauer in Zivil beigewohnt hat (K. M., Nr. 1102/8. 08. Z 1). Er hat dann auch Baden bereist und hat unter anderem auch bei einem dort angesessenen Freunde von mir gewohnt.

In der hier folgenden, möglichst wortgetreuen Übersetzung des englischen Briefes ist alles in doppelten Klammern ((. . .)) Eingefaßte von mir hinzugefügt. Das Original des Briefes behalte ich vorläufig

zurück, um durch Korrespondenz mit dem General Townshend dessen Handschrift vergleichen zu können.

Abschrift des Briefes

Château de Champs
Seine et Marne
23. Oktober 1911

Mein lieber Haldane,

1.) Ich hatte eine lange Unterredung mit Kommandant Mordacq der Ecole de Guerre, über den ich öfter mit Ihnen gesprochen habe. Er ist jetzt zum Stabe des Generals Joffre, dem neuen Generalissimo Frankreichs, versetzt worden. Gelegentlich einer Reise nach Paris besuchte mich Mordacq in dem Hause rue Bassano, und wir besprachen die wahrscheinlichen Operationsgebiete ((zones of operations)) der französischen und deutschen Armeegruppen ((groupes of armies)) im Kriegsfalle.

2.) Wie Sie sich vielleicht besinnen, habe ich Ihnen, als ich mich im letzten Mai aus Südafrika auf drei Monate Urlaub in der Heimat befand, von meinen Unterredungen mit General Foch erzählt, dem ((damaligen)) Kommandant der Ecole de Guerre. (Er ist jetzt zum Kommandeur der 13. Division — XX. Armeekorps —, Stabsquartier Chaumont, ernannt worden.) — Ich halte General Foch für den ersten Strategen ((leading strategist)) in Frankreich und bin stolz darauf, mich einen seiner Schüler nennen zu dürfen.

2 A.) Sie werden sich vielleicht darauf besinnen, daß ich Ihnen gesagt habe, daß die Deutschen drei Eisenbahnlinien (zweigleisige) von Cöln—Coblentz ((so geschrieben)) (der Operationsbasis des deutschen strategischen rechten Flügels) nach ihrem strategischen Lager von Malmedy ((strategic camp of Malmedy)) an der belgischen Grenze und östlich Lüttich gebaut haben; daß diese drei Eisenbahnlinien durch eine wenig bevölkerte Gegend führen und daher ohne Wert für den Handel sind; daß sie die vollkommensten und neuesten Rampen und Schleifen zum Wenden der Züge besitzen, und daß außer großen Munitionsvorräten über 200 Kraftwagen unter Dach im Lager von Malmedy stehen ((garaged)) (augenscheinlich zu einem Vorstoß ((dash)) über die Grenze zur Zerstörung der an der Maas entlang führenden Eisenbahn). Diese drei Eisenbahnlinien wären imstande ((were capable)), sieben Armeekorps in vier Tagen im Lager von Malmedy zu konzentrieren.

3.) Fügt man diese Tatsachen der hinzu, daß die Deutschen das Gebiet von Elsaß-Lothringen lebhaft befestigten ((had been actively fortifying the Alsace-Lorraine Zone)) (und außerdem, daß man von den Deutschen, die von napoleonischen Prinzipien durchdrungen sind, eine große Umgehung durch Nebenmassen zur Unterstützung einer

großen Hauptmasse im Hauptangriffsfelde zu erwarten haben würde, während sie ein Nebenverteidigungsgebiet ((secondary defensive field)) mit den geringsten notwendigen Kräften nach dem Grundsatze der Ökonomie der Kräfte besetzen würden, um den Gegner in jenem Teil des Kriegstheaters zu beschäftigen und festzuhalten), so liefert dies sichere Anzeichen, daß die Deutschen Elsaß-Lothringen als Neben- oder Verteidigungsgebiet benutzen würden, um mit einem Minimum an Kräften die Franzosen in jener Richtung zurückzuhalten, während sie Belgien und Luxemburg als Haupt- oder Angriffsgebiet gebrauchen würden, ihre Hauptmasse, Luxemburg, und Nebenmasse ((secondary mass)) (Umgehungskräfte) unter dem besten Führer nach dem Oberbefehlshaber der deutschen Armeen ((under their best lieutenant to the Generalissimo of the German Armies)) über Namur und die Maas nach Frankreich hinein umgehen lassend.

4.) Derartige Dispositionen stehen im Einklange mit napoleonischen Grundsätzen unter enormem Maßstabe. (240 Meilen ((1 englische Meile = 1,609 km)) Front von Köln bis Mülhausen, in der sie 37 Armeekorps konzentrieren würden.)

General Foch war der Ansicht, daß die Sperrung der Schelde bei Vlissingen die Verpflegungsfrage für den deutschen rechten strategischen Flügel in Belgien sicherstellen sollte ((was to ensure the alimentation question usw.)). Es ist der wahre Typ der napoleonischen Entscheidungsschlacht, in der er darauf abzielte, den Feldzug mit einem Siege (Wagram, Jena) zu entscheiden nach seinem Lieblingssystem sowohl in der Strategie als in der Taktik, die Umgehungsbewegung mit einem Angriffe auf die Flanke und den R ü c k e n des Feindes zu verbinden und einen Hauptangriff auf den umgangenen feindlichen Flügel, der zur Vernichtung ausersehen war (wozu der Flügel des Gegners gewählt wurde, dessen Rückzugslinie am nächsten lag), [auszuführen]. Der nicht umgangene feindliche Flügel, der am weitesten von der feindlichen Rückzugslinie entfernt lag, wurde gewöhnlich unterdessen f e s t g e h a l t e n ((held)) durch einen fest- oder zurückhaltenden Angriff ((holding or containing attack) mittelst eines genügenden Minimums an Streitkräften (Neben- oder Verteidigungsgebiet) ((Secondary or defensive field)). Dieses Neben- oder Verteidigungsgebiet ist gleichbedeutend ((analogous)) mit ((dem Begriffe)) Nebenoperationstheater in der Strategie.

5.) Derartige Dispositionen seitens der Deutschen würden denen von 1815 gleichkommen, wo Blücher auf Köln und Wellington auf Antwerpen basierend über Namur und die Maas in Frankreich einmarschieren sollten, während die Österreicher und Russen Frankreich aus dem elsaß-lothringischen Gebiet ((zone)) betraten — (Gneisenaus Plan).

6.) Überdies würden derartige Dispositionen die in Frankreich angenommene Ansicht ((the accepted view in France)) umstoßen, nach

der sie das deutsche Haupt- oder Offensivgebiet ((the German principal or offensive field)) etwa in der Linie Stenay—Epinal erwarten.

7.) Angesichts des unter Ziffer 6 Enthaltenen studierte der französische Generalstab tatsächlich vor vier Jahren, glaube ich, sorgfältig die Linie Stenay—Belfort als eine geeignete Operationsbasis im Falle eines Krieges mit Deutschland. Von Stenay bis Belfort sind es 155 Meilen.

Da diese Ausdehnung zu groß war, wurde sie in folgende Unterabteilungen ((sectors)) eingeteilt:

A. Stenay—Toul,

B. Toul—Epinal,

C. Epinal—Belfort.

Die Vor- und Nachteile dieser drei Unterabteilungen wurden folgendermaßen zusammengefaßt:

A. Die französischen Armeen in dieser Unterabteilung zu versammeln ((to mass)) hieße den Deutschen in die Hand spielen, indem man ihnen erlauben würde, aus der Gestalt ihrer Grenze Nutzen zu ziehen, um die Franzosen nach Norden zurückzuwerfen (wie 1870) und sie von dem Gebiete zu trennen, aus dem sie das meiste an Mitteln ((resources)) beziehen könnten, sintemal der größte Teil des französischen Territoriums südlich der Loire gelegen ist.

Was die Vorteile der Unterabteilung Stenay—Toul betrifft, so würden die französischen Armeen dort in vollkommener Sicherheit hinter dem Graben ((the ditch)) und der befestigten Linie Verdun—Toul versammelt werden können ((to assemble, wohl = aufmarschieren)).

B. Die Unterabteilung Toul—Epinal. Der große Vorteil ist der, daß die französischen Armeen im Falle eines Sieges gerade gegenüber der einzuschlagenden allgemeinen Richtung stehen würden, das heißt vor der Lücke von Deux Ponts oder Zweibrücken. Ein weiterer Vorteil ist der, daß, falls die Deutschen es versuchten, die in der Unterabteilung Toul—Epinal eingerichteten ((settled)) Franzosen nach Norden zurückzuwerfen, sie dann in dem üblen ((impossible)) Vogesengebiete operieren müßten, das der Bewegung großer Truppenmassen erhebliche Hindernisse bieten würde. Und das französische Flügelkorps könnte sie in solchem Falle lange aufhalten, dabei der französischen Hauptzentralmasse ((the French principal central mass)) die Möglichkeit bietend, gegen den deutschen rechten Flügel zu manövrieren und so deren Rückzugslinie nach Deutschland zu bedrohen.

C. Die südliche Unterabteilung Epinal—Belfort wurde verworfen, da sie die deutsche Offensive erheblich erleichtert und einen bedauerlichen Eindruck ((deplorable effect)) in Frankreich machen würde ((wörtlich so)).

8.) Der gesunde Menschenverstand wies schließlich auf Toul—Epinal hin als auf die die besten Bedingungen bietende Unterabteilung für die Konzentration der französischen Hauptmassen ((Common sense then indicated on Toul—Epinal as the best all round conditions for the

French principal mass of armies to concentrate on)). Toul—Epinal — etwa 45 Meilen. Tatsächlich entspricht dies in Ausdehnung etwa der strategischen Frontbreite ((front)), die die französischen Armeegruppen bieten würden, das heißt etwa 6 Meilen oder 10 000 yards pro 100 000 Mann oder etwa 42 Meilen für 700 000 Mann.

9.) Die Wahl der Unterabteilung Toul—Epinal soll nicht etwa bedeuten, daß die beiden anderen, Stenay—Toul und Epinal—Belfort, ganz von Truppen entblößt werden sollen. Eine derartige Handlungsweise würde deutsche Kavallerieeinbrüche ((cavalry incursions)) erheblich unterstützen und im Lande einen üblen Einfluß auf die öffentliche Meinung ausüben. Deutsche Umgehungsbewegungen würden zudem bedeutend erleichtert werden. Das Prinzip der Sicherheit verlangt, daß die Flanken ((flanks)) der französischen Armeengruppe ((group of armies)) durch Kavalleriedivisionen und Flügelarmeekorps gedeckt würden, welch letztere möglicherweise nach dem Grundsatze der Ökonomie der Kräfte aus Territorialtruppen zu bestehen haben würden.

Die Kavallerie auf den Flügeln würde so zu verteilen sein, daß die Hauptmasse ((bulk)) auf den nördlichen Flügel käme, da die Gegend von Epinal und das gebirgige Vogesengebiet nur einer geringen ((insignificant)) Zahl von Kavallerie Gelegenheit zur Betätigung bieten würde. Die strategische Kavallerie steht in diesem Falle besser auf den Flügeln als vor der Front der französischen Armeegruppe, und zwar aus folgenden Gründen: Ich glaube nicht an die strategische Aufklärung durch Kavallerie, wenn die Operationsbasen oder die Aufmarschgebiete des Feindes so nahe bei einander liegen wie im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland. Welche Nachrichten könnten sie überbringen? Auf jedem Schritt würden sie mit Deckungstruppen ((troops of couverture)) zusammenstoßen. Außerdem würden die in solchem Augenblicke gewonnenen Informationen keinen großen Einfluß auf den Entschluß des Strategen haben, und auf die bereits gewählte „schwache Stelle“ ((weak point)), auf die er mit seiner Masse stoßen ((strike)) will (Prinzip der Masse).

Weiß er nicht in Friedenszeiten, wo die Hauptmasse der feindlichen Truppen sich versammeln ((assemble)) wird auf Grund der Entladerampen (und der kürzlich von den Deutschen am Lager von Malmedy an der belgischen Grenze östlich Lüttich gebauten)?

10.) Es scheint mir im Gegenteil, als ob strategische Kavallerie im Prinzip viel besser auf den Flügeln steht, wo sie (von Flugzeugen unterstützt) von großem Nutzen sein kann, indem sie jede Bewegung feindlicher Massen gegen einen der Flügel der französischen Armeegruppe signalisiert (die Deutschen sind mit der napoleonischen Umgehungsbewegung verheiratet ((are wedded)) —), die sie auch durch Karabinerfeuer und reitende Artillerie verzögern ((retard)) kann. Dann, am Tage der großen Schlacht, müßte die strategische Kavallerie sich

an die Armeengruppe heranziehen ((draw in to)), um bei dem Entscheidungskampfe mitzuwirken.

11.) Als ich Mordacq am 22. Oktober ((Datum des Briefes: 23. Oktober)) in Paris sah, stimmte er meinen Ideen hinsichtlich der Ziffern 3, 4 und 5 nicht zu, weil nach seiner Ansicht das deutsche Eisenbahnnetz ((system)) die Auffassung des französischen Generalstabes in dieser Sache sehr begünstigte, wie ich sie unter Ziffer 6, 7 und 8 in diesem Briefe ausgedrückt habe.

12.) Er hält dafür, daß infolge der obigen Ziffer 11 die deutsche Hauptmasse ((im Briefe rot unterstrichen)) aus der Linie Luxemburg—Arlon etwa über Metz—Conflans—Verdun ((rot unterstrichen)) vorgehen wird ((he considers that in consequence of paragraph 11 above, the German principal mass will advance from Luxemburg—Arlon on a line Metz—Conflans—Verdun)). So würden sie ((die Deutschen)), von ihrem Eisenbahnnetz begünstigt, sofort in Frankreich sein ((hier sind die Worte „in the heart of" vor „France" gestrichen)).

So würde nach Mordacqs Ansicht das deutsche Hauptoffensivgebiet ((principal offensive field)) annähernd ein Viereck Stenay, Saarlouis, Bar-le-Duc, Straßburg darstellen, das Gebiet der drei Flüsse Maas, Mosel und Saar.

Sie ((die Deutschen)) würden zwei Neben- oder Verteidigungsgebiete ((rot unterstrichen)) haben, und zwar:

a) südlich Straßburg etwa in der Linie Straßburg—Mülhausen,

b) und das andere Neben- oder Verteidigungsgebiet etwa in der Linie Mézières, Rocroi, Maubeuge.

Diese beiden Neben- oder Verteidigungsgebiete würden durch die Mindestzahl an notwendigen Kräften besetzt sein, genügend, um feindliche Truppen in diesen Zonen festzuhalten, etwa zwei Armeekorps in jedem Neben- oder Verteidigungsgebiete. Um diesen Maßnahmen ((arrangements)) zu begegnen, denkt sich Mordacq die französischen und englischen Armeen folgendermaßen verteilt:

Haupt- oder Offensivgebiet ((rot unterstrichen — Principal or offensive field)) — annähernd ((roughly)) dem Dreieck Metz—Vouziers—Epinal, in dem die Hauptmasse ((Principal mass)) von etwa 14 französischen Armeekorps operieren würde.

Ein Neben- oder Verteidigungsgebiet besetzt von einer britischen Armee und zwei französischen Armeekorps etwa auf der Linie Maubeuge—Mézières.

Ein weiteres Neben- oder Verteidigungsgebiet besetzt durch etwa zwei französische Armeekorps annähernd auf der Linie Epinal—Belfort; möglicherweise würde ein Armeekorps für diese Linie genügen (Prinzip der Ökonomie der Kräfte).

13.) Mordacq glaubt nicht, daß die Deutschen eine große strategische Umgehungsbewegung über Namur und die Maas unternehmen werden,

wie die „Times“ im vorigen Februar dachte, weil sie in jenem Teil Frankreichs so leicht gehemmt ((checked)) und zum Stillstand gebracht werden kann, und weil das deutsche Eisenbahnnetz ein schnelles Einrücken ihrer ((der Deutschen)) Massen in Frankreich begünstigt, wie unter obiger Ziffer 12 erwähnt.

Mordacq befindet sich sicherlich in der Lage, die Ansicht des französischen Generalstabes zu kennen*; er ist eine wohlbekannte Autorität für Strategie; er war die rechte Hand ((the right hand man)) des Generals Foch, des eminenten Strategen und früheren Kommandeurs der Ecole de Guerre, jetzigen Kommandeurs der 13. Division in Chaumont, und der ihn zweifellos dem neuen Generalissimo der französischen Armee, dem General Joffre, empfohlen hat.

Ich habe mir gedacht, daß diese Fragen Sie interessieren werden, und ich habe sie direkt meinem Tagebuch entnommen. C'est assez intéressant, n'est-ce pas?

Immer Ihr

(gez.) Charles Townshend

P.S. Hinsichtlich Ziffer 12 würde die deutsche strategische Front von Namur bis Belfort gegen 250 Meilen betragen.

Nach alledem, was ich von der „Doktrin“ der französischen Schule kenne, glaube ich ((I should say)), daß der Generalissmus der Hauptmasse der französischen Armeengruppe (the principal Mass of the French group of armies) nach dem Grundsatze der Ökonomie der Kräfte alle seine verfügbaren Armeekorps, etwa 15 oder 16, in einer Hauptmasse vereinigen wird, als Flügelarmeekorps und für die Neben- oder Verteidigungsgebiete (2) nur das Mindestmaß übriglassend (Prinzip der Sicherheit). Er wird ohne Verzögerung ((delay)) handeln, sobald er alle seine Streitkräfte konzentriert hat, da eine Hauptlehre des Krieges in der Mandschurei diejenige ist, daß der Stratege nicht auf Information (Aufklärung) warten darf, ehe er die Offensive ergreift, aus dem Grunde, daß er niemals eine vollkommene Information erhalten wird. Sein Nachrichten- und Spionagewesen, die Entladerampen im Frieden, seine strategische Kavallerie

* Tatsächlich rechnete man im französischen Generalstabe in erster Linie mit dem deutschen Einmarsch in Belgien; vgl. das französische Generalstabswerk: Les Armées Françaises dans la Grande Guerre, I, 13, 15. Auch der Leiter des Departements für militärische Operationen im englischen Generalstab General Wilson teilte diese Auffassung durchaus; vgl. seine von W. S. Churchill (The World Crisis, p. 56 ff.) wiedergegebenen Ausführungen in der Sitzung des Committee of Imperial Defence vom 23. August 1911. Dementsprechend wurde auch in den englisch-französischen Kooperationsplänen für den Krieg seit dem Sommer 1911 über die englischen Truppen derart disponiert, daß sie, auf dem linken Flügel der französischen Armee stehend, sofort auf dem belgischen Kriegsschauplatz eingreifen konnten. Näheres darüber im französischen Generalstabswerk, a. a. O., I, 49 s.

und jene neuen Agenten und Gehilfen bei der Aufklärung — die Flugzeuge — werden ihm genügende Hinweise auf den ungefähren Aufenthaltsort ((the whereabouts)) der feindlichen Hauptstreitkräfte geben.

Sobald dann der Oberbefehlshaber ((C. i. C. = Commander-in-Chief)) alles konzentriert und sich seinen Plan gemacht hat, wird er nur noch einen Gedanken haben, den, mit allen vereinten Kräften gerade auf sein Ziel ((object)) loszumarschieren (die Hauptstreitkräfte des Feindes im Felde). Er darf nicht vorgehen, ehe er alle seine Kräfte konzentriert hat, da er sonst das Prinzip der Ökonomie mit darauf folgender unvermeidlicher Niederlage brechen würde. Es schadet nichts, falls der Feind ein paar Stunden oder einen Tag vorher den Vormarsch antritt. Er ((der C. i. C.)) wird sich vom Feinde nicht seinen Willen hinsichtlich der Wahl des Angriffspunktes aufdrängen lassen. Ich glaube, daß der französische Oberbefehlshaber unter Vornahme der rechten Schulter vorgehen und die feindliche linke Flanke und den Rücken ((rear)) angreifen würde, da dies das drohendste für die feindlichen rückwärtigen Verbindungen ((line of Communications)) und den Rückzug sein würde, das ist ein Angriff in nordwestlicher Richtung, weil der feindliche linke Flügel im Prinzip der schwächste Punkt wäre.

Der Krieg in der Mandschurei liefert von diesem Gesichtspunkte aus außerordentlich interessante strategische Lehren. Kuropatkin glaubte, daß er nicht vormarschieren und eine Schlacht liefern könne, bevor er genaue Nachrichten über die Stärke und die Stellungen des Feindes eingezogen hätte. Seine gesamte Korrespondenz spricht von dieser Vorsichtsmaßregel. Heutzutage ist aber jenes gerade das, was man nie genau erhalten wird. So bekam es auch Kuropatkin nicht. Er wartete untätig ab und wurde folglich geschlagen.

15.) Sowohl der Sieger als der Besiegte werden wahrscheinlich nach der ersten Schlacht eine neue Operationsbasis wählen müssen; kurz, mehrere Operationsbasen nacheinander (sehr durch Eisenbahnen erleichtert, die eine neuzeitliche Basis wesentlich beweglich ((essentially mobile)) gestalten).

Natürlich gibt es viele, die behaupten, ein Krieg werde nach der ersten Schlacht zu Ende sein, daß er überhaupt bald beendigt werden würde, daß der Besiegte sofort den Frieden erbitten werde. Sie sagten es schon vor dem Russisch-Japanischen Kriege. Nach Liaoyang kam aber Mukden.

Betrachten wir beispielsweise einen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland. Nehmen wir an, die Hauptmasse der Franzosen sei an der Meurthe oder der Mosel geschlagen. Wohin wird sie zurückgehen? Auf Paris oder auf Mézières? Es wäre ein Wahnsinn, den Deutschen eine Wiederholung ihres strategischen Manövers von 1870 zu gestatten, dabei die französische Armee aller der von dem reichsten

Teile Frankreichs südlich der Loire dargebotenen Mittel beraubend. Dementsprechend würde die geschlagene französische Armeengruppe auf die untere Seine ((muß wohl „obere Seine" heißen)) zu dirigieren sein. Sie würde dort eine neue Operationsbasis finden, deren Rahmen ((skeleton)) durch ein oder zwei provisorisch befestigte Plätze angegeben würde, zum Beispiel Dijon ((outlined by one or two temporary strong places)). (General Langlois hat hinsichtlich dieser temporären Befestigungen vorgeschlagen, daß sie von Territorialtruppen zu organisieren seien, und hat darauf gedrängt, daß zu diesem Zwecke rollende Depots von Befestigungsmaterial ((rolling depots of fortification material)) an Eisenbahnknotenpunkten und wichtigen Eisenbahnstationen errichtet würden. Ob die französische Regierung diese Vorschläge angenommen hat, weiß ich nicht. Ich halte sie aber für äußerst wertvoll, da derartige „feste" Plätze ((strong places)) in etwa zehn Tagen eingerichtet werden könnten, die als erstklassige Stützpunkte für diese aufeinander folgenden Operationsbasen dienen würden.)

Angenommen, die französischen Armeen wären an der unteren ((muß wohl „oberen" heißen)) Seine wiederum geschlagen, so würden sie an der Loire eine neue Operationsbasis finden, usw. — Man könnte einwenden, daß ein solcher Krieg nicht mehr möglich ist. Er ist es aber nicht nur, sondern er ist sogar sehr wahrscheinlich. Die Nation, die nach der ersten Niederlage nachgibt, muß weiter fortfahren, wenn sie nicht unterzugehen wünscht. „Ein Volk ist nicht besiegt bis zu dem Augenblicke, wo es zugibt, besiegt zu sein; wenn es den Feind im Bringen von Opfern übertrifft, so wird es sich immer einen ehrenvollen Frieden sichern" (Hauptmann Gilberte). So war auch die Theorie Gambettas. Er verstand wohl, daß die Deutschen im Jahre 1871 kriegsmüde waren und sich nach dem Frieden sehnten. Hätte Frankreich nur bis auf den letzten Mann widerstanden!! — Es wäre wohl in der Lage dazu gewesen. Die beweisenden Dokumente liegen vor uns. Hätte Frankreich dies getan, so hätte es mindestens Lothringen gerettet.

In gleicher Weise kann gezeigt werden, daß die französischen Armeen nach dem ersten Siege eine neue und vorzügliche Basis am Rhein finden würden (nachdem sie Straßburg und Metz nach dem Prinzip der Ökonomie der Kräfte mittelst Territorialtruppen maskiert hätten). Von dort würden sie über Mainz auf Berlin vormarschieren und dadurch Norddeutschland von Süddeutschland mit seinen verschiedenen Interessen und Gefühlen ((sentiments)) trennen.

Bemerkungen zum Briefe

Wenn der Inhalt dieses Briefes tatsächlich die Gedanken des französischen Generalstabes über den Aufmarsch der Armeen Frankreichs

und Englands in einem Kriege gegen uns wiedergibt — und es liegt vorläufig kein Grund vor, das Gegenteil anzunehmen —, so wäre durch dessen Kenntnis viel gewonnen. Es wäre auch ein erneuter Beweis dafür geliefert, wie gut und zweckmäßig jede unserer militärischen Vorsichtsmaßregeln den Engländern gegenüber angebracht ist. Sie stehen mit den Franzosen in militärischen Dingen vielleicht näher, als wir bisher geglaubt haben*.

Die noch im letzten Herbste häufig auftauchende Theorie, daß die englische Expeditionsarmee im Kriegsfalle in Belgien gelandet worden wäre, hauptsächlich zur Besetzung Antwerpens als Operationsbasis gegen unseren rechten Flügel, würde wieder in den Hintergrund treten müssen. Die Landung hätte wohl in Frankreich stattgefunden. Für uns wäre es freilich bei weitem die glücklichste Lösung, wenn die Engländer und Franzosen in einem Zukunftskriege wirklich Schulter an Schulter gegen uns zu kämpfen beabsichtigten. So könnte mit beiden gleichzeitig abgerechnet werden, und wir brauchten unsere Streitkräfte nicht zu teilen.

Dem englischen Stolz muß es meines Erachtens etwas nahe gehen, nicht zu einer Verwendung bei den offensiven Hauptstreitkräften, sondern bei einer Defensivflanke in einem Nebenoperationsgebiete vorbestimmt zu sein, und zwar aller Wahrscheinlichkeit nach obendrein noch unter französischer Aufsicht. Ich habe hier erfahren, daß der französische General Comte du Pontavice de Heussey, im Jahre 1909 Kommandeur der Artillerie des XIV. Armeekorps in Grenoble, im Kriegsfalle für das britische Armeehauptquartier ausersehen sein soll. Dafür spricht, daß er früher hier in London französischer Militärattaché gewesen ist und daher die Engländer und ihre Sprache gut kennt, und daß er sporadisch auf kurze Zeit hier auftaucht. Er nahm im Jahre 1909 offiziell an den englischen Armeemanövern teil, wobei ich ihn als einen vornehmen, wohltuend ruhigen und zurückhaltenden, perfekten Gentleman kennen lernte.

Als sein Pendant im französischen Großen Hauptquartier schien bisher der britische General Sir James Grierson bestimmt zu sein, der frühere Militärattaché in Berlin. Sein Bewandertsein sowohl mit unserer als auch der französischen Armee, seine guten Sprachkenntnisse und seine häufigen offiziellen und inoffiziellen Besuche in Frankreich ließen seine Wahl auch für wahrscheinlich gelten. Da er aber im Frühjahr Kommandierender General des Ostkommandos wird, so halte ich es nicht für ausgeschlossen, daß ein anderer Offizier an seiner Stelle als britischer Vertreter im französischen Hauptquartier bestimmt wird.

(gez.) Ostertag

---

* Vgl. dazu Bd. XXIX, Kap. CCXXIX, Nr. 10652, Fußnote **.

Nr. 11 561

Der Marineattaché in London Korvettenkapitän Widenmann an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Abschrift

London, den 16. Februar 1912

Der Militärattaché hat am gestrigen Tage einen Bericht (Nr. 105)* eingereicht, in dem der Kriegsplan der französisch-englischen Armee gegen Deutschland besprochen wird. Der Bericht ist auf einen Brief eines englischen Generals begründet, der nach enger Fühlung mit den bedeutendsten französischen Führern an einen englischen Kameraden über das gemeinsame englisch-französische Vorgehen zu Lande schreibt.

Auch dieser Brief ist natürlich keine offizielle Bestätigung der über diese englischen Absichten schon bestehenden Nachrichten, er ist jedoch eine so ernst zu nehmende Erhärtung, daß man mit dem Bestehen eines gemeinsamen englisch-französischen Operationsplanes wird rechnen müssen.

Der Brief bestätigt in dürren Worten, daß das englische Expeditionskorps (160 000 Mann bestgeschulter und bestbewaffneter Kerntruppen) den linken Flügel der französischen Armee verstärken soll.

Die weiteren strategischen Ausführungen für den Landkrieg interessieren an dieser Stelle nicht. Für die Aufgabe der deutschen Flotte ist nur eins von Wichtigkeit: „Die englische Armee kann nur auf dem Seewege nach Frankreich gebracht werden und wird während der Überfahrt von der englischen Flotte gegen Störungen unsererseits beschützt werden müssen." —

Die Admiralty scheint unserer an und für sich defensiven Flotte so viel offensiven Geist zuzutrauen, daß sie den Schutz des Expeditionskorps während der Überfahrt erst dann übernehmen will, wenn die Seeherrschaft in englischen Händen ist, oder, was dasselbe bedeutet, wenn die deutsche Flotte aufgehört hat, eine Gefahr für die Überführung des Expeditionskorps zu sein. Über diesen Punkt gehen, wie bekannt, die Ansichten der englischen Admiralty und des War Office auseinander.

Aus der über diese Meinungsverschiedenheit in echt englischer Weise entstandenen offenen Debatte sind meiner Ansicht nach die Bedenken der Admiralty für uns von größter Bedeutung.

Man müßte diese Bedenken dadurch zu steigern suchen, daß man von der in der deutschen Bucht der Nordsee in strategischer Defensive konzentrierten deutschen Flotte dauernde Vorstöße gegen die englischen Flottenteile unternehmen ließe, damit das Gefühl, in der

* Siehe Nr. 11 560.

deutschen Flotte eine wirkliche „fleet in being" vor sich zu haben, unter keinen Umständen bei der englischen Flotte verloren geht. Je verlustreicher diese Vorstöße für die englische Flotte oder einzelne ihrer Teile sein werden, um so mehr wird die Aussicht auf die sichere Überführung des englischen Expeditionskorps schwinden. Die Entscheidungsschlacht müßte so lange wie möglich hinausgeschoben werden, um nicht durch einen möglichen englischen Sieg die Admiralty von der Angst vor der „fleet in being" mit einem Schlage zu befreien*. —

Je größer und dauernder die deutsche Flottenkonzentration schon in Friedenszeiten in der Nordsee sein wird, um so mehr wird man in England trotz des defensiven Grundgedankens an den offensiven Geist der deutschen Flotte glauben lernen, und um so günstiger wird daher ihr Einfluß auch auf den von uns zu führenden Landkrieg werden.

Nur wenn unsere Flotte den rechten Flügel der deutschen Armee in der Nordsee verlängert und verstärkt, wird sie ihre wahre Aufgabe erfüllen, die meiner Ansicht nach darin besteht, die Arbeit der Armee auf dem Kontinent zu unterstützen.

(gez.) Widenmann

Nr. 11 562

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 70 Paris, den 27. Februar 1912

In einem „L'Angleterre, l'Allemagne et la France" überschriebenen Artikel der „Revue hebdomadaire" vom 24. d. Mts. weist Herr Hanotaux darauf hin, daß die Reise Lord Haldanes nach Berlin und ihre Folgen** die von ihm seit vier Jahren vertretene Anschauung[1] von der Möglichkeit einer deutsch-englischen Verständigung gerechtfertigt erscheinen lasse. In der Tat schließe, wie er schon des öfteren dargelegt habe, die Verschiedenheit der Interessen der beiden Länder, insbesondere ihre wirtschaftliche Rivalität, eine Verständigung zwischen ihnen keineswegs aus, und zwar um so weniger, als das englische ebenso wie das deutsche Volk durchaus friedliebend sei und auch Seine Majestät der Kaiser trotz gelegentlicher kriegerischer Äußerungen (ich möchte ganz besonders auf die auf Seite 437 erwähnten, angeblich dem General de Boisdeffre gegenüber gebrauchten Worte hinweisen:

* Diese Stelle des Widenmannschen Berichts ist von Interesse im Hinblick auf die späteren Kontroversen über das Einsetzen der Schlachtflotte nach dem Ausbruch des Weltkrieges 1914.

** Vgl. dazu Nr. 11 559 und Kap. CCXLIII.

„Il est des guerres nécessaires, et c'est à Londres que je signerai la paix du monde[2]") stets friedliebende Gesinnung bewiesen habe.

Wenn gleichwohl das Gerücht einer deutsch-englischen Verständigung in Frankreich einen so tiefen, peinlichen und nachhaltigen Eindruck habe hervorrufen können, so sei dies darauf zurückzuführen, daß die öffentliche Meinung sich in einem zwiefachen Irrtum, einem pessimistischen und einem optimistischen, befunden habe. Der pessimistische bestehe in der beständigen, völlig unbegründeten Angst vor einem deutschen Angriffskrieg, der optimistische dagegen in dem blinden Vertrauen auf die entente cordiale[3]. Frankreich habe ihr in den letzten Jahren alle seine Interessen untergeordnet, sich in die Einkreisungspolitik König Eduards VII. eingelassen und dadurch in der bosnisch-herzegowinischen Angelegenheit, in Konstantinopel, Kreta, Asien und schließlich in Marokko nur Schlappen erlitten. Größere Unabhängigkeit hätte Frankreich sicherlich mehr Vorteile gebracht. Während Frankreich die entente cordiale vom sentimentalen Standpunkt aus als „une camaraderie, une douce et confiante intimité" betrachtet habe, sei sie für die praktischen Engländer lediglich ein Geschäft gewesen. Die Einkreisungspolitik sei mißglückt, so suche sich denn England mit Deutschland zu verständigen. Sollten, wie versichert werde, die portugiesischen Kolonien in Afrika und Belgisch-Kongo den Gegenstand dieser Verständigung bilden, so werde sie nicht zum Vorteil Frankreichs sein; „car c'est sur nous que pèserait désormais le poids de la poussée germanique".

Am Schlusse seines Artikels warnt Hanotaux vor gefährlichen Illusionen, dem Festhalten an einem système naufragé und tritt für eine Festigung des französisch-russischen Bündnisses ein.

Erwähnt sei in diesem Zusammenhange, daß der bekannte René Millet in der heutigen „France" in gleicher Weise wie Hanotaux gegen ein rücksichtsloses Festhalten an der entente cordiale auftritt. Er erwähnt die ihm aus Madrid zugegangene Nachricht, wonach damit zu rechnen sei, daß Spanien in den gegenwärtigen Verhandlungen mit Frankreich auf Veranlassung Englands die Abtretung Orans verlangen werde, und um diejenigen französischen Politiker zu ironisieren, die bereit seien, alles der entente cordiale und der Tripelentente zu opfern, legt er einer „haute personnalité politique française", welcher er sein peinliches Erstaunen über jenes Verlangen geäußert haben will, folgende Worte in den Mund: „A tout prix il faut conserver l'amitié de l'Angleterre. Il est vrai que nous l'avons déjà payée du Bar-el-Ghazal, de l'Abyssinie, de l'Egypte, de Terre-Neuve, de la moitié des Nouvelles Hébrides, du Bas-Niger et du tiers du Maroc. Mais si elle nous demande encore, pour l'Espagne, un morceau de l'Algérie, on le donnera. Car pour tout bon Français il n'y a qu'un problème au monde: Triple-Entente contre Triple-Alliance[4]. Le reste, fût-ce un empire à défendre ou une nouvelle France à fonder, est chose accessoire,

contingente, fortuite et périssable. Les alliances, c'est la politique en soi. Elle se suffit, comme le bon Dieu."

Lancken

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] So?
[2] Gelogen! habe ich nie gesagt
[3] sehr gut
[4] balance of Power!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Ausgezeichnet

Nr. 11 563

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 154 Paris, den 11. Mai 1912

Die hiesige Presse beschäftigt sich sehr eifrig mit der als unmittelbar bevorstehend angesehenen Ernennung des Freiherrn von Marschall zum Botschafter in London * und mit den daran geknüpften Meldungen über deutsch-englische Annäherungsverhandlungen. Ebenso wie seinerzeit anläßlich der Mission Lord Haldanes nach Berlin werden auch diesmal sehr mißtrauische Kommentare laut. Die französische Regierung hat sich bereits durch Vermittelung der ihr nahestehenden Blätter bemüht, den hier wachgerufenen sehr lebhaften Argwohn durch die Versicherung zu beschwichtigen, daß die entente cordiale dank der über jeden Zweifel erhabenen Loyalität Englands von einer Aussöhnung zwischen Berlin und London keinerlei Schwächung zu besorgen habe. Im übrigen werde Frankreich vom Foreign Office getreulich über den Gang der Verhandlungen auf dem laufenden erhalten werden.

Die Beruhigungsnote findet allerdings keinen sehr starken Widerhall in der Presse. Im Gegenteil geben zahlreiche Blätter ihrem Unbehagen und ihrer Verstimmung einen noch verschärften Ausdruck und warnen England unter Hinweis auf die schlimmen Erfahrungen Frankreichs bei den vorjährigen Marokkoverhandlungen dringend davor, sich mit Deutschland in irgend welche Besprechungen einzulassen. Charakteristisch ist in dieser Hinsicht die Äußerung der heutigen „Liberté": „L'Allemagne veut vendre des mots contre des faits et des formules contre des territoires. Il reste à savoir jusqu'où l'Angleterre entend, après la France, assurer l'essor de ce trafic." Die „Opinion" meint: „D'un cœur léger, l'Angleterre s'engage sur la route qui conduit

* Vgl. dazu Kap. CCXLIII, Anhang.

à Agadir." Interessant ist auch die Äußerung des „Echo de Paris": Deutschland benutze den psychologischen Augenblick, wo die Haltung Englands bei den spanisch-französischen Verhandlungen die Gemüter der Franzosen mit so viel Bitterkeit erfüllt habe, um in die entente cordiale eine Bresche zu schlagen.

Bemerkenswert erscheint es mir auch, daß die Meldung über die angebliche Abtretung Sansibars an Deutschland, welche den Preis für den deutsch-englischen Ausgleich bilden solle*, zuerst in einigen von der Preßabteilung des Quai d'Orsay inspirierten Blättern veröffentlicht wurde. Vielleicht bezweckte man durch die Lancierung dieses Gerüchts, in der öffentlichen Meinung Englands gegen die Annäherungsbestrebungen Stimmung zu machen.

Lancken

Nr. 11 564

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 155 Paris, den 13. Mai 1912

Die Nervosität, die hier aus Anlaß der bevorstehenden Entsendung des Freiherrn von Marschall nach London hervorgetreten ist, nimmt sichtlich mit jedem Tage zu. Es dürften verschiedene Umstände sein, die hierzu beitragen. Zunächst hat die Raschheit, mit der die deutsche Heeresvorlage entgegen den hier offenbar gehegten Erwartungen vom Reichstage angenommen wurde**, sichtlich Eindruck gemacht; sodann greift die Erkenntnis immer mehr um sich, daß man den deutschen Armeeverstärkungen kein wirksames Paroli werde bieten können; und ferner wird die dadurch hervorgerufene Beunruhigung noch gesteigert durch die Erwägung, daß die marokkanischen Schwierigkeiten wohl eine weitere sehr beträchtliche militärische Kraftanstrengung auf Kosten der Armee des Mutterlandes notwendig machen werden.

Trotzdem man sich hier bemüht hat, den Anschein zu erwecken, als ob die Mission des Freiherrn von Marschall die internationale Stellung Frankreichs in keiner Weise beeinträchtigen könne, so geht aus den Erörterungen der Presse über die Karlsruher Besprechungen*** doch deutlich hervor, daß diese Zuversicht im Grunde genommen nicht

---

* Vgl. dazu Kap. CCXLIV.

** Die Annahme war am 10. Mai erfolgt.

*** Am 11. Mai hatte sich der zum Nachfolger Graf Metternichs ausersehene Botschafter Freiherr von Marschall in Karlsruhe bei dem eben von Korfu zurückgekehrten Kaiser gemeldet. Vgl. Kap. CCXLIII, Anhang, Nr. 11 427 und 11 428.

aufrichtig ist. Welch ernste Befürchtung man vor einem Erfolge deutsch-englischer Annäherungsverhandlungen hegt, wird auch schon an den Mitteln erkennbar, zu denen man greift, um dem Freiherrn von Marschall die Aufgabe in London zu erschweren. Einen besonders perfiden Streich hat in dieser Richtung der „Temps" versucht, indem er in einer angeblichen Konstantinopler Depesche die Nachricht lancierte, daß Freiherr von Marschall den Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung" Weitz nach London mitnehmen wolle: l'agent actif, ingénieux et audacieux de l'Ambassade d'Allemagne, le distributeur de consignes, l'inspirateur de journaux, l'émissaire politique et financier de l'Ambassadeur. Andere Blätter, so „Figaro" und „Journal des Débats", haben die Nachricht auch schon in der vom „Temps" beabsichtigten tendenziösen Weise aufgegriffen und unverblümt angedeutet, daß Herr Weitz zur Bestechung der englischen Presse benutzt werden soll. Man gibt sich offenbar der Hoffnung hin, durch diese Verdächtigung den Argwohn der auf ihre Unabhängigkeit und Unbestechlichkeit so stolzen englischen Blätter im voraus gegen Freiherrn von Marschall wachzurufen.

Lancken

Nr. 11 565

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 166 Paris, den 22. Mai 1912

Schon geraume Zeit vor Bekanntwerden des Zwischenfalles Iswolsky-Louis* hatte mein russischer Kollege viel von dem sympathischen Nimbus verloren, der hier ipso facto den Vertreter der nation amie et alliée zu umgeben pflegt. Die Gründe lagen weniger auf politischem wie auf gesellschaftlichem Gebiet. Herrn Iswolskys unverbesserlicher Snobismus hatte ihn verführt, seinen Verkehr fast ausschließlich in den Salons der vornehmen Welt zu suchen. Das hat die Republikaner natürlich verschnupft. Aber selbst in den von ihm bevorzugten Kreisen hat Herrn Iswolskys Persönlichkeit wenig Anklang gefunden. So charmant man allgemein seine Gattin fand, die sich den schmeichelhaften Beinamen „le sourire de Paris" zu erwerben gewußt hat, so wenig inneren Wert erkannte man Herrn Iswolsky selbst zu. Im Klub fand das Wort eines alten witzigen Herrn viel Beifall, der meinte:

* Näheres darüber vor allem in dem Buche von Ernest Judet, George Louis, p. 27 ss., und in der Zusammenstellung von Fr. Stieve in Die Kriegsschuldfrage, Jg. III, S. 133 ff.; vgl. auch Stieve, Iswolski und der Weltkrieg, S. 54 ff.

Sa manière diplomatique tient en trois mots: Dissimulation, agitation, infatuation — au demeurant, quel charmant causeur!

Die geringen Sympathien für den russischen Botschafter haben noch eine weitere Verminderung erfahren, seitdem man hier herausgefunden hat, daß er sehr eifrig und intim mit Herrn Tittoni*, dem Freunde von Racconigi, zu verkehren pflegt. Von dieser Beobachtung bis zu dem Glauben, daß er im Verein mit dem italienischen Kollegen die Fäden aller mit dem italienisch-türkischen Konflikt zusammenhängenden Verwickelungen spann, war nur ein kleiner Schritt.

Dem Faß den Boden ausgeschlagen hat nun Herrn Iswolskys Versuch, die Abberufung des französischen Botschafters Louis von Petersburg zu erreichen. Es ist zwar dementiert worden, daß er einen förmlichen Antrag in dieser Richtung gestellt habe, Tatsache aber ist — Iswolsky gesteht es in vertraulichem Gespräch selbst zu —, daß er den Zeitpunkt, wo hier diplomatische Veränderungen im Gange waren, dazu benutzt hat, um zu bemerken, daß es in Petersburg nicht ungern gesehen würde, wenn Herr Louis, der sich dort bekanntlich nicht wohl fühle und nicht immer volles Verständnis für die russische Politik zeige, durch eine geeignetere Persönlichkeit ersetzt würde.

Ohne sagen zu wollen, daß nicht seit den Tagen der Potsdamer Entrevue und namentlich in letzter Zeit anläßlich der Versuche der Vermittelung zwischen Italien und der Türkei manche Unstimmigkeiten zwischen Petersburg und Paris, mit oder ohne Schuld des französischen Vertreters an der Newa, vorgekommen sind, glaube ich doch, daß bei dem Wunsche, Herrn Louis ersetzt zu sehen, mehr Rücksichten gesellschaftlicher wie politischer Natur mitgesprochen haben. Es ist auch hier längst kein Geheimnis, daß Herr Louis trotz seiner geschäftlichen Tüchtigkeit ebensowenig wie seine Vorgänger Admiral Touchard und Herr Bompard es verstanden hat, sich in Petersburg besonderes Ansehen und allgemeine Beliebtheit, namentlich in gewissen großfürstlichen Kreisen, zu erwerben. Schon seine Ernennung hatte zu der boshaften Bemerkung Anlaß gegeben: Dans le temps la France envoyait de grands noms la représenter à l'Etranger, puis c'étaient de petits noms, maintenant ce ne sont plus que des prénoms. In letzter Zeit sollen noch einige besondere Beweise gesellschaftlicher Unbeholfenheit von Madame Louis die Mißstimmung Petersburger Hofkreise vermehrt haben.

Mögen nun die russischen Klagen gegen Herrn Louis ernst begründet sein oder nicht, jedenfalls hat die Demarche Iswolskys hier tief verstimmt und, nachdem sie infolge der hier üblich gewordenen Indiskretionen bekannt geworden, eine Flut gehässiger Preßangriffe nicht nur gegen den „intriganten und anmaßenden" russischen Botschafter, sondern auch gegen die „immer mehr an innerem Wert verlierende" russische Allianz losgelöst, so zwar, daß der aufs äußerste

* Italienischer Botschafter in Paris.

gereizte Botschafter sich zu sehr heftigen Vorstellungen am Quai d'Orsay veranlaßt sah und damit seiner Unbeliebtheit noch weitere Nahrung gab. Man hat den Preßsturm zu beschwichtigen und die Sache durch eine offiziöse Kundgebung beizulegen versucht, welche ungefähr besagte, daß die Abberufung Herrn Louis' zurzeit nicht zur Frage stehe, und daß der Ministerpräsident bald anläßlich seiner als Gegenbesuch für Sasonows vorjährigen Besuch geplanten Reise nach St. Petersburg etwaige Mißverständnisse aufklären werde. Hiernach darf wohl angenommen werden, daß die Abberufung Herrn Louis' im Prinzip zugestanden ist, aber erst in ruhigeren Zeiten zur Ausführung kommen wird. Man ist hier allgemein der Ansicht, selbst in Kollegenkreisen, daß auch die Stellung Herrn Iswolskys derart erschüttert sei, daß er nicht mehr lange hier bleiben könne. Es fällt mir indessen schwer zu glauben, daß man in Petersburg geneigt sein dürfte, einer etwa in dieser Richtung erfolgenden französischen Anregung nachzugeben[1].

Sicher ist, daß durch den Zwischenfall nicht nur die Stellung der beiden in Frage stehenden Botschafter, sondern auch diejenige des Ministerpräsidenten gelitten hat. Die einen werfen ihm Vernachlässigung des Verhältnisses zu Rußland vor, die anderen allzu große Nachgiebigkeit gegen russische Anmaßungen. Sicher ist ferner, daß man hier in Parlamentskreisen und in der Presse den Vorfall als ein bedenkliches Symptom für die Lockerung des Bündnisverhältnisses auffaßt. Einzelne Blätter gehen so weit, rundweg zu erklären, daß die französischen und russischen Interessen im Orient einander schroff zuwiderlaufen[2], und daß die Abberufung des Herrn Louis einer Preisgabe der Stellung Frankreichs im Orient zugunsten Rußlands und Italiens gleichkommen würde.

v. Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Kaum
dazu ist man zu hochmüthig
[2] sehr richtig! schon lange!

Nr. 11 566

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 600 London, den 28. Mai 1912

Mr. Winston Churchill hat die von ihm vor einiger Zeit angekündigte Konzentrierung der englischen Flotte* vollzogen, das eigent-

---

* Die Ankündigung Churchills war in seiner Parlamentsrede vom 18. März 1912 erfolgt. Vgl. dazu Kap. CCXLIII, Nr. 11 411 nebst Anlage.

liche Mittelmeer von englischen Seestreitkräften entblößt und das bisher auf Malta basierte Geschwader nach Gibraltar verlegt. Die Bewegung hat in Malta Unwillen erregt und Zeitungsmeldungen zufolge auch bei Lord Kitchener* Befürchtungen für die Sicherheit der englischen Stellung im Mittelmeer erweckt. Der Premierminister, begleitet von Mr. Winston Churchill und dem Admiral Prinz Battenberg, benützte die Pfingstferien des englischen Parlaments, um, wie schon vor geraumer Zeit angekündigt, eine Reise nach dem Mittelmeer zu machen und in Malta mit Lord Kitchener zusammenzutreffen**.

An die teilweise Räumung des Mittelmeeres durch die englischen Kräfte knüpften sich Preßerörterungen, von denen einige zu dem Schluß kamen, die Sicherheit des Mittelmeeres müsse nunmehr von England der französischen Flotte anvertraut werden, und dieser Umstand lasse ein Bündnis mit Frankreich rätlich erscheinen.

An Meinungsäußerungen, wonach die gegenwärtige Entente zu unbestimmt sei, hat es seit langem nicht gefehlt. Die „Morning Post" eröffnete nun vorige Woche im Hinblick auf die geschilderten Verhältnisse im Mittelmeer eine lebhafte Kampagne für Verwandlung der Entente in ein festes Bündnis, und die Anregung wurde vom „Spectator", „Observer" und der gleichfalls von Mr. Garvin geleiteten „Pall Mall Gazette" mit Freuden aufgenommen.

Die „Times" hingegen weist in einem angeblich aus Paris stammenden Brief ihres Korrespondenten, welcher den offiziellen Ursprung ziemlich deutlich an der Stirne trägt, auf die Bedenken und Gefahren eines solchen Vorschlages hin, erinnert an die keineswegs beigelegten Differenzen zwischen der englischen und französischen Politik in Marokko, insbesondere Tanger und im nahen Orient, und schließt mit der Warnung, daß ein Feldzug wie der jetzt geführte bei ergebnislosem Verlauf nur zur Entstehung einer Verstimmung zwischen England und Frankreich beitragen könne.

Die liberalen Blätter, insbesondere der „Daily Chronicle" und der „Manchester Guardian", nehmen entschieden gegen den Gedanken einer festen Allianz Stellung. Vornehmlich die wohlunterrichtete „Westminster Gazette" schreibt unter Hinweis auf den „äußerst vernünftigen" Pariser Brief der „Times": man hätte kaum einen unpassenderen Moment als den gegenwärtigen für das unverantwortliche Geschwätz über eine Allianz mit Frankreich wählen können. Man könne versichert sein, daß eine erhebliche Ausdehnung der militärischen Verantwortlichkeiten Englands dem Premierminister gänzlich ferne liege. Ebensowenig denke irgend jemand daran, das Mittelmeer zu räumen

---

* Diplomatischer Vertreter Großbritanniens in Kairo.

** Die Zusammenkunft fand am 1. und 2. Juni statt. Weder Churchill noch Asquith berichten in ihren Büchern über die Zusammenkunft, ihre Zwecke und ihre Folgen.

und englische Interessen unter den Schutz einer fremden Macht zu stellen. Die Mittelmeerfrage habe ihre Schwierigkeiten, aber solange England mit Frankreich gut stehe, seien sie nicht brennend; auch der italienisch-türkische Krieg kompliziere sie nicht besonders. Sowohl hier als auf anderen Gebieten der englischen Politik würde die ganze Lage durch eine Detente mit Deutschland leichter werden, und man müsse vor Intriganten auf der Hut sein, welche die Mittelmeerfrage benützen wollten, um die Bewegung für ein besseres Verhältnis zu Deutschland zu beeinträchtigen[1].

P. Metternich

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig
Cambon, Nicholson etc

Nr. 11 567

*Bericht des Militärattachés in London Majors Ostertag**

Abschrift

London, den 28. Mai 1912

Die gesamte hiesige Presse beschäftigt sich seit einigen Tagen eifrig mit der von der „Morning Post" angeregten Frage, ob die internationale Lage ein englisch-französisches Bündnis erheische an Stelle der Entente oder nicht. Der hier beigefügte Leitartikel aus der „Morning Post" vom 25. d. Mts.** gibt die Gründe so an, wie sie nach Ansicht übertrieben ängstlicher Patrioten angeblich bestehen.

* Zu dem Bericht hat Staatssekretär von Kiderlen folgende Aktennotiz gemacht: „Der Bericht ist ausschließlich politisch. Der Botschafter durfte ihn nicht durchlassen, aber bei Metternich hilft es nicht mehr. Bitte den Bericht Marschall bei der Durchreise zu zeigen. An sich ist er anodin." K.

** Hier nicht abgedruckt. Über die Entstehung des Artikels vgl. den Brief Graf Benckendorffs an Sasonow vom 31. Mai 1912: „Ich glaube, daß diese Pressekampagne das indirekte Resultat verschiedener in der ‚Times' erschienener Artikel des militärischen Berichterstatters dieser Zeitung, des Obersten Repington, ist, welcher selbst einer der überzeugtesten Anhänger der Entente Englands mit Frankreich und Rußland ist. Diese Artikel bezogen sich auf die militärische Lage Englands im Mittelmeere, welche seit der Zurückziehung der englischen Flotte ziemlich geschwächt ist und, wie ein ziemlich großer Teil des Publikums glaubt, durch den Ersatz der französischen Flotte so lange nicht genügend gesichert erscheint, als die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sich auf eine Entente und nicht auf ein Bündnis stützen. Die Reise Asquith' in Begleitung von Churchill nach Malta, ihre Zusammenkunft mit Lord Kitchener und ein beabsichtigter Besuch in Biserta haben diese Diskussion noch weiter angeregt." v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 796.

Im wesentlichen die, daß es Deutschlands Politik sei, England und Frankreich zu trennen, um dann beiden einzeln seinen Willen aufzuzwingen (dictate).

Diese Frage ist gerade über die Pfingsttage aufgeworfen worden, wo jedermann Muße hat, sie sich gründlich zu überlegen. Sie ist außerdem in die Zeit des alljährlich am 24. Mai gefeierten „Empire Day" gefallen, wo alles sich regelmäßig in eine gewisse Reichsbegeisterung hineinarbeitet. Da befinden sich die Gemüter in der richtigen Stimmung, und es werden auch im Volke, nicht bloß unter den verantwortungsvollen Leitern des Staatsschiffs, die großartigsten Pläne für die Zukunft geschmiedet.

Obendrein haben sich der Premierminister Asquith und der Erste Lord der Admiralty Churchill (welch letzterer ausgiebigen Gebrauch von der Admiralty-Jacht „Enchantress" zu machen beliebt)* mit dem Zweiten Sealord Admiral Prinz Ludwig Battenberg nach Malta begeben, wo sie mit dem Generalkonsul für Ägypten Feldmarschall Lord Kitchener und General Sir Jan Hamilton, dem Generalinspekteur der Überseetruppen, zusammentreffen werden. Außerdem soll der frühere Erste Sealord Admiral Lord Fisher of Kilverstone zur Versammlung gehören**. Nach Malta soll auch Biserta besucht werden.

Diese Fahrt liefert natürlich auch Stoff zu allerhand Überlegungen. Es soll dort die Lage infolge der Entblößung des Mittelmeeres von englischen Kriegsschiffen, die Vermehrung der Garnisonen von Gibraltar, Malta, Zypern und Ägypten, das Zusammenwirken mit der französischen Flotte im Mittelmeer im Kriege und im Frieden und dergleichen mehr besprochen werden. Diese letztere Frage soll wiederum von dem größten Einfluß darauf werden, ob aus der Entente ein Bündnis wird oder nicht. Im Grunde genommen wäre der Unterschied für uns Deutsche kein großer. Das Kind erhielte bloß einen anderen Namen. Denn wir müssen uns vorläufig sowieso darauf gefaßt machen, in der ganzen Welt die Engländer und Franzosen Schulter an Schulter zu finden, soweit es die Interessen der beiden Länder zulassen.

Aus der Behandlung der Frage durch die Presse, ob ein Bündnis besser sei als eine Entente, leuchtet bisher ein gewisses Mißtrauen hervor; man scheint zu glauben, daß ein Bündnis nur mehr Verpflichtungen und damit neue Sorgen auferlegen werde, für die kein Entgelt zu finden sei. Die meisten Blätter warnen vor Übereilung und vor einer zu optimistischen Auffassung der Angelegenheit.

(gez.) Ostertag

---

* Vgl. dazu Churchill, The World Crisis, p. 119.

** Vgl. dazu Lord Fisher, Memories, p. 213 f. Lord Fisher weilte damals in Neapel und hatte dort um den 23. Mai eine Zusammenkunft mit Asquith und Churchill.

Nr. 11 568

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 173 Paris, den 28. Mai 1912

Der von der „Morning Post" lancierte Gedanke, die entente cordiale in ein regelrechtes Bundesverhältnis umzuwandeln, ist in der hiesigen Presse im allgemeinen recht günstig aufgenommen worden. Immerhin wurden auch mehrfach sofort bemerkenswerte Vorbehalte gemacht, so namentlich von Judet im „Eclair" und von Hanotaux im „Figaro", deren Sinn sich dahin zusammenfassen läßt: Wir wären bereit, einen Allianzvorschlag zu prüfen, doch müssen wir genau wissen, was England uns bietet, und welche Gegenleistung es von uns verlangt. Dabei wurde zugleich hervorgehoben, daß die erste Voraussetzung eines französisch-englischen Bündnisses die zur Schaffung eines starken Heeres erforderliche Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England sein würde.

Nach den Äußerungen der Presse hat man sich hier sichtlich geschmeichelt gefühlt, daß der Allianzgedanke zuerst von englischer Seite laut wurde. Man erblickte hierin offenbar einen Beweis für die Anerkennung der Militärmacht Frankreichs. Immerhin läßt sich nicht verkennen, daß die Frage im großen und ganzen hier doch mit einer gewissen Zurückhaltung behandelt wurde. Einzelne Blätter bemühen sich, namentlich angesichts der ablehnenden Äußerungen der englischen radikalen Organe, die öffentliche Meinung Frankreichs vor allzu überschwenglichen Hoffnungen zu warnen. Bezeichnend ist auch, daß selbst die leidenschaftlich anglophilen Zeitungen wie „Echo de Paris" und „Matin" ausführlich diejenigen englischen Preßstimmen wiedergeben, welche dartun, daß die englische Regierung und die gegenwärtige Parlamentsmehrheit der Bündnisidee nicht gerade günstig sind.

v. Schoen

Nr. 11 569

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 607 London, den 30. Mai 1912

Die Preßerörterungen über die Verwandlung der englisch-französischen Entente in ein festes Bündnis kamen den hiesigen leitenden

Kreisen sehr ungelegen[1], insbesondere da befürchtet wurde, daß die unverblümte Ablehnung eines solchen Gedankens in Frankreich einen bitteren Nachgeschmack hervorrufen und die Grundlage der Entente gefährden könne*. Die ententenfreundliche Publizistik hatte also die schwierige Aufgabe, jede Diskussion des Allianzgedankens als inopportun abzulehnen, das englische Publikum über die Lage im Mittelmeer zu beruhigen und zugleich der französischen öffentlichen Meinung die bittere Pille der Ablehnung des Allianzgedankens zu versüßen.

Das Reutersche Bureau dementiert die verschiedenen Gerüchte, die der Mittelmeerreise Mr. Winston Churchills eine besondere politische Bedeutung beigemessen haben.

Es handle sich, so heißt es in der Notiz, um nichts weiter als

---

* Vgl. dazu die in dem Briefe Graf Benckendorffs an Sasonow vom 31. Mai 1912 (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 797 f.) mitgeteilten Äußerungen Unterstaatssekretärs Sir A. Nicolson über die Frage der englisch-französischen Allianz: „Sir Arthur erwiderte, daß zwischen den beiden Regierungen kein Gedankenaustausch stattgefunden, daß keine von ihnen in dieser Hinsicht eine Initiative ergriffen hat, und daß er auch nicht glaube, daß dies zurzeit der Fall sein werde, da ein derartiger Schritt zum mindesten unzeitgemäß wäre, weil der jetzige Zeitpunkt kein ruhiger sei und infolge des Krieges eigentlich eine Krise herrsche, so daß ein derartiger Schritt in Deutschland wahrscheinlich als eine sehr bedauerliche Provokation aufgefaßt werden würde. Sir Arthur teilte mir dieses als seine ganz persönliche Ansicht mit. Er hatte um so mehr Grund, diesen Umstand zu betonen, als ich mich nicht zu irren glaube, wenn ich behaupte, daß er in der Frage eines Bündnisses zwischen England und Frankreich sehr bestimmte Ansichten hat. Wenn er auch zu erfahren ist, um anders als mit der größten Vorsicht zu handeln, scheint er mir doch im Grunde seines Herzens nicht bloß ein Anhänger eines englisch-französischen Bündnisses, sondern eines neuen Dreibundes zu sein, dessen Aufgabe es wäre, das Gegengewicht gegen den schon bestehenden Dreibund zu bilden, da eine derartige Kombination den Frieden sicherer als irgendeine andere gewährleisten würde.“ Damit vergleiche man die Äußerungen, die Iswolsky in seinem Brief an Sasonow vom 6. Juni 1912 dem französischen Ministerpräsidenten in den Mund legt: „In einer Unterredung mit mir hat Poincaré seine Meinung über diese Frage sehr bestimmt ausgesprochen. Seiner Ansicht nach haben weder Frankreich noch England einen ernsten Grund, eine Änderung der gegenwärtigen Lage zu wünschen. Die Ereignisse der letzten Zeit haben bewiesen, daß bei der augenblicklichen Situation in Europa die Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Frankreich und England sowie das darauf basierte Einverständnis so groß und unbestritten ist, daß hierdurch die Gemeinsamkeit des Handelns der beiden Staaten bei irgendwelchen ernsthaften Verwicklungen genügend garantiert ist. Die Unterzeichnung dieses oder jenes förmlichen Vertrages, selbst vorausgesetzt, daß ein solcher mit der französischen oder englischen Verfassung vereinbar wäre, würde in keiner Weise diese Bürgschaft erhöhen, denn auch im Falle der Existenz eines derartigen Vertrages würde die kürzlich abgegebene öffentliche Erklärung Asquith', daß die englische Regierung im entscheidenden Augenblick nur das beschließen würde, was ihr der Wille der englischen Nation eingeben werde, ihre volle Kraft behalten.“ Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 142.

eine der üblichen Inspektionsreisen[2], deren Zeitpunkt schon vor Monaten[3] festgesetzt worden sei ganz außer Zusammenhang mit der internationalen Lage. Es sei vorauszusehen gewesen[4], daß die Mittelmeerreise im gegenwärtigen Augenblick Anlaß zu gänzlich unbegründetem und übertriebenem Gerede über Fragen der internationalen Politik geben würde.

Dieses Entrefilet ist, wie ich höre, in der Admiralität entworfen und im Foreign Office gebilligt worden.

Der Pariser Korrespondent der „Times", welcher schon gleich am Anfang der Kampagne stark abgewiegelt hatte, kommt heute nochmals auf die Frage zurück und weist darauf hin, daß augenblicklich keine Macht der Tripelallianz einen Krieg wünsche[5], und daß es durchaus den Regierungen überlassen bleiben müsse, eventuell England und Frankreich interessierende Probleme zu behandeln, welche in Zukunft auftauchen könnten. Gegenstand der Beratung in Malta bildeten lokale Maßnahmen, unter denen vielleicht sich eine Stärkung der ägyptischen Garnison befinden könnte. Am Schlusse seines Artikels deutet der Korrespondent an, daß auch der französischen Regierung die Diskussion der Allianzfrage ungelegen sei.

Ein Punkt verdient besondere Hervorhebung, da er, soweit hier bekannt, in der Presse noch nie mit solcher Deutlichkeit betont wurde, daß nämlich England zwar bereit sei, Frankreich zu Hilfe zu kommen, falls dieses auf dem Kontinent angegriffen würde, da die Erhaltung Frankreichs als Großmacht ein vitales Interesse der englischen Politik sei, daß es aber vom militärischen Standpunkt aus durchaus nicht wünschenswert wäre, daß Frankreich sich unmittelbar an einem eventuellen deutsch-englischen Kriege beteilige.

Zur Beruhigung des englischen Publikums bringt das Blatt dann weiterhin längere technische Ausführungen, in denen nachgewiesen wird, daß die Verlegung des Schlachtschiffgeschwaders von Malta nach Gibraltar durchaus kein Aufgeben des Mittelmeeres bedeute, zumal da das Kreuzer- und Torpedobootsgeschwader auch fernerhin in Malta bleiben würden[2]. Das in Gibraltar stationierte Geschwader werde in kurzer Zeit bedeutend verstärkt werden. So stelle sich die Behauptung von einer Aufgabe der englischen Stellung im Mittelmeer als leeres Gerede heraus; niemand denke daran, die englischen Interessen in diesen wichtigen Gewässern irgend jemand anderem anzuvertrauen als Englands starkem rechten Arm, der britischen Flotte.

Der Leitartikel der „Times" endlich ist bestimmt, in Paris versöhnend zu wirken. Er hebt hervor, daß die Besprechung der englisch-französischen Beziehungen bereits ein ausgezeichnetes Resultat gehabt habe, nämlich aufs neue ins Licht zu setzen, wie stark und herzlich ihre gegenseitige Achtung sei. Nichts lasse im gegenwärtigen Augenblick einen Angriff auf England als wahrscheinlich erscheinen.

Die Entente sei die beste Definition für die Beziehungen beider Länder gewesen zur Zeit, als sie geschlossen wurde. Hierin habe sich nichts geändert. Englands Freundschaften seien unerschütterlich, wie die Diskussion der letzten Tage bewiesen habe. Gleichzeitig schreite auch die innere Festigung des Reiches weiter. Nichts würde dazu berechtigen, daß bei den Konferenzen in Malta ein pessimistischer Ton vorherrsche.

In ihrem „The Mediterranean Scare" überschriebenen Leitartikel gibt die liberale „Westminster Gazette" ihrer Genugtuung darüber Ausdruck, daß die verschiedenen Gerüchte, die über die Zwecke der Mittelmeerreise des Ersten Seelords in Umlauf gesetzt worden seien, durch eine klare Veröffentlichung ihrer Unterlagen beraubt würden.

Zu irgend welcher Beunruhigung gebe die Lage im Mittelmeer keine Veranlassung. Frankreich, das Englands Freund sei, habe eine unanfechtbare Überlegenheit über Italien und Österreich-Ungarn. Wie jedes andere Volk müsse auch England seine Politik vom Gesichtspunkte vernunftsgemäßer Möglichkeiten führen, und niemand, der das Gleichgewicht der Mächte im Auge habe, könne behaupten, daß irgend etwas vorliege, was England veranlassen könne, zu verzweifelten Abhilfsmitteln zu greifen oder plötzliche Änderungen in seiner bestehenden Politik vorzunehmen.

Die auf ein englisch-französisches Bündnis abzielenden Vorschläge seien in Frankreich höflich, aber kühl aufgenommen worden. Man habe französischerseits darauf hingewiesen, daß, wenn Frankreich Englands Pflichten im Mittelmeer übernehmen solle, England mehr für Frankreich auf dem Festlande tun müsse, als es ihm bei der gegenwärtigen Stärke seiner Armee möglich sei. England wäre dann genötigt, sein Heer wesentlich zu verstärken und es Frankreich zur Verteidigung seiner deutschen Grenze zur Verfügung zu stellen. Dies sei eine sehr natürliche Antwort auf einen unzeitgemäßen Vorschlag. Wenn England tatsächlich zwischen einer Verstärkung seiner Streitkräfte im Mittelmeer und Vergrößerung seines Heeres zu wählen hätte, so sei von beiden Ausgaben die erstere vorzuziehen. Im ersteren Fall bliebe England Herr seiner eigenen Politik, bei der Wahl der zweiten Möglichkeit werde es tiefer in die europäischen Händel hineingezogen und werde sowohl sich wie Frankreich den offensichtlich schlechten Gefallen tun, die französisch-deutsche Mißhelligkeit zu vertiefen. Sowohl vom Gesichtspunkte des europäischen wie des englischen Interesses aus gesehen, könne England nichts Unvorteilhafteres tun, als einen sensationellen erneuten Start in dieser Richtung zu machen.

England werde selbstverständlich nichts Derartiges tun. Die Erörterung eines solchen Vorschlages sei gleich unangenehm für Frankreich und England. England müsse für seine Mittelmeerinteressen selbst Sorge tragen. Es könne dies auch, ohne sich übermäßig an-

zustrengen. Eine Verbesserung der Lage werde nicht durch eine Vergrößerung der Verbindlichkeiten gegenüber Frankreich, sondern durch Bemühungen, die deutsch-englische Spannung zu heben, herbeigeführt werden. Hier liege die Wurzel des Übels. Nur wenn man sich an diese Wurzel heranmache, könnten diese Schwierigkeiten dauernd gehoben werden.

Auch die „Daily News" erörtert die Frage der Stellung Englands im Mittelmeer und weist darauf hin, daß die gegenwärtige Reise englischer Staatsleute im Mittelmeer von keiner politischen Bedeutung sei. Sie kommt im Laufe ihrer Erörterungen zu dem Schlusse, daß man englischerseits weder die Öffnung der Dardanellen noch ein Bündnis mit Frankreich in Aussicht nehmen könne. Die ganzen diesbezüglichen Erörterungen seien sensationelle Mache schlecht unterrichteter Zeitungsschreiber und bezwecken in der Hauptsache, die Aufgabe des Freiherrn von Marschall zu erschweren[6], eine Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen herbeizuführen*.

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Die Bombe ist z u f r ü h geplatzt!
[2] Quatsch!
[3] ?
[4] dann könnte man ja wohl rechtzeitig v o r beugen!
[5] die Gallier haben kein Pulver, die Briten keine bereite Armee!
[6] das habe ich von vornherein behauptet!

Nr. 11 570

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 153 Wien, den 1. Juni 1912

Vertraulich

Wie ich vertraulich höre, hat sich Herr Dumaine** neulich in privatem Kreise dahin ausgesprochen, daß seine Aufgabe hier in

---

* Vgl. dazu Kap. CCXLIII, Anhang. Auch Graf Benckendorffs Brief an Sasonow vom 2. Juni 1912 (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 798 f.) bestätigt, daß die Ernennung Baron Marschalls infolge der übertriebenen Presseäußerungen, die sie hervorgerufen habe, eine ziemlich starke Reaktion in der öffentlichen Meinung Englands zugunsten eines Bündnisses mit Frankreich ausgelöst hatte: „Ich will nicht behaupten, daß die Majorität jetzt schon für den Gedanken eines Bündnisses mit Frankreich gewonnen ist. Es geht nicht so schnell in England. Aber angestachelt durch einen bestimmten Teil des englischen Publikums, das zu Deutschland hinzuneigen beginnt, und zwar aus verschiedenen unbestimmten und nicht immer patriotischen Gründen, beginnt diese Majorität eine gewisse Beunruhigung zu empfinden und glaubt, daß eine sich ausschließlich auf Ententen stützende Politik nicht vollständig genügt."

** Französischer Botschafter in Wien.

Wien sei, „de cimenter l'alliance franco-russe" und durch engere Fühlungnahme mit der russischen Botschaft wieder nähere Verbindung mit den Slawen der Monarchie herzustellen. Hierzu höre ich noch, daß für den Sommer wieder ein Besuch französischer Turner in Prag in Aussicht genommen ist.

Bei dem gleichen Anlasse ist auch von Mitgliedern der französischen Botschaft über den Plan des Abschlusses eines Bündnisses zwischen Frankreich und England gesprochen worden. Aus den Äußerungen der Herren sei, wie mein Gewährsmann mir sagte, hervorgegangen, daß die Idee eines solchen Bündnisses von Paris aus lanciert worden sei, hauptsächlich in der Absicht, die Arbeit des Freiherrn von Marschall in London zu stören[1]. Es sei auch hervorgehoben worden, daß einflußreiche Leute in Frankreich, die bisher eher skeptisch der Entente gegenübergestanden wären wie zum Beispiel Herr Hanotaux, jetzt eifrige Vorkämpfer des Bündnisgedankens seien.

von Tschirschky

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Genau das was ich behauptet habe! Die Angst vor Marschall ist bei Cambon groß.

Nr. 11571

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 196 Paris, den 11. Juni 1912

Verschiedene Anlässe haben dazu beigetragen, die bereits stark abgeflaute Erörterung über den Gedanken eines englisch-französischen Bündnisses in der hiesigen Presse von neuem zu beleben.

Zunächst die Reise Asquith' und Churchills und die daran geknüpften Vermutungen über eine Änderung der Flottenpolitik Englands im Mittelmeer, die den Anstoß dazu gaben, sich mit der Frage zu beschäftigen, welche Rolle Frankreich im Mittelmeer zu übernehmen haben werde. Entsprechend den von Delcassé seit seinem Amtsantritt* unverkennbar verfolgten Bestrebungen wurde in hiesigen Blättern betont, daß Frankreich seine Hauptaufgabe darin sehen müsse, als Gegenleistung für den Beistand Englands die Wacht im Mittelländischen Meere zu besorgen, sowohl in seinem eigenen Interesse, um die Verbindung mit seinen nordafrikanischen Besitzungen

---

* Delcassé, der schon in den Kabinetten Monis und Caillaux Marineminister gewesen war, gehörte auch dem am 13. Januar gebildeten Kabinett Poincaré als solcher an.

unbehindert aufrecht zu erhalten, als auch im Interesse Englands, um den Weg nach Ägypten und Indien zu sichern.

Der „Temps“ veröffentlichte bei dieser Gelegenheit mehrere Alarmartikel, in denen er den Nachweis zu führen suchte, daß die Mittelmeerflotte Frankreichs namentlich in artilleristischer Hinsicht schwächer sei als die vereinigten Flotten Italiens und Österreich-Ungarns — ein Übelstand, der rascheste Abhilfe erheische. Der „Matin“, der seit einiger Zeit das besondere Organ Delcassés geworden ist, trat dieser pessimistischen Auffassung des „Temps“ entgegen und gab gleichzeitig mit großer Bestimmtheit die Versicherung, daß die französische Regierung schon jetzt den Beschluß gefaßt habe, im Mittelmeer um jeden Preis den Zweimächtestandard durchzuführen.

Die Nachricht des „Matin“ ist bisher in keiner Weise dementiert worden, und Delcassé hat damit jedenfalls erreicht, daß die öffentliche Meinung auf seine weiteren Flottenvermehrungspläne vorbereitet und für dieselben wohl auch günstig gestimmt wurde.

Ebenso boten die jüngsten Andeutungen Lord Haldanes über die Möglichkeit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht* einzelnen Pariser Blättern neuerdings Gelegenheit, die Allianzidee zu erörtern.

Der „Gaulois“ nahm die Erklärung Haldanes mit großer Befriedigung auf. Die Tatsache, daß gerade derjenige englische Minister, der als Vorkämpfer für eine Annäherung zwischen London und Berlin galt, die Möglichkeit des obligatorischen Militärdienstes ins Auge fasse, sei für Frankreich sehr beruhigend — um so mehr, als auch die vom englischen und französischen Generalstab im Vorjahre getroffenen „Ententen“ zweifellos von Haldane gebilligt worden seien. Man nimmt hier offenbar an, daß die Überzeugung von der Notwendigkeit der allgemeinen Wehrpflicht, welche als die Grundbedingung für ein englisch-französisches Bündnis angesehen wird, in England auch in liberalen Kreisen an Boden gewinnt.

Der bekannte nationalistische Schriftsteller A. Chéradame meint übrigens im „Petit Journal“, Frankreich möge vorläufig weder mit einem regelrechten Bündnis mit England noch mit dem Beistand der englischen Armee rechnen; es müsse trachten, allein so stark zu sein[1], daß es sich Deutschlands erwehren könne, dann würde das

---

* Am 8. Juni hatte Lord Haldane, der unmittelbar darauf (10. Juni) an Stelle Lord Loreburns zum Lordkanzler ernannt wurde, auf einem vom Bürgermeister von Marylebone gegebenen Festessen eine Rede gehalten, die mit einiger Ruhmredigkeit unter Hervorhebung der kraftvollen Bestrebungen der Dominions, ihre Verteidigung selbst in die Hand zu nehmen und so das Mutterland zu entlasten, und unter Andeutungen einer eventuellen Änderung der englischen Heeresverfassung feststellte, daß England bei gleichmäßigem Ausbau der Verteidigung zu Wasser und zu Lande später die stärkste kombinierte See- und Landmacht der Welt vorstellen werde. Bericht Graf Metternichs Nr. 655 vom 11. Juni 1912.

englische Bündnis wohl von selbst kommen. „La force est l'aimant des alliances."

v. Schoen

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Leider nicht möglich

Nr. 11 572

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 653 London, den 11. Juni 1912

In der englischen Politik sind immer zwei Strömungen nebeneinander hergelaufen, von denen bald die eine, bald die andere vorübergehend die Oberhand erhielt.

Die eine begünstigte die absolute Isolierung Englands. Das Inselreich sollte, gestützt auf eine starke Flotte, sich aus europäischen Händeln heraushalten, Identifizierung mit den Interessen irgend einer Festlandsmacht vermeiden und sich in anderer Leute Händel nur einmischen, wenn englische Interessen direkt bedroht wären. Lord Salisbury hat wohl im großen ganzen diese Theorie zur Grundlage seiner Politik gemacht. Die andere Strömung, welche dafür hält, daß England nicht stark genug sei, um dauernd isoliert zu bleiben, gewann unter Lord Lansdownes und dann unter Sir E. Greys Regime die Oberhand. Es folgte die Allianz mit Japan, die französische und russische Entente, erneute Bestrebungen nach engerem Anschluß an die Vereinigten Staaten, kurz jene Politik, welche in der Öffentlichkeit mit dem Namen König Eduards VII. in Verbindung gebracht wurde, wie die soeben erschienene Biographie des verstorbenen Monarchen von Sir Sidney Lee beweist, mit geringer Berechtigung. Die Ententepolitik, das heißt die Politik der Identifizierung Englands mit den Interessen kontinentaler Mächte (Rußland und Frankreich), schien nach der Niederlage des englischen Kabinetts in der bosnischen Frage im Abebben begriffen, wurde aber durch die deutsch-französische Spannung wegen Marokkos neu belebt und erreichte ihren Höhepunkt im Laufe der Marokkokrisis des Jahres 1911, in deren erstem Teile England selbst auf die Gefahr eines großen Krieges hin Interessen vertrat, welche auch bei weitherzigster Auslegung nicht mehr als rein englische bezeichnet werden konnten. Schon mitten in der Krisis setzte die Reaktion gegen die Übertreibungen der Ententepolitik ein. Mitten in dieser Reaktion befinden wir uns jetzt, in einer Reaktion nach der Politik Lord Salisburys hin.

Man will hier Frankreich nicht fallen lassen; der Versuch, Frankreich durch einen Krieg aus der Reihe der europäischen Großmächte zu streichen, würde auch heute noch England wahrscheinlich unter die Waffen bringen, obwohl ganz vereinzelt schon Stimmen auftauchen, welche auch für den Fall des deutsch-französischen Konfliktes eine der im Jahre 70 von England beobachteten analoge Haltung empfehlen, so zum Beispiel der beachtenswerte anonyme Aufsatz in der Juli-Nummer der „Fortnightly Review". Wie gesagt, sind solche Stimmen einstweilen nur als Symptome interessant, die herrschende Meinung geben sie für die nächste Zukunft nicht wieder.

Es gehörte aber ein hohes Maß von politischer Urteilslosigkeit dazu, im gegenwärtigen Momente, wie dies von übereifrigen Franzosenfreunden in neuester Zeit versucht worden ist, die Verschiebung der Machtverhältnisse im Mittelmeer benutzen zu wollen, um für die Verwandlung der Entente mit Frankreich in ein festes Bündnis Stimmung zu machen und in der Befürwortung dieser Politik zu beharren, obwohl selbst die „Times" energisch abwinkte. Man wird den Einfluß dieses mißglückten Feldzuges auf die Beziehungen beider Länder nicht unterschätzen dürfen. Hat zwischen einem Manne und einer Frau lange Zeit ein enges freundschaftliches Verhältnis bestanden, und kommt die Frage einer Ehe aufs Tapet, so wird, falls die Frau einen Korb gibt, der Charakter der Beziehungen nie mehr der alte werden. Gewisse Fragen können lange Zeit in der Schwebe bleiben; sind sie aber ausdrücklich gestellt und negativ entschieden, so entstehen weitreichende Wirkungen. Niemand hat dies besser erkannt als die hiesigen weiterblickenden Franzosenfreunde; darum war ihnen die Diskussion der Allianzfrage im gegenwärtigen Augenblick besonders fatal.

Von der großen unionistischen Presse hat der „Daily Telegraph" am längsten vermieden, in der Frage einer Allianz mit Frankreich Stellung zu nehmen; offenbar wollte er die Rückkehr des Premierministers abwarten. Heute kommt das Blatt zu einer unzweideutigen Ablehnung des Gedankens.

Ausgehend von der Rückkehr der Minister Asquith und Winston Churchill von ihrer Mittelmeerfahrt, bespricht der Leitartikel eingehend die Frage der englischen Machtstellung im Mittelmeer und insbesondere den Gedanken eines englisch-französischen Bündnisses.

Trotz mancher dafür sprechenden Gründe, so heißt es in dem Artikel, scheine die Bündnisidee doch durchaus auf falschen Voraussetzungen beruhend, der gegenwärtige Zeitpunkt sei für eine Erörterung dieser Frage besonders ungünstig, und die Wahl dieses Zeitpunktes verrate gänzlichen Mangel an politischem Urteil.

Gegen ein Bündnis spreche einmal die Tatsache, daß die bestehende Entente sich auch in ernsten Zeiten durchaus bewährt habe. Wenn beide Kontrahenten zufrieden seien, so dürfe ein kluger Staats-

mann nicht mit Neuerungen kommen, die vielleicht ein durchaus befriedigendes Einvernehmen stören könnten. Man müsse nach einem englischen Sprichwort „schlafende Hunde ungestört lassen".

Einen weit wichtigeren Grund gegen die Umwandlung der Entente in ein Bündnis ergebe ein Rückblick auf die Geschichte der englischen Politik. Lord Salisburys Grundsatz, jede politische Bindung Englands im Verhältnis zu anderen Staaten zu vermeiden, entspreche dem englischen Wesen. Seit den napoleonischen Kriegen sei England stolz darauf gewesen, nur seinem eigenen starken Arm zu vertrauen und seine Interessen auf seine Weise zu vertreten. Freilich hätten sich die Kräfteverhältnisse in Europa innerhalb der letzten 20 Jahre insbesondere durch das Anwachsen der deutschen Flotte so verändert, daß ein strenges Festhalten an der Theorie Salisburys nicht mehr möglich sei. Der alte wieder zum Leben erwachte Grundsatz der Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts habe zur Bildung zweier rivalisierender Mächtegruppen geführt. Aber hieraus zu folgern, daß Großbritannien den Abschluß eines formellen und endgültigen Bündnisses mit Frankreich anstreben müsse, das heiße einen Sprung ins Dunkle vorschlagen und England in Gefahren und Verpflichtungen hineindrängen, für die wohl kaum ein vernünftiger Mensch die Verantwortung übernehmen möchte. Im englischen Volk sei wohl überhaupt für eine solche Allianz keine Stimmung vorhanden, und auch in Frankreich bestehe wohl wenig Sympathie dafür, sei doch die gefährliche Wirkung eines englisch-französischen Bündnisses leicht vorauszusehen. Insbesondere könne die Wirkung auf die Aussichten deutsch-englischer Verhandlungen nicht zweifelhaft sein.

Es sprächen also sowohl in theoretischer wie in praktischer Hinsicht nur wenige Argumente für, aber sehr gewichtige gegen das vorgeschlagene Bündnis. Es könne weder Frankreich noch England wesentlichen positiven Nutzen bringen, und selbst die englischen Interessen im Mittelmeer könnten, so dankbar man Frankreich für seine Unterstützung sein müsse, schließlich doch nur von England allein wahrgenommen werden. Im Grunde stehe England trotz aller wertvollen Freundschaftsbeziehungen allein, und es müsse allein stehen; niemand könne ihm die Pflicht, sein Besitztum in Frieden zu wahren, abnehmen. Was die heimkehrenden Minister auch immer zu sagen haben würden, Englands dringende patriotische Pflicht sei es, dafür zu sorgen, daß die Stärke der britischen Flotte jeden Angriff aussichtslos erscheinen lasse.

Eine verwandte Gedankenrichtung tritt in dem lesenswerten Leitartikel der liberalen „Westminster Gazette" hervor, in welcher der mit Sir E. Grey befreundete Alfred Spender untersucht, welche Rolle England im nahen Osten spielen solle. Der Artikel führt aus:

Die seit der Potsdamer Entrevue immer stärker hervortretende Tendenz einer gemeinsamen Aktion der drei Kaisermächte in den Fragen des nahen Orients habe für England durchaus nichts Beunruhigendes. Im Gegenteil liege in dem Zusammenarbeiten der im Balkan direkt interessierten Mächte die einzige Hoffnung auf Reformen in Mazedonien und Albanien und die beste Garantie für die Lokalisierung eines etwaigen Feuerbrandes in der Türkei. Es sei daher die Aufgabe Englands, jeder auf die Herstellung des Konzertes der Mächte gerichteten Bewegung sympathische Unterstützung zuteil werden zu lassen. Würden hierbei auch deutsche Ambitionen im nahen Osten begünstigt, so brauche man sich darüber nicht zu beunruhigen. Für England komme es jetzt in erster Linie darauf an, die Idee aus der Welt zu schaffen, daß es Deutschlands Weg blockiere. Eine freundschaftliche Auseinandersetzung über die Bagdadbahn und die sonstigen wirtschaftlichen Pläne, welche die Politik des nahen Ostens für Deutschland wichtig machten, sei hierzu ganz besonders geeignet.

Befinde sich dagegen England in Fragen der Orientpolitik in einem Gegensatz zu Deutschland und Österreich, und gebe es sich der eitlen Hoffnung hin, das Gleichgewicht dadurch herstellen zu können, daß es einen Keil zwischen Rußland und diese beiden Mächte treibe, so würde das Mittelmeerproblem nur noch schwieriger werden. Wenn sich dagegen England mit der Vereinigung dieser drei Mächte auf guten Fuß stelle und ein allgemeines Einvernehmen über die Balkanpolitik bestünde, dann würden viele Mittelmeerpaniken von selbst verschwinden.

Was die in der letzten Zeit mehrfach laut gewordene Auffassung anlange, daß Englands Stellung im Mittelmeer durch die Aktion Italiens in Tripolis und im Inselreich verschlechtert worden sei, so sei nach allgemeinen Grundsätzen der Strategie Italien durch seine Neuerwerbungen in seiner Stellung als Seemacht sicherlich nicht gestärkt worden. Jedenfalls sei aber eines sicher, daß nämlich nicht die Aktion Italiens, sondern vielmehr die Reibung mit Deutschland und die infolgedessen nötig befundene Konzentration der englischen Seestreitkräfte in der Nordsee die Wurzel alles Übels im Mittelmeer sei. Gelänge es, wenigstens in den Fragen des nahen Ostens die englische Politik in Übereinstimmung mit der Deutschlands zu bringen, dann werde, so meint das Blatt zum Schluß, die Lage dadurch eine bedeutende Entspannung erfahren.

Es kann für jeden, der Spenders Charakter und politische Grundsätze kennt, kein Zweifel bestehen, daß seine Zustimmung zu einer aktiveren deutschen Orientpolitik ehrlich gemeint ist. Andererseits ist es wohl sicher, daß bei der durch verschiedene Ereignisse der neueren Zeit hervorgerufenen mißtrauischen Empfindlichkeit der türkischen Regierung jede Erörterung einer möglichen Wiederbelebung der Reformpolitik für die europäische Türkei im Stile

von Mürzsteg und Reval das tiefste Mißtrauen zu erregen nicht verfehlen kann.

Es fehlt auch nicht an Intriganten, welche auf die Erweckung solcher Befürchtungen hinarbeiten. Lucien Wolf, welcher früher stets die Politik des europäischen Konzertes vertreten hatte, jetzt aber sich in einen eifrigen Befürworter des französischen Bündnisses verwandelt hat, versucht im „Daily Graphic" darzulegen, die Besuche der Balkanfürsten in Wien und Berlin* müßten den Türken klar beweisen, daß die Tripelallianz von jetzt ab geschlossen im Lager ihrer Gegner stehe.

R. v. Kühlmann

Nr. 11 573

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 677 London, den 13. Juni 1912

In einem Leitartikel bekämpft heute der liberale „Manchester Guardian" den Gedanken, den Schutz der englischen Interessen im Mittelmeer Frankreich zu übertragen und damit einen Zustand zu schaffen, der notgedrungen zu einem englisch-französischen Bündnis führen müsse. Die überwiegende Mehrheit im liberalen und eine beträchtliche Minderheit im konservativen Lager, so heißt es in dem Artikel, würde ein solches Abkommen mit Frankreich mit Entschiedenheit verwerfen. Bestehe wirklich eine Gefahr für die englischen Interessen im Mittelmeer, und reiche die englische Seemacht zu deren Sicherstellung nicht aus, so sei jedenfalls die Bereitstellung neuer Mittel für die Flotte dem Abschluß eines Bündnisses mit Frankreich weit vorzuziehen. Würde doch ein solches Bündnis eine Umwälzung der englischen auswärtigen Politik bedeuten, gegen die jeder wahre Liberale wie gegen ein schweres nationales Unglück Front machen müsse. Der Gedanke, den Schutz der englischen Interessen in abgelegenen Meeren durch Bündnisse sicherzustellen, lasse sich nur begründen, wenn man die Rivalität Deutschlands und Englands zur See als eine unabänderliche Tatsache auffasse. Von weit mehr Stolz und Einsicht würde es aber zeugen, Schluß zu machen mit dieser Rivalität, die England an der Wahrnehmung seiner Interessen zu hindern drohe. Die Kriegsgefahr des letzten Herbstes habe

* Am 1. Juni war König Ferdinand von Bulgarien mit seiner Gemahlin und seinen beiden Söhnen zum Besuch am Wiener Hofe, am 7. dann in Berlin eingetroffen. Am 8. Juni traf auch König Nikolaus von Montenegro in Wien zum Besuch Kaiser Franz Josephs ein.

einen Vorgeschmack gegeben, was für Unglück England drohe, wenn es an die Stelle der Entente, die es zu keiner militärischen Unterstützung zu Wasser oder zu Lande verpflichte, ein formelles Bündnis setze. Die Sache des Friedens hänge für die nächste Generation ab von der Preisgabe dieses Allianzgedankens, und kein Interesse sei so groß, daß es nicht demgegenüber zurückzutreten hätte.

R. v. Kühlmann

Nr. 11 574

Der Generaldirektor der Hapag Ballin an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Privatbrief. Ausfertigung

Hamburg, den 14. Juni 1912

Der Direktor der Sozialpolitischen Abteilung der Hamburg-Amerika-Linie und Mitglied des Reichstages, Herr Dr. Heckscher, hat in meinem Auftrage eine Reise nach England unternommen, um sich über die Verhältnisse mit Bezug auf den Hafenarbeiterstreik in London zu orientieren.

In dem abschriftlich anliegenden Briefe des Dr. Heckscher* äußert sich derselbe sehr anschaulich über die allgemeine Stimmung in England, und ich glaube, wenn dieser Bericht auch nichts Neues bringt, wird es doch Euerer Exzellenz vielleicht nicht uninteressant sein, von dem Schreiben Kenntnis zu nehmen.

Ballin

Anlage

London, den 12. Juni 1912

Mein kurzer Aufenthalt in England ist in eine politisch und wirtschaftlich aufgewühlte Zeit gefallen. Es ist allerdings weniger der Londoner Hafenstreik, weniger die sich mehr und mehr verschärfenden Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit als die Zusammenkunft der englischen Staatsmänner mit Kitchener im Mittelmeer, welche die englische öffentliche Meinung gegenwärtig in Atem hält. Denn hinter dieser Beratung taucht wieder einmal mit allen seinen Schrecken „die deutsche Gefahr" auf. Schon die Art, wie in einem Teil der englischen Presse ein Zusammengehen Englands mit Frankreich als eine vitale Notwendigkeit hingestellt wird, um das englische Prestige und maritime Übergewicht im Mittelmeer aufrecht zu erhalten, hat für das englische Volksempfinden etwas geradezu

* Siehe Anlage.

Beleidigendes. Denn England „rules the waves and the world". Man versteht daher, daß die englische Staatskunst des letzten Sommers in ihrer Abhängigkeit von den Brüdern Cambon keine angenehme Erinnerung im englischen Volke zurückgelassen hat. Infolgedessen wird auch der Gedanke eines englisch-französischen Bündnisses in England besonders starken Antipathien begegnen.

Bemerkenswert ist dabei, wie ein Zufall die abgeneigte Stimmung verstärkt. Während nämlich die Möglichkeit eines englisch-französischen Bündnisses lebhaft erörtert wird, erscheint sehr zur Unzeit in den englischen Tagesblättern eine alarmierende Statistik über den erneuten Rückgang der französischen Geburten. Das hat wie ein Reif in der Frühlingsnacht gewirkt, und die Engländer starren in großer Beunruhigung unverwandter denn je auf Deutschland und seine Flotte. Zuversicht ist die Mutter entschlossener Taten. Sie fehlt heute in England ganz und gar!

Wenn trotz alledem die Propaganda für die allgemeine Dienstpflicht nur sehr geringe Fortschritte macht, so beweist es nur, wie tief eingewurzelt die englische Abneigung gegen ein System ist, auf dem neben der Volksschule unser politischer wie kultureller Aufstieg ganz wesentlich beruht. Als einziger Ausweg aus den militärischen Nöten erscheint den Engländern die tatkräftige Hilfe der Kolonien, an die auch in diesen Tagen Churchill und Haldane, letzterer bezeichnenderweise in seiner Abschiedsrede als Kriegsminister, sehr dringlich appelliert haben*. Besonderen Erfolg von diesem Umwerben der Kolonien verspricht man sich wohl mit Recht nicht, ganz abgesehen davon, daß wachsende militärische Rüstungen der Kolonien in Wechselwirkung zu ihrer wachsenden Unabhängigkeit vom Mutterlande stehen. Zu dieser skeptischen Auffassung bekannte sich auch der vortrefflich unterrichtete Miteigentümer der „Times" Walter, der wie die meisten Konservativen in der allgemeinen Dienstpflicht das alleinige Heil erblickt. Nimmt man hinzu, daß die englischen Konservativen mit verschwindenden Ausnahmen Hochschutzzöllner sind, so können wir nur innig wünschen, daß der Himmel den Engländern noch auf lange Zeit hinaus die liberale Regierung erhalte.

Was nun die Stimmung gegen Deutschland angeht, so verschwinden hier alle Parteiunterschiede. Auf Liberalen, Konservativen wie auf der Arbeiterpartei lastet die deutsche Gefahr und Ungewißheit gleich einem Alpdruck. Noch ehe ich meinen Fuß auf englischen Boden gesetzt hatte, hörte ich schon den englischen Lotsen mit einem gewissen Unbehagen und einer gewissen Scheu von „the bad feeling between the two nations" reden. Aber nicht nur an der Küste und in London, sondern ebenso im Binnenlande bewegt das deutsche Problem alle Gemüter. Das erfuhr ich recht deutlich in dem Hause

---

* Vgl. Nr. 11 571, S. 505, Fußnote.

eines englischen Landedelmannes, der unweit Cambridge in Odsey wohnt, und der mich mit echt englischer Gastlichkeit aufnahm. Ein Mann von der kraftvollen alten Art, von feiner moderner Bildung, und doch zähe festhaltend an den Anschauungen vergangener Zeiten! Kein Wunder, daß auch er sich die Welt nicht anders vorstellen kann, als daß ihr Schicksal in London gesponnen wird. Und dennoch auch bei ihm die gleiche unruhige Frage an die Zukunft: „What about the Germans?" Mit wem ich in dem kleinen Landgute auch sprach, — der Gärtner, der Landarbeiter, der Kutscher, der Bahnbeamte, die Lehrerin in der Dorfschule, das alte Mütterchen an der Gartentür — jeder und jede wollte wissen, ob die Deutschen denn ernstlich daran dächten, in ihren Luftschiffen und auf dem Meere nach England vorzudringen. Bei einem Besuche in der Dorfschule hielt mein englischer Freund eine Ansprache an die Kinder. Er erzählte von dem, was Engländern und Deutschen an Kulturwerten früher und jetzt gemeinsam und heilig sei, wie sie Schulter an Schulter gefochten hätten, daß der englische König und der Deutsche Kaiser zu einer Familie gehörten, und er schloß seine Ansprache charakteristischerweise mit der Mahnung, nur nicht zu glauben, Deutschland wolle eines Tages über England herfallen.

Nicht ohne Eindruck auf mich blieb auch die feierliche Art, mit der mich ein konservatives Mitglied des Unterhauses vor ein Bild im Hause der Lords führte, das die Begegnung Blüchers mit Wellington auf dem Schlachtfelde von Waterloo darstellt. „So it ought to be," meinte er ernst und gemessen.

Das Sentimentale aber liegt den Engländern ganz und gar nicht. Aus solchen und ähnlichen Zügen erkennt man den Geist, der das englische Volk heute beseelt.

Wenn nun auch diese Stimmung für die Beurteilung der tatsächlichen Macht Englands ohne jede Bedeutung sein mag, so lehrt sie wenigstens, daß die in Deutschland weit verbreitete Auffassung, das englische Volk sehne sich nach einem Präventivkriege gegen Deutschland, grundfalsch ist. Umgekehrt wittert das englische Volk aus allen möglichen Anzeichen feindselige Absichten Deutschlands gegen England. Statt längerer Ausführungen möchte ich hier eine Stelle aus einem Briefe wiedergeben, den der Ihnen bekannte große Werftbesitzer Hunter an mich gerichtet hat, und die die typische Anschauung des gebildeten Engländers genau widerspiegelt. Sie lautet:

„It is perfectly obvious to me that Germany with her enormous army has no need of an enormous fleet of warships for defensive purposes, but that unfortunately her designs are aggressive. That happily does not imply that war will necessarily and certainly come, but it does imply that there is more than a possibility of it." '

Jeder Versuch, in der Debatte mit Engländern den Schutz der deutschen Küsten und die Verteidigung der deutschen Kolonien als

die Lebensaufgaben unserer Flotte hinzustellen, scheiterte an dem maßlosen Mißtrauen meiner Opponenten. Dagegen blieb es meistens nicht ohne Eindruck, wenn ich auf das mächtige Anwachsen der deutschen Handelsflotte hinwies und auf den für sie unentbehrlichen Schutz der deutschen Kriegsflagge.

Alles in allem haben Mißtrauen und Respekt eine Atmosphäre in England aufgebracht, die einem englischen Staatsmann, der es zu einem vertrauenswürdigen Einvernehmen mit Deutschland brächte, eine Volkstümlichkeit ohnegleichen sicherte. Aus dieser Atmosphäre erklärt es sich auch, daß man in England den neuen deutschen Botschafter mit großen, fast überschwenglichen Hoffnungen erwartet.

In der rein politischen Welt tragen die Dinge ein anderes Ansehen. Sowohl im Unterhause als auch in dem einflußreichen liberalen Reform Club ist mir in der Unterhaltung mit englischen Politikern eines sogleich aufgefallen: Jeder wollte wissen, wie es um Bayern und Süddeutschland stände, und wie Deutschland der Sozialdemokratie Herr werden wollte. Daß man in England das Anwachsen der deutschen Sozialdemokratie mit unverhohlener Freude beobachtet, durfte mich nicht überraschen, ob ich gleich die Gefahr heftiger sozialer Erschütterung in Deutschland doch für verschwindend gering halte im Vergleich zu denselben Gefahren in England.

Auffallender war schon, mit welchem Bedacht die Vorgänge in Süddeutschland von London aus verfolgt werden. Selbst der letzte, an sich so unbedeutende Jesuitenstreit zwischen dem Reich und Bayern hat in London zarte Hoffnungen auf die Belebung der Gegensätze zwischen Nord- und Süddeutschland erweckt. England möchte, wie es scheint, den verhängnisvollen Traum Frankreichs vor 1870 weiterträumen.

Ernüchternd hat aber bereits die en bloc-Annahme der Heeres- und Flottenvorlage gewirkt. Überhaupt traue ich den führenden englischen Staatsmännern zu viel common sense zu, als daß ich annehmen möchte, sie ließen sich in ihrer Politik gegen Deutschland und in ihrer Gesamtpolitik von solchen trügerischen Hoffnungen allzu stark beeinflussen. Sicher verbirgt sich hinter diesem beharrlichen Suchen nach schwachen Fundamenten des deutschen Kaiserreichs die Erkenntnis seiner Festigkeit und Stärke. Nur wenn die Unterhaltung sich der Frage der finanziellen Hülfsquellen und der finanziellen Kriegsbereitschaft zuwandte, konnte ich mich von einer geheimen Sorge nicht ganz freimachen. Besonders der gegenwärtige Minister für Schottland, frühere Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte Wood bemühte sich, mir die wohlbestellten Finanzen Englands recht vor die Seele zu drängen. Aber auch er ließ deutlich durchblicken, daß das Kabinett Asquith nichts sehnlicher wünscht, als mit Deutschland zu einem Einvernehmen zu gelangen, und daß

es bereit ist, Nachgiebigkeit zu zeigen und Opfer zu bringen. Welcher Art diese Opfer sein können, entzieht sich natürlich meiner Kenntnis.

Fasse ich meine Eindrücke zusammen, so wage ich auch ohne intime Kenntnis der diplomatischen Vorgänge zu behaupten, daß es für Deutschland seit Jahren keine günstigere Stunde gegeben hat, um ohne Geräusch und mit den friedlichen Mitteln der Diplomatie von England wichtige Zugeständnisse zu erreichen, als die gegenwärtige.

Ich möchte nicht schließen, ohne noch zu erwähnen, daß ich sowohl bei unserem Vertreter Grafen Wengersky wie auch bei den Herren von Kühlmann und Riepenhausen von der deutschen Botschaft die liebenswürdigste Aufnahme gefunden habe.

Morgen gedenke ich heimzukehren.

(gez.) Heckscher

Nr. 11575

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 211 Paris, den 17. Juni 1912
Ganz vertraulich

Von einer häufig wohlinformierten und im allgemeinen zuverlässigen Persönlichkeit habe ich im strengsten Vertrauen gehört, Sir Arthur Nicolson sei vor einigen Tagen ganz im geheimen hier in Paris gewesen und habe Besprechungen mit den Ministern gehabt. Dabei habe es sich um die Frage der Kräfteverteilung im Mittelmeer sowie um englische Armeereformen gehandelt. In letzterer Beziehung habe Nicolson erklärt, daß an die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England nicht zu denken sei, daß aber eine Stärkung der englischen Landstreitkräfte in anderer Weise in Frage komme.

Es hat mir bis jetzt an Zeit und Gelegenheit gemangelt, diese Nachricht mit der gebührenden Vorsicht auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Ich werde die Sache aber nicht aus dem Auge lassen und darf mir vorbehalten, gegebenenfalls auf sie zurückzukommen*.

v. Schoen

---

* Am 25. Juni fügte Freiherr von Schoen nach (Nr. 221), daß er eine Bestätigung für den Aufenthalt Nicolsons in Paris bisher nicht habe erhalten können.

Nr. 11 576

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 289 Rom, den 13. Juli 1912

Mein österreichischer Kollege* hat Herrn Bollati** auf die Preßnachrichten über eine englisch-französisch-italienische Mittelmeerentente angesprochen. Der Generalsekretär, der tags zuvor den Minister in dem Badeort Anticoli aufgesucht hatte, hat die Nachrichten kategorisch dementiert. Nicht einmal unverbindliche Konversationen hätten mit Italien über die Frage stattgefunden, noch wäre hier eine diesbezügliche Anfrage von Paris oder London erfolgt. Wenn aber Italien je auf ein derartiges Abkommen eingehen sollte, so würde es sich jedenfalls vorher mit seinen Verbündeten darüber verständigen.

Herr von Mérey hat aus seinem Gespräche mit Herrn Bollati aber den Eindruck gewonnen, daß man hier annimmt, es fänden zwischen London und Paris entsprechende Verhandlungen statt, und daß, wenn die Frage an Italien heranträte, man sich überlegen wird, wieweit ein derartiges Abkommen den diesseitigen Interessen entsprechen bezw. sich mit den Dreibundsverpflichtungen vereinigen lassen würde.

Die Absicht Englands, auch in Zukunft eine starke Position im Mittelmeer zu behalten, dürfte jedenfalls Italien zu der Erwägung führen, ob es nicht ratsam wäre, sich auch nach dieser Richtung zu sichern.

Jagow

Nr. 11 577

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Freiherrn von Marschall

Eigenhändiges Konzept

Nr. 838 Berlin, den 17. Juli 1912

Zur Orientierung.

Der Kaiserliche Botschafter in Rom meldet:

„Englischer Botschafter*** hat hier bestimmt in Abrede gestellt, daß zwischen London und Paris Verhandlungen wegen Mittelmeer-

---

* Mérey von Kapos-Mére.

** Generalsekretär im italienischen Außenministerium.

*** Sir James Rodd.

entente stattfänden. Dies stimmt mit Meldungen des italienischen Botschafters in London* überein."

Eine gleiche Mitteilung hat mir gestern spontan, aber in kategorischer Form der hiesige französische Botschafter gemacht**.

Zimmermann

Nr. 11 578

Der Marineattaché in London Korvettenkapitän Widenmann an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Abschrift

London, den 23. Juli 1912

Der wichtigste Punkt in der gestrigen Rede des First Lord ist die Frage der Besetzung des Mittelmeeres***.

---

* Marchese Imperiali.

** Daß keine Verhandlungen zwischen England, Frankreich und Italien über ein Einvernehmen hinsichtlich des Mittelmeers stattgefunden hätten, hat auch Paléologue Iswolsky versichert. Immerhin entnahm der russische Botschafter den Mitteilungen Paléologues, daß Botschafter Paul Cambon in London in dieser Beziehung einen Fühler bei Sir E. Grey ausgestreckt habe. Iswolsky an Sasonow, 18. Juli 1912, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911 bis 1914, ed. Fr. Stieve, II, 190 f. Auf englischer und russischer Seite war man eben damals gleicherweise bestrebt, die Unstimmigkeiten zwischen Frankreich und Italien auszugleichen und letzteres näher an die Dreiverbandmächte heranzuziehen. Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXXXIX, CCXL.

*** Widenmann übergeht in seinem Bericht über die Rede, mit der der Erste Lord der Admiralität W. S. Churchill den Flottenergänzungsetat begründete, völlig die Tatsache, daß derselbe mit aller Deutlichkeit die deutsche Flottennovelle von 1912 als direkte Ursache der englischen Neuforderungen bezeichnete: „The direct cause of the Supplementary Estimate which I am now submitting to the House is to be found in the new German Navy Law." Vgl. Kap. CCXLIII, Nr. 11 425. Nicht minder übergeht Widenmann die Tatsache, daß Churchill in der Rede vom 22. Juli ein absolutes Zusammengehen der englischen und der französischen Flotte im Mittelmeer und so jene englisch-französischen „naval conversations" ankündigte, die im weiteren Laufe des Jahres 1912 nahezu ein Marineabkommen zeitigten: „In conjunction with the navy of France it — nämlich die Neuverteilung der englischen Flotte im Mittelmeer — would of course make a combined force superior to all possible combinations." Vgl. dazu Nr. 11 595, Fußnote. Der Wortlaut der Churchillschen Rede beweist, wie stark die Rückwirkung der deutschen Flottennovelle von 1912 nicht bloß auf die Rüstungsmaßregeln der englischen Marine, sondern auch auf die Förderung der englisch-französischen Entente war. Vgl. auch die scharfe Kritik, die der belgische Gesandte in Berlin Baron Beyens gerade unter diesem Gesichtswinkel an der Churchillschen Rede in seinem Berichte vom 25. Juli 1912 übt: „En désignant ainsi qu'il l'a fait l'Allemagne, comme le seul adversaire de l'Angleterre, M. Churchill va mettre en ébullition, porter à son paroxysme, le désir de revanche des Français. Il fournit lui-même la matière à l'embrasement auquel de part et d'autre on se prépare." Zur Europäischen Politik, ed. B. Schwertfeger, IV, 73.

Durch die am 18. März des Jahres bekanntgegebene Neudislokation * war bekanntlich die bisherige aus sechs Linienschiffen bestehende, in Malta stationierte „Mediterranean Fleet“ auf vier Linienschiffe der „Duncan“-Klasse herabgesetzt worden. Diese vier Linienschiffe, die später auf acht erhöht werden sollten, sind als „fourth battlesquadron“ nach Gibraltar versetzt zu einem von Mr. Churchill selbst gekennzeichneten doppelten Zweck:

„This fourth battle sqadron will, from its strategic position at Gibraltar, be able to give either immediate assistance in home waters or to operate in the Mediterranean, should naval combinations in that sea render its presence necessary or useful.“

Daraus ging zweifellos der Hinweis hervor, daß der Schwerpunkt der zukünftigen Tätigkeit dieses „IV. battle squadron“ in der Verwendung in den heimischen Gewässern liegen solle.

Der Schutz des Mittelmeeres war vier veralteten Kreuzern der sogenannten „County Class“ unter der Bezeichnung „Mediterranean Cruiser Squadron“ überlassen.

Der in der gesamten englischen Presse einsetzende Lärm über diese Neuerung ist bekannt, ebenso die Tatsache der Zusammenkunft zwischen Mr. Churchill, Mr. Asquith und Lord Kitchener in Malta, nachdem die Novelle zum Flottengesetz vom Reichstag bewilligt worden war.

Schon damals war der Glaube an die Durchführung oben angedeuteter Neudislokation im Hinblick auf die bedeutenden Interessen Englands im Mittelmeer und seine historische Stellung dort nicht allzu groß. Daß eine baldige Wiederverstärkung des Mittelmeeres geplant sei, konnte aus der Tatsache geschlossen werden, daß Sir Berkeley Milne den viel jüngeren bisherigen Chef des „Mediterranean Cruiser Squadron“ Anfang Juni ablöste.

Es nimmt daher kein Wunder, daß Mr. Churchill gestern zwecks Neubesetzung des Mittelmeeres folgende Schiffsverteilung bekannt gab:

1) Malta:
   4 „Invincible“-Kreuzer,
   4 Kreuzer der „Shannon“- bezw. „Duke of Edinburgh“-Klasse.

2) Gibraltar, „with a subsidiary base at Malta“:
   4 Linienschiffe, deren Zahl im Jahre 1914 auf 8 erhöht werden wird.

---

* Vgl. dazu Kap. CCXLIII, Nr. 11 411, Anlage.

3) Verstärkung der „destroyer“ und Unterseebootsstation in Malta.

4) Neuschaffung einer „torpedo station“ in Alexandrien.

5) Voraussichtliche weitere Verstärkung des Mittelmeeres durch Kampfschiffe im Jahre 1915/16.

Von einer Aufgabe des Mittelmeeres kann daher englischerseits keine Rede sein. Mr. Asquith unterstrich vielmehr die von Mr. Churchill angedeutete Flottenpolitik hinsichtlich dieses Meeres durch die Erklärung:

„As far as the Mediterranean is concerned, there has been no change of policy, but there has been a change, that has been going on now for many years, in what I call the strategical equilibrium.“

Vom strategischen Standpunkte aus betrachtet, ist das Festhalten an der bisherigen Mittelmeerpolitik für Deutschland nur erwünscht, denn jede Verstärkung des Mittelmeeres durch moderne Einheiten bedeutet eine Entlastung unserer Flotte um so viel Einheiten des Gegners in der Nordsee. Wenn diese Einheiten aus modernen Panzerkreuzern bestehen, so ist diese Entlastung im Hinblick auf die Schwäche der deutschen Flotte in diesem Schiffstyp um so erwünschter.

Fragt man sich nun, was diesem Spielen mit der Mittelmeerfrage seitens des englischen Kabinetts zugrunde gelegen haben mag, so scheint mir einer der Hauptgründe darin zu suchen zu sein, daß im März 1912 dem englischen Kabinett alles daran lag, die geplante Flottenansammlung Englands in der Nordsee so bedrohlich wie möglich erscheinen zu lassen. Man hoffte damals mit diesen angedrohten Gegenmaßregeln ängstliche deutsche Gemüter so sehr einzuschüchtern, daß die geplante deutsche Flottennovelle noch in elfter Stunde werde zurückgezogen werden. Daß man die Drohungen nun englischerseits trotz Durchbringung der Novelle nicht ausführt, daß Mr. Asquith vielmehr mit Nachdruck erklärt:

„I deprecate anything in the nature of panic or scare.

I do not think there is the least occasion for it“,

beweist, wie richtig die entschlossene deutsche Flottenpolitik war.

Nicht „trotz der Novelle“, sondern „wegen der Novelle“ sind die Friedensaussichten größer geworden, denn England hat durch sie den nationalen Willen Deutschlands kennen gelernt und trägt dieser Erkenntnis Rechnung.

(gez.) Widenmann

Nr. 11 579

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 227 Paris, den 2. August 1912

„Temps"-Meldung über französisch-russische Marinekonvention* wurde offenbar gegen Wunsch hiesiger Regierung verfrüht veröffentlicht. Darauf deuten unverkennbar aus offizieller Quelle stammende Abschwächungen heutiger Morgenblätter, die betonen, daß nicht Verhandlungen zwischen beiden Regierungen, sondern lediglich Meinungsaustausche zwischen Chefs Marinestäbe stattfanden**.

Vermutung naheliegend, daß Ministerpräsident Konvention erst nach russischer Reise*** als öffentliches, befriedigendes Ergebnis derselben bekanntgeben wollte. Ob Absicht, dem Allianzgedanken dadurch neuen starken Glanz zu verleihen, erreicht wird, erscheint

---

* Am 1. August hatte der „Temps" gemeldet, daß Verhandlungen mit Rußland schwebten, die auf die Ergänzung des allgemeinen Bündnisvertrages und der Militärkonvention durch ein Abkommen über das Zusammenwirken der beiderseitigen Flotten im Kriegsfalle abzielten. Tatsächlich war diese Konvention, die seit Ende Februar durch Besprechungen des russischen Marineattachés in Paris Kapitän Kartzow mit den französischen Marineautoritäten (vgl. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 49 f.) vorbereitet wurde, gelegentlich der Anwesenheit des Chefs des russischen Admiralstabes Fürsten Lieven in Paris am 16. Juli abgeschlossen worden. Siehe ihren Text im Französischen Gelbbuch: L'Alliance Franco-Russe (1918), p. 210 s. Der Urkunde über das Marineabkommen wurde hernach die Form eines Briefwechsels zwischen Poincaré und Sasonow gegeben, dessen Austausch während des Aufenthalts Poincarés in Rußland (9. bis 16. August) am 15. und 16. August erfolgte. Vgl. die Notiz des Kanzleidirektors im russischen Außenministerium von Schilling vom 18. August (Stieve, a. a. O., II, 227 f.). Zu den Abmachungen des französischen und des russischen Admiralstabschefs vom 16. Juli vgl. auch noch den Brief Iswolskys an Neratow vom 18. Juli 1912 (Stieve, a. a. O., II, 194 f.), aus dem hervorgeht, daß neben der Konvention noch ein besonderes Protokoll von Fürst Lieven und Admiral Aubert unterzeichnet wurde, in dem die verschiedenen Fragen geregelt wurden, die sich aus den beabsichtigten gemeinsamen Operationen der russischen und französischen Flotte ergaben. Der Bericht Iswolskys läßt deutlich erkennen, daß die französisch-russischen Flottenabmachungen ihre Spitze ganz ausdrücklich gegen Deutschland und Österreich-Ungarn kehrten.

** Vgl. dazu die Berichterstattung des russischen Geschäftsträgers in Paris Sewastopulo. Stieve, a. a. O., II, 204 ff. Nach ihr wollte Paléologue zwar nicht zugeben, daß die Mitteilungen an die Presse über die Marinekonvention vom Quai d'Orsay ausgegangen seien; indessen erfuhr Sewastopulo von dem russischen Marineattaché Kartzow, daß das französische Marineministerium unzweideutig gerade den Quai d'Orsay als Quelle dieses Bekanntwerdens bezeichne.

*** Gemeint ist der bevorstehende Besuch Poincarés in Rußland.

zweifelhaft nach teilweise etwas skeptischen Äußerungen in heutiger Presse.

Lancken

Nr. 11 580

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 280 Paris, den 3. August 1912

Die Nachricht vom Abschluß einer Marinekonvention zwischen Rußland und Frankreich ist von der französischen Presse ohne besondere Begeisterung aufgenommen worden. Die große Mehrzahl der Blätter spricht davon mit Befriedigung als von einer der Erhaltung des Weltfriedens förderlichen Maßnahme, die gegen niemand eine Spitze[1] habe, da sie nur eine gegenseitige Unterstützung der beiden Verbündeten im einzelnen festlege, die im Prinzip längst beschlossen und bekannt war.

Der „Temps" bemerkt richtig: A dire vrai, ce qui doit surprendre, c'est moins la signature de la nouvelle convention que le fait qu'on ait tant tardé à la négocier . . . C'était une lacune évidente. Il est bon qu'on la comble.

Schärfer noch spricht die „Libre Parole" aus, que c'est s'y prendre un peu tard. Sie erinnert daran, daß bei Abschluß der russisch-französischen Allianz weder der Dreibund noch Rußland eine Seemacht hatten, und daß Rußland seine Marine vorwiegend für koloniale Zwecke schuf und vorzugsweise im Stillen Ozean verwendete, ohne an die Möglichkeit zu denken, in der Ostsee eine Rolle zu spielen. Elle s'en avise aujourd'hui, maintenant que la place est prise par les Allemands. C'est un peu tard, trop tard pour que les Russes puissent songer à reprendre le dessus tout seuls. Ils se souviennent alors qu'ils ont des alliés et des amis.

Auch die „Aurore" glaubt nicht, daß die Konvention irgendwo eine besondere Erregung hervorrufen könne, da sie nur eine mise au point der Allianz sei. Die Bedeutung liege vielmehr darin, daß sie die Festigkeit der Allianz trotz der gelegentlichen Freundschaftsbesuche der Häupter der beiden Kaiserreiche des Nordens* dartue.

Die erregten Kommentare verschiedener deutscher Blätter über die Konvention dürften daher hier gar nicht verstanden werden. Gerade diese Äußerungen werden in den Preßberichten der hiesigen Zeitungen

---

* Anspielung auf die Entrevue der beiden Kaiser in Baltischport (4. bis 6. Juli). Vgl. dazu Kap. CCXLVII.

aber wiedergegeben; die ruhigen, sachlichen Urteile, zum Beispiel der „Franfurter Zeitung", werden übersehen, und so entsteht erst aus dem Eindruck, daß Deutschland unzufrieden mit der neuen Konvention ist, eine größere Freude über diese erste Leistung Poincarés auf dem Gebiete der internationalen Politik.

Lancken

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Natürlich!

Nr. 11 581

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Mirbach-Harff

Nr. 125 Berlin, den 6. August 1912

Preßnachrichten lassen Unklarheit über Entstehungsgeschichte und Tragweite russisch-französischen Flottenabkommens andauernd fortbestehen. Während einzelne Blätter bereits Fülle militärisch-politischen Details melden, glauben andere die — uns allerdings genehmere — Lesart vertreten und Konvention ableugnen zu können.

Von einzelnen deutschen Zeitungen gebrachte Nachricht, Rußland habe uns gelegentlich Entrevue von Baltischport bezüglich der mit Frankreich schwebenden Verhandlungen auf dem laufenden gehalten, ist bekanntlich nicht zutreffend. Auch späterhin sind uns dahingehende Eröffnungen seitens Rußlands nicht gemacht worden. Es muß daher bis auf weiteres Eindruck bestehen bleiben, daß die fraglichen Besprechungen in Paris zeitlich mit Monarchenbegegnung zusammenfallend geführt worden sind, wodurch die in Baltischport gepflogenen vertrauensvollen Aussprachen nach außen hin selbstverständlich erheblich beeinträchtigt erscheinen.

Euer pp. bitte ich, zur Klärung des Sachverhalts Herrn Sasonow in der Ihnen geeignet scheinenden Form auf die angebliche Konvention anzureden, um von ihm authentische Auskunft darüber zu erlangen.

Der russische Geschäftsträger*, den ich heute auf die Angelegenheit ansprach, behauptete nichts davon zu wissen.

Zimmermann

---

* Bronewsky.

Nr. 11 582

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Essen

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 24 Berlin, den 8. August 1912

Graf Pourtalès meldet*:

„Habe, da Sasonow abwesend, Kokowzow auf russisch-französische Marinekonvention angeredet. Ministerpräsident bestritt Existenz einer solchen**. Es hätten lediglich Besprechungen über militärische Dinge zwischen den Chefs des russischen General- und Marinestabs einerseits und leitenden französischen militärischen Kreisen andererseits stattgefunden. Dabei sei nichts vereinbart worden, was uns irgendwelchen Grund zur Beunruhigung geben könnte. Herr Sasonow und er hätten ihre Zustimmung zu Pariser Besprechungen an ausdrückliche Bedingung geknüpft, daß nichts schriftlich ohne ihr Wissen abgemacht würde.

Ministerpräsident sprach sich dann sehr scharf über französische Presse aus, welche erwähnte Besprechungen in unberechtigter Weise aufgebauscht und dadurch Unruhe hervorgerufen habe. Herr Kokowzow machte dabei auch einige abfällige Bemerkungen über die von der französischen Regierung und ihrem hiesigen Vertreter gelegentlich der Entrevue in Baltischport gezeigte Unruhe. Aber auch über gegenwärtige Haltung deutscher Presse äußerte sich Herr Kokowzow unzufrieden. Ich erwiderte, ich hätte mich im Gegenteil über verhältnismäßige Ruhe unserer Zeitungen gewundert. Denn die Art, wie angeblich Marinekonvention und Reise Herrn Poincarés von französischer, englischer*** und russischer Presse ausgebeutet werde, sei wohl geeignet, deutsche öffentliche Meinung zu reizen. Herr Kokowzow erklärte schließ-

---

* Telegramm Nr. 180 vom 7. August. Es war die Antwort auf Telegramm Nr. 125 (siehe das vorige Schriftstück).

** Auch Paléologue stellte, wie der russische Geschäftsträger in Paris Sewastopulo am 14. August vertraulich an Sasonow schrieb (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 215f.), den „kürzlich stattgefundenen Abschluß einer Marinekonvention" in Abrede. Beide Ableugnungen könnten sich höchstens darauf stützen, daß der Austausch von Briefen zwischen Sasonow und Poincaré, durch die die am 16. Juli von den beiderseitigen Admiralstabschefs gezeichnete „Convention navale" approbiert wurde, erst am 15. bzw. 16. August erfolgte. Vgl. Nr. 11 579, Fußnote *.

*** Vgl. dazu den Bericht des belgischen Gesandten in London Comte de Lalaing vom 3. August 1912: „Une preuve des sentiments qui animent le Gouvernement anglais peut être trouvée dans la satisfaction avec laquelle la nouvelle convention navale franco-russe a été accueillie dans les cercles politiques londoniens. On espère ici qu'elle obligera l'Allemagne, dans un avenir plus ou moins rapproché, à reporter une partie de sa flotte dans la Baltique, qu'elle avait fort dégarnie au cours des dernières années où tous

lich, er trage Bedenken, bezüglich Marinekonvention Dementi zu veröffentlichen; denn man würde an jedem Wort desselben herumdeuteln, und der Lärm würde nur noch größer werden*."

Danach scheinen neue Vereinbarungen tatsächlich getroffen, ihre Finalisierung aber erst gelegentlich des Besuchs Poincarés geplant zu sein. Ob uns Rußland über den Verlauf der Angelegenheit unterrichten wird, muß dahingestellt bleiben. Unsere Vorstellungen dürften aber voraussichtlich wenigstens den Erfolg zeitigen, daß die russische Regierung vorsichtiger wird und einer übertriebenen Ausschlachtung der Angelegenheit französischerseits tunlichst vorbeugt.

Zimmermann

---

ses efforts ont consisté à réunir des forces imposantes dans la Mer du Nord — car il ne faut pas perdre de vue que dans quatre ans, bien qu'il soit difficile d'apprécier la valeur de la nouvelle flotte créée par l'Amiral Grigorowitch, la Russie disposera dans la Baltique de 11 Dreadnoughts." Zur Europäischen Politik, ed. B. Schwertfeger, IV, 75. Daß die Verstärkung der russischen Flotte durch das neue Flottenprogramm vom Juni 1912, das für die nächsten fünf Jahre die Vermehrung des Marinebudgets um 502 Millionen Rubel vorsah, eine deutschfeindliche, durch die französisch-russische Marinekonvention noch verstärkte Spitze trug, darauf weist auch ein Bericht des belgischen Gesandten Baron Beyens vom 4. Juli (das. S. 70) hin, wonach Admiral Grigorowitsch bei der Beratung des russischen Marinebudgets in der Duma erklärt hätte, daß der Hauptgrund für die Ausarbeitung des neuen russischen Flottenprogramms in den deutsch-russischen Beziehungen läge. Baron Beyens zitiert in demselben Zusammenhang einen Artikel des „Temps", welcher besagte, „que le but purement défensif assigné à la nouvelle flotte doit, suivant les exigences de la guerre moderne, se transformer et devenir aussi offensif".

* Auch in Paris verstand man sich zu keinem Dementi, aus guten Gründen, da die Mitteilungen der französischen Blätter über die Marinekonvention vom Quai d'Orsay selbst inspiriert gewesen waren. Unangenehm berührte freilich in Paris eine Meldung des „Echo de Paris", die gerade heraus sagte: „Rußland hat auf Veranlassung des Herrn Poincaré zugestimmt, ein Abkommen mit Frankreich zu unterzeichnen, durch das es sich verpflichtet, mit Deutschland keine Frage von europäischer Bedeutung zu verhandeln, bevor es diese nicht mit uns verhandelt und sich mit uns darüber geeinigt hat." Aber auch diese Nachricht wagte die französische Regierung nicht durch ein offiziöses Communiqué, sondern nur auf dem Umwege eines durch die Agence Havas verbreiteten Telegramms aus London dementieren zu lassen. Vgl. dazu die Telegramme des russischen Geschäftsträgers in Paris Sewastopulo Nr. 141, 142, 143 vom 6. bzw. 7. August 1912; Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 207 f. Offenbar lag der Meldung des „Echo de Paris", obwohl das Blatt sie am 7. August widerrief, ein berechtigter Kern zugrunde. Auf ihn wies der „Matin" mit der Bemerkung hin, daß die Ententemächte angesichts der Zusammenkunft von Baltischport und einer eventuellen Friedensvermittlung zwischen der Türkei und Italien mündlich vereinbart hätten, daß jede von ihnen im eigenen Interesse vermeiden würde, durch Zwischenfälle Schwierigkeiten hervorzurufen. Es handelte sich dabei zweifellos um das Abkommen vom 25. Juni 1912, das in der von Poincaré und Iswolsky so nachdrücklich betriebenen Aktivierung der Entente eine Hauptrolle spielte. Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXXXIX, Nr. 11 136, S. 426, Fußnote, und Fr. Stieve, Iswolski und der Weltkrieg, S. 76 f.

Nr. 11 583

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 182 St. Petersburg, den 8. August 1912

Im Anschluß an Telegramm Nr. 180*.

Euerer Exzellenz darf ich zur Erwägung stellen, ob es sich vielleicht empfehlen möchte, Seiner Majestät dem Kaiser und Könige vorzuschlagen, mir zu befehlen, Audienz beim Zaren zu erbitten, um höchstdenselben auf Eindruck hinzuweisen, den die mit viel Lärm und durchsichtiger Tendenz verbreitete, russischerseits der Öffentlichkeit gegenüber unwidersprochen gebliebene Nachricht über angebliche russisch-französische Flottenkonvention in Deutschland unmittelbar nach Entrevue von Baltischport hervorrufen mußte. Diese Audienz würde mir gleich nach Besuch von Herrn Poincaré angezeigt erscheinen. Sie würde unterbleiben können, falls etwa russischerseits vor diesem Besuch oder im Anschluß an denselben für uns Beruhigungserklärungen veröffentlicht werden sollten. Schon allein Tatsache der Audienz dürfte nicht verfehlen, Eindruck zu machen. Ein Eindruck, der noch verstärkt werden würde, wenn Euere Exzellenz es für angezeigt erachten würden, gleichzeitig in deutscher offiziöser Presse Dementi im Sinne gestriger Erklärungen des Herrn Kokowzow zu veröffentlichen.

Darf daran erinnern, daß französischer Botschafter kurz vor Baltischport ebenfalls Audienz bei Zar hatte.

Glaube obigen Vorschlag schon jetzt machen zu sollen, damit Audienz gegebenenfalls unmittelbar nach Besuch Poincarés erfolgen kann.

Pourtalès

Nr. 11 584

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 185 St. Petersburg, den 9. August 1912

Im Anschluß an Telegramm Nr. 180*.

Herr Sasonow versichert mir heute auf das bestimmteste, daß vom russischen Admiral Fürst Lieven und französischem Admiral

* Identisch mit dem in Nr. 11 582 inserierten Telegramm Graf Pourtalès'.

Aubert nur schriftliche Vereinbarung unterzeichnet worden sei, nach welcher die beiderseitigen Admiralstabschefs in gewissen Zeitabständen zu Besprechungen zusammenkommen sollen*. Wenn solche Vereinbarung bisher gefehlt habe, so liege dies lediglich daran, daß in Rußland erst vor wenigen Jahren Stellung Admiralstabschefs geschaffen worden sei. Von Vereinbarung will der Minister übrigens erst nachträglich Kenntnis erhalten haben.

Pariser Besprechungen hätten lediglich nautische Fragen betroffen und seien gänzlich unpolitischer Natur gewesen. Alles andere, was von französischer Presse über angebliche Marinekonvention verbreitet werde, sei Erfindung. Auch Nachricht, daß England von Inhalt Pariser Besprechungen in Kenntnis gesetzt worden, sei unwahr.

Pourtalès

Nr. 11 585

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Freiherrn von Jenisch, z. Z. in Wilhelmshöhe

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Mirbach-Harff

Nr. 47 Berlin, den 11. August 1912

Wie Euer pp. bekannt, hat französischer Botschafter St. Petersburg unmittelbar vor Baltischport Audienz bei Seiner Majestät Kaiser Nikolaus erbeten und erhalten, und ist diese Audienz seinerzeit in französischer Presse stark unterstrichen und gewissermaßen zum Gegengewicht gegen damals bevorstehende Entrevue gestempelt worden.

Jetzt — nach Besuch Herrn Poincarés und nach überlauter Besprechung französisch-russischer Marineabmachungen in Pariser Presse — würde es unseren Interessen durchaus entsprechen und Eindruck nach außen nicht verfehlen, wenn Graf Pourtalès von Seiner Majestät dem Kaiser und König ermächtigt würde, behufs Über-

* Die Behauptung Sasonows entspricht nicht der Wahrheit. Die Bestimmung der „Convention navale", daß die beiderseitigen Admiralstabschefs alljährlich zu Besprechungen zusammenkommen sollten (Art. 3), war weder die einzige noch die wichtigste. Das Schwergewicht lag vielmehr in den beiden ersten Artikeln der Konvention. Sie lauteten: „Art. I. Les forces navales de la France et de la Russie coopéreront dans toutes les éventualités où l'alliance prévoit et stipule l'action combinée des armées de terre. — Art. II. La coopération des forces navales sera préparée dès le temps de paix. A cet effet, les chefs d'Etat-major de l'une et l'autre Marines sont dès maintenant autorisés à correspondre directement, à échanger tous renseignements, à étudier toutes hypothèses de guerre, à concerter tous programmes stratégiques."

bringung allerhöchsteiner persönlichen Mitteilung Audienz bei Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland nachzusuchen.

Nachdem Seine Majestät huldreichst befohlen haben, daß der allerhöchste Dank für die gute Aufnahme S. M. S. „Hansa" in Petersburg auf diplomatischem Wege auszusprechen ist, würde dieser allerhöchste Befehl vielleicht als geeigneter Anlaß für eine zu erbittende Audienz genommen werden können.

Euer pp. bitte ich, die diesbezügliche allerhöchste Willensmeinung einzuholen und Entscheidung Seiner Majestät des Kaisers und Königs drahten.

Kiderlen

Nr. 11 586

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Wilhelmshöhe, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 47 Wilhelmshöhe, den 11. August 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 47*.

Seine Majestät der Kaiser mit Euerer Exzellenz Vorschlag durchaus einverstanden. Graf von Pourtalès soll umgehend unter Betonung des allerhöchsten Befehls Audienz beim Zaren erbitten und im allerhöchsten Auftrage Dank betreffs „Hansa" aussprechen und Inhalt meines heutigen Telegramms Nr. 45** ausführen.

Jenisch

Randvermerk von Kiderlens:
Jenisch könnte wenigstens unsere Telegramme lesen. K.

Nr. 11 587

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 235 St. Petersburg, den 11. August 1912

Aus zwei langen Unterredungen, die ich mit Herrn Kokowzow und zwei Tage darauf mit Herrn Sasonow hatte, habe ich den Eindruck gewonnen, daß die über die russisch-französische Marinekonvention von der französischen Presse verbreiteten Nachrichten unwahr sind, und daß die tendenziöse Art, mit welcher diese Nachrichten in einem uns feindlichen Sinne aufgebauscht worden sind, hier unangenehm berührt hat, daß die russische Regierung aber aus Rück-

---

* Siehe Nr. 11 585.
** Telegramm Nr. 45 behandelt die Reise des Prinzen Heinrich nach Ostasien.

sicht für den französischen Verbündeten nicht wagt, diese Nachrichten durch eine offiziöse Kundgebung auf ihr richtiges Maß zurückzuführen. Herr Sasonow sagte mir direkt: „Wir können doch nicht gut Herrn Poincaré hier mit einer kalten Dusche empfangen."

Ministerpräsident Kokowzow sprach sich in den schärfsten Ausdrücken über die französische Presse aus. Er bezeichnete die jüngste Preßkampagne, die nur den Zweck habe, die Bedeutung der Entrevue von Baltischport herabzumindern, als einen „bluff". Um mir zu beweisen, wie lächerlich empfindlich die Franzosen auf dem Punkt ihrer Allianz seien, erzählte mir Herr Kokowzow, als die Nachricht von der Begegnung unserer beiden Souveräne bekannt geworden sei, wäre Herr Georges Louis mit einem langen Gesicht bei ihm erschienen und hätte das Gespräch mit den Worten begonnen: „Mais Mr. le président du conseil, qu'est-ce que cela veut dire? Encore une entrevue? Où en est donc votre alliance?" Herr Kokowzow will darauf dem Botschafter folgendes erwidert haben: Als er vor zwei Jahren im Herbst in Paris gewesen sei, habe der damalige französische Finanzminister* ihm ein Diner gegeben, an welchem unter anderen auch Herr Poincaré und Herr Pichon teilgenommen hätten. Nach dem Diner seien diese beiden Herren auf ihn zugekommnn und hätten ihm gesagt, nachdem soeben ein Wechsel im russischen Ministerium des Äußern vor sich gegangen sei, wollten sie zur Erwägung stellen, ob Rußland nicht gut daran täte, diesen Augenblick zu benutzen, um wieder auf einen besseren Fuß mit Deutschland zu gelangen. Die russische Regierung habe diesen guten Rat befolgt, und man habe von französischer Seite keine Veranlassung, ihr daraus einen Vorwurf zu machen.

Der Ministerpräsident erging sich dann mir gegenüber in Beteuerungen, daß nichts seit Baltischport vorgefallen sei, was uns das Recht geben könnte, an dem Wunsche Rußlands, mit Deutschland die freundschaftlichsten Beziehungen zu pflegen, zu zweifeln. Herr Kokowzow ergriff die Gelegenheit, um nochmals in den wärmsten Ausdrücken seiner Freude über den in Baltischport gepflogenen vertrauensvollen Gedankenaustausch** Ausdruck zu geben. Er hob dabei noch besonders hervor, wie dankbar er für die feinfühlende Art sei, mit welcher Seine Majestät der Kaiser und König und Euere Exzellenz den der russischen Regierung durch ihr Bündnisverhältnis zu Frankreich auferlegten Rücksichten Rechnung getragen hätten[1].

Herr Sasonow, der sich mit der gleichen Wärme über die Begegnung in Baltischport aussprach, sagte, er könne nicht glauben, daß die Hetzereien der französischen Presse, welche die russische Regierung mißbillige[2], und an denen sie keine Schuld trage, den Erfolg haben könnten, bei uns Zweifel an der Aufrichtigkeit seiner unserem

* Cochery.

** Vgl. dazu Kap. CCXLVII.

allergnädigsten Herrn und Euerer Exzellenz gegebenen Versicherungen zu erwecken.

Ich habe dem Minister erwidert, von einem solchen Zweifel könne keine Rede sein. Er werde es mir aber nicht verdenken können, wenn ich mein Bedauern darüber ausdrücke, daß die für ganz Europa beruhigenden Wirkungen der Entrevue von Baltischport durch den nunmehr über eine Woche dauernden Lärm der französischen Presse so bald wieder gestört worden seien. Die Pariser Besprechungen der russischen General- und Admiralstabschefs ebenso wie der Petersburger Besuch des französischen Ministerpräsidenten würden bei uns mit dem größten Gleichmut hingenommen worden sein, wenn der bekannte Preßkonzern nicht alle Mittel aufgeboten hätte, um beiden an sich harmlosen Vorgängen eine gegen Deutschland gerichtete Spitze zu geben. Wenn dieses Treiben schließlich anfange, bei der deutschen öffentlichen Meinung einigen Eindruck zu machen, könne man sich nicht darüber wundern. Ich könne ihm nicht verhehlen, daß es nach meiner Ansicht für die Ruhe Europas nützlich gewesen wäre, wenn die von der französischen Presse losgelassenen Enten sofort totgeschlagen worden wären. Besonders unerfreulich scheine es mir, daß man den Eindruck gewinnen müsse, als ob die falschen Nachrichten von Leuten lanciert würden, die zur französischen Regierung in nahen Beziehungen stehen, wenn ich auch gern glauben wolle, daß die Regierung selbst diesen Treibereien fernstände. Herr Sasonow bestritt nicht, daß die fraglichen Preßhetzereien auf Entstellung von Nachrichten beruhen, die aus französischen Regierungskreisen stammten. Er führte dies auf die jetzt in Frankreich herrschenden Verhältnisse zurück, die er auf das schärfste kritisierte. Die Regierung sei eben ganz in den Händen von Journalisten und Geschäftsleuten, die ihre eigene Politik machten. Herr Iswolsky, der ihn eben besucht habe, schildere diese Verhältnisse in den grellsten Farben*. Man müsse aber immerhin zugeben, daß Herr Poincaré ein verhältnismäßig konservatives Element sei, das man stützen müsse. Dieser gebe selbst den mächtigen Einfluß der obenerwähnten Kreise auf die französische Politik zu, erkläre sich aber diesen Einflüssen gegenüber für ebenso machtlos, als es wahrscheinlich alle seine Nachfolger sein würden.

Der Minister gab mir dann zu verstehen, daß in dem ganzen Lärm, der jetzt um die Reise des Herrn Poincaré gemacht werde, Gründe der inneren französischen Politik zu suchen seien. Diese Reise solle durchaus zu einem großen politischen Erfolg gestempelt

---

* Dabei war gerade Iswolsky fortdauernd bemüht, das deutschfeindliche Treiben der französischen Presse durch einen systematischen Bestechungsfeldzug noch zu steigern. Vgl. dazu Fr. Stieve, Iswolski und der Weltkrieg, S. 25 f., 113 ff., 123.

werden. „Hiergegen", unterbrach ich Herrn Sasonow, „haben wir gar nichts. Empfangen Sie Herrn Poincaré mit königlichen Ehren. Heben Sie seine Verdienste um die russisch-französische Allianz, soviel wie Sie wollen, hervor. Das wird uns gänzlich kalt lassen. Es sollte aber meines Erachtens dabei nicht der Anschein erweckt werden, als ob dies alles unter stillschweigender Zustimmung der russischen Regierung mit einer Spitze gegen Deutschland geschehe."

Ich setzte dem Minister dann auseinander, daß nach meiner Überzeugung der Besuch des französischen Ministerpräsidenten ein weiterer Schritt zu der allgemeinen Detente hätte werden und somit gewissermaßen an die Entrevue in Baltischport hätte anknüpfen können. Wenn, wie man nur mit Bedauern konstatieren könne, das Gegenteil eingetreten sei, so liege dies daran, daß Frankreich infolge der von Herrn Sasonow selbst zugegebenen, dort herrschenden Verhältnisse wieder ein sehr unruhiger Faktor in der europäischen Politik geworden sei. Unter diesen Umständen könne man uns nicht verdenken, wenn wir uns bezüglich der Wirkungen des sogenannten Gleichgewichts unter den europäischen Mächten einigermaßen skeptisch zeigten[3]. Herr Sasonow werde sich erinnern, daß Euere Exzellenz sich ungern und nur, um ihm entgegenzukommen, entschlossen hätte, zu einem auf den Wert der jetzigen Gruppierung der Mächte für den europäischen Frieden bezüglichen Satz in dem Communiqué über die Entrevue in Baltischport Ihre Zustimmung zu geben*. Es sei nicht zu leugnen, daß in Frankreich seit dem Unfug, der mit dem Worte der faktisch nicht existierenden[4] Tripelentente getrieben werde, der Chauvinismus wieder in bedenklicher und dem europäischen Frieden keineswegs förderlicher Weise zugenommen habe. Weit wichtiger als die „gegenwärtige Gruppierung der Mächte", worunter unsere Gegner[5] immer die sogenannte Tripelentente verständen, sei daher für die Erhaltung des Friedens meines Erachtens die Friedensliebe Deutschlands und Rußlands sowie das glücklicherweise zwischen diesen beiden Mächten jetzt bestehende gute Verhältnis.

Der Minister stimmte diesem letzten Satz lebhaft zu und erkannte auch an, daß, wenn auch nicht der Chauvinismus, so doch das Selbstbewußtsein Frankreichs in den letzten Jahren gewachsen sei. Herr Sasonow wollte dies aber auf unsere Marokkopolitik zurückführen, was ich natürlich nicht gelten ließ.

Der Minister bemerkte schließlich, eigentlich sei es für Rußland sehr schmeichelhaft, wenn wir uns durch eine russisch-französische Marinekonvention beunruhigt fühlten. Er selbst habe als guter russischer Patriot von den seinem Vaterlande zu Gebote stehenden Machtmitteln eine hohe Meinung, aber von einer baltischen Flotte, die für

---

* Vgl. dazu Kap. CCXLVII, Nr. 11540.

uns eine Gefahr bedeuten würde, könne nach seiner Überzeugung noch auf lange Zeit hinaus keine Rede sein.

Obwohl die ganze Unterredung einen sehr freundschaftlichen Charakter trug, konnten wir uns schließlich nicht darüber einigen, daß es nützlich wäre und unseren gegenwärtigen Beziehungen entsprechen würde, wenn von russischer Seite den tendenziösen Auslassungen über die Bedeutung der vielbesprochenen Marinekonvention öffentlich entgegengetreten würde[6].

F. Pourtalès

Randbemerkungen von Kiderlens auf einer Abschrift:
[1] !
[2] ?
[3] Hätten wir vorher tun sollen
[4] warum hat sie dann Pourtalès offiziell anerkannt?!
[5] ich auch! was denn sonst?
[6] das heißt Rußland, das uns unter das kaudinische Joch der feierlichen Anerkennung der friedlichen Tendenz der Tripelentente gelockt hat, wagt nicht, chauvinistischen und uns bedrohenden Auslegungen seiner Allianz mit Frankreich öffentlich entgegenzutreten!

Nr. 11588

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 293 Paris, den 9. August 1912
[pr. 12. August]

Wie wiederholt zu berichten Anlaß war, liebt es der politische Direktor im Auswärtigen Ministerium, sich gelegentlich über heikle politische Dinge unumwunden zu äußern, wobei er dann allerdings in der Hervorhebung des inoffiziellen Charakters der Unterhaltung eine Deckung gegen etwaige Konsequenzen seiner Offenheit zu suchen pflegt.

So äußerte er sich heute zu mir im Anschluß an seine Mitteilungen über die Erwägungen, die in der Frage der Wahl des Reiseweges nach Rußland für Herrn Poincaré angestellt worden waren*, mit erstaunlicher Offenheit und ganz spontan über die Ziele und Besorgnisse der französischen Politik.

Das ganze Streben Frankreichs, so führte Herr Paléologue aus, sei im letzten Ende auf den Frieden gerichtet. Wohl wolle es weiteren Ausbau der Tripelentente. Politisch, militärisch, maritim und wirtschaftlich solle diese die größtmögliche Stärke erlangen, jedoch nur, um durch das so gewonnene Gewicht in den für die

* Vgl. Kap. CCXLVI, Nr. 11526.

Harmonie der europäischen Mächte gefährlichen Fragen ein einheitliches Zusammengehen der Großmächte zu erwirken. So sei es ein völliges Verkennen des Geistes der französischen Politik, wenn die Auslandspresse Besorgnisse über die Bedeutung maritimer Abmachungen zwischen den Zweibundmächten äußerte*. Niemand brauche sich darüber zu wundern, wenn die festverbündeten beiden Mächte auf diesem Gebiete ihre Intimität bekundeten. Darum sei es der französischen Regierung auch gar nicht eingefallen, anläßlich der kürzlichen Anwesenheit des Fürsten Lieven in Paris den intimen Verkehr desselben mit den französischen Marinebehörden zu verbergen. Gestern sei Rifaat Pascha** bei ihm gewesen und habe ihn um Auskunft darüber gebeten, ob die in der Öffentlichkeit so viel besprochene Marinekonvention sich mit auf die Türkei beziehe und ob überhaupt geheime Verständigungen zwischen den Tripelententemächten bezüglich des näheren Orients abgeschlossen worden seien. Er habe den türkischen Botschafter durchaus beruhigen können: Die französische Politik sei und bleibe unverrückt auf die Erhaltung des Status quo und die Konsolidierung des türkischen Reiches gerichtet. In der Tat hätten in den letzten Monaten die Tripelententemächte dauernd in intimstem Meinungsaustausch über den nahen Orient gestanden. Besondere Abmachungen jedoch seien nicht getroffen worden*** und würden, soweit er orientiert sei, auch nicht getroffen werden; sie erübrigten sich durch die Einhelligkeit ihrer Ansichten über die jetzt von ihnen einzunehmende Haltung.

Als ich mich hier nicht enthalten konnte, gelinde Zweifel zu äußern über die Aufrichtigkeit Englands und Rußlands in der von

---

* Von dieser Erklärung Paléologues gegenüber Freiherrn von der Lancken weiß auch der russische Geschäftsträger Sewastopulo in einem streng vertraulichen Brief an Sasonow vom 14. August (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 216) zu berichten: „Dem deutschen Geschäftsträger hat er unter dem Hinweis, er mache diese Erklärung offiziell, mitgeteilt, daß die Politik des H. Poincaré im Interesse des europäischen Konzerts die möglichst volle Entwicklung des Dreiverbandes auf militärischem, maritimem, diplomatischem und finanziellem Gebiet im Auge habe." Wie wenig es gerade Poincaré und Paléologue um die „Harmonie der europäischen Mächte" und um ein „einheitliches Zusammengehen der Großmächte" zu tun war, sondern vielmehr um ein einheitliches Zusammengehen der Tripelententemächte, ohne und geradezu gegen die Mittelmächte, zeigen vor allem die Erörterungen über das französisch-russisch-englische Abkommen vom 25. Juni 1912, bei denen Poincaré energisch das Ziel eines geschlossenen und einheitlichen Handelns der Entente vertrat, während Sasonow und Sir E. Grey sich noch keineswegs blind gegen die Gefahren einer Trennung der Mächte in zwei Gruppen zeigten. Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXXXIX, Nr. 11 136, S. 426, Fußnote.

** Türkischer Botschafter in Paris.

*** Tatsächlich war eine solche am 25. Juni 1912 abgeschlossen. Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXXXIX, Nr. 11136, S. 428, Fußnote.

den Franzosen gewollten Konsolidierung der Türkei, meinte Paléologue: Wenn er sage, daß Frankreich dieser Politik im Einvernehmen mit seinen Freunden treu bleibe, so liege eben darin, daß seine Freunde sich zu der Richtigkeit der französischen Ansicht bekannt hätten. Manches von dem, was er mir über die hiesige Orientpolitik sage, habe übrigens den Gegenstand einer kürzlichen Unterhaltung des französischen Geschäftsträgers in Berlin* mit dem Herrn Unterstaatssekretär gebildet[1].

Ich habe Herrn Paléologue nicht deutlich dahin verstanden, ob bei dieser Unterhaltung auch von französischen Initiativen im Hinblick auf die Friedensvermittelung zwischen Italien und der Türkei** gesprochen ist[2], deren Möglichkeit mir Herr Paléologue zwar ganz kurz, aber wiederholt im Laufe des Gespräches andeutete. Es scheint mir, als sei der Wunsch der hiesigen Regierung, uns für solche französischen Pläne günstig zu stimmen, einer der Hauptzwecke der Paléologueschen Eröffnungen gewesen. Der Gedanke liegt nahe, daß Frankreich, wenn es sich ernstlich mit solchen Plänen trägt, uns über seine Ideen im Orient beruhigen und überhaupt verhindern möchte, daß bei uns infolge der Reise des Herrn Poincaré und ihrer Begleiterscheinungen sich eine Mißstimmung gegen den westlichen und den östlichen Nachbarn festsetzt.

Aus den Eröffnungen des Herrn Paléologue wäre als recht interessant noch die ernste Besorgnis zu erwähnen, die er, wie er mit verblüffender Offenheit sagte, hinsichtlich der Weiterentwickelung des englisch-deutschen Verhältnisses hegt. In seiner Überzeugung, so sagte er, daß die Politik des europäischen Konzerts sonst sich durchsetzen ließe, würde er sich für berechtigt halten, mit Zuversicht in die Zukunft zu sehen, wenn nicht das Gespenst eines deutsch-englischen Konfliktes so bedrohlich dastände. Er und sein Jugendfreund und Chef Poincaré beurteilten die Situation recht ungünstig. Nach allen Informationen, die aus London eingingen, schiene betrüblicherweise gar keine Aussicht auf Besserung des Verhältnisses vorhanden zu sein***. Ihm komme die Spannung zwischen Deutschland und Eng-

---

* Comte de Manneville.

** Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXXXVII und CCXXXIX.

*** Mit diesem Urteil Paléologues vergleiche man die Darstellung Tirpitz' (Erinnerungen, S. 199 ff.; Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 339 ff.), nach der der Durchführung der Flottennovelle eine zunehmende deutsch-englische Entspannung gefolgt wäre. Das Urteil Paléologues, der durch die Berichte des Botschafters Paul Cambon über den wahren Sachverhalt genau unterrichtet war, deckt sich mit dem W. S. Churchills, der in seinem Buche The World Crisis (p. 114 f.) auseinandersetzt, daß nicht Entspannung in den deutsch-englischen Beziehungen, sondern „naval rejoinders and diplomatic reactions which strengthened the forces and closed the ranks of the Entente" die Folge der Tirpitzschen Flottenpolitik gewesen sei. Vgl. auch Kap. CCXLIII, Nr. 11 423, S. 213, Fußnote.

land genau so vor, wie sie in den Jahren nach 1866 bis zum Ausbruch des Krieges zwischen Preußen und Frankreich bestand. Ein Zwischenfall nach dem anderen wurde mit Aufbietung vielen Geschickes geregelt, bis schließlich eine die Lebensinteressen der beiden Länder durchaus nicht berührende Frage den schon lange explosionsreifen Konfliktsstoff entzündete. Frankreich sage sich aber, daß es unmöglich aus solch einem Konflikt herausbleiben könnte. Es sei ganz natürlich, daß Deutschland sofort Frankreich ein Ultimatum stellen und nach ebenso selbstverständlicher Ablehnung desselben seine Armee gegen Frankreich mobil machen müßte. Das aber wolle er mir mit aller Freimütigkeit sagen: So sehr das ganze französische Volk wie ein Mann hinter einer Regierung stehen würde, die glauben sollte, es verantworten zu können, uns zur Rückgewinnung Elsaß-Lothringens den Krieg zu erklären (Herr Paléologue scheint nicht daran zu glauben, daß sich je eine solche Regierung finden würde) —: ebenso ungern würde Frankreich den Soldaten Englands auf dem Kontinent darstellen wollen. Möchte dem anerkannten Geschick des Freiherrn von Marschall, so schloß Herr Paléologue, die unmöglich scheinende Aufgabe gelingen, eine nachhaltige Besserung in dem deutsch-englischen Verhältnis herzustellen. Frankreichs aufrichtigste Wünsche begleiteten ihn in seinem Wirken*.

Lancken

Randbemerkungen Zimmermanns:

[1] In gleichem Sinne hat sich in der Tat der französische Geschäftsträger mir gegenüber geäußert Z. 12./8.

[2] nein Z. 12./8.

---

* In ähnlichem Sinne sprach sich Paléologue gegenüber Freiherrn von der Lancken am 25. September anläßlich des tags zuvor erfolgten Todes Freiherrn von Marschalls aus: „Die hochwichtige Aufgabe, die der Verstorbene in London übernommen hatte, sei von französischer Seite — und er spreche hierbei durchaus im Sinne des Herrn Poincaré — mit aufrichtigster Sympathie begleitet gewesen. Dieses Gefühl hätte auch in dem guten und verständnisvollen Verhältnis Ausdruck gefunden, das sich zwischen Herrn Paul Cambon und dem Freiherrn von Marschall in der kurzen Zeit des gemeinsamen Wirkens in London angebahnt hätte, und die Hoffnung sei hier berechtigt erschienen, daß die Beziehungen der beiden hervorragenden Diplomaten zueinander erfreuliche Ergebnisse für die gesamte internationale Lage zeitigen würden." Bericht Freiherrn von der Lanckens vom 25. September 1912 (Nr. 333). Vgl. dazu jedoch Nr. 11 563 und 11 564. Die tatsächlichen Bemühungen Poincarés und Paléologues, das von der deutschen Regierung angestrebte political agreement mit England zu vereiteln (vgl. darüber Iswolskys Angaben in seinem Briefe an Sasonow vom 5. Dezember 1912; Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 377), erwecken allerdings Zweifel an der Aufrichtigkeit der Versicherungen Paléologues.

Nr. 11589

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 239 St. Petersburg, den 12. August 1912

Herr Kokowzow, der sich mir gegenüber anläßlich der Preßerörterungen über die russisch-französische Marinekonvention auch unzufrieden über die Haltung der deutschen Presse ausgesprochen hatte, gab zwei Tage später selbst zu, daß man die reservierte und kühle Sprache der deutschen Zeitungen anerkennen müsse.

Ich wurde dadurch in meinem Eindruck bestärkt, daß der Ministerpräsident sich nur über die Insinuation der „Frankfurter Zeitung", daß Rußland wieder eine Anleihe in Frankreich aufnehmen wollte, geärgert hatte*. Es war da der Punkt berührt worden, auf welchem Herr Kokowzow ganz besonders empfindlich ist. Das Dementi, daß von einer Anleihe keine Rede sei, erschien dann auch mit einer Pünktlichkeit, wie wir sie bezüglich des Inhalts der Marinekonvention nur auch hätten wünschen können.

Trotz aller gegenteiligen Versicherungen dürfte mit ziemlicher Bestimmtheit anzunehmen sein, daß die von der russischen Regierung nach außen hin in der Frage der Marinekonvention beobachtete Zurückhaltung ebenso wie der dem französischen Ministerpräsidenten bereitete glänzende Empfang mit dem Geldbedürfnis Rußlands zusammenhängt. Wenn es wahr ist, daß schon im nächsten Jahre der vierten Duma das große Flottenprogramm, für welches eine Milliarde Rubel verlangt werden sollen, vorgelegt wird, so muß die russische Regierung Maßregeln treffen, um zur Verwirklichung dieses Programms ausländisches Kapital heranzuziehen. Herr Kokowzow kann dabei bona fide versichern, daß keine Anleihe aufgenommen wird; ausländische und besonders französische Banken werden aber das Geld für den Bau von Werften hergeben, und der Bau von Schiffen wird zum großen Teil mit französischem Geld erfolgen. Tatsächlich

---

* Solche „Insinuationen" traten später auch vielfach in der französischen Presse auf. So schrieb Maurice Allard in der „Humanité" vom 25. September 1912: „Man kündigt für Oktober eine russische Anleihe von 1200 bis 1500 Millionen an. Das ist also das ganze Geheimnis der Reise des Herrn Poincaré nach Rußland, der Ausstellung des Großfürsten in Frankreich (vgl. dazu Nr. 11599, Fußnote) und der Wallfahrt der Großfürstin an die lothringische Grenze. Wenn Frankreich früher angepumpt werden sollte, kam der Zar Nikolaus persönlich. Jetzt ist das nicht mehr nötig. Das Bündnis hat derartige Fortschritte gemacht, daß es ihm gegenwärtig genügt, sich einen französischen Minister nach Rußland kommen zu lassen oder einen russischen Großfürsten nach Frankreich zu schicken." Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1912, S. 382. Vgl. Nr. 11591.

ist denn auch bereits eine Werft in Libau, die bisher ein kümmerliches Dasein fristete, von den Chantiers Normands gekauft worden und soll mit einem Gußstahlwerk in Riga vereinigt werden, welches ebenfalls mit französischem Gelde eine Werft bauen wird. Auch höre ich vertraulich aus sehr guter Quelle, daß der bekannte Großindustrielle Nobel von der russischen Regierung dazu gebracht worden ist, sich auf den Bau von Kriegsschiffen zu verlegen.

F. Pourtalès

Nr. 11590

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 243 St. Petersburg, den 16. August 1912

Der französische Ministerpräsident, Herr Poincaré, welcher den Mittwoch und Donnerstag dieser Woche in Moskau verbracht hatte*, ist heute früh von dort zurückgekehrt und hat sich gleich nach Kronstadt an Bord des „Condé" begeben, wo unmittelbar vor seiner Abreise mittags noch ein Abschiedsfrühstück mit dem russischen Minister stattfand. Herr Sasonow, welcher vor den in der zweiten Hälfte dieses Monats zur Erinnerung an den Feldzug von 1812 in Moskau stattfindenden Festlichkeiten noch für einige Zeit auf seine Besitzung im Gouvernement Grodno zurückkehren wollte, war nicht sehr erbaut, wegen dieses Frühstücks noch drei Tage länger hier bleiben zu müssen. Die Franzosen legten aber den größten Wert auf das Erscheinen des Ministers beim Abschied des Herrn Poincaré. Dieser Umstand sollte mit dazu dienen, den Unterschied zwischen der Euerer Exzellenz und dem französischen Ministerpräsidenten hier gewordenen Aufnahme hervorzuheben. Herr Sasonow ist bekanntlich seinerzeit abgereist, bevor Euere Exzellenz Petersburg verlassen hatte, worauf in der deutschfeindlichen Presse ausdrücklich hingewiesen worden war**. Überhaupt ist es geradezu lächerlich, wie von französischer Seite alles aufgeboten wird, um durch den Besuch von Herrn Poincaré womöglich die Entrevue von Baltischport, jedenfalls aber den Besuch Euerer Exzellenz in der russischen Residenz in den Schatten zu stellen. Dabei wird absichtlich unberücksichtigt gelassen, daß der

---

* Über die Inszenierung der Poincaréschen Reise vgl. F. Gouttenoire de Toury, Poincaré a-t-il voulu la Guerre?, p. 69 ss. und Fr. Stieve, Iswolski und der Weltkrieg, S. 76 f.

** Vgl. Kap. CCXVII, Nr. 11546.

Besuch Euerer Exzellenz einen rein privaten Charakter trug. In hiesigen Regierungskreisen durchschaut man dieses Treiben und macht sich darüber lustig[1]. „Wissen Sie," frug mich neulich Herr Sasonow, „warum Herr Poincaré nach Moskau geht? Aus keinem anderen Grunde, als weil der Herr Reichskanzler dort gewesen ist. Sie können sicher sein, daß, wenn Herr von Bethmann Hollweg, wie ihm hier vorgeschlagen wurde, den Rückweg nach Deutschland über Kiew genommen hätte, Herr Poincaré nicht gezögert haben würde, die weite Reise in diese Stadt ebenfalls zu unternehmen."

Der französische Ministerpräsident ist hier mit großen Ehren empfangen worden, man kann aber nicht sagen, daß, wie es nach den Berichten der französischen Korrespondenten den Anschein haben könnte, dabei Übertreibungen vorgekommen sind. Hierfür spricht schon allein die Verleihung des Alexander-Newsky-Ordens, der einigermaßen ernüchternd gewirkt haben dürfte, da man französischerseits wohl den Andreas-Orden erwartet hatte.

Seine Majestät der Kaiser Nikolaus hat Herrn Poincaré in Peterhof empfangen und ihn zum Frühstück befohlen, im übrigen sich aber nicht viel um ihn bekümmert[2]. Allerdings ist der französische Gast auch zum Zapfenstreich und zur Parade in Krasnoje Selo eingeladen worden, weil diese militärischen Schauspiele gerade in diesen Tagen sattfanden. Es ist mir aber von Augenzeugen versichert worden, daß Herr Poincaré bei dieser Gelegenheit keineswegs Gegenstand besonderer Auszeichnungen gewesen ist.

Bei dem großen Zapfenstreich waren die drei preußischen Kommandeure neben den ebenfalls eingeladenen Offizieren des französischen Kreuzers „Condé" aufgestellt worden. Seine Majestät der Kaiser ließ sich zuerst die preußischen Offiziere vorstellen und sprach mit jedem längere Zeit; bei der darauf folgenden Vorstellung der Offiziere des „Condé" beschränkte sich Seine Majestät darauf, jedem die Hand zu geben. Der von den französischen Zeitungen wiederholt angekündigte Besuch des Zaren auf dem „Condé" hat gar nicht stattgefunden.

Bei den Ministern Kokowzow und Sasonow fanden große offizielle Diners statt, welche außer den sonst ausgetauschten Besuchen Gelegenheit zu längeren Unterredungen zwischen Herrn Poincaré und den russischen Staatsmännern boten. Was die Zeitungen über diese Unterredungen bringen, dürfte zum großen Teil auf Kombinationen beruhen; wenn aber behauptet wird, daß unter anderen Gesprächsstoffen auch die chinesische Anleihe und die kleinasiatischen Bahnen berührt worden sind, so scheint mir dies um so wahrscheinlicher, als mir bekannt ist, daß diese beiden Fragen Herrn Sasonow besonders am Herzen liegen.

Im übrigen habe ich keinen Grund, an der Aufrichtigkeit der Versicherungen der Herren Kokowzow und Sasonow zu zweifeln, daß die Besprechungen mit Herrn Poincaré nichts für uns Beunruhigendes enthalten haben*. Ich bin vielmehr überzeugt, daß man russischerseits im Sinne der Notwendigkeit einer allgemeinen Beruhigung sowie der tunlichsten Erhaltung des Status quo im nahen Orient gesprochen und den französischen Ministerpräsidenten für den Gedanken eines gemeinsamen Auftretens der Großmächte im Falle von Verwicklungen auf der Balkanhalbinsel zu gewinnen gesucht hat. Der deutliche Umschwung in der Sprache gewisser französischer Blätter, der nach der Ankunft des Herrn Poincaré in Petersburg zu bemerken war, dürfte auf hiesige Einflüsse zurückzuführen sein.

Der größte Teil der russischen Presse hat natürlich den französischen Gast nicht besser zu feiern gewußt, als daß sie während seiner Anwesenheit in Rußland die wildesten Hetzereien gegen Deutschland brachte und sich dabei auch zu den größten Geschmacklosigkeiten hinreißen ließ. Eine rühmliche Ausnahme machte, abgesehen von franzosenfeindlichen reaktionären Blättern wie die „Semschtschina" und der „Graschdanin", auffallenderweise die liberale „Rjetsch", welche ausführte, der Besuch des Herrn Poincaré könne sehr wohl als eine „Ergänzung der Entrevue von Baltischport" im Sinne einer Annäherung der Mächtegruppierungen aneinander angesehen werden.

Ganz besondere Freude hat den deutschfeindlichen Blättern die auch von den französischen Korrespondenten besonders unterstrichene Tatsache bereitet, daß der englische Botschafter „als einziger fremder Diplomat" an den Essen bei Herrn Kokowzow sowie auf der französischen Botschaft teilgenommen hat. Ein schwacher Trost für die Enttäuschungen, welche die „Ergebnisse" des Besuchs des Herrn Poincaré, bei dem es nicht einmal zur Unterzeichnung der gegen

---

* Die Aufrichtigkeit dieser Versicherungen wird illustriert durch den Bericht, den Sasonow am 17. August dem Zaren über die Unterredungen mit Poincaré während dessen Aufenthalts in Petersburg erstattete. Danach bildete einen der Gesprächsgegenstände die russisch-französische Marinekonvention, die von beiden Seiten gegenüber den deutschen Staatsmännern in Abrede gestellt worden war; einen weiteren die mündlichen militärischen Abmachungen zwischen England und Frankreich, die auf einen gemeinsamen Konflikt mit Deutschland abgestellt waren; einen dritten der Ausbau der russischen strategischen, also gegen Deutschland gerichteten Westbahnen; einen vierten die Möglichkeit eines gleichzeitigen Zusammenwirkens der russischen und englischen Marinestreitkräfte. Vgl. Un Livre Noir, II, 338 s.; Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 219 ff.; Fr. Stieve, Iswolski und der Weltkrieg, S. 78 ff.

Deutschland gerichteten Marinekonvention* gekommen ist, offenbar unseren Gegnern bereitet haben

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Hilft aber mit! Sasonow brauchte ja auch nicht zu bleiben da er den Zusammenhang kannte!
[2] den Ministern überlassen.

Nr. 11591

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 301 Paris, den 19. August 1912

Wenn man mit Franzosen über das Ergebnis der Reise des Herrn Poincaré spricht, so kann man durchweg feststellen, wie sehr sich hier alle Welt durch die Ehrungen geschmeichelt fühlt, die dem Ministerpräsidenten vom Zaren, dem Hofe und der Regierung zuteil geworden sind. Das persönliche Prestige des Herrn Poincaré hat zweifellos einen Zuwachs erfahren, und seine Gewinnchancen in dem Rennen um die Präsidentschaft der Republik dürften gestiegen sein.

Doch auch einen wirklichen politischen Erfolg soll Herr Poincaré in Petersburg erzielt haben. Man will hier wissen, daß es ihm gelungen sei, Rußland — wenigstens für den Augenblick — zu der von Frankreich im Orient verfolgten Politik der Erhaltung und Konsolidierung des Status quo zu gewinnen. Wie man mir sagte, sei die Politik des Herrn Louis durchgedrungen, und es erscheine menschlich bedauerlich, daß trotzdem dieser Botschafter mit dem Schein des Mißerfolges seinen Posten über kurz oder lang verlassen müsse.

Welche Vorteile Frankreich Rußland hat einräumen müssen**, wird hier kaum erörtert. Die Nachgiebigkeit gegen russische Wünsche in Sachen der Chinaanleihe interessiert wenig, eher noch die Ver-

* Sie war bekanntlich schon am 16. Juli in Paris unterzeichnet worden.
** Nach einem Berichte des Grafen Pourtalès vom 20. August (Nr. 245) wäre zwischen Poincaré und Sasonow unter anderem die Frage der kleinasiatischen Bahnen (vgl. dazu Kap. CCXLV, Anhang) und die der chinesischen Anleihe (vgl. dazu Bd. XXXII, Kap. CCLVIII) eingehend erörtert worden. In beiden Fragen hätte Sasonow von Poincaré die Zusicherung erhalten, daß die französische Regierung die russischen Wünsche berücksichtigen werde, und zwar in bezug auf die erstere Frage insofern, als auf die französische Finanzwelt dahin eingewirkt werden solle, französisches Kapital nur für solche Bahnen zur Verfügung zu stellen, die von der Küste des Schwarzen Meeres nach Süden gingen; in bezug auf die chinesische Anleihe insofern, als französischerseits in Zukunft allen von Rußland im Hinblick auf seine besondere Stellung in der Mandschurei zu stellenden Bedingungen Rechnung getragen werde. Näheres darüber in Sasonows Immediatbericht vom 17. August 1912, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 224 f.

mutung erneuter Zusagen Frankreichs, den russischen Geldbedürfnissen Erfüllung zu gewähren. Es heißt in dieser Hinsicht, die Form einer Staatsanleihe würde vermieden werden. Man würde vielmehr einen sehr hohen Betrag von Eisenbahnobligationen übernehmen, damit auf diese Weise die sonst für Eisenbahnzwecke in Rußland selbst aufzubringenden Gelder für allgemeine Staatszwecke frei blieben.

Da die von Petersburg erlassene amtliche Kundgebung wenig über die positiven Ergebnisse des Besuches enthält, so fehlt es der hiesigen Presse an Material für erwähnenswerte Kommentare. Sie beschränkt sich im wesentlichen darauf, die Herzlichkeit des Empfanges und das in dem Communiqué zum Ausdruck gebrachte gegenseitige Vertrauen festzustellen, daraus auf die Neubelebung des Bündnisses Schlüsse zu ziehen und die Tatsache mit Befriedigung hervorzuheben, daß der Weltfriede eine neue Sicherung erfahren habe.

Lancken

Nr. 11592

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 199 St. Petersburg, den 22. August 1912

Bei heutiger Audienz hatte ich längere politische Unterredung mit Seiner Majestät dem Kaiser Nikolaus. Nachdem ich dem Zaren die allerhöchsten Aufträge* ausgerichtet hatte, brachte Seine Majestät zunächst Rede auf Baltischport und äußerte seine Freude über den bei dieser Gelegenheit gepflegten Gedankenaustausch, welcher das zwischen Rußland und Deutschland bestehende Vertrauensverhältnis von neuem zum Ausdruck gebracht und befestigt habe.

Mit deutlicher Anspielung auf die jüngsten Preßtreibereien anläßlich des angeblichen russisch-französischen Marineabkommens flocht der Kaiser dabei die Worte ein „malgré les absurdités de la presse". Seine Majestät sah mich bei diesen Worten verständnisvoll an. Ohne meinerseits das russisch-französische Marineabkommen direkt zu berühren, bemerkte ich, es sei allerdings in der letzten Zeit wieder viel gehetzt worden, um Mißtrauen zwischen Rußland und Deutschland zu säen. Seine Majestät stimmte dem zu, sprach aber die Überzeugung aus, daß „les bêtises de la presse" nicht imstande sein würden, die auf gegenseitigem Vertrauen beruhenden guten deutsch-russischen Beziehungen zu stören. Der Zar sprach dann über die Lage im nahen Orient.

Pourtalès

* Vgl. Nr. 11586.

Nr. 11593

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 888 London, den 13. September 1912

Allmählich werden die Einzelheiten des Programms für den Besuch des russischen Auswärtigen Ministers in England bekannt. Ließen die Äußerungen der Presse über diesen Besuch kühle Zurückhaltung erkennen, so sind die bisher bekannt gewordenen Einzelheiten nicht geeignet, diesen Eindruck zu korrigieren. Herr Sasonow kommt nach London und wird hier ein bis zwei Tage im Hotel wohnen. Sir Edward Grey findet es aber anscheinend zu mühsam, die etwa sechsstündige Eisenbahnfahrt von Schottland nach London zu machen, um seinen russischen Kollegen zu begrüßen, vielmehr begnügt er sich damit, in Balmoral zu warten, bis Herr Sasonow dort eintrifft*. Auch der Umstand, daß Sir E. Grey gerade für diese Zeit als diensttuender Minister am königlichen Hofe eingeteilt ist, also auf alle Fälle um diese Zeit in Balmoral anwesend sein müßte, scheint mir darauf berechnet, der Entrevue nach außen hin keine zu große Bedeutung zu geben. Der russische Botschafter Graf Benckendorff trifft etwa gleichzeitig mit Herrn Sasonow hier ein und beabsichtigt, nach dem Besuche seinen unterbrochenen Urlaub in Rußland fortzusetzen. Auch dies scheint nicht dafür zu sprechen, daß sehr umfangreiche geschäftliche Abmachungen geplant sind, die man kaum dem Geschäftsträger** überlassen würde. Ob überhaupt etwas Positives verhandelt und abgeschlossen werden soll, wird man am besten nach den Persönlichkeiten beurteilen können, welche Herr Sasonow mitbringt bezw. Sir E. Grey nach Schottland kommen läßt. Ohne Zuziehung der einschlägigen Spezialisten sind wirkliche Abmachungen über eine so schwierige Frage wie die persische nicht möglich.

Ob ein Zusammentreffen der russischen und englischen Flotten in Kopenhagen wirklich niemals geplant war***, ließ sich hier authentisch nicht in Erfahrung bringen. Nach dem Lärm, den eine gewisse Presse um dieses angebliche Zusammentreffen gemacht hatte, ist die kurze und kühle Absage der Nachricht in der hiesigen Presse von manchen als ein weiteres Symptom dafür aufgefaßt worden, daß augenblicklich in England wenig Neigung besteht, in überschwenglicher Russenbegeisterung zu machen.

R. v. Kühlmann

---

* Vgl. jedoch Nr. 11598.
** von Etter.
*** Vgl. dazu Nr. 11597.

Nr. 11594

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 320 Paris, den 16. September 1912

Die beabsichtigte Zusammenziehung aller Linienschiffe der französischen Flotte im Mittelmeer* wird von der hiesigen Presse als ein sehr bedeutungsvolles strategisches und politisches Ereignis eifrig erörtert. Die meisten Blätter begrüßen die Maßnahme sehr beifällig als ein Zeichen der Stärkung der militärischen und politischen Stellung Frankreichs und als einen Beweis dafür, daß die Tripelentente eine entschiedene praktische Betätigung gefunden habe. Teils werden hierfür dem Marineminister Delcassé Kränze geflochten, teils wird das Hauptverdienst daran, daß Frankreich den Anstoß zu dieser Bekundung der Tripelententepolitik gegeben habe, Herrn Poincaré zugerechnet und ihm als bedeutender Aktivposten seiner Petersburger Reise gutgebracht. Es fehlt jedoch auch nicht an kritischen Stimmen. So meint der ehemalige Marineminister de Lanessan im „Siècle", daß der Wert der Maßnahme ein höchst problematischer sei, da die zur angeblichen Stärkung der Mittelmeerflotte aus Brest fortzunehmenden Panzerschiffe eine den modernen Anforderungen entsprechende wirkliche Kriegstüchtigkeit gar nicht mehr besäßen. Im „Eclair" benutzt Judet den Anlaß, um seiner Feindseligkeit gegen Herrn Delcassé Luft zu machen, indem er auch diese Verfügung des Marineministers als einen armseligen Bluff bezeichnet.

Einzelne Blätter wollen in der Konzentrierung der Panzerschiffe an der Südküste einen besonders kräftigen Streich gegen Italien erblicken, das jetzt angesichts der überwältigenden Übermacht der französisch-englischen Streitkräfte im Mittelmeer es sich wohl überlegen müsse, mit dem Dreibund durch dick und dünn zu gehen. Bemerkenswert in seiner Offenheit ist in dieser Hinsicht der heutige Leitartikel des „Temps", der sich beinahe wie eine an die Adresse Italiens gerichtete Erpressung liest.

Am Quai d'Orsay scheint man mit dieser vom „Temps" angeschlagenen Note nicht so ganz einverstanden zu sein, denn in ihm nahestehenden Blättern wie dem „Petit Parisien" wird unschuldsvoll erklärt, es sei nicht zu begreifen, warum man sich in Italien und Österreich-Ungarn über diese schon seit langem in Aussicht genommene Maßregel aufrege, die keinerlei aggressiven Charakter an sich trage.

Lancken

* Die Verlegung der beiden Geschwader des Atlantischen Ozeans nach Toulon war am 12. September bekanntgegeben worden.

Nr. 11595

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 899 London, den 16. September 1912

Die Nachricht von der Konzentration der französischen Schlachtflotte im Mittelmeer ist von der englischen Presse in Leitartikeln bisher nicht sehr viel besprochen worden. Die Zeitungen begnügten sich meist, französische Preßstimmen abzudrucken[1], welche darauf hinwiesen, daß die geschehene Dislokation ohne eine vorhergegangene Verständigung mit England undenkbar sei. Dieser Gedanke hat die Radikalen, die in neuester Zeit wieder sehr schlecht auf Sir Edward Grey zu sprechen sind, teils wegen seiner tibetanischen Politik, teils wegen seiner Haltung in der chinesischen Anleihefrage, in den Harnisch gebracht. Ein von Mr. Massingham, dem angesehenen Herausgeber der „Nation"[2], gezeichneter Artikel mag als Probe der radikalen Äußerungen dienen.

Der Regierung war es offenbar nicht angenehm, daß im Publikum die Meinung sich festsetzte, es bestehe ein Flottenabkommen mit Frankreich*. Die „Times" wurde wie bei dem Allianzrummel im

---

* Von englischer Seite ist noch neuerdings der Abschluß eines wirklichen Flottenabkommens mit Frankreich im Sommer 1912 bestritten worden. So von Asquith (The Genesis of the War, p. 83): „There was no formal stipulation between France and Great Britain that in the case of unprovoked attack we should supply the necessary naval force for their defence; still less, of course, that we should regard such an attack as a casus belli with ourselves." Die Ableugnung wird aber durch das Zeugnis Sasonows in Zweifel gestellt, in dessen Immediatbericht vom Oktober 1912 über seine kurz zuvor ausgeführte Reise nach London es ausdrücklich heißt: „Aus eigenem Antriebe bestätigte Grey mir dann, was ich bereits durch Poincaré wußte: es besteht zwischen Frankreich und England eine Vereinbarung, nach der im Falle eines Krieges mit Deutschland England die Verpflichtung eingegangen ist, Frankreich nicht allein zu Wasser Hilfe zu leisten, sondern auch zu Lande durch eine Truppenlandung auf dem Kontinent" (Un Livre Noir, II, 347; Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 291). Auch Poincaré selbst gibt zu (Les Origines de la Guerre, p. 79), daß Ende 1912 in der militärisch-politischen Nichtbindung Englands gegenüber Frankreich eine wenn auch nur leichte Modifikation eingetreten sei. Mag es nun auch immerhin zweifelhaft bleiben, ob es zu einem formellen und vertragsmäßigen Abschluß zwischen England und Frankreich nach Art der französisch-russischen Marinekonvention vom 16. Juli 1912 gekommen ist, wie das H. Rothfels, „England und die ‚Aktivierung' der Entente im Jahre 1912" (Die Kriegsschuldfrage, Jg. III, S. 207 ff.), annimmt, so steht jedenfalls das eine fest, daß die „naval conversations" zwischen England und Frankreich, die im August 1912 auf Anregung W. Churchills zwischen der englischen und französischen Admiralität aufgenommen wurden und im September eine Fortsetzung in Erörterungen zwischen Sir E. Grey und Paul Cambon fanden, um schließlich zu

Frühjahr ausersehen, allzu hitzige Ententefreunde abzukühlen. Das Blatt bringt heute über die Frage einen sehr beachtenswerten Leitartikel, welcher die Auffassung hiesiger maßgebender Kreise ziemlich genau widerspiegeln dürfte. Der Artikel legt dar, daß aus der französischen Konzentration im Mittelmeer sich das Bestehen französisch-englischer Flottenverabredungen durchaus nicht mit Notwendigkeit ableiten lasse, da, selbst englische Neutralität im Kriegsfalle angenommen, strategische Erwägungen der schwerwiegendsten Art[3] Frankreich zwingen würden, seine Seestreitkräfte im Mittelmeer zu

---

dem Austausch der schon Ende Oktober im Prinzip festgelegten, aber erst vom 22. und 23. November datierten Briefe Sir E. Greys und P. Cambons zu führen, eine um so stärkere moralische Bindung Englands bedeuteten. Churchill selbst hat es in seinem Briefe an Asquith bzw. Sir E. Grey vom 23. August 1912 ausgesprochen: „But consider how tremendous would be the weapon which France would possess to compel our intervention, if she could say, ‚On the advice of and by arrangement with your naval authorities we have left our Northern coasts defenceless. We cannot possibly come back in time.' . . . Every one must feel who knows the facts that we have the obligations of an alliance without its advantages, and above all without its precise definitions." W. S. Churchill, The World Crisis, p. 113. Tatsächlich wurden die „naval conversations" zwischen der französischen und englischen Admiralität, wie Churchill zugesteht, auf der Basis geführt, „that the French Fleet should be concentrated in the Mediterranean, and that in case of a war in which both countries took part, it would fall to the British Fleet to defend the Northern and Western coasts of France." Hiernach kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Verlegung der französischen Seestreitkräfte in das Mittelmeer die direkte Folge der von W. Churchill eingeleiteten „naval conversations" mit dem französischen Marineministerium war. Das wird auch von Poincaré bestätigt, der in seinen Vorlesungen (Les Origines de la Guerre, p. 79), feststellt, daß im September auf die Initiative Churchills hin die englische Admiralität mit dem französischen Marineministerium eine Verteilung der beiden Flotten vereinbart habe, „qui devait avoir pour effet la concentration de nos escadres dans la Méditerranée". Poincaré gibt auch den unmittelbaren Zusammenhang zwischen den „naval conversations" und dem Grey-Cambonschen Briefwechsel vom 22./23. November zu, so daß dessen Vorgeschichte, über die wir nach E. Brandenburg, Von Bismarck zum Weltkriege, S. 376 f., noch im dunkeln wären, als nahezu aufgeklärt gelten kann.

Der Grey-Cambonsche Briefwechsel, der einmal ein Surrogat für ein formelles political and naval agreement vorstellt, wie England es Deutschland erst im Frühjahr 1912 auch in dieser abgeschwächten Form verweigert hatte, der sodann aber auch die militärische Bindung Englands an Frankreich umschreibt, ist im Frühjahr 1914 zur Kenntnis der deutschen Regierung gelangt und nach Ausbruch des Weltkrieges in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 16. Oktober 1914 veröffentlicht worden. Die Authentizität der Veröffentlichung ist unbestritten; auch Asquith (The Genesis of the War, p. 267 ff.) druckt genau den gleichen Text ab. Er lautet:

1. Sir E. Grey an M. Paul Cambon.

Foreign Office, November 22, 1912.

My dear Ambassador!

From time to time in recent years the French and British naval and military experts have consulted together. It has always been understood that

konzentrieren, wie es jetzt geschehen. Die wichtigste Aufgabe der französischen Flotte sei der Schutz der Verbindungen zwischen Südfrankreich und Nordafrika. Diese Aufgabe lege den überwiegenden Teil der französischen Seestreitkräfte im Mittelmeer fest; was dann noch übrig bliebe, sei zu schwach, um mit einiger Aussicht auf Erfolg im Norden gegen die deutsche Flotte operieren zu können; es sei also klüger, eine solche Detachierung gar nicht zu versuchen, sondern alles Verfügbare im Mittelmeer zusammenzuhalten. Am beachtens-

---

such consultation does not restrict the freedom of either Government to decide at any future time whether or not to assist the other by armed force. We have agreed that consultation between experts is not, and ought not to be, regarded as an engagement that commits either Government to action in a contingency that has not arisen and may never arise. The disposition, for instance, of the French and British fleets respectively at the present moment is not based upon an engagement to co-operate in war.

You have, however, pointed out that, if either Government had grave reason to expect an unprovoked attack by a third Power, it might become essential to know whether it could in that event depend upon the armed assistance of the other.

I agree that, if either Government had grave reason to expect an unprovoked attack by a third Power, or something that threatened the general peace, it should immediately discuss with the other whether both Governments should act together to prevent aggression and to preserve peace, and, if so, what measures they would be prepared to take in common. If these measures involved action, the plans of the General Staffs would at once be taken into consideration, and the Governments would then decide what effect should be given to them.

Yours, etc., E. Grey

2. M. Paul Cambon an Sir E. Grey.

Londres, le 23 Novembre 1912.

Par Votre en date d'hier 22 Novembre, Vous m'avez rappelé que dans ces dernières années les autorités militaires et navales de la France et de la Grande-Bretagne s'étaient consultés de temps en temps; qu'il avait toujours été entendu que ces consultations ne restreignaient pas la liberté pour chaque Gouvernement de décider dans l'avenir s'ils prêteraient l'un l'autre le concours de leurs forces armées; que de part et d'autre ces consultations entre spécialistes n'étaient et ne devaient pas être considérées comme des engagements obligeant nos Gouvernements à agir dans certains cas; que cependant je Vous avais fait observer que si l'un ou l'autre Gouvernement avait de graves raisons d'appréhender une attaque non provoquée de la part d'une tierce Puissance, il deviendrait essentiel de savoir s'il pourrait compter sur l'assistance armée de l'autre. Votre lettre répond à cette observation et je suis autorisé à Vous déclarer que dans le cas où l'un de nos Gouvernements aurait un motif grave d'appréhender soit l'agression d'une tierce Puissance soit quelque événement menaçant pour la paix générale, ce Gouvernement examinerait immédiatement avec l'autre si les deux Gouvernements doivent agir de concert en vue de prévenir l'agression ou de sauvegarder la paix. Dans ce cas, les deux Gouvernements délibéreraient sur les mesures qu'ils seraient disposés à prendre en commun. Si ces mesures comportaient une action, les deux Gouvernements prendraient aussitôt en considération les plans de leurs Etats-Majors et décideraient alors de la suite qui devrait être donnée à ces plans.

wertesten in dem Artikel ist folgender Satz: „Bräche beklagenswerterweise Krieg zwischen Frankreich und Deutschland aus, so würde Frankreich unter Umständen der gesamten bewaffneten Macht der Tripelallianz sich gegenüberfinden. In diesem Falle könnte Frankreich auf den bewaffneten Beistand Rußlands rechnen und auf die freundliche Sympathie[4] Englands, nicht aber notwendigerweise oder so, als wenn eine bindende Verpflichtung vorläge, auf den bewaffneten Beistand Englands[5]. Dies scheine der wesentliche Unterschied zwischen einer Allianz und einer Entente. Die Allianz bringe bewaffneten Beistand mit sich auf Grund einer ausdrücklichen Verpflichtung hierzu, die Entente begreife bewaffneten Beistand im Einzelfalle nur dann in sich[6], wenn die Interessen der beiden Ententegenossen in dem Spezialfalle identisch seien[7], wie sie es wohl sein könnten."

Ich neige zur Auffassung, daß diese Definition der Entente den maßgebenden englischen Anschauungen entspricht. Die besten politischen Beobachter glauben nicht[8] an das Bestehen bindender französisch-englischer Abmachungen über die Verteilung der beiderseitigen Seestreitkräfte oder über ein Zusammenwirken der beiden Flotten im Kriegsfalle[9]. Die Politik der freien Hand sei, so argumentieren diese Politiker, eine alte englische Tradition, und die Kenntnis der gegenwärtig maßgebenden Persönlichkeiten und Strömungen lasse das Eingehen irgend einer Bindung unwahrscheinlich erscheinen. Die englische Politik betrachte es als vitales Interesse, daß Frankreich nicht vernichtet oder zu einer Macht zweiten Grades herabgedrückt werde. Deshalb würde, so wie die Verhältnisse und Stimmungen heute noch seien, ein deutscher Angriffskrieg auf Frankreich England wahrscheinlich unter die Waffen bringen. In allen anderen Fällen würde die englische Regierung vor einer Entscheidung, ob sie in den Krieg eingreifen oder neutral bleiben solle, ihr augenblickliches Interesse[10] konsultieren und wahrscheinlich auch die öffentliche Meinung stark berücksichtigen.

R. v. Kühlmann

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Unwidersprochen
[2] von der sagt Grey: „I never read the „nation"
[3] Blech!
[4] Blech! Mithilfe
[5] unbedingt
[6] casuistische Sophistic!
[7] kommt für den Gegner Deutschlands auf Eins heraus sie fechten und rüsten gemeinschaftlich gegen uns!
[8] ich glaube daran!
[9] aber es wird nirgends dementirt
[10] das geht immer nur gegen uns!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Pflaumenweich

Nr. 11596

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 904 London, den 18. September 1912

Der Gedanke, daß die französische Flottenkonzentration in Deutschland böses Blut machen und irrtümliche Ansichten[1] über die Tendenzen der englischen Politik erzeugen könnte, berührt in hiesigen Regierungskreisen offenbar unangenehm[2]. Hatte gestern die „Times" einen Vorstoß gemacht, um darzulegen, wie fehlerhaft es sein würde, aus der französischen Flottenbewegung mit Sicherheit auf das Bestehen maritimer Verabredungen zwischen England und Frankreich zu schließen[3], so verbreitet sich heute die „Westminster Gazette" in einem Leitartikel aus der Feder Mr. Alfred Spenders über denselben Gegenstand.

Die französische Regierung habe ihre Dispositionen vollkommen auf eigene Faust getroffen[4], und es sei sehr bedauerlich, wenn daraus in Deutschland und anderweitig Rückschlüsse auf die englische Politik gezogen würden. Die Kampagne über die Mittelmeerfrage, während welcher einige Zeitungen den Vorschlag der Allianz mit Frankreich als Versuchsballon hätten steigen lassen, habe die endgültige Entscheidung der englischen Regierung zur Folge gehabt, daß England seine Interessen selbst verteidigen müsse[5]. Man habe deshalb das englische Mittelmeergeschwader verstärkt[6]. Alles, was über das Gleichgewicht im Mittelmeer geschrieben worden sei, gehöre in das Reich der Spekulation. Auf alle Fälle könne England mit reinem Gewissen erklären, jeder Gedanke eines gemeinsamen englisch-französischen Vorgehens, um Deutschland zu beeinträchtigen, sei Unsinn[7]. Deutschland habe sich eine große Flotte gebaut und dabei sein gutes Recht ausgeübt und baue jetzt noch eine größere. Dieser Umstand lege England gewisse Verpflichtungen auf, die es zu erfüllen wünsche, ohne im geringsten in Reibungen mit Deutschland zu geraten.

R. v. Kühlmann

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Wieso? ! !

[2] sehr erfreulich

[3] solange die Regierung es nicht offiziell thut hat das gar keine Bedeutung

[4] Quatsch!

[5] ?

[6] Unsinn! Vorläufig existirt keines! Man will es wiedrersetzen!

[7] das glaubt ihm kein Deutscher!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Kühlmann sollte was besseres thun, als „olle Kamellen" Vergangener Metternichscher Zeiten zu serviren! Mit dem Zeug macht er hier keinen Effekt mehr!

Nr. 11597

Der Gesandte in Kopenhagen Graf Brockdorff-Rantzau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 32 Kopenhagen, den 19. September 1912

Englisches Geschwader gestern hier eingetroffen. Minister des Äußern Graf von Ahlefeldt, den ich eingehend sprach, sagte mir vertraulich, ursprünglich sei gleichzeitiger Besuch englischer und russischer Flotten mit unverkennbarer Absicht, Demonstration gegen Deutschland zu inszenieren, geplant gewesen, die dänische Regierung habe aber gleichzeitigen Empfang der Geschwader beider Mächte abgelehnt, um die unerwünschte Kundgebung zu verhindern*.

Rantzau

Nr. 11598

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 912 London, den 21. September 1912

Der russische Minister des Auswärtigen, Herr Sasonow, ist gestern abend um 7 Uhr mit seinem Kanzleichef Baron von Schilling hier eingetroffen. Er wurde am Bahnhofe vom Unterstaatssekretär Sir Arthur Nicolson, vom zweiten Privatsekretär Sir Edward Greys und den Mitgliedern der russischen Botschaft empfangen. Es ereignete sich bei der Ankunft des Ministers ein kleiner Zwischenfall. In einer Gruppe von Zuschauern wurde plötzlich ein Plakat erhoben, auf dem gedruckt stand: „Wenn Rußland die Freundschaft Englands wünscht, so muß es seine Truppen aus Persien zurückziehen." Der Träger des Plakats, der zugleich „Heraus aus Persien", „Nieder mit Rußland" gerufen, wurde sogleich durch Beamte entfernt.

Herr Sasonow, der im Hotel Ritz abgestiegen ist, wird morgen (Sonntag) abend nach Balmoral abreisen und am Montag dort eintreffen, um bis Donnerstag Gast des Königs zu sein.

---

* Der geplante gemeinschaftliche Besuch der russischen und englischen Flotte in Kopenhagen wurde vom Reichskanzler von Bethmann Hollweg dem russischen Außenminister Sasonow, als dieser auf seiner Rückreise von London und Paris am 8. Oktober in Berlin Station machte, vorgehalten. In einer Aufzeichnung Staatssekretär von Kiderlens vom 9. Oktober heißt es darüber: „Dann kam der geplante gemeinschaftliche Besuch der russischen und englischen Flotte in Kopenhagen [zur Sprache]. Herr Sasonow erwiderte zwar, ein gemeinschaftlicher Besuch habe nicht stattgefunden, blieb aber die Antwort schuldig, als ihm gesagt wurde, der sei lediglich an dem dänischen Widerspruch gescheitert." Siehe die Aufzeichnung in Bd. XXXIII, Kap. CCLXIII, Nr. 12256.

Sir Edward Grey, der laufender Geschäfte halber von Schottland gekommen war, hat seine ursprünglichen Dispositionen geändert und ist in London geblieben. Herr Sasonow wird ihn heute nachmittag besuchen. Es steht noch nicht fest, wann Sir Edward Grey nach Balmoral reist.

Wie ich aus zuverlässiger journalistischer Quelle erfahre, ist die russische Botschaft bemüht, durch Mitteilungen an die Presse die Bedeutung des Ministerbesuchs nach Möglichkeit hervorzukehren.

R. v. Kühlmann

Nr. 11599

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 330 Paris, den 22. September 1912

Auf jede Weise sucht man hier gegenwärtig die gehobene patriotische und militärfreundliche Stimmung wach zu erhalten. Dies zeigte sich neuerdings wieder an dem überschwenglichen Lob der französischen Armee aus Anlaß der großen Manöver, an der außerordentlichen Bedeutung, die man dem Besuch des Großfürsten Nikolaus* beizumessen sich den Anschein gab, und vor allem an den selbstbewußten Erörterungen, mit denen die Ankündigung der von Herrn Delcassé beschlossenen Flottenzusammenziehung im Mittelmeer begleitet wurde.

---

* Großfürst Nikolaus von Rußland war, begleitet von seiner Gemahlin Anastasia, am 11. September zur Teilnahme an den französischen Manövern in Paris eingetroffen. Über die Teilnahme der Großfürstin an der Reise heißt es in einem Telegramm Sasonows an den Geschäftsträger Sewastopulo vom 30. August: „Die Großfürstin begleitet Seine Hoheit, doch trägt ihr Aufenthalt in Frankreich im Hinblick auf den rein militärischen Charakter seiner Reise rein privaten Charakter, weswegen sie der Zusammenkunft — des Großfürsten mit dem Präsidenten der französischen Republik — nicht beiwohnen wird.“ Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 241. Trotz des betonten rein privaten Charakters ihrer Reise ließ die Großfürstin es sich nicht nehmen, an der Besichtigung der östlichen Grenzforts durch ihren Gemahl teilzunehmen und bei dieser Gelegenheit durch eine theatralische Geste der französischen Sehnsucht nach den verlorenen Provinzen zu schmeicheln, wofür sie in vielen französischen Zeitungen gefeiert wurde. Später pflegte die Großfürstin bei gegebenen Gelegenheiten, so bei Poincarés Anwesenheit in Petersburg im Juli 1914, eine Bonbonniere, gefüllt mit lothringischer Erde, die sie bei den Manövern im September 1912 gesammelt habe, zu zeigen. Siehe Paléologue, La Russie des Tsars, I, 14. Die provozierende Besichtigung der französischen Grenzforts durch den Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch erregte in Berlin lebhaften Anstoß und wurde gegenüber Sasonow, als dieser am 8. Oktober 1912 auf der Rückreise von London und Paris in Berlin verweilte, zur Sprache ge-

In dieser letzteren Beziehung haben allerdings die publizistischen Dolmetscher der Regierung den Mund in einer Weise vollgenommen, daß der dadurch hervorgerufene Lärm namentlich wegen der im Ausland[1] zutage getretenen Wirkung offenbar der Regierung selbst einigermaßen unbequem wurde. Aus diesem Gefühl heraus scheinen mir auch die beschwichtigenden Äußerungen sich zu erklären, die Herr Poincaré für gut hielt, über die Flottenverschiebung gegenüber dem hiesigen österreichisch-ungarischen Geschäftsträger* zu tun.

Wenn der Ministerpräsident versicherte, die Maßnahme beruhe auf keinerlei Abmachungen mit anderen Mächten[2], so möchte ich glauben, daß dies im großen und ganzen wohl den Tatsachen entsprechen kann. Denn es dürfte durchaus verständlich erscheinen, daß es keiner neuen formellen Vereinbarungen bedurfte, um Frankreich zu einer Stärkung seiner Mittelmeerstellung zu veranlassen. Durch die Besetzung Tripolitaniens seitens der Italiener und durch die aus dem marokkanischen Protektorat erwachsenen militärischen Notwendigkeiten hat sich meines Erachtens die Lage für Frankreich im Mittelmeer derart verschoben, daß es für die Franzosen eine Frage von allergrößter Wichtigkeit geworden ist, sich die freie Verbindung mit Nordafrika unter allen Umständen zu sichern[3].

Ob allerdings diese Sicherung durch die jetzt nach der Südküste beorderten bejahrten[4] sechs Panzerschiffe genügend gewährleistet erscheinen kann, mag dahingestellt bleiben. Wohl aber darf angenommen werden, daß die jetzigen Regierungsmänner durch ihre Entschließung und die Art der Bekanntgabe im französischen Publikum das Gefühl des Vertrauens zu ihrer Tatkraft und Wachsamkeit[5] in militärischer und diplomatischer Hinsicht neu gestärkt haben.

Lancken

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Bei uns!
[2] gelogen wie ein Gallier pflegt
[3] wird durch Tripolis das im Osten liegt in keiner Weise gestört
[4] werden ersetzt
[5] darauf kommt es an! Daher die Gefahr!
Schlußbemerkung des Kaisers:
So Etwas brauchen wir zu Haus für unser Publikum auch!

---

bracht. In einer Aufzeichnung Kiderlens vom 9. Oktober heißt es darüber: „In aller Freundlichkeit wurde Herrn Sasonow bedeutet, daß wir uns zwar über alle diese Dinge in keiner Weise aufregten und dies auch durch unser Verhalten in der jetzigen Balkankrise bewiesen hätten, daß wir aber ernstlich erwarten müßten, daß derartige Sticheleien schon mit Rücksicht auf unsere öffentliche Meinung künftig unterblieben." Siehe den vollen Text der Aufzeichnung in Bd. XXXIII, Kap. CCLXIII, Nr. 12256. Auch Sasonow erwähnt in seinem Immediatbericht an den Zaren aus dem Oktober 1912 (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, Stieve, II, 302) die Rekriminationen Bethmann Hollwegs und Kiderlens.
* Somssich de Sáard.

Nr. 11600

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 913 London, den 23. September 1912

Herr Sasonow hat wie vorgesehen am Sonnabend nachmittag Sir Edward Grey auf dem Foreign Office seinen Besuch abgestattet. Graf Benckendorff wohnte der Unterredung bei. Die Zusammenkunft war rein formeller Natur und bezweckte, die Bekanntschaft zwischen den beiden Staatsmännern, die sich bisher noch nicht begegnet waren, herzustellen. Im Anschluß hieran suchte Herr Sasonow Sir Arthur Nicolson auf, den er von Petersburg her persönlich kennt.

Am Sonnabend abend reiste Sir E. Grey nach Schottland ab, um auf seinen dort belegenen Besitzungen den Sonntag zu verbringen, bevor er heute als diensthabender Minister sich bei Seiner Majestät dem Könige meldet. Die Preßäußerungen zufolge ursprünglich in Aussicht genommene gemeinsame Reise Greys und Sasonows nach Balmoral ist somit aufgegeben worden. Der russische Minister des Äußern hat seine Mahlzeiten während seines hiesigen Aufenthalts im Hotel und in der russischen Botschaft eingenommen mit Ausnahme eines kleinen Frühstücks, das Herr Cambon ihm zu Ehren gegeben. Einladungen von anwesenden Kabinettsministern oder sonstigen führenden Engländern scheinen ihm nicht zugegangen zu sein. Der Minister ist gestern abend in Begleitung des Grafen Benckendorff und des Baron Schilling nach Balmoral abgereist, wo er heute im Laufe des Nachmittags eintrifft.

R. v. Kühlmann

Nr. 11601

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 938 London, den 1. Oktober 1912

Die „Times“ bringt heute ein offiziöses Communiqué des Inhalts, daß die Besprechungen zwischen Herrn Sasonow und Sir E. Grey kein neues politisches Abkommen bezüglich Persiens zum Gegenstand gehabt hätten; auch hege keine der beiden Mächte die Absicht oder den Wunsch einer Teilung Persiens.

Beide Mächte erwögen sorgfältig, wie sie am besten die persische Regierung so stärken könnten, daß sie selbst imstande wäre,

für die Ordnung und Sicherheit der Handelswege zu sorgen, damit dann auch die fremden Truppen aus Persien zurückgezogen werden könnten.

Zwischen beiden Ministern herrsche vollkommene Übereinstimmung in dem Wunsche, für den Frieden zu arbeiten und zusammenzustehen in allen der Erhaltung des Friedens günstigen politischen Aktionen.

Im Anschluß hieran bemerkt die Zeitung, daß der Besuch außerdem Gelegenheit gegeben habe, die augenblicklich sehr ernste Balkanfrage zu besprechen. Im Vordergrunde habe aber doch die persische Frage gestanden, und jedenfalls habe die Zusammenkunft dazu gedient, die Richtlinien der persischen Politik festzulegen, das Vertrauen beider Mächte zueinander zu festigen und den Wert einer britisch-russischen Verständigung darzutun.

Herr Sasonow frühstückte gestern beim italienischen Botschafter und wurde nachmittags vom türkischen Botschafter* und vom serbischen Geschäftsträger** aufgesucht.

R. v. Kühlmann

Nr. 11602

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 942 London, den 4. Oktober 1912

Der russische Minister des Äußern ist am 2. d. Mts. nach zwölftägigem Aufenthalt nach Paris abgereist. Während seines Aufenthaltes hat in der englischen Presse und öffentlichen Meinung eine ebenso kühle Temperatur geherrscht, wie sie bei den Vorbesprechungen dieses Ministerbesuchs zu beobachten war, und es liegen keine Anzeichen dafür vor, daß der Besuch mehr Wärme oder Freudigkeit in die englisch-russischen Beziehungen gebracht habe. Das Reuter-Communiqué spiegelt nach der Anschauung kompetenter Beobachter das wirkliche Ergebnis der Beratungen in Balmoral wider***; dieses Er-

---

* Tewfik Pascha.

** Gruitsch.

*** Auch Sir E. Grey sagte am 7. Oktober zu dem Geschäftsträger von Kühlmann: das Communiqué stelle die stattgehabten Erörterungen mit Sasonow „richtig und erschöpfend" dar. Telegramm Kühlmanns Nr. 158 vom 7. Oktober 1912. Wie wenig das in Wahrheit der Fall war, lehrt der umfassende Bericht, den Sasonow nach seiner Rückkehr dem russischen Kaiser erstattete. Siehe den Text in Un Livre Noir, II, 345 ss.; deutsche Übersetzung in Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 289 ff. Danach nahm Sasonow, einer Anregung Poincarés während dessen Aufenthalts in Petersburg folgend, die Gelegenheit wahr, um in einem seiner Gespräche mit Sir E. Grey diesen

gebnis ist mager. Wie eine Sir E. Grey nahestehende politische Persönlichkeit bemerkte, würde es ein großer Fehler sein, der englischen Visite Herrn Sasonows große internationale Bedeutung beizumessen, wie dies die allzeit mit dem Vergrößerungsglas arbeitende internationale Presse getan habe. Von russischer diplomatischer Seite hingegen wird hervorgehoben, Herr Sasonow habe dadurch einen vollen Erfolg erzielt, daß es ihm gelungen sei, Sir E. Grey zu über-

---

zu fragen: was Rußland von England im Falle eines Konflikts mit Deutschland erwarten könne. Ja, Sasonow regte bei dem englischen Staatssekretär den Abschluß einer englisch-russischen Marinekonvention nach dem Muster der französisch-russischen vom 16. Juli 1912 an, die im gegebenen Fall die deutschen Geschwader von den russischen Ostseeküsten fernhalten sollte. Eine solche Verpflichtung lehnte nun zwar Sir E. Grey aus marinestrategischen Gründen ab; aber er erklärte doch „ohne Bedenken": wenn die vorausgesehenen Umstände eintreten sollten, so würde England alle Anstrengungen machen, um der deutschen Seemacht den empfindlichsten Schlag zu versetzen. Nach Sir E. Greys eigener Aufzeichnung vom 24. September 1912 über die mit Sasonow stattgehabte Unterredung (Twenty-Five Years 1892—1916. By Viscount Grey of Fallodon, I, 298) hätte er seine Erklärung erheblich mehr vinkuliert. Immerhin will er auf Sasonows Frage, „what our Fleet would do to help and protect Russia if by her alliance with France she was involved in war with Germany", geantwortet haben: „Of course our Fleet (if it could not get the German Fleet to come out and fight, which was what we should like) would shut up and blockade the German North Sea coast, and would, if we went to war, do all it could against Germany and to help whoever was at war with Germany." Sasonow hatte, mag Lord Grey sich auch bemühen, diese Äußerung als etwas Selbstverständliches hinzustellen, doch allen Grund, sie dem Zaren gegenüber für „sehr bezeichnend" zu erklären. Das gleiche bemerkt Sasonow in bezug auf Äußerungen des englischen Königs, der geradezu erklärte, ein etwaiger Konflikt Deutschlands mit England würde nicht nur für die deutsche Flotte, sondern auch für den Überseehandel Deutschlands unheilvolle Folgen haben, denn die Engländer würden jedes deutsche Handelsschiff, das ihnen in die Hände fiele, versenken. „In diesen Worten", so hebt Sasonow in seinem Berichte hervor, „schienen mir nicht allein die persönlichen Gefühle Seiner Majestät Ausdruck zu finden, sondern auch die der öffentlichen Meinung, wie sie in England gegenüber Deutschland vorherrschend ist."
Aus der Berichterstattung Sasonows über seinen Aufenthalt in England geht deutlich hervor, daß seine Mission trotz seiner gleich danach wieder gegenüber den deutschen Staatsmännern herausgekehrten deutschfreundlichen Gesinnung (vgl. die Aufzeichnung Kiderlens vom 9. Oktober über sein Gespräch mit dem auf der Rückreise nach Petersburg befindlichen russischen Minister in Bd. XXXIII, Kap. CCLXIII, Nr. 12256) einen deutschfeindlichen Charakter trug und in England auf eine gleiche Gesinnung stieß. Die Londoner Eindrücke Sasonows zeigen, daß die optimistische Auffassung über die deutsch-englischen Beziehungen, zu der sich Kühlmann in seinem obigen Bericht, beeinflußt von der sympathischen Haltung der englischen Öffentlichkeit bei dem Tode des Freiherrn von Marschall, bekennt, wenig stichhaltig war. Der Londoner Aufenthalt Sasonows und die gleichzeitigen Besprechungen Sir E. Greys und Paul Cambons über ein englisch-französisches political and naval agreement bedeuten im Gegenteil einen Markstein in der deutschfeindlichen Einstellung der Tripelentente, die allerdings durch die Entwicklung der Dinge auf dem Balkan (siehe darüber Bd. XXXIII und XXXIV) noch einmal aufgehalten wurde.

zeugen, die russische Politik in Persien verfolge keine aggressiven Absichten, und dadurch beruhigend zu wirken.

Das persische Problem, auf dessen stückweise und sehr unklare Lösung durch den Vertrag vom Jahre 1907 die russisch-englische Entente aufgebaut wurde, hat nicht aufgehört, ernste Schwierigkeiten zwischen beiden Mächten zu schaffen, hauptsächlich aus dem Grunde, weil die Verfasser dieser hastig zusammengezimmerten Konvention sich die Arbeit leicht gemacht hatten, indem sie alle diejenigen persischen Landesteile, an deren Besitz oder Kontrolle sich ernste Kontroversen knüpfen konnten, durch die Schaffung einer sogenannten neutralen Zone aus dem Wege räumten, wohl in der stillen Hoffnung, das Weitere werde sich im Laufe der Ereignisse finden. In den seit Abschluß der Konvention verflossenen Jahren ist es mit Persien rapide bergab gegangen, und kaum ein wirklicher Kenner der Verhältnisse glaubt noch, daß das kümmerliche Schattendasein der sogenannten persischen Regierung zu wirklichem Leben sich werde galvanisieren lassen. Die üblichen Mittel der diplomatischen Apotheke, Finanzkontrolleure und Gendarmerieoffiziere aus neutralen Kleinstaaten, sogar ein amerikanischer Generalschatzmeister wurden verschrieben, ohne dem sterbenden Patienten auf die Beine helfen zu können. Das logische wäre nun gewesen, wenn der russische und der englische Minister anerkannt hätten, man müsse die Hoffnung fahren lassen, Persien werde aus eigener Kraft jemals wieder ein lebensfähiges Staatswesen werden, und versucht hätten, sich über irgend welches Teilungsprogramm zu einigen[1].

Die „Times" ließ in einem wohl als Versuchsballon gedachten Artikel kurz vor dem Besuch des russischen Staatsmannes das Wort „Teilung Persiens" fallen. Der Sturm, der sich sofort in der gesamten liberalen Presse erhob und noch während des Ministerbesuchs nachgrollte, hat aber Sir E. Grey gezeigt, daß jede Teilungspolitik den Bestand der liberalen Partei gefährden müsse. Es ist der lahme Kompromiß zustande gekommen, welcher die Gegensätze in der persischen Politik beider Staaten kaum äußerlich verkleistert. Ob man in Petersburg mit den Ergebnissen der Ministerreise zufrieden sein wird, muß sich ja bald herausstellen.

Bedeutet die Formel von Balmoral überhaupt irgend etwas, so wird nach Andeutungen in politischen Kreisen versucht werden, eine kräftigere Persönlichkeit zum Regenten zu machen, diesem russische und englische Berater beizugeben und eine etwas weitherzigere Politik finanzieller Vorschüsse zu treiben als bisher. Helfen wird das auch nichts, aber die peinliche Stunde einer wirklichen Auseinandersetzung über Persien, über welcher das englisch-russische Einvernehmen in die Brüche gehen kann, ist hinausgeschoben, und Sir E. Grey kann seinen radikalen Peinigern im Unterhause einen Erfolg nach ihrem Herzen vorweisen. Der Minister verbirgt erfolgreich

hinter einer kalten Maske große Sensibilität gegen abfällige Kritik, und seine Politik ist im Gegensatz zu der auf dem Kontinent häufig hervortretenden Anschauung ganz zufrieden, leidlich von der Hand in den Mund zu leben.

Das Verhältnis zu Rußland wird so lange wie irgend möglich aufrecht erhalten werden, schon weil die leitenden Politiker genau wissen, daß ein Bruch mit dem Zarenreiche auch auf die Länge der Zeit der Entente mit Frankreich verhängnisvoll werden muß. Trotzdem hört man schon jetzt in politischen Kreisen die Frage, was das Verhältnis zu Rußland England denn schließlich einbringe[2].

Auch Frankreich gegenüber ist der Ententehimmel nicht mehr so ungetrübt, wie er war, und die endgültige Regelung der Marokkofrage wird noch manche Reibung zwischen den beiden Regierungen im Gefolge haben. Es wäre falsch, aus all diesem zu schließen, daß irgend ein verantwortlicher Politiker in England daran dächte, die Ententepolitik über Bord zu werfen, um vollkommen in das deutsche Fahrwasser einzulenken. Zugenommen hat aber entschieden die Neigung, aus einer Art Rückversicherungsbedürfnis heraus die Beziehungen zu Deutschland so weit zu bessern, daß der englischen Politik die Möglichkeit eines Abschwenkens zu Deutschland zur Verfügung steht*.

Das Ableben des Freiherrn von Marschall, dessen Persönlichkeit trotz der Kürze seines Wirkens in London auf weite Kreise einen tiefen Eindruck gemacht hatte, hat hier eine Welle sympathischer Teilnahme ausgelöst, welche nicht aufrichtiger hätte sein können,

---

* Ungeachtet dessen nahmen auch im weiteren Verlaufe des Jahres 1912 die englisch-französischen Erörterungen über eine militärische Kooperation Englands und Frankreichs im Kriegsfalle ihren Fortgang. In seinem Briefe an Sasonow vom 5. Dezember 1912 (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911 bis 1914, ed. Fr. Stieve, II, 377f.) faßt Iswolsky die Situation dahin zusammen: „Die Prüfung aller denkbaren Möglichkeiten durch den französischen und den englischen Generalstab ist nicht nur nicht unterbrochen worden, sondern die bestehenden Abmachungen zu Lande und zu Wasser haben in allerletzter Zeit eine noch größere Erweiterung erfahren, so daß augenblicklich die englisch-französische Militärkonvention ebenso in allen Einzelheiten durchgearbeitet und erschöpfend ist wie die französisch-russische. Der einzige Unterschied besteht darin, daß die erstere nur die Unterschrift der Chefs der beiden Generalstäbe trägt und daher gewissermaßen für die Regierung nicht bindend ist. Dieser Tage war ganz im geheimen der englische Generalstabschef General Wilson nach Frankreich gekommen, und bei dieser Gelegenheit sind verschiedene ergänzende Einzelheiten ausgearbeitet worden. Hierbei haben anscheinend zum erstenmal nicht nur Militärs, sondern auch andere Vertreter der französischen Regierung an dieser Arbeit teilgenommen.“ Genauer präzisiert sind die englisch-französischen militärischen Abmachungen aus der Zeit vor dem Weltkriege — jedoch ohne Angabe des Abschlußtermins — in dem französischen Generalstabswerk: Les Armées Françaises dans la Grande Guerre, I, 50.

wäre der Dahingeschiedene ein hervorragender britischer Staatsmann gewesen*.

Durch das Zusammenwirken dieser Umstände ist hier eine Athmosphäre entstanden, welche für Deutschland günstige Chancen bietet.

R. v. Kühlmann

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig
[2] nichts

---

* Vgl. dazu Kap. CCXLIII, Anhang.